

NINA M.J. BARSKE

**DIE QUALITÄT DES MEDIALEN POLITISCHEN
DISKURSES**

**Eine empirische Untersuchung zur Transaktivität der
Diskussion von Politikern und Experten in politischen
TV-Sendungen der
Schweiz und Deutschlands**

Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde
an der philosophischen Fakultät der Universität Freiburg
in der Schweiz

Genehmigt von der philosophischen Fakultät auf Antrag der Herren
Professoren Fritz Oser (1. Referent) und Louis Bosshart (2. Referent).
Freiburg, den 09. Juli 2004 (Datum der Thesenverteidigung).
Prof. Richard Friedli, Dekan.

VORWORT

„Inhalte sind immer wichtiger als Inszenierungen. Aber Sie wissen selbst, Frau Christiansen, dass man in der heutigen Mediengesellschaft auch Programmaussagen gut vermarkten muss, gut in die Köpfe hineinbringen muss. Von daher gehört eine gewisse Inszenierung heute auch zur Politik. Das muss man ehrlicherweise auch eingestehen.“ (Cornelia Piper, FDP-Generalsekretärin, in Sabine Christiansen vom 23.06.2002)

„Wobei wir ja sicher einig sind, wir leben in einer Mediengesellschaft. Wir leben in einer Inszenierungsgesellschaft. Und so zu tun, als ob nicht überall Inszenierung stattfindet, ist doch schlicht heuchlerisch (...). Der entscheidende Punkt ist doch, dass das, was inszeniert wird auch tatsächlich der ehrlichen Meinung entspricht, ob das, was mitgeteilt wird, auch so empfunden wird, auch so gemeint ist, oder ob das nur eine Inszenierung ist. Das ist der entscheidende Punkt.“ (Peter Müller, Ministerpräsident Saarland, CDU)

Ich will nur beim Stichwort Inszenierung noch was anderes sagen, ohne damit alle Inszenierungen der Politiker verteidigen zu wollen. Wenn denn Politiker nicht genügend inszenieren, dann treten die Medien an die Stelle, das Fernsehen, die Bildzeitung, die sind doch immer voll von dramatischen Ereignissen, Zuspitzungen, die riesigen Inszenierungen in der Bildzeitung, die Inszenierungen, die im Fernsehen stattfinden. Das gehört ja auch mit dazu, dass Politiker gar nicht frei sind. Was meinen Sie, was mit einem Politiker passiert, der nur sachlich und ernsthaft und ganz ruhig und ohne Aufregung eine Ansicht vertritt. Nichts! Sie werden ihn langweilig finden, er wird niedergeschrieben“ (Wolfgang Thierse, Bundestagspräsident, SPD, bei Sabine Christiansen vom 30.06.2002)

„Da hat der Herr Strunz schon was Richtiges gesagt, ganz am Anfang. Also, weniger Show und mehr „//““, also mehr uns zeigen, das ist das Problem, und dass man sich streiten muss, und dass man vor dem Streit keine Angst hat (12a.). In meinem Beruf ist der Dialog, der Streit, eine der wesentlichen Motivationen, um mit der Sache vorwärts zu kommen. Ohne Streit und ohne Krise, eine Krise ist ja medizinisch sozusagen der Punkt, wo es wieder aufwärts geht.“ (Jürgen Flimm, Regisseur in Sabine Christiansen vom 30.06.2002)

„Sie müssen also darauf achten, dass ich noch dran komme. Und dem Bundespräsidenten, wenn ich den das nächste Mal sehe, will ich auch noch sagen, er soll mal sagen, bei allem anderen, das er rügt, dass nicht immer durcheinander geredet werden soll. Die Leute verstehen ja nichts. Einen Teil des Ärgers, den wir draussen auslösen, hängt damit zusammen, dass wir es nicht mal hinkriegen, einigermaßen vernünftig und diszipliniert miteinander zu reden. So, und jetzt zu der Sache selbst“ (Franz Müntefering, SPD-Generalsekretär, in Sabine Christiansen vom 23.06.2002)

Diese Zitate aus dem Datenmaterial der vorliegenden Dissertation sprechen die wichtigsten Themen an, um die es in dieser Arbeit geht: politische Inszenierung, fehlender Streit und Mangelhaftigkeit in der politischen Argumentation sowie der Wunsch nach Qualität im medialen politischen Diskurs.

In meiner Dissertation untersuche ich, inwiefern Politiker und Experten innerhalb politischer TV-Diskussionssendungen auf die Argumente ihrer Gegenüber eingehen. Dabei werden Sendeformate der Schweiz und Deutschlands miteinander verglichen. Dieser Vergleich ist deshalb so interessant, weil die beiden Länder über unterschiedliche Demokratiemodelle verfügen. Bei der Erstellung des Konzeptes und der Verfassung der Arbeit haben fortlaufend wichtige Diskussionen stattgefunden. Hierfür möchte ich Herrn *Prof. Dr. Dr. h.c. Fritz Oser* (Präsident des Departements Erziehungswissenschaften der Universität Freiburg, Schweiz) danken, Herrn *Prof. Dr. Wolfgang Althof* (Lehr- und Forschungsrat des Departements Erziehungswissenschaften der Universität Freiburg, Schweiz; Leiter des Ausbildungsprogramms), Herrn *Prof. Dr. Marvin Berkowitz* (Sanford N. McDonnell Professor of Character Education an der School of Education an der University of Missouri-St-Louis), Frau *Prof. Dr. Helen Haste* (Department of Psychology, University of Bath) und Herrn *Prof. Dr. Miquel Martinez* (Institut de Ciències de l'Educació, Universitat de Barcelona).

Für die unterstützenden Gespräche betreffend des empirischen Teils geht ein grosser Dank an die Herren *lic. phil. Horst Biedermann*, *lic. phil. Christian Brühwiler* und *PD Dr. Carsten Quesel*.

Herzlichen Dank an die Menschen, die während der ganzen Zeit an mich geglaubt und mich unterstützt haben.

«Um dem Fremdem die Anerkennung einer solidarischen Anteilnahme an seinem Lebensweg entgegenbringen zu können, bedarf es vorweg des Anstosses einer Erfahrung, die mich darüber belehrt, dass wir in einem existentiellen Sinn bestimmte Bedrohungen miteinander teilen; welche Risiken solcher Art uns aber tatsächlich untereinander vorgängig verbinden, bemisst sich wiederum an den Vorstellungen, die wir gemeinsam von einem gegliückten Leben im Rahmen des Gemeinwesens besitzen.» (Axel Honneth 1998, S. 147)

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	1
Inhaltsverzeichnis.....	3
Abbildungsverzeichnis	6
Tabellenverzeichnis	7
1 Einleitung: Die Verwendung des Berkowitzschen Ansatzes auf die Sprachumgebung der medialen Politik	9
2 Politische Diskussionssendungen der Schweiz und Deutschlands vor dem Hintergrund ihrer Demokratietheorien	13
2.1 Konzepte ausgewählter politischer TV-Diskussionssendungen	13
2.2 Demokratietheorien.....	18
2.2.1 Erläuterung des Demokratiebegriffs	18
2.2.2 Darstellung der Demokratiemodelle der Schweiz und Deutschland.....	27
2.3 Zur Überschneidung der Bereiche Politik und Medien	36
2.3.1 Allgemeiner Hintergrund	36
2.3.2 Zerstören die Massenmedien unsere Kultur und betrügen sie uns?	42
2.3.3 Das Verhältnis zwischen Medien und Politik	44
2.3.3.1 Thesen und Modelle der politischen Kommunikation	45
2.3.3.2 Demokratisierende Funktionen der Medienunterhaltung	54
2.3.3.3 Politisches System und mediale politische Kommunikation in der Schweiz.....	58
2.3.3.4 Entwickelt sich Deutschland von der Parteien- zur Mediendemokratie?.....	61
2.4 Chancen für und durch das Politische.....	67
2.5 Zusammenfassung	71
3 Kontraste: Ideale, gegenwärtige und realistische Beschaffenheit (medialer) politischer Diskurse.....	72
3.1 Hannah Arendt über Politik und Diskurs.....	73
3.1.1 Akzente in Arendts „Vita activa“	75
3.1.2 Vertiefung zum Handeln und Sprechen im öffentlichen Raum	77
3.1.3 Kritik und Übertragung auf die heutige Zeit.....	81
3.2 Eine Zustandsbeschreibung des Politischen mit besonderer Konzentration auf den (medialen) Diskurs.....	85
3.2.1 Definierung des Politischen	85
3.2.2 Die Krise des Politischen und des politischen Diskurses.....	87
3.2.3 Zurück zum medialen politischen Diskurs.....	93
3.2.4 Eine Untersuchung über die Theatralität von politischen Mediendiskursen.....	96
3.3 Das „realistische Diskursmodell“ und seine Übertragung auf den Kontext der politischen Diskussionssendung.....	100
3.3.1 Verantwortung im professionellen Handeln	101
3.3.2 Beschreibung des Prozessmodells.....	104
3.3.3 Verstehen des inneren Mechanismus des Runden-Tisch-Modells.....	105
3.3.4 Auf dem Weg zum „vollständigen Diskurs“: Entscheidungsformen und Diskurskriterien.....	107
3.4 Resümé.....	112

4	Abwägung theoretischer und empirischer Konzepte zur Analyse des medialen politischen Diskurses	114
4.1	Zur Klärung wichtiger Begriffe	114
4.1.1	Annäherung an den Begriff der „Argumentation“	114
4.1.2	Der Argumentationsbegriff aus sprach- und kommunikationstheoretischer Sicht	117
4.1.3	Zur Unterscheidung von „Argumentation“ und „Argument“	120
4.1.4	Rhetorik.....	121
4.1.4.1	<i>Präsentation einer eigenen Definition von Rhetorik mittels Exklusion.....</i>	<i>121</i>
4.1.4.2	<i>Zum Zusammenhang zwischen Rhetorik und Metaphern des Theaters und des Spiels</i>	<i>123</i>
4.1.4.3	<i>Abriss des geschichtlichen Hintergrunds</i>	<i>126</i>
4.1.4.4	<i>Fähigkeiten von Rhetorikern in und ausserhalb der Politik.....</i>	<i>129</i>
4.1.5	Diskursanalyse und Rhetorik	135
4.2	Weiterführende Begrifflichkeiten, Theorien und Forschungsansätze über den politischen Diskurs	142
4.3	Zusammentragung.....	147
5	Die Theorie der transaktiven Diskussion	149
5.1	Zum theoretischen Fundament	149
5.1.1	Der symbolische Interaktionismus nach Mead	150
5.1.2	Die Theorie der geistigen Entwicklung nach Piaget	152
5.1.2.1	<i>Stadien der geistigen Entwicklung</i>	<i>153</i>
5.1.2.2	<i>Das Konzept der Äquilibration.....</i>	<i>154</i>
5.1.2.3	<i>Piagets Beitrag zum Konzept der transaktiven Diskussion</i>	<i>155</i>
5.2	Pionierarbeiten zum Studium der sozio-moralischen Diskussion.....	156
5.2.1	Miller über kollektive Lernprozesse und die Entwicklung der Moral	156
5.2.1.1	<i>Begriffe und Thesen.....</i>	<i>156</i>
5.2.1.2	<i>Empirische Untersuchung der Entwicklung sozio-moralischer Diskussion.....</i>	<i>157</i>
5.2.1.3	<i>Die Nutzbarkeit von Millers Arbeit</i>	<i>158</i>
5.2.2	Osers Untersuchung des moralischen Urteils in Gruppen	158
5.2.2.1	<i>Die Struktur der moralischen Interaktion in der Gruppe.....</i>	<i>159</i>
5.2.2.2	<i>Die Ebenen der moralischen Interaktion: Interaktive Komplexität und Verknotung</i>	<i>160</i>
5.2.2.3	<i>Konklusion und Bezugnahme zur eigenen Forschungsarbeit.....</i>	<i>162</i>
5.2.3	Keller und Reuss zur Entwicklung der Form der sozio-moralischen Diskussion... ..	163
5.2.4	Selmans Theorie der Entwicklung interpersonaler Verhandlungsstrategien	165
5.2.4.1	<i>Die Kombination von strukturalistisch-genetischem und orthogenetischem Ansatz.....</i>	<i>165</i>
5.2.4.2	<i>Die Entwicklung interpersonalen Verstehens</i>	<i>166</i>
5.2.4.3	<i>Strategien interpersonaler Verhandlung.....</i>	<i>167</i>
5.2.4.4	<i>Analyse des Zusammenhangs zwischen Selmans Theorie und einem einfachen Diskussionsmodell.</i>	<i>170</i>
5.2.5	Damon und Killen: Peer-Diskussion und die Entwicklung des moralischen Urteils	173
5.3	Weiterführende Forschungsarbeiten zum Studium der transaktiven Diskussion	175
5.3.1	Berkowitzs frühe Forschungsarbeiten	177
5.3.1.1	<i>Moralische Diskussion, moralische Entwicklung und die Entwicklung des Modells der transaktiven Diskussion.....</i>	<i>177</i>
5.3.1.2	<i>Das Kategoriensystem der transaktiven Diskussion</i>	<i>179</i>
5.3.1.3	<i>Untersuchung zur Validierung des Kategoriensystems.....</i>	<i>182</i>
5.3.1.4	<i>Der Zusammenhang zwischen formal-operatorischem Denken und transaktiver Diskussion.....</i>	<i>183</i>
5.3.1.5	<i>Schlussfolgerung und Kritik.....</i>	<i>184</i>
5.3.2	Eine rekonstruktive Analyse bzw. eine entwicklungspsychologische Interpretation von nicht-entwicklungspsychologischen Studien.....	185
5.3.3	Eine kulturübergreifende Studie zur Entwicklung der Transaktivität.....	186
5.3.4	Eine vorläufige Formulierung von Stufen der soziomoralischen Diskussion.....	187
5.3.5	Zur Differenzierung des Transakts: Orientierungsmodi und Argumentationsstile.	192

5.4	Erweiterung des Kategoriensystems und Entwurf eines Modells mit zwei Niveaus transaktiver Diskussion.....	193
5.4.1	Das erweiterte Kategoriensystem.....	194
5.4.2	Die zwei Niveaus transaktiver Diskussion.....	198
5.4.3	Überleitung zur empirischen Analyse.....	202
6	Empirie.....	205
6.1	Fragestellungen.....	205
6.2	Hypothesen.....	207
6.3	Methode.....	209
6.3.1	Datenerhebung.....	209
6.3.2	Stichprobe.....	212
6.3.2.1	<i>Allgemeine Angaben zu den Sendeformaten.....</i>	<i>212</i>
6.3.2.2	<i>Angaben zu den einzelnen Sendungen, Diskussionsthemen und Gästen.....</i>	<i>214</i>
6.3.2.3	<i>Beschreibung der schweizerischen und deutschen Parteien zugehörig zur Stichprobe.....</i>	<i>221</i>
6.3.2.4	<i>Geschlechterverteilung.....</i>	<i>230</i>
6.3.2.5	<i>Einteilung der Funktionsbereiche der Experten.....</i>	<i>230</i>
6.3.3	Datenauswertung.....	231
6.3.3.1	<i>Qualitative Auswertung der Daten.....</i>	<i>231</i>
6.3.3.2	<i>Messinstrument zur Codierung der Transaktivität der politischen Diskussion.....</i>	<i>233</i>
6.3.3.3	<i>Abhängige und unabhängige Masse.....</i>	<i>237</i>
6.3.3.4	<i>Quantitative Auswertung der Daten: erste deskriptive Analysen.....</i>	<i>242</i>
6.3.3.5	<i>Die statistischen Verfahren der quantitativen Datenauswertung.....</i>	<i>244</i>
6.4	Ergebnisse.....	246
6.4.1	Beispiele aus dem Datenmaterial.....	246
6.4.2	Zur Beantwortung der empirischen Fragen.....	257
6.4.3	Zur Überprüfung der Hypothesen.....	276
6.4.4	Explorative Analysen.....	282
7	Interpretation, Kritik und Ausblick.....	287
7.1	Zur Sprechaktivität und dem Ausmass an transaktiver Diskussion.....	287
7.2	Der Ländervergleich.....	294
7.3	Pädagogische Implikationen.....	298
7.4	Kritik an der eigenen Untersuchung und Ausblick auf zukünftige Forschungsarbeiten.....	304
8	Literaturverzeichnis.....	308
9	Anhang I: Auswertungsmaterial.....	I
9.1	Anhang I-1: Überblick des Auswertungsmaterials.....	I
9.2	Anhang I-2: Auswertungsmanual.....	III
10	Anhang II: Kodierte Transkripte der politischen TV-Diskussionssendungen: Inhaltsverzeichnis.....	XXXVIII
10.1	Anhang II-1: Arena.....	XXXVIII
10.2	Anhang II-2: Zischtigclub.....	XXXVIII
10.3	Anhang II-3: Berlin Mitte.....	XXXVIII
10.4	Anhang II-4: Sabine Christiansen.....	XXXVIII

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1:	Die Dreier-Beziehung zwischen Medien, Politik und Öffentlichkeit.	49
Abbildung 2:	Sprechaktivität der Politiker, Experten und Moderatoren.....	242
Abbildung 3:	Sprechaktivität der Moderatoren der einzelnen Sendeformate	243
Abbildung 4:	Häufigkeit der Verwendung von Niveau I-Transakten (Politiker).....	261
Abbildung 5:	Häufigkeit der Verwendung von Niveau II-Transakten (Politiker)	261
Abbildung 6:	Häufigkeit der Verwendung von Transakten des konkurrierenden Modus` (Politiker)	262
Abbildung 7:	Häufigkeit der Verwendung von Transakten des nicht-konkurrierenden Modus` (Politiker)	263
Abbildung 8:	Transaktivität auf Niveau I und II von Politikern und Experten.....	265
Abbildung 9:	Transaktivität der Politiker im Vergleich zu den Experten.....	276
Abbildung 10:	Transaktivität der Politiker der Schweiz und der BRD.....	278
Abbildung 11:	Transaktivität der Politiker der Schweiz und der BRD.....	279
Abbildung 12:	Operationale Transaktivität der Politiker der Schweiz und der BRD	280
Abbildung 13:	Nicht-konkurrierende Transaktivität bei Politikern der Schweiz und der BRD.....	281
Abbildung 14:	Transaktivität auf Niveau I und II der Politiker der Schweiz und der BRD.....	282

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1:	Das Entwicklungsmodell der Verhandlung nach Gulliver (1979): Die Phasen	98
Tabelle 2:	Ebenen der Interaktion und Kommunikation (Oser 1983).....	160
Tabelle 3:	Zusammenstellung – Inhalt, Triftigkeit, Referenzrahmen, Haltung – pro Ebene der Interaktion (1. Dimension)	161
Tabelle 4:	Die Niveaus des moralischen Denkens und der Rechtfertigung (Keller und Reuss 1985)	164
Tabelle 5:	Niveaus sozialer Perspektivenkoordination und interpersonaler Verhandlungsstrategien	167
Tabelle 6:	Prototypen für Orientierungsmodi auf den Entwicklungsniveaus interpersonaler Verhandlungsstrategien (vgl. Selman 1984b, S. 137-150)....	169
Tabelle 7:	Kategorien für die Kodierung interaktionaler Qualitäten (vgl. Damon und Killen 1982, S.357; Übersetzung N.B.).....	174
Tabelle 8:	Transaktionsebenen (vgl. Berkowitz und Gibbs 1986, S. 103ff) geordnet nach Typ (N.B.)	179
Tabelle 9:	Die Stufen der sozio-moralischen Diskussion – ein vorläufiges Entwicklungs- modell (vgl. Berkowitz, Oser und Althof 1987; Übersetzung N.B.).....	187
Tabelle 10:	Das erweiterte Kategoriensystem: Überblick.....	195
Tabelle 11:	Die zwei Niveaus transaktiver Diskussion.....	198
Tabelle 12:	Liste der Sendungen im Zeitraum von Mitte März bis Ende Juni 2002	209
Tabelle 13:	Typenbeschreibung ausgewählter politischer Diskussionssendungen.....	212
Tabelle 14:	Stichprobe: Name und Geschlecht der Politiker und Experten, geordnet nach Sendeformat und Thema der Diskussionssendung	214
Tabelle 15:	Mitgliederzahlen der zentralen Schweizer Parteien.....	224
Tabelle 16:	Mitgliederzahlen der zentralen Deutschen Parteien.....	228
Tabelle 17:	Anzahl und prozentuale Verteilung der untersuchten Personen nach Partei sowie Angaben zur Geschlechterverteilung	229
Tabelle 18:	Funktionsbereiche der Experten und Anzahl Vertreter der schweizerischen und deutschen Stichprobe	230
Tabelle 19:	Die Kategorien transaktiver Diskussion: Überblick (Orig. Berkowitz und Gibbs 1979, erweiterte Version N.B.).....	234
Tabelle 20:	Liste der abhängigen Variablen und deren Bedeutung	237
Tabelle 21:	Stichprobe: Häufigkeitsverteilung der Politiker und Experten in der deutschen und schweizerischen Stichprobe.....	244
Tabelle 22:	Transkriptionsabkürzungen.....	246
Tabelle 23:	Häufigkeit der Verwendung von 1-9 Transakten.....	258
Tabelle 24:	Häufigkeit der Verwendung der einzelnen Transakte.....	259
Tabelle 25:	Häufigkeit der Verwendung von Niveau I- und II-Transakten durch Politiker	260
Tabelle 26:	Häufigkeit der Verwendung der Modi „konkurrierend“ und „nicht- konkurrierend“ (Politiker)	262
Tabelle 27:	Häufigkeit (%) der Verwendung von Niveau I- und II-Transakten (Politiker und Experten)	264
Tabelle 28:	Ausmass an Transaktivität (ungewichtete und gewichtete Mittelwerte) innerhalb der Sendeformate.....	266
Tabelle 29:	Häufigkeit (%) der Verwendung von Niveau I- und II-Transakten innerhalb der Sendeformate.....	267

Tabelle 30:	Häufigkeit (%) der Verwendung der Transakttypen innerhalb der Sendeformate	267
Tabelle 31:	Häufigkeit (%) der Verwendung der beiden Modi transaktiver Diskussion innerhalb der Sendeformate	268
Tabelle 32:	Häufigkeit (%) der Verwendung der Transakttypen	269
Tabelle 33:	Sendungen mit höchstem und niedrigstem Anteil an Transaktivität geordnet nach Typ transaktiver Diskussion.....	271
Tabelle 34:	Parteien- und Ländervergleich hinsichtlich ihrer Transaktverwendung	272
Tabelle 35:	Parteien und ihre durchschnittliche Häufigkeit (%) der Transaktverwendung, bezogen auf Typ 3, die Modi und Niveaus transaktiver Diskussion	273
Tabelle 36:	Vergleich der Verwendung von Niveau I- und II-Transakten von Politikern der Schweiz und der BRD.	282
Tabelle 37:	Häufigkeit (%) der Verwendung von Typ 1- und 2-Transakten durch Politiker und Experten	283
Tabelle 38:	Häufigkeit (%) der Verwendung konkurrierender und nicht-konkurrierender Transakte sowie Anzahl Unterbrechungen für jede Sendung.....	285
Tabelle 39:	Vergleich der Transaktivität unterschiedlicher Stichproben.....	291

1 EINLEITUNG: DIE VERWENDUNG DES BERKOWITZSCHEN ANSATZES AUF DIE SPRACHUMGEBUNG DER MEDIALEN POLITIK

„Die Darstellung, Selbstdarstellung und in zunehmendem Masse auch die Konstitution von Politik findet heute primär unter den Bedingungen elektronischer Medien statt. Was wir für Realität halten und wonach wir unser Denken und Handeln ausrichten, wird entscheidend durch die Massenmedien mit ihren elektronisch erzeugten Bildern geprägt“ (Meyer 2000 et al., S. 13). Millionen von Menschen verfolgen wöchentlich politische TV-Diskussionssendungen wie beispielsweise *Arena* oder *Sabine Christiansen*. Sendungen dieser Art vermitteln Politik und tragen zur politischen Meinungsbildung bei. Aufgrund der hohen Einschaltquoten ergibt sich die Notwendigkeit zu analysieren, was die Zuschauer in Bezug auf die Qualität der Diskussion zu sehen bekommen. Bisher fehlen Forschungsergebnisse zur Transaktivität von medialen politischen Diskursen. Die vorliegende Doktorarbeit behandelt, theoretisch wie empirisch, folgende Fragen: *Diskutieren Politiker/-innen in politischen TV-Diskussionssendungen transaktiv, d.h. operieren sie mit den Argumenten der Gegenüber? Gehen sie auf die Argumente anderer in einer Weise ein, die eine koordinierte und integrierte Argumentation entstehen lässt? Diskutieren Politiker/-innen vornehmlich konkurrierend, um beispielsweise ihre eigenen Interessen zu wahren und ihre Macht zu erhalten?* Kurz: Es steht an, den medialen politischen Diskurs hinsichtlich seiner Form und Qualität zu untersuchen. Erst, wenn Ergebnisse diesbezüglich vorliegen, können Rückschlüsse auf notwendige Fähigkeiten geschlossen werden, welche im Prozess der politischen Bildung und Erziehung verfeinert und entwickelt werden sollten.

Menschen, die in der Öffentlichkeit stehen, wirken richtungsweisend, stellen Vorbilder für Werte, Denkmuster, Einstellungen und Verhaltensweisen dar. Genau hier setzt die vorliegende Arbeit an: *Sind Politiker/-innen, aber auch die Experten, welche zu politischen Diskussionssendungen in einer primär nicht-politischen Funktion eingeladen werden, hinsichtlich ausgewählter Kriterien entwickelter Diskussionsfähigkeit vorbildlich? Wie schneiden die beiden Gruppen im Vergleich ab?* Für die Analyse der Qualität des medialen politischen Diskurses wird nach langem Abwägen theoretischer und empirischer Konzepte, die eigens erweiterte Theorie der transaktiven Diskussion angewendet. Verglichen wird das Diskussionsverhalten von Politikern und Experten der deutschsprachigen Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Ländervergleich liegt nahe, da in beiden Ländern politische Diskussions-

sendungen ähnlichen Formats häufig ausgestrahlt und zugeschalten werde. Darüber hinaus macht der unterschiedliche demokratietheoretische Hintergrund einen Vergleich äusserst interessant.

Meine Doktorarbeit soll nicht moralisieren oder nur das Schlechte und das normative Gute aufzeigen, sondern mögliche Zwischenräume und Möglichkeiten beleuchten, analysieren und diskutieren. Es ist dabei klar, dass die asymmetrische Kommunikation die Realität ist – ob zwischen Eltern und Kind oder zwischen Politiker/-in und Bürger/-in (vgl. Oser 1991; 1998). Da Pädagogik letztlich auch normativ sein muss, kann in der vorliegenden Arbeit gefordert werden, dass auch Politiker/-innen, die u.a. Vorbildfunktionen übernehmen, letztlich koordinierend und integrierend diskutieren sollten und Diskussionen führen sollten, in denen anstelle von Selbstinszenierung das beste Argument zählt (vgl. Habermas 1974; 1983). Klar ist, dass es in der Politik zum einen um Veränderung und Erfolg geht und zum anderen, dass es um die Taktik geht, sich gewinnend zu präsentieren. Doch innerhalb dessen kann eine Sprache gelten, die entweder Interesse an Veränderung zugunsten der Bürger/-innen ausdrückt und politische Prozesse aufzeigen möchte oder lediglich auf den Machterhalt hinausläuft. Kontraste sind auch wichtig und sollten z.B. in einer politischen TV-Diskussionsrunde dargestellt werden können. Je mehr Kontraste aufgezeigt werden, desto mehr Entscheidungsmöglichkeiten stehen den Menschen bereit.

Die hier aufgeworfenen Fragen und Überlegungen werden anhand theoretischer Konzepte analysiert, um sie anschliessend empirisch zu untersuchen. Die theoretischen Konzepte stammen aus dem Bereich der Politikwissenschaft, der politischen Philosophie, Pädagogik, Kommunikations- und Sprachwissenschaft sowie der Psychologie. Konkreter ausgedrückt befasse ich mich im nachfolgenden *zweiten Kapitel* mit der Geschichte und dem Konzept ausgewählter politischer Diskussionssendungen der Schweiz und Deutschlands. Es werden die Sendungen *Arena*, *Zischtigsclub*, *Sabine Christiansen* und *Berlin Mitte* für die Analyse der Qualität der medialen politischen Diskussion ausgewählt. Im Hintergrund dieser Sendungen stehen länderspezifische demokratische Systeme, welche der Leser sicherlich kennt und die deshalb i.S. einer Zusammenfassung für den deutschen oder schweizerischen Leser zu verstehen sind, der ggf. mit dem politischen System des anderen Landes nicht permanent konfrontiert wird. Im Anschluss daran wird ein wichtiges Thema eines Zweiges der Politikwissenschaft dargestellt, nämlich die Überschneidung der Bereiche Politik und Medien. Die Thematik soll in Bezug auf die Besonderheit der Situation in der Schweiz und in Deutschland erläutert werden.

Aus dieser Abhandlung im Kapitel zwei ergibt sich die Möglichkeit Chancen für und durch das Politische zu formulieren, d.h. auch erste pädagogische Implikationen herauszustreichen.

Im *dritten Kapitel* findet eine Kontrastierung von drei zutiefst unterschiedlichen Theorieansätzen statt. Es sollen die ideale, die gegenwärtige und die realistische Beschaffenheit (medialer) politischer Diskurse aufgezeigt werden. Medial steht deshalb in Klammer, da es nicht immer, aber auch um den medialen politischen Diskurs geht. Und es wird von einer Kontrastierung gesprochen und nicht von einem Vergleich, da die drei Theorieansätze nicht vergleichbar sind. Das Gefäß der idealen Theorie wird mit Hannah Arendts politischer Philosophie über Politik und Diskurs im antiken Griechenland, zu Zeiten der Polis, gefüllt (vgl. z.B. Arendt 1999); den gegenwärtigen Zustand des Politischen, die Veränderungen der politischen Sprache beschreibt der etablierte politische Philosoph Thomas Meyer (vgl. z.B. Meyer 1994). Spätestens dann, wenn der (mediale) politische Diskurs von Vertretern verschiedener Forschungsdisziplinen kritisiert worden ist (s.a. Kapitel 2), steht es an aufzuzeigen, wie jener denn aussehen könnte. Hierzu wird das pädagogische Modell des „realistischen Diskurses“ von Oser (1998) herangezogen. Oser und Mitarbeiter stellen ein Verfahren vor, welches von Berufspersonen generell gelernt und angewendet werden kann. Es geht hierbei um eine bestimmte Form der Problemlösung, die mit moralischer Entwicklung gleichgesetzt wird. Dieses Verfahren, welches in unterschiedlichen Berufen unter unterschiedlichen Bedingungen verschiedentlich angewendet werden kann, wird als „Ethos“ bezeichnet. Das „Ethos-Modell“ (ebd.) wird auf den Kontext der politischen Fernseh-Diskussionssendung übertragen und auf Möglichkeiten, aber auch Grenzen in Bezug auf die Überprüfung dieses Modells wird hingewiesen.

Das *vierte Kapitel* steht für die Abwägung verschiedener theoretischer und empirischer Arbeiten um Begriffe wie „Argument“, „Argumentation“, „Rhetorik“ und „Diskurs“. Diverse Arbeiten aus den Forschungsdisziplinen Psychologie und Kommunikations- und Sprachwissenschaft liefern unterschiedliche Definitionen und damit Möglichkeiten politische Diskurse zu analysieren. Doch keine der Methoden untersucht die Art und Weise, wie mit den Argumenten von einem oder mehreren Gegenübern operiert wird, d.h. die Form der Argumentation sowie den Grad der Koordination und Integration. Dies leistet die erweiterte Theorie der transaktiven Diskussion, welche deshalb in das Zentrum meiner Forschungsarbeit rückt (Originalversion vgl. z.B. Berkowitz 1986). Die besagte Theorie wurde bisher z.B. im Zusammenhang mit Effekten auf moralische Entwicklung angewendet, jedoch nicht auf die spezifische

Thematik des medialen politischen Diskurses. Nachdem im *fünften Kapitel* das theoretische Fundament und Pionierarbeiten der Theorie der transaktiven Diskussion dargestellt worden sind, gilt es anhand des vorliegenden Materials eine kritische Bilanz zu ziehen, das Modell zu ergänzen, wo es Lücken aufweist, und weiterzudenken, da die Möglichkeit besteht, ein Modell von zwei Niveaus des transaktiven Diskussionsverhaltens zu entwerfen (s.u. Kapitel 5.4). Im Anschluss an die Erklärung und Begründung des Modells wird pointiert dargestellt, was all die dargestellten Diskursansätze und Theorien über Argumentation und Rhetorik vom politischen Diskurs unterscheidet: das Ziel.

Im *sechsten Kapitel* beginnt der empirische Teil der Arbeit. Es werden insgesamt 138 Politiker und Experten in 20 transkribierten politischen TV-Sendungen (fünf Sendungen aus den jeweiligen Sendeformaten; s.o. zweiter Absatz) hinsichtlich der Transaktivität ihrer Diskussionsverhaltens analysiert und dies in Hinsicht auf das Niveau transaktiver Diskussion, Typ der Transaktion, Modus – konkurrierend oder nicht-konkurrierend – , Unterbrechungen, Chancen auf Transaktivität etc.. Die Diskussionsthemen, die Stichprobe, die Parteien, denen die Politiker angehören, die Experten und die Funktion, in der diese eingeladen sind, werden detailliert beschrieben. Anschliessend wird der Vorgang der Datenauswertung geschildert, der Ergebnisteil mit Beispielen aus dem Datenmaterial veranschaulicht, die empirischen Fragen beantwortet und die Hypothesen überprüft. Alle übrigen kodierten und nicht-kodierten Daten befinden sich im Anhang. Die Arbeit schliesst mit dem *siebten Kapitel*, der Interpretation der Ergebnisse, dem kritischen Blick auf die eigene Arbeit, der auch konstruktiv ausfällt, um einen Ausblick auf zukünftige Forschungsarbeiten geben zu können.

Zwei Anmerkungen:

1. Im Folgenden wird für sämtliche Substantive, mit denen Personen beschrieben werden (z.B. Politiker, Experten) die männliche Form verwendet, um den Lesefluss nicht mit Anfügungen (z.B. Expert(e)/-in) zu stören. Es sind immer beide Geschlechter gemeint.
2. N.B. in Klammern steht für die Initialen der Verfasserin der vorliegenden Doktorarbeit.

2 POLITISCHE DISKUSSIONSENDUNGEN DER SCHWEIZ UND DEUTSCHLANDS VOR DEM HINTERGRUND IHRER DEMOKRATIETHEORIEN

2.1 Konzepte ausgewählter politischer TV-Diskussionssendungen

In der Schweiz und Deutschland weisen politische Diskussionssendungen wie *Arena*, *Zischtigclub*, *Berlin Mitte* und *Sabine Christiansen*, einen jeweils national hohen Bekanntheitsgrad auf. Die erwähnten Sendungen werden wöchentlich am Fernsehen ausgestrahlt und haben Wichtigkeit in Bezug auf die politische Meinungsbildung und das politische Verhalten. Die Diskussionen in *Sabine Christiansen* werden von durchschnittlich fünf Millionen Menschen wöchentlich am Sonntagabend verfolgt; *Berlin Mitte*, ein ähnliches Format, welches ebenfalls wöchentlich, aber Donnerstagabends gesendet wird, schalten ca. 2,7 Millionen Menschen ein. Zu beiden deutschen Sendungen werden ca. fünf Gäste eingeladen. Einige davon sind prominente Politiker, andere mehr oder weniger bekannte Gäste aus den Bereichen der Wirtschaft, Gesellschaft oder Kultur. Sie alle werden eingeladen, um zusammen mit den Moderatorinnen über „das Thema der Woche zu diskutieren“ (<http://www.sabine.christiansen.de>). Das kann beispielsweise eine Sendung über die Ergebnisse der PISA-Studie sein mit dem Thema „Schule in Not?“ (*Sabine Christiansen* am 16.06.2002) oder „Protest gegen Bush – Sind die Deutschen undankbar?“ (*Berlin Mitte* am 23.05.2002). Beide Sendeformate verfügen über ein ähnliches Konzept, welches auf dem Internet präsentiert wird (ebd. und www.zdf.de) und wo es u.a. sinngemäss steht, *Berlin Mitte* will informieren, politische Prozesse deutlich machen (vgl. auch *Arena*-Sendung der Schweiz, s.u. im selben Kapitel) und unterhalten oder bei *Sabine Christiansen*, die „eine `Institution` in der Berliner Republik geworden (ist), die für professionelle Beobachter Deutschlands die wichtigste Talk-Show (darstellt)“ (DIE WELT 24.11.02). Hingegen wirft die renommierte deutsche Zeitung DIE ZEIT die Frage auf, ob sich fünf Millionen Zuschauer irren können bzw. was sie denn für ihr Geld, welches sie für jährliche Gebühren ausgeben, zu sehen und hören bekommen (<http://zeus.zeit.de/text/2003/13/S-Christiansen>). Denn den Zuschauern werden selten präzise Informationen mitgeteilt. Kaum eine Frage der Moderatorin beginnt mit einem „Warum“. „Ihre demokratisch nicht legitimierte Wirksamkeit macht Christiansen mächtig, und das macht sie haftbar – für das, was das Fernsehen der Politik antut und den Menschen, die Politik machen“ (ebd., S. 4).

Am 28. November 2003 protestieren deutsche Tageszeitungen (z.B. Frankfurter Allgemeine, Süddeutsche Zeitung, Die Welt) dagegen, dass Politiker Interviews im Nachhinein derart be-

arbeiten, dass Antworten geändert werden und unangenehme Fragen gestrichen werden (NZZ 28./29. November 2003, Nr. 278, S. 5). Dieselbe Quelle informiert darüber, dass sich auch in der Unterhaltungsbranche Politiker vor dem Auftritt die Fragen vorlegen lassen und bestimmte Themen noch vor der Sendung ausschliessen. „Manche Politiker scheinen mittlerweile nach einem kunstvoll gepflegten Image wie im Showbusiness zu streben – auf Kosten der authentischen Inhalte“ (ebd.). Auch die schweizerische Sendung *Arena* wird in der Presse und in wissenschaftlichen Arbeiten entweder gelobt oder kritisiert. Das Konzept der schweizerischen Sendung beinhaltet, dass sechs bis acht Gäste eingeladen werden, die im Unterschied zu den beiden deutschen Formaten nicht im Halbkreis sitzend diskutieren, sondern stehend hinter Pulten. Mehrheitlich Vertreter der grossen Parteien sowie Experten aus nicht-politischen Arbeitsbereichen diskutierten beispielsweise das Thema „Wie viel Sicherheit braucht die Schweiz?“ (am 07.06.2002). Zu dieser Diskussion wurde jeweils ein Politiker der Parteien CVP, SVP, SP und FDP eingeladen sowie eine Kriminologin und ein Politologe (s.u. Kapitel 6.3.2 Erläuterung der Parteien). Das Anliegen der Sendung besteht darin, die schweizerische Innenpolitik auf polarisierende Art darzustellen (Schweizer Fernsehen DRS, Pressedienst, Blatt „10 Jahre Arena“). Für die *Arena*-Sendung liegen statistische Daten betreffend der Verteilung der Gäste im Zeitraum vom 11. Januar bis zum 2. Mai 2003 vor (Seminararbeit am IPMZ – Institut für Publizistikwissenschaft der Universität Zürich s. <http://www.sfdrs-pressedienst.ch>). 61% der Gäste gehören Parteien an, 17% kommen aus Interessenverbänden, 22% gehören zur Kategorie „andere“. Die Kategorie „andere“ setzt sich aus Personen zusammen, von denen 20% aus dem universitären, wissenschaftlichen Bereich kommen und 19% aus dem Bereich der Medien (Schriftsteller und Publizisten werden hier zusammengerechnet). Zusätzlich wurden 19% Bundesvertreter, 12% Unternehmensvertreter, 15% Experten (vermischte Kategorie) und 15% Diverse in diesem Zeitraum eingeladen. Die Kategorie „Parteien“ setzt sich zu 90% aus Personen aus Bundesratsparteien zusammen (FDP 23%; CVP 22%; SVP 21%; SP 24% und 8% Grüne); die restlichen 10% gehören den Parteien „Grüne, SD, Liberale, Grünes Bündnis“ an.

Zum spezifischen Konzept der Sendung, worin sich die *Arena* von anderen Sendeformaten unterscheidet: Im Verlauf der Sendung melden sich neben den Politikern und Experten, welche in der ersten Reihe sitzen, sogenannte Sekundanten aus der zweiten Reihe zu Wort oder es werden einzelne Personen aus dem Publikum dahinter in die Diskussion miteinbezogen. Die *Arena* hat im Durchschnitt 258 000 Zuschauer (am 03.10.01 erreichte sie die höchste Zuschauerzahl mit 680 000, zum Thema „Swissair-Debakel“). Die *Arena* wird seit August 1993

jeden Freitagabend um 22:20 Uhr gesendet; die Sendedauer ist mit insgesamt 85 Min etwas länger als die deutschen Sendungen *Berlin Mitte* (45 Min.) und *Sabine Christiansen* (60 Min.). Der Pressedienst des Schweizer Fernsehens DRS formuliert Ziele, Anspruch, Philosophie und den konkreten Zuschauernutzen folgendermassen: „*Arena*‘ ist eine kontradiktorische Diskussionssendung zu aktuellen innenpolitischen, gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Themen. Sie will die entsprechenden Tendenzen und Entwicklungen in der Schweiz abbilden und so zur Meinungsbildung beitragen. Als Mittel dazu verwendet sie die kontroverse Diskussion in einem schweizerisch-demokratischen Verständnis...Vor eidgenössischen Abstimmungen werden die wichtigsten Vorlagen in separaten ‘Abstimmungs-Arenas’ (ca. acht pro Jahr) thematisiert“ (<http://www.sfdrs-pressedienst.ch>, Kursivierung N.B.). Kennzeichnend für die Arena ist ihr Anliegen, anstelle von Bipolarität Multipolarität i.S. einer breiten Diskussionsbasis darzustellen. Das Konzept der ersten sechs Sendejahre, bei dem sich zwei Hauptkontrahenten gegenüberstanden, wurde bewusst verändert. Die Redaktion wollte sich von der Duellform abwenden und hat daran, trotz abnehmender Zuschauerzahlen, festgehalten.

Ein weiteres bekanntes Format der Schweiz ist der *Zischtigsclub*, auf Hochdeutsch „Dienstagsclub“ (Sendezeit 22:20 Uhr, Sendedauer 75 Minuten), welches sich von den anderen Sendungen unterscheidet, da hier nicht jeden Dienstagabend politische Themen diskutiert werden. Wenn ein politisches Thema zur Diskussion gestellt wird, so wird nur ein Politiker eingeladen. Die weiteren ca. fünf Gäste stellen Experten zum Thema dar oder Personen, die vom Thema betroffen sind. So wurde beispielsweise zur Sendung „Schumachers Bauprojekt in Wolfhalden; Pro – Contra“ neben der Politikerin Ruth Tobler (SP-Kantonsrätin, Aargau) die Bäckersfrau aus Wolfhalden eingeladen sowie ein Elektroingenieur, ein Wirt etc. Im Durchschnitt hat die Sendung 206'000 Zuschauer (www.sfdrs-pressedienst.ch). In einem Blatt des Schweizer Fernsehens DRS werden die Ziele, Ansprüche, Philosophie und konkreter Zuschauernutzen folgendermassen beschrieben: „Die Sendung soll einen Erkenntnisgewinn ermöglichen, informativ und unterhaltend sein“ (www.sfdrs-pressedienst.ch). Dasselbe Blatt formuliert das „Spezielle“ des *Zischtigsclubs*: „Die Sendung hat einen intellektuellen Anspruch und ermöglicht eine differenzierte Argumentation“ (ebd.).

Beide schweizerische Diskussionssendungen werden nicht nur einem Namen zugeschrieben, wie z.B. *Sabine Christiansen*, welche von der gleichnamigen Moderatorin geleitet wird. *Berlin Mitte* wird ausschliesslich von Maybrit Illner moderiert. Die *Arena* wurde hingegen von

1993 bis 1999 von Filippo Leutenegger, von 1999 bis 2002 von Patrick Rohr und seit Juni 2002 von Urs Leuthard moderiert. Beim *Zischtigsclub* leitet entweder Ueli Heiniger oder Christina Maier die Sendung. Die beiden deutschen Sendungen verfolgen nicht das öffentlich ausformulierte Ziel – wie die *Arena* – nationale Innenpolitik darzustellen und dabei die Diskussionskultur der realen Politik zu übernehmen.

Im erwähnten Informationsblatt, welches auf der Internetseite des Pressedienstes SF DRS bezogen werden kann, wird die Rolle des Moderators in einer Art und Weise beschrieben, die für alle erwähnten Sendungen im Optimalfall gilt: Der Moderator animiert, strukturiert, thematisiert Widersprüche, fasst zusammen, sorgt dafür, dass sich ein roter Faden durch die Sendung zieht und Fairness herrscht.

Es herrschen geteilte Meinungen darüber, ob die Medien im Allgemeinen und politische Diskussionssendungen im Besonderen zur Politikverdrossenheit beitragen. Laut dem Politikwissenschaftler Jürgen W. Falter, einem renommierten Wahlforscher, kann auf den öffentlich-rechtlichen Sendern „ernsthaft politische Diskussion“ verfolgt werden (Dörner 2001, S. 15). Dies sagte er, als er eben bei einem dieser Sender zu *Sabine Christiansen* eingeladen war (ARD, 12.09.1999). Welche Form der politischen Diskussion er hier meint, wird nicht klar. Dörner stellt sich die Frage, ob *Sabine Christiansen* als ein Medium politischer Aufklärung betrachtet werden kann und formuliert dies folgendermassen: „Fungiert die Talk-Show tatsächlich als ein Forum deliberativer Politik, in dem offen eine Pluralität von Meinungen so präsentiert wird, dass die Zuschauer sich selbst in kritischer Aneignung ihr Bild von der Lage der Dinge verschaffen können? Oder bietet die Sendung nur eine weitere Plattform für Verlautbarungsprofis, die strategisch Themen und Schlagwörter lancieren, um die jeweils dahinterstehenden politischen Projekte zu propagieren?“ (Dörner 2001, S. 16). In der vorliegenden Arbeit geht es um die Analyse der Art der Präsentation politischer Themen und Meinungen durch Politiker im Vergleich zu Experten. Mit Experten sind Personen gemeint, welche deshalb zu einer politischen Diskussionsrunde eingeladen werden, weil sie über spezifisches Wissen über das zu diskutierende Thema verfügen. Falls ein Experte politisch aktiv sein sollte, wird er in der vorliegenden Arbeit zu der Expertengruppe gezählt, wenn er nicht in einer primär politischen Funktion zur Sendung eingeladen wurde (die Internetseiten zur jeweiligen Sendung dienen als Leitfaden).

An späterer Stelle wird aufgezeigt, welche Kriterien für eine bestimmte Form der Diskussion als wünschenswert zu betrachten sind (s.u. Kapitel 5). Laut Dörner, einem etablierten deutschen Politikwissenschaftler, geht es in den „wichtigsten Bühnen der Selbstdarstellung für die politische Klasse in Deutschland“ (*Sabine Christiansen* und *Berlin Mitte*) nicht darum, dass die Diskutanten Argumente entwickeln, die ihr Gegenüber überzeugen sondern „in einer gelungen visuellen Inszenierung das Image eines engagierten und glaubhaften Politikers zu konstruieren“ (ebd.). Es stellt sich die Frage, ob in politischen Diskussionssendungen der Schweiz (*Arena* und *Zischtigsclub*) das auch behauptet werden kann. Haben zugrunde liegende Demokratiesysteme einen Einfluss auf die mediale politische Diskussion?

Es liegt nahe, die unterschiedlichen Demokratiemodelle der Schweiz und Deutschlands darzustellen, um anschliessend Ableitungen betreffend der Verschiedenheit des jeweiligen medialen politischen Diskurses vornehmen zu können. Im empirischen Teil werden eben diese theoretischen Ableitungen in Hypothesen verpackt. (s.u. Kapitel 6.2).

Die Überschneidung der Bereiche Politik und Medien wird im Kapitel 2.3 thematisiert. Im Folgenden sollen die Demokratietheorien der beiden Länder beschrieben werden.

2.2 Demokratietheorien

2.2.1 Erläuterung des Demokratiebegriffs

„Unter den Bedingung der Demokratie wird am wenigsten beachtet, dass falsche Vorstellungen von ihr eine Demokratie auf die falsche Bahn bringen (Sartori 1992, S. 11).

Zur etymologische Begriffsbestimmung (vgl. z.B. Schmidt 1997, S.13 nach Meier et al. 1972): Im Griechischen bedeutet „demos“ Volk, Volksmasse, Vollbürgerschaft; „kratein“ steht für die Ausübung von Macht. So steht der Begriff „Demokratie“ für Herrschaft oder Machtausüben des Demos bzw. für die Volksherrschaft oder Herrschaft der Vielen. Ihr guter Ruf ist, mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts, eher neu, denn „der grossen Mehrheit der Philosophen, der Staatswissenschaftler und der Politiker galt sie meist als denkbar schlechte Staatsform (vgl. Schmidt 1997).

In der aristotelischen Staatsform steht Demokratie für eine Staatsform, in der viele herrschen. In heutigen Demokratien wird jedoch mehrheitlich die Gesetzesherrschaft über die Volksherrschaft gestellt. Es liegen ältere und neuere Demokratietheorien vor, welche den Anspruch erheben, dass alle Bürger im Staat politisch gleich sind, der Wille des Demos berücksichtigt wird, zumindest eines massgeblichen Teils der Stimmbürgerschaft, und Herrschaft mit der „Rechenschaftspflichtigkeit der Herrschenden gegenüber den Beherrschten zu verbinden“ (Schmidt 1997, S. 14).

Folgende Stichwörter sind in Schmidts „*Minimaldefinition*“ von Demokratie i.S. des demokratischen Verfassungsstaats des 20. Jahrhunderts enthalten (ebd.; S. 19, Kursivierung N.B.):

- Typ legaler Herrschaft
- Allgemeines, freies und gleiches Wahlrecht
- Parteienwettbewerb
- Authentische Informations-, Meinungs-, Oppositions- und Koalitionsfreiheit
- Gesicherte Chancen regelmässiger Wahl und Abwahl.

Im Lexikon der Politik (Nohlen, Schulze und Schüttemeyer 1998) und bei Schmidt (1997) werden drei *Kernelemente von Demokratie* genannt: Schutz, Partizipation und Inklusion. Dimensionen, die sich zeitlich-historisch stufenartig entwickelt haben, unaufhebbar sind, zusammengehören und auch widersprüchlich sind. Weiter werden im erwähnten Lexikon der

Politik *drei Modelle von Demokratie* - das liberale, das republikanische und das deliberative – aufgeführt. Die letzten beiden knüpfen an die griechische Demokratie der Antike an, in welcher der Überzeugungskraft rationaler Argumente in öffentlicher Debatte und konsensorientiertem kommunikativem Handeln kommunitäre, basisdemokratische Wichtigkeit zugesprochen wurde (s.a. Kapitel 3.1 Hannah Arendt über Politik und Diskurs). *Das liberale Demokratiemodell* steht mehr für die Selbstbestimmung des Individuums und weniger für das Gemeinschaftliche. Diese grosse ideologische politische Strömung legt zudem den Fokus auf das geordnete und selbstregulierende Funktionieren des Marktes und des Wettbewerbs sowie auf die Verfassung zur Einschränkung der politisch Herrschenden. Im Folgenden soll ein Exkurs zu den drei Demokratiemodellen eingefügt werden, mit besonderem Fokus auf das deliberative Modell, da es in der vorliegenden Arbeit um das gemeinsame, abwägende Argumentieren geht.

Exkurs zum deliberativen Demokratiemodell

„Deliberativ“ geht auf das lateinische Wort „deliberare“ zurück und bedeutet „abwägen“ und „beraten“. Dörner (2001) bedient sich einer einfachen Definition von „deliberativer Politik“ als eine „rationale, der öffentlichen Abwägung von Sachaspekten und Interessen gewidmeten politischen Auseinandersetzung in der modernen Demokratie“ (ebd., S. 138). Nach einem Lexikon der Politik stellt deliberative Demokratie ein normatives Demokratiemodell dar, welches mit dem Diskursmodell von Habermas eng verwandt ist. Es setzt auf die „Überzeugungskraft systematischer Erwägungen und Schlussfolgerungen in öffentlichen Debatten und auf verständigungsorientiertes, kommunikatives Handeln der Bürger“ (Nohlen et al. 1998). Die komplexe Diskursethik kann an dieser Stelle nicht erläutert werden, doch werden die zentralen Begriffe erklärt. Kommunikatives Handeln „bezieht sich auf die sprachliche Verständigung zwischen sprach- und handlungsfähigen Subjekten. Wissenschaftlich wird es verwendet im sogenannten symbolischen Interaktionismus“ (Reese-Schäfer 1994, S. 27), wonach das Ich schon immer einen intersubjektiven Kern hat, weil es sich nur in der Kommunikation mit anderen bilden kann. Das einsame Subjekt muss überwunden werden, zugunsten einer Kommunikationsgemeinschaft. Habermas hat in seiner Diskursethik das Grundmodell der Moral „taking the role of the other“ von G.H. Mead aufgenommen (s.u. Kapitel 5 mehr zu Mead im Zusammenhang mit der Theorie der transaktiven Diskussion). Beim kommunikativen Handeln i.S. eines Diskurses werden *drei Geltungsansprüche* erhoben, für die Verständlichkeit die Grundvoraussetzung darstellt: Wahrheit oder Richtigkeit in Bezug auf Normen und Wahrhaftigkeit. Diese drei Geltungsansprüche, die jeder Kommunikationsteilnehmer –

ausgesprochen oder unausgesprochen – an den anderen hat, bezeichnet Habermas als rational, da sie dem Gegenüber unterstellen, vernünftig zu handeln. Damit die Äusserungen des anderen hinsichtlich der drei Geltungsansprüche geprüft werden können, müssen sie erst einmal unterstellt werden. Die Wahrhaftigkeit stellt den einzigen Geltungsanspruch dar, welcher nicht im Diskurs geklärt werden kann, da er äusserst subjektiv ist. Dieser Anspruch, der für die Übereinstimmung von Handeln und Absicht, steht kann demnach höchstens erhoben, jedoch nicht diskutiert werden. „Überzeugungskraft systematischer Erwägungen und Schlussfolgerungen“ (s.o. Zitat nach Nohlen et al. 1998) bezieht sich auf die zwanglose Kraft der argumentativen Rede. Eine Argumentation findet dann statt, wenn sich Menschen auf die grundlegende Bedingung der Symmetrie einlassen und unter diesen Voraussetzungen eine Art Meta-Argumentation führen, in der es über die Voraussetzungen der Interaktion geht. Erst wenn jeder Gesprächsteilnehmer zustimmt, ist eine rationale, an Wahrheit orientierte Antwort gefunden. Die situativen Voraussetzungen des Diskurses bzw. der idealen Sprechsituation bestehen im Befreit-sein des Sprechers von Handlungsdruck: die Diskussionspartner müssen über die gleichen Sprechchancen verfügen und von dem Willen getragen sein, eine für alle Beteiligten vernünftige Lösung zu finden.

Die *formalen Eigenschaften des Diskurses*, die zur „echten“ Konsensfindung führen, hat Habermas von Alexy (1978) übernommen, wonach

- jedes sprach- und handlungsfähige Subjekt an Diskursen teilnehmen darf,
- jede Behauptung von jedem problematisiert werden darf,
- jede Behauptung von jedem in den Diskurs eingeführt werden kann
- jeder Einstellungen, Wünsche und Bedürfnisse äussern darf
- niemand durch Zwang (innerhalb und ausserhalb des Diskurses) daran gehindert werden darf, seine festgelegten Rechte wahrzunehmen (Habermas 1983, S. 99).

Diese Diskursregeln werden reziprok unterstellt und können *kontrafaktisch* sein oder kontrafaktisch operativ wirksam sein; es muss zumindest so getan werden, als ob der Gesprächspartner anerkannt wird. Habermas setzt sich in seiner Diskursethik mit den Bedingungen der Möglichkeit einer rationalen Begründbarkeit von Normen auseinander und nicht mit der Lösung praktischer (in der Ethik moralischer) Fragen.

Die zahlreichen wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit dem Modell der deliberativen Demokratie können hier nicht im Einzelnen ausgeführt werden, so findet eine Beschränkung auf die Übersicht von Bächtiger, Spörndli und Steiner (2001) statt. Die drei erwähnten For-

scher tragen aus der Literatur (auch aus den Werken von Jürgen Habermas) folgende *Kern-elemente deliberativer Politik* zusammen:

1. Unbeschränkte Partizipation aller Bürger auf gleichem Niveau in einem öffentlichen politischen Prozess. Das bedeutet, Bürger sollten mit Nachbarn, Arbeitskollegen, Freizeitkollegen etc. diskutieren. Somit kann sich jede Bürgerin und jeder Bürger eine Meinung und einen Willen bilden. Diese öffentlichen Diskussionen, welche an die Politik der Polis im antiken Griechenland erinnern (s.u. Kapitel 3.1), beinhalten ähnliche Voraussetzungen, wie die zur „idealen Sprechsituation“ nach Habermas (s.o.).
2. Jeder, der über die Kompetenz zu sprechen verfügt, darf mitreden.
3. Alle haben die gleiche Chance etwas in Frage zu stellen, Behauptungen aufzustellen, Einstellungen und Bedürfnisse zu äussern.
4. Niemand kann durch (externalen oder internalen) Zwang daran gehindert werden, diese Rechte wahrzunehmen.

Es wird ein idealtypischer Zustand beschrieben, da politische Deliberation in der Realität immer auch mit Dominanz zu tun hat und nicht alle Bürgern gleichermassen an politischen Diskussion teilnehmen können. Weitere idealtypische Charakteristiken deliberativer Politik, die in der philosophischen Literatur aufgeführt werden, sind,

- Wahrhaftigkeit: Teilnehmer des politischen Diskurses sollten ihre Standpunkte in einer authentischen Art und Weise ausdrücken.
- Teilnehmer sollten sich anhand von logisch kohärenten Argumentationen ausdrücken, so dass es alle verstehen können.
- Argumente (pro und contra) sollten i.S. des Gemeinwohls formuliert sein: Das bedeutet nicht, dass Selbstinteresse nicht ausgedrückt werden kann, jedoch dass der Ausdruck von Selbstinteresse einen Bezug zum Gemeinwohl haben sollte.
- Diskussionsteilnehmer sollten anderen mit aufrichtigem Respekt zuhören.
- Die Orientierung an der Kraft des besseren Arguments, d.h. Offenheit für Veränderungen stellt das Kernelement der idealen deliberativen Politik dar. Was zählt, ist die Qualität des Arguments.

Zusammenfassend ausgedrückt: „Deliberative politics implies that political and societal actors, instead of merely aggregating their initial preferences and isolated interests and forging majorities, should listen to each other, show mutual respect, reasonably justify their policy positions, and be ready to re-evaluate and eventually revise their initial preferences in a reasonable deliberation or discourse about validity claims (Chambers 1995, 1999; Gut-

mann/Thompson 1996; Habermas 1992, 1996)“ (Bächtiger, Spörndli und Steiner 2001, S. 1). Von diesem Standpunkt aus betrachtet stellt Deliberation oder die Diskursethik eine notwendige Bedingung für die Erreichung legitimer Entscheidungen in pluralistischen Gesellschaften dar – Gesellschaften, in denen keiner der Akteure mitteilen kann, welche Perspektive die richtige ist (vgl. Chambers 1995, S. 233; ebd.).

Deliberative Politik wird anhand von idealtypischen Begriffen beschrieben, die der Realität nicht gerecht werden können. Politische Debatten sind meist weit vom Ideal entfernt. Habermas drückt diese Tatsache folgendermassen aus: „Rationale Diskurse haben einen unwahrscheinlichen Charakter und heben sich wie Inseln im Meer der alltäglichen Praxis heraus“ (Habermas 1996, S. 323). Weitere Auseinandersetzungen mit dem Begriff der „deliberativen Demokratie“ finden sich bei Gutmann und Thompson 1996 (kritische Reaktionen bei Shapiro und Schauer 1999).

Theorien deliberativer Politik reichen bis ins antiken Griechenland zurück. Schon Sokrates kritisierte die Sophisten, sie würden zu viel Rhetorik für egoistische Zwecke verwenden, anstatt das Gemeinwohl zu beachten. Er postulierte den wahren menschlichen Dialog, um zu höherer Wahrheit und Gerechtigkeit zu gelangen. Wie Theoretiker der deliberativen Demokratie heute, betonte er das achtsame Zuhören und den gegenseitigen Respekt. Aristoteles brachte die Deliberation in die praktische Politik. Nach Tercheck und Moore (2000) ging es Aristoteles um die Konstitution der Polis und die Formation von Institutionen und Praktiken, welche deliberative Bürger unterstützen (Tercheck und Moore 2000, S. 905ff n. Steiner 2001). Seiner Meinung nach hilft deliberative Politik den Bürgern, das Gesetz anzuwenden und sichert, dass die Bürger gute Gesetze haben. Mittels Deliberation werden Überzeugungen und Interessen zur Diskussion gestellt. Diese Interpretation von Aristoteles beinhaltet entscheidende Aspekte des deliberativen Modells, wie das Entstehen von guten Gesetzen und das Aufzeigen von Interessen für vernünftige Deliberation. Das bereits erwähnte Forschungsteam in Bern arbeitet zum Zeitpunkt der Verfassung der vorliegenden Arbeit am geschichtlichen Abriss der philosophischen Literatur über politische Deliberation. Hier soll lediglich darauf hingewiesen werden, dass zahlreiche Philosophen wie z.B. Rousseau und/oder Kant deliberative Elemente propagiert haben. Kurz, es geht Rousseau nicht um das Diskutieren von Gruppen in einer Versammlung, sondern die individuelle Mitteilung persönlicher Interessen. Seiner Meinung verzerst sich die Meinung des Individuums durch den Austausch mit anderen. Wenn Individuen allein gelassen werden, ihre Meinung herauszubilden, entsteht das Gute für

das Gemeinwohl. Individuen können keine neuen Gesetze schaffen, jedoch beurteilen, ob ein Gesetz gut für den *generellen Willen* ist. Rousseau verwendet nicht den gleichen Begriff der Deliberation, wie er in der vorliegenden Arbeit verwendet wird. Die Formierung des generellen Willens stellt einen zentralen Aspekt in Rousseaus Philosophie dar. Kant kann näher in den Zusammenhang mit dem heutigen Deliberationsbegriff gebracht werden als Rousseau, da sein legendärer „kategorischer Imperativ“ die Diskursethik von Habermas entscheidend beeinflusst hat. Nach Kant wird die Maxime der eigenen Handlung (die immer als Prinzip für die Gesetze der gesamten Gemeinschaft dienen sollte) nicht mit anderen diskutiert: Habermas ersetzt den Prozess moralischer Deliberation mit dem kategorischen Imperativ. Eine Gemeinsamkeit besteht darin, dass beide Philosophen die Vernunft betonen, welche zu einem generellen moralischen Gesetz führt. Eine weitere gemeinsame Anschauung betrifft die Rolle der öffentlichen Sphäre, welche wichtig für den Fortschritt der Menschen ist.

Habermas versucht mit seiner Theorie der deliberativen Demokratie über den Republikanismus und den Liberalismus hinauszugehen. Es bestehen Gemeinsamkeiten und Unterschiede mit beiden politischen Theorien: Dem Republikanismus und der Theorie deliberativer Demokratie geht es um das zusammen Handeln, inklusive eines gemeinsamen Meinungs- und Willensbildungsprozesses unter freien und gleichen Bürgern, welche sich darüber verständigen, was ihre gemeinsamen Ziele und Normen sind. Der Prozess der Deliberation, Entscheidungsfindung und Handlung wird als nicht abgeschlossen betrachtet (vgl. Barber 1994, S. 151 n. Nohlen et al. 1998). Deliberative Demokratie und Republikanismus bzw. Kommunitarismus unterscheiden sich in der Überzeugung, ob in einer pluralistischen Gesellschaft Einigkeit über die Vorstellung von einem guten Leben bestehen kann. Kommunitaristen sind der Meinung, dass dies möglich ist.

Hier ein Überblick der *zentrale Merkmale des liberalen Modells*:

- Partizipationsskepsis
- Instrumentelles Politikverständnis
- Durchsetzung individueller und kollektiver Privatinteressen
- Demokratie als Methode des Mehrheitsentscheids, sozialer Austausch
- Wettbewerb zwischen konkurrierenden Parteien und Parteiführern

Es geht nicht um die Selbstbestimmung deliberaler Bürger, sondern um „rechtstaatliche Normierung einer Wirtschaftsgesellschaft, die über die Befriedigung der privaten Glückserwartungen produktiv tätiger Bürger ein unpolit. verstandenes Gemeinwohl gewährleisten soll“ (Noh-

len et al. 1998). Das deliberative und das liberale Modell stimmen hinsichtlich folgender Punkte überein:

- Unausweichlichkeit von Interessenkonflikten
- Ablehnung von Letztbegründungen
- Grundrechte und Rechtsstaat stellen eine institutionalisierte demokratische Kommunikationsform dar

Habermas kritisiert am liberalen Modell, dass es v.a. auf Wettbewerb und Durchsetzung individueller und kollektiver Interessen fixiert ist. Im Unterschied zum liberalen Modell geht das deliberative davon aus, dass Partizipierende ihre Interessen im Prozess der Deliberation transformieren können (vgl. Manin 1987 n. Bächtiger 2001, S. 3). Dieses partizipatorische Modell der Demokratie steht der Politik von Eliten gegenüber, welche in den meisten anderen Repräsentativdemokratien besteht. Im Grunde genommen, ist das Modell Input-orientiert; der Entscheidungsprozess ist wichtiger als der substanzielle Output.

In diesem neuen Abschnitt wird eine Übersicht von *Formen von Demokratie* gegeben, welche die Politikwissenschaft unterscheidet. Die Autoren erheben nicht Anspruch auf Vollständigkeit (Nohlen et al. 1998, S. 114). Sie unterscheiden Demokratieformen nach

1. der Gesellschaftskonzeption: identitäre / totalitäre Einheitsdemokratie ausgehend von homogener Wertorientierung versus pluralistische Demokratie, die von gesellschaftlicher Interessenvielfalt ausgeht, wie beispielsweise in der Schweiz und Deutschland
2. der Art der Beteiligung der Bürger: direkte, plebiszitäre Demokratie mittels Volksabstimmung versus repräsentative Demokratie¹ mittels Wahl, d.h. Parteiendemokratie
3. dem Ausmass und Reichweite der Beteiligung: starke Demokratie, die viele gesellschaftliche Bereiche umfasst versus schwache Demokratie, die nur politische Bereiche umfasst. Deutschland und die Schweiz stellen eine starke Demokratie dar (s.u. Kapitel 2.2.2 Ausführungen zu den Demokratiemodellen).
4. dem Entscheidungsmuster: Mehrheitsdemokratie versus Konsensdemokratie. Die Schweiz steht für eine reine Konsensusdemokratie, Deutschland für eine Mischform (s.u. Kapitel 2.2.2).
5. dem Politikstil: Konkurrenz- bzw. Wettbewerbsdemokratie versus Konkordanz- und Proporzdemokratie. Wie weiter unten (ebd.) beschrieben wird, steht die Schweiz für eine beispielhafte Konkordanz- und Proporzdemokratie. Deutschland stellt eine Mischform zwischen Konkurrenz- und Konkordanzdemokratie dar.

An dieser Stelle wird noch nicht angemerkt, welche Vor- und Nachteile die einzelnen Formen der Demokratie je nach betrachtetem Kriterium haben. Dies wird zum Grossteil im Kapitel 2.2.2 (s.u.) nachgeholt, wenn die Demokratietheorien der Schweiz und Deutschlands genauer ausgeführt werden. Hier sollen stichwortartige *Kritikpunkte an Demokratie* angemerkt werden: hohes Mass an Responsivität, häufig höhere Effizienz und einige Punkte betreffend Leistungsschwächen und Strukturproblemen wie Kontextabhängigkeit oder wirtschaftliche Bedingungen, Entwicklungen und politische Kultur, Gefahr der Diktatur der Mehrheit², Gefahr der Abgehobenheit der politischen Klasse, fiktiver, fehlbarer und verführbarer Volkswille, was sich zur – Gefahr der politischen Unterforderung entwickeln kann – sowie mangelnde Manipulation. Daraus folgt die ständige Aufgabe der Demokratisierung „von unten“ und der direkten Beteiligung im Inneren (vgl. ebd.).

¹ Die BRD stellt eine repräsentative Demokratie dar, in der nicht das Volk direkt die Herrschaft ausübt, sondern Parteien, welche die Interessen der Bürger vertreten. In den meisten Ländern werden die hier dargestellten Pole verbunden, wie z.B. in der Schweiz (vgl. Nohlen et al. 1998, S. 558).

² vgl. z.B. Schmidt (1997) für eine detaillierte Ausführung

Schmidt (1997) legt folgende *Unterscheidungskriterien* fest, anhand derer er zahlreiche Demokratietheorien, Vorläufer-Theorien und moderne Demokratietheorien, analysiert:

- empirische (realistische) – normative
- primär statische – primär dynamische
- vormoderne – moderne: An der Wende zum 20. Jahrhundert wurde in vielen Ländern das Wahlrecht auf alle erwachsenen Frauen und Männer ausgeweitet. Zudem entstanden parteien- und verbändepluralistische Herrschaftsordnungen.
- ergebnisorientierte – prozessorientierte: Ergebnisorientierte Demokratietheorien (z.B. die aristotelische Lehre) sind primär am Resultat des Entscheidungsprozesses und der Qualität des Regierens interessiert. Im Unterschied dazu beschäftigen sich prozessorientierte Demokratietheorien, z.B. die partizipatorische Demokratie der Schweiz und Deutschlands, mit der Frage, wie das politische System beschaffen sein müsste, damit die Partizipation aller Bürger möglichst eins zu eins herauskommt. Der zentrale Gedanke beinhaltet, dass Interessen und Willensäußerungen in den Willensbildungsprozess mit einfließen.
- politische Ideologie: konservativ, liberal oder radikal: Schmidt (ebd.) betrachtet beispielsweise die aristotelische Lehre als eine Vorläufer-Theorie zur konservativen politischen Ideologie. Die Demokratietheorie von John Stuart Mill (erste Hälfte des 19. Jahrhunderts) stellt eine Vorläufertheorie zur liberalen politischen Ideologie dar und Rousseaus Lehre von der Volkssouveränität kann als Vorläufer-Theorie zur radikalen politischen Ideologie betrachtet werden. Die erwähnten Theorien können z.B. bei Schmidt (ebd.) nachgelesen werden, der Vorläufer und moderne Demokratietheorien übersichtlich darstellt und beschreibt.

Müllers Anliegen ist es, den Demokratiebegriff zu entzaubern. Er listet auf, *was Demokratie nicht ist*:

1. Selbstregierung (das Volk regiert mit), da gleich und homogen sein nicht funktioniert.
2. Einstimmigkeit: Hier besteht das Problem darin, dass der Einzelne ignoriert wird.
3. Rechtsstaatlichkeit (Gewaltentrennung, Minderheitenschutz, persönliche Freiheitsrechte), ökonomische Gestaltungskompetenzen und Verpflichtungen des Staates zu sozialen Leistungen, aber auch die Gleichheit der Bürger.
4. Politische Repräsentation oder Delegation: Abgeordnete sind selbst interpretierende und handelnde Akteur, deshalb kein Ausschnitt aus der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Es gibt kein „imperatives Mandat“, d.h. weder eine klare Position noch ein eindeutig festgelegtes Abstimmungsverhalten. Die Übereinstimmung mit der Wähler-

schaft betrifft das Vertrauen und nicht ihre genauen Anliegen (Müller 1995 zit. n. Reichenbach 2001, S. 161).

5. Partizipation

6. Es geht nicht um Subjekte, sondern um den Weg anonymer Mechanismen, was zur Subjektlosigkeit führt (vgl. ebd. n. Reichenbach 2001a, S.157ff).

Worin besteht der Sinn und das Wesen von Demokratie?

Sie ist ein Zusammenspiel von anonymer Sicherung des Staatszwecks und Zügelung der Herrschaft einerseits und anonymer Interessenvertretung andererseits. Trotz echter Herrschaft gibt es wenig Spielraum für Willkür. Demokratie dient mehrheitlich den Interessen der Beherrschten, ohne dass der Einzelne sagen könnte, seine Partizipation habe dafür gesorgt, dass bestimmte Interessen zu politischen Entscheidungen geworden sind. Nach dem nun der Demokratiebegriff beleuchtet worden ist, sollen im Folgenden die für die vorliegende Arbeit relevanten Demokratiemodelle der Schweiz und Deutschland vorgestellt werden.

2.2.2 Darstellung der Demokratiemodelle der Schweiz und Deutschland

Parlamentarisches und präsidentielles Demokratiemodell

Die Schweiz zählt nach Schmidt zum (quasi-)präsidentiellen Regierungssystem, die BRD zum parlamentarischen (vgl. Schmidt 1997, S. 221). Beim Parlamentarismus spielt das Parlament die entscheidende Rolle „in der Gesetzgebung, der Kontrolle des Staatsbudgets und der Wahl und gegebenenfalls der Abwahl der Regierung“ (ebd.; S. 219). In der Präsidentialform der Schweiz kann der Bundesrat d.h. die Regierung nicht abberufen werden. Im Gegensatz dazu kann in der Parlamentform die Regierung oder der Regierungschef durch die Legislative abberufen werden. In der BRD dominiert der Kanzler neben einem schwachen Bundespräsidenten; Kanzler und Bundespräsident stehen für die doppelte Exekutive. Da die Opposition mehr Kraft und Gewicht im parlamentarischen System hat, wird das Parlament aufgewertet. In der Schweiz besteht die Regierung aus einem Bundesrat, welcher in sich die Funktionen des Staatsoberhauptes, des Regierungschefs und der Regierung vereint. Die Bundesräte können, wie bereits erwähnt, nicht abberufen werden. Sie werden von der Bundesversammlung, bestehend aus 200 Mitgliedern des Nationalrats und 46 Kantonsvertretern, die den Ständerat ausmachen, gewählt. Die Schweiz und die BRD zählen zu den republikanischen Regierungsfor-

men. Der Begriff „Republik“ (lat. *res publica* = die öffentlichen Angelegenheiten; die Sache des Volkes) steht für einen Staat, in dem mehrere nicht durch Erbfolge bestimmte Personen sich zu rechtlich umschriebenen Bedingungen die Staatsgewalt teilen (vgl. Drosdowski et al. 1990). Von der Republik ist demnach die Monarchie zu unterscheiden, aber auch Zwischenformen wie die parlamentarische Monarchie z.B. in Schweden oder Grossbritannien. Diese Definition von „Republik“ stellt die klarste dar. Andere Umschreibungen sind unklar, da sich der Begriff „zu einem unscharfen, inhaltsleeren Ersatzwort von Staat entwickelt (hat), das kaum Aussagen zum Herrschaftstyp zulässt“ (vgl. Nohlen et al. 1998, S. 559).

Im Vergleich zum Parteienstaat beinhaltet das präsidentielle Regierungssystem weniger geschlossene Parteien und fließende Übergänge bei den Parteien und im Wahlverhalten. Friedrich sieht betreffend der „Ratsform“ der Schweiz die Gefahr der Bürokratisierung (Friedrich 1966, S. 30f zit. n. Schmidt 1997, S. 225). Die Gefahr der Parlamentsform liegt seiner Meinung nach in der Anarchie (weitere Gefahren s.u.). Lijphart (1991 in Schmidt 1997, S. 228) bilanziert betreffend parlamentarischer Demokratie moderates Verhältniswahlrecht, Übersichtlichkeit bei den Parteien und fügt die BRD und Schweden als Beispiele an. Powells (1982) Ergebnisse einer vergleichenden Studie unterstützen die pro-parlamentarischen Argumente, denn obwohl die Regierung der präsidentiellen Demokratie hohe Stabilität aufweist und regelmässige Machtwechsel zulässt, weist sie Nachteile auf wie häufige Manipulation der Wirtschaftspolitik durch die Regierung zum Wahltermin. Der Präidentialismus, der durch die Trennung von Exekutive und Legislative gekennzeichnet ist, erfährt Hemmung und Blockierung bzgl. der Gesetzgebung. Die Schwächen des Parlamentarismus bestehen u.a. in der Macht der Parteien und in möglicher Ausartung der Finanzierung der Parteien.

Ob Probleme im einen oder anderen Regierungssystem gelöst werden können, hängt vom Grad der Konkordanz oder Konkurrenz ab sowie vom Ausmass des Einsatzes des Majorz- und Konsensusprinzips. Diese vier Demokratieformen werden im Folgenden nacheinander erläutert, da sie für die Hypothesenformulierung der vorliegenden Arbeit ausschlaggebend sind.

Konkurrenz- und Konkordanzdemokratie

Die Konkurrenzdemokratie (z.B. in Australien, Neuseeland, Grossbritannien, USA) kennzeichnet sich durch wenige Parteien (meist Zwei-Parteien-System) und Wettbewerb aus. Gütekriterien sind „politische Stabilität, Überlebensfähigkeit und Leistungsfähigkeit“ (Schmidt 1997, S. 231), Kriterien, welche auch durch einen anderen Typus der Demokratie erfüllt werden können: der Konkordanzdemokratie. Konkordanz (lat.: Übereinstimmung), steht für eine Demokratie der Verhandlung, in der diesbezüglich bestimmte Strategien angewandt werden (s.u.). Ziel ist der Konsens über verbindliche Entscheidungen (vgl. ebd.). Konflikte werden hier anders als in der Konkurrenzdemokratie gelöst. Letztere bedient sich des Mehrheitsprinzips³, Erstere beteiligt Minderheiten an Entscheidungsprozessen. Die Schweiz und die Niederlande stellen Beispiele für Konkordanzdemokratien dar. In der BRD spielen gewisse Prinzipien dieses Demokratietyps eine wichtige Rolle. Nach Abromeit (1993) wird die BRD bzgl. der beiden Pole Konkurrenz und Konkordanz auf eine Mischform eingestuft (Abromeit 1993 n. Schmidt 1997, S. 233). Konkordanzdemokratische Prinzipien zeigen sich in der Selbst-Koordination der Bundesländer (z.B. in vielen Bereichen des Bildungswesens).

Politische Stabilität und die Fähigkeit zur Integration unterschiedlicher Gruppierungen stellen Vorteile einer Gesellschaft mit konkordanzdemokratischem Modell dar. Zudem werden in der Regel keine Nullsummen-Spiele praktiziert. Doch unter welchen Bedingungen kooperieren die Eliten verschiedener „Lager“?

1. Nach Lijphart entsteht eine Konkordanzdemokratie, wenn bestimmte Kompromisstechniken benützt werden, um einen Kompromiss zu überbrücken.
2. Lehmbruch (1993) sieht die Voraussetzungen einer Konkordanzdemokratie weniger der Freiwilligkeit überlassen. Vielmehr müssen Eliten rivalisierender Lager schon im Laufe ihrer Geschichte die angesprochene Kompromissfindung gelernt haben; sie entspricht also einer historisch gewachsenen Fähigkeit (vgl. Lehmbruch 1993 n. Schmidt 1997, S. 234).
3. Konkordanzdemokratien entstehen aus einer Nutzen-Kosten-Rechnung, der Anwendung von strategischen Spielregeln in einer Gesellschaft mit stabilen, säulenartig angelegten Lagern. Diese Lager können Mehrheitsprinzipien nicht gebrauchen, sind sich ihrer Wähler sicher

³ Das *Mehrheitsprinzip* (Mp) steht dem des Proporz gegenüber. Letzteres erfordert im Gegensatz zu Ersterem nicht eine Mehrheit, sondern die Erreichung eines festgelegten Anteils an Stimmen. Beide Wahlsysteme bedeuten: 1. Entscheidungsinstanz, wer wie in eine politische Position gewählt werden soll (hier sind Überschneidungen beider Prinzipien möglich s. personalisierte Verhältniswahl der BRD), 2. Prinzip der Repräsentation. Beim Proporz werden die Stimmen der Wähler spiegelbildlich im Repräsentativsystem abgebildet. Das Mp beinhaltet einen Willenbildungsprozess während der Wahl der grossen Parteien (vgl. Nohlen et al. 1998).

und können Mehrheitsentscheidungen der Zentralregierung angreifen, wie beispielsweise in der Schweiz.

Ein Nachteil der Konkordanzdemokratie besteht in der Wahrscheinlichkeit der Nicht-Einigung. Um Entscheidungsblockaden zu vermeiden, gibt es Techniken der Kompromissfindung, wie „Verlängerung des Entscheidungsprozesses, Verminderung umstrittener Verteilungs- oder Umverteilungsprojekte, zeitliche Streckung der Umsetzung von Massnahmen, Entscheidungsvertagung, Tausch- und Paketentscheidungen, mit denen Zugeständnisse in einer Angelegenheit und Gewinne in einer anderen zusammengeschnürt werden“, (Schmidt 1997, S. 236). Diese Techniken der Kompromissfindung führen nicht unbedingt zur Problemlösung. Gruppen, die nicht kooperieren wollen, können den Willens- und Entscheidungsprozess massgeblich blockieren, was Schmidt als das Problem – „Tyrannei der Minderheit“ – (ebd.) bezeichnet. Offensichtlich kommt der Nachteil der Zeitaufwendigkeit, die sogenannte „übliche helvetische Verzögerung“ (z.B. Schmidt, ebd. n. Kriesi 1980) hinzu und das Problem, rasch auf Situationen und Herausforderungen (Anpassung, Modernisierung etc.) zu reagieren, was Entwicklungsrisiken mit sich bringt.

Linder (2003) stellt die schweizerische Konkordanzdemokratie anhand des Gesetzgebungsprozess dar. Beides – die föderalistischen Strukturen und die Entscheidungsprozesse – sind auf Konfliktregulierung (d.h. auf Konkordanz) und Machtteilung angelegt. Föderalismus und Proporzregel teilen die politische Macht. Der schweizerische Föderalismus steht für vertikale Machtaufteilung, die grösstmögliche Autonomie auf den einzelnen Ebenen gewähren soll. Das Proporzprinzip wird an anderer Stelle erläutert (s.u. Lijpharts zehn Merkmale der Konsensusdemokratie). Wird nun der prozedurale Aspekt der schweizerischen Konkordanzdemokratie betrachtet, so wird ersichtlich, dass die Schweiz über einen stark ausgeprägten Verhandlungs- und Konkordanzzwang verfügt. Dieser zeigt sich in vier Entscheidungskomplexen: im Mitwirken des Volkes, im administrativen Vollzug, in den vorparlamentarischen und in den parlamentarischen Verfahren. Die Rolle des Volkes im Gesetzgebungsprozess wird etwas weiter unten beschrieben, wenn es um die Darstellung des schweizerischen Modells der (halb-) direkten Demokratie geht. Unter administrativem Vollzug fällt die Abklärung über die Notwendigkeit der Rechtsordnung und der Durchführung von Studien. Das vorparlamentarische Verfahren beinhaltet in einer ersten Phase die Kompromissfindung von Experten bei der Diskussion oder Erarbeitung eines Vorentwurfs. In einer zweiten Phase wird der ausgehandelte Entwurf den Kantonen, Parteien und interessierten Organisationen vorgelegt.

Bei dieser sogenannten „Vernehmlassung“ geht darum, dass die Beteiligten Stellung beziehen. Im parlamentarischen Verfahren beraten sich die Fraktionen und Kommissionen zunächst einmal über die Vorlage des Bundesrats. Im Anschluss daran debattieren je nach Wichtigkeit beide Räte (National- und Ständerat) im Plenum über die Vorlage. „...der Zwang zum Kompromiss (ist) auch ein Zwang zur kreativen Konfliktbewältigung“ (Linder 2003, S. 504).

Viele kritisieren an der Konkurrenzdemokratie, dass in ihr die Eliten ohne das Volk die Entscheidungen treffen, jedoch darf nicht vergessen werden, dass in diesem System rivalisierende Lager nebeneinander in einem Staat leben können. Die Abwägung zwischen Konkurrenz- und Konkordanzdemokratie erlaubt die Auflistung folgender positiver und negativer Gesichtspunkte: Zu den positiven Eigenschaften der Konkurrenzdemokratie zählen Stabilität und Ermöglichung von Machtwechseln, also Möglichkeiten zu neuen politischen Impulsen – zu den negativen Eigenschaften zählen die Gefahr, dass die Mehrheit einen grossen Spielraum gewinnen und ihn missbräuchlich verwenden könnte, was als „Tyrannei der Mehrheit“ bezeichnet wird (Schmidt 1997, S. 236). „Nicht zuletzt stärkt die Konkurrenzdemokratie den kompetitiven und den konfliktorischen Charakter der Politik: Das macht gewiss Politik unterhaltsam und fügt sich in ein Politikverständnis, das den Kampf betont – ‘Politik ist: Kampf’, sagte Max Weber (1988, S. 329)...Im Vergleich mit der Konkurrenzdemokratie erreicht die Konkordanzdemokratie in den vorliegenden Bilanzen zwar nicht glanzvolle, aber zumindest ordentliche Noten“ (Schmidt 1997, S. 238 n. z.B. Lehmbruch 1992). Nach Schmidt fehlen bisher tiefergehende, aussagekräftige Analysen, in denen die beiden Systeme verglichen werden.

Im Folgenden soll eine weitere Unterscheidung von Demokratietheorien eingeführt werden, welche für die Hypothesenbildung wichtig erscheint: die Unterscheidung zwischen Mehrheits- und Konsensusdemokratie.

Mehrheits- und Konsensusdemokratie

Die Unterscheidung dieser beiden Demokratietheorien kommt der vorher geschilderten Unterscheidung zwischen Konkurrenz- und Konkordanzdemokratietheorie sehr nahe. Konkordanz- und Konsensusdemokratie unterscheiden sich lediglich im Detail: „...die Konsensusdemokratie strebe nach Machtteilung, die Konkordanzdemokratie hingegen erfordert sie und schreibt vor, dass hierbei alle wichtigen Gruppen berücksichtigt werden. Ferner begünstige die Konsensusdemokratie die Autonomie von Gesellschaftssegmenten, die Konkordanzdemokratie hingegen setzt solche Autonomie voraus“ (Lijphart 1989, S. 41 zit. n. Schmidt 1997, S. 242).

Die Schweiz ist der Inbegriff der Konsensusdemokratie und wie bereits erwähnt erfüllt sie auch die Kriterien einer Konkordanzdemokratie. Die BRD nimmt eine mittlere Position zwischen den beiden Polen Wettbewerbs- bzw. Mehrheitsdemokratie und Konsensusdemokratie ein.

Lijpart (1999) illustriert das Konsensmodell der Demokratie anhand der Schweiz, da es seiner Meinung nach das beste Beispiel darstellt, wobei ihm Belgien und die Europäische Union ebenfalls als Beispiele zur Veranschaulichung des Konsensusmodells dienen. Das Konsensmodell der Demokratie kann anhand von zehn Elementen beschrieben werden:

1. Machtteilung der Exekutive in breiten Koalitionen

Das Konsensusprinzip erlaubt die Teilung der exekutiven Macht unter den meisten der zentralen Parteien innerhalb einer breiten Koalition. In der Schweiz bilden die sieben Nationalräte, der Bundesrat, diese Koalition, bestehend aus den drei grossen Parteien – Christlichdemokratische Volkspartei (CVP), Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) und Freisinnig-demokratische Partei (FDP) –, welche in der Periode nach dem Zweiten Weltkrieg ein Viertel der Sitze in der unteren Kammer (s.u. Punkt 7.) halten und der Schweizerischen Volkspartei (SVP), welche ein Achtel der Sitze hält. Die sieben exekutiven Positionen werden anhand der Formel 2:2:2:1 (seit 1959) aufgeteilt. Die verschiedenen Sprachregionen werden je nach Grösse proportional repräsentiert: vier deutschsprachige Schweizer (65% der Bevölkerung), zwei französischsprachige Westschweizer (18,5%) und einen italienischsprachige Schweizer aus dem Tessin (6,5%).

2. Gleichgewicht von Macht zwischen Exekutive und Legislative

Im Gegensatz zu Schmidt (1997) behauptet Lijphart (ebd., S. 35), dass die Schweiz weder dem parlamentarischen noch dem präsidentiellen politischen System zugeordnet werden kann (s.o. Schmidt bezeichnet die Schweiz als quasi-präsidentielles politisches System). Die Mitglieder des Nationalrates werden individuell, für einen festgelegten Zeitraum von fünf Jahren, gewählt. Wenn das Parlament einen Regierungsantrag ablehnt, muss keiner der Nationalräte zurücktreten. Diese formelle Trennung von Exekutive und Legislative hat grössere Unabhängigkeit auf beiden Seiten bewirkt. Der Bundesrat verfügt jedoch nicht allein über Macht.

3. Multiparteiensystem

Keine Partei nähert sich dem Status einer Mehrheit an. Nach Linder (2003) hat die FDP heute einen Wähleranteil von 19,9%, die CVP einen Anteil von 15,9%, die SPS einen Anteil von 22,5% und die SVP, einen Wähleranteil von 22,5% (zur Ausführung der Parteien s.u. Kapitel 6.3.2 Stichprobe). Im Jahr 1995 haben bei den Wahlen für Sitze im Nationalrat 15 Parteien Sitze gewonnen. 162 Sitze von 200 wurden von den vier grossen Parteien, welche im Bundes-

rat vertreten sind, eingenommen. 1999 sind es 173 Sitze. Die Bundesratswahlen vom 19. Oktober 2003 haben bei der FDP und bei der CVP zu einem Verlust von 7 Sitzen geführt, die SP/PS konnte einen Sitz dazugewinnen, die SVP/UDC 11 Sitze und die GPS/PES 4 Sitze. (Quellen: <http://www.parlament.ch>; <http://ch-politik.re4.ch/wahlen2003/parteien.html>).

Die Schweiz stellt eine pluralistische Gesellschaft dar, dessen zahlreiche Aufspaltungen sich in seinem Multiparteiensystem widerspiegelt. Zwischen der Partei CVP und den Parteien SPS und FDP besteht ein religiöser Spalt: CVP-Zugehörige praktizieren den katholischen Glauben, SPS- und FDP-Anhänger gehen kaum bis nicht in die Kirche oder gehören dem protestantischen Glauben an. Ein sozioökonomischer Spalt trennt die Sozialdemokraten (SPS) von der FDP. Die SPS wird vorwiegend von Anhängern aus der Arbeiterklasse unterstützt und die FDP stark von der Mittelschicht. Die SVP erfährt vor allem Unterstützung von protestantischen Bauern. Das dritte Aufspaltungskriterium, die Sprache, bewirkt nicht viele weitere Aufteilungen im schweizerischen Parteiensystem, obwohl die Partei SVP vor allem von deutschsprachigen Schweizern gewählt wird.

4. Proportionale Repräsentation

Das proportionale Wahlsystem stellt einen zweiten Aspekt zur Erklärung des Aufkommens des Multiparteiensystems dar. Sprachliche Spaltungen wurden nicht in das Parteiensystem übernommen. Proportionale Repräsentation besagt, dass die Sitze im Parlament unter den Parteien im Verhältnis zu den jeweils erhaltenen Stimmen verteilt werden. Die Legislaturen auf kantonaler und auf Gemeinde-Ebene werden mittels dieses Prinzips gewählt.

5. Interessenverbände/Korporatismus

Die soziale Körperschaft wird v.a. von den Berufsverbänden dominiert und die liberale Körperschaft durch Wirtschaftsverbände. Allgemein betrachtet, zeichnen sich die grossen Interessensverbände der Schweiz dadurch aus, dass sie mit dem Staat kooperieren möchten (z.B. Schutz vor ausländischer Konkurrenz durch Zölle) und politischen Einfluss haben.

6. Föderalistische und dezentralisierte Regierung

Das föderalistische System der Schweiz beinhaltet die Machtteilung zwischen der zentralen Regierung und den Regierungen der zwanzig Kantone und sechs Halbkantone. Die Halbkantone haben nur einen statt zwei Sitzen im Bundesrat und sie haben nur halb so viel Gewicht wie die regulären Kantone, wenn es um Wahlen über konstitutionelle Veränderungen geht. Die Schweiz wird im internationalen Vergleich als eines der dezentralisiertesten Länder bezeichnet (Linder 2003, S. 490; Lijphart 1999, S. 38). Bund, Kantone und Gemeinden verfügen über eine Verfassung. Für Gemeinden gilt die kantonale Ordnung, innerhalb derer sie sich grossenteils selbst organisieren können. Die föderalistischen Ebenen – Bund, Kanton und

Gemeinde – beinhalten eine eigene Exekutive, Legislative und Judikative. Ein weiterer Aspekt nicht-zentraler politischer Gewalten zeigt sich in der Tatsache, dass die Zentralregierung nur 40% der Einnahmen kontrolliert, 30% der Ausgaben, den Rest handhaben die Kantone und Gemeinden selbst. Im Unterschied dazu werden im deutschen Föderalismus die Einnahmen der Bundesländer kontrolliert.

7. Starkes Zwei-Kammernsystem

Im Zwei-Kammernsystem werden Minoritäten, kleinere Staaten eines föderalistischen Systems, in einer höheren, zweiten Kammer repräsentiert. Damit diese Repräsentation Bedeutung hat, sollte die obere Kammer auf eine andere Art gewählt werden als die untere Kammer. Beide Kammern sollten gleich viel Macht besitzen. In der Schweiz repräsentiert der Nationalrat, die grosse Kammer, das Volk mit 200 Sitzen. Die Anzahl Sitze richtet sich nach der Grösse des Kantons. Der Ständerat, die kleine Kammer, repräsentiert die Kantone. Jeder Kanton hat zwei Vertreter bzw. die Halbkantone einen Vertreter. Die grosse Kammer wird alle vier Jahre gewählt. Diejenigen Kantone, welche auf mehr als einen Sitz Anspruch haben, werden vom Volk gemäss des Proporzwahlverfahrens gewählt. Das heisst, die Parteien sind gemäss ihres Stimmanteils im Nationalrat vertreten. Der Ständerat wird ebenfalls alle vier Jahre gewählt. Hier herrschen kantonale unterschiedliche Regeln. Der Kanton Jura bestimmt seine zwei Abgeordneten mittels des Proporzverfahrens, alle anderen Kantone mittels des Majorprinzips.

8. Konstitutionelle Rigidität

Eine solche zeichnet sich im dem Sinne ab, als die Schweiz ihre Konstitution lediglich anhand spezieller Mehrheiten ändern kann. Ein Referendum muss angenommen werden, nicht nur auf der Basis einer nationalen Mehrheit, sondern auch auf kantonaler Ebene. Die Halbkantone haben halb so viel Gewicht, können jedoch betreffend Verfassungsänderungen Veto einlegen.

9. Judikative Überarbeitung.

Eine solche ist in der Schweiz nicht möglich. Diese ist das einzige unter den Kriterien, die das Konsensmodell der Demokratie nach Lijpart (1999) ausmachen, welches die Schweiz nicht erfüllt. Eine Initiative von 1939 wurde mittels Referendum abgelehnt.

10. Unabhängigkeit der Zentralbank

Die Zentralbank der Schweiz, aber auch die Deutsche Bundesbank und die zentrale Bank von Amerika werden seit langem als die stärksten und unabhängigen Zentralbanken betrachtet.

(Halb-)direkte Demokratie in der Schweiz

Das schweizerische Volksrecht ermöglicht dem Volk durch ein Referendum abzustimmen, wenn das Parlament Entscheide betreffend Verfassung oder Gesetz zu treffen hat. Eigene Vorschläge kann das Volk mittels Volksinitiativen anbringen. So kann die Macht des Parlaments begrenzt werden und wichtige Entscheide kontrolliert werden. „Das Volk...trifft die wichtigsten Letztentscheide, das Parlament die wichtigen, und die Regierung die Entscheide von zweitrangiger Wichtigkeit“ (Linder 2003, S. 495). Je nach materieller Wichtigkeit betreffend der Art der Entscheidung, kann das Volk direkt bzw. halb-direkt mitsprechen.

Referendum und Volksinitiative benötigen zur Annahme das doppelte Mehr von Volk und Kantonen. Eine Volksinitiative kommt dann zustande, wenn 100.000 Bürger eine allgemeine oder konkrete Forderung stellen. Liegt sie vor, berät sich der Bundesrat mit dem Parlament und legt sie den Stimmbürgern mit oder ohne Gegenvorschlag vor. Auch auf der Ebene der Kantone und Gemeinden werden die erläuterten Volksrechte ähnlich gehandhabt. In deutschschweizerischen Gemeinden nimmt das Referendum eine grössere Wichtigkeit ein als in der französischsprachigen Westschweiz, welche mehr vom Repräsentativsystem Frankreichs geprägt ist (Linder 2003, S. 496 n. Lafitte 1987).

Die Vorteile von Referendum und Volksinitiative liegen in der Tatsache begründet, dass sie zum einen die Politik des Parlaments korrigieren und zum anderen Regierung und Parlament sensibel für öffentliche Meinungen und Einstellungen machen. Offensichtlich ist das Modell der direkten Demokratie zeitaufwändig. Oftmals wird zwei-dreimal versucht ein Referendum durchzubekommen. Die Volksinitiative ermöglicht verschiedensten Gruppierungen ihre Anliegen mitzuteilen, die anschliessend beim Bürger auf Zustimmung oder Ablehnung stossen. 10% der Volksinitiativen sind erfolgreich. Für eine weiterführende und detaillierte Darstellung des politischen Systems der Schweiz s. Linder 2003.

Nach Meinung von Roger Blum, dem Direktor des medienwissenschaftlichen Instituts der Universität Bern, ist die Diskussionskultur in Partei- und Gemeindeversammlungen dieselbe wie in der politischen Diskussionssendung Arena (Blum 2003, S. 132). In Volksabstimmungen zeichnen sich meist zwei grosse Lager ab, je nach Konflikt setzen sich diese Lager anders zusammen. Die Arena bildet den Konflikt ab und zwar in einer Form, die „nicht bloss Austausch von schlagwortartigen und polemisch zugespitzten Werbespots zulässt, sondern eine

wirkliche Debatte ermöglicht. Gerade Bundesräte können in der Regel ihren Standpunkt ruhig und differenziert darlegen“ (Boner und Fontana 1994 n. ebd.). Für die Vermittlung von Politik haben Diskussionssendungen wie *Arena* und *Zischtagsclub* eine grosse Wichtigkeit. Grundsätzlich beinhaltet aber die Überschneidung der Bereiche Politik und Medien, welche im Folgenden erläutert wird, zahlreiche negative Seiten. Die Qualität von medialer Politikvermittlung wird von einigen Autoren weitaus kritischer betrachtet als von Blum.

2.3 Zur Überschneidung der Bereiche Politik und Medien

Der weite Aspekt des unterschiedlichen demokratisch-politischen Hintergrunds, der einen Einfluss auf die Diskussion in der politischen TV-Sendung ausüben könnte, wurde im vorangehenden Kapitel behandelt und in die Hypothesenformulierung miteinfließen (s.u. Kapitel 6.2). Nun soll auf weitere Aspekte, die für das Verständnis politischer Diskussionssendung wichtig sind, hingewiesen werden: die Rolle der eingeladenen Gäste, der Kampf um Markt- und Quotenanteile in der Schweiz und in Deutschland, die Wichtigkeit der Medienunterhaltung im Wandel der Gesellschaft sowie die Beschaffenheit und Auswirkungen symbolischer Politik, um anschliessend auf zwei Hauptangriffe auf die Massenmedien einzugehen, den des Kulturverfalls und den des Massenbetrugs (Kapitel 2.3.2). Anschliessend folgt die Darstellung von Thesen und Modellen zum Verhältnis zwischen Medien und Politik (2.3.3).

2.3.1 Allgemeiner Hintergrund

Generell spielt der Aspekt, welche *Gäste* zu einer Sendung eingeladen werden, eine wichtige Rolle für den Verlauf der Sendung und die Art der Diskussion. *Sabine Christiansen* weist hier neben dem Schwerpunkt der politischen Diskussion den der Unterhaltung auf. Wenn Gäste wie der Rockmusiker Wolfgang Niedecken von der Rockgruppe BAP eingeladen werden oder Fussballtrainer Christoph Daum, verläuft die Diskussion anders, als wenn in Sendungen wie *Arena* und *Berlin Mitte* vornehmlich Politiker und Experten eingeladen werden, also nicht Personen, die primär in der Unterhaltungsbranche tätig sind. „Auch in der Talk-Show vollzieht sich eine stetige Interpenetration von Show- und Politik-Business“ (Dörner 2001, S. 17). Dörner bezeichnet diese „bestimmte Form der öffentlichen, massenmedial vermittelten Kommunikation, in der politische Themen, Akteure, Prozesse, Deutungsmuster, Identitäten und Sinnentwürfe im Modus der Unterhaltung zu einer neuen Realität des Politischen mon-

tiert werden“ als „Politainment“ (ebd., S. 31). Seit den 90-er Jahren haben sich die Bereiche Politik und Unterhaltung miteinander verbunden. Dörner sieht den Bürger in einer neuen Realität, in der er Politik erfahren kann (auf Chancen und Defizite des „Politainment“ wird an späterer Stelle eingegangen). „Das Bild, das Wähler und Mediennutzer, Publikum und Elektorat sich von der Politik machen können, ist massgeblich geprägt durch die Strukturen und Funktionen des Politainment. Politik im Unterhaltungsformat ist daher an der Schwelle vom 20. ins 21. Jahrhundert zu einer zentralen Bestimmungsgrösse von politischer Kultur geworden“ (ebd.).

Politainment findet auf zwei miteinander verbundenen Ebenen statt *unterhaltende Politik und politische Unterhaltung*. Ersteres dient dazu z.B. im Wahlkampf mittels PR-Kampagnen Macht zu bekommen und längerfristig zu sichern. Zweiteres beinhaltet u.a. Talk-Shows, bei denen die Unterhaltungsindustrie sich bestimmte politische Figuren, Themen und Geschehnisse aussucht, um darum ein interessantes und verkaufbares Produkt zu gestalten. Es geht primär darum, gute Einschaltquoten zu erreichen und nicht darum, politische Prozesse aufzuzeigen. Dörner sieht in dieser Form der politischen Kommunikation einige *Funktionen*. Hier die für das vorliegende Thema relevanten:

- Politik wird für den Bürger visualisiert, da die Mehrheit keinen direkten Kontakt zu den komplexen politischen Prozessen hat. Das abstrakte Politische bekommt (reduzierte) Gestalt.
- Politainment stellt Themen in den öffentlichen Raum, die im Privaten weiterdiskutiert werden können. Die politische Meinung und Deutung des Bürgers wird geprägt.

Der thematisierte *Kampf um Quoten- und Marktanteile* gilt für Deutschland v.a. auf nationaler Ebene; in der Schweiz auf europäischer Ebene. Seit 1984 existiert in Deutschland das duale Rundfunksystem, bei dem das Bundesverfassungsgericht die öffentlich-rechtlichen (z.B. ARD und ZDF) neben die privaten Sender (z.B. RTL und Sat 1) gestellt hat. Unterhaltung wurde zunehmend wichtiger, es stellt derzeit bei den privaten Sendern das meist verwendete Format dar. Der öffentlich-rechtliche Sender ARD zeigt zu 42% Informationsprogramme (ZDF 41%), 26% Filme und Serien (ZDF 30%) und 13% Shows (ZDF 7%). Die Unterhaltungsformate werden mehr genutzt, als sie angeboten werden. So wurden im Jahr 1995 zu 39% Unterhaltungsformate gesendet; 46% war der Anteil, zu dem sie genutzt wurden (Informationsformate ZDF 38%; Nutzung 23%). „Es kann kaum verwundern, dass Politikvermittlung in der medialen Erlebnisgesellschaft weitgehend mediale Politikvermittlung sein muss (Dörner 2001, S. 45). Genaueres zur Politikvermittlung in der Gegenwartsgesellschaft an späterer Stelle (im

selben Kapitel 2.3). Dörner bezeichnet die Medienunterhaltung als „Sinn- und Identitätszentrum der modernen Gesellschaft“ (ebd.). Seit den 90-er Jahren kann der Politiker mittels „Politainment“ seine desinteressierten, verdrossenen Wähler via Fernsehen erreichen. Die Sender der Schweiz stehen aufgrund der regionalen Sprachunterschiede in Konkurrenz zu deutschen, italienischen und französischen Sendern.

In der Schweiz ist der Kampf um Marktanteile auf nationaler Ebene geringer als in Deutschland, da die zwei deutschsprachigen Hauptsender SF 1 und SF 2 eine gefestigte Position einnehmen und mit den wenigen privaten Sendern in der Schweiz nicht in Konkurrenz stehen. In der Hauptsendezeit am Abend schalten konstant ca. 42% der Zuschauer in der Schweiz zu (Treichler 2003, S. 39). Familien aus dem Appenzell, dem Wallis und aus Bern decken ca. 40% ihres jährlichen Fernsehkonsums mit SF 1 und 2 (zur abendlichen Hauptsendezeit) ab. Im deutschsprachigen Teil der Schweiz stellt im Jahr 2003 der deutsche Sender RTL mit 7% Einschaltquoten in der Hauptsendezeit am Abend den grössten Hauptkonkurrenten dar (www.sfdrs-pressediens.ch).

Der Begriff der „Unterhaltung“ wird in der Medien- und Kommunikationswissenschaft dem Begriff der „Information“ gegenübergestellt. Zu Unterhaltungsformation gehört z.B. die Game-Show und die Vorabendserie und zum Informationsformat gehört z.B. die Nachrichtensendung und die Reportage. Die Einordnung der meisten politischen Talk-Shows erweist sich als unproblematisch, da hier viel Unterhaltung mit wenig Information gekoppelt wird (Dörner 2001).

Ein Grund dafür, dass Medienunterhaltung in den letzten Jahren immer wichtiger geworden ist, liegt im *Wandel der Gesellschaft* begründet. Hier sollen nur einige Stichworte genannt werden, da diese Analyse bei zahlreichen anderen Forschern nachgelesen werden kann (z.B. bei Beck 1986; Beck und Beck-Gernsheim 1994; Klages 1984) und an dieser Stelle eine skizzenhafte Darstellung ausreicht. Die moderne Gesellschaft hat sich von einem klaren hierarchischen Muster, welches jedem seinen Platz zugeschrieben hat (Beruf, Heirat, Freizeitbetätigung) zu einer „postmodernen“ Gesellschaft entwickelt, welche die Grenzen zwischen den Klassen verfließen lässt. Der Einzelne befindet sich im Prozess der Individualisierung, in dem er unter vielen Optionen wählen kann und gleichzeitig etwas Besonderes werden muss. Einerseits Autonomie, andererseits „Tyrannei der Möglichkeiten“ (Gross 1994, S. 29 zit. n. Dörner 2001, S. 38) – in anderen Worten einerseits Pflicht zur Selbstverwirklichung (man

muss aus sich etwas machen), andererseits die starke Ausprägung, aus der Fülle von Möglichkeiten die genussreichsten zu wählen.⁴

Schulze spricht von der „Erlebnisgesellschaft“, in der es nicht mehr um den Kampf um Status und Prestige geht, den Bourdieu in „seinen feinen Unterschieden“ analysierte, sondern um Genuss- und Erlebnisqualität (Schulze 1992 zit. n. Dörner 2001, S. 39). Erlebnisgesellschaften können gewählt werden. Es ist nicht so, dass Einkommen und Bildung nicht mehr entscheidend für eine bestimmte Erlebniswelt sind (z.B. Segelferien in der Karibik), jedoch können Arm und Reich, Gebildet und Ungebildet zusammen an der Unterhaltungskultur teilnehmen. Diese Kultur besteht weitgehend aus der medialen Erlebnisgesellschaft. Das Fernsehen wird vom Durchschnittsdeutschen 312 Minuten pro Tag genutzt. Davon werden drei Stunden konzentriert ferngesehen (Dichanz 1998; Kiefer 1999 n. Dörner 2001, S. 41). Im Jahr 1997 verfügen 98,7% der deutschen Haushalte über einen Fernseher. In der Schweiz sind ca. 90% der Haushalte an das Kabelnetz angeschlossen (Treichler 2003, S. 14). Die sogenannten Vielseher machen in Deutschland 34% des gesamten Publikums aus: davon sehen 10% viereinhalb Stunden und 10% sechseinviertel Stunden täglich fern. Die Studien „Media Analyse“ und „Massenkommunikation“ (vgl. Dichanz 1998; Kiefer 1999) zeigen, dass die interpersonale Kommunikation im Durchschnitt bei eineinhalb Stunden lag.

Allgemein betrachtet können Mediennutzer hinsichtlich der Kriterien „Viel-“ bzw. „Wenigseher“ und „sozialer Schicht“ eingeteilt werden. Dies hat Auswirkungen auf die mediale politische Kommunikation. Die *Wissenskluftthese* besagt, dass Zugehörige der oberen Bildungsschicht, welche mehr lesen als Zugehörige der unteren Bildungsschicht und weniger fernsehen, beim Fernsehen Informationssendungen auswählen, die ihr politisches Vertrauen verstärken und somit zur politischen Meinungsbildung führen (zum Zusammenhang zwischen politischem Vertrauen und politischer Meinungsbildung s. z.B. Saxer 1998). Vielseher hingegen wählen eher Unterhaltung aus. Generell nutzen Mediennutzer die Massenmedien⁵ in der Freizeit und möchten den geistigen Aufwand der Informationsverarbeitung je nach Bildung dementsprechend mehr oder weniger gering halten. Vielseher haben aufgrund ihrer ausgewählten Programme und derer Inhalte – oder besser wegen fehlender sachlicher politischer Inhalte – weniger Vertrauen, was die politische Meinungsbildung erschwert.

⁴ Der Begriff „Postmoderne“, der seine tiefen Wurzeln bei Pascal, Wittgenstein, Kant und Lyotard hat, kann bei Welsch (1988) oder beim wichtigsten Vertreter Lyotard (1989) nachgelesen werden. Die Inhalte des Begriffs stehen nicht für etwas völlig anderes wie die der Moderne des 20. Jahrhunderts. Der Grundinhalt steht für Pluralität.

⁵ Zum Begriff „Massenmedien“ zählen insbesondere Presse, Hörfunk und Fernsehen. Von Nohlen et al. (1998) wird der Begriff „als Institutionen der Massenkommunikation unverzichtbarer Träger der öffentlichen Meinung“ definiert (Nohlen et al. 1998, S. 370).

Diese Konsequenz ist nicht die einzige alarmierende in Bezug auf das Leben in der Unterhaltungswelt. Eine weitere Konsequenz zeigt sich in der Tatsache, dass der Zuschauer politischer Diskussionssendungen nicht wirklich politische Realität zu sehen bekommt, sondern eine „*Als-ob-Realität*“ (Dörner 2001, S. 57, Kursivierung N.B.). In der Literatur über Medien und Politik wird häufig der Begriff der „symbolischen Politik“ oder der „inszenierten Politik“ verwendet. Im Folgenden soll zunächst auf die Erläuterungen von Alfred Schütz (1971) zur Konstruktion der sozialen Realität eingegangen werden, um den Begriff der „Als-ob-Welt“ zu erklären. Schütze, ein phänomenologisch orientierter Soziologe, bietet ein Konzept an zum Verständnis darüber, wie soziale Realitäten mental konstruiert werden. Was Menschen in ihrer Alltagswelt für Realität halten, bezeichnet Schütz als „ausgezeichnete Welt“, ein anderer Realitätsmodus. Was für mich real ist, kann für eine andere Person Einbildung sein. Übersetzungsregeln stellen sicher, dass Realität und Schein weitgehend übereinstimmen. Auf der Basis dieser Wissenstheorie und ihrer Übertragung auf den Bereich der Unterhaltungswelt durch Dörner (2001) steht die Unterhaltung als „geschlossener Sinnbereich da (...), der durch einen Als-Ob-Modus charakterisiert ist“ (ebd., S. 60).⁶ Es wird durch Ableitungen von der Wirklichkeit eine „Als-Ob-Welt“ konstruiert, die auf bestimmten gesetzmässig bestimmten Handlungen beruhen (vgl. Stumm 1996, S. 147 n. Dörner 2001, S. 61). Die Logik der Alltagswelt wird übernommen, jedoch braucht der Akteur in der Scheinwelt nicht notwendigerweise sofort zu handeln. Die Scheinwelt ermöglicht die Identifikation mit den Akteuren, so können Rollen und Erfahrungen erprobt werden. Dörner bezeichnet die Identifikationsmöglichkeit als Brücke zwischen der Scheinwelt und dem realen Alltag, welche eine spätere Transformation von einzelnen Wissens- und Erfahrungsteilen erlaubt. Die „Als-Ob-Welt“ ist durch geringe Komplexität gekennzeichnet und ist deshalb orientierungs-freundlich. „Diese Orientierungsfreundlichkeit aber macht das Unterhaltende wiederum politisch so bedeutsam: Politikbilder, Deutungsmuster, Wahrnehmungsfolien der Unterhaltungskultur sind deshalb ein so wichtiges Moment politischer Kultur, weil sie Mediennutzern in entspannten, von Alltagslasten befreiten Situationen eingängige Materialien zur Wahrnehmung, Deutung und Sinngebung von politischer Realität vermitteln. Man fühlt sich wohl, glaubt sich in einer von pragmatischen Zwecken und politischen Ideologien losgelösten Situation zu befinden und nimmt daher die dargebotenen Deutungsmuster bereitwillig auf“ (Dörner 2001, S. 62). Die Welt der (TV-) Unterhaltung bewirkt beim Publikum, dass es sich besser fühlt, da durch die Sendung positive Gefühle vermittelt werden, welche von Problemen des Alltags Abstand nehmen lassen. Als-

⁶ Wenn Piagets Theorie der geistigen Entwicklung (s.u. Kapitel 5.1.2) betrachtet wird, muss in Frage gestellt werden, ob die Unterscheidung zwischen Schein und Sein nach Schütze sinnvoll ist. Diese Analyse kann an dieser Stelle nicht vorgenommen werden.

Ob-Welten der Unterhaltung werden von Dörner als utopisch bezeichnet. Er bezieht sich auf den britischen Medienwissenschaftler Richard Dyer (1981), welcher in seiner Analyse der Funktionsweise der Unterhaltungskultur das utopische Element in der Vermittlung einer Emotion des Utopischen, einer besseren (politischen) Wirklichkeit beschreibt. Dörner vertieft Dyers Analyse, indem er zwischen zwei Zeichenebenen unterscheidet: die Ebene der repräsentierenden Zeichen (z.B. die Akteure) und die Ebene der nicht-repräsentierenden Zeichen (z.B. Musik, Bildeffekte). Auf der letztgenannten Ebene kann die menschliche Emotionalität deshalb stark angesprochen werden, weil die Logik der Zeichen an die Logik der Gefühle angepasst werden kann. So können z.B. bestimmte Bilder mit bestimmten Farben eine bestimmte Struktur, Bewegung und Musik gestalten bzw. untermalen, was z.B. mit dem einführenden Kurzfilm zu Beginn jeder Sendung von *Sabine Christiansen* umgesetzt wird. Meist vermittelt dieser Film zum Einstieg in das Thema der Sendung eine gewisse Intensität, Energie, Transparenz und Gemeinschaft, d.h. es werden Gefühlsqualitäten dargeboten, die den Zuschauer ansprechen, weil er in seiner Alltagswelt diese oftmals entbehren muss. „Unterhaltung als politische Kommunikation bedeutet also, dass das Politische im Modus orientierungsfreundlicher Als-Ob-Welten erfahren und verarbeitet wird“ (Dörner 2001, S. 66). Als-Ob-Welten vermitteln dem Zuschauer, dass die Welt gar nicht schlimm ist. Im Grunde genommen wird die politische Realität durch die Unterhaltungsindustrie transformiert. Bildlich ausgedrückt, spielt sich Politik auf einer Vorderbühne (z.B. in politischen Diskussionssendungen) ab, in der „Kommunikationsprofis eine Show der guten Politik darstellen“ (ebd., S. 69) und auf einer Hinterbühne „machen die Eliten hinter den Kulissen, also im Reich der Realpolitik, in Ruhe ihre interessengeleiteten Tauschgeschäfte und Kuhhandel aus“ (ebd.). „Politainment“ verfügt jedoch auch über einen besonderen Eigenwert. Es ist ein Instrument der Inszenierung und vermittelt Politik auf unterhaltende Art, was dazu beiträgt, die Stimmung in der Bevölkerung zu verbessern (ggf. durchschauen die Zuschauer die Inszenierung nicht oder lassen sich davon nicht stören). Die positive Seite der politischen Inszenierung besteht im Emotionsmanagement von (politischen) TV-Sendungen, welches Handlungsbereitschaft hervorrufen kann, wenn die Gefühlsqualität der Machbarkeit entsteht (s.o. Gefühlsqualitäten wie Energie, Gemeinschaft etc.). „Politainment“ verfügt demnach nicht nur über eindeutig negative Merkmale und zieht nicht nur negative Konsequenzen nach sich. Im Folgenden sollen einige Vorwürfe an die Massenmedien im Allgemeinen dargestellt und diskutiert werden.

2.3.2 Zerstören die Massenmedien unsere Kultur und betrügen sie uns?

Zum Verdacht des Kulturverfalls

Entgegen der Ansichten des Bildungsbürgertums, in denen davon ausgegangen wird, dass die hohe Kunst den Menschen moralisch veredelt, bedient sich die Unterhaltungswelt einfacherer Strukturen und läuft damit Verdacht, moralisch minderwertig zu sein. Nach Dörner braucht das eine das andere: „Aus der analytischen Distanz betrachtet wird freilich klar, dass die ‚hohe Kultur‘ paradoxerweise ohne das Gegenbild der bösen Unterhaltungskultur den eigenen Status gar nicht definieren könnte“ (Dörner 2001, S. 74). An Dörners Aussage kann einerseits geschätzt werden, dass er gewisse kulturelle Eliten kritisiert, sofern sie sich als unverzichtbare „Hüter der Kultur“ aufspielen (ebd.). Andererseits versäumt Dörner zu erwähnen, dass eine „hohe Kultur“ auch beispielsweise Künstler beinhaltet, welche den Gegenpol des unterhaltungssuchenden Menschen nicht beachten und/oder benötigen, um hochstehende Kunst zu schaffen.

Zum Verdacht des Massenbetrugs

In der marxistischen Denkweise wird die Unterhaltungskultur durch die herrschende Klasse bestimmt und gibt demnach vor, was die Beherrschten zu denken haben. Dabei werde soziale Ungleichheit gerechtfertigt und aufrechterhalten. In die gleiche Richtung argumentieren Geisteswissenschaftler der Frankfurter Schule, Max Horkheimer und Theodor W. Adorno im Kapitel „Kulturindustrie“ in *Dialektik und Aufklärung*: Die „Kulturindustrie“ verblendet und liefert standardisierte Ersatzbedürfnisbefriedigung, um die Massen dumm und im kapitalistischen System möglichst zufrieden zu halten. Dabei wird dem Rezipienten vorgespielt, er hätte eine Wahl zwischen unterschiedlichen Produkten, doch die „Kulturindustrie“ verkauft nur das, was sie selbst im Marktkapitalismus geschaffen hat (Horkheimer und Adorno 1947, S. 111, S. 130 n. ebd., S. 74). Indem der Kulturkonsument entmündigt wird, wird er es auch in seiner Rolle

als Staatsbürger.⁷ Doch wird hier ausser Acht gelassen, dass der Durchschnitt einfach unterhalten werden will und auch nicht mündiges Bürgerverhalten aufbringen möchte.

Die „hohe“ abstrakte Kultur wird durch die Kulturindustrie assimiliert und vereinfacht, um sie den Massen zugänglich machen zu können. Diese Verbreitung verhindert das kritische Potential der Hochkultur, Veränderung zu bewirken. Deshalb ist die Unterhaltungskultur nach Horkheimer und Adorno verwerflich; sie wird integriert und wirkt somit systemerhaltend. Dörner merkt an, dass die „Kulturindustrie“ nicht so gleichförmig ist, wie sie von den Autoren dargestellt wird, wenn sie nur nicht immer am Ideal der „hohen“ Kultur gemessen wird (vgl. Gendron 1986 n. Dörner 2001, S. 79). „Die Nutzer der massenkulturellen Angebote erscheinen in der Optik der Kritischen Theorie stets als passiv, abgestumpft, ja hörig – ein Bild, das zwar auf einzelne Rezipienten zutreffen mag, vor dem Hintergrund der empirischen Forschung als allgemeine Hypothese jedoch völlig unhaltbar ist“ (Dörner 2001, S. 79). Es liegen keine Untersuchungsergebnisse vor, die aufzeigen, dass erstens die Bürger heute unterdrückt und entfremdet werden und zweitens die Medien etwas zeigen, was mit der praktischen Politik nichts zu tun hat. Dörner möchte mit seiner Kritik an Horkheimers und Adornos elitären Denkweisen, mit der sie darüber entscheiden, was für die Massen richtig und falsch ist, nicht behaupten, dass die Medien nicht auch über manipulatives Potential verfügen und beschränkt sein können.

Den „British Cultural Studies“ zufolge wird die Unterhaltungskultur „als ein zentraler Bestandteil der Gegenwartsgesellschaft betrachtet, da sich in diesem Bereich zunehmend die Orientierungs-, Sinn- und Identitätsbildungsprozesse unserer Zeit abspielen“ (ebd., S. 80). Der Rezipient nimmt, laut sogenannter Publikumsstudien, nicht einfach passiv auf, sondern verarbeitet auf unterschiedliche und kreative Weise. Internetplattformen, die im Anschluss an z.B. *Sabine Christiansen* und *Berlin Mitte* frei zur Diskussion geschaltet sind, können eine Art der Verarbeitung sein (vgl. Hepp 1999).

Fiske (1996) untersucht Medien im Sinne eines Generators für politisch-kulturellen Wandel. Medien nehmen aktuelle Themen, Diskussionen und Entwürfe von Werten und Sinngebungen

⁷ Zur Erinnerung an Grundlagen der Pädagogik: In der pädagogischen Tradition stellt Mündigkeit neben Bildung und Emanzipation Massstäbe zur Bewertung und Beurteilung von Erziehungszielen dar (vgl. Kaiser, A. und Kaiser, R. 1991⁶ *Studienbuch Pädagogik. Grund- und Prüfungswissen*. Frankfurt a.M.: Cornelsen Scriptor, S. 64ff). Nach Kant (1968) beinhaltet Mündigkeit, den Verstand zu benutzen, um sich eine eigene Meinung über Öffentliches und Privates zu bilden (Kant 1968, S. 35ff n. ebd.). Hierzu benötigt der Mensch Urteilskraft und Wissen. Ein mündiger Mensch unterliegt der Pflicht von seinem Urteilsvermögen öffentlichen Gebrauch zu machen (Ritzel 1973, S. 51 n. ebd.).

auf und wirken verstärkend und verändernd. Das heisst, die Mehrheit der Konsumenten werden also nicht einfach von oben bestimmt und unterdrückt; das „dynamische Machtgeflecht“ (Dörner 2001, S. 82) kann immer wieder in Bewegung geraten. Dabei sind alle Klassen, Ethnizitäten, Geschlechter und Altersstufen eingeschlossen. Die Bewegung wird durch Medienereignisse hervorgerufen und ermöglicht das Sich-wehren gegen oben. Wie bereits erwähnt, kann auch schon deshalb nicht von Unterdrückung der Massen die Rede sein, da Viele sicherlich einfach passiv unterhalten werden wollen und mit Inhalten des Fernsehens nicht die kritische Auseinandersetzung suchen. Für diejenigen, welche sich nicht passiv verhalten, kann ein Beispiel von Dörner zum Verhalten Gerhard Schröders angebracht werden: Als der Bundeskanzler mehrmals in der Seifenoper *Gute Zeiten – Schlechte Zeiten* auftrat und die Einladung zur Unterhaltungsshow *Wetten dass?* annahm, empörte sich das ein Teil des Publikums darüber, dass der Bundeskanzler nicht seriöse Politik betreibe, während die Partei angeschlagen sei (Lafontaine tritt zurück), die Arbeitslosenzahlen nicht sinken etc. und so sagte Gerhard Schröder seinen Besuch in der (gesellschaftskritischen und satirischen) *Harald Schmidt-Show* und der Sportsendung *ran* ab. An diesem Beispiel wird auch ersichtlich, dass Politiker die Medien zum Machterwerb und -erhalt brauchen. Öffnen sie sich jedoch dem „Politainment“, finden sie sich in neuen und nur teilweise steuerbaren Strukturen und Prozessen wieder, denen die meisten zunächst einmal nicht gewachsen sind (vgl. Dörner 2001).

Die Frage zur Funktionsweise des Politischen, die Dörner zu Beginn seiner Abhandlung über „Politainment“ aufwirft: „Lässt sich die Logik des Medienbetriebs von den politischen Akteuren instrumentalisieren und beherrschen oder degradiert diese Logik die Politiker zum Spielball im Kampf um Einschaltquoten, Werbekunden und Marktanteile?“, kann mit Ja und Nein beantwortet werden. Doch gibt es nicht nur einen Profiteur und ein Opfer. Der eine Bereich braucht den anderen. Die symbiotische Beziehung zwischen Medien und Politik soll im folgenden Kapitel 2.3.2. genauer betrachtet werden.

2.3.3 Das Verhältnis zwischen Medien und Politik

In Deutschland wie in der Schweiz wird die *Rolle der Medien rechtlich festgelegt*. In Deutschland verankert die Bundesverfassung ein Gesetz über Massenmedien: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äussern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet

nicht statt“ (Artikel 5 Absatz 1 GG n. Brettschneider 1997, S. 559). Im Artikel 20 legt das Bundesverfassungsgesetz fest, „eine freie, nicht von der öffentlichen Gewalt gelenkte, keiner Zensur unterworfenen Presse ist ein Wesenselement des freiheitlichen Staates; insbesondere ist eine freie, regelmässig erscheinende politische Presse für die moderne Demokratie unentbehrlich“ (BverfGE 20, S. 174 zit. n. Schulze 1997, S. 26). In der Schweiz beinhaltet die gesetzliche Verankerung von Medien und Medienfreiheit Ähnliches: Im Artikel 17 steht in der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (Stand am 15. Juli 2003) unter der Überschrift Medienfreiheit: „¹Die Freiheit von Presse, Radio und Fernsehen sowie anderer Formen der öffentlichen fernmeldetechnischen Verbreitung von Darbietung und Information ist gewährleistet. ²Die Zensur ist verboten. ³Das Redaktionsgeheimnis ist gewährleistet“. Im Artikel 93 ist verankert: ¹Der Bund entscheidet über die Gesetzgebung betreffend Radio und Fernsehen, „²Radio und Fernsehen tragen zur Bildung und kulturellen Entfaltung, zur freien Meinungsbildung und zur Unterhaltung bei. Sie berücksichtigen die Besonderheiten des Landes und die Bedürfnisse der Kantone. Sie stellen die Ereignisse sachgerecht dar und bringen die Vielfalt der Ansichten angemessen zum Ausdruck. ³Unabhängigkeit von Radio und Fernsehen (...) Autonomie in der Programmgestaltung. ⁴Auf die Stellung und die Aufgabe anderer Medien, vor allem der Presse, ist Rücksicht zu nehmen. ⁵Programmbeschwerden können einer unabhängigen Beschwerdeinstanz vorgelegt werden.“

Bis ins 19. Jahrhundert war der Journalismus ein „Anhängsel“ der Politik, u.a. auch deshalb weil der Journalismus noch nicht derart aktiv war wie er es heute ist. Es gab weniger Zeitungen und insgesamt weniger Mittel. Mitte 19. Jahrhundert gewann er an Kraft und eigenständiger Identität und wird deshalb in der Literatur sogar als „vierte Gewalt“ im Staat bezeichnet (vgl. z.B. Requate 1995). Diese Bezeichnung beschreibt die Vorstellung, die Medien sollten „eine kritische gesellschaftliche Kontrollfunktion wahrnehmen“ (Hoffmann 1998, S. 438). Der Begriff der „vierten Gewalt“ neben Legislative, Exekutive und Judikative „kann jedoch weder deskriptiv noch normativ der Bedeutung der Medien bei der Herstellung von Öffentlichkeit gerecht werden“ (ebd.). Im Folgenden werden weitere Thesen und Modelle zum Verhältnis von Politik und Medien dargestellt.

2.3.3.1 Thesen und Modelle der politischen Kommunikation

Winfried Schulz (1997) gibt einen Überblick von theoretischen Ansätzen und Ergebnissen der empirischen Forschung im Bereich der politischen Kommunikation. Zunächst muss die De-

pendenztheorie von der Instrumentalisierungsthese unterschieden werden. Anhänger der *Dependenztheorie* vertreten die Ansicht, Politik sei in die Abhängigkeit der Medien geraten, obwohl die Medien der Politik im Grunde genommen dienen sollten, im Sinne eines Diskussionsforums für Politiker. Die *Instrumentalisierungsthese* steht für die gegenteilige Auffassung. Hier wird den Medien zugeschrieben, sie sollten autonom sein, die Interessen der Bürger wiedergeben, Machtkonstellationen kritisieren und kontrollieren, die Bürger informieren und somit zur politischen Meinungsbildung beitragen (vgl. Schulz 1997, S. 25). Die Medien, v.a. die öffentlich-rechtlichen Sender, werden vom administrativen System der Politik, d.h. von Regierung, Verwaltung, Parlament und Parteien instrumentalisiert, damit diese von der Tatsache ablenken können, dass in vielen Bereichen die versprochene bzw. erwartete Leistung nicht erbracht wird. Für beide Thesen – Dependenz- und Instrumentalisierungsthese – liegen unterstützende empirische Ergebnisse vor. Die Medien können je nach Situation und Thema einmal stark und einmal schwach sein. Analysen fallen oftmals lückenhaft aus (vgl. ebd., S. 26).

Zur Analyse der Beziehung zwischen Politik und Medien ermöglicht die Unterscheidung zwischen *funktionalem und kausalem Erklärungsansatz* eine genauere Differenzierung als die eben skizzierte. Schulz bezeichnet die Auffassung, Medien sollten gewisse Funktionen i.S. von Aufgaben wie Information, Mitwirkung an der Meinungsbildung, Kontrollierung und Kritisierung erfüllen, als naiv. Die Medien sollen im Grunde genommen politisch sein, denn von ihnen wird verlangt, Öffentlichkeit herzustellen, das demokratische System des jeweiligen Landes wiederzuspiegeln und nicht „symbolische Politik“ (z.B. Dörner 2001, S. 41; Meyer et al. 2000) zu betreiben oder eine veränderte „Mediendemokratie“ darzustellen (Sarcinelli 1998).

Die Funktion der Massenmedien kann in der Herstellung von Öffentlichkeit im Sinne eines öffentlichen Diskussionsforums gesehen werden (s.u. Kapitel 2.3.3.2 Demokratisierende Funktionen der Medienunterhaltung), oder aber in der Vertretung von Meinungen und Interessen der Bürger i.S. eines Anwalts. Der im selben Kapitel aufgeführte Ansatz von Meyer über symbolische Politik drückt die Leistung der Medien aus, politische Prozesse zu übernehmen. Der Begriff der „Funktion“ wird in zahlreichen theoretischen Ansätzen unterschiedlich verwendet. So z.B. in der biologischen Systemtheorie nach Lasswell (1948), in Parsons strukturfunktionalistischer Systemtheorie bei Wright (1974) und in der funktionalstrukturellen Systemtheorie nach Luhmann bei Kepplinger (1985) (vgl. Schulz 1997, S. 27f n. Lasswell 1948, Wright 1974, Kepplinger 1985). Im Allgemeinen geht es beim *funktionalen*

Ansatz darum, Ziele und Zwecke in Bezug auf das Gesamtsystem zu formulieren, die auch von anderen Systemteilen erfüllt werden könnten. Schulze kritisiert den äusserst hohen Abstraktionsgrad dieser Theorien und die Mehrdeutigkeit des Begriffs „Funktion“ insgesamt. Der funktionale Ansatz wird häufiger für die Interpretation von Ergebnissen verwendet und weniger als Grundlage für empirische Forschung.

Beim *Kausalansatz* stehen die Massenmedien im Zentrum der Betrachtungsweise und stellen nicht ein Systemteil unter vielen dar wie beim funktionalen Ansatz. Hier geht es um Ursachenerklärungen, die z.T. Bezug auf das Systemganze nehmen. Unterschieden werden die Ebenen Mikro (z.B. politische Akteure), Meso (z.B. politische Organisationen wie Parteien) und Makro (das politische System insgesamt). Die Forschung auf der Mikroebene überwiegt (vgl. Schulz 1997, S. 29). Einfache Ursache-Wirkungs-Modelle sogenannte „Stimulus-Response-Modelle“ wurden von Modellen mit intervenierenden und bedingenden Variablen abgelöst. Intervenierende Variablen verändern die Reaktion auf mediale Reize; bedingende Variablen beinhalten verschiedene Voraussetzungen vor dem Eintreten des medialen Reizes. Dieser auf einige Variablen beschränkte Ansatz zur Erforschung der Wirkung der Massenmedien auf die Politik wurde nicht nur wegen der beschränkten Erklärungskraft, sondern auch aufgrund der widersprüchlichen Ergebnisse, kritisiert. Johnston publiziert 1990 eine Zusammenstellung von 600 englischsprachigen Publikationen aus dem besagten Forschungsfeld allein für die Jahre 1982-1988. Schulz (1997) befindet auch die systemtheoretischen Forschungsarbeiten auf der Makroebene als unzureichend, da der Begriff der „Funktion“ einerseits unklar definiert wird, andererseits meist normativ behaftet und somit empirisch schwer operationalisierbar ist.

In der Kommunikationswissenschaft wurden Versuche unternommen, die Befunde zu ordnen und Faktoren aufzulisten, die für den Kommunikationsprozess ausschlaggebend sind. Die einfache Faktorenaufzählung (Kommunikator, Rezipient, Botschaft, Wirkung) erlaubt kaum die Bezugnahme auf politikwissenschaftliche Theorien (vgl. ebd., S. 30). In beiden Ansätzen – dem variablenorientierten und dem systemfunktionalistischen Ansatz – werden Politik und Medien einander gegenübergestellt bzw. im Sinne von Kontrahenten betrachtet, wenn es z.B. um politische Meinungsbildung geht (vgl. Kepplinger 1985 n. ebd., S. 31). Den Medien wird dabei Einheitlichkeit zugeschrieben, die nicht zutrifft. Je nach Konzept vertreten sie eine bestimmte politische Partei, spezifische Bürgerinteressen oder versuchen politisch neutral zu sein. So konkurrieren allenfalls bestimmte Mediengruppen mit bestimmten Teilen des politi-

schen Systems auf unterschiedliche Art und Weise. Das *Input-Output-Modell* von Easton (z.B. 1965) und Almond und Powell (1966), ein Flussmodell, verbindet Elemente des system- und variablenorientierten Ansatzes und kann mit funktionalen und kausalen Erklärungsmustern vereinbart werden. Der Ansatz verwendet den Begriff der „Rolle“ im Sinne der Systemtheorie. Politiker nehmen Rollen ein, die mit bestimmten Handlungserwartungen verbunden sind. Rollen, die in einer gesellschaftlichen Beziehung zueinander stehen, bilden eine Struktur. Das Input-Output-Modell unterscheidet zwischen politischer Struktur und politischer Kultur. Im Gegensatz zur politischen Struktur (Rollen und deren Organisation) ist die politische Kultur nicht beobachtbar. „Die politische Kultur eines Systems ist das spezifische Muster individueller Einstellungen und Orientierungen der Systemmitglieder gegenüber Politik. Sie besteht aus mehreren Komponenten, (1) aus politischen Kenntnissen und Überzeugungen, (2) aus affektiven Zuwendungen zu – oder Abwendung von – ‘politischen Objekten’, also z.B. Parteien oder Politikern, und (3) aus Urteilen und Meinungen“ (Schulz 1997, S. 34). Die politische Kultur und die politische Struktur bilden das politische System, welches einen gewissen Input – Ansprüche und Unterstützung – braucht, damit der Output zustande kommt, der sich in politischen Entscheidungen und Handlungen zeigt. Ansprüche und Unterstützung beinhalten z.B. politische Partizipation, wie durch Wahlen, oder die politische Informierung. Das bedeutet, dass das politische System die Medien braucht, damit diese über das politische System berichten. Der Output benötigt ebenfalls die Medien, damit politische Prozesse eingeführt werden können. Politische Kommunikation durchdringt den ganzen politischen Prozess, z.B. auch in der politischen Sozialisation. In Flussmodellen kann sich der Input in den Output verwandeln. So kann das gegenseitige Abhängigkeitsverhältnis von Medien und Politik jedoch auch nur ansatzweise erklärt werden. Es wird deutlich, dass nicht nur die Dependenztheorie, eine Instrumentalisierungsthese oder Input-Output-Modelle die Beziehung zwischen Medien und Politik erklären vermögen. Die folgende Ausführung der theoretischen und empirischen Arbeiten von Thomas Meyer, einem etablierten deutschen politischen Philosophen, soll die Thematik vertiefen.

Symbiotische Beziehung

Nach Meyer (1994) befinden sich Medien und Politiker in einer *symbiotischen Beziehung*. Ohne die gleichen Interessen zu verfolgen, erreichen beide Seiten eine Art Erfolg: „Die Politiker gewinnen Öffentlichkeit als scheinbare oder wirkliche Bedingung ihrer Legitimation. Die Medien gewinnen Auflage- und Einschaltquoten und, wenn sie ehrgeizig sind, auch Ein-

fluss und Macht. Das Publikum gewinnt Unterhaltung und den Anschein von Orientierung (s.a. Dörner 2001), solange das Ganze eben gut geht“ (ebd., S. 142, Quellenverweis in Klammern N.B.).

Bosshart (1996) stellt die Frage, ob das „Medienspektakel“ i.S. von medienvermittelten spektakulären Ereignissen zur „Polit-Kultur“, d.h. zum politischen Alltag geworden ist. Seine Antwort lautet zunächst einmal: „Politik war schon immer ein Spektakel, denn ihre Exponenten streiten um Macht, und das bedeutet Konflikt“ (ebd., S. 57). Ein Konflikt kann an sich bereits spektakulär sein und Medien stellen ein willkommenes Mittel zur Übertragung der Auseinandersetzung dar, welche beim Bürger auf Interesse stösst.

Das folgende Schaubild verdeutlicht die Dreier-Beziehung zwischen Medien, Politik und Bürger, die dem symbiotischen Modell von Meyer (1994) entspricht (s.o.). Politiker stellen sich selbst mit Erfolgserwartung dar; das mehr oder weniger politische Publikum erwartet unterhalten zu werden; politikvermittelnde Medienakteure erwarten Reichweite.

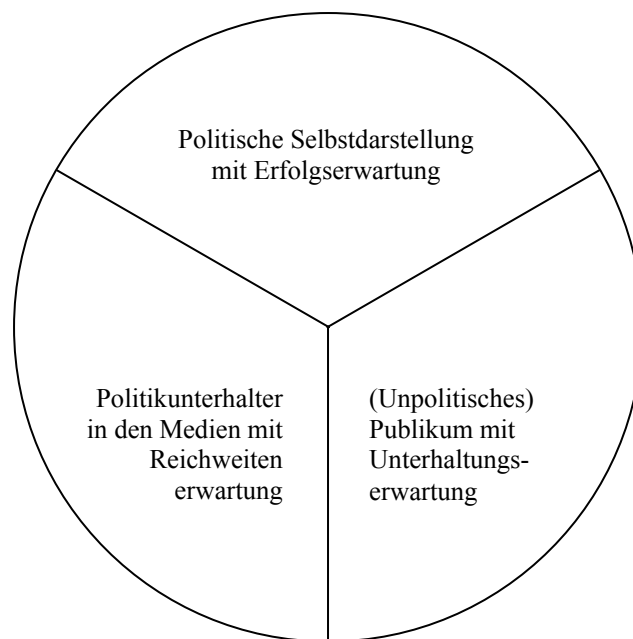


Abbildung 1: Die Dreier-Beziehung zwischen Medien, Politik und Öffentlichkeit.

(Bosshart 1996, S. 58 nach Weischenberg 1990, S. 106)

Die gleich grossen Sektionen des Kreises verdeutlichen die Symbiose von politischer Selbstdarstellung, Vermittlungsleistung der Medien und Erwartungen der Zuschauer.

Die inszenierte Wirklichkeit besteht aus zwei Ebenen: der Selbstinszenierung der Politiker und der journalistischen Inszenierung. Laut Meyer ist das symbiotische Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern raffiniert und zunehmend selbstreflexiv. „(1) Die Massenmedien beobachten die Politik. (2) Statt die Welt zu beobachten, beobachten die Politiker, wie sie von

den Massenmedien beobachtet werden, und richten ihr Handeln danach aus. (3) Diese Handlungen und Meinungsäusserungen werden von den Massenmedien als neues Ereignis behandelt. (4) Gleichzeitig beobachten die Massenmedien ihre Beobachtung durch den Politiker und machen das zum Thema. (5) Folglich werden Auftritte von Politikern immer demonstrativer als medienwirksames, showgemässes Ereignis gestaltet“ (Meyer et al. 2000, S. 15).

Die Bereiche Medien und Politik überschneiden sich in ihrer Funktion, sie brauchen sich gegenseitig, genauso wie die Gesellschaft sie braucht. Plasser (1985) spricht von der Verschmelzung der beiden Systeme zu einem „politisch-medialen Supersystem“ (Meyer et al. 2000, S. 39), welches mehr den Regeln und der Logik des Mediensystems entspricht. Jarren und Arlt (1997) behaupten, Politikprogramme werden in den Medien erst einmal auf Zustimmung geprüft, bevor sie konkret werden (ebd.), d.h. wenn die Medien auf politisches Handeln blicken, so sehen sie sich selbst. Streng genommen bedeutet das, dass Politik „in mediengerechter Selbstdarstellung“ aufgeht (ebd.) bzw. in ihrem eigentlichen Verständnis verloren geht. Meyer et al. (2000) stimmen dieser Theorie von der Auflösung des politischen Systems nicht zu. Sie weisen darauf hin, dass in diesem Bereich noch Forschungsarbeiten fehlen, da diese wissenschaftliche Debatte neu ist. Ihrer Meinung nach, wird das Politische hinsichtlich seiner Dimensionen überformt, neu akzentuiert und rekonstruiert (vgl. ebd., S. 41). Wie in den vorangehenden Abschnitten nachgelesen werden kann, vertritt auch Dörner (2001) die Meinung über die Rekonstruktion des Politischen. Die Veränderung des Politischen zeigt sich in der Verlagerung der Entscheidungsmacht auf diejenigen, die über mediale Macht verfügen. „Als demokratische Legitimationsinstanz werden im Zuge dieser Entwicklung zunehmend nur noch die Ergebnisse von Umfragen, medial inszenierten Stimmungen und die auf ihnen basierenden Momentaufnahmen von Wahlentscheidungen anerkannt, während die öffentlichen Arenen deliberativer Politik in den Parteien selbst und in der grossen Öffentlichkeit gegenüber kalkulierten Inszenierungen von Images, Symbolhandlungen und ausdrucksstarken Scheinereignissen an Bedeutung verlieren“ (ebd., S. 41). Was daraus folgt, alarmiert, wenn überlegt wird, was Politik und politische Diskurse beinhalten sollten (s.u. Kapitel 3 und 5.4.2). Politisches Handeln legitimiert sich durch kollektive Entscheidungsprozesse, also Beteiligung an der Öffentlichkeit und das wird zu Gunsten von Mediencharisma verdrängt. Die Dimension der Macht bleibt jedoch unverändert; sie trägt zum Mediencharisma bei.

Die Kategorien anhand derer Meyer et al. (2000) die *Logik des Politischen* beschreiben, beruhen auf einer fundamentalen Definition von Politik (wie sie z.B. im Lexikon der Politik, hrsg.

von Nohlen et al. 1998, S. 488 zu finden ist; weitere Erläuterungen zum Politikbegriff s.u. Kapitel 3.2.1). Demnach beinhaltet Politik die folgenden Dimensionen: *polity*, *policy* und *politics*. *Polity* beinhaltet die geschriebenen und ungeschriebenen Normen und Regeln eines Landes, seine Verfassung, also verbindliche Vorgaben, die zwar veränderbar sind, doch im Vergleich zu den anderen beiden Dimensionen von Politik am wenigsten sichtbar sind (vgl. Meyer 2001a, S. 25). Zur Dimension „*polity*“ zählt auch die politische Kultur von Milieus. *Policy* betrifft Handlungsprogramme, die Probleme lösen sollen. Interessen und Werte geben vor, wie diese gelöst werden. Die Dimension *politics* steht für Prozesse, bei denen die Handlungsprogramme durchgesetzt werden. Um politische Ziele erreichen zu können, braucht es u.a. Macht – sozial und wirtschaftlich – ,Geld und auch ein geeignetes Medienprofil (s.u. Kapitel 2.3.3.4 n. Sarcinelli 1998). Alle drei Dimensionen stehen in Wechselwirkung zueinander. Sie stellen Dimensionen der wissenschaftlichen Betrachtung dar, die laut Meyer auch als reale Konzepte gehandhabt werden können (vgl. ebd., S. 27).

Wenn es nun darum geht aufzuzeigen, was sich genau im Politischen in der heutigen Mediengesellschaft verändert, so kann dies unter der Verwendung der besagten Dimensionen des Politischen getan werden: Der Prozess des Politischen (Dimension „*politics*“) findet mit Einfluss der Medien weiter statt. Politische Akteure verfolgen ihre Interessen, stützen sich auf verschiedene Ressourcen wie u.a. Medienpräsenz und Mediencharisma, um Macht zu erreichen (ebd., S. 98). Hier wird deutlich, wie die mediale Logik den politischen Prozess nicht auflöst, sondern verändert bzw. ergänzt (vgl. Meyer et al. 2000, S. 42). Die herkömmlichen Machtressourcen wie „Wissen, Handlungskompetenz, Verlässlichkeit, Zielstrebigkeit, Glaubwürdigkeit oder Finanzen bleiben, so auch Diskurse zwischen den Parteien und der Kampf um Führungsämter. Nur Medienpräsenz bekommt eine Zentralität im politischen Geschehen. Auch die politische Dimension der Inhalte und Handlungsprogramme („*policy*“) weist Veränderungen des Politischen auf. Politiker sind versucht Schau-Politik zu betreiben, da ihre Handlungsmöglichkeiten u.a. aufgrund des Globalisierungsprozesses und der ökonomischen Krisen eingeschränkt werden. Es wird versucht „Erfolgsdefizite durch medienwirksames Scheinhandeln zu überdecken“ (ebd., S. 43). Im Falle der inhaltslosen Showpolitik findet Politik nicht statt. In der heutigen Mediendemokratie fehlt die Dimension der *policy* immer häufiger (vgl. Meyer 2001a, S. 30). Mithilfe einer politischen Inszenierung wird so getan, als ob politisches Handeln stattfindet. Wenn beispielsweise eine Pressekonferenz einberufen wird und mitgeteilt wird, dass bestimmte politische Prozesse zukünftig „Chefsache“ sein werden und momentan noch keine Handlungsprogramme vorliegen. Die *Policy*-Dimension wird hier

zu einem Element der Politics-Dimension, „eines Prozesses des öffentlichen Legitimationserwerbs der Machtsicherung oder Beschwichtigung über bestehende Probleme“ (ebd., S. 31). Meyer wirft die Frage auf, inwieweit die Ebene der Darstellung von Politik z.B. im Fernsehen die Ebene der realen politischen Prozesse in seiner Komplexität und Aufwändigkeit angemessen darstellen kann (vgl. Meyer 2001a, S. 96). Seiner Meinung nach wird es für den Zuschauer immer schwieriger bzw. für den Durchschnitt unmöglich zu beurteilen, ob hinter dem Sendeformat tatsächlich politisches Handeln stattgefunden hat und ob sich diese Bedingung verschlechtert oder verbessert hat. Das medial inszenierte Ereignis steht in einem unproportionalen Verhältnis zum realen Ereignis. Die Mehrheit der Mediennutzer kann kaum „Größenordnung und Gewicht des Geschehens in der aussermedialen Welt“ abwägen (ebd., S. 149). Infolgedessen ist die Mehrheit verunsichert und kann schwerlich eine politische Urteilsfähigkeit entwickeln.

Betreffend der politischen Institutionen, der Verfassung und der Kultur (Dimension polity) sind die Autoren Meyer, Ontrup und Schicha (2000) der Meinung, dass das Mediensystem ergänzend und prägend wirkt, denn „(...) die Medienlogik lässt, wie unsere Studie gezeigt hat, den Akteuren potenziell einen weiten und je nach der Verfügungsstruktur über die Medien immerhin noch einen beträchtlichen Spielraum für eine angemessene Repräsentation des Politischen in seiner medialen Darstellung“ (ebd., S. 42). Je nachdem, wie die einzelnen Politiker das Mediensystem handhaben, werden die „Kommunikationskultur der Gesellschaft“ geprägt sowie „(...) die Möglichkeiten für angemessene Information der Bürgerinnen und Bürger über die Politik und somit (...) auch die Bedingungen ihrer Staatsbürgerrolle“ (Meyer 2001a, S. 100).

Wird nun die *Logik der Massenmedien* unter dem Aspekt der Kriterien betrachtet, die verwendet werden, um das, was die Medien an der Politik interessiert, zur Publikumspräsentation auswählen, zeigen sich Differenzen zu dem, was Politik eigentlich ist. Um Aufmerksamkeit für bestimmte Themen zu erzeugen, braucht es „*Ereignishaftigkeit*“ (z.B. eine Absicht, die sich nicht einfach als Ereignis präsentiert, sondern zu einem transformiert werden muss), Kürze des Ereignisses, im Idealfall Abgeschlossenheit, räumlich, politisch oder kulturell Nähe zum Zuschauer, Überraschungseffekt, Konflikthaftigkeit, besonders positive oder negative Folgen des Ereignisses, „*Personalisierung*“ i.S. von Präsentation möglichst einzelner prominenter Personen (ebd., S. 48, Kursivierung). „Es liegt dann auf der Hand, dass das sicherste Rezept für die Erlangung medialer Zuwendung in einem Ereignis bestünde, bei dem

eine *eng begrenzte Zahl prominenter Einzelpersonen, die der kulturellen, politischen oder räumlichen Nahwelt der Betrachter entstammen, in überraschenden Konflikt-handlungen Leistungen oder Erfolge präsentieren können oder beträchtlichen Schaden erleiden*“ (Meyer 2001a, Kursivierung). Hier wird die Entstehung der „Als-Ob-Realität“ (Dörner 2001; s.o. Kapitel 2.3.3) anders erklärt: Meyer et al. (2000) bemerken anstelle der Umdeutung des Gesehenen die Selektion, was letztendlich auch zur veränderten Realität auf Seiten der Zuschauer führt. Die Selektionslogik der Medien basiert auf dem bestmöglichen „Nachrichtenwert“ (Meyer 2001a, S. 46), welcher sich aus den dargestellten Kriterien ergibt. Bei der medialen Darstellung werden Bruchstücke aus der politischen Realität herausgenommen. Meyer, Ontrup und Schicha (2000) haben aufzeigen können, dass Medien sich hierbei der Techniken des Theaters bedienen. Wenn beispielsweise das Grundmodell „*mythische(r) Heldenkonflikt*“ verwendet wird, um ein Ereignis zu präsentieren, wird ein politischer Konflikt übertrieben werden, Konflikte, die mit bekannten Politikern in Verbindung gebracht werden, „zu Entscheidungsschlachten zwischen überpersönlichen Schicksalsmächten“ (Meyer 2001a, S. 51, Kursivierung). Konkret, das was in einer politischen Diskussionssendung wie z.B. *Sabine Christiansen* präsentiert wird, kann lediglich aufgebauchte Politik sein. Ein weiteres Grundmodell der inszenierten Politik wird als „*Wortgefechte*“ bezeichnet (ebd., S. 52, Kursivierung). Anhand dieses „Grundrezepts“ soll ein „Konflikt um jeden Preis“ zustande kommen, um Emotionen und Spannung hervorzurufen (ebd.). Der Moderator wird hier als Anstifter bezeichnet.

Die beiden hier erwähnten Grundmodelle gelten nicht für sämtliche politischen Diskussionssendungen. An früherer Stelle wurden gegenteilige Meinungen in Bezug auf die *Arena*-Sendung dargestellt. Auch wurde in einem interdisziplinären Forschungsprojekt mit Wissenschaftlern aus den Bereichen Medien, Theater, Politik, Soziologie und Politologie, welches von 1994 bis 1998 in Deutschland durchgeführt wurde, empirisch nachgewiesen, wie verschiedene Print- und Fernsehmedien Inszenierungsformen mit Information und Argumentationsgehalt verbinden (vgl. ebd., S. 54). Inszenierungstechniken und Informations- und Argumentationsgehalt schliessen sich in den Medien nicht aus. „Die Formen der Synthese aus Medienästhetik und Politik sind beinahe unbegrenzt, sie können dem Verständnis des Politischen *weit entgegenkommen* oder *massiv im Wege stehen*. Nicht die Tatsache der Inszenierung überhaupt, sondern die Frage, was in die Inszenierung auf welche Weise eingeht, ist also für die mediale Politikvermittlung entscheidend“ (ebd., S.55, Kursivierung). Eben dieses Eingehen soll in der vorliegenden Arbeit mit Schwerpunkt auf die Art und Weise, wie Politiker

im Vergleich zu Experten innerhalb einer politischen Diskussionssendung diskutieren, analysiert werden. Den Hintergrund für diese Analyse stellt die Frage dar, ob die Diskussion unter dem derzeitigen Verhältnis zwischen Medien und Politik leidet bzw. Mängel aufweist. Doch zunächst soll auf positive Aspekte der politischen Mediendiskussion hingewiesen werden.

2.3.3.2 *Demokratisierende Funktionen der Medienunterhaltung*

Die Unterhaltungskultur übernimmt in einem weiteren Sinn demokratisierende Funktionen. Dörner (2001) greift auf den Begriff der „Öffentlichkeit“ (s.u. Erläuterung zum Umbruch des Begriffs und Definition) zurück, um die sozialen und politischen Funktionen von Medienunterhaltung herauszuarbeiten. Ehe darauf eingegangen wird, soll die Frage aufgeworfen werden wie die in Kapitel 2.2 (s.o.) dargestellten Demokratietheorien und Erläuterungen um den Demokratiebegriff im Verhältnis zu dem hier von Dörner präsentierten Öffentlichkeitsbegriff stehen. Diese Analyse kann hier nicht geleistet werden.

Massenmediale Kommunikation unterliegt bestimmten Kriterien:

1. Jeder Bürger kann sie (Nachrichten, Informationen, Bilder etc.) nutzen. Die Reichweite von massenmedialen Inhalten wie z.B. politischen Diskursen ist gross, d.h. viele Menschen nehmen innerhalb kürzester Zeit dieselbe Meldung auf.
2. Raumgrenzen werden überwunden, da beinahe jeder Bürger zu Hause, von seinem Fernsehapparat aus, irgendwo „in der Welt“ dabei sein kann. Durch diese Möglichkeit wurde der menschliche Erfahrungsraum erweitert und das Alltagsleben komplexer. Meldungen erreichen den Menschen immer schneller. Zudem kann die „Normalität“ einer anderen Kultur jederzeit via Bildschirm erfahren werden. Neben der Funktion der „Erfahrungsbeschleunigung“ und der „globalen Gleichzeitigkeit“ (Dörner 2001, S. 89) haben die Massenmedien auch die Funktion den Alltag zeitlich zu strukturieren. „Die Zyklik der Bilder und Programme leistet heute das, was früher Kirchenglocken und religiöse Feiertage geleistet haben“ (ebd.).
3. Der Zuschauer kann nur zeitlich verzögert auf das, was er aufnimmt reagieren. Er hat somit Zeit, die aufgenommenen Informationen zu reflektieren. Die interpersonale Kommunikation findet jedoch meist am folgenden Tag statt. So wird auf der Homepage von *Sabine Christiansen* behauptet, die Sendung liefert am Sonntagabend den Gesprächsstoff für die kommende Woche (in den Bereichen Familie, Freunde, Stammtisch, Beruf etc.). Die Massenmedien scheinen die Funktion der Anonymität und Ver-

einsamung zu haben, was jedoch nicht zutrifft, wenn der Aspekt der „Anschlusskommunikation“ berücksichtigt wird (Dörner 2001, S. 90). Zudem liegt ein virtueller Gemeinschaftseffekt vor, da Menschen wissen, dass andere Menschen zur gleichen Zeit die gleichen Informationen aufnehmen. „Wir bewegen uns also in einem wohldefinierten massenmedialen Bildraum, den die anderen Mitglieder des Publikums mit uns teilen“ (ebd.).

4. Wir können uns die „grosse weite Welt“ jederzeit in unsere Alltagswelt mittels Fernseher, Radio etc. holen. Der Raum zwischen den traditionellen getrennten Polen – Öffentlichkeit und Privatheit – hat sich verändert, da das Öffentliche in den privaten Raum hineingezogen wird und dort Gespräche darüber auslösen kann (vgl. ebd., S. 91). Die Massenmedien rufen eine „soziale Zirkulation des Diskurses“ (ebd.) hervor. Bei politischen Diskussionssendungen wie beispielsweise der *Arena* werden Gäste aus dem Publikum in die Diskussion miteinbezogen. In den meisten politischen Diskussionssendungen werden zusätzlich zu den Gästen aus dem Bereich der Politik, Gäste aus Wirtschaft und Kultur eingeladen. Medien schaffen keine gänzlich neue Realität, sondern picken einzelne Elemente aus der Realität heraus, um sie dem Publikum so zu verkaufen, dass es in sein Verständnis von Normalität und sich selbst passt. Das heisst, Massenmedien verfestigen das Bestehende. Gleichzeitig können Medien auch zu Wandlungsprozessen beitragen, wenn sie bestimmte Werte unterstützen (z.B. kann ein renommierter Akteur Einfluss nehmen). Deshalb können Politiker, denen u.a. auch eine Vorbildfunktion zukommt, wünschenswerte Diskussionsstrategien verwenden (s.u. präzisere Ausführung im Zusammenhang mit „politischer Identität“).

„Öffentlichkeit“, das Kernstück demokratisch verfasster Systeme, verändert sich durch den Einfluss massenmedialer Unterhaltung. Es kann nicht vom Niedergang der öffentlichen Sphäre die Rede sein, so wie z.B. Hannah Arendt (s.u. Kapitel 3) und Richard Sennett den gesellschaftlichen Wandel diskutieren. Sennett (1983) beschreibt in seinem Werk „Verfall und Ende des öffentlichen Lebens: Die Tyrannei der Intimität“, dass Menschen heute das Öffentliche als lästige Pflicht betrachten und lieber ihr Inneres nach Aussen kehren (die Aussage kann anhand der Betrachtung einiger Talk-Shows belegt werden) bzw. im inneren Gefühlsleben den gesellschaftlichen Sinn suchen. Der „public man“ des 18. Jahrhunderts wollte im Privaten die Natur entfalten lassen und im Öffentlichen zivilisiert auftreten, d.h. andere nicht mit seinen Gefühlen belästigen. Schuld an der gesellschaftlichen Veränderung, hin zu Privatem im Öffentlichen, haben nach Sennett, grossenteils die Medien. Medien ermöglichen, dass vieles sichtbar wird, jedoch verfolgt jeder die Geschehnisse für sich. Das heisst, Menschen wissen

heute mehr darüber, was in der Gesellschaft passiert, jedoch setzen sie dieses Wissen nicht in politisches Handeln um (vgl. Sennett 1983, S. 358 n. Dörner 2001, S. 94). Im 19. Jahrhundert beginnt die Krise des öffentlichen Lebens, „auf der einen Seite die fundamentalen Kräfte des Kapitalismus und des Säkularismus und auf der anderen Seite diese vier psychologischen Sachverhalte: unwillkürliche Charakterenthüllung, Überlagerung der öffentlichen Sphäre durch die private Vorstellungswelt, Abwehr durch Rückzug und schliesslich Schweigen“ (Sennett 1983, S. 42). Dieses Bild vom isolierten, politisch inaktiven Menschen kann durch Untersuchungen widerlegt werden (z.B. Dörner 2001, S. 94 n. Dahlgreen 1995, S. 148ff; Gamson 1992). Menschen diskutieren während der Mediennutzung und, wie bereits erwähnt, im Anschluss daran; Meinungsbildung kann auch in politisches Handeln münden. Dörner sieht es als eine Frage der Interpretation, ob von der Herausbildung neuer Formen von Öffentlichkeit gesprochen wird oder von Verfall. „Der klassische, physisch konstituierte „öffentliche Raum“ wird immer kleiner; aber dieser Raum bildet sich im Bereich der Medienkommunikation anders neu“ (Dörner 2001, S. 96).

Dörner verwendet eine einfache Definition von „Öffentlichkeit“: „...offenes Kommunikationsforum für alle, die etwas sagen oder das, was andere sagen, hören wollen“, um die *Funktionen der Unterhaltungsöffentlichkeit* aufzuzeigen (Neidhart 1994, S. 9 n. Dörner 2001, S. 97). Hier werden vier für das Thema der Arbeit relevante Funktionen dargestellt:

1. Entstehung von Interdiskurs

Unter Interdiskurs wird hier das Gegenteil von spezialisiertem Diskurs verstanden. Bei Ersterem werden Zeichen verwendet, die von der Mehrheit unabhängig von Bildung und Status verstanden werden. Die Unterhaltungskultur kann aufgrund der Umsetzung von Interdiskursen der Fragmentierung der Gesellschaft, einer Tendenz der modernen Gesellschaft, entgegenwirken – einer Gesellschaft, die aus zahlreichen unterschiedlichen Lebensformen und Kommunikationsverhaltensweisen zusammengesetzt ist.

2. Steuerung der Aufmerksamkeit

Politische Diskussionssendungen nehmen die Themen der Woche auf. Es gibt jedoch in der heutigen Informationsflut mehrere Themen der Woche, d.h., die Aufmerksamkeit der Masse wird gezielt gelenkt.

3. Anschlusskommunikation

Hier gibt es verschiedene Arten wie z.B. Protest- und Leserbriefe oder Foren auf dem Internet, welche Möglichkeiten für Diskussion bieten.

4. Modelle individueller und kollektiver Identität

Hier spricht Dörner das an, was in der vorliegenden Arbeit unter Vorbildfunktion der Politiker verstanden wird. Ein Politiker verkörpert ein politisches Identitätsmodell, „einen Akteur im sozialen Raum“, der sich aufgrund bestimmter Merkmale von anderen abgrenzt und unterscheidet. Die identitätsstiftende Wirkung für den Bürger besteht in dem Prozess der Auseinandersetzung mit einer oder mehreren Positionen. „Es sind die Unterhaltungsmedien, die heutzutage in weitem Umfang soziale Erwartungen formulieren und Identitätsmodelle vorführen“ (Dörner 2001, S. 106).

„Politische Identität“ beinhaltet Wahrnehmungsweisen, Deutungsmuster, Handlungsnormen und Verhaltensweisen, welche an Rollen, Werte und Sinnkonstrukte gekoppelt sind. „Politische Identität“ bestimmt über das Zugehörigkeitsgefühl. Hier ist die kollektive Identität gemeint, die sich auf eine Nation, eine Ethnie, eine Klasse, ein politisches Milieu, eine Generation oder ein Geschlecht beziehen kann. Kollektive Identitäten sind im politischen Raum wichtig, da dieser Raum dementsprechend strukturiert ist (einfach ausgedrückt, Mehrheiten haben mehr Macht, z.B. Bestehendes zu verändern, als eine Minderheit). Heutzutage besteht eine Vielzahl von politischen Wahlmöglichkeiten. Um Rückschlüsse auf die demokratische Verfassung einer Gesellschaft machen zu können, müssten politische Identitäten sorgfältig analysiert werden.

Sämtliche Funktionen von Medienunterhaltung, die hier genannt werden, haben eine integrierende Funktion. „Medienunterhaltung stellt für die Gesellschaft einen Raum zur Verfügung, in dem Bestände von kollektiv geteilten Vorstellungen, Werten, operativen Normen und Sinnentwürfen immer wieder neu inszeniert und beglaubigt werden. Die so mediensozialisierten Bürger bilden politische Gemeinschaften mit gemeinsamen politischen Identitäten“ (ebd., S. 108). Eine visuelle gemeinsame Basis besteht aufgrund der Tatsache, dass ca. fünf Millionen Menschen wöchentlich die Sendung Sabine Christiansen ansehen, eine Art „visuelle Heimat“ (ebd., S.109), über die im Anschluss weiterdiskutiert wird. Meyer sieht das Ganze anders, v.a. negativer, wenn er das deutsche politische System betrachtet (vgl. Meyer 2001a). Seiner Meinung nach legitimiert sich Demokratie durch das Abstimmungsverfahren, das Mehrheitsprinzip und einem Öffentlichkeitsbegriff i.S.v. deliberativen Diskussionsprozessen in Vereinen, Verbänden, Assoziationen und Parteien (zum Begriff der „Deliberation“ s.u. Kapitel 3). Diese vermitteln zwischen Staatsapparat und den Interessen der Bürger (s.u. Kapitel 2.3.2.4 ausführlicher zur Rolle und dem Wandel der Parteiendemokratie). Wenn nun in der heutigen Mediendemokratie der Bürger seine Interessen nicht mehr in den Vereinen, Parteien etc. disku-

tiert und aushandelt, ein Zustand, den Sarcinelli ebenfalls herausstreicht (s.u., ebd.), sondern eine Kurzschliessung zwischen Meinungsumfragen und politischem medialen Testhandeln stattfindet, wird der deliberative Prozess umgangen. Ein qualitativer Begriff von „Öffentlichkeit“, der auf das antike Griechenland zurückgeht, zielt auf „gemeinsame vernünftige Prüfung politischer Ansprüche durch alle von ihnen Betroffenen“ (Meyer 2001a, S. 188). Öffentlichkeit wird hier als ein „sozialer Raum“ verstanden, welcher in der heutigen Mediendemokratie nicht gegeben ist. Es besteht weder Raum noch Zeit „für eine öffentliche Deliberation (...), in deren Verlauf eine begründete öffentliche Meinung entstehen kann (...)“. „(...) (D)ann verliert Öffentlichkeit ihre für die Demokratie *konstitutive* Funktion der *Validierung* und *Orientierung* (ebd., Kursivierung). Wenn der Staat nur noch mit Einzelpersonen aushandelt, dann sollte eher von einer „Medien-Basis-Demokratie“ gesprochen werden (ebd., S. 189). Das nachfolgende Kapitel 3 behandelt die Themen „Deliberative Demokratie“, „Öffentlichkeit“ und „Diskurs“ in der Polis ausführlicher.

Die folgenden beiden Beiträge setzen sich kritisch mit dem Verhältnis der Bereiche Medien und Politik auseinander, mit besonderem Augenmerk auf die politische Kommunikation in der Schweiz und in Deutschland. Berücksichtigt wird jeweils das ganz spezifische politische Element: In der Schweiz, das System der direkten Demokratie, in Deutschland die Parteidemokratie.

2.3.3.3 *Politisches System und mediale politische Kommunikation in der Schweiz*

Die Mehrheit der Schweizer bedient sich ausländischer Kanäle (vgl. Treichler 2003, S. 39; Bonfadelli 1994, S. 262). Von insgesamt ca. 7 Millionen Mediennutzern sind etwa 4,5 Millionen stimmberechtigt, d.h. 35% der Mediennutzer haben keine politische Stimme, jedoch Einfluss auf die Medienwelt. Die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) befindet sich in einem Spannungsverhältnis zwischen öffentlichem Auftrag, „gegenseitiges Verständnis, vielfältige, sachgerechte Information und Meinungsbildung zu fördern, die kulturellen Werte des Landes zu stärken“ (Konzessionsauftrag vom 18. November 1992) und der Tatsache, dass es ein privates Unternehmen darstellt, welches im Markt bestehen muss (Wuerth 1999, S. 340). Unter „gegenseitigem Verständnis“ wird v.a. die Förderung der nationalen und auch politischen Verständigung unter den drei Hauptsprachregionen der Schweiz verstanden. Nach Wuerth (1999, S. 343) liegen Untersuchungen vor, welche zeigen, dass die SRG dem Auftrag der sprachlichen Integration nicht gerecht wird (z.B. Kriesi et al. 1995). „Paradoxe-

weise lösen die elektronischen Medien die Kantonsgrenzen zwar auf. Statt aber dadurch nationale Integration anzustreben, restrukturieren sie die Schweiz entlang den drei Sprachgebieten, die keiner politischen Einheit entsprechen“ (Widmer 1998, S. 165 n. Wuerth 1999, S. 344).

Wuerths Kritik der politischen Diskussionssendung *Arena* geht in dieselbe Richtung wie die Kritik der deutschen Politikwissenschaftler (z.B. Dörner 2001; Meyer 2000; 2001) an den äquivalenten Formaten Deutschlands. Der *Arena* wird zugeschrieben symbolische Politik zu zeigen und mehr auf die Erzeugung von Emotionen als von Argumenten gerichtet zu sein. „Bei einer solchen Inszenierung mag das Ganze für viele zwar spannend wirken, doch derartige Hahnenkämpfe tragen wenig zur sachgerechten Aufklärung des Publikums bei“ (Wuerth 1999, S. 350). Meist bleibt die inhaltliche Auseinandersetzung aus und den geladenen Gästen liegt weniger an Verständigung als an der Anbringung und Wiederholung ihrer eigenen Argumente, was zur Folge hat, dass „die Akteure schliesslich eher aneinander vorbei argumentieren als aufeinander eingehen (ebd., n. Schneider und Hess 1995, S. 99-107). Diese Kritik scheint nicht berechtigt, wenn bedacht wird, dass es in der Politik und in der politischen TV-Diskussionssendung nicht primär um Verständigung geht. Der politische Diskurs hat mit Streit und Widersprüchen zu tun. So spricht beispielsweise eine Partei von Vorteilen eines politischen Entscheides, die andere Partei dagegen betont die Nachteile. Aus dieser gegensätzlichen Darstellung kann der Zuschauer auch politisch informiert werden. Dies soll jedoch nicht bedeuten, dass nicht eine höhere Qualität der Argumentation eingefordert werden kann.

Die SRG befindet sich seit Mitte der 80er-Jahre in einem Dilemma zwischen sozialer Verantwortung und den Konkurrenzverhältnissen. Das heisst, es muss immer mehr Geld mit Werbung und Sponsoring eingebracht werden, damit das Privatunternehmen auf dem Markt bestehen kann. Die Konzentration auf den wirtschaftlichen Aspekt des Fernsehens zieht nach sich, dass weniger Augenmerk auf die Inhalte gelegt wird. Unterhaltung kostet weniger als qualitätsorientierte Information.

Das politische System der Schweiz beinhaltet ein grundlegendes Element für die nationale politische Kommunikation: Das Modell der direkten Demokratie, welches an früherer Stelle erläutert wird (s.o. Kapitel 2.2.2), soll an dieser Stelle in den Zusammenhang medialer politischer Kommunikation gesetzt werden. Kurz zusammengefasst geht es bei der direkten Demokratie darum, im politischen Diskurs Konsense hinsichtlich politischer Entscheidungen zu finden. Dieser Prozess des Diskurses, mit dem Ziel, eine Mehrheit für eine Entscheidung zu

erlangen, ist zeitaufwendig, denn die Bevölkerung kann ihre Interessen und Forderungen mitteilen, Interessengruppen können Entscheidungen in Frage stellen, im Anschluss daran wird eine Mehrheit gesucht. Ein demokratischer Entscheid weist hohe Legitimation auf (die Effizienz-Diskussion wird an dieser Stelle nicht geführt). Die politische Klasse der Schweiz ist dann gefährdet, wenn die Konsequenzen einer Problemlösung nicht das versprechen, was die politische Klasse verspricht, nämlich Sicherheit und Wachstum. Tritt dieser Fall ein, gehen weniger Stimmbürger abstimmen, was oftmals von Politik und Medien nach Abstimmungswochenenden beklagt wird (vgl. Wuerth 1999, S. 358). Wuerth führt diesen Tatbestand auf eine „rudimentäre politische Argumentationskultur“, „Informationsdefizite“ und „Verstehensverweigerung in der Stimmbürgerschaft“ zurück (ebd.).

Welche Folgen ergeben sich aus der politischen Kommunikation für das mediale System der Schweiz?

Wie in Deutschland zeichnet sich auch in der Schweiz der Prozess ab, dass diejenigen Themen für das Fernsehen selektioniert werden, die auf das grösste Interesse stossen (vgl. Begriff „Nachrichtenwert“ bei Meyer 2001a; s.o. Kapitel 2.3.3.1) und nicht, was die Gesellschaft brauchen könnte: Förderung von Kulturgut anstelle von Wirtschaftsgut. Es wird versucht, diese sogenannte „Medienrationalität“ den Interessen des Publikums anzunähern (Wuerth 1999, S. 360). Argumente, die den komplexen politischen Themen gerecht werden können, sind nicht absatzfördernd, was zur Abnahme der politischen Kommunikation führt. Doch Bosshart wirft zurecht die Frage auf, „ob ein gesellschaftlicher Prozess dysfunktional sein kann, wenn doch alle Beteiligten auf ihre Rechnung kommen. Das Publikum hat sein Amüsement und erhält ein Minimum an Information. Die Medien bringen erfolgversprechende Produkte auf den Markt, und die Angehörigen der politischen Klasse können ihr Image pflegen sowie die Chancen auf eine Wiederwahl“ (Bosshart 1996, S. 62f). Anstelle der Durchsetzung politischer Entscheidung findet symbolische Politik statt und hinter der Bühne⁸ kommt es zu Absprachen zwischen Journalisten und Politikern, die meist über komplementäre Interessen verfügen und in persönlicher Beziehung zueinander stehen.

Damit politische Interessen öffentlich wirksam vertreten werden können, müssen gewisse Bedingungen erfüllt sein: Politiker müssen hierbei nicht unbedingt positiv bewertet werden, es genügt, wenn sie oftmals in den Medien präsentiert werden und v.a. zum richtigen Zeitpunkt. Wuerth (1999) und auch Meyer (z.B. 2001) vertreten die Meinung, dass die Medien

⁸ Die Theater-Metapher wird bei Meyer eingehend analysiert (vgl. Meyer 1992; 2000; 2001a; 2001b).

und Politik nicht in einem linearen Verhältnis zueinander stehen, d.h., die Medien können nicht den Verlauf von Politik vorschreiben, sondern die Interaktionen unter Politikern und den Prozess der Politik beeinflussen. Politisches Marketing beinhaltet Strategien wie z.B. der Thematisierung und Nicht-Thematisierung, unterliegt einer eigenen Logik, mit der Medienergebnisse konstruiert werden, d.h., Massenmedien können nicht als ein Warnsystem betrachtet werden. Wuerth vertritt die Meinung, dass Journalisten mehr von Politikern abhängig sind als umgekehrt (Jarren et al 1994, S. 150 n. Wuerth 1999, S. 371) und mehr wiedergeben, als kommentieren. „Der Journalismus vermag sich mit der politischen Materie kaum mehr auseinander zu setzen und in der Folge politische Akteure – auf die Sache bezogen – zu hinterfragen. Er lässt heute stellvertretend meinen oder überlässt es gleich dem Rezipienten, politische Komplexität zu strukturieren, wie in der SF DRS-Arena-Sendung. Dort wird inszeniert (...) die befürwortende und opponierende Argumentation bezieht sich selten aufeinander (...)“ (Wuerth 1999, S. 378).

Der folgende Beitrag wirft einen vertiefenden Blick auf das deutsche Parteiensystem im Kontext des Einflusses der Medien.

2.3.3.4 Entwickelt sich Deutschland von der Parteien- zur Mediendemokratie?

In einem früheren Kapitel wird bereits auf das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland eingegangen (s.o. Kapitel 2.2). Hier soll vertiefend der Einfluss der Medien auf die „Transformation des Politischen“ (Begriff n. Meyer 1994) erörtert werden. Für Sarcinelli (1998) ist die Diskussion über Verfall und Legitimationskrisen des Parteiensystems eine alte, doch hat sich das System trotz Schwächen als überlebens- und wandlungsfähig erwiesen. Er sieht das Parteiensystem einem strukturellen und kulturellen Wandlungsprozess unterlegen, der mit dem Wandel der medialen Umwelt zusammenhängt. Dieser langsame Prozess in Richtung „Mediendemokratie“ (ebd., S. 274) lässt sich nur schwer empirisch operationalisieren, weshalb auch kaum empirische Ergebnisse zum Thema vorliegen. Sarcinelli möchte Politik nicht nur auf ein „Spektakel“ oder „Symbolhandlungen“ reduzieren, sondern von der Veränderung der Politik an die Logik der Medien sprechen (ebd., S. 275). In dieser Veränderung sieht er zweierlei Wege: Der erste zielt auf die Professionalisierung der Politiker, sich in den Medien präsentieren zu können. Der zweite Weg sollte in Richtung Verbesserung der innerparteilichen Kommunikationsbeziehungen gehen, da Parteien im demokratischen System eine kommunikative Verantwortung haben (vgl. ebd., S. 276). Diese zeigt sich erstens darin, dass sie

durch Wahlen dazu legitimiert werden, die Interessen und Meinungen aus dem Volk an den Staatsapparat weiterzugeben, um dort einen „Gesamtwillen“ auszudiskutieren (Sarcinelli 1998. n. Grimm 1987). Im Staatsapparat, in Parlament und Regierung haben die Parteien u.a. die Verantwortung die Interessen des Volkes einzubringen, Mehrheiten zu bilden, Gesetze zu verabschieden usw., damit „kollektiv verbindliche Entscheidungen zustande kommen können“ (ebd.; S. 280). Nun unterliegen Parteien einem Wandel der politischen Kultur, der sich darin zeigt, dass Parteien nicht mehr bestimmte, miteinander in Konflikt stehende Gruppen der Gesellschaft repräsentieren (z.B. Kirchennähe vs. Trennung von Staat und Kirche oder Kapital vs. Arbeit). Das heisst nach Sarcinelli, die Sozialstruktur löst sich vom politischen Verhalten (vgl. ebd., S. 278). Die Folge besteht in abnehmenden Mitgliederzahlen und Stammwählern, geringer Identifikation mit einer Partei sowie zunehmend wechselhaftem Wahlverhalten (s.a. Sontheimer und Bleek 2002, S. 259ff Probleme der deutschen Parteien-demokratie). Dieser Wandel stellt die Parteien vor die Herausforderung ihre Kommunikation nach innen und nach aussen zu verändern.

Aufgrund der bereits thematisierten Macht der Medien hat die Politik generell an Macht verloren, da sie nicht bestimmen kann, was in welcher Form an die Öffentlichkeit vermittelt wird. Die erwähnte Instrumentalisierungsthese (s.o. Kapitel 2.3.2.1) ist nicht mehr aktuell, denn das Beziehungsgeflecht zwischen Medien und Politik ist weitaus komplexer. Auch Sarcinelli spricht von einer „symbiotischen Interaktion zwischen Politik und Medien“ (ebd., S. 279; vgl. Kapitel 2.3.3.1). Parteien vermitteln Politik v.a. via Massenmedien und unterliegen Schwankungen politischer Stimmungen und sich verändernder Marktverhältnisse. Politiker-vermittlung findet, wie bereits erwähnt, auch im Staatsapparat statt, wo Machtverhältnisse komplex verteilt und Verhandlungen zwingend sind (s.o. Kapitel 2.2.2 Erläuterung des demokratischen Systems Deutschlands: Konkurrenz- und Konkordanzdemokratie). Hier stellen sich andere Anforderungen an die politische kommunikative Kompetenz, da es nicht nur eine Regierung und eine Opposition gibt, so wie es in den Medien oftmals dargestellt wird. Die Anforderungen dieser Kommunikationssphäre „nach innen“ soll hier nicht weiter vertieft werden. Vielmehr interessiert hier die Kommunikation „nach aussen“ (ebd., S. 282). Das Fernsehen wird von der Politik besonders genützt, da dieses Medium über eine grosse Reichweite verfügt. Den Fernsehbildern wird „hohe Glaubwürdigkeit zugeschrieben (...). Sie erzeugen subjektive Gewissheit, wirken wie Belege ohne tatsächliche Beweiskraft haben zu müssen“, weil man es ja selbst gesehen hat (Schütz 1999, S. 105).

Nach Sarcinelli (1998) müssen Politiker v.a. an ihrer Darstellung arbeiten und die Parteiorganisation sollte die Öffentlichkeitsarbeit professionalisieren, damit sie von den Medien auf wählereinfangende Art präsentiert werden. Wenn Parteien nun immer weniger eine Gemeinschaft mit kollektiver politischer Überzeugung darstellen, stehen sie vor der Aufgabe, ihre kommunikativen Kompetenzen zu verbessern, um dem „Trend der De-Institutionalisierung der politischen Willensbildung“ entgegenzuwirken (Veen und Neu 1995, S. 9 zit. n. Sarcinelli 1998, S. 287). Die Parteien reagieren unterschiedlich. Manche öffnen sich, indem sie Nicht-Mitgliedern Probemitgliedschaften anbieten, oder sie beziehen Nicht-Mitglieder auf Expertenebene bei der Debattierung strittiger Fragen mit ein. Im Bezug auf das Parteiverhalten im Prozess der medialen Politikvermittlung braucht die Partei eine Führungsperson, die „mediensensibel“ sind und „...die in Habitus, Symbolik, Stil und Sprache flexibel auf gewandelte Erwartungslagen und verschiedene Milieus reagieren muss“ (Sarcinelli 1998, S. 291). Es wird das Konzept der „Personalisierung von Politik“ vorgestellt, welches beinhaltet, „dass sowohl in der Politikvermittlung zum Bürger als auch in der Wahlentscheidung des Bürgers personale Attribute von Kandidaten an Bedeutung gewinnen. Eine mögliche Folge sei die Vernachlässigung der inhaltlichen und institutionellen Dimension von Politik“ (Hoffmann 1998, S. 436). Zum Aspekt der Veränderung politischer Dimensionen s.o. Kapitel 2.3.3.1.

Der Aspekt der Sprache kommt hier bei Sarcinelli zu kurz. Medien wählen zwar unter bestimmten Gesichtspunkten den politischen Akteur aus, den sie gerade präsentieren möchten (vgl. Meyer 2001a), jedoch fehlt die Forderung, nach der Politiker über „Mediensensibilität“ hinaus eine Sprache entwickeln können, welche durch eine bestimmte Qualität der Argumentation gekennzeichnet ist. Der Begriff der „Argumentation“ wird an späterer Stelle ausgeführt (s.u. Kapitel 4), ebenso die Forderungen an den politischen Diskurs (s.u. Kapitel 3 und 5).

Die Forderung nach der Setzung von Standards zur Politikvermittlung, wird von Bosshart an die Medienverantwortlichen gerichtet (vgl. Bosshart 1996) und kann gleichermassen an die Politiker weitergegeben werden. Sarcinelli fügt an, dass Politiker nicht die Zustimmung auf Seiten des Publikums suchen sollten, denn das sei in Deutschland (im Vergleich zu den USA) zu riskant. Deutsche Politiker sind auf fundamentale innerparteiliche Unterstützung angewiesen. Das bedeutet, dass zumindest in diesem Bereich Diskussionskompetenzen gefragt sind. In den Worten von Meyer ausgedrückt, zeigt sich im Inneren „die besondere Leistung der Parteien für den Prozess in der Demokratie: die Auswahl, Delegation und Kontrolle von politischem Personal, die allmähliche Integration von Interessen und Werten zu Politik-

entwerfen, die Organisation eines spannungsreichen inneren Prozesses, demokratischer Willensbildung in einem weiteren Zeithorizont und die Mitwirkung an vielen staatlichen und gesellschaftlichen Entscheidungen“ (Meyer 2001a, S. 43). Hier zeigt sich der Kern der Funktion von Parteien in einer Demokratie.

Während Sarcinelli (1998) noch vorsichtig von einem Wandel der Parteiendemokratie zur Mediendemokratie spricht, ohne das Letzteres Ersteres ablöst, ist Meyer (2001a) schon absoluter und negativer in seinen Aussagen. Er definiert den Begriff „Mediendemokratie“ bereits i.S. „einer neuen politischen Grundkonstellation“ (ebd., S. 11) und in einem zweiten Schritt als „mögliche Kritik an bestimmten mit ihr verbundenen Entwicklungstendenzen, nämlich in dem Masse, wie diese mit unaufgebbaren Legitimationsansprüchen der Demokratie in Widerspruch geraten (...). „Mediendemokratie“ nimmt Bezug „auf eine Form politischer Willensbildung und Entscheidungsfindung, in der die Massenmedien und ihre Kommunikationsregeln eine entscheidende Position im politischen Prozess übernehmen“ (ebd.). Meyer führt noch einen weiteren Begriff an, den der „Mediokratie“, welcher weiter reicht, als der der „Mediendemokratie“ (ebd.). „Mediokratie“ beschreibt den politisch-kulturellen Zustand einer Gesellschaft, die von „oben“ (den Massenmedien) nur noch Mittelmässigkeit präsentiert bekommt und somit ihre Vorlieben zunehmend massloser werden. Masslosigkeit zeigt sich z.B. in der Höhe des Konsums. Mittelmässigkeit bezieht sich einerseits auf die Inhalte, d.h. es werden solche ausgewählt, die eine breite Masse ansprechen, andererseits sind die Kommunikationsweisen gemeint, mit denen die Inhalte vermittelt werden. Nach Meyer dominieren die Regeln der Medienwelt die Politik derart, dass er von einer „Kolonialisierung der Politik durch das Mediensystem“ spricht (ebd., S.10). Der Kolonialisierungsgedanke geht noch einen Schritt weiter, da er beinhaltet, die Logik des Politischen könne sich – nach amerikanischem Vorbild – auflösen. „Dabei ist es zunächst eine durchaus offene Frage, inwieweit die Unterwerfung der Regeln des Politischen unter die Regeln des Mediensystems ein für die Qualität der Demokratie problematischer Vorgang ist“ und ob die Regeln beider Systeme so vereinbart werden können, dass ein ausreichendes Mass an Information und Argumentation gewährleistet werden kann (ebd.). Zunächst sucht Meyer einen geeigneten Demokratiebegriff, um den Fragen nachzugehen. In Anlehnung an Schmidt (2000) und Von Alemann (2000) bezeichnet er die BRD als eine Form der partizipativen Demokratie (vgl. ebd., S. 20). Das politische System der Schweiz entspricht diesem Modell ebenfalls (s.o. Kapitel 2.2.2 Demokratiemodell der Schweiz), welches „sich auf dauerhafte und folgreichen Entscheidungsbeteiligung einer grossen Zahl von aktiven Bürgerinnen und Bürger in den politisch fungierenden Organisationen des politischen Systems auf allen Ebenen (bezieht), besonders jedoch im intermediären politi-

schen System der Vereine, Parteien und zivilgesellschaftlichen Initiativen“ (Schmidt 2000 zit. n. Meyer 2001a, S. 19). Die Organisationen, in denen sich die Bürger beteiligen können, stehen für „Foren direkter Kommunikation“ (vgl. „Deliberation“, ein Begriff, auf den im Kapitel 3 eingegangen wird). Hier findet grundsätzliche Verständigung über gemeinsame Ziele statt und angebrachte Informationen werden verarbeitet. Das heisst, in diesem Demokratiemodell werden im Idealfall alle Bürger „vollständig und authentisch“ (Meyer 2001a, S. 21) über die wichtigen politischen Sachverhalte und Handlungsentscheide informiert und sie können bei den sie betreffenden Angelegenheit mitsprechen. In einem demokratischen Modell wie dem partizipatorischen gehört eine bestimmte „politische Kommunikationskultur“ in der Öffentlichkeit dazu (ebd. S. 23). Meyer fordert lediglich, dass diese „angemessen“ sein sollte (ebd.), d.h. „das Charakteristische jedes berichteten Einzelfalls auf ihre Weise sichtbar werden lassen“ (ebd., S. 24). Offen bleibt an dieser Stelle was Meyer unter Information, welche „authentisch“ ist, versteht sowie unter „angemessen“ im Zusammenhang mit „auf ihre Weise sichtbar werden (zu) lassen“. Der empirische Teil der vorliegenden Arbeit kann auf das Kriterium der Angemessenheit und die „Weise“ Antwort geben (s.u. Kapitel 6 und 7).

Was Sarcinelli als „Thematisierungskompetenz“ bezeichnet (Sarcinelli 1998, S. 295), die es für die mediale (und auch nicht-mediale) Politikvermittlung braucht, soll in der vorliegenden Arbeit konkretisiert werden. Im dritten Kapitel findet eine Auseinandersetzung mit der idealen Beschaffenheit von politischen Diskursen statt, um im Anschluss daran eine geeignete Form des medialen politischen Diskurses erarbeiten und präsentieren zu können (s.u. Kapitel 4 und 5). Doch zunächst soll abschliessend das schweizerische Parteiensystem hinsichtlich der Frage, was hier anders ist als im deutschen, betrachtet werden, um dann auf Chancen für und durch Politische in der Schweiz und Deutschland hinzuweisen.

Was ist am schweizerischen Parteiensystem anders?

Aufgrund des Systems der direkten Demokratie haben Wahlen eine geringere Bedeutung im Vergleich zu Abstimmungen, jedoch schreibt der Föderalismus der Schweiz den Kantonalparteien eine grosse Bedeutung zu (vgl. Papadopoulos 1991 n. Ladner 1999, S. 215). Die Funktionen der Parteien sind in der Schweiz und in Deutschland dieselben: Es braucht Mandatsträger, Interessen müssen aufgenommen und vernetzt und politisch umgesetzt werden. Doch wie auch in Deutschland werden in der Schweiz bereits seit Jahrzehnten die Parteien kritisiert und stecken laut Kritikern in der Krise (vgl. Ladner 1999, S. 214). In internationalen Vergleichs-

studien weist das schweizerische Parteiensystem eine grosse Vielzahl an Parteien (mehr als in Deutschland) vor und hohe Stabilität betreffend der Kräfteverteilung. 1995 konnten 16 Parteien in den Nationalrat gewählt werden (hier werden Splittergruppen mit den grossen Parteien zusammengerechnet). In den 26 Kantonen gibt es derzeit 180 Parteien (Splittergruppen extra gerechnet), die meist unabhängig arbeiten (vgl. Ladner 1999, S. 217). Das schweizerische Parteiensystem ist aufgrund der bereits geschilderten strukturellen und kulturellen Merkmale des politischen Systems stark segmentiert. Hier in Kürze die entscheidenden Merkmale:

1. Sprachliche und kulturelle Heterogenität
2. Dezentralisierung (Föderalismus und Autonomie der Gemeinden) und somit die grössere Bedeutung und Verschiedenartigkeit von Kantonsparteien
3. Das Proporzwahlverfahren ermöglicht zum einen das Entstehen neuer Parteien und zum anderen den Zugang kleinerer Parteien. Letzteres führt zum Ausbalancieren des Kräfteverhältnisses der Parteien.
4. Das System der direkten Demokratie fördert ebenfalls das Entstehen neuer Parteien und den Zugang kleinerer Parteien.

Doch nach Sartori (1976) zählt nicht die Anzahl Parteien in einem Land, sondern „entweder eine Stellung, die es ihr erlaubt, in eine *Regierungskoalition* aufgenommen zu werden, oder sie ist zumindest ausreichend stark, um bei Regierungsentscheiden eine *Veto-Position*, einnehmen zu können“ (Sartori 1976 zit. n. Ladner 1999, S. 218f, Kursivierung). Das heisst, die Parteien, die zählen, sind die vier Bundesratsparteien SPS, SVP, CVP, FDP sowie die kleinere Partei der Grünen und der Freiheitspartei (die Parteien werden im Kapitel 6.3.2.3 erläutert). In der direkten Demokratie haben auch die kleinen Parteien das Vetorecht und auf Kantons- und Gemeindeebene die Möglichkeit, einen Regierungssitz zu gewinnen. Trotz der grossen Vielzahl der Parteien verfügen diese über stabile Anteile an Wählerschaften und Sitzen. Hierfür wird das Konkordanzprinzip verantwortlich gemacht, welches die bereits erwähnte Zauberformel beinhaltet. Diese bewirkt jedoch auch die stetige und kartellartige Regierungsbeteiligung der grossen Parteien. Auf der Gemeindeebene herrscht ebenfalls die Zauberformel, welche dort die kleinen Parteien verankert.

Wie in anderen westeuropäischen Parteiensystemen geht auch in der Schweiz der Anteil an Personen, die sich mit einer Partei verbunden fühlen, zurück. Zu Beginn der 80er-Jahre waren es noch 50% der Stimmberechtigten, 1995 noch ein Drittel (vgl. z.B. Nabholz 1998 n. Ladner 1999, S. 244). Auch der von deutschen Autoren bemerkte Zustand, dass heute medienwirksame Politiker gefragt sind (s.o. Kapitel 2.3) trifft für die Schweiz zu. Die Parteien müssen

demnach nicht nur in der Schweiz folgende Ziele anstreben: „Professionelles Auftreten, hohe Sachkompetenz (politische Prozesse werden immer komplexer) und rasches Reagieren (weil die Medien sofort berichten müssen) sind ebenso wichtig wie die Sicherstellung eines festen Rückhalts in der Stimmbürgerschaft“ (Ladner 1998, S. 249). Weitere Forderungen bzw. Chancen für und durch das Politische werden im nächsten Kapitel erklärt.

2.4 Chancen für und durch das Politische

Es wurden bereits in Anlehnung an Sarcinelli (1998) und Bosshart (1996) Anforderungen an den Politiker und den Moderator erwähnt. Nun sollen diese erweitert werden und anstelle von Forderungen von Chancen die Rede sein. Es muss betont werden, dass die folgenden Punkte jeweils äusserst verschiedene Bereiche ansprechen. Wenn es unter dem ersten Stichwort um die visuelle Kompetenz der Zuschauer geht, so wird das Thema der Medienkompetenz angesprochen, welche in Schulprojekten vermittelt werden kann. Beim zweiten Stichwort geht es um die kommunikative Kompetenz, welche sich auf den Bereich der Familie und auch den Bereich der Arbeit bezieht. In beiden Bereichen können grundlegende Kompetenzen gelernt werden, die den Bürger für den medialen politischen Diskurs vorbereiten. Im dritten Abschnitt geht es um das, was vom Bereich der Medien gefordert werden kann. Im Anschluss daran, im vierten Abschnitt, wird geschildert, was sich am Bürgerverhalten im Bereich der Gesellschaft ändern könnte.

- ***Bereich der Schule: Neue Herausforderungen an visuelle Kompetenzen***

Nach Habermas weisen Mediendiskurse eine Spezialsprache und eigene Gesetze auf. Medien erzeugen Macht, welche diese dazu benutzen „Massenloyalität und Nachfrage“ (Habermas 1990, S. 45 zit. n. Meyer et al. 2000, S.121) zu erzeugen. Es entsteht eine virtuelle Öffentlichkeit, welche mit Scheinpolitik abgespeist wird. Aufgrund der Machtverhältnisse zwischen Medien und Politik werden komplexe politische Sachverhalte dem Publikum nicht adäquat vermittelt. Das Fernsehen erfordert eine neue Form der „visuellen Kompetenz“, um entsprechende visuelle Reize angemessen verarbeiten, einordnen und bewerten zu können (Meyer et al. 2000, S. 122). Das Stichwort „Medienkompetenz“ (z.B. Meyer 1994, S. 261) kann als Überbegriff für visuelle Kompetenz betrachtet werden. Medienpädagogik kann helfen diese zu entwickeln bzw. zu lernen, die Regeln der Medien zu durchschauen. Dies sollte eine Kulturtechnik wie Lesen und Schreiben werden (ebd.). Somit würde auch politische Urteilskraft

entstehen, indem der strategische Einfluss durchbrochen wird und die inszenierte Politik an ent-politisierender Macht verliert. Die wiederhergestellte politische Urteilskraft ermöglicht die Einmischung ins Politische, wenn es nötig ist, welche i.S. einer Bürgertugend in einer komplexen Demokratie unentbehrlich ist.

Münch spricht von der Wichtigkeit „medienspezifische Selbstdarstellungen und –inszenierungen zu erkennen, um den Bezug zur „Wirklichkeit“ nicht zu verlieren (ebd., S. 123). Die gegenwärtige Vermehrung, Beschleunigung und Verdichtung der Kommunikation benötigt Strategien zur Bewältigung der Wortinflation. Wie diese Bewältigungsstrategien genau aussehen, bleibt bei Münch offen. Genauer zum Begriff der „Medienkompetenz“ soll im Kapitel 7 (s.u.) diskutiert werden, wenn der Zusammenhang zur eigenen Untersuchung und deren Resultate hergestellt werden kann.

- ***Bereich der Familie und/oder des Arbeitsumfeldes***

Neben „visueller Kompetenz“ braucht es „kommunikative Kompetenz“, welche erlaubt, das Gehörte eben einzuordnen und zu bewerten. Der Begriff „kommunikative Kompetenz“ beinhaltet eine pädagogische Implikation. Bereits im schulischen und familiären Rahmen können und müssen wichtige Diskurs- und Entscheidungserfahrungen gemacht werden. Lempert (1988) spricht von sozialen Entwicklungsfaktoren, welche Diskurs- und Entscheidungserfahrung beinhalten. Durch „stabile emotionale Zuwendung und soziale Anerkennung, offene Konfrontation mit sozialen Problemen und Konflikten, Chance zur Teilnahme an Kommunikationsprozessen, Möglichkeiten der Mitwirkung an kooperativen Entscheidungen und Verantwortung für die Gestaltung des eigenen Lebens sowie für andere Personen“, d.h. in der Interaktion mit der Umwelt, entwickeln sich kognitive und soziomoralische Strukturen weiter (ebd., S. 29). Interaktion, Konstruktion (neuer Denkstrukturen), Reversibilität und Struktur stellen Stichwörter des strukturgenetischen Ansatzes dar, welcher auf Piaget (vgl. z.B. Piaget und Inhelder 1977) zurückgeht und von Kohlberg auf den Bereich der soziomoralischen Entwicklung erweitert worden ist (vgl. z.B. Kohlberg, Lewine und Hower 1997). Lempert geht davon aus, dass das Praktizieren der sozialen Entwicklungsfaktoren zur Entwicklung einer postkonventionellen Moral (Stufe 5 nach Kohlberg) führen kann. Postkonventionelle Denkstrukturen beinhalten die Möglichkeit der kritischen Betrachtung und Relativierung (vgl. Döbert und Nummer-Winkler 1975 n. Lempert 1988, S. 32f).

- ***Bereich der Medien***

Die Medien haben die Option, die Schaupolitik – das, was die Politik auf die Bühne stellt – zu umgehen und wieder die Logik der politischen Prozesse zu betrachten (vgl. z.B. Meyer 2001, S. 200). Die politischen Prozesse finden hinter der Kamera, weg vom Blickfeld der Medien, weiter statt. Die Medien können die Bühne der inszenierten Politik verlassen (vgl. auch Forderung von Bosshart 1996 an die Medienverantwortlichen, s.o. Kapitel 2.3.2.3).

Um neue Möglichkeiten der Präsentation von Politik zu schaffen, braucht es auch gesellschaftliche Steuerung der Medien (z.B. Jarren und Donges 2000 n. Meyer 2001a, S. 206). Es sollten viele, die von der Überschneidung der Systeme Politik und Medien betroffen sind, in den Diskurs miteinbezogen werden, um Qualitätsstandards, sowie Methoden der „professionellen Selbstkontrolle“ zu vereinbaren. Es braucht „Medienräte, die auf Analysen und Bewertungsmaterial unabhängiger Stiftungen zur Medienbeobachtung zurückgreifen“ (Meyer 2001a, S. 207f).

- ***Bereich der Gesellschaft: Aufforderung an die Bürger***

Es wurde bereits im Kapitel über die Entwicklung der Parteien- zur Mediendemokratie (s.o. Kapitel 2.3.2.4) erwähnt, dass in den Parteien immer weniger politische Diskussionen stattfinden. In diesem Zusammenhang schlägt Sarcinelli (1998) einige Handlungsmöglichkeiten vor, die von manchen Parteien umgesetzt werden (z.B. Mitgliedschaft zum Ausprobieren oder Einbezug von Experten, d.h. Nicht-Mitgliedern, um strittige Themen zu diskutieren). Habermas (1990) betont auch die Notwendigkeit von „Foren“, in denen die „Zivilgesellschaft“ als „alternative Öffentlichkeit“ funktioniert (Habermas 1990 n. Meyer 2001a). Hier könnten die Bürger politische Ziele aushandeln, in den Massenmedien, von denen sie meist übersehen werden, ihre Themen zum Thema machen und ihnen dabei „auch ein Mass an Informativität und Argumentativität bei der Behandlung dieser Themen nahe bringen“ (Meyer 2001a, S. 202). Die direkte Verständigung unter den nach „wahrheitsorientierter“ Diskussionskultur strebenden Bürgern, kann Einfluss auf die Kommunikationskultur der Medien nehmen (zumindest bei den Sendeformaten der öffentlich-rechtlichen Sender). Zudem entwickelt sich „soziale Bindeenergie“ was bedeutet, dass durch soziale Kooperation Solidarität entstehen kann. Wenn kein sozialer Austausch stattfindet (hier wird der Aspekt der Anschlusskommunikation erst einmal bei Seite gelassen), nimmt die Motivation zum sozialen Leben ab. Hier

geht es vor allem um den Fall des exzessiven Medienkonsums. Grundsätzlich kann sozialer und politischer Einsatz mit dem medialen Konsum vereinbart werden.

„Zivilgesellschaftliche Foren“ (ebd.) bieten die Möglichkeit der Anschlusskommunikation, der kritischen Auseinandersetzung und wirken entwicklungsfördernd betreffend politischer Urteilskraft und Meinungsbildung. Der politisch interessierte Bürger wählt Informations- und Unterhaltungsformate als Einstieg in ein Thema, um eine politische Meinung zu entwickeln, im Gegensatz zum politisch passiven oder desinteressierten Bürger, der es vorwiegend bei ausgewählten Unterhaltungsformaten belässt.

Es muss angemerkt werden, dass so, wie Meyer den Inhalt von zivilgesellschaftlichen Foren beschreibt – Menschen treffen sich, um politische Ziele auszuhandeln und ihre Themen zum Thema zu machen –, nicht so einfach ist. Zwar kann sich die Verständigung zwischen den Bürgern positiv auf ihren Zusammenhalt auswirken, jedoch ist damit weder Bedingung der Möglichkeit für das direkte Einmischen in das Politische gegeben, noch kann das Abhängigkeitsverhältnis zwischen der Politik und den Medien aufgebrochen werden. Das heisst, die inszenierte Politik und ihre Regeln bleiben wie sie sind.

2.5 Zusammenfassung

Im zweiten Kapitel werden Grundsteine für die Thematik der vorliegenden Arbeit gelegt. Erst wird beschrieben, wie politische TV-Diskussionssendungen beschaffen sind und welche Wichtigkeit ihnen zukommt. Diese Beschreibung beschränkt sich auf vier ausgewählte Sendungen der Schweiz und Deutschlands. Mit der anschliessenden Beleuchtung des Demokratiebegriffs soll eine Einführung in den weiten Bereich der Demokratietheorien geleistet werden. Auch hier liegt der Fokus auf den beiden erwähnten Ländern, deren Demokratie modellen. Es soll eine Grundlage für den empirischen Teil der Arbeit geschaffen werden.

Hier die wichtigen Aspekte: Das politische System der Schweiz zeichnet sich durch Präzidentialis mus aus, das deutsche durch Parlamentarismus. Die Schweiz steht für eine Konkordanzdemokratie, Deutschland für eine Mischform zwischen Konkurrenz- und Konkordanzdemokratie. Beide Demokratie modelle beinhalten Vor- und Nachteile: Durch zu viele Verhandlungsmöglichkeiten können beispielsweise gesetzliche Veränderungen blockiert werden, da diversen gesellschaftlichen Gruppen Mitspracherecht zukommt. Die Konkurrenzdemokratie ist hier für neue politische Impulse offener und beweglicher. Jedoch wird das Volk weniger in politische Verhandlungs- und Entscheidungsprozesse miteinbezogen. Es kann festgehalten werden: Die Schweiz und Deutschland verfügen über unterschiedliche demokratische Systeme, welche Politiker und Bürger auf verschiedene Weise in politische Prozesse miteinbezieht. Das unterschiedlich grosse Mass an Einbeziehung wird in der recherchierten Literatur nicht analysiert, genauso wenig die argumentativen Fähigkeiten der Deutschen im Vergleich zu Schweizer Politikern und Bürgern. Nachdem die Beziehung zwischen Politik und Medien erläutert worden ist, können nun Rückschlüsse auf die Qualität des medialen politischen Diskurses in der Schweiz und in Deutschland gemacht werden. Zwar beklagen Forscher der Schweiz und aus Deutschland die mangelhafte Argumentation in der medialen politischen Kommunikation, doch wird nicht genau gesagt, was unter Argumentation verstanden werden soll. Das leistet das vierte und fünfte Kapitel (s.u.). Zunächst geht es aber um die Kontrastierung des idealen, des gegenwärtigen, und des „realistischen“ (medialen) politischen Diskurses.

3 KONTRASTE: IDEALE, GEGENWÄRTIGE UND REALISTISCHE BESCHAFFENHEIT (MEDIALER) POLITISCHER DISKURSE

Nachdem nun politikwissenschaftliche und medienwissenschaftliche Arbeiten zusammengetragen und miteinander verbunden sind, findet nun eine Annäherung aus dem Gebiet der politischen Philosophie⁹, sowie die Übertragung einer Theorie der Erziehungswissenschaft auf das Thema der vorliegenden Arbeit statt. Ersteres betrifft Hannah Arendts Gedanken (1999¹¹) über Politik und Diskurs (i.S. einer idealen Beschaffenheit politischer Diskurse) und die Abhandlung der gegenwärtigen Transformation des Politischen, des Verfalls von Tugenden, Urteilskraft und Sprache nach Thomas Meyer (1994). Letzteres, das „realistische“ Modell aus der Erziehungswissenschaft beinhaltet das „Modell des runden Tisches“ von Fritz Oser (1998), welches deshalb herangezogen wird, da anhand dessen konkreter veranschaulicht werden kann, wie der (mediale) politische Diskurs beschaffen sein könnte. In diesem Modell werden ebenfalls philosophische Konstrukte wie z.B. Gerechtigkeit und Verantwortung fassbar. Auch, weil Meyer (neben anderen Autoren, s.o. Kapitel 2.3) die mediale politische Argumentation bemängelt und nicht aufzeigt, wie er denn beschaffen sein sollte, wird das „Rund-Tisch-Modell“ nicht nur herangezogen, sondern auch dessen Inhalt hinsichtlich umsetzbarer Aspekte abgewogen. Nach dem dies theoretisch durchdacht ist, wird klar, dass das Modell nicht die Voraussetzungen mitbringt, die es für die politische Fernsehdiskussion braucht: Streit, Widerspruch und nicht Einigung! Hannah Arendts Denken, welches auch kritisiert werden muss (vgl. nachfolgendes Kapitel) hält genau diese Ideale der öffentlichen verbalen Auseinandersetzung hoch. Ideale, die in der heutigen Zeit verloren gegangen sind und hier als Aufforderungen an den (medialen) politischen Diskurs gestellt werden können. Sicherlich kann nicht alles in der extremen Form, wie Arendt den politischen Diskurs sieht, umgesetzt werden. Nun soll ihre politische Philosophie genauer betrachtet werden und an entsprechenden Stellen kritische Fragen aufgeworfen werden.

⁹ Die „politische Philosophie“ (p. P.) versucht Ideen aus der Vergangenheit und Gegenwart zu identifizieren, welche für die heutige Politik von Bedeutung sind. „Hier wird die Ideengeschichte danach befragt, was eine „gute politische Ordnung“ ausmacht und wie die Ideen der Klassiker (insb. Aristoteles und Platon) für die Gegenwart fruchtbar gemacht werden können“ (Bellers 1999, S.196). Es werden „Wesen, Grund und Realisierungsformen des Politischen sowie dessen kategoriale Erschließungsweisen“ zum Gegenstand der Betrachtung gemacht (vgl. Nohlen 2001, S. 391). Die p. P. liefert der empirischen Politikwissenschaft wissenschaftstheoretische Analysen, und allg. betrachtet, unternimmt sie Reflexionen z.B. über Fragen der politischen Ordnung und wie diese in bestimmte Welt- und Selbstverständnisse eingebunden werden kann. Funktionen der p. P.: „Sie analysiert Begriffe, baut Begründungen auf, öffnet Perspektiven auf die Wirklichkeit des Politischen in der Spannweite zwischen Faktizität und Norm, artikuliert begründete Kritik“ (ebd.).

3.1 Hannah Arendt über Politik und Diskurs

„Es ist auffällig, dass das Denken Arendts im Augenblick in akademischen Kreisen geradezu eine Hochkonjunktur hat. Dies gilt in erster Linie für Europa und die Vereinigten Staaten (...). Die Aufmerksamkeit, die ihr Denken neuerdings findet, ist jedoch, so meine ich, kein bloss akademischer Zufall, sondern gründet auf einer Orientierungskrise, die Westen und Osten auf unterschiedliche Weise erfasst haben“ (Antonia Grunenberg, Lehrstuhlinhaberin des Arendt-Forschungszentrums der Universität Oldenburg, zit. nach Gleichauf 2000, S.148).

Hannah Arendt zeigt in ihrem Werk „Vita activa oder Vom tätigen Leben“ auf, was Politik sein soll. Ihr Hauptaugenmerk liegt auf dem antiken griechischen Denken über Politik – ein Denken über Politik, das nichts mit dem gemein hat, was heute in der Politik betrieben wird. Sie zeigt in ihrem Werk die Probleme der Politik der heutigen Zeit auf: Politik zeichnet sich eben nicht dadurch aus, dass etwas Notwendiges gemacht wird (z.B. Lösung des Problems der Abfallentsorgung), sondern durch die Tätigkeiten des Handelns und Redens bzw. des Überredens und Überzeugens unter gleich freien Bürgern (d.h. Bewohner der Polis im antiken Griechenland) in einem herrschaftsfreien Diskurs. So zählt ein heutzutage ritualisiertes Stimmverhalten bzw. wählen gehen nicht zum politischen Handeln im arendtschen Sinn (das Wählen wird im heutigen Alltagsgebrauch bereits als Bürgerpflicht verstanden), sondern stellt politisches Verhalten dar. Das heisst, institutionalisierte Entscheidungsprozesse haben mit Freiheitshandeln, gleichbedeutend mit politischem Handeln, nichts gemein, da es bei Ersterem um blosse Politik als notwendiges Übel geht. „*Handeln*“ (engl. action) wird von „*Verhalten*“ i.S.v. arbeiten (engl. work) und von der „*Aufgabe*“ Lebensnotwendigkeiten zu erledigen (engl. labour) unterschieden. Menschen haben aufgrund der Tatsache, dass sie geboren werden, die Möglichkeit Freiheit zu praktizieren bzw. im öffentlichen Raum über ihre und die gemeinsame Geschichte zu sprechen. In Bezug auf den Kontext der medialen Diskussionsendung betrachtet, könnten Politiker Freiheit i.S.v. Arendt praktizieren und versuchen sich gegenseitig zu überzeugen und überreden. Doch ist das wirklich möglich? Kann aufgrund der symbiotischen Beziehung zwischen den Medien und der Politik Freiheit überhaupt praktiziert werden? Ebenfalls muss die Dreiteilung des menschlichen Lebens in „Handeln“, „Verhalten“ und „Aufgabe“ hinterfragt werden, denn in der heutigen Zeit kann die Mehrheit der Menschen nicht mehr zwischen dem einen oder anderen wählen. Politiker und auch Menschen anderer Berufsgruppen müssen alle drei Spaten miteinander verbinden. Jemand, der einen Beruf ausübt, kann nicht einfach nur im arendtschen Sinn „handeln“. Die heutige Situation könnte auch

folgendermassen gedeutet werden: Eben, weil die meisten Menschen notwendige Aufgaben erledigen müssen – Geld verdienen, Nahrung beschaffen –, bleibt weniger Zeit für den öffentlichen Diskurs. Doch nun Näheres zu den Begriffen: „Aufgabe“ beinhaltet lebensnotwendige Dinge wie Nahrungs- und Kleiderbeschaffung. Arendt zählt das private Leben zum Bereich der „Aufgabe“. „Arbeit“ hingegen bzw. das Herstellen von nützlichen Gegenständen wird von der „Aufgabe“ unterschieden. Bei der „Arbeit“ wird der Natur Nützliches entnommen, bei der „Aufgabe“ findet eine Begegnung mit der Welt statt. Aufgrund der Mechanisierung haben „Aufgabe“ und „Herstellen“ ihre ursprüngliche Bedeutung verloren. Der private Bereich ist kleiner geworden und der öffentliche Bereich beinhaltet nicht mehr kreatives Herstellen und demnach auch nicht mehr den Handel mit Produkten, die der Mensch selbst hergestellt hat. Das eigentliche Denken findet im dritten Bereich der arendtschen Klassifikation statt, in der *vita activa* (Arendt 1999). Handeln macht uns zu Menschen, da durch Handeln das Individuelle in Erscheinung tritt. Sprechen steht ebenfalls für Handeln, d.h. durch Handeln macht der Mensch seine Individualität in der Welt bemerkbar. Da Handeln beim Individuellen beginnt, ist es charakteristisch für Unabhängigkeit: „Thus, the fullest expression of the human life is neither labour (which is pre-human) nor work, which is fundamentally a violent act (a violation of nature), but action; the means by which we encounter the other and disclose the self in the public space” (Conroy 2002, p. VI). Genauere Ausführungen diesbezüglich befinden sich im Kapitel 3.1.2 (s.u.).

Die *Voraussetzungen für Politik* bestehen im Nicht-Herrschen und Nicht-Gehorchen. Politik stellt einen ästhetischen Modus dar, ein expressives Handeln. Die Empörung stellt das politische Gefühl dar. Charles Taylor (1996) fragt sich, worüber sich Menschen heute noch empören. Die politische Philosophie von Arendt kann insofern aufzeigen, was Politik im Idealfall beinhalten sollte und allenfalls Hoffnung geben. „Arendt offers the hope for something more and better” (Conroy 2002, p. XII). Ihre Umsetzung ist heutzutage unmöglich, da der „Mut zum Politischen“, die grundlegenden politischen Gefühle der Empörung und entsprechende herrschaftsfreie politische Diskurse unter gleich freien Bürgern fehlen.

Es ist nicht so, dass die politisch aktiven Polis-Bürger über alles Bescheid wissen müssen. Die Philosophen haben die Verpflichtung zur Wahrheit; sie wissen mehr, können es aber nicht besser. In Arendts Werk „Vom Leben des Geistes“ wird der Philosoph beschrieben, der dem Denken, Wollen und Urteilen in der *vita contemplativa* verschrieben ist – aber auch der Einsamkeit.

Heute gibt es keine klare Aufteilung mehr zwischen dem aktiven Bürger und dem Philosophen. Liegt hier das Problem der heutigen Zeit, dass zu wenige Menschen die Denkarbeit über die Politik leisten und sich der Bürger, Philosoph von Beruf oder nicht, um Lebensnotwendigkeiten oder praktische Probleme kümmern muss, und sich nicht ganz dem politischen Diskurs widmen kann?

3.1.1 Akzente in Arendts „Vita activa“

Der Mensch, ein gesellschaftliches oder ein politisches Lebewesen

„Es gibt kein menschliches Leben, auch nicht das Leben eines Einsiedlers in der Wüste, das nicht, sofern es überhaupt etwas tut, in einer Welt lebt, die direkt oder indirekt von der Anwesenheit anderer Menschen zeugt“ (Arendt 1999, S. 33). In der abendländischen Antike verfügt jeder Bürger über ein privates und ein öffentliches Leben: Nur im öffentlichen Raum, innerhalb der Polis, ist Politik möglich. Polis steht im Grunde genommen für Reden. Wer redet, beweist, dass er keine sklavische Seele hat. Wenn Soziales mit Politischem vermischt wird, dann weiss man nicht mehr, was das Politische ist. Politik und Gesellschaft sind nicht das gleiche. Die Polis ist das Reich der Freiheit und Gleichheit; die Beherrschung der Lebensnotwendigkeiten (im Haushalt) stellt die Bedingung für Freiheit dar.

Die Polis und der Haushalt

Die Griechen haben strikt zwischen dem Bereich der Polis und des Haushalts getrennt. „Die Polis unterschied sich von dem Haushaltsbereich dadurch, dass es in ihr nur Gleiche gab, während die Haushaltsordnung auf Ungleichheit geradezu beruhte...Freisein hiess weder Herrschen noch Beherrschtwerden“ (ebd., S. 42). Das heisst, der Bürger, der in der Polis einen herrschaftsfreien Diskurs führt, kann zu Hause ein Despot sein. „Was die Bewohner der Polis betrifft, so existiert für sie das Leben innerhalb des Haushaltsbereichs lediglich um des „Gut-Lebens“ in der Polis willen“ (ebd., S. 47). Der Haushalt hat lediglich mit Lebenserhaltung zu tun (Nahrung, Fortpflanzung) und nichts mit „Intimität“ gemein, ein Begriff, den Jean-Jacque Rousseau geprägt hat. „Intimität“ wird erst mit dem Entstehen der Gesellschaft ein Thema. Die Gesellschaft, die ja ein Gleichsein fordert, also zum Konformismus führt, schränkt Intimität ein (vgl. Sennett 1983).

Das Entstehen der Gesellschaft

In der Entwicklung zur Neuzeit wird das Gesellschaftliche, i.S.v. Arendt, nicht mehr vom Politischen unterschieden; die Masse muss nun anders funktionieren. Da es nicht mehr wie im

17./18. Jahrhundert um das Überleben geht, kommt der Anspruch des Sozialen auf. Der Haushaltsbereich dehnt sich immer weiter aus und geht nun alle etwas an, d.h. die Mehrheit der Menschen muss sich u.a. um lebensnotwendige Dinge kümmern und kann ihre Zeit nicht damit verbringen andere von politischen Meinungen zu überzeugen oder zu überreden.

Die vorherige Kluft zu Zeiten der alten Griechen, zwischen dem Raum des Öffentlichen und dem des Privaten, wurde mit dem Beginn der Neuzeit durch die Gesellschaft gefüllt. Nun wird Mut zur politischen Kardinaltugend (vgl. auch Machiavelli, ein italienische Fürst im Mittelalter), denn im öffentliche Raum muss man um seine Position kämpfen.

Der öffentliche Raum: das Gemeinsame

Privates muss im Dunklen verborgen bleiben, da das Licht der Öffentlichkeit Phänomene wie z.B. Liebe unmöglich machen würde. „Wegen der ihr inhärenten Weltlosigkeit muten uns daher auch alle Versuche, die Welt durch Liebe zu ändern oder zu retten, als hoffnungslos verlogen an“ (Arendt 1999, S. 64). Der grosse öffentliche Raum wird zunehmend kleiner bzw. geht verloren, da in ihm kein Platz für die kleinen bezaubernden, irrelevanten Dinge ist. Es herrscht der moderne Zauber der „kleinen Dinge“ vor, wie z.B. der Anblick eines kleine Bauernhofs oder eines verlassenen Baums auf dem Feld. Eine verbindende Kraft ist verloren gegangen. „Dass Menschen sich in die Öffentlichkeit überhaupt wagten, ist durch lange Jahrhunderte, eigentlich bis zum Anbruch der Neuzeit, nur dem geschuldet gewesen, dass sie Eigenes oder ein Gemeinsames dauerhafter machen wollten als ihr irdisches Leben“ (ebd., S. 69). Im Politischen übersteigt der Mensch sich selbst; durch Taten und Worte kämpft er gegen die Vergänglichkeit an. Insofern besteht im antiken Griechenland ein Zusammenhang zwischen Weltlosigkeit, d.h. dem Gedanken sich unsterblich zu machen, und sich durch vortreffliches politisches Handeln in der Öffentlichkeit Ehre zu verschaffen. Es ist jedoch heute keinesfalls so, dass Menschen ihren Namen nicht verewigen möchten und, dass sich manche Politiker und Bürger nicht Ruhm und Ehre durch öffentliches Handeln verschaffen möchten. Dieser Grundzug kann Menschen, heute wie im antiken Griechenland, zugeschrieben werden. Was sicherlich geändert hat, sind die Bedingungen hierfür. Kann sich ein Politiker heute der Abhängigkeit von den Medien, der Notwendigkeit der effektvollen Unterhaltung, um möglichst hohe Einschaltquoten zu erzielen, entziehen?

Das Private und das Gesellschaftliche

„Der private Charakter des Privaten liegt in der Abwesenheit von anderen; was diese anderen betrifft, so tritt der Privatmensch nicht in Erscheinung und es ist, als gäbe es ihn gar nicht. Was er tut oder lässt, bleibt ohne Bedeutung, hat keine Folgen, und was ihn angeht, geht niemanden sonst an...“ (Arendt 1999, S. 73) (...) „Der Unterschied zwischen dem privaten und dem öffentlichen Bereich läuft letztlich auf einen Unterschied zwischen Dingen, die für die Öffentlichkeit, und denen, die für die Verborgenheit bestimmt sind, hinaus“ (ebd., S. 88).

„...die moderne Entdeckung der Intimität (erscheint) wie eine Flucht vor der Gesellschaft, die sich der gesamten äusseren Welt bemächtigt hat, in die Subjektivität eines Inneren, in der allein man nun bergen und verbergen kann“ (ebd., S. 84). Wenn im Folgenden die Begriffe „Handeln“ und „Sprechen“ vertieft werden, wird verdeutlicht was versäumt werden kann, wenn Menschen sich vor anderen verbergen: Es werden keine Schranken gesprengt und somit kann sich im öffentlichen Raum nichts verändern. Dieses Bild, welches hier vom Menschen, der nicht „handeln“ und nicht „spricht“, skizziert wird, muss als eine polarisierte Schilderung betrachtet werden, da diese nicht für alle Menschen zutrifft.

3.1.2 Vertiefung zum Handeln und Sprechen im öffentlichen Raum

Das Reden bezeichnet Arendt als Natalität, d.h. wir fangen klein an und zeigen im Reden, dass wir geburtliche Wesen sind – nicht nur sterbliche. Das politische Handeln vollzieht sich durch das Sprechen. Stumm ist nur Gewalt – Gewalt ist prä-politisch.

Die Begriffe „Handeln“ und „Sprechen“

„Das Faktum menschlicher Pluralität, die grundsätzliche Bedingung des Handelns wie des Sprechens, manifestiert sich auf zweierlei Art, als Gleichheit und als Verschiedenheit. Ohne Gleichartigkeit gäbe es keine Verständigung unter Lebenden“ (ebd., S. 213). Sprechen und Handeln stellen Tätigkeiten dar, in denen Menschen ihre Einzigartigkeit und Individualität zeigen können; zugleich sind Menschen durch diese beiden Tätigkeiten Teil der Gemeinschaft. Handeln und Sprechen benötigen die Mitwelt, an die sie gerichtet sind. Dadurch entsteht ein Bezugsgewebe zwischen den Menschen, welches unbegrenztes Agieren und Reagieren ermöglicht. „Schrankenlosigkeit erwächst aus der dem Handeln eigentümlichen Fähigkeit, Beziehungen zu stiften, und damit aus der ihm inhärenten Tendenz, vorgegebene Schranken zu sprengen und Grenzen zu überschreiten“ (ebd., S. 238).

Menschen sind nicht nur sterbliche, sondern auch geburtliche Wesen und können aufgrund ihrer Fähigkeit zu handeln einen Neuanfang initiieren. Nach Arendt bedeutet Handeln im Grunde genommen, etwas Neues anfangen (vgl. Arendt 1999, S. 215). Handeln bedeutet Freiheitspraxis, welche die Voraussetzung einer politischen Kultur darstellt. Genauer gesagt, stellen das Handeln und das Sprechen prä-politische Bedingungen dar: „Dass die Spanne menschlichen Lebens zwischen Geburt und Tod sich zu einer erzählbaren Geschichte formiert mit Anfang und Ende, ist die vorpolitische und prähistorische Bedingung dessen, dass es überhaupt so etwas wie Geschichte im Dasein der Menschheit gibt“ (ebd., S. 227).

Da Menschen niemals alle Folgen ihrer Handlungen vorhersehen können, stellt das Handeln und somit die Initiative ergreifen einen Neuanfang dar, d.h. im Neuanfang nimmt sich der Mensch die Freiheit etwas zu wagen, ohne die Konsequenzen zu kennen.

Nicht alles Sprechen ist Handeln, sondern nur, wenn es die Freiheitspraxis betrifft. Das Sprechen gibt mehr Aufschluss darüber, wer jemand ist; Handeln ohne Reden kann oftmals unverständlich sein: „Erst durch das gesprochene Wort fügt sich die Tat in einen Bedeutungszusammenhang, wobei aber die Funktion des Sprechens nicht etwa die ist, zu erklären, was getan wurde, sondern das Wort vielmehr den Täter identifiziert und verkündet, dass er es ist, der handelt, nämlich jemand, der sich auf andere Taten und Entschlüsse berufen kann und sagen, was er weiterhin zu tun beabsichtigt“ (ebd., S. 218). Handeln und Sprechen haben also Offenbarungscharakter, wenn Menschen „auf die Bühne der Welt treten“ (ebd., S. 219), aber nur, wenn sie miteinander reden, nicht gegeneinander sprechen und agieren. Arendts Bezeichnung „auf die Bühne der Welt treten“ weist darauf hin, dass Menschen Mut benötigen, um zu handeln und zu sprechen, um die Initiative zu ergreifen, sich auf eine Art und Weise in die Welt einzumischen, 'die eigene Geschichte zu beginnen'. Arendt ist der Überzeugung, dass die Bewohner der Polis im antiken Griechenland eine „Bühne der Welt“ erschaffen haben, in der sie auftreten konnten (nicht aber abtreten) und somit einen öffentlichen Bereich des Miteinanders geschaffen haben. „Die Polis war die Antwort auf Erfahrungen, die vor ihrer Entstehung gemacht worden waren, und sie beruht von Anfang bis Ende auf der Grundüberzeugung, dass menschliches Zusammenleben nur darum und in dem Masse sinnvoll ist, als es in einem 'Teilnehmen und Mitteilen von Worten und Taten' besteht“ (ebd., S. 247). Der Polis fielen demnach zwei Aufgaben zu: Erstens musste sie die Möglichkeit geben, dass Männer sich unsterblichen Ruhm verschaffen konnten, d.h., wozu sie Haus und Hof verliessen, um ausserordentliche Taten zu vollbringen. Zweitens musste die Polis dafür sorgen, dass diese Taten nicht in Vergessenheit gerieten.

Die Polis ist also nicht nur ein Stadt-Staat gewesen, sondern vielmehr eine organisierte Struktur für das Miteinanderhandeln und -sprechen. Das bedeutet aber nicht, dass überall da, wo Menschen zusammen kommen, ein öffentlicher politischer Raum für Handeln und Sprechen gegeben ist, nur weil Menschen diese Fähigkeiten besitzen. Hier liegt der Kern von *Arendts Kritik an der Moderne*: Flucht zum Selbst, Flucht vor der Welt, Weltlosigkeit sind Stichwörter, mit denen sie u.a. die Moderne umschreibt. Die Menschen haben die Fähigkeit zu reden verloren; damit geht ein Verlust an Freiheit und Selbstthematisierung einher. Sie haben immer weniger Möglichkeiten zu handeln und als Teil einer Masse lediglich die Möglichkeit sich angemessen im Bereich der Arbeit, des Herstellens, zu verhalten. Die politischen Räume sind kleiner geworden im Vergleich zur Polis. „The loss of public space, as a place to act, creates both political isolation and social loneliness” (Conroy 2002, p. VII).

Arendt kritisiert die moderne Psychologie, die im Grunde genommen aufzeigen möchte, dass Menschen im Inneren gleich sind; Menschen können aber nur frei sein, weil es den anderen gibt, der anders ist. Die Skepsis gegenüber der Psychologie charakterisiert die arendtsche Philosophie. „Die Vielfalt in der Welt der Erscheinungen, die sich funktional nicht erklären lässt, ist eine der Ingredienzien der Weltlichkeit. Eine Vielfalt *nota bene*, welche psychologisch oder auch sonst wissenschaftlich nicht erfassbar ist. ‘Die Ergebnisse der modernen Psychologie’, so Arendt, ‘sind höchst monoton und durchweg abstossend und stehen in einem offensichtlichen Gegensatz zu der ungeheueren Vielfalt und dem Reichtum des wahrnehmbaren menschlichen Verhaltens; sie bezeugen damit den radikalen Unterschied zwischen dem Inneren und dem Äusseren des menschlichen Körpers’ (Arendt 1998, S. 44f), ‘denn wäre der innere seelische Untergrund unserer individuellen Erscheinung nicht immer der gleiche, so könnte es keine Psychologie geben, die ja als Wissenschaft voraussetzt, dass wir seelisch ‘innen alle gleich sind’“ (ebd., zit. n. Reichenbach 2001b, S. 206f).

Es gilt anscheinend (i.S. von Arendt) die Herausforderung der Zeit, das Lernen des Anderssein zu akzeptieren, den Mut aufzubringen in den öffentlichen Raum des Politischen zu treten und den Diskurs mit anderen zu suchen, denn nur im öffentlichen Raum findet politisches Handeln statt, das ist Weltlichkeit.

Der folgende Abschnitt zeigt konkreter auf, was Arendts politische Philosophie mit meiner Arbeit zu tun hat. Es geht darum ihren agonistischen Begriff von Öffentlichkeit präziser zu

erläutern bzw. das zentrale diskursive Element des arendtschen Öffentlichkeitsbegriffs zu erläutern.

Arendts Verständnis von Diskursivität

Öffentlichkeit steht für einen Ort, an dem Diskurse abgehalten werden, hier soll überzeugt, überredet und für die eigenen Meinung gekämpft werden, mit dem Ziel der diskursiven Macht. Der Raum des Politischen (i. S. der Polis) kann überall in Erscheinung treten „...in ihm kommt zum Ausdruck, dass Handeln und Sprechen ein räumliches Zwischen etablieren, das an keinen heimatlichen Boden gebunden ist und sich überall in der bewohnten Welt neu ansiedeln kann. Dieses räumliche Zwischen ist der Erscheinungsraum im weitesten Sinn, der Raum, der dadurch entsteht, dass Menschen voreinander erscheinen, und in dem sie nicht nur vorhanden sind wie andere belebten oder leblosen Dinge, sondern ausdrücklich in Erscheinung treten“ (Arendt 1999, S. 250). In anderen Worten ausgedrückt, bedeutet das 'Öffentliche' Diskursivität unter politisch Handelnden; daraus entsteht Weltlichkeit, ein Zwischen-den-Menschen, die in der Öffentlichkeit stehen. Diskursivität bewahrt vor der „weltlosen Gedankenlosigkeit einzelner“ (Reichenbach 2001b, S. 205). Der Bezug zur Welt und zur Realität konstituiert sich durch das Gesehenwerden und Gehörtwerden. „Diskurse stören die Gedankenlosigkeit – und sie zerstören die Gewissheiten“ (ebd., S. 210). Durch Gedankenlosigkeit kann das Schlechte entstehen. Der Geist ist im Grunde diskursiv „und wird durch den Diskurs geweckt“ (ebd.). Der Diskurs steht für Handeln. Doch das Denken selbst sagt nichts darüber, was gut ist, denn es löst bestehende Werte und Verhaltensregeln auf. „(D)iese Hebammenkunst hilft nicht in erster Linie das Gute zu gebären, sondern vielmehr von den falschen Meinungen zu entbinden, es handelt sich um eine Ausräumkunst“; dieser Akt der Befreiung von Vorurteilen und festgefahrenen Meinung hat Einfluss auf die Entwicklung der Urteilskraft, welche Arendt „das politischste der geistigen Vermögen des Menschen“ nennt (Arendt 1998, 191 zit. n. Reichenbach 2001b, S. 211).

Arendt teilt mit Immanuel Kant die Überzeugung, dass die Befreiung von Vorurteilen und Autoritäten einem reinigenden Prozess gleichkommt. In der „Höhle der Meinungen“ (Arendt 1998, S. 47 zit. n. ebd.) gibt es zwar Wärme, Sicherheit und Geborgenheit, jedoch beinhaltet diese Höhle kein Entwicklungspotential. „Für Hannah Arendt waren Zwischenräume entscheidend: Der politische Raum als ein Zwischen unter den Menschen insgesamt oder dem Denkraum als ein gewissermassen inneres Zwischen. Diese Bereiche sind nicht zu kalkulieren, sondern immer wieder für überraschende Entwicklungen offen“ (Gleitsch 2000, S. 146).

Doch ist es denn wirklich so, dass Menschen heute nicht im arendtschen Sinn „handeln“? Wenn im Spezifischen politische TV-Diskussionssendung betrachtet werden, so fällt die mangelhafte Qualität der Argumentation auf. Jedoch findet sicherlich eine Auseinandersetzung statt, bei der zumindest versucht wird, Argumente für die eigene Position anzubringen. Es kann angenommen werden, dass Politiker v.a. zum TV-Publikum sprechen und nicht ihren Gegenüber. Das heisst, Öffentlichkeit ist heute immer noch vorhanden, doch findet keine Auseinandersetzung auf der Ebene des Überzeugens und Überredes statt. Doch ist denn das der Sinn von politischen TV-Diskussionssendungen? Gilt es hier nicht, Gegensätze aufzuzeigen? Wäre die Forderung, dass hier Prozesse des Überredens und des Überzeugens stattfinden, nicht zu hoch gegriffen? Im Folgenden, mehr kritische Betrachtung.

3.1.3 Kritik und Übertragung auf die heutige Zeit

Moral und Politik – eine strikte Trennung?

Arendt trennt strikt zwischen Moral und Politik bzw. stellt diese beiden Bereiche einander radikal gegenüber: Politik steht für Freiheitspraxis und darf deshalb nicht durch Moralisierungen i.S. von Massstäben und Regeln eingeschränkt werden. Moral verunmöglicht das Politische und das Politische ist nicht dazu bestimmt soziale, moralische oder wirtschaftliche Probleme zu lösen (vgl. Reichenbach 2001b, S. 208). Im „Feld des Politischen kann sich Moral auf nichts anderes berufen als die Fähigkeit zum Versprechen und auf nichts anderes stützen als den guten Willen, den Risiken und Gefahren, denen Menschen als handelnde Wesen unabdingbar ausgesetzt sind, mit der Bereitschaft zu begegnen, zu vergeben und sich vergeben zu lassen, zu Versprechen und Versprechen zu halten. Dies sind die einzigen Moralvorschriften, die an das Handeln nicht Massstäbe und Regeln herantragen“ (Arendt 1999, S. 314).

Der Gleichheitsbegriff, den Arendt verwendet, wird heute im Zusammenhang mit „Gerechtigkeit“, also moralisch diskutiert. Sie hat zwischen Moral und Politik strikt getrennt, bzw. moralische Fragen nicht in den Zusammenhang mit politischem Handeln gestellt. Dies erscheint fragwürdig, da komplexes bzw. differenziertes politisches Denken moralisches Denken mit einschliessen sollte. Dieser Meinung ist nicht nur Meyer, der Gerechtigkeitssinn als politische Tugend ansieht (Meyer 1994, S. 61ff), auch Probeinterviews über politische Dilemmata im Rahmen des Forschungsprojekts *Zur Entwicklung der politischen Kognition* (Nationalfonds-Projekt unter der Leitung von Prof. Dr. Dr. h.c. Oser, Departement Erziehungswissenschaften der Universität Freiburg, Schweiz, unveröffentlichte Interviews und Auswertung), bestätigen diese These.

Ausgrenzender und widersprüchlicher Politikbegriff

Im alten Griechenland haben 40 000 Bürger (von 300 000 GriechInnen und SklavInnen) Politik betrieben. Ausgeschlossen waren Sklaven und Frauen, was Arendt nicht kritisiert. Ihr Anliegen ist es Begriffe verständlich zu machen – Macht, Gewalt, Politik – oder z.B. aufzuzeigen, wie die griechische Sklaverei funktioniert hat, nicht aber diese zu kritisieren. Auch die Tatsache, dass es sich bei der Polis um einen egalitären Staat gehandelt hat, der von „macho-iden“ Männern geleitet wurde (eben die 40 000 Bürger), lässt sie unkommentiert stehen. Dies hat Kritik eingebracht. Ein Widerspruch besteht in der Tatsache, dass die Polis-Bürger Freiheit praktizieren konnten, weil unfreie Nicht-Bürger – Frauen und Sklaven – für sie gearbeitet bzw. dies ermöglicht haben. Diejenigen, welche als Voraussetzung für Politik in der Polis zu verstehen sind, konnten nicht Teil der Politik sein. Jeder, der arbeiten musste (Sklaven, Tagelöhner etc.), war ausgeschlossen, hat jedoch dafür gesorgt, dass die politische Idee funktioniert. „Das Politische lebt von der Trennung zwischen Politik und Leben“ (Meyer 1994, S. 27). Die Polis war unabhängig, das Politische nicht. Gewalt und Leben sind bei Arendt nicht Teil von Politik. Arendts Politikbegriff kann als unzureichend betrachtet werden, wenn Kants Philosophie über die Vermittlung von Freiheit und Zwang eingebracht wird, die besagt, dass Freiheit nur immer wieder dann neu entstehen kann, wenn sie aufgrund von Zwang und mittels Zwang dadurch genötigt ist, sich zu befreien (vgl. ebd., S. 28). Nach Meyer ist in heutigen modernen Demokratien Politik als Freiheitspraxis nicht möglich, da das Notwendige (labour) nicht vom Politischen (action) getrennt werden kann. Der Massstab von Arendts Politikbegriff ist zu hoch. Das Politische ist in sämtlichen Gesellschaften gegenwärtig und stellt ein Netz aus Beziehungen und Spannungen dar (vgl. ebd., S. 30). Heute haben die Bürger nicht mehr das Gefühl Urheber von Politik zu sein und Politik ist keine Freiheitspraxis mehr. Es fehlt das Gefühl, sich für die Gemeinschaft einzusetzen, d.h. damit etwas bewirken zu können. So nimmt die Wichtigkeit von Politik ab. Doch sollte der Politikbegriff bei Arendt nicht so eng verstanden werden. Arendts strikte Trennung zwischen Politik und Lebenswelt kann als Zuspitzung verstanden werden. Die Erfolge der heutigen Politik sichern das Leben des Bürgers so ab, dass er sich nicht mehr für das Gemeinwohl einzusetzen braucht und sich auf die Vermehrung seiner Güter konzentrieren kann. Die Gesellschaft wird als unpolitisch bezeichnet, da es in ihr um Bedürfnisbefriedigung geht. Die zugespitzte Formulierung von Arendt verdeutlicht im Grunde genommen, dass das Politische idealistische Hingabe für das Gemeinsame braucht, damit es als Freiheitspraxis verstanden werden kann. Zudem kämpft sie gegen das Vorurteil, welches gegenüber der Politik herrscht, dass diese lediglich für die rechtlichen und staatlichen Leistungen zuständig ist und der einzelne Bürger seinen eigenen Interessen

nachgehen kann. Bei Jürgen Habermas kann die Lebenswelt auch Raum für Freiheitspraxis sein, jedoch nur in einem vorpolitischen Sinn. Nach Habermas gehören Kultur, Persönlichkeit und Gesellschaft zur Lebenswelt. Politik steht für den Akt der Gesetzgebung, was Meyer als eingeengte Sichtweise befindet (vgl. ebd., S. 214f). Für ihn sind bereits Vereinbarung zwischen Lehrer, Eltern und Schülern politisch, wenn diese ihr Handeln koordinieren. Das Politische findet nicht nur in der „grosse(n) Arena (statt), die auf die Gesetzgebung bezogene Kommunikation und Entscheidung“ (ebd., S. 215). Meyer sieht bei Arendt und Habermas eine Verkürzung des Politischen: Erst wenn der Bürger aus seiner Lebenswelt austritt und in die „staatliche Willensbildung“ eintritt, nimmt er Teil am politischen Leben (ebd., S. 216). Wenn Handlungen im gesellschaftlichen System strategisch sind, so sind sie unpolitisch. Strategisch sind Handlungen dann, wenn keine verständigungsorientierte Praxis stattfindet, sondern bestehende Regeln angewendet werden. Verständigungsorientierte Praxis bedeutet, dass sich alle an der Diskussion Beteiligten durch Übereinstimmung auf Regeln geeinigt haben. Meyer dagegen vertritt die Meinung, „Leben und Politik müssen als Handlungsfelder keine getrennten Welten sein (ebd., S. 218). Je nach individueller Vorstellung kann auch in der Lebenswelt Förderung des Gemeinwohls stattfinden.

Kritische Würdigung

Trotz einiger plakativer Aussagen von Arendt soll hier nicht auf die zahlreichen negativ behafteten kritischen Reaktionen eingegangen werden, denn die politische Philosophie von Arendt dient als Hintergrundmodell für den idealen Zustand des politischen Diskurses. Conroy (2002) bezeichnet Arendts Werk „Vita activa oder Vom tätigen Leben“ als überzeugendes Gefäß, in dem sie den Ort für Deliberation in Richtung des guten Lebens und gleichzeitig für politische Reflexion getrennt von dem Ort betrachtet, an dem ursprünglich Deliberation über physisches und materielles Überleben und Wohlbefinden stattgefunden hat (vgl. ebd., p. X, sinngemässe Übersetzung N.B.). Der Begriff der „Deliberation“ wird an früherer Stelle erläutert (s.o. Kapitel 2.2.1).

Arendt als zu pessimistisch zu bewerten, lässt ausser Acht, dass sie mit ihrem Werk Hoffnung aufkommen lässt. Das Handeln in der Welt ist an sich ein politisches Handeln, welches den Menschen rettet (s.u. Thomas Meyer 1994 über die Krise des Politischen). Zudem erscheint sowohl die Möglichkeit des Raums für persönliche Identität wie auch für den öffentlichen Bereich.

Arendts politische Philosophie dient derjenigen von Thomas Meyer als Grundlage zur „Erinnerung an die Massstäbe“ von Politik (ebd., S. 17). „Ihr Begriff des Politischen erhebt den Anspruch geschichtsübergreifender Geltung, aber nicht bloss als erinnernde Beschwörung eines ‘Glücksfalls’, sondern als Aufgabe“ (ebd., S. 23). Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass im antiken Griechenland (i.S. von Aristoteles) der Mensch als politisches Wesen betrachtet wird und die Griechen in dem Sinne einen „Glücksfall“ erlebten, als die Praxis des Politischen begann: Politik als Freiheitspraxis; Gewalt und Zwang als unpolitische Elemente. Als politisch gilt die Verständigung unter vielen, welche zu einer Entscheidung führt; der Beschluss an sich ist nicht politisch. Macht steht für öffentliche Kraft und nicht für Herrschaft. Nach Meyer haftet dem arendtschen Begriff von Politik „eine fatale Dynamik des Verschwindens“ an (ebd., S. 27). Der Bestand ist nicht gesichert, da sich Politik in zwangloser Verständigung erschöpft und Verständigungsversuche aber auch scheitern können. Das Politische wäre nur zu sichern, wenn Zwang zur Verständigung besteht und auch umsetzbar wäre. Das Politische schliesst jedoch Notwendigkeiten, nicht nur Freiheitspraxis, sondern Leistungen für das Leben mit ein. „Ein Begriff des Politischen bei den Griechen war voraussetzungsreich, doch keineswegs so beschaffen, dass er nichts anderes mehr sein könnte als der historische Eigenname für ihre öffentliche Praxis“ (ebd., S. 29).

Nach Christian Meier (1989) ist die Vorstellung von Politik, wie sie die alten Griechen hatten ein Sonderfall, der zwar vorbildlich, aber unwiederholbar ist (Meier 1989, S. 17 n. Meyer 1994, S. 29). Meier fasst die Politik der Griechen auf vier zentrale Elemente zusammen, welche zueinander in einem rückverstärkenden Wechselwirkungsverhältnis stehen (Meyer kritisiert an Arendt, dass bei ihr diese Übersichtlichkeit fehlt): 1. Handlung, 2. Motivation, 3. Beteiligung und 4. Wirkung. Politik spielt eine grosse Rolle im Leben des Bürgers und bewirkt deshalb hohe Motivation, Beteiligung (Handlung) und Wirkung politische Probleme zu lösen.

Thomas Meyer (1994) spricht im Zusammenhang mit Politik in der heutigen Zeit von der Krise des Politischen. Er stellt sich die Frage, ob dies am Zerfall der Bürgertugenden liegt, der Preisgabe des Gestaltungsraums oder an der Verstellungskunst (ebd., S. 31). Diese drei Faktoren werden im folgenden Kapitel skizziert.

Wie schlecht steht es tatsächlich um die Politik? Nach Meinung von Sarcinelli (1998, S. 14) muss zwischen der Politik innerhalb und ausserhalb der Medien unterschieden werden. Demnach gibt es zwei politische Wirklichkeiten: Eine Politikvermittlung nach aussen und eine Routine- und Entscheidungspolitik. Wenn Sarcinelli betont, dass die politische Praxis „auf ein

hohes Mass an Konsens und Verhandlung angewiesen ist“ (ebd.), dann wird deutlich, dass sich in den Medien betreffend Politikvermittlung eine spezifische „Krise des Politischen“ (Meyer 1994) abzeichnet, wenn hier nachweislich Selbstinteresse und Wettbewerb zählen. Die spezifische Thematik der Politikvermittlung durch die Medien kann im Kapitel 2 (s.o.) nachgelesen werden. Im Folgenden sollen einige wichtige theoretische politische Grundlagen, die für die vorliegende Arbeit relevant sind, erläutert werden. Dazu gehört, den Politikbegriff genauer zu betrachten, um Arendts und Meyers Ausführungen einordnen zu können.

3.2 Eine Zustandsbeschreibung des Politischen mit besonderer Konzentration auf den (medialen) Diskurs

3.2.1 Definierung des Politischen

Bisher wird im Kapitel 2.3.3.1 (s.o.) darauf hingewiesen, dass Politik hinsichtlich der Dimensionen polity, politics und policy unterschieden werden kann. Politikwissenschaftler nehmen jedoch weitere Einteilungen vor¹⁰. Von Alemann ist der Meinung, „dass (...) bis heute keineswegs wachsende Einigkeit über den Begriff von Politik (...) herrscht (Von Alemann 1994 n. Kriz et al. 1994, S. 297f). „In Anbetracht der Unmöglichkeit von Letztbegründungen und der Pluralität von Wert- und Ordnungsvorstellungen wird (...) die Einigung auf einen Politikbegriff kaum erreichbar sein (...)“ (Nohlen et al. 1998, S. 498).

Ausgehend von der Antike unterscheidet Sternberger *drei Wurzeln der Politik*: Erstens, den normativen, aristotelischen Politikbegriff, der auf die Gesellschaft der guten Ordnung abzielt (Politologik). Zweitens, den Politikbegriff des machiavellistischen Machtstaats (Dämonologik) und drittens, den eschatologischen Politikbegriff, der von der Vorstellung der „grossen Veränderung“ und des „letzten Konflikts“ bestimmt ist (Politik macht sich selbst überflüssig; vgl. marxistischer Politikbegriff; Sternberger 1984 zit. n. Nohlen 1998 et al., S. 488). Nach Sternberger stellt der liberal-demokratische Verfassungsstaat (zur Bestimmung des Begriffs „Demokratie“ s.o. Kapitel 2.2.1) das neuzeitliche Pendant des aristotelischen Politikverständnisses dar. Anders als in der Antike bleibt in der Moderne offen bzw. strittig, was unter Politik

¹⁰ Die folgende Definition von „Politikwissenschaft“ beinhaltet die drei thematisierten Dimensionen: „(Politikwissenschaft als eine Disziplin der Sozialwissenschaft) befasst sich mit dem Zusammenleben der Menschen als Bürger, mit der Frage, wie dieses Zusammenleben unter institutionellen (polity), prozeduralen (politics) und sachlich-materiellen Gesichtspunkten (policy) normativ allgemeinverbindlich geregelt werden soll und empirisch geregelt ist“ (Nohlen 2001, S. 385). Gegenstand der Analyse sind 1. politische Theorie, 2. politische Systeme und 3. internationale inkl. aussenpolitischer Beziehungen.

konkret verstanden werden kann, was im öffentlichen Interesse liegt und was allgemeinverbindlich von wem und wie zu unterscheiden ist. Das liegt daran, dass die Gegenstandsbereiche und die Reichweite des Politischen von Raum, Zeit und Kultur abhängig sind. Zudem variiert die Form des Politischen: Es bestehen Institutionen und Normen (polity), Prozesse (politics) und Inhalte (policy) der Politik. Aus diesem Grund dessen besteht eine Vielzahl alltäglicher wie wissenschaftlicher Politikbegriffe und verschiedenartigste Klassifikationsmöglichkeiten mit zahlreichen Überschneidungen. Kriz et al. (1994, S. 298ff) ordnen bestehende Politikbegriffe nach *drei Gegensatzpaaren*:

1. Gouvernamentale versus emanzipatorische Politik

Hier stehen sich Begriffe wie Macht, Führung, Herrschaft und Hierarchie, die für den gouvernementalen Politikbegriff stehen, den Konzepten des emanzipatorischen Politikbegriffs – Machtbeschränkung i.S. von Teilhabe, Partizipation, Gleichheit und Demokratisierung – gegenüber.

2. Normative versus deskriptive Politik

Normative Politikwissenschaft befasst sich mit Gedanken darüber, wie z.B. eine „rechte Ordnung“ zu funktionieren hat; im Gegensatz dazu kritisieren deskriptive Politikwissenschaftler die Vorgabe eines Soll-Zustands.

3. Konfliktorientierte versus konsensbezogene Politik

Konfliktorientierte Theorien (z.B. sozialwissenschaftliche nach Dahrendorf) sehen im Konflikt ein Basiselement der Politik, ohne das Wandel nicht möglich wäre. Im Gegensatz dazu stehen ältere Lehren, welche nur anhand des Konsenses das Gemeinwohl als anstrebbar erachten. In der heutigen pluralistischen Gesellschaft sind in einer Demokratie, die von Parteien und Interessen geprägt ist, Spielregeln vorhanden, welche für die friedliche Austragung von Konflikten zwischen sozialen Gruppen sorgen.

Kriz et al. (ebd., S. 300) berufen sich auf eine Befragung von deutschen Politologen, zum Thema, „Was verstehen Sie unter Politik?“. Konflikt und Interesse werden am häufigsten genannt; an zweiter Stelle stehen Macht und Konsens. Nach Aleman stellen diese vier Begriffe Schlüsselbegriffe zur Analyse des politischen Feldes dar; sie lassen sich aufeinander beziehen und stehen in Wechselwirkung zueinander. Seiner Meinung nach fehlt der Begriff der Öffentlichkeit, welcher schon im antiken Griechenland eine wichtige Rolle spielte (s.o. Kapitel 3.1 Hannah Arendt über Politik und Diskurs). Die Definition „Politik ist öffentlicher Konflikt von Interessen unter den Bedingungen von Macht und Konsensbedarf“ hebt die zentralen Elementen-

te eines überschaubaren und realistischen Politikbegriffs hervor, die zur Situierung meiner Arbeit im weiten Begriffsfeld der „Politik“ geeignet erscheint.

Im Folgenden wird zunächst eine allgemeine Zustandsbeschreibung des Politischen von Thomas Meyer (1994) herangezogen, um anschliessend einzelne Aspekte, die für das vorliegende Thema von Bedeutung sind, herauszugreifen. Genauer betrachtet werden der Wandel der Bürgertugenden, der Verlust der politischen Urteilskraft, der Verfall der politischen Sprache. Meyers Analyse der gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Situation verdeutlicht die Aktualität und Wichtigkeit der vorliegenden Forschungsarbeit, da er u.a. genau auf einen Schwachpunkt hinweist, an dem ich ansetze: Fähigkeit zum Dialog.

3.2.2 Die Krise des Politischen und des politischen Diskurses

Nach Meyer driften das politische System und die Lebenswelt der Menschen auseinander: „Fast hat es den Anschein, als seien sie voreinander auf der Flucht“ (ebd., S. 10). Die Seite der Politiker wird mit Worten wie „Versagen, Isolation, Verliebtheit, Insidertum, Kastenwesen, der Verfall politischer Führungskraft“ (ebd.) beschrieben; auf der Bürgerseite fallen Zuschreibungen wie „Verdrossenheit, Begehrlichkeit, kindliche Widersprüche zwischen der Mentalität ungehemmter Forderungen und dem Unwillen, auch selbst zu geben, was unvermeidlich ist, eben den Verfall der Bürgertugenden. Misstrauen, Missgunst, Missvergnügen stellen sich ein, wenn es zur Berührung zwischen beiden kommt“ (ebd.). Die Krise des Politischen, die hier skizziert wird, stellt einen Teil des theoretischen Hintergrunds für die empirischen Fragen der vorliegenden Arbeit dar. Meyers Analyse bezieht sich v.a. auf Elemente des Politischen, welche sich auf den Bürger konzentrieren – Ebene der Gestaltungsmacht, der Tugenden, der freien Gemeinschaftspraxis. Auf diese Elemente soll hier kurz eingegangen werden, da sie nicht im Vordergrund der theoretischen und empirischen Analyse stehen, welche sich auf das argumentative Verhalten von Politikern in Diskussionssendungen im symbiotischen Verhältnis von Politik und Medien konzentriert.

Meyer spricht von „Placebo-Politik“, die sich als „visuelle Schaupolitik“ präsentiert (ebd., S. 137), welche direkt einen Anschlag auf die politische Urteilskraft der Bürger darstellt. Symbolische Politik kommt zwar in der Geschichte mehrfach vor, z.B. die Inszenierung einer Regentschaft durch Louis XIV. Doch heute sind die Bedingungen anders: Der besagte König repräsentiert Gott und Nation und musste demnach nicht von der Legitimität seiner Herrschaft

überzeugen (vgl. Meyer 1994, S. 139). Doch seit es die „Massendemokratie“ gibt, wird „das Volk zum Adressaten der Propaganda“ (ebd.).

Politische Tugenden und soziale Bindungsenergie

Damit sich das Politische entfalten kann, braucht es politische Tugenden, die subjektive Seite der Politik. Nach Aristoteles war die Teilnahme am öffentlichen Leben in der Polis davon gekennzeichnet, dass die dazu nötige politische Kompetenz durch Übung und Klugheit durch Erfahrung und Belehrung zustande kommt. Im Zentrum politischer Tugenden stand die „politische Urteilskraft“, ein Begriff, der hier für praktische Klugheit steht. Zu Zeiten der Polis galt das Leben als geglückt, wenn private Anliegen mit öffentlicher Interessenverfolgung am Gemeinwesen verschränkt wurden. „Die internen und die externen Bedingungen des Glücks und der Politik verbanden sich organisch, auch wenn sie nicht gänzlich zusammenfielen“ (ebd., S. 62). Mit den Entwicklungslinien der Moderne, d.h. zunehmende Pluralisierung und Individualisierung klaffen politische Tugenden und Lebensglück immer mehr auseinander. Es ist sogar fragwürdig, ob politische Tugenden hinsichtlich der persönlich gewählten Lebensform und dem Gefühl des Lebensglücks förderlich bzw. nützlich sein können. Deshalb ist auch nicht mehr selbstverständlich am politisch gemeinsamen Leben teilzunehmen. „Das Verhältnis des Politischen zum Leben des Einzelnen wird prinzipiell problematisch“ (ebd., S. 63). Über Ursachen für den Verfall von Moral und Politik wird spekuliert: Ist es das Verschwinden des soziomoralischen Milieus oder die geschwächte moralische Infrastruktur bzw. nicht intakte Lebensformen?

Meyer stellt fest, dass unter politischen Tugenden seit Aristoteles ähnliche Stichwörter fallen. Damals waren es Tapferkeit, Gerechtigkeit und Einsicht; heute sind es *Gerechtigkeitssinn*, *Bürgermut* und *Urteilskraft*. Verändert haben sich offensichtlich Kultur und Normen und somit der Inhalt dieser Begriffe. Zum Beispiel bedeutet politische Klugheit (Einsicht) ursprünglich die Fähigkeit, „überlieferte Bezüge der Sittlichkeit umsichtig auf wechselnde Situationen anzuwenden“. Doch heutzutage bedeutet politische Urteilskraft sich eine „Last der Anwendung moralischer Forderungen und politischer Maximen auf wechselnde Situationen in schwer überschaubaren Gesellschaften“ sich aufzubürden (ebd., S. 65f). Doch trotz veränderter Umstände und Handlungssituationen stellen die genannten Tugenden immer noch die subjektiven Bedingungen des Politischen dar.

Meyer geht noch auf eine weitere Tugend ein – *Solidarität*. Solidarität stellt im Zeitalter der Moderne eine soziale Bindungsenergie dar bzw. hält das Gemeinsame zusammen. „Das gegenwärtige Klagen über den Verfall der sozialen Moral und der politischen Tugenden setzen direkt oder indirekt den Verfall dieser stützenden Zusammenhänge voraus“ (vgl. Mac Intyre 1987 zit. n. Meyer 1994, S. 64). Die Moderne, gekennzeichnet durch zunehmende Individualisierung, dessen Basis Autonomie darstellt, ermöglicht dem Mitglied der Gesellschaft frei zu wählen, ob es sich solidarisch verhalten möchte oder nicht. Das Wie bleibt dem Individuum auch selbst überlassen. Wenn sich autonome Bürger aufgrund gemeinsamer Ziele und Interessen zusammenschließen, dient Solidarität als Energiequelle; ihre Richtung, Wirkung und Aufkommen sind jedoch ungewiss. Diese Tatsache ist nicht ungefährlich: „Solidarität wird in modernen Gesellschaften daher zur politischen Schlüsselressource. Da sie in ihrem Umfang und in ihrer Zielrichtung sich nur noch in der Masse sozial entfaltet, wie sie durch das Nadelöhr der autonomen Entscheidungen der Einzelsubjekte hindurchgelangt, ist ihr Aufkommen prekär und ihre Leistung für die politische Integration der Gesellschaft heikel“ (ebd., S. 67).

Nach Meyers Verständnis von Solidarität kommt diesem Begriff eine Doppelrolle zu: sie ist erstens Tugend und zweitens Energie, die es für die praktische Umsetzung politischer Tugenden braucht. Die in Wissenschaft und Praxis bekannte Theorie der „idealtypischen Diskursituation“ von Jürgen Habermas wird von Meyer in den Zusammenhang von politischer Tugend und sozialer Erfahrung gestellt (die Diskursethik kann in zahlreichen Arbeiten nachgelesen werden so z.B. Habermas 1983; Apel und Kettner 1992; Reese-Schäfer 1994). Auch bei Habermas hat Solidarität den Stellenwert einer Energiequelle des Sozialen bzw. des verständigungsorientierten Handelns. Unter Solidarität und Verständigung versteht er weitgehend dasselbe, denn Sprache und Solidarität haben eine Bindungswirkung. Jedoch kann erst aus einer Bindungswirkung durch Handlungskoordination autonomer Individuen, die sich dazu entschließen für gemeinsame Interessen einzutreten, der solidarische Funke entspringen. Deshalb kann verständigungsorientiertes Handeln „Hoffnung und Chance einer Möglichkeit“ sein, aber „kein Garant des Gelingens“ (Meyer 1994, S. 69).

Politische Verdrossenheit und die Sucht nach dem Intimen

Meyer (1994) stellt vier parallel verlaufende Entwicklungslinien fest, welche die Ausbildung der politischen Tugenden behindern und zugleich fordern. Sie stellen in seinen Worten die „Tiefendimension der Politikverdrossenheit“ (ebd., S. 73) dar: Erstens verlieren die Regieren-

den, aufgrund einer immer professioneller werdenden politischen Klasse zunehmend die Fähigkeit die Perspektive derjenigen einzunehmen, die regiert werden. Zweitens haben Staatsbürger keine Möglichkeit die Perspektive des Mitregierens einzunehmen. Drittens können aufgrund des schwachen Integrationspotentials – sozial, kulturell und ideologisch – die vielfältigen Einzelinteresse kaum integriert werden. Viertens ist die Welt des Politischen nicht durchschaubar; Bürger können die Folgen grosser politischer Entscheidungen nicht absehen. „Das ist das Dilemma nicht der Politik, sondern des Politischen der Moderne“ (Meyer 1994, S. 74), geprägt von Distanzproblemen, einhergehend mit dem Verlust der politischen Urteilskraft bzw. mit dem Mangel an politischer Eigenerfahrung. All diese Zustandsbeschreibungen des Politischen zusammen verschliessen dem Bürger den Einblick in das politische Geschehen. Folglich haben sich unrealistische Vorstellungen der Politik herausgebildet. Die Sucht nach Intimität – ein unpolitischer Drang des Menschen sich in seine „vier Wände“, die Privatsphäre, zurückzuziehen, in denen er die Regeln, Handlungen und Beziehungen hinsichtlich Nähe und Distanz bestimmen kann – wird auf Vorstellungen von der öffentlichen Sphäre übertragen. Die Beurteilung der öffentlichen Sphäre anhand von Massstäben des Privaten verkennt die eigenen Gesetze des Politischen, wo nicht vertraute Personen in Beziehung zueinander stehen. Politische Handlung und Ziele werden weniger wichtig als das Motiv des politischen Akteurs und seine Art zu leben. „In der Massendemokratie ist es die Versuchung der Privatheit, die das Politische gefährdet“, denn diese Verkehrung der Massstäbe bedeutete das Ende der politischen Tugend (ebd., S. 76)

Politikverdrossenheit? Eine schweizerische und ein deutsche Studie sprechen dagegen

Die folgenden Ergebnisse von zwei Studien sprechen gegen die theoretische Annahme von Thomas Meyer (1994), heutzutage sei die Bevölkerung politikverdrossen und deshalb gehe die politische Sprache und Urteilskraft zunehmend verloren: In der Schweiz wurde im Jahr 2000 mit einer Stichprobe von N=2000 eine Wahlstudie durchgeführt. Nachdem bei den Nationalratswahlen 56,7% der Bürger geschwiegen hatten, konnte auf der Basis von Nachfragen per Telefon 6 Typen von Nicht-Wählern identifiziert werden. Ein zentrales Ergebnis der Studie besteht darin, dass ein Drittel der Nicht-Wähler desinteressiert ist und sich nicht mit dem nationalen Politikgeschehen beschäftigen. Die Kategorie der Desinteressierten verfolgt keine politische Berichterstattung via Medien, fühlt sich keiner Partei nahe, doch grundsätzlich besteht Zufriedenheit mit dem politischen System. Lediglich 7% der Nicht-Wähler können der Kategorie der Politikverdrossenen zugerechnet werden. Sie sind der Meinung, dass die Politiker nicht die Interessen der Bürger vertreten, diese zu kurz kommen und mit ihrer Stimme

sowieso nichts bewirken können (vgl. NZZ, 03. Januar 2002). Die restlichen Nicht-Wähler setzen sich aus 10% sozial Isolierten, 14% politisch Inkompetenten, 17% Protestlern und 19% alternativ Partizipierenden zusammen. Die Kategorie „politisch Inkompetente“ beinhaltet mehrheitlich junge Bürger, die mit der Demokratie und Wirtschaftslage überdurchschnittlich zufrieden sind und ein hohes Vertrauen in die politische Klasse und in Wahlen „als Prozess der Machtzuteilung“ setzen. Sie werden einem hohen Bildungsniveau und hohem sozioökonomischen Status zugeordnet.

Die Ergebnisse der 12. Shell Studie (Fischer 1997) weisen ebenfalls darauf hin, dass es sich um eine Minderheit handelt, die als politikverdrossen bezeichnet werden kann. Diese Studie, die sich auf die Untersuchung der Jugend in Deutschland konzentriert, zeigt politisches Desinteresse in einem anderen Sinn: Die Jugendlichen sehen ihre Interessen durch die Art und Weise, wie Erwachsene Politik betreiben, als nicht gewahrt. „Nicht die Jugendlichen sind an Politik desinteressiert, sondern sie unterstellen im Gegenteil, dass die Politik an ihnen nicht interessiert ist. Nicht die Politikverdrossenheit der Jugend, sondern die Jugendverdrossenheit der Politik wird hier zum Thema (ebd., S. 16). Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass ein hoher Bildungsstand oder Informationsstand nicht mit der Überzeugung, politisch etwas bewirken zu können, zusammenhängt. Vielmehr zeigen sich zwei Reaktionen, entweder Rückzug oder Anpassung. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Mehrheit der Jugend zu der Dimension „Desinteresse der Politik an der Jugend“ und „Erlebter Gegensatz der Generationen“ zuzuordnen ist. Unter letzterem wird entweder das wahrgenommene Machtverhältnis verstanden (Erwachsene lassen uns nicht mitreden oder teilhaben) oder Jugendliche sprechen vom Vernachlässigungsverhältnis (die Probleme Jugendlicher spielen in der Politik keine Rolle). Diese Einschätzung der Jugendlichen führen zu zunehmender „Entfremdung“ vom politischen System: „Als Quintessenz bleibt die Überzeugung, dass man im Rahmen dieses Systems ohnehin nichts ausrichten kann, aber auch keine Alternativmöglichkeiten in Sicht sind, etwas zu bewirken (ebd., S.18). Dieser Vertrauensverlust wird von Meyer im Zusammenhang mit dem Verlust der politischen Sprache und Urteilskraft diskutiert. Genauer stellt er sich die Frage, ob die öffentlichen Kommunikationsmöglichkeiten den Austausch von Meinungen blockieren oder fördern. Denn mit einem Redner, dem nicht geglaubt wird was er sagt, setzen sich die Bürger nicht auseinander. Ohne Auseinandersetzung bzw. Diskurs kann politische Urteilskraft nicht entstehen. Symbolisch inszenierte Politik „produziert Illusionen des Verstehens und der Teilhabe im privaten Winkel und erspart dem einzelnen die Konfrontation der Meinungen und das sich Einlassen auf die Welt der anderen“ (Meyer 1994, S. 143).

Die Preisgabe des politischen Raums

Nach Meyer wird der politische Raum preisgegeben, da das Politische ästhetisiert wurde und somit politische Urteilskraft und Sprache verfallen. Die Gesellschaft ist seit Anfangs der Moderne zerrissen. Der Wunsch nach dem Schönen bzw. Ästhetischen im Leben wurde zunehmend grösser. Mittlerweile höhlen die Medien das Politische mit Bildern aus (vgl. ebd., S. 125) und die Menschen sind weniger am gegenseitigen Austausch interessiert. Der öffentliche Raum wurde mit schönen Bildern gefüllt und überlässt der Argumentation keinen Platz übrig, – was die Mehrheit nicht vermisst. Die „Ästhetisierung der Politik“ bzw. die „Austreibung des Politischen“ (ebd., S. 129) geht Hand in Hand mit der „Ästhetisierung der Lebenswelt“. Letztere stellt zugleich Quelle und Produkt der „Ästhetisierung der Politik“ dar – die inszenierte Schaupolitik. „Die ‘Sprache der Bilder’ verdrängt die Rede und die Texte an allen Orten (Postman 1985 zit. n. Meyer 1994, S. 132).

Nach Hall (1980) besteht der Mediendiskurs aus zwei Formen, welche *visuelle und auditive Elemente des Diskurses* verbinden. Die visuellen Elemente repräsentieren z.B. Informationen (Objekte generell) und stellen Codes dar, die als reale Gegebenheiten fehlinterpretiert werden. Die wirkliche Codierung bleibt im Verborgenen des Diskurses. Die Fehlinterpretation basiert auf einem Wahrnehmungsreflex. Kepplinger (1987) versucht diesem Wahrnehmungsreflex nachzugehen und zeigt, dass Parteigänger abwertende Bilder von Politikern, die sie bevorzugen, mit signifikant weniger Kritik hinnehmen als herabsetzende Texte. Bei letzterem wird am Wahrheitsgehalt gezweifelt. Meyer interpretiert dieses Ergebnis anhand des Konzeptes der kognitiven Dissonanz (vgl. Theorie der kognitiven Dissonanz von Festinger 1957). Texte können eher kognitive Dissonanz hervorrufen, wenn die Information nicht mit der mentalen Repräsentation übereinstimmt. Bilder scheinen die kognitive Dissonanz bzw. eine kritische Reaktion zu unterlaufen. Aufgrund dessen kann die ästhetisierte Politik, Schaupolitik betreiben. „Der Kurzschluss von Darstellung und Vorstellung von Politik ersetzt ihre Herstellung (Meyer 1994, S. 140). Der Schein ersetzt schliesslich die Urteilskraft, das verständigungsorientierte Handeln und die Praxis der Gemeinschaft. Demnach stellt die Sprache nur noch ein „Hintergrundgeräusch“ in der inszenierten Politik dar (Flussner v. 1992 zit. n. Meyer 1994, S. 160). Damit Sprache auch noch über Macht verfügt, muss sie so eingesetzt werden, dass Emotionen geweckt werden, Konflikte inszeniert werden, ohne dass Erklärung und Argumentation gebraucht werden. Sie soll unterhalten. „Daran ist die Rhetorik orientiert, die sich in der eigentümlichen Bild-Sprache-Mischung der Talk-Show behaupten kann“ (Meyer 1994, S. 161; s.u. Kapitel 4.1.4 Erläuterungen zum Rhetorikbegriff und Entwurf einer eigenen Definition),

an die Stelle von Argumentation tritt Expression. Die politische Sprache verwischt die Absichten und die Gegebenheiten der Politik. So wird nicht mehr klar, was der Politiker möchte und was hingenommen wird. „Einverständnis, Zugeständnis und Resignation konvergieren, (...) Macht- und Einflusslosigkeit oder mangelnde Entschlusskraft und Risikofreude (sind verdeckt)“ (Meyer 1994, S. 167).

Nach Aristoteles wird eine Rede erst glaubhaft, wenn der Redner glaubhaft und wenn er sich auf *das gemeinsame Nützliche* bezieht (vgl. ebd., S. 168f). Persönliches Interesse und Gemeinwohl gehörten im antiken Griechenland zusammen – heute nicht mehr. Politische Sprache hat zu unterhalten; einige wenige Bürger nehmen an politischen Diskussionen teil und Politiker sprechen unter sich anders als mit den Bürgern. Letztere zweifeln, ob sich hinter dem, was sie z.B. am Fernsehen sehen, nicht andere politische Begebenheiten abzeichnen. „Eine politische Sprache, in der sich Leben und Politik verbinden, in der die Interessen der Person und die Forderungen des Gemeinwohls verbunden sind, eine Sprache, die meint, was sie sagt, und der man glaubt, die zeigt, was hingenommen werden kann, die die Differenzen klar und verlässlich auf die öffentlichen Begriffe bringt, ist in unserem öffentlichen Leben nicht mehr eingebürgert“ (ebd., S. 173).

Diese Zustandsbeschreibung des Politischen und des politischen Diskurses erfordert die Präsentation eines Modells, welches umsetzbar erscheint und die bestehenden Zustände verändern könnte. Im Kapitel 3.4 (s.u.) soll der Versuch unternommen werden, das Ethos-Modell von Oser (1998) auf den medialen politischen Diskurs zu übertragen.

3.2.3 Zurück zum medialen politischen Diskurs

Politische Diskussionssendungen beinhalten *ein kommunikatives Paradox*: Einerseits müssen und wollen sie unterhalten, andererseits sollen sie neben dem schematischen Ablauf „Überraschungen, Enthüllungen, Offenbarungen“ einbauen (Dörner 2001, S. 134). Zudem wird vom Publikum erwartet, dass die Gäste der Sendungen möglichst natürlich und spontan reagieren. „Talkerproben Politiker wie Gerhard Schröder, Heiner Geißler oder Gregor Gysi beherrschen dieses Instrumentarium bis zur Perfektion und wissen die Shows gezielt für den inner- wie zwischenparteilichen Meinungskampf einzusetzen“ (ebd., S. 135).

Als 1953 die Geschichte der politischen Talk-Show im deutschen Fernsehen begann, ging es weniger um die Unterhaltung als um die Informierung und Bildung des Zuschauers. Jedoch

waren zur damaligen Sendung *Frühschoppen* Journalisten eingeladen und nicht Politiker. 34 Jahre lang hat sich diese Sendung gehalten und findet sich im heutigen Format *Presseclub* wieder. Der Grund für die zunehmende Ausweitung des Unterhaltungseffekts der politischen Sendung liegt in den „wachsenden Selbstdarstellungsfähigkeiten der Politiker (vgl. Dörner 2001, S. 137) und der zunehmenden Macht der Medien, der Angewiesenheit der Politiker auf die Medien und umgekehrt. Hinzu kommt der unterhaltungssüchtige Bürger (s.o. Kapitel 2.3.2.1, Schaubild n. Bosshart 1996).

Der Begriff „Show“ bedeutet, *aufzeigen*, wer zum Thema etwas beizutragen hat, welche Konflikte bestehen und wie darüber diskutiert wird. Das heisst, es wird eine Orientierungsfunktion für die Zuschauer übernommen. Doch findet diese Diskussion im Fernsehen weitgehend unter Politikern statt. 1999 wurden bei *Sabine Christiansen* von 268 Gästen 158 Politiker eingeladen, mehr als zwei Drittel Menschen, die für oder mindestens von der Politik leben (vgl. Dörner 2001, S. 141). 32 Vertreter kamen aus Kirchen und Verbänden, 19 Experten meist Professoren, 18 Vertreter aus der Wirtschaft und 15 Repräsentanten aus dem Show-Business (z.B. Thomas Gottschalk). Das heisst, vorwiegend Politiker treffen sich jeden Sonntagabend, um sich selbst zu repräsentieren und zu inszenieren. Dass sie nicht nur eine unterhaltende Wirkung haben, zeigt eine amerikanische Untersuchung. „Politiker gelten in vielen Fällen als glaubwürdige Vertreter einer Meinung oder Bewertung, sie verkörpern als hyperreale Medienfiguren eine sonst abstrakt bleibende Diskursposition und machen sie mit hohem Wiedererkennungswert sichtbar“ (ebd., S. 142). Der Gedanke, dass Bürger auch am Diskussionsprozess im Fernsehen teilnehmen sollten, wird im *Arena*-Konzept umgesetzt und im Zusammenhang mit der Übertragung des Ethos-Modells von Oser (1998) weitergedacht (s.u. Kapitel 3.32).

Meyer (1994) sieht in der medialen Politikvermittlung *symbolische Politik*, welche für eine neue Qualität strategischer Kommunikation steht, „die nicht auf Verständigung zielt, sondern durch Sinntäuschung Gefolgschaft produzieren will“ (ebd., S. 139). Symbolisches und expressives Handeln kann auch positiv gewertet werden, wenn es den Diskurs nicht ersetzen möchte, sondern z.B. die Aufmerksamkeit auf etwas lenkt. Jedoch vernebelt nach Meyer die symbolische Politik „alle klaren Konturen möglicher Verständigung im politischen Raum (...) An die Stelle von Verständigungshandeln, Urteilskraft und Gemeinschaftspraxis setzt die Ästhetik symbolischer Politikinszenierung den in strategischer Absicht erzeugten Schein“ (ebd., S. 149ff). Das Fernsehen lässt Scheinhandeln anstelle von realem Handeln zu und zerstört das

Politische, d.h. in Fernsehdiskursen kann sich der Politiker symbolhaft darstellen und sich selbst inszenieren.

Meyer (1994) streitet nicht ab, dass auch in symbolischer Politik Diskurse stattfinden. In welchem Ausmass und welcher Art wird der empirische Teil der vorliegenden Arbeit aufzeigen, wenn es darum geht, verschiedene politische Fernsehdiskussionssendungen hinsichtlich ihrer argumentativen Qualität zu analysieren. Er kritisiert v.a. die Wirkung des Scheinhandelns der Politiker am Fernsehen auf den Zuschauer bzw. Bürger: Einige wenden sich angewidert ab, andere glauben, was sie sehen. Derjenige, der sich von der Medienwelt das Gefühl vermitteln lässt, an den Zentren der Macht teilzuhaben, muss nicht mehr die Konfrontation mit anderen Meinungen suchen, Einfluss nehmen bzw. aktive Politik betreiben (vgl. ebd., S. 143). „Die Herrschaft der inszenierten Bilder entwertet den politischen Diskurs in seiner Rolle für die Urteilsbildung (...)“ (ebd., S. 163).

Die politische Sprache erweckt lediglich Eindrücke, lässt Emotionen erscheinen, inszeniert Konflikte und beleuchtet Personen (vgl. ebd., S. 161). Meyer findet in der heutigen politischen Sprache keine Argumentation mehr, sondern „Erste-Person-Einzahl-Sprache“ (ebd., S. 164), welche auf expressive Art die eigene individuelle Betroffenheit ausdrücken soll. Diese Betroffenheit soll verbindlich erscheinen und zieht nach sich, dass Dissens ausgeschlossen werden möchte. Daraus folgt, die argumentative Rede ist nicht mehr gefragt. „Ein Wortschwall ohne Ende“ (ebd., S. 166) verwischt die Absichten und Gegebenheiten der Politiker, was dazu führt, dass der Bürger der politischen Sprache keinen Glauben mehr schenkt, den Bezug und das Vertrauen verliert. „Der Dialog ist der Stoffwechselprozess des Politischen. Er setzt voraus, dass die Teilnehmer einander Zurechnungsfähigkeit unterstellen und sich in ihrer Persönlichkeit anerkennen. Dialog ist ein Verständigungsverfahren, das von dem gemeinsamen Bewusstsein der Teilnehmer geleitet wird, dass es für die Verständigung über Interessen, Werte und Ziele keinen Standpunkt gibt, von dem aus a priori entschieden werden kann“ (S. 188).

3.2.4 Eine Untersuchung über die Theatralität von politischen Mediendiskursen

In einer neueren Veröffentlichung setzt sich Thomas Meyer zusammen mit Rüdiger Ontrup und Christian Schicha (2000) mit dem Thema der „Theatralität politischer Mediendiskurse“ auseinander. Es geht den Autoren besonders um die Strategien der Journalisten, die politische Themen inszenieren. Unter „Inszenierung“ verstehen sie „ein kalkuliertes Auswählen, Organisieren und Strukturieren von Darstellungsmitteln, das in besonderer Weise auf *Wirkung* berechnet ist“ (ebd., S.13, Kursivierung). Eine *theatralische Inszenierung* stellt eine besondere Form der Inszenierung dar. Theatralität wird durch die Inszenierung zur Erscheinung gebracht (z.B. Bedeutungserzeugung zwischen Körper und Stimme). Es wird ein Modell von Theatralität dargestellt, welches folgende Aspekte beinhaltet: Erstens, Bilder verdichten die Realität besser als Worte; nonverbale Zeichensysteme haben für die politische Kommunikationskultur eine grosse Bedeutung. Politische Bilder sind in unseren Haushalten nicht nur präsent, sondern auch Teil des Kommunikationsinhalts. Es sind „Bilder, die mit Augenreiz und ausgefeilter Dramaturgie gezielt um unsere Aufmerksamkeit buhlen (ebd., S. 14). Die Autoren sprechen in diesem Zusammenhang von der „Ästhetisierung des Politischen“ (s.a. Meyer 2001a). Zweitens, Journalisten inszenieren politische Realität selektiv und verdichtet; sie verwenden dabei dramaturgische Mittel aus dem fiktionalen Film. Drittens, Inszenierungen durch die Massenmedien beinhalten „Scheinhandlungen symbolischer Politik“ (ebd., S. 15). Viertens, die Medienwelt vermittelt Wirklichkeit und schafft aber auch neue. Talkmaster reflektieren in hohem Mass über sich selbst und über die, die sie in Szene setzen (und besonders, seit in den 80er-Jahren zunehmend Rundfunksender privatisiert wurden und neue Bilder am Fernsehen damit entstanden). Heute gibt es eine Medienwirklichkeit mit Personen und Produkten, welche in der Entstehung eigenen Gesetze unterliegen.

Meyer et al. (2000) geht es darum herauszufinden, welche Strategien Journalisten verwenden, um das Politische zu inszenieren und wie sich diese „theatralischen Diskursformen“ zum Anspruch der Medien auf Information und Argumentation verhalten. Die Autoren beziehen sich auf Habermas und Münch, welche beide politische Diskussionsformen beschreiben. Im Folgenden werden die beiden Theorien verglichen. Es wird deutlich, dass beide Theorien nicht als Grundlage geeignet sind, den medialen politischen Diskurs zu untersuchen.

Politische Diskussionsformen

Habermas (1992) legt eine Systematisierung politischer Diskussionsformen vor. Je nach Entscheidungstyp kann jeder der folgenden Diskussionstypen vorkommen:

1. Der *pragmatische Diskurs* beinhaltet die Suche nach geeigneten Mitteln, um bestimmte Ziele und Präferenzen zu erreichen oder zwischen Zielen abzuwägen.
2. Beim *ethisch-politischen Diskurs* versuchen sich die Teilnehmer darüber klar zu werden, welche Ideale sie im Leben gemeinsam anstreben.
3. Im *moralischen Diskurs* geht es um die Klärung des Zusammenlebens aufgrund der Vereinbarung unterschiedlicher Interessen.
4. Der *verfahrensregulierende Diskurs* steht für Verhandlungen, die anhand von gemeinsam erarbeiteten Regeln stattfinden.
5. Beim *rechtlichen Diskurs* geht es um die Anwendung von Rechtsregeln auf spezifische Problemkonstellationen (vgl. Meyer et al. 2000, S. 19)

Es sei darauf hingewiesen, dass diese Kategorien sehr abstrakt sind und nur heuristischen und interpretativen Wert haben. Nach Meyer et al. (ebd., S. 20) sind die erwähnten Diskussionsformen nicht nur zu abstrakt für die Analyse konkreter politischer Verständigungssituationen, sondern es fehlen auch kommunikationstheoretische Erklärungen, um die Begriffe operationalisieren zu können. Zudem ignoriert die Typologie theatralische Elemente, welche der medieninszenierten Diskursform zugehörig sind (das Gleiche gilt für die Theorie von Münch s.u.). So verwenden die Autoren die habermassche und die münchsche Diskurstheorie als normativen Hintergrund für ihre Untersuchung.

Münch (1992) befindet die Diskurstheorie von Habermas als eindimensional. Er geht davon aus, dass der politische Diskurs je nach Situation eine Mischform aus *Verhandlung*, *Kompromiss*, *Wahrheitssuche*, *Darstellungseffekten*, *Geld und Macht* beinhaltet. Diese groben Kategorien benötigen eine genauere Ausführung, damit gedanklich durchgespielt werden kann, ob sie empirisch überprüfbar wären (vgl. ebd., S. 19). Dies wird an dieser Stelle vorgenommen, da die Autoren Meyer, Ontrup und Schicha dies nicht (jedenfalls nicht schriftlich) vorgenommen haben.

Anmerkungen zu den einzelnen Kriterien:

- *Zum Kriterium der Verhandlung:*

Hier wird die Verhandlungstheorie von Gulliver (1979) aufgeführt, welche ein Entwicklungsmodell der Verhandlung in acht Phasen beinhaltet. Erst ab der vierten Phase findet Ver-

handlung bzw. eine verständigungsorientierte Diskussion statt. Nach Münch und Habermas kann im medialen politischen Diskurs lediglich strategische Kommunikation und kaum Verständigungsorientierung erwartet werden. Demnach sollte ein typisches Merkmal des politischen Diskurses sein, dass v.a. nicht verhandelt, sondern maximal gemässe der dritten Phase der Verhandlung das Feld exploriert und auf expressive Art und Weise Differenz ausgedrückt wird. Das heisst, Verhandeln ist vom medialen politischen Diskurs zu unterscheiden. Die Medien verlangen von den Politikern nicht, sich im medialen politischen Diskurs in die vierte und nachfolgende Phasen zu begeben. Der mediale politische Diskurs ist in dem Sinne gewinnbringend, als er genau das beinhaltet, was die Medien von den Politikern möchten (s.o.), nämlich, dass sie sich selbst inszenieren.

Tabelle 1: Das Entwicklungsmodell der Verhandlung nach Gulliver (1979): Die Phasen

A – A	Uneinigkeit, Krise
1. A – K	Suche nach einer Verhandlungsarena (Zeit, Ort, Personen?)
2. A – K	Agenda, Definition der Verhandlungspunkte (erst danach werden eine Position eingenommen und Forderungen gestellt)
3. A – K	Exploration des Feldes / Expression von Differenz (entspricht einer wilden chaotischen Phase; kein Interesse an Kooperation; soziale Distanz wird ertragen; die eigene Verhandlungsstärke wird erprobt und gezeigt; Differenz wird gross gemacht – eigene Position gross, die andere klein – ,um sie danach abzuarbeiten)
4. K – K	Einengung der Unterschiede
5. K – A – K	Vorbereitung zur Schlussverhandlung
7. K	Einigungsritual
8. –	Durchführung
A = Antagonismus (gleichbedeutend für kompetitives Verhalten)	
K = Kooperation	

- *Kompromisse* können nach der Auseinandersetzung mit dem Thema der Politikvermittlung in den Medien nicht erwartet (s.o. Kapitel 2) oder als ein zentrales Kriterium für mediale politische Diskurse betrachtet werden. Sie werden u.U. von der Öffentlichkeit und den Medien nicht verlangt und sind in der relativ kurzen Zeit der politischen Diskussions-sendung kaum möglich.

- *Betreffend Darstellungseffekten* muss angemerkt werden, dass die vorliegende Arbeit nicht beinhaltet z.B. theatralische Elemente oder nonverbales Verhalten zu analysieren, was den Rahmen der Arbeit übersteigen würde. Hier kann auf andere Arbeiten verwiesen werden (z.B. Meyer 1992; 1994, Meyer et al. 2000; Henrich 1993). Studien, welche die Theatralität des politischen Diskurses untersucht haben, berichten von „einer rasch voranschreitenden Eliminierung argumentativer und informativer Diskurselemente aus der politischen Medienkommunikation“ (z.B. Postman 1985 n. Meyer et al. 2000, S. 20). Meyer et al. (2000) bestätigen ihre Annahme, „dass das Fernsehen prinzipiell der Rationalität der Vermittlung und der Kommunikation des Politischen entgegenlaufe und damit einer deliberativen Demokratie und dem ihr zugehörigen Typ politischer Öffentlichkeit – die Grundlagen entziehe“ und sprechen vom „Vorrang der Bilder vor der Sprache“ (ebd., S. 27). Die Autoren räumen jedoch ein, dass Bilder inklusiv dramaturgischer Elemente auch den Meinungs- und Willensbildungsprozess bereichern können – nach Thema, Rezipientengruppe etc.. Wenn z.B. ein gesellschaftlicher Entwicklungsprozess dargestellt werden soll, können z.B. Bilder von Emotionen als gezielte Hintergrundinformationen dienen. In diesem Bereich fehlen bisher Forschungsergebnisse, um klare Aussagen machen zu können. Das Problem der Inszenierung besteht im Schein, der keinen Bezug zur politischen Realität erlaubt, und nicht in der Inszenierung an sich.
- Die Dimensionen *Geld und Macht* werden nach der Abhandlung der entsprechenden Literatur aus der Medien- und Politikwissenschaft im zweiten Kapitel als gegebene Größen im politischen und medialen Bereich betrachtet. Nach Münch bestehen mediale Diskurse und solche in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen (z.B. Wirtschaft) aus Strukturen der Macht, Strategie, Geld und Argumentation. Nun ist aber die nicht-öffentliche Welt nicht dem politischen Schaukampf hilflos ausgeliefert, sondern kann den argumentativen Gehalt überprüfen, was die vorliegende Arbeit in Angriff nimmt. Das folgende Kapitel beinhaltet ein weiteres Durchdenken von Dimensionen eines Diskursmodells in Bezug auf die Analyse der medialen politischen Diskussion.

3.3 Das „realistische Diskursmodell“ und seine Übertragung auf den Kontext der politischen Diskussionssendung

Das Diskursmodell, welches im Folgenden dargestellt wird, grenzt sich von der habermasschen Diskursethik ab. Die Diskursethik, die in die habermassche Theorie der deliberativen Demokratie miteinfließt, beschreibt ideale Voraussetzungen des Diskurses um Konsens zu erlangen. Oser (1998) möchte sich hiervon abgrenzen und schlägt ein „realistisches Diskursmodell“ vor.

Oser und Mitarbeiter stellen ein Verfahren vor, welches von Berufspersonen generell gelernt und angewendet werden kann. Es geht hierbei um eine bestimmte Form der Problemlösung, die mit moralischer Entwicklung gleichgesetzt wird. Oser und seine Forschungsgruppe garantieren, dass bei korrekter Anwendung „eine kritische Situation zu einem Ende geführt werden kann“ (ebd., S. 9). Dieses Verfahren, welches in unterschiedlichen Berufen unter unterschiedlichen Bedingungen verschiedentlich angewendet wird, wird als „Ethos“ bezeichnet. „Ethos“ beinhaltet eine moralische Komponente in dem Sinne, dass im Verfahren auf z.B. Ungerechtigkeiten und/oder Verletzungen reagiert wird, d.h. immer dann, wenn ein moralischer Wert (Verantwortung) von einem Effektivitätswert (Erfolg) abweicht. Das Prozessmodell, welches von Oser und Mitarbeitern auch als „berufliches, realistisches Diskursmodell“ oder „Runder-Tisch-Modell“ bezeichnet wird, beinhaltet eine Reihe von Elementen, welche im Entscheidungsprozess aktiviert werden:

1. Professionelles Können versus professionelle Ethik
2. Verantwortung versus Vorschriften
3. Balancierung konkurrierender Verpflichtungsaspekte (Gerechtigkeit, Fürsorge, Wahrheitigkeit) versus Nicht-Balance
4. Engagement versus Nicht-Engagement

Das Durchlaufen dieser bipolaren Elemente in einer konfliktgeladenen Situation stellt zwar einen Kampf dar, erweist sich jedoch zugleich als vorteilhaft für zukünftige Situationen. Unabhängig von Kontext, Konflikt, Alter und Profession kann diese „Psychologie der Professionsmoral“ angewendet werden (ebd., S. 10). Es geht in diesem Diskursmodell nicht darum Konsens herzustellen, sondern eine Form des Diskurses aufzubauen, in dem beispielsweise Verpflichtungsaspekte balanciert werden und neues Denken entstehen kann. Die Forschungsgruppe behauptet nicht, dass es einfach wäre den „Runden Tisch“ umzusetzen, jedoch dass dieses Konzept lernbar ist. Ob es auf den medialen politischen Diskurs übertragen werden

kann, soll nun durchdacht werden. Die Schrift von Oser und Mitarbeitern (1998) „Ethos – die Vermenschlichung des Erfolgs“ trägt den Untertitel „Zur Psychologie der Berufsmoral von Lehrpersonen“. So stammen zahlreiche Beispiele aus dem Lehr-Lern-Kontext. Im gegenwärtigen Kapitel werden die dargestellten theoretischen Elemente des Diskursmodells immer gleich in den Bezug zum eigenen Thema gestellt.

Ein Grund und zugleich auch die *Notwendigkeit* für die Entwicklung des Diskursmodells liegt im „Ruf nach Verantwortung der Wissenschaftler, der Politiker und anderer Berufstätiger zur Frage, wie die skrupellose Ausbeutung der Natur, das schamlose Umgehen mit der Dritten Welt und die Gefährdung des friedlichen Zusammenlebens verhindert werden oder indirekt, wie unsere Kinder moralisch sensibler gemacht werden könnten“ (ebd., S. 13). Wie kann nun die Anwendung des Diskursmodells legitimiert werden? Oser und Mitarbeiter gehen davon aus, dass „Ethos“ Demokratisierungsprozesse in der Gesellschaft bewirkt. Ihre Ausführungen diesbezüglich betreffen Lehr-Lern-Situationen im entsprechenden Lehrer-Schüler-Kontext, welche auf die Politiker-Moderator-Bürger-Situation innerhalb einer Diskussionssendung übertragen werden können. Auch in der zuletzt erwähnten Situation könnte anhand vom Ethos-Modell i.S.v. Diskursbereitschaft „(tendenziell) Aufklärung (...)“ geleistet werden (ebd., S. 15). Zwar kann die Mehrheit der Zuschauer nicht direkt am „Runden Tisch“ sitzen, jedoch wenn die Interessen der Bürger ernst genommen werden bzw. ihnen Wichtigkeit geschenkt wird und keine „Schaupolitik“ vorgespielt wird, so kann der Bürger bzw. Zuschauer das Gefühl bekommen, es sei wichtig, sich über politische Prozesse Gedanken zu machen und auch zu partizipieren. Wenn die Absichten der Politiker vom Bürger durchschaut werden, können politische Entscheide eher akzeptiert und mitgetragen werden. „Wenn wir also die kognitiven Handlungsschemata so verändern, dass der Lebensnerv ‘Ethos’ in den technischen Bereich (s.o. Dimension Professionelles Können, Anmerkung N.B.) handlungsbegleitend eingeschleust und dieser dadurch verändert wird, so haben wir Bedingungen für die selbstreflexive, alle Autonomie unterstützende Steuerung des auf eine Demokratisierung der Lebenswelt gerichteten Handelns ermöglicht“ (ebd.).

3.3.1 Verantwortung im professionellen Handeln

Das professionelle Handeln wird durch *drei Säulen* getragen. Zum Ersten braucht es *moralische Verpflichtung*, aus der heraus sich das Verhalten (z.B. das Diskussionsverhalten) gestaltet. Zum Zweiten benötigen Professionelle für ihr Handeln *Einsichtsfähigkeit* (so z.B. auch der Zuschauer von politischen Diskussionssendungen) und zum Dritten, sollte der Professio-

nelle sein *gerechtes und fürsorgliches Verhalten als Teil seines Erfolges betrachten*. Alle drei Säulen zusammen stehen für das osersche Konzept von Berufsmoralität. Wie sieht es nun mit der Vereinbarkeit von Moral und Erfolg aus? Oser weiss um die Zwänge, auf die Moral stösst; „(K)ognitive Ungleichgewichte, die Routinen und Selbstverständlichkeiten der herstellenden und beeinflussenden Tätigkeiten erschüttern...“ (Oser 1998, S. 21). Denn je nach Situation bestehen unterschiedliche *Verantwortlichkeiten*, die es auszubalancieren gilt. Ein Politiker, dem es nur um den persönlichen Erfolg, die Verfolgung seiner Interessen geht und nicht um die Interessen der Bürger oder der vor einem Wahltermin vorgibt, bestimmte Handlungsprogramme umzusetzen und diese nach gewonnen Wahlkampf unterbindet, fühlt sich vielleicht verantwortlich für sein gesichertes Einkommen (und ggf. der Existenzabsicherung seiner Familie). Das Gemeinwohl der Bürger scheint in diesem Fall nicht das Verantwortungsgefühl des handelnden Politikers zu dominieren. In einer politischen Diskussionssendung hat der Politiker zudem die Verantwortung sich selbst und seine Partei in gutes Licht zu stellen. Fazit: Es gilt viele verschiedene Verantwortungen auszubalancieren.

Verantwortungen können verschiedene inhaltliche Kerne haben, die von Oser als Gerechtigkeit, Fürsorglichkeit und Wahrhaftigkeit bezeichnet werden (vgl. ebd., S. 22f). Weitere mögliche Verantwortungen stellen u.a. Treue und Toleranz dar. Wenn mehrere dieser sogenannten „Hauptverpflichtungen“ innerhalb einer oder mehrerer Personen bestehen, wird von einer „antagonistischen Situation“ gesprochen bzw. von einem „berufsmoralischen Konflikt“ (ebd.). Durch die Erlernung des „realistischen Diskurses“, welcher deshalb als realistisch bezeichnet wird, weil er in der „täglichen Realität“ vorkommt, kann eine „antagonistische Situation“ gehandhabt werden (ebd., S. 23). Um eine Situation, in der Verpflichtungsaspekte miteinander in Konflikt geraten sind, regeln zu können, müssen die Risiken einer Handlung und ihre Folgen abgeschätzt werden können. Wenn beispielsweise ein Politiker in einer Diskussionssendung von einem politischen Handlungsprogramm erzählt, mit dem er lediglich Stimmen einfangen möchte, so riskiert er, dass Bürger ihr Vertrauen in die Politik verlieren (nach Meyer 1994 hat sich dieser Vertrauensverlust bereits vollzogen, s.o. Kapitel 3.2.2). Zudem riskiert er, dass er nicht wiedergewählt wird. Ein anderer Politiker, der u.U. die Wahrheit sagt, z.B.: „Ich kann das Problem der Arbeitslosigkeit dieses Jahr nicht lösen“, riskiert, dass seine Partei bei einer Wahl kaum Stimmen bekommt. Auch gibt es neben der Risikoabschätzung die Notwendigkeit auf Brüche und Verletzungen eingehen zu müssen. Z.B. musste sich ein FDP-Politiker in einer deutschen Diskussionssendung rechtfertigen, was sich derzeit in seiner Partei an unmoralischem Handeln abspielt (vgl. Sendung *Sabine Christiansen* am 09.06.2002 zum Thema „Tabubrüche: Der ‘Fall Möllemann’ – Wie viel Provokation verträgt die Demo-

kratie?). Es kann festgehalten werden, „dass beides, Risikoabschätzung und Eingehen auf Brüche und Verletzungen, die Voraussetzungen für Prozesse sind, in denen Professionelle ihre Arbeit von innen her moralisch abstützen und ausleuchten“ (Oser 1998, S. 24).

Berufsethisches Handeln innerhalb des Kontextes der politischen Diskussionssendung würde beinhalten, dass Politiker, zusammen mit den eingeladenen Experten, Fakten darstellen, Meinungen mit Argumenten voneinander abgrenzen (s.u. Kapitel 4.1 Erläuterung zum Begriff des „Arguments“), ohne dem Bürger etwas vorzuspielen. Im Idealfall kann der Bürger auch an der Diskussion teilnehmen, wie es das Konzept der *Arena*-Sendung der Schweiz vorsieht (s.o. Kapitel 2). Am „Runden Tisch“ sollten Konsequenzen des (politischen) Handelns, Intentionen, Handlungsvorschläge diskutiert und abgewogen werden. Nach dem „realistischen Diskursmodell“ sollte immer die „beste“ moralische Lösung“ erarbeitet werden (ebd., S. 25).

Im Bereich der öffentlichen politischen TV-Diskussion müssten *Standards* gesetzt werden. Der Moderator müsste für den „Runden Tisch“ geschult sein und die eingeladenen Gäste aus dem Bereich der Politik, Wirtschaft, Kultur etc. müssten vor der Sendung einen Crash-Kurs „Runder Tisch“ absolvieren. Vielleicht würden dann nur noch diejenigen auf der Bildfläche erscheinen, die sich nicht verkaufen möchten, sondern in ihrer (temporären) Öffentlichkeitsarbeit, Information und Wissen via Fernsehen zu vermitteln versuchen, in einer Art und Weise, in der die Zuschauer etwas lernen können. Je nach Kompetenzen der Diskussionsteilnehmer und des Moderators kann eine politische Diskussionssendung eine Diskussionskultur entwickeln, welche zunehmend durch Differenzierung und Integration gekennzeichnet ist. Dieser weiterführende Gedanke von Oser und Mitarbeitern (ebd., S. 26) wird in der Erweiterung der Theorie der transaktiven Diskussion, dem Hauptanalyseinstrument der vorliegenden Arbeit, im Kapitel 5.4.2 weiter verfolgt.

Nun gibt es keine gesellschaftliche, staatliche oder kirchliche Regel, welche moralisches Handeln im Beruf vorschreibt. Das bedeutet, der Einzelne muss für sich selbst entscheiden. Diese Konstruktionsleistung i.S.v. diskursiver Auseinandersetzung, welche die moralische Entwicklung verursacht, stellt eine „kulturelle Leistung“ dar (ebd., S. 28). Wie kann nun der Einzelne die Verantwortung im Beruf wahrnehmen? Den idealen Zusammenhang zwischen Erfolg, Effektivität und Verantwortung gibt es nicht (vgl. ebd.). Oser und Mitarbeiter (ebd., S. 29) schlagen *vier Modelle* vor, welche sie in das Prozessmodell des „Rundes Tisches“ integrieren. 1. das Interpretative, 2. das Additive, 3. das Komplementäre und 4. das Regulative. Das *interpretative Modell* besagt, dass bereits die Absicht einer pädagogischen Handlung bzw. hier politisch wichtige und aktuelle Themen dem Zuschauer zu vermitteln als moralisch be-

zeichnet werden kann. Diese Interpretation ist gefährlich, da eine Intention auch mit schlechten Mitteln umgesetzt werden kann und im Kapitel 2 (s.o.) der Zusammenhang zwischen Medien und Politik aufgezeigt worden ist, wonach Politiker sich in den Medien zeigen müssen und u.a. auch aufgrund von Popularitätsgründen dies wollen. Beim *additiven Modell* sind die Bereiche Erfolg und Moral getrennt. Im schulischen Bereich bedeutet dies, dass getrennt vom strategisch-sachlichen Schulunterricht ein Ethik-Curriculum durchlaufen wird. In Bezug auf die vorliegende Arbeit heisst das, dass einerseits die Diskussion um moralische Aspekt des zu diskutierenden politischen Themas von der sachlich-politischen Diskussion abgespalten ist. Andererseits bedeutet das auch, dass einige geladene Gäste der Diskussionssendung ein Thema auch unter moralischen Aspekten diskutieren, während andere nur sachlich-strategisch und erfolgsorientiert diskutieren. Es kann auch vorkommen, dass Letzteres die Mehrzahl der Sendungen dominiert – was anzunehmen ist –. Im dritten Modell, *dem komplementären*, werden die Bereiche Erfolg und Verantwortung zusammengebracht. Das heisst, ein effektiver Politiker ist auch ein verantwortungsvoller Politiker. Beim vierten Modell, *dem regulativen*, beeinflussen sich Erfolg und Verantwortung ständig: „Moralität steuert Effektivität, und Effektivität fordert Moralität“ (Oser 1998, S. 29). Hier werden die (politischen) Erfolge abgewogen, indem Risiken und Gefährdungen beachtet bzw. thematisiert werden. Im Fall der politischen Diskussionssendung wird der Zuschauer vom Politiker informiert, welche Risiken und Nebenwirkungen für den Bürger ein erfolgreich durchgesetztes Handlungsprogramm nach sich zieht, anstatt vorgetäuscht zu bekommen, dass es keine Nachteile geben werde.

Oser unterscheidet zwischen „instrumenteller und ethischer Rationalität“ (ebd., S. 30f). Beide Rationalitäten, auch als „kognitive Regelsysteme“ bezeichnet, vereinen sich im professions-spezifischen Wissen. Das bedeutet, der Professionelle überprüft seine Handlung dahingehend, ob sie fürsorglich oder gerecht ist.

3.3.2 Beschreibung des Prozessmodells

Die Zugeschnittenheit des Prozessmodells auf den Bereich der Schule bringt einige Schwierigkeiten betreffend der *Übertragung* auf den der Politik mit sich. Anders ausgedrückt, erscheint die Anwendung im zweiten Bereich schwieriger, z.B. wenn es um die Regeln des „Runden Tisch-Modells“ geht, anhand derer ein Klima des Vertrauens geschaffen werden soll. Wie bereits erwähnt hat Politik mit Macht, Geld und Interessen zu tun. In seiner vertiefenden Darstellung wird das Prozessmodell „Runder Tisch“ auf den Bereich der Schule zugeschnitten. Die Ausführungen erscheinen realistischer, wenn dieser Bereich betrachtet wird. Geht es nun um den Bereich der Politik, genauer um die politische Diskussionssendung, muss

ein „Runder Tisch“ nicht – wie im schulischen Kontext – erst geschaffen werden, wenn ein Problem auftritt, sondern die Sendung stellt (wenigstens optisch) schon den „Runden Tisch“ dar. Die an der Diskussion Beteiligten sollten folgende *Regeln* beachten:

1. Alle müssen ihre Ansprüche mitteilen, mit der Intention einen Gleichgewichtszustand zwischen dem Bestehenden und dem Erwünschten herzustellen.
2. Jeder der Anwesenden beteiligt sich an der Diskussion, bis das Problem geklärt ist.
3. Jeder glaubt daran, dass der Prozess an sich schon moralisch wertvoll ist.
4. Jeder nimmt an, dass alle Beteiligten das Gute möchten.
5. Jeder akzeptiert, dass die gefundene Lösung die moralisch beste ist (vgl. Oser 1998, S. 37).

Die Regeln können im Kontext der Schule umgesetzt werden, wenn die Lehrperson diese praktiziert und vermittelt. Doch kann der Moderator einer politischen Diskussionssendung dies auch? Zu Punkt 1: Politiker und Zuschauer wissen, dass politische Probleme komplex sind und ein Gleichgewicht zwischen Ist- und Sollzustand zeitaufwendig und vor allem selten möglich ist. Daraus ergibt sich das Problem betreffend der zweiten Regel: Das Problem kann in der Diskussionsrunde am Fernsehen nicht geklärt werden. Doch kann ein Moderator entscheiden, ob er in seinem Beruf nicht nur Diskussionen politischer Themen organisieren und begleiten, sondern darüber hinaus Verantwortung wahrnehmen und zwischen den drei Verpflichtungsaspekten (Gerechtigkeit, Fürsorge und Wahrhaftigkeit) balancieren möchte. In einem „vollständigen Diskurs“ auf der Ebene des Balancierungsakts, der weitgehend vom Moderator ausgehen sollte, wird den Diskussionsteilnehmern unterstellt, dass sie erstens fähig sind zu begründen, eine Balance zwischen den Verpflichtungsaspekten herstellen wollen und verantwortlich handeln möchten. Zweitens, dass alle Diskussionsteilnehmer gleichberechtigt an der Lösungssuche teilnehmen (vgl. ebd. S. 38). Der Moderator kann jedoch auch Zuständigkeit und Verantwortung verneinen („*Vermeidung*“), die Verantwortung akzeptieren, aber abgeben („*Absicherung* oder *Delegation*“), alleine entscheiden („*Alleinentscheidung*“), ohne zu begründen, oder sich mit den Anwesenden besprechen und trotzdem alleine entscheiden (*Diskurs 1* oder „*unvollständiger Diskurs*“). Die von Oser und Mitarbeiter verwendeten Begriffe für den jeweiligen Entscheidungstyp werden hier in Klammern gesetzt.

3.3.3 Verstehen des inneren Mechanismus des Runden-Tisch-Modells

Wie bereits erwähnt geht es hier um die drei Hauptverpflichtungsaspekte: Gerechtigkeit, Fürsorge und Wahrhaftigkeit. Betreffend „*Fürsorglichkeit*“ ist es ganz klar, dass in der pädagogischen Lehr-Lern-Situation die Fürsorglichkeit des Lehrers gegenüber dem Schüler gemeint

ist. Er sollte das Wohl, die Zukunft des Kindes im Auge haben. Bei einer politischen Diskussionssendung muss dem Moderator einerseits das Wohl und das Dazulernen des Bürgers wichtig sein, andererseits auch das der Diskussionsteilnehmer. Das bedeutet, der Moderator muss dafür sorgen, dass die Diskussion so abläuft, dass sich der Bürger eine Meinung zum politischen Problem oder Sachverhalt bilden kann und dass ein Politiker angehört wird, der sich in einer schwierigen Situation befindet weil er z.B. eine für das Gemeinwohl gute Lösung anstrebt, jedoch von seinen Parteikollegen nicht unterstützt wird. Dieselben Forderungen können an jeden Diskussionsteilnehmer gestellt werden.

„*Gerechtigkeit*“ stellt ein Verteilungsprinzip dar, bei dem es darum geht, alle Beteiligten gleich zu behandeln oder gemäss ihrer Ansprüche oder Verdienste. Es geht nicht um die Befriedigung einzelner Bedürfnisse, sondern darum, eine Regelung zu finden, die alle annehmen können. „*Wahrhaftigkeit*“ zeigt sich darin, dass am „Runden Tisch“ nicht die beiden anderen Verpflichtungsaspekte zugunsten eigener Interessen aufgegeben werden. Zudem beinhaltet dieser dritte Verpflichtungsaspekt, dass Entscheidungen im Einklang mit den eigenen Werten getroffen werden. Um Nicht-Übereinstimmungen in der Diskussion zu klären, braucht es Aufrichtigkeit und Kooperation. Werden nun alle drei Verpflichtungsaspekte gleichermassen berücksichtigt, kommt es eben zur sogenannten „antagonistischen Situation“, denn es können nicht alle gleichzeitig erfüllt werden. Zum Beispiel kann ein Politiker im Fernsehen nicht einen ganzen politischen Prozess darstellen, damit sich der Bürger eine Meinung bilden kann. Viele Informationen, Gespräche und Entscheidungen, die intern besprochen werden, können nicht nach aussen getragen werden – auch aus Zeitgründen nicht. Das heisst, der Politiker kann nicht stets wahrhaftig sein, da er sonst das Kriterium der Fürsorglichkeit verletzt. Er kann auch nicht gerecht sein und sämtliche Bedürfnisse miteinbeziehen. Hat er das Wohl seiner Partei im Visier (Fürsorglichkeit), kann das im Widerspruch zum Wert Wahrhaftigkeit gegenüber der Öffentlichkeit stehen. Anhand der Beispiele wird deutlich: Die Verpflichtungsaspekte müssen sich nicht gegenüberstehen, sondern können auch hierarchisiert oder ausbalanciert werden. Je mehr Werte ausbalanciert werden wollen, desto mehr Aufwand wird betrieben (vgl. Oser 1998, S. 47). Der Akt des Ausbalancierens benötigt die Teilnahme aller Betroffenen. „Im Normalfall entsteht ein moderater Dissens, der aber neues Zusammenleben der Kontrahenten ermöglicht“ (ebd.).

Unterschiedliche „antagonistische Situationen“ sind hinsichtlich der Verpflichtungsaspekte unterschiedlich strukturiert. Möchte ein Politiker einen politischen Entscheid in seiner Komplexität darstellen und wahrhaftig sein, ist er gegenüber den anderen Diskussionsteilnehmern

nicht gerecht, da diese nicht mehr zu Wort kommen würden. Wird nun noch das Anliegen von eingeladenen Experten, ihre Meinungen abzugeben, miteinbezogen, wird die Situation strukturell betrachtet komplexer. Der Aspekt der Struktur soll hier nicht weiter vertieft werden, da er nicht den Kern der vorliegenden Arbeit betrifft und eher als Hintergrundaspekt zu betrachten ist. Die Analyse von verschiedenen Lehr-Lern-Situationen kann bei Oser nachgelesen werden (Oser 1998, S. 50ff).

3.3.4 Auf dem Weg zum „vollständigen Diskurs“: Entscheidungsformen und Diskurskriterien

Wie bereits erwähnt kann ein Professioneller in einer „antagonistischen Situation“ einen „vollständigen Diskurs“ am „Runden Tisch“ führen, oder aber er vermeidet die Übernahme von Verantwortung. Auf dieser Skala von Vermeidung bis „vollständiger Diskurs“ kann „Absicherung oder Delegierung“, „Alleinentscheidung“, „unvollständiger Diskurs (Diskurs 1)“ in dieser Reihenfolge eingefügt werden. Erst beim „vollständigen Diskurs“ kann von „optimaler Berufsmoralität“ gesprochen werden (ebd., S. 66). Wie kann nun dieser Zustand der Expertise erreicht werden?

Hierzu müssen *fünf Diskurskriterien* erfüllt werden, welche bei jedem der fünf erwähnten Entscheidungstypen unterschiedlich umgesetzt werden:

1. *Wissen um die notwendige Verantwortung*
2. *Engagement für eine Lösung*
3. *Realisierung einer Lösung*
4. *Präsupposition von Begründungsfähigkeit*
5. *Mitentscheidung*

Ehe das Raster präsentiert wird, sollen die fünf Diskurskriterien kurz ausgeführt werden. Oser und seine Mitarbeiter beschränken sich zunächst einmal auf die Betrachtung „Vorhandensein bzw. Nichtvorhandensein“ der jeweiligen Diskurskriterien (ebd., S. 66). Sie wissen, dass diese unterschiedlich interpretiert und verwendet werden können und dadurch empirisch Probleme entstehen können.

Zum ersten Kriterium „Wissen um die notwendige Verantwortung“:

Wie bereits im Zusammenhang mit den Ebenen der Entscheidung des professionsmoralischen Handelns erwähnt wird, muss der erste Schritt darin bestehen, dass Verantwortung von der eigenen Person übernommen wird. Diese Entscheidung ist an (mehr oder weniger grosse) individuelle Wahrnehmungs- und diskriminationsfähigkeiten gebunden. Um Verantwortung zu übernehmen, muss ein Verpflichtungsaspekt nicht ausreichend erfüllt sein (vgl. ebd.) und

der Mensch muss in der Lage sein, frei wählen zu können und zuständig zu sein (vgl. Heid 1991 n. Oser 1998, S. 66f)

Zum zweiten Kriterium „Engagement für eine Lösung“:

Bei diesem Diskurskriterium weiss die Person um die Verantwortung. Hier geht es nun darum zu entscheiden, ob eingegriffen wird und wie weit die Handlung reichen soll.

Zum dritten Kriterium „Realisierung einer Lösung“:

Wenn sich eine Person für die „Realisierung einer Lösung“ entschieden hat, wird ein Gleichgewichtszustand angestrebt.

Zum vierten Kriterium „Präsupposition von Begründungsfähigkeit“:

Allen Beteiligten wird unterstellt, sie könnten Verantwortung übernehmen, diese nicht missbrauchen und verschiedene Interessen miteinbeziehen.

Zum fünften Kriterium „Mitentscheidung“:

Nach Oser und Mitarbeiter ist dieses Kriterium am schwersten zu realisieren (vgl. Oser 1998, S. 68f). An alle Betroffenen muss Macht zur Entscheidung delegiert werden, jede Stimme muss berücksichtigt werden, da nur durch die „Präsupposition von Entscheidungsfähigkeit“ jemand schuldig gesprochen werden kann. Im Diskurs eine Entscheidung zu fällen ist nicht einfach, was auf zahlreiche Randbedingungen zurückzuführen ist, wie wenn z.B. eine Anschuldigung verletzt hat und nicht beiseite geschoben werden kann.

Erst, wenn alle aufgeführten Diskurskriterien erfüllt werden, kann vom „vollständigen Diskurs“ gesprochen werden. Laut den Autoren wird hier kein Ideal vorgestellt, sondern ein erlernbarer Prozess. Die fünf Diskurskriterien werden den fünf Entscheidungsformen in einem Raster zugeordnet. Auf dieses Raster sei an dieser Stelle verwiesen. Einzelne Punkte wurden in diesem Kapitel bereits ausgeführt. Die Autoren führen das Raster in ihrer Schrift präzise mit Beispielen aus Lehr-Lern-Situationen aus (vgl. ebd., S. 70-88), auf die hier nicht weiter eingegangen werden kann.

Ein Diskurs, in dem diese Kriterien nicht umgesetzt werden, ist deswegen nicht schon unmoralisch. Es gibt Gründe, wie z.B. Zeitknappheit, die erklären können, weshalb ein Kriterium nicht realisiert werden konnte.

Der „vollständige Diskurs“ setzt das regulative Modell um, welches weiter oben erläutert wird (s.o. Kapitel 3.3.1). Der Initiator dieses Diskurses ist davon überzeugt, dass die Prozedur des „vollständigen Diskurses“ moralisch gut ist (vgl. ebd., S. 85). Der Initiator, der hier mit dem Moderator gleichgesetzt wird, muss einerseits den Diskurs steuern, sich, was das vorgegebene Verständigungsverfahren betrifft, voll und ganz engagieren und sich zugleich zurücknehmen, wenn es um die direkte Steuerung geht (vgl. ebd., S. 86).

Oser und Mitarbeiter führen in ihrer Ethos-Schrift die Wichtigkeit der „Zu-Mutung der Diskursfähigkeit“ an Kinder und Jugendliche aus (Oser 1998, S. 89). Es geht in ihren Ausführungen immer um ein asymmetrisches Beziehungsgefüge. Aufgrund der Ähnlichkeit zum Thema der vorliegenden Arbeit kann das Modell auf diese übertragen werden. Im Normalfall hat auch der Bürger gegenüber dem Politiker oder Experten (wie der Lehrer Schüler gegenüber) „*ein Reflexions-, Partizipations- und Verantwortungsdefizit*“ (ebd., S. 89, Kursivierung N.B.). Es kann aber auch zwischen Moderator (M) und Bürger (B) (bzw. Zuschauer) bestehen. Meist besteht die asymmetrische Beziehung nicht zwischen Moderator und Politiker (P), da sich der Moderator auf die Sendung vorbereitet. Der Moderator kann dem Zuschauer, dem zur Sendung eingeladenen Politiker und auch den eingeladenen Experten unterstellen, dass sie über „Einsichtsfähigkeit“ verfügen, ein weniger „gewaltiges“ Konstrukt“ als „Vernunft“ (ebd. S. 91). Dem Politiker und den Experten muss aus der Sicht des Moderators (M – P/E) und dem Bürger aus der Sicht der Politiker, der Experten und des Moderators (M/P/E – B) die Fähigkeit der Einsicht unterstellt werden, d.h. dass sie politische Probleme und Sachlagen diskutieren bzw. im letzteren Fall verstehen können. Erst wenn ein Bürger und seine Partizipation am Politischen ernst genommen wird, kann Schaupolitik zur Darstellung wirklicher Politik werden. Bereits „Kinder und Jugendliche sind fähig, am Denken teilzunehmen, zu entscheiden und zu agieren – wir müssen nur positiv von ihnen erwarten, dies zu tun und ihnen die Möglichkeit dazu geben, ohne dass sie dabei mit ihrer Verantwortung allein gelassen werden“ (ebd., S. 96). Das heisst zum einen, in Bezug auf die vorliegende Arbeit, Politiker und der Moderator können so tun, als ob es in der asymmetrischen Beziehung zwischen ihnen und dem Publikum keinen Unterschied gibt. Diese „Als-Ob-Haltung“ beinhaltet keine Täuschung, sondern eine vorweggenommene Autonomie, vorab investiertes Vertrauen (ebd., S. 95). Dem Zuschauer werden eventuell mehr Kompetenzen unterstellt, als er hat. Zum anderen kann der Moderator den eingeladenen Politikern und Experten unterstellen, dass „sie situationsgemäss, sachgemäss, reversibel, fürsorglich füreinander, redlich und auch gerecht handeln könnten und würden“ (ebd., S. 96). „Dieser Vorschuss an Kompetenz ist das urpädagogische Element, das Sprache, Moralität, soziales Handeln etc. überhaupt erst ermöglicht (ebd., S. 97).

Wichtig ist, an dieser Stelle anzumerken, dass ein Diskurs auch kippen kann. Oser und seine Mitarbeiter schlagen hier den Einsatz der Vetoregel vor. Ggf. wird jemand in der Diskussionsrunde beschimpft, verleumdet u.ä.. Der Diskurs würde nun unterbrochen und die Diskurskriterien nochmals erläutert. Dies kann man sich in einem schulischen Kontext vorstellen; in einer politischen Diskussionssendung am Fernsehen fällt das schwerer.

Anhand der obigen Ausführungen wird deutlich, dass dem Moderator eine Schlüsselrolle zukommt. Er kann stellvertretend Verantwortung für die Anliegen der Bürger übernehmen und den Diskurs mit den Politikern führen. Es handelt sich hierbei um einen „advokatorischen Diskurs“, der „verschoben“ ist. „Verschoben“ deshalb, weil erst das politische Problem auftritt und dann eine Sendung aufgebaut wird. Das heisst, wie bereits im Kapitel 2 (s.o.) erwähnt, das aktuelle politische Leben liefert die Themen für die Sendungen, der „realistische Diskurs“ könnte nachgereicht werden. Zudem wird diese Form des Diskurses, an der nicht alle Betroffenen teilnehmen können als „verkürzter Diskurs“ bezeichnet werden. Anhand des Konzeptes von Oser und Mitarbeiter müsste im vorliegenden Fall anstelle der Lehrperson der Moderator eine „vernünftige Gewichtung von Ereignissen (vornehmen)“ (Oser 1998, S. 99). Erst dann wird entschieden, ob ein Diskurs stattfinden sollte und notwendig ist.

Der Typ des „vollständigen Diskurses“ kann gelernt werden, auch, dass gewisse Prozesse spezifische *Vorbedingungen* benötigen. Es braucht eine Persönlichkeit, zumindest in der Position des Moderators in dem Sinne, dass nicht nur der Diskursprozess organisiert wird, sondern, dass seine ganze Persönlichkeit eingebracht wird. Oser und Mitarbeiter haben diesen Gedanken von Fölsch in Bezug auf die Lehrerpersönlichkeit übernommen (Fölsch 1988, S. 290-298 n. Oser 1998, S. 101). Wenn gefordert werden kann, dass „Ethos“ Teil der Eignungsprüfung für den Lehrerberuf sein soll (Brezinka 1986, S. 169-182 n. Oser 1998, S. 101), kann das m.E. auch für den Beruf des Politikers und des Moderators gefordert werden. Schliesslich haben alle drei Berufssparten, neben zahlreichen anderen, Verantwortung für das Gemeinwohl.

Nun birgt der „Runde Tisch“ auch *Risiken*, da Lösungen brüchig sein können. Hinzu kommt, in der politischen Diskussionssendung sind Lösungen oftmals nicht möglich. Bemühungen können scheitern und manche Politiker können eben uneinsichtig sein. Doch: „Es macht den Reiz des ‘Runden Tisches’ aus, mit ihnen (den Risiken) zu leben und Leben zu gestalten, an ihnen zu lernen“ (Oser 1998, S. 220). Wenn politische Probleme oder schwierige Sachlagen, in denen Verpflichtungsaspekte verletzt worden sind, mittels einer Art (moralischem) Sachwissen, d.h. anhand des „Ethos-Modells“ diskutiert werden können, um moralische Entwicklung zu bewirken, ist es das wert, ein Risiko einzugehen. „Im Grunde genommen ist Ethos, die wacklige und zugleich zähe Fähigkeit, realistische Diskurse zu initiieren, ohne den Aberglauben zu haben, dadurch eine bessere Welt zu schaffen“ (ebd.). Doch wann ist ein Diskurs am „Runden Tisch“ notwendig und wann nicht? Nach Oser liegen vier Kriterien vor, welche

bestimmen, wann ein Diskurs notwendig erscheint: Erstens, wenn erkannt wird, dass die Würde oder Intimität, die „Integrität“ oder das „Gerechtigkeitsempfinden“ eines Menschen verletzt worden ist (Oser 1998, S. 226). So wurde beispielsweise in der Sendung „Tabubrüche: Der Fall Möllemann“ bei *Sabine Christiansen* am 09.06.2002, aufgrund verletzender Aussagen gegenüber einer Parteikollegin (Hildegard Hamm-Brücher) und dem stellvertretenden Präsidenten des Zentralrats der Juden (Michel Friedmann) diskutiert, sowie wegen des Verdachts, es würden von der FDP Wahlstimmen von „Rechts“ gesammelt. Nach diesen Verletzungen hat kein „vollständiger Diskurs“ stattgefunden, sondern ein Meinungs austausch über die Person Möllemann zwischen Nicht-Betroffenen. Ein Moderator kann bei aktuellen politischen Themen entscheiden, ob ein „vollständiger Diskurs“ angebracht wäre oder nicht. Dies beinhaltet das erste Kriterium. Das zweite beinhaltet, dass mehrere Personen betroffen sein müssen und dass das, was zur Diskussion steht, die Gemeinschaft betrifft. Beim dritten Kriterium muss eine Antwort auf die Frage gefunden werden gefunden werden, wer zur Teilnahme befugt ist. Das vierte Kriterium besteht darin, dass eine antagonistische Situation vorliegt in der es Verpflichtungsaspekte auszubalancieren gilt. Es gibt nicht eine Regel für alle Situationen und es soll auch nicht eine Übertreibung der Berufsmoral stattfinden (vgl. ebd., S. 230). Stattdessen ist Expertenwissen (im vorliegenden Fall über den Bereich der Politik) notwendig sowie Kenntnisse der berufsmoralischen Theorie, um entscheiden zu können, welches aktuelle Thema eine mediale Diskussion i.S. des „vollständigen Diskurses“ sein sollte. Welche Verletzungen genau diskutiert werden sollten, müsste noch genauer herausgearbeitet werden. Fälle, in denen das, was dem Bürger versprochen worden ist, nicht eingehalten wird, könnte Anlass für den „vollständigen Diskurs“ geben, damit das Vertrauen in die Politik wiederhergestellt werden kann. Ein Moderator kann entscheiden, ob er die Verantwortung einer bestimmten Situation übernehmen möchte und den Inhalt „vollständigen Diskurs“ vermitteln kann, ehe das Thema im Fernsehen diskutiert wird. „Ist es aber nun so, dass die Formel so einfach scheint, wie etwa, je mehr realistische Diskurse, um so besser für den Staat?“ (ebd., S. 243). Zu dieser Frage hier ausgewählte stichwortartige Antworten:

- Das Fachwissen ist genau so wichtig wie das moralische Wissen und darf am „Runden Tisch“ nicht fehlen.
- Der „Runde Tisch“ entlastet z.B. in Betrieben, in der Politik etc. den Staat und führt zu zunehmenden Selbstregulierung, wobei nicht das Ziel sein soll, dass der Staat nicht mehr eingreift (vgl. ebd., S. 244).

Ein „runder Tisch“, der am Fernsehen dargestellt und durchgeführt wird, kann i.S. eines Vorbildes für moralische Diskussion fungieren. „Politik und Staat sind angewiesen auf diskursfä-

hige Bürger und Bürgerinnen“ (Oser 1998, S. 246) aber auch auf Personen, die in der Politik oder in den Medien tätig sind. Die Diskursfähigkeit kann bereits in der Schule an „Runden Tischen“ geübt werden.

3.4 Resümé

Es wurden in einem ersten Schritt Modelle aus dem Bereich der politischen Philosophie dargestellt, welche einen vergangenen und den gegenwärtigen Zustand von Politik und Diskurs beschreiben. Hannah Arendts Gedanken über die Politik im antiken Griechenland sind heutzutage nicht realisierbar, da nicht jeder Bürger seine Meinung äussern und nicht jede Meinung diskutiert werden kann. Heutzutage findet der politische Diskurs vorwiegend ohne den Bürger statt, der sich seine Informationen v.a. via das Medium Fernsehens einholt. Deshalb hat der mediale politische Diskurs eine zentrale Bedeutung in Bezug auf die politische Meinungsbildung und politisches Verhalten bekommen. Der gegenwärtige Zustand von Politik, den Thomas Meyer (z.B. 1994; 2000) beschreibt, ist davon gekennzeichnet, dass sich Politiker im Fernsehen inszenieren, d.h. Schaupolitik betreiben, die politische Rede keinen argumentativen Gehalt hat, die Menschen ihre politische Sprache, Urteilskraft und den Mut verloren haben, „auf die Bühne der Welt (zu) treten“ (Arendt 1999, S. 219). Nun kann der gegenwärtige Zustand der mangelnden und mangelhaften politischen Diskussion nicht nur kritisiert werden, sondern es sollte auch gedanklich durchgespielt werden, wie der politische und insbesondere der mediale politische Diskurs beschaffen sein könnte. Dies wird einem zweiten Schritt geleistet, indem das „Runde-Tisch-Modell“ von Oser herangezogen wird. Die Frage, wie sich diese Art des Diskurses auf die politische Meinungsbildung auswirkt, bleibt hier offen. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit stehen nicht die Ressourcen zur Verfügung, Politiker, Experten und Bürger in einer Diskussionssendung zu vereinen, sie vorher mit den Regeln des „Runden Tisches“ vertraut zu machen und die Auswirkungen auf die politische Meinungsbildung des Zuschauers zu testen. Es müsste also eine Diskussionssendung nach den Kriterien des „Runden Tisches“ durchgeführt werden: Die Diskussionsrunde müsste dann entstehen, wenn im politischen Prozess eine oder mehrere Personen verletzt worden sind, z.B. wenn Versprechungen von Politikern nicht eingehalten wurden und sich Bürger betrogen fühlen. Politiker, Experten zum Thema und auch betroffene Bürger sollten nach den Standards des „Ethos-Modells“ nun zusammensitzen und versuchen eine Balance zwischen den konkurrierenden Verpflichtungsaspekten – Gerechtigkeit, Fürsorge und Wahrhaftigkeit – zu finden. Hierzu müssen sich die Beteiligten moralisch verpflichtet fühlen, Einsichtsfähigkeit mitbringen und ihr gerechtes und fürsorgliches Verhalten als Teil des eigenen Erfolges sehen. Den

Beteiligten wird die Fähigkeit zu begründen, eine Balance zwischen den Verpflichtungsaspekten herzustellen und verantwortlich handeln zu wollen, unterstellt. Die Fähigkeit zum sogenannten „vollständigen Diskurs“ wird unterstellt, kann erlernt werden und ist deshalb wünschenswert, da er zur moralischen Entwicklung der Diskussionsteilnehmer beiträgt. Da Politik und ihre Verstrickung mit den Medien mit Macht und Geld zu tun hat, kann von einem wünschenswerten „Ethos-Modell“ des professionellen Handelns gesprochen werden. Das Modell wird im Kapitel 5.4.3 nochmals thematisiert, wenn es darum geht, die dargestellten Diskurs- und Argumentationstheorien hinsichtlich ihrer je eigenen Ziele voneinander zu unterscheiden. Hier soll angemerkt werden, dass nicht alle Anforderungen und Ziele des „Runden-Tisch-Modells“ im medialen politischen Diskurs umgesetzt werden können, da Letzteres nicht an Verständigung orientiert sein kann. Medialer politischer Diskurs, der Gegensätze aufzeigen möchte, wäre mit dem „Runden-Tisch-Modell“ überfordert.

Die folgenden Kapitel 4 und 5 zeigen die theoretische Auseinandersetzung bzw. die Suche nach dem Modell und das Aufzeigen des Modells, anhand dessen die Qualität der Argumentation im medialen politischen Diskurs analysiert werden kann.

4 ABWÄGUNG THEORETISCHER UND EMPIRISCHER KONZEPTE ZUR ANALYSE DES MEDIALEN POLITISCHEN DISKURSES

Im folgenden Kapitel werden die zentralen Begriffe – „Argumentation“, „Argument“, „Rhetorik“, „Diskurs“ und „Diskursanalyse“ auf der Basis von diversen theoretischen und empirischen Arbeiten beleuchtet. Zum einen sind dies Arbeiten, die sich mit dem Forschungsgegenstand Argumentation in allgemeiner Art auseinandersetzen. Hierzu werden Autoren Kuhn 1991; Kopperschmidt 2000; Miller 1980a und b; 1981a und b; 1984 aufgeführt. Kuhns Zugang ist ein psychologischer, Kopperschmidt ist ein Sprach- und Kommunikationswissenschaftler und Müllers Arbeit kann an der Schnittstelle zwischen Philosophie und Psychologie lokalisiert werden. Nachdem der Rhetorikbegriff aus philosophischer und psychologischer Perspektive erläutert wird (vgl. Perelman 1980; Billig 1991; Meyer et al. 2000), sollen verschiedene Arten der Diskursanalyse, welche grossenteils von Vertretern der kritischen Psychologie in Grossbritannien vorgenommen werden, dargestellt werden, um sie anschliessend zu kritisieren. Da sich die Diskursanalyse u.a. mit der Analyse des politischen Diskurses befasst, wird im Anschluss an dessen Darstellung ein Überblick über die Forschung zum Thema „politischer Diskurs“ gegeben. Nach dieser Auseinandersetzung soll begründet werden, warum sich das Modell der „transaktiven Diskussion“ von Berkowitz und Gibbs (z.B. 1979; 1983; 1986) als besonders geeignet für die Analyse des politischen Diskurses erweist.

4.1 Zur Klärung wichtiger Begriffe

4.1.1 Annäherung an den Begriff der „Argumentation“

Menschen, die argumentieren, befinden sich in einer *sozialen Interaktion* mit einem oder mehreren Menschen. In einer sozialen Interaktion beziehen die Beteiligten ihr Verhalten wechselseitig aufeinander. Die Handlungsorientierung richtet sich nach Erwartungen der Beteiligten, Rollenvorstellungen und Situationsdefinitionen. „Interaktion findet immer schon innerhalb vorgegebener Strukturen von normativen Mustern, Bedeutungssymbolen und Kommunikationstechniken statt. In Argumentationen werden nun diese normativen Muster selbst hinterfragt“ (Schildknecht 1984, S. 7 nach „Meyers enzyklopädisches Lexikon“ 1980). Genauer ausgedrückt, wird der Richtigkeit einer Aussage zugestimmt oder die Aussage widerlegt. Bis zu diesem Punkt kann der Definition „in Meyers enzyklopädischem Lexikon“ zugestimmt werden. In einem zweiten Teil der Begriffserläuterung wird behauptet, Argumen-

tationen seien für Wahrheitsfindung zuständig. Dies könnte für eine ideale bzw. hohe Qualität der Diskussion zutreffen, jedoch nicht auf jede Art der Argumentation z.B. in Bezug auf die politische Argumentation. Zunächst kann festgehalten werden, dass eine Argumentation eine spezifische Form der sozialen Interaktion darstellt, bei der die Redeverhaltensweisen der beteiligten Gesprächspartner fokussiert werden.

Eine etwas differenziertere, jedoch immer noch nicht hinreichende Herangehensweise an den Begriff der „Argumentation“ liefert Kuhn (1991). Sie unterscheidet zwischen sozialem und internalem Argument und beschreibt, was sie unter kompetentem, argumentativem Denken versteht. Im Folgenden wird deutlich, dass die Unterscheidung unklar und eingeengt ist. Dies wird nach der Darstellung von Kuhns Begriffen diskutiert.

Soziales und internes Argumentieren

Eine Argumentation kann ganz einfach so definiert werden, dass es sich um eine Behauptung mit anschließender Rechtfertigung handelt oder als eine Art und Weise nachzudenken, um die Richtigkeit oder Falschheit von etwas Bestimmten aufzuzeigen (ebd., S. 12 nach dem American Heritage Dictionary). Eine geläufigere Definition wäre die Nebeneinanderstellung von zwei gegensätzlichen Behauptungen, meist in einem Dialog zwischen zwei Menschen mit gegensätzlichen Sichtweisen, welche den Standpunkt des anderen mit Gegenbeweisen widerlegen. Kuhn unterscheidet zwischen einer rhetorischen Argumentation und einer dialogischen Argumentation; beide Arten hängen eng zusammen. In einer *dialogischen Argumentation* muss wenigstens die Gegensätzlichkeit zwischen zwei Behauptungen erkannt werden, um anschließend Beweise aufzuführen. Im Idealfall sollten die Beweise hinsichtlich ihres Verdienstes in Bezug auf den Gegen-Standpunkt in einer integrativen Evaluation abgewogen werden, um zu einer Lösung zu kommen. Die *rhetorische Argumentation* beinhaltet die gleichen Fertigkeiten in einer impliziteren Form, d.h. es beinhaltet zudem die Fähigkeit sich vorzustellen, dass die eigene Behauptung auch falsch sein könnte, was zu einem Abwägungsprozess führt. Dies bezeichnet Kuhn als „reasoned argument“ (ebd., S. 12), zu übersetzen als logische, vernünftige Argumentation. Jemand, der „vernünftig argumentieren“ kann verfügt über die Fertigkeit, neue Beweise in seine Behauptung in den Abwägungsprozesses zu integrieren, neue Beweise, die nicht dominieren oder das vorher Gesagte zerstören. „Vernünftiges Argumentieren“ beinhaltet immer auch das dialogische Argumentieren. Die Art des Denkens, welches mit dem rhetorischen Argumentieren verbunden wird, bezeichnet im Kern das was reflexives Denken bedeutet. Kuhn sieht die Wichtigkeit der Unterscheidung dieser beiden Argumentationsarten darin, dass zum einen das informelle Denken mittels dialogischer Ar-

gumentation konzeptualisiert werden und zum anderen das weniger external beobachtbare rhetorische Argumentieren und seine Rolle beim Denken untersucht werden kann. Der hier verwendete Rhetorikbegriff ist äusserst eng gedacht (s.u. Kapitel 4.1.4, Ausführungen über „Rhetorik“). In der Definierung der beiden Begriffe fehlt der explizite Hinweis darauf, dass das eine in das andere übergehen kann. Während sozialem Argumentieren kann auch internes Argumentieren stattfinden. Die einfache Unterscheidung, Menschen können external und internal argumentieren, erscheint zu einfach.

Das Nachdenken über eigene Gedanken

Hier geht es um die Beschaffenheit von kompetentem, vernünftigem Denken, d.h. die Fähigkeit über seine eigenen Gedanken nachzudenken, als wären sie ein Objekt des Denkens. Ohne diese Fähigkeit würden Überzeugungen zwar organisiert und interpretiert, jedoch nicht immer wieder gerechtfertigt werden. Kuhn weiss, dass sie nicht die Erste ist, die in der Idee der Reflektierung der eigenen Gedanken eine besondere kognitive Leistung sieht. Bereits Denker wie Platon, Sokrates, Dewey und Piaget haben darauf verwiesen. Kuhns Interesse gilt besonders der Fähigkeit und Unfähigkeit der Metareflexion, welche einen neuen Forschungsgegenstand bzgl. der Analyse von Argumentationen darstellt. Ihre Forschungsarbeit gilt besonders der argumentativen Diskussion, seine Kriterien und kognitiven Voraussetzungen der kompetenten Argumentation.

Zur Abgrenzung der eigenen Arbeit

Hier soll nicht weiter auf Kuhns Arbeit eingegangen, sondern herausgestrichen werden, was aus ihrer Arbeit für meine Arbeit nutzbar gemacht werden sollte und wo die Differenzen liegen. Kuhn analysiert nicht tatsächliche Diskussionen. Stattdessen führen in Kuhns empirischer Arbeit Untersucher die zu untersuchenden Personen darauf hin, sich z.B. Gegenbeweise zu überlegen und über die eigenen Gedanken zu reflektieren. Im Gegensatz dazu werde ich politische TV-Diskussionsrunden hinsichtlich verwendeter Argumentationsstrategien von Politikern und Experten analysieren und kann nicht von der sokratischen Mäeutik ausgehen. Kuhns Begriff der „rhetorischen Argumentation“ wird für die Überarbeitung und Erweiterung der Theorie der transaktiven Diskussion nutzbar gemacht (s.u. Kapitel 5). Der Begriff „Rhetorik“ wird jedoch präziser definiert (s.u. Kapitel 4.1.4).

Nun soll der Argumentationsbegriff aus dem Blickwinkel des Sprach- und Kommunikationstheoretikers Josef Kopperschmidt erläutert werden, da er weiteren Aufschluss über den Inhalt des Begriffs geben kann.

4.1.2 Der Argumentationsbegriff aus sprach- und kommunikationstheoretischer Sicht

Kopperschmidt legt ein Grundlagenwerk der Argumentationstheorie vor, in dem er den Gegenstand unter Bezugnahme von Theorien von etablierten Philosophen wie Jürgen Habermas darstellt und diskutiert – weshalb, wie und wann Menschen argumentieren und welche Systematik sich hinter Argumentationen verbirgt.

An dieser Stelle soll zusammengetragen werden, was aus sprach- und kommunikationstheoretischer Sicht unter „Argumentation“ verstanden wird: „Argumente“ werden als *Vernunftsgünde* bezeichnet (Kopperschmidt 2000, S. 7). Kopperschmidt (2000) behauptet, Menschen argumentieren nur, wenn sie müssen, da argumentieren eine viel zu anstrengende Sache sei (vgl. ebd., S. 8). Zudem betrachtet er Argumentation als „gesellschaftliche Kulturleistung“, mit deren Hilfe das gesellschaftliche Zusammenleben zivilisiert werden kann. Menschen müssen sich die komplexen Voraussetzungen dieser „fragilen Kulturleistung“ immer wieder bewusstmachen und diese pflegen (ebd., S. 8). Bemerkenswert ist die Aussage von Kopperschmidt, dass er seine Argumentationstheorie als „transdisziplinäres Forschungsprojekt“ versteht, „das nach den Bedingungen gewaltfreier Verständigung fragt“ (ebd., S. 9). Bemerkenswert deshalb, weil die Forderung laut wird, Menschen sollten eine bereichsübergreifende symmetrisch verlaufende Sprache entwickeln (können) – eine Forderung, welche in der vorliegenden Arbeit aufgegriffen wird, i.S. einer Forderung nach einer Diskussionsform auch im Bereich des öffentlichen medialen politischen Feldes.

Historisch gesehen, so Kopperschmidt, ging es beim Argumentieren schon immer um das „pragmatische Bedürfnis nach sozialer Selbstbehauptung“ und nicht um Wahrheitsfindung (ebd., S. 10). Bei den Sophisten wurde Wissen und Redenkönnen als lehrbare und käufliche Güter gehandhabt. Dies als Randbemerkung, welche hier nicht weiter vertieft werden kann (s.u. Kapitel 4.1.4.3 Abriss des geschichtlichen Hintergrunds Rhetorik).

Was kann unter „Diskurs“ im Zusammenhang mit Argumenten verstanden werden? Nach Habermas werden im Diskurs nichts anderes als Argumente erzeugt, da es um „Geltungsansprüche bzw. um deren argumentative Sicherung geht“ (ebd., S. 48). Was leisten Diskurse? „Sie sichern die Geltungsbasis kommunikativen Handelns und damit die Verständigungschancen einer Gesellschaft“ (ebd., S. 49); es geht auch um Kooperationsmöglichkeiten, die der Diskurs bietet, in einer Gesellschaft, wo Menschen sich nicht auf gemeinsam geteiltes

Wissen verlassen können und Normen nicht verbindlich sind. Kopperschmidt beantwortet die Frage, warum Menschen argumentieren mit eben dieser Aussage, dass die Gesellschaft der Moderne nur überleben kann, wenn Diskurse geführt werden.

Im Folgenden werden einzelne Elemente zur Differenzierung des Begriffs „Argument“ nebeneinander gestellt. Kopperschmidt (2000) unterscheidet allgemein hinsichtlich Typen von Gründen für Argumentationen – Ursachen, Motive, Argumente – und Qualitäten – wirksam, richtig, überzeugend. Die Güte von Argumenten liegt in ihrer Überzeugungskraft. Wichtig erscheint die Differenzierung zwischen „überreden“ und „überzeugen“ (ebd., S. 52). Wird jemand überredet, so werden die Geltungsgründe des Gegenübers geringer als die eigenen bewertet, Überzeugen hat eine für die Argumentation ursprüngliche Bedeutung. „Jeder, der argumentiert, muss für seine eigenen Argumente Überzeugungskraft beanspruchen, weil dieser Anspruch zum originären Sinn argumentativen Redens gehört“ (ebd., S. 53). Kopperschmidt nennt fünf Bedingungen argumentativer Überzeugungskraft – Gültigkeit der Sprechhandlung, Eignung der Argumente, problemspezifische Relevanz, Glaubwürdigkeit des Sprechers und Plausibilitätsressourcen (die Argumente müssen zum Profil der Kernaussage passen). Diese Kriterien sind zu unterscheiden von funktionalen Kriterien, aus denen das Kategoriensystem transaktiver Diskussion aufgebaut ist (s.u. Kapitel 5.3.1.2). Kopperschmidts Systematisierung von Argumenten beinhaltet drei Typen. Die Typologisierung bezieht sich auf folgende Kriterien: funktions- und rollenspezifische, bereichs- und problemspezifische und formspezifische Argumente. Die Funktion eines Arguments kann z.B. eine Behauptung oder eine Schlussfolgerung sein. Die Transaktionsebenen von Berkowitz (1986) können als Funktionen, aber auch als Formen von Argumenten bezeichnet werden. Betreffend des Kriteriums der Bereichs- und Problemspezifität beruft sich Kopperschmidt auf Nietzsche, der die Meinung vertreten hatte, dass es keine moralischen Probleme gibt, sondern nur eine moralische Interpretation solcher Phänomene; diese Interpretation ist aussermoralischen Ursprungs. Kopperschmidt präzisiert diesen Gedanken: Ursprünglich amoralische Sachverhalte werden anhand moralischer Kategorien beschrieben, was nicht auf eine persönliche Entscheidung zurückzuführen ist, „sondern weitgehend soziokulturell, historisch, situativ, themenspezifisch usw. konventionalisiert“ (ebd., S. 113) ist.

Bei der Reflexion über ein bestimmtes Problem können unterschiedliche Reflexionsniveaus sichtbar werden. An späterer Stelle (s.u. Kapitel 5.2.2) wird Osers Untersuchung des moralischen Urteils in Gruppen vorgestellt. Hier soll erwähnt werden, dass Osers Entscheidung von

Ebenen der Interaktion den kopperschmidtschen Standpunkt differenzierter betrachtet. Oser unterscheidet erstens die funktionale und zweitens die analytische Perspektive. Erst auf der dritten Ebene, der normativen, und der vierten, der philosophischen Ebene, werden Lösungsvorschläge und Fakten in der Gruppendiskussion hinsichtlich moralischer Kategorien evaluiert. Nach Kopperschmidt werden moralische Probleme mit moralischen Argumenten gelöst; sprachliche gesehen gehören Argumente und Probleme derselben Kategorie an. Jedoch ist die Rolle, die Aussagen in Argumentationen funktional spielen, bereichsunabhängig (Kopperschmidt 2000, S. 114ff).

Luhmann verwendet den Begriff der „Binärcodes“ (Luhmann 1988, S. 40ff zit. n. Kopperschmidt 2000, S. 118), die sich in den verschiedenen Subsystemen der Gesellschaft, wie Moral, Recht etc., ausgebildet haben und nur in den jeweiligen Bereichen zu dekodieren sind. „Wer etwa die Wirtschaft beeinflussen oder auch nur irritieren will, muss die Sprache sprechen, die die Wirtschaft versteht, und das ist die ökonomische Sprache von Gewinn und Verlust“ (Kopperschmidt, S. 118). Nun folgert Kopperschmidt, der Code-Pluralismus verlange eine „Pluralisierung der Vernunft“ (ebd., S. 119). Lyotards (1989) Begriff wirft für Kopperschmidt die Frage auf, wie denn Handeln in diesem zahlreichen Nebeneinander „im Reich der Rationalität“ rational möglich sein soll. Kopperschmidt spricht zudem von der Gefahr mangelnder Integrationsfähigkeit, die in der Gesellschaft gegeben ist. Habermas fordert eine „multifunktionale Umgangssprache“, i.S. eines Verständigungsmediums für eine moderne funktional differenzierte Gesellschaft (Habermas 1972, S. 168ff zit n. Kopperschmidt 2000, S. 120). Es braucht die „kommunikative“ bzw. „diskursive“ Vernunft. Mit den Worten von Welsch (1988) ausgedrückt geht es um die „transversale Vernunft“ und nach Apel und Kettner (1996) geht es um die eine Vernunft, die viele Rationalitäten zur Geltung bringen kann (Kopperschmidt 2000, S. 121 n. Apel und Kettner 1996). Diese theoretischen Konzepte können als weit entwickelte Diskussionsfähigkeiten bezeichnet werden. Die habermassche Forderung nach Multifunktionalität der Sprache i.S. eines „realistischen Verständigungsmediums“ steht für eine weit entwickelte Diskussionsfähigkeit in der nicht nur „Ego mit Alters Argumenten operiert“ (z.B. Berkowitz 1986), sondern zudem bereichs- bzw. problemunabhängig diskutiert werden kann. Im empirischen Teil der vorliegenden Arbeit kann diese Fähigkeit nicht untersucht werden (s.u. Kapitel 6.3 Methode).

Kopperschmidt (2000) ergänzt seine Typologie von Argumenten (1. Funktion und Rolle, 2. Bereich und Problem und 3. Form) um die argumentierende Person selbst. So spielen z.B.

Alter, soziale Herkunft und Geschlecht sicherlich eine entscheidenden Rolle hinsichtlich der Art und Weise, wie Menschen argumentieren. Diese Aspekte, welche zur Systematisierung von Argumenten dienen, werden im empirischen Teil der vorliegenden Arbeit weitgehend berücksichtigt.

Kopperschmidt (2000) versteht unter dem Kriterium der Form, welches er als dritten Typ von Argumenten bezeichnet, „eine argumentative Heuristik, in der Geltungsbeziehungen geklärt werden“ (ebd., S. 126f) bzw. Plausibilitätsdifferenzen besprochen werden. So kann ein Argumentationsmuster z.B. so aussehen, dass sich Person A Argumenten bedient, die sie sich von Person B vorgeben lässt. Im Zusammenhang mit meiner Arbeit über die Art und Weise, wie Politiker mit den Argumenten der Gegenüber in politischen TV-Diskussionssendungen operieren, wird die Form einer Argumentation anhand des Kategoriensystems von Berkowitz und Gibbs (z.B. 1986) analysiert.. Die beiden Forscher entwickelten ein Kategoriensystem mit 18 Transaktionsebenen (s.u. Kapitel 5.3.1.2). So kann z.B. mit dem ersten Transakt ein Argument neben ein Argument des Gegenübers gestellt werden (Juxtaposition) oder mit dem 17. Transakt vergleichende Kritik angebracht werden. Bevor das Modell der transaktiven Diskussion eingehender erläutert wird, sollen weitere begriffliche Unterscheidungen thematisiert werden: „Argument“ und „Argumentation“.

4.1.3 Zur Unterscheidung von „Argumentation“ und „Argument“

An dieser Stelle sollen die Erläuterungen von Max Miller (z.B. 1980a, b; 1981a) über den Argumentationsbegriff eingefügt werden. Seine Analysen von Argumenten und Argumentationen im Hinblick auf Moralentwicklung werden an späterer Stelle ausgeführt werden (s.u. Kapitel 5.2.1). Seine Definitionen der Grundbegriffe – „Argument und Argumentation“ hinsichtlich Struktur und Inhalt sind präzise und aufschlussreich für die vorliegende Arbeit.

„*Argumentation*“ stellt eine besondere Art sprachlicher Handlung dar, die beginnt, wenn Menschen sich uneinig sind, i.S. einer Methode zur Lösung zwischenmenschlicher Probleme der Verständigung. „Wenn beispielsweise Kinder einen Dissens auf Gründe zurückführen können, wenn sie somit nicht mehr lediglich ihre Fäuste sondern auch ihre Überzeugungen kommunikativ zur Geltung bringen können – und sei es auch nur zur gemeinsamen Identifizierung eines Konflikts, so beherrschen sie bereits eine elementare Methode zur Lösung interpersoneller Koordinationsprobleme“ (Miller 1984b, S. 220).

Persönliche Argumentationen (Antworten) auf strittige Fragen führen zum Aufbau einer gemeinsamen Antwort. Die Koordination aller Argumente bis hin zur gemeinsam akzeptierten Antwort bezeichnet Miller als „*Argument*“. Anders ausgedrückt, werden in Argumentationen Argumente entwickelt. Argumentationen können z.B. Einwände, Behauptungen, Fragen oder Zwischenrufe sein. Die abstrakte Struktur des Arguments, bestehend aus logischen Verknüpfungen bzw. Abfolgen von Argumenten, stellt Miller anhand eines Strukturbaumes dar (vgl. Miller 1984b, S. 223). „Wie eine Aussage verstanden und bewertet wird, d.h. in welcher Art sie in die Konsensmenge von akzeptierten Aussagen aufgenommen wird, ist sehr schwierig zu rekonstruieren. ‘Die Kinematik des kollektiv Geltenden’ (ebd.), die Prozesse der Veränderung der Menge der von den Teilnehmern einer Argumentation gemeinsam akzeptierten Aussagen, vollzieht sich weitgehend unterhalb der Schwelle manifest beobachtbarer, sprachlich explizierter Prozesse und wird dennoch durch Prozesse der sprachlichen Kommunikation gesteuert“ (Miller 1980a, S. 71 zit. n. Schildknecht 1984, S. 38). Kinder zeigen mit Bemerkungen wie z.B. „Ja, aber“ oder „aber dann“, ob sie pro oder kontra argumentieren. Erwachsene haben die (kognitive) Möglichkeit, sich meta-argumentativ zu äussern, um damit Koordinationsprobleme zu beseitigen.

Nach Miller stellt das *Ziel* der Argumentation die Einigung dar; hierfür stellt er drei *Prinzipien* des „rationalen Konsens“ auf – Prinzip der Verallgemeinerung, der Objektivität und der Wahrheit – welche er als Bedingungen einer „idealen Sprechsituation“ bezeichnet, ein Begriff den Jürgen Habermas geprägt hat (s.o. Kapitel 2.1 im Exkurs deliberative Demokratie).

Wenn das Thema politischer Diskurs behandelt wird, so liegt der Begriff der Rhetorik stets nahe. Seine Klärung erweist sich deshalb als notwendig.

4.1.4 Rhetorik

4.1.4.1 Präsentation einer eigenen Definition von Rhetorik mittels Exklusion

In der vorliegenden Arbeit soll der Begriff der Rhetorik dem einer entwickelten Argumentationsfähigkeit gegenübergestellt werden (s.u. Kapitel 5.4.2). Auf der Basis des Studiums der Werke zum Thema der Rhetorik, v.a. von Perelman (1980), Billig (1991) und Meyer et al. (2000) wurde eine eigene Definition von politischer Rhetorik erarbeitet, die hier vorgestellt wird:

Politische TV-Rhetorik beinhaltet bestimmte Techniken der persuasiven Rede, mit dem (persönlichen) Anliegen, intellektuelle und/oder emotionale Zustimmungen seitens der Zuhörer zu erreichen, indem der Redner *sich auf (anscheinend) valide Argumente beruft, gut gelernte Argumente anbringt* (Cicero 1959 De Inventione, I, VII n. Billig 1991, S. 56), *Stilfiguren verwendet* (Wiederholung, Amplifikation, Häufung von Details mit Synthese am Schluss, Synonymie, oratorische Frage, Prolepsis und Hypotypose) und Rat zum Handeln erteilt (Aristoteles 1980 n. Meyer 2000, S. 142), ohne Gewissheiten verschaffen zu können (Perelman 1980).

Ob diese Definition auch für medial vermittelte politische Rhetorik gelten kann muss in Frage gestellt werden (s.o. Kapitel 2). Hier, eine stichwortartige Erläuterung derjenigen Stilfiguren, die erklärungsbedürftig sind.

- Amplifikation „zerlegt zur Erzeugung von Präsenz ein Ganzes in seine Teile“ (ebd., S. 45)
- Bei der Häufung wird mit der Aufzählung von Elementen begonnen und mit einer Synthese geschlossen.
- Synonymie bedeutet, dass das Gleiche auf verschiedene Art wiederholt wird, um die Richtung zu korrigieren. Im Gegensatz zur Wiederholung, bei der auf einem Aspekt insistiert wird, wird bei der Synonymie ein Aspekt herausgestrichen. Mit Wiederholung ist hier nicht gemeint, dass der Zuhörer das Gesagte nicht verstanden hat und der Redner deshalb etwas Gesagtes wiederholt.
- Auf eine oratorische Frage kennt der Redner bereits die Antwort.
- Prolepsis bedeutet, dass der Redner Einwände anbringt, die von ihm selbst sofort widerlegt werden.
- Die Redefigur der Hypotypose, „die Dinge auf eine Weise darstellt, als entwickelte und ereignete sich die Sache unmittelbar vor unserem Auge“ (Rhetorik ad Herennius, 4. Buch, §68 zit. n. Perelman 1980, S. 46), kann schwerlich operationalisiert werden, da es eine zutiefst subjektive Kategorie darstellt.

Die Definition von Rhetorik soll an dieser Stelle so stehen bleiben. Es wird deutlich (und auch an den folgenden Ausführungen über Fähigkeiten von Rhetorikern, s.u. Kapitel 4.1.4.4), dass rhetorische Fähigkeiten im Datenmaterial der vorliegenden Arbeit kaum zu finden sein sollten (s.u. Kapitel 2 und 3 Auseinandersetzung mit Kritiken des medialen politischen Diskurses).

Der neben anderen Themen dort bereits angesprochenen Zusammenhang zwischen Theater und Politik wird von Billig im Zusammenhang seiner Abhandlung über Rhetorik kritisiert.

4.1.4.2 Zum Zusammenhang zwischen Rhetorik und Metaphern des Theaters und des Spiels

Michael Billig vertritt die Meinung, dass zwischen den Inhalten von Lehren über Rhetorik (z.B. der Sophisten im antiken Griechenland) und zeitgenössischen sozialpsychologischen Theorien (z.B. Rollentheorie) grosse Ähnlichkeiten bestehen. Seine Analyse der Rollentheorie beinhaltet wichtige weiterführende Gedanken zum zweiten Kapitel (s.o.), in dem Politiker als Schauspieler beschrieben werden, welche die Medien zum Machterwerb und -erhalt nutzen, also „inszenierte Politik“ betreiben. Im folgenden Unterkapitel wird erläutert, weshalb die Metapher des Theaters und des Spiels, zwei Theorien, die in der Sozialpsychologie als Erklärung für das soziale Leben verwendet werden, mangelhaft sind. Es kann vorweggenommen werden, dass beide Theorien den Aspekt der Argumentation im Sozialen vernachlässigen. Rhetorik hat mit Argumentation zu tun, was im Unterkapitel 4.1.4.3 (s.u.) thematisiert wird.

Zum Zusammenhang von Rollen, Regeln und Argumentation

Rhetorik wird in psychologischen Theorien mit einer Theateraufführung und/oder einem Spiel wie Tennis oder Cricket verglichen. Wenn zum Beispiel Rhetorik als reines Theater kategorisiert wird, dann geht es im nächsten Schritt darum, zu beschreiben, wie Redner ihre Rollen spielen und wie sie sich in der Öffentlichkeit präsentieren (vgl. Billig 1991, S. 9). Bei dieser Sichtweise bleibt die Gegenseite der Metapher unbeachtet. Billig bezieht sich hier auf den rhetorischen Ansatz von Protagoras, den des Gegenarguments, welcher im anschliessenden Unterkapitel erläutert wird. Kurz erwähnt sei hier der Grundgedanke des Gegenarguments: Ein Spiel kann auch als ein rhetorisches Argument betrachtet werden. In der Welt des Theaters und des Spiels existiert eine argumentative Dimension, „(...) if one psychological principle appears reasonable, then try reversing it, in order to see whether its contrary is just as reasonable. This very guideline represents a foretaste of the rhetorical approach of Protagoras (...)“ (ebd., S. 11). Die Theatermetapher stellt das Leben als Schauspiel hin, in dem Reden, Gestik, die Art und Weise, wie eine Szene eingeleitet oder verlassen wird, die Maske etc. überlegt und einstudiert sein muss. Das Konzept der Rolle und die Erwartungen, von denen wir glauben, dass andere diese an uns haben, sind der Motor für die Performanz. Wenn Menschen alle Schauspieler sind, dann müssen sie einem Skript folgen, welches die Handlungen koordiniert.

Dass Menschen in ähnlichen Situationen ähnlich handeln, verfügen sie nach sozialpsychologischen Theorien über ein allen gemeinsames Skript, eine kognitive Anleitung zum Handeln, welche nach Rom Harré Spielraum für eigene Interpretation zulässt (ebd., S. 13). Harré untersucht die Wichtigkeit des Skripts in der Metapher des Theaters. Die Ausführung (engl. performance) des Skripts wird weitgehend durch das Skript vorgegeben, obwohl die Akteure und die Produzenten das Skript interpretieren. Das tägliche Handeln i.S.v. Auftreten ist durch das Befolgen und Lernen von Skripten gekennzeichnet (vgl. Harré 1979, S. 192 n. ebd.). Menschen verfügen über zahlreiche gespeicherte Skripts, welche in verschiedenen sozialen Situationen unterschiedlich koordiniert werden. Doch das Spielen von Rollen beinhaltet Spannungen: Ein Rollenkonflikt kann dann entstehen, wenn ein Akteur zwei Rollen gleichzeitig spielen muss. Beispielsweise treten in politischen Diskussionssendungen bzw. Theateraufführungen Politiker in der Rolle der Privatperson auf, die spontan und natürlich wirken und aber auch unterhalten sollte (vgl. Dörner 2001 über das kommunikative Paradox in der Talk-Show; s.o. Kapitel 2). Zudem treten sie in der Rolle des Vertreters der Partei X auf, um die Interessen ihrer Partei zu vertreten. Interrollenkonflikte, z.B. zwischen der Rolle der Mutter und Rolle der Arbeiterin, können mehr oder weniger inkompatible Anforderungen beinhalten. Die dritte Rolle – die arbeitende Mutter oder der Politiker – kreiert ein eigenes Skript mit eigenen Anforderungen und Erwartungen, welche Spannungen hervorrufen können. Wie bereits erwähnt, erweist sich die Theater-Metapher als unzureichend, da sie den Aspekt der Argumentation zu wenig berücksichtigt. „Ordinary life might resemble a theatrical performance, but there must be differences, otherwise we would not be able to distinguish a genuine theatrical performance from a metaphorical one” (Billig 1991, S. 14). Wenn die ganze Welt eine Bühne ist, was passiert hinter der Bühne? Alles, was Schauspieler auf der Bühne spielen, wurde vorher besprochen. Diese Konversationen hinter der Bühne sind auf der Bühne nicht erwünscht. Erst hinter der Bühne sind Argumente möglich und wahrscheinlich.

In der Metapher „das Leben als Spiel“ geht es weniger um den Aspekt „Spas haben“ als um die Spielregeln. Die Person, die ein Spiel spielt, befolgt gewisse Regeln und strebt den Gewinn des Spiels innerhalb des gesetzmässigen Rahmens an. Da Menschen im Alltagsleben sozialen Regeln folgen, bezeichnen Sozialpsychologen den sozialen Spielteilnehmer als Regelbefolger. Auch in dieser Metapher wird der argumentative Aspekt des sozialen Lebens nicht beachtet. Doch bringt die Ersetzung des Skript-Ansatzes durch den Regel-Ansatz Vorteile: Der Skript-Ansatz muss kritisiert werden, da Menschen ständig neue Skripte kreieren

und nicht nur ein einfaches Skript gespeichert haben. Wichtiger ist die Beachtung der Regeln, die zur Erarbeitung eines Skripts notwendig sind. Menschen verfügen nach diesem sozialpsychologischen Ansatz (Schank 1981 n. ebd., S. 18) über Regeln oder Richtlinien, die uns eine Skizze der Handlung ermöglichen, welche jedoch anstelle einer rigiden Handlungsanleitung die persönliche Ausführung der Rolle ermöglicht. In einem zweiten Aspekt stellt die Metapher des Spiels eine Verbesserung der des Theaters dar, da sie Gewinnen und Verlieren thematisiert. Zum Beispiel beinhaltet eine politische Debatte nicht nur Elemente des Theaters, sondern auch des Gewinnens von z.B. Wählerstimmen.

G.H. Mead verknüpft die Rollentheorie mit der Regel-Theorie. Nach ihm sind sämtliche sozialen Situationen mit Regeln verbunden (sogar die informellste Situation wird durch Regeln geleitet). Mead sieht eine Analogie zwischen dem Ausüben von Rollen und Spielen, da die Gesellschaft wie ein Ballspiel organisiert ist, Individuen kooperieren müssen und dabei die verschiedenen Rollen gespielt werden (Mead 1934, S. 256 n. ebd., S. 19). Der Ansatz der Regel-Theorie ist nicht weit von der Metapher des Theaters entfernt. In beiden Fällen wird der soziale Akteur als ein Folger betrachtet, was eine einseitige Betrachtung darstellt. Regeln können nicht nur eingehalten, sondern auch diskutiert, gedehnt, kreiert oder gebrochen werden. „The game-playing metaphor, with its emphasis upon rule-following, tends to overlook the close connection between rules and argumentation“ (Billig 1991, S. 20). Ein sportliches Ereignis gibt v.a. vor und nach dem Spiel Anlass zur Argumentation (z.B. beim Wetten Abschiessen oder beim Diskutieren über die Fähigkeiten des Schiedsrichters). Während des Spiels geht es in erster Linie um die Ausführung von Regeln und nicht um das Diskutieren von Regeln. Regeln werden und wurden in der Diskussion kreiert. Hierfür braucht es unter den Diskutanten mehr geteilte Auffassungen als auseinandergehende. Diskutierende müssen sich auf eine gemeinsame Sprache einigen, auf die Tatsache, dass einer nach dem anderen sprechen sollte, die Bedeutung von Gesten usw. Trotz dieser Einigungen kann eine Konversation ein wechselseitiges Missverständnis beinhalten. Der Idealfall der „wahren Konversation“ (Gadamer 1975, S. 347 n. Billig 1991, S. 24, Übersetzung N.B.) in der jeder Teilnehmer den anderen versteht, sich dem anderen öffnet, andere Standpunkte als wertvoll akzeptiert und sich in andere Personen so hineinversetzt, dass er versteht, was sie sagen, entspricht dem sokratischen Dialog. Nach Sokrates ist die Konversation nicht dazu da, Punkte wie in einem Spiel zu gewinnen, sondern er wollte mit seinen Diskutanten, im Bestreben ein Thema in der Debatte zu analysieren, kooperieren. Mithilfe geduldiger Fragen versuchte Sokrates herauszufinden, ob die Debattierenden auf dem gleichen Stand seien, während sie sich zusammen disku-

tierend dem Thema annäherten. Durch das Fragenstellen können die Debattierenden sich auf bestimmte Diskussionspunkte einigen. In der Realität wird durch die Diskussion jedoch meistens nichts gelöst und die Diskutierenden beenden frustriert die Argumentation (vgl. Billig 1991, S. 24). Häufig verändert sich der Aspekt, in dem sich die Diskutierenden uneinig waren (es geht dann auf einmal um die Klärung von Begriffsdefinitionen) und der Aspekt, in dem sie sich einig waren kann schnell in Uneinigkeit münden. Das heisst, Diskutierende müssen sich nicht nur auf gemeinsame Regeln einigen. Die Metapher des Spiels vereinfacht den Ablauf von Kommunikation in der Realität, in der jedoch das Ausmass der Nicht-Einigung sehr hoch sein kann.

Argumente haben in der Geschichte der Schaffung von sozialen Regeln einen wichtigen Stellenwert. So wurden beispielsweise Sportregeln zur Vermeidung von Gewalt und Disput während eines Spiels diskutiert und immer wieder mittels Argumentation verändert. Im grösseren Zusammenhang, bei der Entstehung von Gesetzen, haben Argumente bzw. Dispute zu Gesetzen geführt, um eben Dispute zu vermeiden. Nach Meinung von Billig sollte deshalb die psychologische Relevanz von Argumentation erkannt werden. Doch solange die Mehrheit der Psychologen Theorien verwenden, die den Aspekt der Argumentation ausklammern, können sie ihnen auch nicht genügend Aufmerksamkeit geben. Dies rechtfertigt seinen Schritt von der modernen Psychologie in die antike Welt der Rhetoriker, dorthin wo Argumentation im Zentrum des Lebens stand.

4.1.4.3 Abriss des geschichtlichen Hintergrunds

Die Beschäftigung mit dem Thema der Rhetorik führt unausweichlich zur paradoxen Tatsache, dass einerseits Namen wie Aristoteles, Cicero, Protagoras etc. fallen und andererseits Rhetorik den schlechten Ruf der Substanzlosigkeit, Leere und Unehrlichkeit hat (vgl. Billig 1991, S. 32). Vom schlechten Ruf der Rhetorik berichtet auch Perelman (1980, S. 4ff): In der griechisch-lateinischen Antike waren Philosophen und Rhetoriker Rivalen, da die Philosophen betonten, sie suchten die Wahrheit und das kontemplative Leben und die Rhetoriker umgekehrt versuchten im aktiven Leben, v.a. in der Politik, Menschen durch Worte zu beeinflussen. In der letztgenannten antiken Rhetorik, welche v.a. mit Personen wie Aristoteles, Cicero, Quintilian in Verbindung gebracht wird, geht es also um die Kunst des Überredens. Im Gegensatz dazu, ging es in der klassischen Rhetorik (v.a. Frankreich im 18. Jahrhundert) vor-

nehmlich um Redefiguren, um die ausgeschmückte Rede, weshalb die Rhetorik in Verruf geraten ist.

Für Sokrates war Rhetorik nur eine Annäherung an den Mob und vergleichbar mit Kochen, „eine Beschäftigung, die sich als eine Kunst verkleidet, aber meiner Meinung nach nicht mehr als eine Fähigkeit ist, welche durch Routine erreicht wird“ (Billig 1991, S. 33, Übersetzung N.B.). Der Glaube, dass Rhetorik wenig Klugheit und nur Wortklimpereie beinhaltet, wird von Billig mit der heutigen Meinung gegenüber der Werbung gleichgesetzt (vgl. ebd.). Die Vorurteile entstammen v.a. der Zeit ab dem 17. Jahrhunderts als Lehrer der Rhetorik vorwiegend Übermittlung und Gestik betonten. Es zählten die Ausschmückung der Sätze und der Gebrauch von Metaphern. Der Rhetorikbegriff, die in der vorliegenden Arbeit bearbeitet wird, geht hauptsächlich auf die antiken Lehren von Aristoteles, Cicero und Quintilian zurück, in denen der Aspekt der Argumentation im Zentrum steht. Der historische Rückblick beginnt vor Aristoteles, bei den Sophisten, von denen Protagoras den argumentativen Geist der Rhetorik ausdrückt. 467 v.Chr. vertrieben die Bewohner von Syrakus auf Sizilien ihren tyrannischen Anführer und beschlossen, durch öffentliches Vortragen einzelner Fälle der Landenteignung, demokratische Lösungen zu finden. Aufgrund der Tatsache, dass die Mehrheit sich in der Schilderung von Nebensächlichkeiten verlor, bestand die Notwendigkeit, professionelle Reden einzusetzen, anhand derer sichergestellt war, dass auf Gegenargumente reagiert werden konnte. Nach Quintilian waren Tisias und Corax die Vorläufer der Rhetorik (vgl. ebd., S. 35). In Griechenland verbreiteten sich die Rhetoriker im fünften Jahrhundert, ohne genau bestimmbarer Grund. Athen bot guten Rednern, die gerne an Disputen teilnahmen, Arbeit an. Es formierte sich die Gruppe der Sophisten, Persönlichkeiten, welche aus verschiedenen Gegenden stammten (z.B. Protagoras von Abdera und Gorgias von Leontini, Sizilien) und junge Männer trainierten, die an einer Karriere im öffentlichen Leben interessiert waren. Es wurden Kenntnisse von Sprache, Reden und praktische Fähigkeiten wie z.B. das Reagieren auf einen Angriff vermittelt.

Das Wort „Sophist“ ist negativ behaftet, wie das der „Rhetorik“, da den Sophisten nachgesagt wurde, dass sie als Ausländer den Athenern ruinieren und ausnehmen. Der Grund für diesen Nachruf könnte auch darin gelegen haben, dass die Sophisten gut bezahlt worden sind. Sie waren nicht nur Lehrer, sondern zeigten ihre Fähigkeiten im Gerichtshof, in kaufmännischen Angelegenheiten und zur Unterhaltung der Menge. In öffentlichen Debatten, die teilweise auch Wettkampfcharakter aufwiesen, ging es nicht nur um Selbstinszenierung, wie Kritiker

bemerkten, sondern auch um das Argumentieren über wichtige Angelegenheiten (Billig 1991, S. 39).

Der Sophist Protagoras teilt den Diskurs erstmalig in Gebete, Fragen, Antworten und Befehle ein. Auch geht das „Sokratische-Fragen-Stellen“ auf ihn zurück sowie die Anfertigung einer Liste von allgemeinen Argumenten, welche in bestimmte Reden eingefügt werden können. Billig bezeichnet Protagoras' Idee der Zweiseitigkeit des menschlichen Denkens als seine innovativste Idee. In jeder menschlichen Angelegenheit (z.B. Glauben an die Existenz von Gott; Wahrnehmung vom Wetter; Beurteilung von Gut und Böse) können Pro- und Contra-Argumente aufgeführt werden. Für den Bereich der Rhetorik bedeutet Protagoras' Maxime, dass die Wichtigkeit von Widersprüchen Aufmerksamkeit verlangt. Bereits das Wort „Argument“ birgt das Potential der Widersprüchlichkeit, denn es steht einerseits für das Individuelle und andererseits für das Soziale. Ersteres bezieht sich auf die Artikulation eines Standpunkts, wobei das Individuum eine Kette von Begründungen anfertigen kann. Letzteres beinhaltet den Disput zwischen Menschen. Da es nach Protagoras immer zwei Seiten eines (individuellen) Arguments gibt, sind das individuelle und das soziale Argument miteinander verbunden. Es besteht zudem eine linguistische Verbindung. „Antilogos“ wird vom Griechischen hergeleitet und bedeutet eine Methode der Argumentation, bei der entgegengesetzte Positionen in ihrer Beziehung zueinander untersucht werden. „Logos“ steht nicht nur für „Wort“ sondern auch in einem weiteren Sinn für „Wörter produzieren“ und „Diskurs, Rede, Sprechen“ (ebd., S. 45). „Anti-Logos“ bezieht sich auf ein individuelles Argument, welches einem anderen in einer sozialen Argumentation gegenübergestellt wird. Jeder „anti-logos“ kann ein „logos“, werden welcher einem weiteren „anti-logos“ gegenübergestellt werden kann. Philosophisch betrachtet gibt es für Protagoras keine absolute Wahrheit, da alles zwei Seiten hat.

Nach Aristoteles gehört zur Rhetorik eine Theorie der Argumentation, der Beredsamkeit und des Redeaufbaus. In dieser sogenannten „aristotelischen Triade“ wird im Gegensatz zu neueren Rhetorik-Abhandlungen nicht nur Beredsamkeit und Tropen zur Rhetorik gezählt (vgl. Genette 1966 n. Perelman 1980, S. 7), sondern auch die Theorie der Argumentation, welche zwei Drittel der Rhetorik ausmacht und bei Logik und Philosophie miteinander verknüpft werden. Eine Figur ist dann argumentativ, wenn das Gegenüber überzeugt wird. Wenn die Rede dies nicht erreicht, so handelt es sich lediglich um eine Stilfigur, um Schmuck. Die amerikanische Forschung über Rhetorik zwischen 1920 und 1980 kümmert sich nicht um solche

Stilfiguren. Hier wird „Rhetorik als Technik der Kommunikation und der persuasiven Rede“ betrachtet (Perelman 1980, S. 8).

Aristoteles unterscheidet zwischen analytischen und dialektischen Schlüssen. Analytische Schlüsse bedienen sich der Mittel der formalen Logik: wenn alle A B sind und alle B C, dann sind alle A C. Da sie auf allgemeinen Wahrheiten basieren, sind sie unpersönlich. Dialektische Schlüsse benötigen Akte des Überzeugens und Überredens und werden deshalb als persönlich bezeichnet. Hier geht es unter Philosophen um allgemein Anerkanntes i.S.v. Meinungen, nicht Wahrheiten. Demnach hat Aristoteles der Rhetorik die Dialektik gegenübergestellt, da sich die Dialektik nur an eine Person wendet und Rhetorik an eine grössere Zuhörerschaft. In der neuen Rhetorik gehört gemäss Perelman (1980) Dialektik als besonderer Fall bzw. als Technik der Kontroverse zur Rhetorik, denn es werden alle Arten von Zuhörerschaften zusammengeschlossen.

Nach diesem geschichtlichen Abriss soll nun vertiefend auf das praktische Element der Rhetorik eingegangen werden. Welche Fähigkeiten haben Rhetoriker? (vgl. Kapitel 4.1.4.1, s.o.).

4.1.4.4 Fähigkeiten von Rhetorikern in und ausserhalb der Politik

Politische Rhetorik erteilt nach Aristoteles Rat zum Handeln (Meyer 2000, S. 142) und besteht aus der Einheit Ethos (Charakter des Redners), Pathos (Leidenschaft) und Logos (Rede). Unter dem Einsatz von *Gemeinplätzen* werden Argumente und Schlussfolgerungen glaubhaft gemacht (vgl. Meyer et al. 2000, S. 143, Kursivierung N.B.). Gemeinplätze betreffen Form und Inhalt der Argumentation. Unter Form wird hier verstanden, dass der Redner sein Publikum kennen und argumentative Formen mit ihm teilen sollte (vgl. Billig 1991, S. 196). Der Redner benötigt passende Argumente für gemeinsame öffentlich verbreitete Themen: „...‘common-places’... stands for the common-sense values and notions (Vorstellungen), which ideally should be shared by speaker and audience alike. In this way, the very notion of ‘common-place’ underlies the social nature of rhetoric...“ (ebd., S. 198). Beispielsweise können generelle Aussage über Glück (i.S.v. Wohl), Grausamkeit, Alter und Reichtum gemacht werden. Nach Aristoteles geht es hier um Maximen, die der Rede einen moralischen Gehalt geben: „A maxim is...a general statement, and men are pleased when a sentiment which they already entertain on special grounds is stated in general terms“ (ebd., S. 199). Der Gemeinplatz (oder die leicht einsetzbare Maxime) formt einen Teil des Bewusstseins einer bestimmten Gemeinschaft. Es geht um Meinungen, die generell akzeptiert sind (Aristoteles 1976, 100a

n. Billig 1991, S. 200). Theoretiker der Rhetorik haben oftmals Rhetorik im Sinne von normalem Menschenverstand („common-sense“) oder gemeinsam hochgehaltenen Meinungen definiert. Ein professioneller Redner sollte verschiedene Gemeinplätze vor verschiedenen Zuhörern thematisieren können. Dabei ist es wichtig, dass beide Seiten eines Themas (pro und contra) angesprochen werden (Cicero 1942, S. 109).

Billig unterscheidet zwischen *ästhetischer* und *pragmatischer Rhetorik* mit dem Schwerpunkt auf pragmatischer Rhetorik, da Ersteres meist weniger effektiv ist. „Unfortunately for the aesthetes, in practice the beautiful does not always triumph. The problem was that audiences might not always be most impressed by good taste“ (Billig 1991, S. 51). Pragmatische Rhetorik war immer mit psychologischen Themen verbunden, da ein Redner nur effektiv sein kann, wenn er studiert, wie seine Worte in Bezug auf Meinungsveränderung und emotionale Effekte bei seinen Zuhörern ankommen. Der Redner benötigt psychologisches Wissen über seine Zuhörer und sollte deshalb deren Gedanken und Gefühle studieren. Rhetoriker haben erfolglos versucht, Regeln zu finden, welche in bestimmten Situationen greifen.

Aristoteles unterscheidet zwischen Personen, die Rhetorik praktizieren und denen, die die Prinzipien, welche der Praxis zugrunde liegen, analysieren. Platon verachtet die Erforschung der Rhetorik nicht, sondern professionelle Rhetoriker seiner Zeit, da Letztere den Sieg einer Debatte über die Erlangung von Wissen und Wahrheit stellen. Der praktizierende Redner ist damit beschäftigt ein tatsächliches Publikum zu überzeugen, aber dem Theoretiker ist es ein Anliegen zu verstehen, wie dies möglich ist: Welches sind die verfügbaren Bedingungen? Welches sind die Prinzipien, die zu einer Einstellungsveränderung führen können? Billig erkennt hier sämtliche Themen der modernen Sozialpsychologie wieder (s.o. Kapitel 4.1.4.2 Zum Zusammenhang zwischen Rhetorik und sozialpsychologischen Theorien). *Die Regeln der Rhetorik* sind „common-sense“, nichts Neues oder Geheimes; sie gleichen eher Richtlinien, welche keine Grantie beinhalten „Fortunately for all audience who receive the words of the powerful, there is no evidence that such secret knowledge exists. Nor is it likely that such knowledge is about to be uncovered“ (Billig 1991, S. 72).

Welche *Fähigkeiten* kann ein guter Rhetoriker mit sich bringen? Bereits die antiken Rhetoriker haben immer wieder versucht, ihr Gebiet in Bereiche einzuteilen. Schon zu Ciceros Zeit werden folgende fünf Bereiche anerkannt (Cicero 1959, De Inventione, I, VII n. Billig 1991, S. 56f):

1. *Erfindung*: Hier ging es um die Entdeckung von validen oder anscheinend validen Argumenten, um seinen Fall plausibel vorzutragen. Um die wichtigen Argumente zu finden, musste jede neue Situation analysiert und die Argumente abgewogen werden.
2. *Organisation bzw. Zusammenstellung*: Die überragenden Argumente sollten nicht eins nach dem anderen angebracht, sondern fließend und überzeugend in einen Diskurs eingebaut werden. Die zentralen Ideen mussten gut geordnet und strukturiert werden.
3. *Ausdruck und Stil*: Die Rhetoriker der Antike stritten darüber, ob eine Rede poetisch geschmückt oder einfach simpel und geradeheraus sein sollte. Es wurden Fragen diskutiert; beispielsweise, in wie weit Metaphern eingebaut werden sollten. Manche Kritiker warfen Rhetorikern vor, ihr Stil wäre zu ineffektiv und pompös; eine einfache Sprache könne überzeugender wirken.
4. *Memorisieren*: Im Unterricht über Rhetorik wurde das Training des Auswendiglernens als eine der wichtigsten Komponenten von Rhetorik betrachtet, denn es galt als peinlich, wenn ein Redner vor der Menge stand und nicht mehr wusste, was er sagen wollte (Anmerkung: Das Ablesen von Vorträgen gilt auch heute z.B. in zahlreichen Bereichen der Wissenschaft, Wirtschaft und Politik oftmals als eine Schwäche, den Stoff zu beherrschen).
5. *Übermittlung*: Hierzu zählten die Kontrolle von Stimme und Körper. Das heisst, der Redner sollte anstelle einer flachen Rede, Präsenz durch Betonung und körperlichem Ausdruck vermitteln.

Die Kunst der geistigen Geschicklichkeit bzw. Wendigkeit

Wird die Rhetorik des Inhalts anstelle der Form betrachtet, dann wird der erste Bereich der Erfindung bzw. die Überlegung und Begründung von Argumenten (s.o. Bereiche der Rhetorik) angesprochen. Es geht dabei nicht um die Ausschmückung von Argumenten, sondern um das Argument selbst, das jedoch durch einen erfindungsreichen Redner stilvoll angebracht werden kann. Wie bereits oben erwähnt, geht es bei der Erfindung von Argumenten darum, gute Gründe zu produzieren. Argumentation beinhaltet hier nicht Böswilligkeit und Wutausbrüche. Wut kann Anlass für eine Debatte geben oder während einer solchen aufrechterhalten bleiben, jedoch wird hier Argumentation nicht mit Streit gleichgesetzt. Wenn geschmolzt wird oder Türen zugeschlagen werden, dann ist das Ende der Argumentation zu verzeichnen.

Nach Billig hat sich Forschung zu sehr auf statische Rhetorik konzentriert, indem sie die Effekte von Botschaften, v.a. durch die Massenmedien, untersucht hat. Was fehlt, ist der *Sinn*

der Botschaft, welcher Teil einer Debatte ist, in der die Argumente produziert werden, Anklagen, Gegenanklagen aufkommen. Nach Billig konstituieren Geist und Geschicklichkeit die Kunst des Begründens, „the art of witcraft“: „Wit and craft well express the sorts of skills needed by the inventive rhetorician“ (Billig 1991, S. 83). Geist und Geschicklichkeit sind nicht in jeder Argumentation, Unterhaltung oder Rede vorzufinden. Nicht jede Konversation hat Konsequenzen zur Folge, und nicht jede Konversation ist kontrovers. Politische Reden können geistige Geschicklichkeit aufweisen, da Debatten und Kontroversen – Kriterien der „art of wit-craft“ – Politik überhaupt ausmachen. Politische Rhetorik kann jedoch durch fixierte Rituale festgefahren sein, so dass geistige Geschicklichkeit keinen Platz mehr hat. Dies wird für die Daten der vorliegenden Arbeit, auf Basis der Auseinandersetzung mit der entsprechenden Literatur aus dem Gebiet der Politikwissenschaft und Politischen Philosophie, angenommen. Da Kontroversen Teil jeder politischen Entscheidungsfindung sind, befindet Billig, dass geistige Geschicklichkeit in politischen Entscheidungsfindungsprozessen vorkommt.

Eine geistig geschickte Diskussion bzw. kontroverse Diskussion ist also Teil der politischen Entscheidungsfindung (nicht nur der Entscheidung von Politikern, sondern auch von Menschen, die nicht in der Politik arbeiten), welche einer konsequenzlosen Konversation gegenübergestellt wird. Das Widersprüchliche stellt das zentrale Element des geistigen Handwerks dar. Argumentation als Prozedur, in der eine Begründung formuliert wird, Einspruch erhoben wird und das Gegenargument begründet wird, braucht geistiges Handwerk. Jede Konversation birgt das Potential der Argumentation. Es braucht nur Kritik an einer Aussage geübt und Rechtfertigung angebracht zu werden. In jeder alltäglichen Situation gibt es nur wenige Hindernisse, eine Argumentation zu beginnen. Die Absenz oder geringe Anzahl von Argumentation in den meisten politischen Diskussionssendung könnte z.B. am Konzept der Sendung (Unterhaltung vor Argumentation und Information), am Moderator (dem Widersprüchlichen und Unklaren wird nicht der Raum der Argumentation gegeben), an den Gästen (die vom Konzept der Sendung, dem Moderator und insgesamt den Regeln der Medien beeinflusst werden) bzw. an allen drei Faktoren liegen. Perelmans Analyse der Kontextmerkmale von Argumentation kann hier weiteren Aufschluss geben. Perelman versteht Kontext in einem engeren Sinn.

Der Kontext der Argumentation

Wenn das geistige Handwerk im Kontext der Argumentation stattfindet, so sollten die Merkmale des Kontextes erläutert werden: Die grundlegenden Merkmale sind Rechtfertigung und Kritik. Nach Perelman sind beide rhetorisch miteinander verwandt, da jede Rechtfertigung vorwegnimmt, dass eine nicht gewollte Evaluation dessen, was gerechtfertigt wird, hervor kommt (Perelman 1979, S. 138 n. Billig 1991, S. 87). Perelman sieht den argumentativen Kontext als sozialen Kontext, da Kritik bedeutungslos ist, wenn nicht geteilte Werte und Normen verletzt worden sind.

Der Kontext der Rhetorik i.S. eines argumentativen Kontextes beschränkt sich nicht auf die Beziehung zwischen Sprecher und Publikum. Der Kontext kann die Meinungen, die der Sprecher gegenüber dem Publikum rechtfertigen möchte, beinhalten. Er kann jedoch auch die Gegenmeinungen umfassen, welche implizit oder explizit kritisiert werden. Manchmal vertritt das Publikum diese Gegenmeinungen, welche den Sprecher implizit oder explizit kritisieren. „In modern democracy, politicians sometimes preserve the fiction that their professional opponents can be persuaded” (Billig 1991, S. 89). Politiker sprechen öfter zur “Öffentlichkeit” oder wollen “den Menschen” ihre Vorstellungen mitteilen, wobei sie meistens ihre eigenen Anhänger meinen. Das politische Publikum ist nicht eindeutig auszumachen, da in politischen Reden öfter das Wort „wir“ verwendet wird – „die anderen“ stehen auf der Gegenseite.

Das Konzept der Bedeutung und Angemessenheit:

Bedeutung beinhaltet das, wogegen Rechtfertigungen bzw. Angriffe gestartet werden. Dem Zuhörer muss das soziale Argument bzw. dessen Situierung klar sein. Beim Konzept der Angemessenheit geht es um Gegenaussagen. Nach Protagoras sind in jeder Debatte Gegenargument in unendlicher Anzahl möglich. Bei der Unterscheidung von Logik (Faust) und Rhetorik (offene Hand) verdeutlicht Billig ein zentrales Merkmal politischer Diskussionssendungen, welches auch als Erklärung für mangelndes Eingehen der Politiker auf die Argumente des Gesagten in politischen Diskussionssendungen hinweist: Rhetorik bedeutet hier den Gegensatz zu Dialektik. Da Politiker zu Talk-Shows eingeladen werden, könnte man vermuten, dass ein Thema gemeinsam unter den Gästen (logisch) diskutiert wird. Doch Politiker sprechen zu einem Publikum, mit dem sie in der Regel nicht im Austausch stehen. Von den Sendungen *Arena*, *Sabine Christiansen*, *Zischtigsclub*, und *Berlin Mitte* werden nur bei der ersten Sendung regelmässig Gäste aus dem Publikum hinzugezogen. Bei der zweiten Sendung findet das selten statt. In allen Sendung sprechen die Gäste jedoch zu einem viel weiteren Publikum,

welches nicht im Studio sitzt, sondern vor dem Fernseher. So steht logische Argumentation nicht im Vordergrund, sondern primär das Verhindern, dass das Fernsehpublikum umschaltet, das Inszenieren von Politik und Selbstdarstellung (s.o. Kapitel 2 und 3).

Nun soll ein weiterer und letzter Aspekt von Rhetorik dargestellt werden. Den des Oszillierens zwischen Kategorien und Besonderem.

Kategorisierung und Partikularität

Menschen bilden Kategorien (vgl. Konzept des „kognitiven Schemata“, Erläuterung s.o. Kapitel 2) und können auf Besonderheiten achten. Die Kategorisierung stellt nach Cantor und Schwartz (1982) eine fundamentale Qualität der Kognition dar. Ihre psychologische Wichtigkeit wird ersichtlich in der Tatsache, dass kategorisierende Schemata die Strukturierung des allgemeinen Wissens über Menschen und die soziale Welt erlauben und dieses kohärent machen. Schemata erlauben, dass wir typische Verhaltensmuster sowie eine mögliche Bandbreite in der Variation zwischen Menschen, ihrem Verhalten und ihren Einstellungen erwarten (Cantor et. al 1982, S. 34 n. Billig 1991, S. 122, Übersetzung N.B.). Für andere kognitive Psychologen haben Schemata einen höheren Komplexitäts- und Abstraktionsgrad. Nach Anderson sind Schemata die Organisation von Kategorien, für andere sind es Formen von Kategorien. Da die psychologischen Prinzipien für Schemata und Kategorisierung die gleichen sind, wird hier in Anlehnung an Billig (ebd.) auf Casson (1983) verwiesen, um das Thema zu vertiefen.

Vor allem auf Kategorien zu achten, brachte der (kognitions-) psychologischen Forschung den Vorwurf der Vereinfachung, Einseitigkeit und Bequemlichkeit ein. Diese Kritik kommt von der Forschungsgruppe aus Grossbritannien (z.B. Billig 1997, Potter und Wetherell 1987, Antaki et al. 2002). Der Blick von Kategorien soll auf das Besondere, das Partikuläre gelenkt werden. Billig (1991) bezieht sich auf Protagoras, nach dem Theorien, die in den Kategorien z.B. des menschlichen Handelns erforscht werden, genau so gut umgedreht werden können: „...the broad aim is to show that Protagora’s maxim can be profitably applied to psychological theory (ebd., S. 130)...categorization is equivalent to logos and particularization represents the faculty of anti-logos” (ebd., S. 141).” Nach Billig können bestehende Kategorien anhand von rhetorischen Strategien verändert werden, welche zwischen Partikulärem und Kategorisierung oszillieren. Demnach sollten Politiker über rhetorische Fähigkeiten verfügen, anhand derer sie zwischen Partikulärem und allgemeinen Kategorien hin- und herpendeln und Forscher sollten nicht nur Kategorien erforschen und überprüfen, sondern auch das Dazwischenliegende analysieren. Dieser Vorschlag klingt an sich sinnvoll doch das Verfahren, welches

die Forschungsgruppe um Billig vorschlägt, weist grosse Mängel auf. Im folgenden Kapitel zur Diskursanalyse werden neben diesem Verfahren auch Vorläufer-Modelle dargestellt.

4.1.5 Diskursanalyse und Rhetorik

Im Folgenden werden verschiedene Ansätze der Diskursanalyse vorgestellt sowie das Verfahren der britischen Forschungsgruppe der Universität von Loughborough. Die Autoren Potter und Wetherell (1987), welche dieser Forschungsgruppe angehören, bemerken, dass die Terminologie des Begriffs „Diskursanalyse“ äusserst verwirrend ist. Das liegt wahrscheinlich daran, dass sich Psychologen, Philosophen, Soziologen, Linguisten, Anthropologen u.a. mit diesem Thema beschäftigt haben und kaum Überschneidungen zwischen den Ansätzen zu vermerken sind (vgl. ebd., S. 6). Bereits der Begriff „Diskurs“ wird verschieden verwendet. Manche Forscher verstehen darunter alles Gesprochene und Geschriebene (Gilbert und Mul-kay 1984 n. Potter und Wetherell 1987), andere wenden den Begriff nur auf die Art und Weise, wie Gesprochenes vernetzt wird, an (Sinclair und Coulthard 1975 n. ebd.). Foucault verwendet „Diskurs“, um auf historische Entwicklungen linguistischer Praktiken zu verweisen (Foucault 1972 n. ebd., S.7). Wieder andere Forscher unterscheiden zwischen Diskursanalyse und Konversationsanalyse (Levinson 1983 n. ebd.). Die Übersicht von Keller et al. (2001) hilft Überblick zu bekommen. Zunächst einmal sollte *discourse analysis*, welche aus dem angelsächsischen Raum kommt, mit Gesprächs- oder Konversationsanalyse übersetzt werden. Hier geht es um die Analyse von Kommunikationsprozessen, die „Untersuchung der Organisation von Sprecher- und Themenwechsel“ (ebd., S. 10). Der Ansatz begann sich in den 70er-Jahren zu entwickeln und wird von Wetherell v.a. auf die Konversationsanalyse, aber auch auf die foucaultsche Diskurstheorie bezogen. Potter versucht v.a. einen Bezug zwischen Diskurstheorie und Sozialpsychologie herzustellen (s.u.). Von der Gesprächs- und Konversationsanalyse zu unterscheidende Ansätze sind die Linguistik, Semiotik und Sprachphilosophie, welche v.a. in den 60ern in Frankreich bearbeitet worden sind. Hier geht es um die Bedeutung von Zeichen, Sprache, Sprechpraxis und deren Zusammenhang mit der Entstehung von Ideologien und der Anordnung von Wissen (vgl. ebd., S. 11). Von diesen Ansätzen zu unterscheiden gilt es z.B. auch die *critical discourse analysis* von Fairclough (Universität Lancaster), der eine ideologiekritische Absicht verfolgt, während Wodak (Universität Wien) versucht diesen Ansatz mit der Diskursethik von Habermas zu verbinden.

Da die Ansätze von Potter und Wetherell sich am ehesten mit dem Thema der vorliegenden Arbeit verbinden lassen könnten wird ihnen im Folgenden am meisten Aufmerksamkeit ge-

ben. Sie werden als „Vertreter der qualitativen Psychologie in Grossbritannien bezeichnet, welche dort „einen erheblichen Einfluss ausgeübt (haben)“ (Parker 2000, S. 547). Es geht darum zu zeigen, wie Konversationen konstruiert werden, um deren Inhalt und soziale Einbettung (vgl. Flick 2002, S. 293). Interpretiert werden v.a. alltägliche Gespräche. Potter und Wetherell lehnen sich an Gilbert und Mulkay an d.h., jegliche Formen gesprochener Interaktion – formell und informell – und geschriebene und aufgezeichnete Texte jeder Art, werden unter den Begriff „Diskurs“ subsummiert (Potter und Wetherell 1987, S. 7). Die beiden Autoren grenzen sich von Arbeiten ab, die sich mit der Schnittstelle zwischen Kognition und Diskurs beschäftigt haben (z.B. van Dijk und Kintch 1983) oder in denen auf linguistische Fragestellungen Bezug genommen wird (vgl. Zeitschrift *Advances in Discourse Processes* n. Potter und Wetherell 1987, S. 7) und von Arbeiten von Soziolinguisten, welche die sprachlichen Unterschiede zwischen verschiedenen sozialen Gruppen untersuchen (z.B. Giles 1977 n. ebd.). Die Autoren sehen Ansätze in der Philosophie, Soziologie und Literaturwissenschaft, welche als Vorläuferperspektiven ihres eigenen Ansatzes betrachtet werden. Hierzu zählen Chomskys Ansatz, die Sprechakttheorie, der Ansatz der Ethnomethodologie und der Semiotologie.

Chomskys psycholinguistischer Ansatz

Nach Potter und Wetherell (1987) begann mit Chomsky, ab 1950, Sprache ein Hauptforschungsgegenstand in der Psychologie zu werden. Dieser Ansatz der psycholinguistischen Tradition von Chomsky dominierte in den 60er- und 70er-Jahren. Das Interesse an seinem Ansatz wuchs, da er gegen den Ansatz von Skinner argumentierte, also nicht an ein Stimulus-Response-Lernen der Sprache glaubte. Sein Hauptaugenmerk liegt auf der Entwicklung einer generativen Grammatik, d.h. einer limitierten Anzahl von Regeln, welche grammatikalische Sätze generieren. Diese Regeln sind seiner Meinung nach angeboren, Teil genetischer Veranlagung und entsprechen kognitiven Strukturen. Die Autoren Potter und Wetherell bemerken, dass es zur Kontrastierung mit dem eigenen diskursanalytischen Ansatz ausreicht, drei Bereiche von Chomskys Ansatz genauer zu betrachten: die Unterscheidung zwischen Kompetenz und Performanz, die Intuition des Sprechers und die natürliche Sprache.

Nach Chomsky kann zwischen der grundlegenden Fähigkeit, grammatische Sätze zu produzieren und der Fähigkeit tatsächlich zu sprechen, unterschieden werden. Hier liegt eine konzeptuelle Schwierigkeit vor, da zur Untersuchung von Ersterem keine unabhängige Methode vorliegt. Statt dessen dient tatsächlich Gesprochenes dazu, Rückschlüsse auf die

vorliegt. Statt dessen dient tatsächlich Gesprochenes dazu, Rückschlüsse auf die Kompetenz zu ziehen. Hierzu wird das Gesprochene idealisiert, indem es reguliert wird (Streichung von z.B. Versprechern), standardisiert (Betonung wird ausser Acht gelassen) und dekontextualisiert (die Sätze werden von einem spezifischen Kontext getrennt). Die Gefahr der Zirkularität ist offensichtlich. Durch die Reduktion des tatsächlich Gesprochenen anhand der drei erwähnten Vorgänge, entsteht die Basis, Rückschlüsse auf die genetisch vorhandene Kompetenz zu ziehen. Eigenheiten der „normalen“ Rede gehen verloren. Potter und Wetherell verweisen auf Harris, welcher das erwähnte in seiner Kritik an Chomsky weiter ausführt (Harris 1980 n. Potter und Wetherell 1987, S. 11). Die Kritik an Chomskys Konzept der Intuition des Sprechers geht auch in Richtung Zirkularität. Die Intuition bezieht sich auf die Fähigkeit des Menschen zu wissen, wann ein Satz grammatisch korrekt oder inkorrekt ist, da sie über eine linguistische Kompetenz bzw. Regeln verfügen. Der normale Sprachgebrauch wird bei Chomsky nicht untersucht, da sein Konzept diesen nicht bewältigen könnte. Ein Kern des Ansatzes besteht in der Annahme, dass Menschen eine unendlich grosse Anzahl Sätze produzieren können. Diese Kreativität stellt ein zentrales Merkmal des Sprachgebrauchs dar.

Menschen verfügen in ihren Genen über den sogenannten „language aquisition device“, d.h. ein genetisch vorhandenes Instrument zum Spracherwerb. Aus diesem und anderen geschilderten Teilen des Ansatzes von Chomsky lässt sich der tagtägliche Sprachgebrauch nicht untersuchen. Dies kritisieren die Diskursanalytiker (vgl. Potter und Wetherell 1987, S. 14), da sie vor der Komplexitätsreduktion keinen Halt machen und der Wichtigkeit des Dialog-Kontextes Rechnung tragen (s. im selben Kapitel). Ehe die Methode der beiden Forscher dargestellt und kritisiert wird, soll auf den philosophischen Ansatz über die Funktion der Sprache eingegangen werden.

Die Sprechaktttheorie von Austin

Zur gleichen Zeit, als Noam Chomsky in Harvard Vorträge hielt, war auch der britische Philosoph John Austin vor Ort, um seine Theorie vorzustellen. Diese wendet sich gegen die positivistische Betrachtung, wonach Sätze, welche nicht verifiziert werden können, falsch sind. Austin ist gegen die Sichtweise, dass Sprache nur dann verstanden wird, wenn die wahren Konditionen von den falschen unterschieden werden können. Er unterscheidet zunächst zwischen Sätzen, welche ein Verhalten beschreiben, von solchen, die eine Sache beschreiben (performatives versus constatives). Erstere können nicht einfach wahr oder falsch, jedoch de-

fekt sein (z.B. wissen wir oftmals nicht, wer angesprochen wird oder wie ernst eine Aussage gemeint war, wenn wir den Kontext nicht kennen). Damit „performatives“ erfolgreich beim Gegenüber ankommen, müssen deshalb bestimmte Konditionen erfüllt sein. Diese Liste ist äusserst simpel. Hier ein Beispiel: Die Person sollte bestimmte Gedanken, Intentionen etc. haben, welche in der Prozedur des Sprechens spezifiziert werden (vgl. Potter und Wetherell 1987, S. 16).

Austin gab die Unterscheidung zwischen performativen und konstativen Äusserungen auf und behauptete später, dass alle Äusserungen Dinge beschreiben und Dinge tun, denn sämtliche Äusserungen verfügen über eine Bedeutung, unterschiedliche Kraft (z.B. Frage versus Befehl) und Konsequenzen. Dies wird jedoch bei Austin nicht präzisiert.

Sprache wird bei Austin nicht mehr wie bei anderen Philosophen als Mathematik und logischer Prozess betrachtet, sondern als etwas Zwischenmenschliches. Auch wird auf den sozialen Kontext geachtet. Neben diesen positiven Kritiken muss bemängelt werden, dass die Reichweite des Instruments begrenzt ist. Der folgende Ansatz, der der Ethnomethodologie, verfügt dagegen über empirische Resultate, weniger über abstrakte Aussagen.

Der Ansatz der Ethnomethodologie

Die zentrale Figur innerhalb der Entwicklung dieses Ansatzes stellt Harold Garfinkel dar, welcher in den 50er-Jahren an der University of Chicago forschte. Generell interessieren sich Ethnomethodologen für die grosse Anzahl von Merkmalen und deren kontextuelle Bedeutung, aus denen das soziale Leben zusammengesetzt ist. Als Beispiel soll hier eine Studie von Wieder aufgeführt werden, in der das für diesen Ansatz typische Zusammenspiel von Forscher und Untersuchten veranschaulicht wird (z.B. Wieder 1974 n. Potter und Wetherell 1987, S. 19). Wieder (1974) implementierte in einer Zwischenunterkunft von Sträflingen informelle Regeln, welche er zusammen mit den Gefangenen erarbeitete. Diese Codes hatten eine motivationale Kraft. Sie konnten dazu verwendet werden, bestimmte Verhaltensstile zu erklären. Zum Beispiel beinhaltet Regel 8, „zeige Deine Loyalität gegenüber den anderen Mitbewohnern“. Potter und Wetherell meinen in Anlehnung an die ethnomethodologische Forschung, von dieser Regel aus könne abgeleitet werden, warum die Inhaftierten so weit wie möglich die Konversation mit dem Personal vermeiden, deviantes Verhalten aufrechterhalten und sich über die offiziellen Regeln hinwegsetzen. In einem weiteren Schritt wird der Code zum The-

ma der Untersuchung, seine Verwendung, was er bewirkt und was damit erreicht wird. Wieder (1974) lenkt bei der Analyse von Gesprochenem die Aufmerksamkeit auf die zahlreichen verschiedenen Möglichkeiten etwas zu sagen, die vielen möglichen Bedeutungen und Konsequenzen des Gesagten. Diese Tatsache wird als „reflexive Dimension“ von Sprache bezeichnet (Potter und Wetherell 1987, S. 22 und 28, Übersetzung N.B.). Das Verfahren ist äusserst interpretativ, etwas, was auch der Methode der Diskursanalytiker vorgeworfen wird (s.u. Kritik und Bestimmung des Instruments der vorliegenden Arbeit), welche im Folgenden erläutert wird.

Diskursanalyse nach Potter und Wetherell

Die einzelnen Ansätze zur Analyse von Diskursen, welche z.T. mit dem Verfahren der Diskursanalyse der britischen Forschungsgruppe um Billig und Potter zusammenhängen, können bei Levinson 1983 detaillierter nachgelesen werden. Sämtliche hier aufgeführten Ansätze müssen als unzureichend bezeichnet werden. Die Analyse von Gesprochenem erschöpft sich weder in der Behauptung eines formalen angeborenen Systems (s.o. Chomsky), noch in der Tatsache, dass Sätze verschiedene Bedeutungen haben können (s.o. Theorie des Sprechaktes), noch in einer „reflexive Dimension“ (s.o. Ethnomethodologie) oder in der statischen Analyse von Strukturen und dem, was nicht gesagt wird (Semiologie, vgl. Potter und Wetherell 1987, S. 24ff). Wir werden sehen, dass auch die Forderung von Potter und Wetherell, mehr den sozialen Kontext zu berücksichtigen und sozialpsychologische Konzepte wie das der Einstellung miteinzubeziehen, nicht reichen wird. Doch zunächst die Ausführung ihres Ansatzes (für die folgende Ausführung wird v.a. die neuere deutschsprachige Publikation von Potter 2001 in Keller et al. verwendet): Potter bezeichnet die „Diskursive Psychologie“ als anti-kognitivistisch (Potter 2001, S. 316). Diese wolle sich von der traditionellen kognitiven Psychologie, welche von Billig als „bürokratisches Modell des Bewusstseins“ (Billig 1996 zit. n. ebd.) bezeichnet wird, abgrenzen, da es ihr nicht nur um Schemata, Skripts, Input, Verarbeitungsprozesse, Speicher, Output etc. geht, sondern um „diskursive Praktiken und die herangezogenen Ressourcen“ (Edwards 1997; Potter 1998). „Die Diskursive Psychologie untersucht folglich den Handlungsvollzug selbst, anstatt – wie in der Mainstream-Psychologie üblich – Handlungsfolgen oder Berichte über Handeln“ (Potter 2001, S. 317). Auf die Forschungsmethode wird noch genauer eingegangen (s.u. im selben Kapitel). Diskurse werden als situiert, handlungsorientiert und konstruiert bezeichnet. Diskurse sind situiert, weil sie innerhalb einer bestimmten Interaktionssequenz in einem gewissen Kontext stattfinden. Diskursteilnehmer

orientieren sich an ihrer Position; sie werden nicht vom Kontext determiniert. Diskurse sind auch deshalb situiert, da sie „durch und durch rhetorisch sind“ (Potter 2001, S. 318). Der rhetorische Charakter von Diskursen zeigt sich darin, dass sich Diskursteilnehmer gegenseitig widersprechen während sie sprechen. Nach den Diskursanalytikern sind Diskurse durchzogen von Rhetorik i.S.v. Widersprechen und Entgegenwirken. Es kann festgestellt werden, dass wenn der „Diskurs als durch und durch rhetorisch gilt“, diese Ansicht im Vergleich zur vorherigen eigenen Definition von Rhetorik oberflächlich erscheint. Die Auseinandersetzung mit dem Thema „medialer politischer Diskurs“ (s.o. Kapitel 2 und 3) ergibt, dass dort weder Widersprechen noch Entgegenwirken noch Stilfiguren zu finden sind. Es kann festgehalten werden: der Rhetorikbegriff der Diskursiven Psychologie erweist sich als nicht geeignet, um den medialen politischen Diskurs zu analysieren und zu beschreiben.

Diskurse beinhalten neben dem Kriterium der Situietheit auch das der Handlungsorientierung. Die Diskursive Psychologie bedient sich betreffend des Letzteren eines Begriffs aus dem Bereich der Konversationsanalyse, welche in der Art und Weise, wie Diskursteilnehmer sprechen, eine Handlung sieht – im Gegensatz dazu sehen die Sprechakttheoretiker in einer abgrenzbaren Anzahl von Wörtern eine einzelne Handlung. Eine Handlung kann beispielsweise eine Einladung oder eine Anschuldigung sein. Diskursen wird zudem das Kriterium der Konstruiertheit zugeschrieben, da sie unter der Verwendung von „Wörtern, Metaphern, Idio-me, rhetorische Mittel, Beschreibungen, Berichte, Geschichten usw.“ aufgebaut werden (ebd., S. 320). Die Diskursive Psychologie untersucht erstens diese Konstruktionen und zweitens, wie verschiedene Sichtweisen der Welt durch Diskurse konstruiert werden. Potter bezeichnet den Ansatz der Diskursiven Psychologie als konstruktivistisch und meint dabei nicht den Konstruktivismus, wie er z.B. bei Piaget (z.B. 1977) oder Kohlberg (s. z.B. Althof 1997) verwendet wird, nämlich bezüglich der Entwicklung kognitiver (bzw. bei Kohlberg, sozio-moralischer) Denkstrukturen. In diesem Fall wäre es sinnvoller einen nicht- oder zumindest weniger behafteten Begriff für die Beschreibung einer neueren Theorie zu verwenden, um ein doppeltes, sich gegenseitig widersprechendes Begriffsverständnis zu vermeiden. Flicks Einordnung der Diskursanalyse in den theoretischen Hintergrund des „sozialen Konstruktivismus“ hilft hier weiter. „Fragestellungen richten sich darauf, wie die Herstellung sozialer Wirklichkeit an den Diskursen über bestimmte Gegenstände oder Prozesse untersucht werden kann“ (Flick 2002, S. 295; für eine genauere Ausführung s. Kapitel 5 in dieser Publikation). In Potters Worten ausgedrückt konzentriert sich die Diskursive Psychologie nicht auf die Kognition, sondern auf das Verhalten der Menschen „und wie sie im Verlauf ihrer Diskurs-

praktiken Darstellungen der externen Realität und psychischer Zustände produzieren“ (Potter 2001, S. 320) und zwar unter der Verwendung folgender analytischer Prinzipien: Die nicht-theoriegeleitete Materialanalyse steht im Zentrum und es werden Aussagen bzw. Behauptungen formuliert. Potter fügt jedoch an, dass dieses Verfahren nicht theorien-unabhängig arbeitet, was einen Widerspruch zu seiner vorherigen Aussage darstellt (vgl. ebd., S. 321). Er kritisiert die Verfahren der qualitativen Inhaltsanalyse, da hier auf der Basis von Hypothesen Kategorien gebildet werden und eine Theorie modelliert wird (vgl. ebd., S. 317). Demnach verneint er den „hypothesengeleiteten Deduktivismus“ und meint, es wäre wichtig, „beim Ausgangsmaterial selbst anzufangen“ (ebd., S. 321). Da jeder Forscher bereits über Vorwissen verfügt, ehe er an Transkripte herantritt und deshalb nie rein objektiv das Material bearbeiten kann, ist Potters Kritik unvollständig durchdacht. Ein weiteres analytisches Prinzip der Diskursanalytiker beinhaltet, dass sie „natürliches Material“ bevorzugen und sich gegen „inszeniertes Material“ der Fragebogenuntersuchungen, Interviewmethoden und Experimente der traditionellen psychologischen Forschung aussprechen (ebd., S. 322). Die Forderung, den Fokus auf „etwas, wie Menschen von Ereignissen erzählen“ zu legen, ist sinnvoll, jedoch Hypothesen und Reduzierung des Materials anhand übersichtlicher Kategorien abzulehnen, die auf Beobachtungen und theoretischen Auseinandersetzungen basieren, also nicht aus der Luft gegriffen werden, sondern auch „natürlich“ entstehen können, ergibt keinen Sinn. Potter betont weiterhin die Wichtigkeit auf Details zu achten, was andere Forschungsmethoden ebenfalls tun. Zumindest kann in der Literatur zur qualitativen Forschung nirgends nachgelesen werden, dass nicht auch auf Details und Gegenbeispiele geachtet werden sollte.

Die *Validität* der Methode erklärt Potter mit folgenden Worten: „In der Diskursiven Psychologie ist die Validität bereits sichtbar auf der Ebene des zugrundeliegenden Untersuchungsdesigns verankert – indem z.B. naturalistische Materialien in einer Form ausgewählt und präsentiert werden, die ihrem Ausgangszustand nahe kommen – und stellt sich daher weniger als Problem der Übertragung von Erkenntnisansprüchen und Ergebnissen aus einem bestimmten Forschungsbereich auf die relevanten Schauplätze des Alltagslebens“ (ebd., S. 323f). Das stellt einen sehr weiten Begriff von Validität dar. Auch das Argument, dass der Leser während des Lesens selbst überprüfen kann, ob er einverstanden ist, stellt wohl ein wackeliges Kriterium zur Behauptung dar, valide Forschungsarbeit zu leisten. Flick meint nur kurz und prägnant: „Die methodischen Vorschläge, wie Diskursanalysen durchzuführen sind, bleiben in einem Grossteil der Literatur eher unpräzise und implizit“ (Flick 2002, S. 295). Weiterhin bemängelt Flick – ein etablierter Professor für Methoden der empirischen Sozialforschung –, dass die Diskursanalyse nach Potter und Wetherell (1987; s.a. Keller et al. 2001) eine „kaum

entwickelte eigene Methodik“ vorweist (Flick 2002, S. 311) und den Diskursbegriff nicht konkret festlegt.

Fazit: Das Verfahren der Diskursanalyse weist zu grosse theoretische und empirische Mängel auf. Hinzu kommt, dass sich keines der dargestellten Verfahren auf die Art und Weise, wie mit den Argumenten der oder des Gegenübers operiert wird, konzentriert.

Es liegen Forschungsarbeiten vor, welche die verschiedenen Verfahren anwenden z.B. wie britische Politiker das englische Wort „just“ verwenden (Weltmann 2003). Hier wird ersichtlich, wie sehr Diskursanalytiker ins Detail gehen, um dann von dem Gebrauch eines Wortes Rückschlüsse auf die Ideologien der untersuchten Personen zu machen. Eine andere Studie untersucht den Diskurs über politische Korrektheit in britischen und der deutschen Zeitung *Die Welt* (Johnson et al. 2003a und b). Zahlreiche Studien werden regelmässig in der Fachzeitschrift *Discourse and Society* veröffentlicht. Ein neues Übersichtswerk haben Chilton und Schäffner (2002) herausgegeben.

Die Diskursanalyse (Diskursive Psychologie bzw. Gesprächs- und Konversationsanalyse) stellt eine Methode zur Analyse des politischen Diskurses bereit. Das folgende Kapitel gibt eine erweiterte Sicht auf unterschiedliche Forschungsstränge.

4.2 Weiterführende Begrifflichkeiten, Theorien und Forschungsansätze über den politischen Diskurs

Wird Diskurs als etwas betrachtet, was Dominierung (s.o. die Begriffe „überzeugen“ und „überreden“) und Legitimation beinhaltet, so wäre jeder Diskurs als politisch zu betrachten (vgl. Shapiro 1981 n. Gastil 1992, S. 469). Eine engere Definition von Graber (1981) lautet, „when political actors, in and out of government, communicate about political matters, for political purposes (ebd., S. 196 n. Gastil 1992, S. 469) kann von politischem Diskurs gesprochen werden. Wie bereits erwähnt liegen zahlreiche Definitionen vom Begriff des politischen Diskurses vor, da sich von Politischen Philosophen (s.u. Kapitel 3.1 und 3.2) über Politikwissenschaftler (s.o. Kapitel 2.3), zu Psychologen und Philosophen (s.o. 4.1) zahlreiche Forscher und Theoretiker anderer Forschungsdisziplinen mit dem Gegenstand auseinandergesetzt haben (z.B. auch Linguisten wie z.B. Cap 2002). An dieser Stelle kann eine *Systematisierung* der Forschung eingefügt werden, welche Gastil (1992) für den englischsprachigen Raum erstellt hat (für den deutschsprachigen Raum konnte kein vergleichbares Übersichtswerk gefunden werden). Die Systematik beinhaltet folgende Kategorien: *Lexikon* (Vokabular,

technische Wörter, unpräzise Wörter etc.), *Grammatik* (Sprechakttheorie, Syntax etc.), *rhetorische Strategien* (integrative Komplexität, Rituale, Metaphern und Mythen) und *Gesprächstaktiken* (abwechselndes Sprechen, agenda setting). Nun geht es in der vorliegenden Arbeit nicht um die Analyse einzelner Wörter oder Grammatik, sondern in einem weiten Sinn um die Gesprächstaktik (vierte Kategorie) bzw. um Formen der Argumentation und deren Qualität. Letztere hat mit der dritten Kategorie, welche Gastil (1992) als rhetorische Strategie bezeichnet, zu tun. Was liegt innerhalb dieser Kategorien drei und vier an Forschungsarbeiten vor?

Die Kategorie „*rhetorical strategies*“ (ebd., Kursivierung N.B.) beinhaltet erstens die Erforschung der integrativen Komplexität des politischen Diskurses. Politische Psychologen verstehen den komplexen integrativen Diskurs i.S. einer Anerkennung, dass mehr als ein Standpunkt zu einem Thema gültig sein kann und verschiedene Perspektiven integriert oder zueinander in Beziehung gesetzt werden können (Pancer et al 1992, S. 32 n. Gastil 1992, S. 487, Übersetzung N.B.). Nach Gastil wurden in den letzten 12 Jahren zahlreiche Studien über die integrative Komplexität der politischen Rede durchgeführt (z.B. Pancer et al. 1992; Suedfeld et al. 1977 n. Gastil 1992, S. 487). Pancer, Hunsberger, Pratt, Boisvert und Roth (1992) untersuchten die Komplexität der politischen Rede von Regierungspartei und Opposition im kanadischen Unterhaus (Zeitraum 1948-1988). Die Resultate zeigen, dass die Regierungspartei komplexere Argumente im Vergleich zur Oppositionspartei verwendete. Wenn jedoch die Regierungspartei keine Mehrheit im Unterhaus hatte (was während 10 Jahren im untersuchten Zeitraum der Fall war) und somit die Rolle der Erstellung und Durchführung politischer Handlungsprogramme mit der Opposition geteilt werden musste, so verwendeten beide Parteien komplexere Argumente. Ein zusätzliches Ergebnis zeigte sich darin, dass die Komplexität der Argumente, beider Seiten, mit der zeitlichen Distanz zu den letzten Wahlen in Verbindung stand. Die Komplexität der Argumente der Regierungspartei stieg, je grösser die Distanz zum letzten Wahltermin und je näher der neue kommt, die der Opposition ging zurück. Die Autoren hatten erwartet, dass die Regierungspartei komplexer argumentiert, da sie komplexe Neuerung der Öffentlichkeit erklären müssen und Veränderungen meist auch verteidigen müssen. Die Opposition dagegen kann mit einfachen Worten die negativen Aspekte der Politik der Regierung angreifen um sich in der breiten Masse verständlich zu machen – eine Mehrheit, die meist nicht mit sämtlichen Details der komplexen Politik vertraut ist. Zudem ist die Opposition nach dem Verlust der Wahl meist damit beschäftigt, was sie zur Niederlage geführt hat.

Die Studie kann problemlos im kanadischen und britischen politischen System durchgeführt werden. Wenn jedoch, wie in Deutschland, in einer parlamentarischen Demokratie (s.o. Kapitel 2.2.2.1) nicht einfach zwei Parteien in Regierung und Opposition aufgeteilt werden können, so vermuten Pancer et al. (1992) höhere Komplexität der Argumentation auf der Seite der Regierung und der Opposition, da die Regierung mehr auf die Argumente der Opposition hören muss, da diese eine grössere Rolle bei der Formulierung von politischen Handlungsprogrammen spielt und deshalb auch mehr Verantwortung übernehmen muss. Pancer et al. (ebd.) diskutieren die Ergebnisse ihrer Studie in die Richtung, dass Verantwortung eine entscheidende Rolle spielt. Diejenige Partei, welche für ihr Handeln verantwortlich gemacht werden kann, argumentiert auf einem komplexeren Niveau. Es könnte jedoch auch die Tatsache, dass im Untersuchungszeitraum mehrheitlich die Liberalen die kanadische Regierung führten, einen Einfluss auf das Ergebnis gehabt haben. Studien von z.B. Suedfeld et al. 1990 und Tetlock 1984 zeigen, dass Liberale komplexer als Konservative argumentieren.

Sämtliche hier erwähnten Forscher, welche die integrative Komplexität der politischen Rede untersuchen, verwenden das Auswertungsmanual von Baker-Brown et al. 1986, welches erstmals von Harvey, Hunt und Schroder (1961) beschrieben wird. Suedfeld, Tetlock und Ramirez (1977) fassen die sieben Ebenen der integrativen Komplexität zusammen. Jede Ebene beinhaltet drei Komponenten: 1. Diskriminierung, als die individuelle Fähigkeit Unterschiede zwischen Stimuli einer bestimmten Dimension zu erkennen (beispielsweise kann schwarz von weiss leichter unterschieden werden, als verschiedene Grautöne). 2. Differenzierung, definiert als die Fähigkeit, Multidimensionalität wahrzunehmen (z.B. wenn ein Individuum Stimuli hinsichtlich ihres Farbtons, ihrer Sättigung und Helligkeit gruppieren kann) und 3. Integration in Bezug auf die Art, wie differenzierte Aspekte des Informationsbereichs bei einer Entscheidung verwendet werden. Eine hohe komplexe Integration beinhaltet mehrere miteinander verbundene Schemata, welche in vielen verschiedenen Kombinationen verwendet, abgeändert oder abgeworfen werden können. Zum Beispiel kann ein Künstler die drei erwähnten Dimensionen der Farbwahrnehmung verschieden kombinieren und sie mit anderen Dimensionen wie Form oder Grösse in Verbindung setzen (vgl. Suedfeld et al. 1977, S. 429). Theoretisch werden für die Definierung der integrativen Komplexität die Komponenten Differenzierung und Integration als die beiden wichtigsten betrachtet (vgl. ebd., S. 430). Erstere stellt eine Vorbedingung der zweiten Komponente dar. Es braucht einen hoch differenzierten multidimensionalen kognitiven Bereich, um integrieren zu können.

Kritik des Instruments

Es wird von kognitiven Strukturen gesprochen, welche aus Datenmaterial wie abgetippten Reden von Politikern in Friedenszeiten und Kriegssituationen (vgl. Suedfeld et al. 1977) herausgefiltert werden. Dieses Vorgehen und die Einteilung in sieben Niveaus erscheinen äusserst unscharf und zu wenig empirisch abgesichert. Nach Baker-Brown et al. (1986) braucht es einen geschulten Codierer. Weiterhin muss berücksichtigt werden, dass verschiedene Codierer nicht die gleiche Niveaueinteilung vornehmen (vgl. ebd.). Der Unterschied beträgt jedoch maximal eine Ebene. Das Konzept der integrativen Komplexität konzentriert sich nicht auf den Inhalt und die Form der Argumentation.

Die dritte Kategorie von Gastil (1992) beinhaltet zweitens, die *Erforschung des ritualisierten politischen Diskurses*. Hier geht es u.a. um Effekte der Gemeinsamkeit zwischen dem Redner und den Zuhörern. Dieser wurde beispielweise dann erzielt, als George Bush seine Amtseinführung hatte und vor Publikum sagte, „the Bible on which I placed my hand is the Bible on which he [Washington] placed his...Washington remains the father of our country, and he would...be gladdened by this day“ (Waudag 1990 zit. n. Gastil 1992, S. 488). Werden Metaphern erforscht, so können diese beim Zuhörer unbewusste Vermutungen hervorrufen. Zum Beispiel kann ein Problem zu einer Krise werden, wenn beide Wörter wiederholend gemeinsam verwendet werden. Metaphern können den Zuhörern auch verfälschte Botschaften übermitteln. Drittens verwenden Politiker auch Mythen, um ihre Rede zu verstärken. Nach Geis (1987) steht der Mythos für eine einfache, nicht falsifizierbare Kausaltheorie, die Handlungen oder Behauptungen rechtfertigt. Sie wird von der Mehrheit in einer diskursiven Gemeinschaft vertreten (Geis 1987, S. 28-30 n. Gastil 1992, S. 489, Übersetzung N.B.). Mythen werden meist ohne unterstützende Argumente angebracht, da sie als unumstösslich gelten. Geis (1987) hat in Anlehnung an Edelmans Arbeit (z.B. 1977) verschieden Mythen im Amerikanischen politischen Diskurs identifiziert. So z.B. „united we stand“, wenn dem Volk mitgeteilt wird, dass eine Nation, ein Staat oder eine Partei über seine Feinde siegt, wenn alle arbeiten, opfern und der führenden Person gehorchen (vgl. Geis 1987, S. 26 n. Gastil 1992, S. 489). Ein weiterer Mythos stellt „the American dream“ dar. Die grösste Kraft des mythischen Diskurses besteht in seiner Fähigkeit, schwache Argumente stark erscheinen zu lassen. Da Mythen nicht widerlegt werden können und bereits über öffentliche Zustimmung verfügen, sind sie gegenüber Angriffen geschützt (vgl. Geis 1987, S. 29 n. ebd.). Weitere Funktionen von mythischem Diskurs bestehen darin, dass die sprachlich und kulturell Zugehörigen eine gemeinsame Er-

fahrung machen, Loyalität und Gruppenkohäsion gefördert wird sowie emotionale Reaktionen wie Behaglichkeit und Beruhigung (vgl. Lasswell 1949; Moss 1985 n. Gastil 1992, S. 490).

In der vierten Kategorie, nach der Gastil (1992) die Forschung über den politischen Diskurs einteilt, werden die *Gesprächstaktiken* v.a. in Bezug auf das gegenseitige sich Unterbrechen analysiert und wie Politiker sich eine Situation, in der sie diskutieren, einrichten. Betreffend des sich gegenseitigen Unterbrechens, kann auf eine Studie von Carbó (1992) eingegangen werden, welche Diskurse im mexikanischen Parlament untersucht, in dem gesetzlich das Unterbrechen verboten ist. Das Unterbrechen stellt nicht nur einen Indikator für eine angeheizte Diskussion dar, oder dafür dass einfach die Machtinhaber die weniger Mächtigen nicht zu Wort kommen lassen (vgl. van Dijk 1989), sondern auch eine Taktik des Gewährs seitens der regierenden Partei, welche damit Toleranz und Autorität ausdrückt. Betreffend des sogenannten „agenda settings“ vertritt van Dijk (ebd.) die Ansicht, dass Politiker im öffentlichen politischen Diskurs die Initiative ergreifen, den Ton und Stil des Gesprochenen angeben, die Themen bestimmen und festlegen, wer mitdiskutieren kann. Untersuchungen, z.B. über die Anhörungen betreffend der Watergate Affaire, bestätigen diese Ansicht.

Gastil (1992) beschäftigt sich in seinem Überblicksartikel mit der Frage, wie die erwähnten Strategien und Taktiken auf den demokratischen Prozess wirken und fasst zusammen: „Simplistic, ritualistic, metaphoric and mythic discourse share the same democratic and undemocratic potential“ (ebd., S. 490). Sie können das Volk vergiften oder irreführen, jedoch auch an einem bestimmten Konsens über gemeinsame Werte arbeiten (vgl. ebd.). Gastil befindet diese rhetorischen Strategien mehr als gefährlich denn förderlich in Bezug auf das demokratische System, da die Interessen der Bürger unklar bleiben. Auch betont er den Aspekt der ungleichen Chance der Beteiligung am politischen Diskurs, wenn die führenden Politiker den Schauplatz einrichten und bestimmen oder weniger Mächtige unterbrechen, wenn diese überhaupt das Wort bekommen.

4.3 Zusammentragung

Die Beschäftigung mit dem Forschungsgegenstand des politischen Diskurses erfordert auch die Klärung zentraler Begriffe, welche in der entsprechenden Literatur analog verwendet werden. Hierzu zählen die Begriffe Argumentation, Argument, Rhetorik und Diskussion. Die ersten drei Begriffe sind in den Kapiteln 4.1.1 bis 4.1.5 erläutert worden, die Begriffe „Diskussion“ und „Diskurs“ werden im Kapitel 2 und 3 (s.o.) innerhalb von ausgewählten theoretischen Konzepten verwendet (Arendt 1999; z.B. Meyer 1994 und Oser 1998) und im folgenden Kapitel 5 auf das Thema der vorliegenden Arbeit zugeschnitten bzw. präzisiert.

Es herrscht Einigkeit darüber, dass die Argumentation sowie die Rhetorik ein soziales Element beinhaltet, aber auch ein individuelles, wenn es darum geht, aus der eigenen Perspektive heraus dem Gegenüber zu widersprechen und dabei nicht dessen Perspektive einzunehmen, also keine „rhetorische Argumentation“ durchführt, um es in den Worten von Kuhn 1991 auszudrücken. Argumentation ist als „gesellschaftliche Kulturleistung“, Mittel „sozialer Selbstbehauptung“ (Kopperschmidt 2000) und Methode zur Lösung zwischenmenschlicher Probleme (Miller 1984b) notwendig und unumgänglich. Die Forderung von Habermas nach der „multifunktionalen Umgangssprache“ scheint Ziel hochentwickelter argumentativer Fähigkeiten.

Der Rhetorikbegriff muss vom Diskursbegriff und dem der Argumentation unterschieden werden. Rhetorik kann die beiden letzten beinhalten, jedoch auch reduziert sein auf Stilfiguren und die persuasive Rede (s.o. 4.1.4.1), welche nicht auf die Argumente der Gegenüber eingeht, jedoch versucht seine Zuhörer zu überzeugen. Auf der Basis der Literaturanalyse zum medialen politischen Diskurs in Kapitel 2 und 3 kann nicht davon ausgegangen werden, Politiker würden Stilfiguren verwenden oder versuchen ihre Zuhörerschaft von etwas zu überzeugen. Es bleibt offen, zu analysieren was denn politische Rhetorik im medialen politischen Diskurs ausmacht. Ich behaupte, das politische Rhetorik im besagten Kontext etwas anderes beinhaltet als das was in den vorangehenden Abschnitten unter „Rhetorik“ und „Diskurs“ beschrieben worden ist. Diese These zu überprüfen muss an dieser Stelle offen gelassen werden.

Wenn die Theatermetapher Rhetorik erklärt (Billig 1991) und Menschen anhand ihrer kognitiven Skripte und Schemata handeln, so kann davon ausgegangen werden, dass Politiker, die in einer Fernsehsendung auftreten auch eine gewisse Vorstellung davon haben, wie sie selbst

handeln bzw. sprechen sollten, und was von ihrer Rolle erwartet wird. Nun muss nicht von ihnen erwartet werden, dass sie stilvolle Reden halten, jedoch, dass sie auf die Argumente der Gegenüber eingehen. In keinem der dargestellten theoretischen und empirischen Ansätzen wird dieser so wichtige Aspekt, der bereits in Kapitel 2 und 3 thematisiert worden ist, aufgegriffen. Deshalb wird im folgenden Kapitel die „Theorie der transaktiven Diskussion“ vorgestellt, bei der es u.a. auch darum geht, wie Argumente koordiniert werden können – jedoch nicht nur die eigenen, sondern auch die der Gegenüber. Im Anschluss an die Darstellungen der bisherigen Arbeiten zum Thema „transaktive Diskussion“ wird kritische Bilanz gezogen und ein eigenes Modell entworfen.

5 DIE THEORIE DER TRANSAKTIVEN DISKUSSION

Der Begriff „transaktive Diskussion“ wurde von den beiden Entwicklungspsychologen Berkowitz und Gibbs geprägt. Sie konzentrierten sich auf die Untersuchung der dialogischen Interaktion von Argumentationsstrukturen und definieren transaktive Diskussion als „Argumentation, die auf die Argumentation eines anderen einwirkt“ (Berkowitz und Gibbs 1983, S. 402). Ihrer Ansicht nach ist die ideale Diskussion dialektisch, „in der *Egos* Denken und Argumentieren dem von *Alter* in einem dynamischen und konstruktiven Wechselspiel gegenüber steht“ (ebd., Kursivierung). Die Autoren knüpfen an Piagets Theorie der geistigen Entwicklung an und gehen somit davon aus, dass das Individuum während des „konstruktiven Wechselspiels“ einen kognitiven Konflikt erlebt, d.h. sich in einem disäquilibrierten Zustand befindet und sich somit strukturell weiterentwickeln kann. Piagets Theorie soll im Kapitel 5.1.2 genauer erläutert werden, da sie eines der Fundamente der Theorie der transaktiven Diskussion darstellt. Vorher findet eine Auseinandersetzung mit Meads symbolischem Interaktionismus statt, dessen Theorie ebenfalls als Basis für die Theorie der transaktiven Diskussion zu sehen ist.

5.1 Zum theoretischen Fundament

Die Theorien, die im Folgenden dargestellt werden, d.h. diejenigen, die einen Beitrag zur Theorieentwicklung der transaktiven Diskussion leisten (s.u. Kapitel 5.2-5.4), bauen auf Piagets Theorie der geistigen Entwicklung und Meads Gedankengut über den „symbolischen Interaktionismus“. Meads (1968) komplexe erkenntnistheoretische Position soll im Rahmen der vorliegenden Arbeit nur soweit ausgeführt werden, wie es für das Verständnis des Zusammenhangs mit der Theorie der transaktiven Diskussion notwendig erscheint. Für einen detaillierteren Überblick kann z.B. die Arbeit von Althof (1990, Band 2) erwähnt werden, auf dessen Disseration hier Bezug genommen wird.

Grundsätzlich basieren sämtliche Arbeiten zur Theorie der transaktiven Diskussion (s.u. Kapitel 5.2 und 5.3) auf einem Bild des Menschen als ein Individuum, das sich aktiv mit seiner Umwelt auseinandersetzt, sie verändert und Adaptationsleistungen zeigt. Piaget hat dieses Kriterium der menschlichen Entwicklung, welches in der Forschungstradition der genetische Epistemologie steht, in die Psychologie eingeführt. Sein Werk wird im Kapitel 5.2 (s.u.) zur Sprache kommen.

5.1.1 Der symbolische Interaktionismus nach Mead

Die Theorie von Mead berührt und integriert zwei Forschungsdisziplinen: die der Sozialpsychologie und die der Philosophie (vgl. Althof 1990, S. 312f). Obwohl er für zahlreiche Theorien ein theoretisches Fundament bereitet (nicht nur für diejenigen, welche in diesem fünften Kapitel präsentiert werden, sondern auch z.B. für die etablierte Theorie des moralischen Urteils von Kohlberg), gilt seine Theorie als nicht geschlossen, widersprüchlich und mangelhaft hinsichtlich Beweiskraft (Morris 1973 in der Einleitung zu Mead 1973 n. Althof 1990, S. 312).

Die Entwicklung von Geist und Identität

In Meads interaktionistischem Ansatz wird die aktive Auseinandersetzung des Individuums mit der Umwelt hervorgehoben. Es geht um die Bedingungen, die die Umwelt bereitstellt, sowie die individuellen Möglichkeiten soziales Denken und Handeln einzusetzen. Mead wollte aufzeigen wie zum einen der Geist (engl. mind) i.S.v. Denken und Intelligenz und zum anderen die Identität (engl. self) i.S.v. Selbstbewusstheit und -verfügbarkeit im Austausch mit der Gesellschaft entstehen. Beide Kategorien sind entwicklungsfähig, zeigen sich im menschlichen Verhalten und können somit analysiert werden. Doch kann das individuelle Verhalten nur in Bezug auf das Verhalten seiner gesellschaftlichen Bezugsgruppe, in die es eingebunden ist, verstanden werden (vgl. Mead 1973, S. 45 n. Althof 1990, S. 314). Das heisst, wenn die gesellschaftlichen Bedingungen bekannt sind, kann individuelles Verhalten erklärt werden. Beide Seiten beeinflussen sich innerhalb eines „kommunikativen Prozesses“ (Althof 1990, S. 315) gegenseitig.

Sprache findet in einem Kontext von Symbolen – Signalen und Gesten – statt, wirkt auf beide Seiten und ist bedeutungsvoll. Der Austausch von Gesten, also Sprache, ist deshalb bedeutungsvoll, da Gesten bewusst eingesetzt werden können, um eine bestimmte Reaktion beim Gegenüber hervorzurufen. Ein solch bewusstes und bedeutungsvolles Zeichen nennt Mead „signifikantes Symbol“ (ebd., S. 316). Durch die bewusst eingesetzte Geste wird die Reaktion des Gegenübers vorweggenommen bzw. erwartet d.h. die Perspektive des Anderen wird eingenommen. Auf der Basis dieses Austausches entwickelt sich der Geist des Individuums und seine Psyche (engl. self). Wenn Menschen denken, führen sie eine interne Kommunikation, die noch nicht so bedeutungsvoll für die geistige und gesellschaftliche Entwicklung ist, wie als der Moment der Interaktion mit anderen.

Der Sinn sozialer Handlungen weist also eine symbolische Struktur auf; Sprache koordiniert dabei die kommunikativen Handlungen. Interagierende Subjekte interpretieren einander aufgrund von Haltungen, Handlungsabsichten und den zugrunde liegenden Symbolen. „Das intersubjektiv gültige Symbolsystem wird über Sprache erschlossen; dies ermöglicht den Perspektivenwechsel und einen Konsensus über gültige Bedeutungen und Erwartungen“ (Oser 1983, S. 138). Folglich finden Interaktionen und die rationale Erschliessung von Bedeutung auch ausserhalb des Individuums statt; die Kommunikationsstruktur steht für ein Interaktionssystem, welches objektiv beobachtbar ist.

Rollenübernahme und Selbst

Das Individuum zeigt sogenanntes „Rollenhandeln“ (engl. role-taking) auf, wenn es im Austausch mit seiner Umwelt steht bzw. vorwegnimmt, wie der andere reagiert oder welche Haltung oder Einstellung er einnehmen wird. Dieses Erschliessen des anderen kann gelernt werden; zudem kann der Blick wieder auf einen selbst fallen und eine Reaktion auf sich selbst stattfinden (vgl. Morris 1973, S. 27 n. Althof 1990, S. 318). Dieser Prozess der Rollenübernahme benötigt die bereits angesprochenen Symbole und macht diese auch verfügbar (Keller 1976, S. 39 n. ebd.). Rollenübernahme lernt das Kind z.B. im Spiel, zunächst mit sich selbst (indem es sich vorstellt, eine andere Person zu sein) oder im Spiel mit anderen. Hier sollte das Kind im Idealfall, ehe es reagiert, vorwegnehmen, wie die anderen reagieren werden, und stützt sich auf die entsprechende soziale Erfahrung. Diese sogenannte „Orientierung am generalisierten Anderen“ (Mead 1973, S. 196 n. Althof 1990, S. 319), der gesellschaftlichen Bezugsgruppe, gibt dem Individuum Identität und ermöglicht soziales und kooperatives Handeln. Der „generalisierte Andere“ wird nicht nur betreffend seiner Haltung bedeutsam, sondern auch wegen Äusserlichkeiten, die tatsächlich sichtbar sind oder erwünscht werden. Im Austausch mit dem „generalisierten Anderen“ entwickelt der Mensch „individuelle Kompetenz“, die ihm einen Erkenntnisprozess ermöglicht (Althof 1990, S. 320). In diesem steht das Selbstbewusstsein für „kognitive Organisation der subjektiven, nur dem Individuum zugänglichen Erfahrungen im Rahmen eines reflektierten gesellschaftlichen Erfahrungs- und Verhaltensprozesses“ (ebd.). Die Übernahme des „generalisierten Anderen“ steht bei Mead für das Konzept des „Me“, ein „generalisiertes Selbstbild“ (Steinert 1972, S. 106 zit. n. Althof 1990, S. 322). Das Selbst beinhaltet die Werte der Gesellschaft, die Interaktionsmuster und das individuelle Moment - das „Ich“ und das „ICH“ (vgl. Mead 1973 n. Althof S. 321, Fussnote 46). Das „Ich“ (I) steht für die spontane Reaktion des Individuums auf seine Umwelt. Das

„ICH“ (me) beinhaltet die strukturierten Haltungen der anderen und verlangt eine Reaktion, die erst bewusst wird, nachdem sie gezeigt wird. „Ich“ und „ICH“ stellen keine Gegenpole dar, sondern sind in der Reaktion miteinander verschmolzen.

Uneindeutig bleibt der Status des „Ich“ (I): Wie beeinflusst es das „ICH“ (me)? Sind die Reaktion des „Ich“ nur instinktiv spontan oder reflektiert? Nach Steinert (1972) kann das „Ich“ als eine Kategorie dessen betrachtet werden, was nicht erklärbar ist (Steinert 1972, S. 217 n. Althof S. 324). Das „Ich“ kann zwar nicht vorhergesehen werden, ist jedoch nicht zufällig, da es vom „ICH“ ermöglicht und begrenzt wird (vgl. Krappmann 1975, S. 58 n. ebd.). Das „Ich“ steht einfach für die individuelle Dimension des Selbst, welche im Konstrukt des Selbst, auf einer postkonventionellen Entwicklungsebene (vgl. Reese-Schäfer 1994, S. 51) die Gesellschaft verändern kann.

Oser (1983) kritisiert Meads Vernachlässigung der Unterscheidung von unterschiedlichen Komplexitätsniveaus der Verständigung. Diesen Aspekt nimmt er in seiner Untersuchung des moralischen Urteils in Gruppen auf (s.u. Kapitel 5.2.2). Er wird im Rahmen der kritischen Überarbeitung und Erweiterung des Modells der transaktiven Diskussion (s.u. Kapitel 5.4) berücksichtigt.

Wenn nun im folgenden Piagets Theorie der geistigen Entwicklung dargestellt wird, fällt unmittelbar auf, dass er im Gegensatz zu Mead eine hierarchische Entwicklungstheorie erarbeitet hat und dass in beiden Theorien die individuelle Entwicklung von äusseren und inneren Faktoren abhängt. Mittels der zwei Theorien wird der Grundgedanke für das Instrument, welches in der vorliegenden Arbeit verwendet wird, formuliert: Menschen, die auf die Argumente ihrer Gegenüber eingehen, entwickeln sich. Das heisst, ihren Geist und ihre Identität (Mead), sowie ihre kognitiven Strukturen (Piaget; s.u. Kapitel 5.1.2). Piaget spezifiziert den Entwicklungsgedanken mit seinem Konzept der „(Dis-)äquilibration“ (s.u.5.1.2.2). Der Beitrag seiner Theorie zur Theorieentwicklung der transaktiven Diskussion wird im Kapitel 5.1.2.3 (s.u.) erläutert.

5.1.2 Die Theorie der geistigen Entwicklung nach Piaget

Jean Piaget hat sich in seinen frühen Werken mit der kindlichen Entwicklung des Denkens und der Sprache auseinandergesetzt. Er postuliert einen Zusammenhang zwischen geistiger

Entwicklung und sozialer Interaktion. So überwindet das Kind in der Interaktion mit anderen seine egozentristische Perspektive – der Sprachgebrauch ist am Anfang immer auf Kosten des anderen (vgl. Piaget 1924, S. 202). Die Dimension des Sozialen stellt demnach einen grundlegenden Entwicklungsfaktor dar, den Piaget in späteren Werken mit seinem Konzept der Äquilibration präzisiert hat (s.u. Kapitel 5.1.2.2).

5.1.2.1 Stadien der geistigen Entwicklung

Von Bedeutung für die vorliegende Arbeit über die Entwicklung von Argumentationsstrukturen ist Piagets Befund der vier Stadien der geistigen Entwicklung – das Stadium des voroperatorischen, anschaulichen Denkens, das Stadium der sensumotorischen Funktion das Stadium der konkret-operatorischen Struktur und das Stadium der formal-operatorischen Struktur. Von Bedeutung deshalb, weil der geistige Entwicklungsstand eine Voraussetzung für die Fähigkeit zur Transaktion darstellt. Auf die ersten beiden Stadien möchte ich hier nur verweisen (z.B. Piaget im Original 1924 oder Piaget auf dt. 1977; s.a. Gage und Berliner 1986, S. 143ff; Montada 1995) und nur auf die beiden letzten Entwicklungsstadien eingehen, die für meine Arbeit relevant sind.

Konkret-operationales Denken beinhaltet die Fähigkeit zu gruppieren (Zahlen, Wörter etc.), Hierarchien aufzustellen, Reihen zu bilden und Multiplikation von Klassen und asymmetrischen Beziehungen zu verstehen. Fähigkeiten, die noch nicht ausreichen, transaktiv zu diskutieren (s.o. Definition des Begriffs „Transaktion“). Erst beim Erreichen des formal-operatorischen Stadiums ist das Denken durch Reversibilität, Beweglichkeit, Assoziativität (ein Ergebnis kann von verschiedenen Punkten aus erreicht werden) und Inversion (ein Ergebnis kann auch wieder rückgängig gemacht werden) gekennzeichnet. Diese neue Qualität des Denkens umfasst auch die Denkleistungen der vorher durchlaufenen Entwicklungsstadien und ermöglicht darüber hinaus abstraktes und hypothetisches Denken. Piaget spricht in diesem Zusammenhang von der Fähigkeit der „logischen Erfahrung“, die einem Jugendlichen im Alter von 11-12 Jahren möglich ist. Das jugendliche Denken verfügt über eine neue Qualität „geistiger Erfahrung“, die über das konkret Erlebte (Stadium der konkret-operationalen Strukturen) hinausgeht, bzw. hypothetisches Denken und die Fähigkeit, zwischen abstrakten Urteilen Verbindungen zu schliessen, ermöglicht. Die Entwicklung des formal-operatorischen Denkens erreicht mit 14, 15 Jahren einen ausgeglichenen Zustand.

Anhand Piagets Theorie wird deutlich, dass die Entwicklung geistiger Fähigkeiten auch an ein bestimmtes Alter gebunden ist. Es muss das Missverständnis beseitigt werden, formales Denken hänge mit der Pubertät zusammen (vgl. Piaget und Inhelder 1977, S. 322). Die Pubertät tritt bei allen Menschen ungefähr in der selben Altersperiode ein; Adoleszenz dagegen ist mit der Einführung in die Gesellschaft verbunden, was nicht in jeder Gesellschaft oder sozialem Milieu zum gleichen Zeitpunkt geschieht. „Dieser grundlegende soziale Übergang stellt für unser Vorhaben das wesentliche Faktum dar“ (ebd.), denn Adoleszenz ist sicherlich mit der Ausformung von Gehirnstrukturen verbunden, die für formal-operatorisches Denken grundlegend sind: „Kurz, die Reifung ist alles andere als eine Quelle ‘angeborener Vorstellungen’, die fix und fertig gegeben sind, sondern sie bestimmt bloss die Gesamtheit der Möglichkeiten und der Unmöglichkeiten auf einer gegebenen Stufe, und ein gewisses soziales Milieu ist für die Aktualisierung dieser Möglichkeit durchaus unerlässlich. Diese Aktualisierung kann aufgrund von kulturellen und erzieherischen Bedingungen beschleunigt oder verzögert werden: Sowohl die Ausformung des formalen Denkens als auch das Alter der Adoleszenz im allgemeinen, das heisst der Einfügung des Individuums in die Gesellschaft der Erwachsenen, bleiben somit ebensosehr von sozialen Faktoren wie von den neurologischen Faktoren abhängig.“ (ebd., S. 324).

5.1.2.2 Das Konzept der Äquilibration

Nun soll auf das bereits erwähnte Konzept der Äquilibration eingegangen werden, welches Piaget in seinen späteren Werken erarbeitet hat. Dieses Konzept der Weiterentwicklung fliesst in die Pionierarbeiten zur Entwicklung von Argumentationsstrukturen (s.u.) mit ein. „Äquilibration“ bezeichnet das Anstreben von Gleichgewicht. Genauer gesagt, durchläuft das Individuum immer wieder einen Äquilibrationsprozess, wenn es mit seinen bestehenden Denkstrukturen an seine Grenzen stösst. „Der Impuls zur Differenzierung bestehender Strukturen, zu ihrer inneren Koordination oder Integration, also zum Aufbau immer komplexerer Strukturen erfolgt aus der Erfahrung eines ‘Ungleichgewichts’, das sind fehlgeschlagene Assimilationsversuche, Widersprüche zwischen verschiedenen Assimilationsversuchen, kognitive Konflikte“ (Montada 1995, S. 553f). Assimilation, die Aufnahme neuer Elemente in ein bestehendes Denkschema, verändert die kognitiven Strukturen. Im Prozess der Äquilibration bilden sich demnach qualitativ bessere und differenzierte kognitive Strukturen heraus. Logisches Denken und somit auch die Fähigkeit zur Argumentation und Diskussion bildet sich in der Auseinandersetzung mit der Umwelt (vgl. Mead im vorherigen Kapitel).

5.1.2.3 *Piagets Beitrag zum Konzept der transaktiven Diskussion*

Piaget (1965, im Original 1932) ging davon aus, dass Kinder nicht-perspektivisch Denken. Ihm fiel auch auf, dass Kinder einen vagen und verzerrten Überblick einer Diskussion konstruieren, eine Art holistisches, intuitives Denken, welches er synkretisches Denken (Vermischung ohne innere Einheit) nannte. Zudem wies er auf die Tendenz des Kinder hin, ihre Position weniger logisch, sondern mehr psychologisch zu begründen (was nicht bedeuten soll, dass Kinder unlogisch denken).

Piagets Konzeption der interaktionalen Logik basiert auf zwei Prinzipien: erstens, auf dem Prinzip der Identität, welches die Beibehaltung der eigenen Position im Kontext der Behauptungen anderer bedeutet; zweitens, geht er vom Prinzip des Widerspruchs aus, unter dem er die Unterstützung oder Zurückweisung von Wahrheiten der Behauptungen anderer versteht. Das Prinzip der Identität bezieht sich auf die eigene Position (ego) und das Prinzip des Widerspruchs auf die Position des Anderen (alter). Um ein Äquilibrium zwischen den beiden gegensätzlichen Prinzipien herzustellen zu können, muss das Individuum seinen geistigen Egozentrismus zugunsten einer reiferen sozialen Dezentralisierung reduzieren. Für die Konstruktion der Dezentralisierung schlägt Piaget drei Bedingungen vor: erstens, gemeinsames Wissen und Annahmen über Inhalt und Form der Interaktion; zweitens, alle Diskussionsteilnehmer werden gleichermassen respektiert; drittens, Akzeptanz der Möglichkeit implizit geteilte Annahmen, Wissen und Werte in die explizite Diskussion einzubringen. Piaget kontrastiert das ideale interaktionale Äquilibrium mit der typischen undisziplinierten oder strukturierten Interaktion, welche er als freien Austausch bezeichnet. Es verlangt hinsichtlich der drei Bedingungen Disziplin, um den Egozentrismus zu überwinden. Die piagetsche genetische Epistemologie zeigt auf, dass der Entwicklung der argumentativen Logik die geistige Entwicklung voran geht, d.h. Letzteres formt Ersteres.

Berkowitz, Oser und Althof (1987) befinden Piagets Konzept der interaktionalen Dezentrierung als interessant, betonen jedoch seine Limitierung auf den Bereich logischer und physikalischer Probleme. Piaget hat moralische, politische, soziale und religiöse Themen als Nebenprodukte der realen Handlungen angesehen, sie den „wirklichen“ Wissenschaften gegenübergestellt und sich deshalb kaum damit beschäftigt. Eine zweite Limitierung von Piagets Analysen beinhaltet die Tatsache, dass dieser nur ein paar wenige Kinder-Interaktionen analysiert hat. Die dritte Limitierung zeigt sich in der fehlenden Produktion einer klaren Hierarchie

von Entwicklungsstufen. Er unterscheidet zwar in frühen Arbeiten unter nicht-perspektivischem und synkretischem Denken, doch scheint ihm ein Konzept der Diskussion zu fehlen, bei der z.B. die Perspektive der Diskussionspartner eingenommen werden bzw. auf deren Argumente gezielt eingegangen werden kann. Im Gegensatz dazu beinhaltet die Forschungsarbeit von Berkowitz und Gibbs (1983) eine Analyse der Logik der Interaktion. Genauer gesagt, wurden das operationale System und integrierende Operationen transaktiver Diskussionen von Adoleszenten und jungen Erwachsenen untersucht. Sämtliche theoretische und empirische Pionierarbeiten, die zur Theorieentwicklung der transaktiven Diskussion beitragen, werden im Folgenden erläutert. Piaget hat mit seiner Theorie der geistigen Entwicklung und seinem Konzept der Äquilibration Grundpfeiler gesetzt, auf die bei der Theorieentwicklung der transaktiven Diskussion gebaut wurde.

5.2 Pionierarbeiten zum Studium der sozio-moralischen Diskussion

Berkowitz, Oser und Althof (1987) skizzieren vier Pionierarbeiten, welche als beispielhafte Studien über die Entwicklung der soziomoralischen Diskussion gelten. Hierzu zählen Forschungsarbeiten von Miller (1980b; 1981a) zur Argumentation als moralischen Lernprozess, Oser's Untersuchung des moralischen Urteils in Gruppen (Oser 1981; s.a. 1983 Strukturen und Ebenen des moralischen Diskurses), Keller und Reuss (1985) über sozio-moralische Diskussionen von Kindern und Selmans (1980, 1984a und b) Forschung über die Entwicklung von Verhandlungsstrategien.

5.2.1 Miller über kollektive Lernprozesse und die Entwicklung der Moral

5.2.1.1 Begriffe und Thesen

Millers Arbeit kreist um Piagets These „Das Gute ist ein Ergebnis der Zusammenarbeit“ (Schildknecht 1984, 34 zit. n. Piaget 1932, S. 22). Anders ausgedrückt entsteht aufgrund kollektiver Lernprozesse die universelle Moral. Dabei stellt die Argumentation den Entwicklungsmechanismus bereit. Miller stellt das Wesen von Argumentation einerseits in soziologische und sozialphilosophische Zusammenhänge, andererseits begreift er Argumentation als individuellen Lernprozess. Folgende Auffassungen liegen seiner These „Eine universalistische Moral ist das Ergebnis kollektiver Lernprozesse“ (Miller 1984a, S. 4) zugrunde:

1. Individuen entwickeln kognitive Konzepte, die Miller als „Bewusstseinsgestalten“ bezeichnet, mit denen sie moralische Konflikte einer rationalen Lösung annähern.

2. Kognitive Konzepte werden innerhalb kollektiver Lernprozesse ausgebildet.
3. Kognitive Konzepte entwickeln sich ontogenetisch.
4. Das Bewusstsein der universalistischen Moral entwickelt das Individuum aufgrund kollektiver Lernprozesse.

„Kollektive Lernprozesse“, ein Grundbegriff soziologischer Lerntheorien, beinhaltet das Lernen eines Kollektivs und das Lernen eines Individuums: „...in Argumentationen lässt sich strukturell Neues lernen, wie es sich in Abfolgen von Entwicklungsstufen wie bei Piaget und Kohlberg ausprägt. Noch anders gesagt, in 'kollektiven Lernprozessen' fallen 'Lernen' und 'Entwicklung' zusammen. 'Kollektive Lernprozesse' treiben in Form von Argumentation den Entwicklungs- und Bildungsprozess des Individuums voran“ (Schildknecht 1984, 35).

5.2.1.2 Empirische Untersuchung der Entwicklung sozio-moralischer Diskussion

Miller (1980, 1981a) hat sich bei seinen Untersuchungen der Entwicklung der sozio-moralischen Diskussion bei Kindern auf das Problem der Perspektivenerhöhung während der sozio-moralischen Argumentation konzentriert. Es ging um die Identifizierung von Versuchen der Kinder, gegensätzliche Perspektiven zu transzendieren und dialektisch zu einer Synthese zu gelangen. Um diese Diskussionsprozesse analysieren zu können, untersuchte Miller 5-10-jährige Kinder, die in Gruppen à vier Personen, das Heinz-Dilemma von Kohlberg diskutierten. Die Probleme, die Miller herausgefiltert hat, entwickeln sich in hierarchischer Reihenfolge:

Rechtfertigung: Die Fähigkeit, Argumente für die eigene Position zu finden.

Kohärenz: Die Fähigkeit, sich auf die relative Gewichtung und Platzierung von akzeptierten Vorschlägen zu einigen.

Zirkularität: Die Fähigkeit, zwischen relevanten Kriterien eines gegebenen Problems und Validitätskriterien eines Vorschlags zu unterscheiden.

Sprache: Die Fähigkeit, eine ethische Theorie zur Lösung des moralischen Problems heranzuziehen.

5-jährige konnten das Problem der Rechtfertigung lösen, 8-jährige das Problem der Kohärenz. Die 10-jährigen lösten das Problem der Zirkularität, aber noch nicht das Problem der Sprache. Die Autoren Berkowitz, Oser und Althof (1987) bemerken kritisch, dass die Arbeit von Miller eine wichtige Pionieruntersuchung der Entwicklung sozio-moralischer Diskussion darstellt,

jedoch ist die kleine Stichprobe (drei Gruppen à vier Kinder) und die geringe Altersspanne zu bemängeln.

Millers Arbeit diene Oser neben anderen i.S. eines Vorläufers zur Untersuchung des moralischen Urteils in Gruppen (s. folgendes Kapitel).

5.2.1.3 Die Nutzbarkeit von Millers Arbeit

An dieser Stelle muss herausgestrichen werden, dass Miller Argumentation als Entwicklungsmechanismus betrachtet, d.h. mittels Argumentation findet sozio-moralische Entwicklung statt, konkreter ausgedrückt erhöht sich die Perspektive. Die vorliegende Arbeit ist nicht daran interessiert dieser These nachzugehen.

Bezüglich der Perspektive, welche Miller als „Rechtfertigung“ bezeichnet, soll hier erwähnt werden, dass diese Fähigkeit bei einer Untersuchung der transaktiven Diskussion vorausgesetzt werden muss.

Zur Perspektive der „Kohärenz“ soll an dieser Stelle angemerkt werden, dass „die Einigung auf Gewichtung und Platzierung von akzeptierten Vorschlägen“ einen neuen Transakt darstellt (vgl. Transaktionsebenen nach Berkowitz und Gibbs 1986; s.u. Kapitel 5.4.1 Das erweiterte Kategoriensystem). Der Aspekt der Gewichtung kommt in einem Transakt höheren Niveaus im erweiterten Kategoriensystem zur Geltung. Oser trägt in seiner Untersuchung diesem Kriterium unter dem Begriff „Triftigkeit“ Rechnung (s. nachfolgendes Kapitel).

Die dritte Perspektive – „Zirkularität“ – stellt ein Kriterium dar, welches in jeden Transakt mit einfließen kann.

Die vierte Perspektive – „Sprache“ – entspricht der philosophischen Perspektive nach Oser (s. nächstes Kapitel).

5.2.2 Osers Untersuchung des moralischen Urteils in Gruppen

Osers Publikation „Moralisches Urteil in Gruppen“ beinhaltet eine Studie über die Entwicklung sozio-moralischer Argumentation. Oser (1981) kritisiert bisherige Forschungsarbeiten in diesem Bereich, die interaktionale Prozesse, welche die sozio-moralische Argumentation for-

men, ignoriert haben, z.B. Mead und Piaget (s.o. Kapitel 5.1). Eine andere Kritik gilt den Arbeiten, die Wygotzkys Theorie vernachlässigen, welche besagt, dass die Entwicklung des Denkens vom Sozialen zum Individuellen geht. So haben ForscherInnen der Genfer Gruppe, Doise und Mugny (1981) und Perret-Clermont (1980), kommunikative Leistungen in einer Problemlösesituation individuellen Leistungen gegenübergestellt; Interaktion wird kaum thematisiert. Piagets Theorie der kognitiven Entwicklung steht im Zentrum: Kinder im Alter von 5-8 Jahren, die sich mehr oder weniger im konkret-operatorischen Stadium der geistigen Entwicklung befinden, wurden dahingehend untersucht, ob sie neue handlungsleitende Systeme herausbilden, wenn sie Aufgaben nicht alleine, sondern in der Gruppe lösen. „So lassen sie Kinder Konservierungsaufgaben in der Gruppe lösen und zeigen, dass diese durch die Interaktionen kognitive Koordinationen erwerben, die sie allein nicht erbringen könnten. Soziokognitiver Konflikt, d.h. Widerrede eines anderen Gruppenmitglieds, zwingt das Kind, umzudenken. Dadurch erwirbt es sich eine neue Koordination“ (Schildknecht 1984, S. 51). Dieser Vorgang wird als Dezentrierung bezeichnet. Die Autoren gehen davon aus, dass die kausale Wirkung der sozialen Interaktion spiralförmig zu verstehen ist: Ein Individuum lernt in der Interaktion etwas über die Koordination von Handlungen betreffend einer spezifischen Situation, die es später dann auch selbstständig ausführen kann. Das Gelernte erlaubt es dem Individuum an höherstufigen Interaktionen teilzunehmen, welche wiederum Quelle kognitiver Konflikte darstellen bzw. Anlässe zur Dezentrierung geben.

Oser geht es darum, Bedingungen für pädagogisches Handeln aufzuzeigen, welche nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch dazu führen, interaktionale Prozesse einer Gruppe (wie z.B. in einer Schulklasse) hinsichtlich vernünftiger moralischer Problemlösung zu stimulieren. Seine empirisch ermittelten Stufen der Interaktion beinhalten verschiedene Niveaus der Rationalität bezüglich moralischer Konfliktlösung, welchen von einer bestimmten Argumentationslogik bestimmt werden.

5.2.2.1 Die Struktur der moralischen Interaktion in der Gruppe

Nach Oser (1983) entwickeln sich die Prozesse der Problemlösung sozio-moralischer Konflikte stufenartig. Mit moralischem Problemlöseprozess ist die Rechtfertigung und Begründung von Handlungsvorschlägen gemeint; ein Problem gilt als gelöst, wenn alle Beteiligten die Handlungswahl akzeptieren. Die Äusserungen der Beteiligten zeigen eine bestimmte Struktur auf, welche von persönlichen Fähigkeiten zu unterscheiden ist. „Auch wenn ange-

nommen wird, dass jedes Individuum eine personengeschichtlich spezifische Diskussionsfähigkeit mit in den Diskurs einbringt, so ist doch das entscheidende Merkmal die Realisierung der interaktiven Situation an sich damit auch die entstehende Diskussionsstruktur“ (Oser 1983, S. 140). Oser konnte auf der Basis von Interviewmaterial vier Ebenen der Interaktion analysieren, die sich hinsichtlich „Adäquatheit“ unterscheiden. Mit zunehmender Ebene werden logische Kriterien hinsichtlich grösserer Garantie für Richtigkeit einer Entscheidung und „Triftigkeit“ (ebd.) erfüllt. „Triftigkeit“ steht für die Komplexität der interaktiven Verknüpfungen, d.h. eine Argumentationskette beinhaltet neben Handlungsvorschlägen zusätzlich z.B. „analytische“ Argumente, welche u.a. Intentionen, Konsequenzen und gesellschaftliche Verpflichtungen offen legen. „Noch triftiger ist ein Argument, wenn diese inhaltlichen Aussagen unter den umfassenden Bezug moralischer Normen fallen“ (ebd.).

5.2.2.2 Die Ebenen der moralischen Interaktion: Interaktive Komplexität und Verknotung

Osers Ziel besteht darin, die sich entwickelnde Kapazität bzw. Komplexität zur Lösung sozio-moralischer Probleme zu identifizieren. Er untersuchte hierzu 120 Gruppendiskussionen (von 15-jährigen) über drei sozio-moralische Probleme. Die Diskussionen variieren hinsichtlich zweier Dimensionen, dem Niveau der Interaktion und der Kompaktheit der Kommunikation. Beide Dimensionen entwickeln sich in der dargestellten Reihenfolge, die erste vierstufig, die zweite dreistufig.

Tabelle 2: Ebenen der Interaktion und Kommunikation (Oser 1983)

<u>1. Dimension: Ebenen der Interaktion</u>	
Ebene 1:	<i>Funktionale Perspektive.</i> Lösungsvorschläge werden präsentiert. Fragen oder zusätzlich Fakten sind selten und meistens funktional
Ebene 2:	<i>Analytische Perspektive.</i> Analyse der Lösungsvorschläge auf der Basis relevanter Fakten und Konditionen
Ebene 3:	<i>Normative Perspektive.</i> Evaluierung der Lösungsvorschläge und ihrer zugrundeliegenden Fakten und Umstände auf der Basis moralischer Normen, Regeln und Prinzipien.
Ebene 4:	<i>Philosophische Perspektive.</i> Moralische Evaluierung der Lösungsvorschläge, Fakten und Normen basierend auf moralischer Philosophie in kritischer Haltung.
<u>2. Dimension: Ebenen der Kompaktheit der Kommunikation</u>	
Ebene 1:	Wenig oder keine Koordination der Perspektiven
Ebene 2:	Intermittierende Koordination der Perspektiven
Ebene 3:	Koordination und Klärung von Kommunikationseinheit

In der Tabelle wird ersichtlich, wie die Struktur der Interaktion (1. Dimension) zunehmend komplexer wird bzw. von Ebene 1 zu Ebene 4 von der funktionalen Perspektive zur philosophischen Perspektive „aufsteigt“. Die 2. Dimension beinhaltet drei Ebenen der Entwicklung zunehmender Perspektivenkoordination.

Tabelle 3: Zusammenstellung – Inhalt, Triftigkeit, Referenzrahmen, Haltung – pro Ebene der Interaktion (1. Dimension)

<i>Ebene</i>	<i>Inhalt</i>	<i>Triftigkeit</i> <i>(Komplexität der interaktiven Verkettung)</i>	<i>Referenzrahmen</i>	<i>Haltung</i>
1. Funktionale	Nicht-reziproke Verknüpfung von Lösungsvorschlägen	- Übereinstimmung oder Nicht-übereinstimmung - loser Zusammenhang zwischen Lösungsvorschlägen -spontane Begründung	Lösungsvorschläge	- Vorschläge müssen nicht legitimiert werden - soziale und moralische Erklärungen fehlen
2. Analytische (dialektisch)	Analytische Begründung für einen Lösungsvorschlag	- Verkettung von Bedürfniskonstellationen (Absichten, Folgen, soziale Lage) - Verknotung: Ein Argument wird angenommen, abgelehnt, erweitert oder neben Gegenargumente gestellt	Gründe zur Rechtfertigung von Handlungsvorschlägen	naiver Realismus (Hintergrundinformationen führen zu richtigen Entscheidungen)
3. Normative	Koordination unterschiedlicher Gerechtigkeitsregeln mit analytischen Argumenten und Lösungsvorschlägen	Koordination der Gerechtigkeitsysteme und/oder zwischen Gerechtigkeitsgrundsätzen zu den analytischen Elementen und zum Lösungsvorschlag	Moralische Regeln, situative Elemente, Lösungsvorschläge	Bewusstsein, funktionale, analytische und normative Dimensionen können durch Diskurs miteinander verknüpft werden

4. Philosophische	Authentische Interaktion: Moralische Regeln werden von philosophischen, politischen oder gesellschaftstheoretischen Konzeptionen her beleuchtet und begründet.	- Neu bzgl. Verknüpfung: Hierarchische Ordnung, Bezugnahme zu tieferen Elementen - Begründung von Normen bzw. deren Auswahl aufgrund von Situationsanalysen und Handlungsvorschlägen	Philosophische Konzepte	Kritisches gegenüber Normen, Wichtigkeit des Diskurs
------------------------------	--	---	-------------------------	--

In der Tabelle wird pro Ebene der Interaktion erstens der Inhalt zusammengestellt; zweitens was sich hinsichtlich der Verkettung bzw. der Verknotung bezüglich des Kriteriums der Komplexität verändert; drittens wird der Referenzrahmen und viertens die Haltung skizziert (vgl. Oser 1983, S. 141-147).

Oser's Studie konzentriert sich auch auf die Einflüsse dreier verschiedener Typen experimentell-pädagogischer Einwirkungen. Die Einwirkung auf die sozio-moralische Argumentation (Diskursebenen) wurde hinsichtlich der oben erwähnten Dimensionen ausgewertet. Werden den diskutierenden Regeln zur Rechtfertigung vorgeschlagen, so bleibt ihre Betrachtung zunehmend bei der normativen Perspektive. Die Möglichkeit zum Trainieren von Diskussionsstrategien beeinflusst in der Studie die Kompaktheit der Kommunikation aber nicht das Niveau der Interaktion.

5.2.2.3 Konklusion und Bezugnahme zur eigenen Forschungsarbeit

1. Zum einen erklärt Oser's Theorie moralische Problemlöseprozesse in moralischen Diskussionen unter Gleichaltrigen. Die interaktiven Strukturen, die aus den moralischen Diskussionen herausgefiltert werden konnten, zeigen eine entwicklungslogische Folge. Es wurden zwei Kriterien dieser Entwicklungssequenz erläutert: „Triftigkeit“, d.h. die Komplexität der interaktiven Verknüpfungen innerhalb des Referenzrahmens (s.o. Tabelle, 3. Spalte) und der „Referenzrahmen“ des Problemlöseprozesses (s.o. Tabelle, 4. Spalte). Die Ebenen unterscheiden sich hinsichtlich des Ausmaßes an Rationalität. „Je vielfältiger die Elemente innerhalb des

Referenzrahmens aufeinander bezogen und gegeneinander abgewogen werden, desto näher wird die gemeinsame Konfliktlösung dem möglichen Höchstmass an Rationalität auf der jeweiligen Stufe kommen“ (Schildknecht 1984, S. 47).

2. Zum anderen konnte Oser die Entwicklungsrichtung der sozio-moralischen Argumentation unter dem Aspekt verschiedener Trainingseinflüsse beschreiben. Das heisst, es liegen Ergebnisse bezüglich der Identifizierung von Interventionseffekten vor. „Insbesondere ist die pädagogische Wirkung einer Vorgabe von Gerechtigkeitsregeln von Bedeutung. Dass dadurch für die Diskussion in einer Gruppe ein neuer Referenzrahmen geschaffen und der Gruppen-Diskurs um eine ganze Ebene verlagert werden konnte, bestätigt die Möglichkeit eines erzieherischen Einflusses auf das Problemlöse-Niveau bei moralischen und sozialen Konflikten“ (Oser 1983, 150). Es können keine Aussagen bezüglich Entwicklungstrends über das Alter hinweg gemacht werden, da sich die Untersuchung auf eine Altersstufe konzentrierte.

3. Osers Bemerkung, in der er die „Kraft des Konflikts“ hervorhebt, sowie die Notwendigkeit einer „Krise“, einen Konflikt „in eine Diskursleistung auf höherer Ebene“ umzuwandeln (ebd.), stellt einen tragenden Gedanken dar, der jedoch in meiner empirischen Arbeit nicht überprüft werden kann. Es sollen Diskussionen analysiert werden, hinsichtlich der Form der Argumentation, mit der über einen Konflikt oder ein Thema, das gegensätzliche Meinungen zulässt, diskutiert wird. Im folgenden Kapitel wird der Aspekt der Form der Diskussion aufgegriffen.

4. Für die vorliegende Arbeit ist es die zweite Dimension (s.o. Tabelle 2), welche in das eigene Modell der zwei Niveaus transaktiver Diskussion miteinfliesst (s.u. S. 198: Osers Befund, dass Ebenen der Koordination und Integration von Argumenten voneinander unterschieden werden können).

5.2.3 Keller und Reuss zur Entwicklung der Form der sozio-moralischen Diskussion

Keller und Reuss (1985) interessieren sich für die *Entwicklung der Form sozio-moralischer Diskussionen*. In Anlehnung an die traditionelle kognitiv-strukturalistische Psychologie von v.a. Kohlberg haben sie mit Kindern (7, 9, 12 und 14 Jahre alt) sozio-moralische Interviews durchgeführt. Dies Interviews beinhalten Freundschaftsdilemmata nach Selman (1980), der zu jener Zeit in der Forschungstradition von Kohlberg gestanden hat und sich im Laufe seiner

Forschungsarbeit zunehmend von der streng-strukturalistischen Sichtweise entfernt hat (s.u. Kapitel 5.2.4). Die Freundschaftsdilemmata wurden als sozio-moralische Kommunikationssituationen definiert. Im nächsten Schritt haben Keller und Reuss theoretisch erarbeitet, wie sich Kommunikation entwickelt und sich dabei an der habermasschen Diskursethik orientiert. Sie erarbeiteten philosophische Prinzipien einer idealen sozio-moralischen Kommunikationssituation, auf deren Hintergrund sie die Entwicklung der sozio-moralischen Diskussion analysiert haben. Sie unterscheiden drei Niveaus hinsichtlich zweier Bereiche: 1. interpersonal-moralischem Denken und 2. Rechtfertigungsprinzipien und -strategien.

Tabelle 4: Die Niveaus des moralischen Denkens und der Rechtfertigung (Keller und Reuss 1985)

Niveau A (7-9 Jahre alt)

Das Diskursprinzip der Erreichung der Zustimmung aller Beteiligten wird nicht beachtet. Eigene Entscheidungen werden nicht gerechtfertigt; eigene Bedürfnisse und Interessen sind vordergründig und werden als Erklärungen gebraucht und nicht von Rechtfertigungen unterschieden.

Niveau B (12 Jahre alt)

Die eigenen Verpflichtungen werden von stark empfundenen Verpflichtungsgefühlen gegenüber Freunden abgeleitet. Andere müssen vor der eigenen Entscheidung von Handlung konsultiert werden. Die Verletzung dieses Diskursprinzips führen zu Schuldgefühlen, die Freundschaft oder die Norm der Wahrhaftigkeit anzugreifen. Eigene konkrete Interessen sind faktisch legitim, werden jedoch nicht als legitime Rechtfertigungen verstanden. Zwischen den eigenen Ansprüchen und denen der anderen herrscht Ungleichgewicht; der Nutzen von Reziprozität wird nicht erkannt.

Niveau C (ab 14 Jahre)

Gegenseitig akzeptierte Normen von Freundschaft und das Bedürfnis nach autonomer moralischer Entscheidungsfindung können ausbalanciert werden. Das Verständnis für diskursive Standards ist vorhanden und die Legitimität situationsspezifischer Konditionen bzgl. der Anwendbarkeit von Normen wird anerkannt.

Berkowitz, Oser und Althof (1987) sind der Meinung, dass die verschiedenen dargestellten Studien einen bemerkenswerten Schritt in Richtung Konzeptentwicklung einer Studie über die Entwicklung der sozio-moralischen Diskussion darstellen. Jedoch konzentrieren sie sich nicht

direkt auf die moralische Diskussion, sondern schliessen von moralischen Denkfertigkeiten und hypothetischen Beschreibungen von Diskussionen auf Diskussionsfähigkeiten. Es müsste das tatsächliche Diskussionsverhalten beobachtet werden (vgl. Berkowitz, Oser und Althof 1987, S. 335).

Im Folgenden wird Selmans Theorie der Entwicklung interpersonaler Verhandlungsstrategien dargestellt: Ich beziehe mich auf die übersetzte deutsche Fassung (Selman 1984b) und ziehe die Darstellung von Berkowitz, Oser und Althof (1987) heran, welche Selmans Theorie als viertes Beispiel einer Studie über die Entwicklung der sozio-moralischen Diskussion sehen.

5.2.4 Selmans Theorie der Entwicklung interpersonaler Verhandlungsstrategien

Selman hat theoretisch und empirisch erarbeitet, wie sich interpersonale Verhandlungsstrategien auf der kognitiven Ebene und der Handlungsebene entwickeln. Das Konstrukt interpersonaler Verhandlungsstrategien beinhaltet somit eine Synthese aus sozial-kognitiver Kompetenz und interpersonalem Handeln. Zur Operationalisierung sozial-kognitiver Prozesse hat Selman ein Analyseinstrument entwickelt, mittels dessen die sogenannten Niveaus sozialer Perspektivenkoordination erfasst werden können. Davon können aber nicht einfach interpersonale Handlungsstrukturen abgeleitet werden, denn interpersonales Handeln gründet nicht einfach in interpersonalem Verstehen. Interpersonales Handeln steht für das Denken im Handeln einschliesslich der dabei auftretenden Motivationen, Affekte, Verstehensprozesse und Handlungen. Es steht demnach für mehr als soziale Kognition, denn es bezieht sich auf eine Interaktion und muss im Kontext von äusseren Einflüssen betrachtet werden.

5.2.4.1 Die Kombination von strukturalistisch-genetischem und orthogenetischem Ansatz

Selman streicht heraus, inwieweit er sich vom strukturalistisch-genetischen Ansatz unterscheidet bzw. wie weit er diese Forschungstradition, der z.B. Piaget und Kohlberg angehören, erweitert hat. Die strukturalistisch-genetische Forschung im Bereich soziale Kognition, – mit den Schwerpunkten soziales, moralisches und interpersonales Wissen – konzentriert sich auf die Erfassung formaler Kompetenzen, die mittels der halbstrukturierten Interviewmethode erhoben werden. Selman dagegen geht es um die funktionale Kompetenz – der sozialen Kognition im Handeln – und fügt deshalb die Forschungsmethode der direkten Beobachtung hinzu. Eine weitere Ergänzung des strukturalistisch-genetischen Ansatzes besteht darin, dass bei

der Erforschung des Handelns, regressive und progressive Bewegungen sowie der soziale Kontext miteinbezogen werden müssen. Eine formale Kompetenz entwickelt sich im „Normalfall“ nicht zurück bzw. es findet nur unter extremen Bedingungen Regression statt; eine funktionale kann von aussen beeinflusst werden und stellt demnach keine erworbene Fähigkeit dar, die nicht wieder verloren werden kann. Selman untersucht also zwei Prozesse: Erstens, die Ontogenese interpersonalen Verstehens (Niveaus sozialer Perspektivenkoordination) anhand des strukturalistischen Ansatzes. Zweitens, die Strategien interpersonaler Verhandlungen anhand des orthogenetischen Ansatzes. Der orthogenetische Ansatz ist umfassender d.h., er schliesst die Ontogenese interpersonalen Verstehens mit ein. Orthogenese steht für „Entwicklung von einem relativen undifferenzierten zu einem differenzierten und hierarchisch integrierten Zustand“ (Selman 1984b, S. 116 nach Werner und Kaplan 1963). Der orthogenetische Ansatz schliesst die Mikrogenese kurzzeitiger Prozesse (z.B. Pathogenese) mit ein und erlaubt vergleichende Analysen betreffend bestimmter Ausschnitte der Population (z.B. bestimmte Gattungen oder Kulturstufen) und kann Regressionen miteinbeziehen. Der strukturalistische Ansatz konzentriert sich also auf die „chronologisch-sequentielle Progression“ (ebd., S. 117). Sobald Strategien kognitiv entwickelt sind, erweist sich der strukturalistische Ansatz für die Erforschung realen Verhaltens als unzureichend. Die Erforschung interpersonaler Verhandlungsstrategien umfasst nicht nur die Entwicklungsanalyse des interpersonalen Verstehens, sondern auch affektive, intentionale und kontextuelle Faktoren sowie die Handlungsorientierung des Selbst. Bevor näher auf die Entwicklung interpersonalen Verstehens und interpersonaler Verhandlungsstrategien eingegangen wird, soll noch herausgestrichen werden, dass nicht das eine das andere vorhersagen kann. Ein bestimmtes Niveau sozialer Perspektivenkoordination steht sicherlich in Beziehung zu einer höchstmöglichen Verhandlungsstrategie, doch gibt das kognitive Verstehen nicht vor, welche Verhandlungsstrategie in einer konkreten Situation eingesetzt wird.

5.2.4.2 Die Entwicklung interpersonalen Verstehens

Soziale Beziehungen werden im frühen Kindesalter zunächst nur aus einer Perspektive verstanden. Später, im Jugendalter, können mehrere gleichzeitig differenziert und organisiert werden. Niedrigere Niveaus interpersonalen Verstehens werden in höhere integriert. Das Konzept der Niveaus der sozialen Perspektivenkoordination steht für die Struktur des sozialen Denkens, in anderen Worten ausgedrückt, wie das Kind Jugendliche oder Erwachsene in Beziehung zu seiner sozialen Welt wahrnimmt und versteht (vgl. Selman 1984b, S. 118). „Die

›Entwicklung interpersonalen Verstehens‹ (Selman, 1980) beschreibt, wie jedes dieser Niveaus der Perspektivenkoordination die interpersonalen *Konzepte* formt und organisiert, welche Kinder zu Themen und Aspekten wichtiger Beziehungen (wie Freundschaft, Gleichaltrigengruppe, Eltern-Kind-Beziehung) artikulieren“ (Selman 1984b, S. 119; Kursivierung).

In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu erwähnen, dass Selman die soziale Perspektivenkoordination von Erwachsenen noch nicht untersucht hat, was für meine Arbeit bei der Erarbeitung des Konzepts der Entwicklung der transaktiven Diskussion hätte aufschlussreich sein können. Möglicherweise kann von einer interpersonalen „Weisheit“ gesprochen werden (Edelstein und Naom 1982 zit. nach Selman 1984b, S. 119). Dieses Konzept gilt es in zukünftigen Forschungsarbeiten zu erarbeiten.

5.2.4.3 Strategien interpersonaler Verhandlung

Wie bereits erwähnt, kann das Entwicklungsmodell von Selman nicht den Mechanismus zwischen sozial-kognitiver Kompetenz und Handeln erklären. Doch ist klar, dass die sozial-kognitive Kompetenz der Perspektivenkoordination als Verknüpfungselement zwischen interpersonalem Verstehen und interpersonalem Handeln fungiert und dass sie als Grundstruktur der Analyse beider Bereiche gelten kann. Das Entwicklungsmodell interpersonaler Verhandlungsstrategien beschreibt, wie in Verhandlungsstrategien ein bestimmtes Verständnis von Konfliktlösung eingebracht wird. Es besteht aus einer vierstufigen Hierarchie:

Tabelle 5: Niveaus sozialer Perspektivenkoordination und interpersonaler Verhandlungsstrategien

<i>Niveaus und Alter</i>	<i>Soziale Perspektivenkoordination</i>	<i>Interpersonale Verhandlungsstrategie</i>
0 (3-6)	Egozentrisch oder undifferenziert (Verschmelzung von Selbst und Andere)	Physische Dominanz oder Unterwerfung
1 (5-9)	Subjektiv oder differenziert (Trennung zwischen Selbst und Andere)	Hierarchie der verbalen Kontrolle
2 (7-12)	Selbstreflexiv oder reziprok (Koordination von Selbst und Andere)	Reziproker vermittelnder Austausch
3 (10-15)	Dritte-Person oder wechselseitig (Integration von Selbst und Andere)	Auf Zusammenarbeit orientierte Koordination
4 (ab 16)	Tiefenpsychologisch oder gesellschaftlich-symbolisch	Intimitätssicherung

Der Inhalt der Tabelle stellt eine Zusammenstellung von Übersichtstabellen aus einem Aufsatz von Selman (1984b, S. 120f, S. 131) dar. Eine ausführlichere Darstellung der einzelnen Niveaus sozialer Perspektivenkoordination findet sich bei Kohlberg (1976, S. 34f; dt. Fassung leicht verändert und korrigiert nach Colby und Kohlberg 1986, S. 146f) im Zusammenhang mit den Stufen des moralischen Urteils nach Kohlberg. Kohlberg hat in seiner Stufenbeschreibung die Niveaus der sozialen Perspektivenkoordination integriert.

Nach Selman benötigt eine Verhandlungssituation zwei Bedingungen damit diese analysiert werden kann: Erstens, mindestens eine(r) der beiden Gesprächspartner befindet sich hinsichtlich eines Bedürfnisses oder einer Intention im Ungleichgewicht, zweitens, der Versuch der Wiederherstellung des inneren Gleichgewichts hat psychologische Konsequenzen für die Beteiligten.

In der Verhandlungssituation werden entweder eigene Bedürfnisse verfolgt (Selman spricht dann von einer aktiven Strategie) oder auf die Bedürfnisse des anderen geantwortet (reaktive Verhandlungsstrategie). Eine Verhandlungsstrategie setzt sich aus folgenden vier Komponenten zusammen: 1. Art und Weise wie das Selbst und der oder die Anderen konstruiert werden, 2. Intention, 3. Wahrnehmung und Kontrolle des Ungleichgewichts und 4. Orientierungsmodi (Selbst- oder Andereorientierung). Selman konnte bei der Analyse seiner empirischen Daten auf jedem Niveau interpersonaler Verhandlungsstrategien beide Orientierungsmodi finden und fasste jeweils die prototypisch verwendete Strategie zusammen:

Tabelle 6: Prototypen für Orientierungsmodi auf den Entwicklungsniveaus interpersonaler Verhandlungsstrategien (vgl. Selman 1984b, S. 137-150)

	<i>Prototypische Strategie</i>	
<i>Niveau</i>	<i>Orientierungsmodus der Selbstveränderung</i>	<i>Orientierungsmodus der Veränderung des Anderen</i>
0	<ul style="list-style-type: none"> • Spontane Flucht (impulsiv, automatisch) • Reaktion mit automatischem Gehorsam 	<ul style="list-style-type: none"> • Gewaltsame Unterdrückung der Bedürfnisäußerung des Anderen (anschnellen, physische Gewalt) • Objekte werden impulsiv an sich gerissen
1	<ul style="list-style-type: none"> • Zaghafte Initiative und bereitwilliges Nachgeben • Darstellung als Opfer • Appelliert an eine wahrgenommene Machtinstanz 	<ul style="list-style-type: none"> • Einseitige Erpressung durch Macht- oder Zuneigung zur Erreichung der eigenen Ziele
2	<ul style="list-style-type: none"> • Bekräftigung der eigenen Wünsche trotz Unterordnung unter den Wunsch des Anderen • Widersetzung gegen offenkundige Ungleichheit 	<ul style="list-style-type: none"> • „Freundliche“ Überredung • Suche nach Verbündeten • Verfolgung eigener Ziele durch Beeindrucken des Anderen mit eigenem Können, Wissen etc.
3	<p>Integration der Orientierungsmodi der Selbstveränderung und der Veränderung des Anderen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Antizipation und Integration möglicher Reaktionen des Anderen auf die eigenen Vorschläge • Gleichgewichtige Beachtung der Beziehung und der eigenen konkreten Ziele • Verhandeln mit Rücksicht auf die zeitliche Kontinuität der Beziehung 	

Diese Liste der Strategien wird nicht als komplett betrachtet. Aufgrund individueller Unterschiede sind Variationen auf jedem Entwicklungsniveau möglich. Strukturell gesehen sollten ab Niveau 3 beide Orientierungsmodi eingesetzt werden können.

Selman und seine Forschungsmitarbeiter (Demorest und Krupa) haben sich zwar eher auf klinischen Aspekte des Schemas konzentriert und es v.a. auf emotional problematische Fälle angewendet, doch kann es auf „normale“ Kinder übertragen werden. Herauszustreichen gilt

die Tatsache, dass Selman mit realen Konflikten arbeitet und nicht mit hypothetischen Dilemmata, wie sie in den meisten anderen Studien verwendet werden. Ergebnisinterpretationen müssen diesen doch wesentlichen Unterschied berücksichtigen (vgl. Berkowitz, Oser und Althof 1987, S. 336).

5.2.4.4 Analyse des Zusammenhangs zwischen Selmans Theorie und einem einfachen Diskussionsmodell

Die Besonderheit in Selmans Arbeitsmodell liegt in der Verknüpfung von sozial-kognitiver Kompetenz (soziale Perspektivenkoordination) mit interpersonalem Verstehen und interpersonalem Handeln. Diese Vereinigung von Denken und Denken im Handeln erscheint im Nachdenken darüber, wie sich Fähigkeiten zur transaktiven Diskussion entwickeln, ebenfalls sinnvoll. Es kann auch bei letzterem nicht davon ausgegangen werden, dass jemand, der über bestimmte kognitive Kompetenzen verfügt, in der konkreten Diskussionssituation seine Fähigkeiten, die theoretisch vorhanden sind, anwendet (aufgrund des besagten Einflusses von äusseren Bedingungen, Motivationen, Intentionen etc.), doch stellt die kognitive Kompetenz und das Ausmass an entwickelter Perspektivenkoordination eine Grundvoraussetzung für ein bestimmtes Niveau transaktiver Diskussion dar. Diese theoretischen Überlegungen können in meiner empirischen Arbeit nicht überprüft werden, da die Daten dies nicht ermöglichen (es handelt sich um die Aufzeichnung politischer Diskussionssendungen) und nicht davon ausgegangen werden, dass die Stichprobe knapp 140 Personen (Politiker und Experten, die zu politischen TV-Diskussionssendungen eingeladen werden) persönlich an semi-klinischen Interviews teilnimmt. Anhand der Daten kann weder die kognitive Kompetenz noch die soziale Perspektivenkoordination abgeleitet werden. Jedoch fliesst ein grundlegendes Element in das eigene Modell transaktiver Diskussion mit ein, welches im Kapitel 5.4.2 (s.u. S. 198) dargestellt wird. Menschen, die miteinander diskutieren, können die Argumente anderer entweder koordinieren und/oder integrieren (vgl. Osers Untersuchung des moralischen Urteils in Gruppen, s.o. Kapitel 5.2.2). Es muss angemerkt werden, dass die Ebene der Integration im medialen politischen Diskurs in geringem Ausmass zu erwarten ist, da im politischen TV-Diskurs Gegensätze aufgezeigt werden möchten. In Osers Untersuchung und in Selmans werden von den untersuchten Personen sozio-moralische Konflikte diskutiert. Es ging um Situationen und Themen, bei denen es primär nicht um Status, Geld und Macht geht, so wie es im politischen Diskurs der Fall ist.

Die Verbindung von Selman, Sliwka und transaktiver Diskussion

Die Fähigkeit zur transaktiven Diskussion beginnt auf Selmans Stufe 2 (reziprok vermittelnder Austausch): Hier zeigt sich erstmalig, was unter transaktiver Diskussion verstanden wird, nämlich Ego kann Alters Argumente aufnehmen. Auf Stufe 0 (physische Dominanz) und Stufe 1 (Hierarchie verbaler Kontrolle) kann von unvollständig entwickelten Fähigkeiten transaktiver Diskussion gesprochen werden. Mit den Worten von Sliwka (2001) findet hier allenfalls eine Debatte statt, d.h. es bestehen bewusste Frontstellungen, Extrempositionen werden thematisiert. Ab Stufe 3 können die ersten Ansätze der „Deliberation“ – behutsames, vernünftiges Sprechen i.S. einer Suche nach einer Lösung für alle Beteiligten – festgestellt werden (ebd.). Wenn ab Stufe 2 ein reziprok-vermittelnder Austausch stattfindet, kann der Begriff der „transaktiven Diskussion“ gebraucht werden, welcher eine Mischform darstellt und entsprechende Elemente beider Kommunikationsformen enthält. Zwei Begriffe von Sliwka – „debatieren“ und „diskutieren“ – können demnach Selmans interpersonalen Verhandlungsstufen zugeordnet werden.

Sliwka (2001) betrachtet die Fähigkeit zur Deliberation als eine Tugend, eine bestimmte Form der weiterentwickelten Argumentation. Sie ist vernunftgeleitet und das Ziel besteht in der grundlegenden Verständigung. Die Beteiligten können von ihrer Position zurücktreten und die einzelnen Positionen so reflektieren, dass Licht in das Problemgebiet fällt. „Deliberative Verständigungsprozesse überwinden das Bestreben zu rhetorischer Brillanz oder Schlagfertigkeit, das Debatte und oft auch Diskussion bestimmen, zugunsten einer kleinschrittigen Suche nach grundlegender Verständigung“ (ebd., S. 34). Sliwka spricht im Zusammenhang von Deliberieren, von einem Dialogprozess, in dem folgende Aspekte möglich sein sollten:

- Bewusstes und aufmerksames Zuhören; Wahrnehmung von Stimmungen
- Verlangsamung des Kommunikationsprozesses um reflektieren zu können
- Zurückstellung von Gewissheiten, Hinterfragung von Vorannahmen und Öffnung für die „mental Modelle“ der anderen basierend auf Neugier und Achtung.
- Erweiterung der Kommunikation (Meinungen, Ideen) um Gedanken und Gefühle
- Fragen stellen
- Aushalten von Spannungen, die aufgrund von „Ambivalenz, Polarität und Paradoxien in der Kommunikation entstehen“ (ebd., S. 34ff).

Ziel des Dialogprozesses stellt das kollektive Denken dar; alles kann zur Sprache kommen, womit letztendlich mehr erreicht wird, als der Einzelne alleine erreichen könnte. „Der Kom-

munikationsprozess ist explorativer Natur. Er kann, muss aber nicht zur Kohärenz führen“ (Sliwka 2001, S. 35).

Der Dialogprozess erfordert Kommunikationsfähigkeiten wie aktives Zuhören, offenes Fragen und das Offenlegen von Gefühlen, Grundannahmen und Vorurteilen zum Thema des Dialogs. Es geht nicht um die schnelle Suche nach einer Lösung, Machtverhältnisse werden zurückgestellt, indem klar gemacht wird, dass es keine Gewinner oder Verlierer gibt.

Die Grundvoraussetzungen für das Funktionieren des Dialogprozesses sind die Bereitschaft der Beteiligten ihre Einstellungen in Frage zu stellen, sich gegenseitig zu respektieren, heftige Gefühlsreaktionen weder zu unterdrücken noch aggressiv auszuleben, sondern vorsichtig zu übermitteln, bzw. in Worte zu fassen. Im Dialog soll es also um Verstehen und Erkenntnis gehen, indem sich die Beteiligten als Partner im Erkenntnisprozess sehen (vgl. ebd., S. 36).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Sliwka eine Entwicklungslinie abzeichnet, die beim Debattieren beginnt und sich über das Diskutieren zum Deliberieren entwickelt. Selmans Entwicklungskonzept reicht nicht bis zum Deliberieren, eine Fähigkeit, die für das Erwachsenenalter (also innerhalb seiner untersuchten Altersstufen) zu erwarten ist.

Der Begriff der Deliberation geht über die Form der Argumentation hinaus. Jedoch kann auf der Basis von Sliwkas Überlegungen ein neuer Transakt formuliert werden (s.o. Aufzählungspunkt 3). Zu einer Transaktionsebene (höherer Ordnung; s.u. Kapitel 5.4.2 Erklärung der Niveaus) gehört, dass die Einsicht ausgedrückt wird, dass sich jeder Diskutierende inklusive der eigenen Personen auch nach langer Diskussion irren kann (s.o. Sliwka). Sliwkas Überlegung wird das Manual von Berkowitz und Gibbs (1979) erweitern.

Sliwkas Kriterium „bewusstes, aufmerksames Zuhören“ bzw. „aktives Zuhören“ kann in zahlreichen Formen der Argumentation, z.B. im 6. Transakt „Paraphrase“, enthalten sein. Dieses erste von Sliwka aufgeführte Kriterium von Deliberation, so wie das zweite „Verlangsamung des Kommunikationsprozesses um reflektieren zu können“ stellen interne Motivationen dar, die in meiner Untersuchung nicht überprüft werden können. Dasselbe gilt für den Punkt „Aushalten von Spannungen“. Auch hier geht es nicht um die Form der operativen Argumentation. Das Kriterium „Fragen stellen“ allein reicht nicht aus, um einen Transakt zu beschreiben, da hier noch keine Operation mit den Argumenten der Gegenüber stattfinden. Berkowitz

und Gibbs nehmen den Aspekt des Fragenstellens auf. An späterer Stelle (s.u. Kapitel 5.3.1.2) stelle ich die Transaktionsebenen von Berkowitz und Gibbs vor, welche eben für Formen der transaktiven Diskussion stehen. Im Kapitel 5.4.1 wird das erweiterte Kategoriensystem präsentiert.

5.2.5 Damon und Killen: Peer-Diskussion und die Entwicklung des moralischen Urteils

Eine Studie, die Transaktion neben anderen Aspekten der moralischen Diskussion miteinbezieht, soll abschliessend zu diesem Kapitel erläutert werden. Die Studie von Damon und Killen (1982) beinhaltet die Analyse von Peer-Diskussionen. Genauer ausgedrückt, geht es um interaktionale Prozesse und die Beziehung zwischen Struktur und Prozess. Es wird davon ausgegangen, dass die Art der Interaktion einen spezifischen Einfluss auf die moralische Entwicklung hat. Kinder im Alter von 5-7 Jahren wurden gebeten, in Gruppen zu dritt ein Problem über Verteilungsgerechtigkeit zu diskutieren. 78 Kinder nahmen an Vor- und Nachtest sowie an der Diskussion teil. Vor- und Nachtest beinhaltet das „positive justice interview“ von Damon (1980), bei dem ein hypothetisches Problem über Verteilungsgerechtigkeit dargeboten wird und die Kinder einzeln zu ihrem Denken über Gerechtigkeitsfragen, welche das geschilderte Problem beinhaltet, befragt werden. Aus den Antworten wird ein Wert, der für positives Gerechtigkeitsdenken steht, berechnet. Ungefähr zwei Monate später nahmen die Kinder der Experimentalgruppe an der „positive justice peer debate“ teil. Kurz, es ging darum, dass sich drei Kinder darauf einigen, 10 Schokoladeriegel unter sich selbst und einem vierten Kind (nicht anwesend) aufzuteilen. Die Diskussionen wurden mit einem Videogerät aufgenommen und dauerten ca. 10 Minuten. Die Kinder der 1. Kontrollgruppe (N=44) nahmen stattdessen individuell an einer Diskussion mit einem Erwachsenen (Versuchsleiter) teil. 25 Kinder der 2. Kontrollgruppe nahmen lediglich am Vor- und Nachtest teil. Aus ihren Daten konnte ein Basis-Index für die Urteilsveränderung errechnet werden (keine Intervention zwischen Vor- und Nachtest). Ungefähr dreieinhalb Monate nach dem Posttest (eineinhalb Monate nach der Intervention) fand der Posttest statt, bei dem nochmals die „positive justice score“ erhoben wurde. Für die Auswertung der Peer-Diskussion wurden zwei Manuale erstellt: das erste Kategoriensystem für die Kodierung individueller Gesprächsmuster innerhalb der Diskussion und das zweite Kategoriensystem für die Kodierung interaktionaler Qualitäten. Ich beschränke mich i.S. des Themas meiner Arbeit auf die Darstellung des Kategoriensystems betreffend interaktionales Verhalten.

Tabelle 7: Kategorien für die Kodierung interaktionaler Qualitäten (vgl. Damon und Killen 1982, S.357; Übersetzung N.B.)

A. Zustimmung
1. Direkte Zustimmung
2. Wiederholung oder Paraphrasierung (impliziert totale Übernahme der Ideen anderer)
B. Widerspruch
1. Direkter Widerspruch
2. Andere widersprüchliche Aussagen
3. Verspottung
4. Neue Lösung ohne Übereinstimmung mit vorherigen Aussagen
C. Transformation
1. Integration vorheriger Aussagen mit anderen Ideen (inkl. die eigenen)
a. Klärung oder Korrektur der Aussagen anderer
b. Erweiterung der Aussagen anderer mit neuen Elementen
c. Kompromisslösung inkl. Ideenänderung anderer
2. Falsche Wiedergabe (Fehlinterpretation oder Verzerrung) der Ideen anderer
D. Neutral oder undefinierbar

Wenn im Kapitel 5.3.1.2 (s.u.) die Kategorien von Berkowitz und Gibbs (1986) vorgestellt werden, wird ersichtlich, dass sich die meisten Kategorien von Damon und Killen in den Transakten wiederfinden. Nicht nur Kinder, sondern auch Erwachsene verwenden die Kategorien „Zustimmung“, „Widerspruch“ oder „Transformation“. Sämtliche Kategorien von Damon und Killen werden im Transaktionssystem von Berkowitz und Gibbs präziser definiert. Es fehlt lediglich die letzte Kategorie D, welche keine offensichtliche Operation mit einem Argument darstellt, und 1a. auf Ebene C Transformation. Im Kategoriensystem von Berkowitz und Gibbs bekommen die Transakte eine Qualität zugeschrieben, was das die obige Systematisierung von Damon und Killen nicht leistet. Genauer, eine Argumentation kann lediglich vom z.B. repräsentationalen Typ sein (hier wird das Gesagte des anderen in paraphrasierter Form repräsentiert) oder vom operationalen Typ (hier werden die Argumente anderer kritisiert und/oder transformiert). Für weitere Ausführungen vgl. Kapitel 5.3.1.2 (s.u.).

Diese letzte Form der argumentativen Operation wird einen neuen Transakt darstellen (s.u. Kapitel 5.4.1). Damon und Killen (1982) haben leider weder Häufigkeitsangaben gemacht, noch schlagen sie ein Entwicklungsmodell vor.

Die Ergebnisse der Studie weisen auf bestimmte entwicklungsfördernde Interaktionsmuster hin, jedoch weichen diese von bisherigen Forschungsergebnissen ab. Überraschenderweise zeigen Damon und Killen (1982) mit ihrer Untersuchung, dass ein sozio-kognitiver Konflikt i.S. eines abweisenden, widersprechenden Diskussionsverhaltens nicht zur Entwicklung des moralischen Denkens führt: „It would seem that these children experienced some sense of conflict between their own ideas and the ideas of others in the group, yet this sense of conflict apparently did not instigate these children to adopt higher level conceptions“ (ebd., S. 364). Die Autoren unterscheiden ihren Begriff von Piagets Begriff des „kognitiven Konflikts“, welcher besagt, dass ein Individuum einen internen Konflikt wahrnimmt, wissen jedoch nicht um die Zusammenhänge: „Whether, and how, cognitive conflict is related to socio-cognitive conflict between individuals (as studied here) are questions that remain open at this point“ (ebd.).

5.3 Weiterführende Forschungsarbeiten zum Studium der transaktiven Diskussion

Theoretische und empirische Forschungsarbeiten im Bereich sozio-moralische Kognition sind zu der Erkenntnis gekommen, dass ein entscheidender Faktor in der Entwicklung entsprechender Kompetenzen die Art der sozialen Interaktion darstellt. Es geht hier v.a. um verbale Interaktionen, die soziale und moralische Themen beinhalten. Berkowitz, Oser und Althof (1987) gehen von einer unabhängigen Variable aus, nämlich der Entwicklung des sozio-moralischen Diskurses. Die Autoren präsentieren fünf Entwicklungsstufen bzw. eine Struktur der Argumentation der sozio-moralischen Diskussion. Dieses vorläufige „Stufenmodell“ (es sollte noch nicht von Stufen sondern von Niveaus gesprochen werden) basiert auf theoretischen Überlegungen und noch wenigen empirischen Befunden (z.B. Piaget 1932; 1965; Berkowitz und Gibbs 1983; Miller 1980; 1981 etc.), welche bereits dargestellt worden sind (s.o. Kapitel 5.1 und 5.2). Nach der Präsentation des vorläufigen Stufenmodell (s.u. Kapitel 5.3.4) soll begründet werden, warum „Stufenmodell“ in Anführungszeichen geschrieben wird, bzw. warum die Autoren selbst von einem „vorläufigen Stufenmodell“ sprechen. Selman beschreibt genau, wie Niveaus von Stufen unterschieden werden können (vgl. Selman 1984a).

Im Folgenden soll der Stand der Theorie und Empirie betreffend sozio-moralischer Diskurs gegeben werden, um anschliessend das vorläufige Stufenmodell der besagten Autoren darzustellen:

Obwohl schon Piaget (1932; 1965) behauptet hat, dass soziale Beziehungen und Interaktionen strukturelles Wachstum erleichtern oder behindern können, wurde diesem Thema erst in den 80er-Jahren die meiste empirische Aufmerksamkeit geschenkt. Diese Untersuchungen haben sich auf die Zeitspanne der frühen Kindheit (z.B. Damon und Killen 1982) bis zum jungen Erwachsenenalter konzentriert (Berkowitz und Gibbs 1983; Powers 1982), jedoch die dahinterliegende entwicklungspsychologische Frage nach stimulierenden Interaktionen vernachlässigt: „In other words, we have focused on how the interactional processes lead to cognitive development, but not on how the interactional processes are formed“ (Berkowitz, Oser und Althof 1987, S. 323). Die Bedeutsamkeit dieser Fragestellung zeigt sich in Theorie und Praxis: In der Theorie, da im Fall der Abhängigkeit entwicklungsfördernder Interaktionsprozesse von einem bestimmten Niveau kognitiver Entwicklung (z.B. wenn bestimmte soziale Fähigkeiten ein spezifisches kognitives Niveau benötigen), nur diese Interaktionsprozesse für die Untersuchung von Individuen in einer limitierten Entwicklungsbandbreite relevant sein sollten. Es müssen deshalb Überlegungen hinsichtlich der Variabilität von Interaktionsprozessen bei individuellen Entwicklungsunterschieden angestellt werden. Wenn – praktisch betrachtet – Interaktionsprozesse in der natürlichen Entwicklung eine Rolle spielen, so ist die Beschreibung und Förderung deren Entwicklung ausschlaggebend für die Maximierung der Reichhaltigkeit von Milieus (Familie, Schule, Arbeitsplatz), in denen Entwicklung stattfindet.

Ursprünglich wurde die sozio-moralische Diskussion im Sinne einer pädagogischen Interventionstechnik eingesetzt. Diskussionen von Jugendlichen über moralische Dilemmata, welche Kohlbergs Sammlung an Forschungsinstrumenten zur Erhebung des moralischen Urteils entnommen wurden, sollten zu einer Konzeptualisierung von Merkmalen führen. Berkowitz, Oser und Althof (1987) sind der Meinung, dass es sich hierbei nur um Vorüberlegungen, theoretische Mutmassungen ohne empirischen Nachweis gehandelt hat. Es mangelte an Design und Erkenntnisgewinn. Das Forschungsdesign war folgendermassen aufgebaut: Eine geschulte Lehrperson oder ein Forscher präsentieren einer homogenen Gruppe (meist Schulkinder oder Jugendliche) ein sozio-moralisches Dilemma. Anschliessend wird eine Gruppendiskussion betreffend der sozio-moralischen Implikation in Gang gebracht. Im Durchschnitt führt die Intervention zur Entwicklung der Moralstufe um ein Drittel. Es blieb jedoch offen, ob nicht Faktoren wie z.B. Führungsstile oder die Konfrontation mit bestimmten sozio-moralischen Argumenten Einfluss auf das Ergebnis hatten. Um besser verstehen zu können, wie die sozio-moralische Diskussion zur Entwicklung des sozio-moralischen Denkens führt, haben Berko-

witz und Gibbs (1983) mit der Untersuchung der transaktiven sozio-moralischen Diskussion begonnen.

5.3.1 Berkowitzs frühe Forschungsarbeiten

Berkowitzs frühe Forschungsarbeiten zum Studium des Entwicklungsmusters der transaktiven Diskussion (1979; 1982; 1983) sind grundlegend für meine theoretische und empirische Arbeit. Seine Arbeit ist beeinflusst vom kohlbergschen und piagetschen Paradigma. Das heisst die Entwicklungstheorie des moralischen Urteils von Kohlberg, die Konzepte der geistigen Entwicklung und der Disäquilibration und von Piaget – im Besonderen das Stadium des formal-operatorischen Denkens – werden zusammengeführt.

5.3.1.1 Moralische Diskussion, moralische Entwicklung und die Entwicklung des Modells der transaktiven Diskussion

Verschiedene Interventionsstudien haben bereits aufgezeigt, dass die moralische Diskussion Entwicklungspotential in sich birgt. Berkowitz wusste also um moralische Entwicklung durch z.B. Peer-Diskussionen (Mischung verschiedener Stufen des moralischen Urteils), Konfrontationen mit Argumenten der nächst höheren Stufe (die sogenannte Plus-1-Konvention), jedoch war dazumal nicht erforscht worden, *wie* moralische Dialoge die Entwicklung fördern und wie diese Dialoge beschaffen sind. „A number of variables have been hypothesized, however, to play roles in the process of stage acceleration by way of moral discussion. The most popular, and questionable (Berkowitz, 1981; Fraenkel, 1977; Rest, 1980) of these is the ‘plus one’ manipulation, i.e. exposure to reasoning that is one stage higher to one’s own stage. Related hypothesized factors have been the degree of variance in the stages represented in a discussion (Berkowitz, Gibbs und Broughton, 1980; Colby et al., 1977), leader style (Blatt und Kohlberg, 1975; Colby et al. 1977), and the instructional set for the discussion (Maitland und Goldman, 1974). There has been no empirical consideration of the nature of the discussion behavior of the discussants themselves. While these variables seem to be related to the probability of pretest-to-posttest stage development in an intervention, they still leave a majority of the variance unaccounted for in stage change data“ (Berkowitz 1983, 400).

Eine Studie von Berkowitz und Gibbs (1983) beinhaltet eine strukturelle Prozessanalyse, angewandt auf die moralische Diskussion, im Kontext einer Interventionsstudie. Besonderes Interesse galt den Prozesseigenschaften, die mit dem individuellen Disäquilibrium und der

Höherentwicklung des moralischen Urteils verbunden sind. Die beiden Autoren gehen bezüglich des Aufbaus der nächst höheren Stufe davon aus, dass im Dialog mit anderen ein „kognitiver Konflikt“ (Begriff nach Piaget s.o. Kapitel 5.1.2) ausgelöst wird bzw. disäquilibrierende Prozesse eintreten, da grundsätzlich jede kognitive Stufe Mängel aufweist. Während die kognitiven Unzulänglichkeiten durchlaufen werden, wird die nächste Stufe aufgebaut. Doch was „Dialog“ bedeutet, wollte Berkowitz genauer herausfinden: „(It) was decided to look for those discours acts that may mediate disequilibrium“ (Berkowitz und Gibbs 1983, S. 402). Es wurden 14 Dialoge aus einer Studie von Berkowitz, Gibbs und Broughton (1980), in der 124 moralische Diskussionen gesammelt worden sind, analysiert und die Transkripte von Vor- und Nachtest von Stufenveränderern und –nichtveränderern verglichen. So entstand das Modell der transaktiven Diskussion, ein Begriff, den Berkowitz und Mitarbeiter auf Dewey und Bentley (1949) zurückführen.

Theoretische Annahmen über die transaktive Diskussion basieren wie gesagt auf Piagets Aussage, dass Diskussionen aufgrund disäquilibrierender Effekte der Konfrontation mit unvereinbaren Konstruktionen (welche von zwei oder mehr Personen präsentiert werden) zu Entwicklung führen. Im Falle, dass ein Individuum die Konstruktionen eines anderen (alter) im Kontext seiner eigenen Konstruktionen beachtet (ego) und Unvereinbarkeit mit dem subjektiven Denken entdeckt, erfährt das Individuum Disäquilibration, welche eine notwendige, jedoch unzureichende Bedingung für (Stufen-) Entwicklung darstellt. Je mehr inkompatible Konstruktionen des Denkens anderer beachtet werden, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit Disäquilibration zu erfahren. Aus diesem Grund definieren Berkowitz und Gibbs (1983) „transaktive Diskussion“ als das Denken über das Denken einer anderen Person. In ihrer Forschungsarbeit („undergraduate same-sex dyadic discussants“ zusammengefasst in Berkowitz et al. 1987, S. 325) suchten die Autoren gezielt nach Formen moralischer Diskussion, die nachweislich zur Entwicklung des moralischen Denkens führen. Das nachfolgende Kapitel zeigt diese Formen bzw. Funktionen von Argumenten.

5.3.1.2 Das Kategoriensystem der transaktiven Diskussion

Berkowitz und Gibbs entwarfen ein Kodierschema mit 18 Transakten:

Tabelle 8: Transaktionsebenen (vgl. Berkowitz und Gibbs 1986, S. 103ff) geordnet nach Typ (N.B.)

Repräsentational (R)

1. Nebeneinanderstellung (Juxtaposition)

Deine Position ist X und meine Position ist Y.

2. Dyade-orientierte Paraphrase

Hier ist eine Wiedergabe eines Standpunkts, den wir teilen.

3. Konkurrierende Nebeneinanderstellung

Ich will eine Konzession an deine Position machen, aber auch Teile meines Standpunkts noch mal bekräftigen.

Erhellend (E)

4. Bitte um Rückmeldung

Verstehst du meine Position? Stimmst du ihr zu?

5. Bitte um Rechtfertigung

Warum sagst du das?

Überschneidung R und E

6. Paraphrase

a. Ich kann deinen Standpunkt oder deine Argumentation verstehen und wiedergeben.

b. Ist meine Wiedergabe deiner Argumentation richtig?

Überschneidung R und O

7. Vervollständigung

Ich kann deine nicht beendete Argumentation vervollständigen oder fortführen.

8. Konkurrierende Paraphrase

Hier ist eine Wiedergabe deiner Argumentation, die ein Licht auf deren Schwächen wirft.

Operational (O)

9. Erklärung

a. Nein, was ich sagen will, ist das Folgende...

b. Ich gebe dir eine Erklärung meines Standpunktes, um dir das Verstehen zu erleichtern.

10. Konkurrierende Erklärung

Meine Position ist nicht unbedingt so, wie du sie auffasst.

11. Verbesserung/Weiterentwicklung

- a. Ich muss meinen Standpunkt oder meine Behauptung als Konzession an deinen Standpunkt/deine Behauptung verbessern (unterordnender Modus).
- b. Ich kann meinen Standpunkt ausführen oder näher bestimmen, um ihn gegen deine Kritik zu verteidigen (überordnender Modus).

12. Erweiterung

- a. Hier ist ein weiterer Gedanke oder eine Ausführung, die ich dir im Geiste deines Standpunktes anbiete.
- b. Ist das Folgende in deiner Argumentation mitenthalten...?

13. Widerspruch

Es gibt eine logische Unvereinbarkeit in deiner Argumentation.

14. Kritik der Argumentation

- a. Deiner Argumentation fehlt eine wichtige Unterscheidung / sie enthält eine überflüssige Unterscheidung.
- b. Deine Position enthält implizit eine fragwürdige Annahme („Angriff auf die Prämisse“)
- c. Deine Argumentation führt nicht notwendigerweise zu deiner Schlussfolgerung. / Deine Meinung ist nicht ausreichend gerechtfertigt.
- d. Deine Argumentation lässt sich ebenso gut auf die gegenteilige Meinung anwenden.

15. Konkurrierende Erweiterung

- a. Würdest du deine Argumentation bis zu diesem unplausiblen Extrem treiben?
- b. Deine Argumentation kann bis zum folgenden Extrem erweitert werden, dem keiner von uns zustimmen würde...

16. Gegen-Überlegung

Hier ist ein Gedanke oder ein Element, der/das in deine Position nicht aufgenommen werden kann.

17. Vergleichende Kritik

- a. Deine Argumentation ist weniger angemessen als meine, weil sie mit dieser wichtigen Überlegung nicht zu vereinbaren ist...
- b. Dein Standpunkt macht eine Unterscheidung, die sich im Licht meiner Position als überflüssig erweist. / Dir fehlt eine wichtige Unterscheidung, die meine Position vornimmt.
- c. Ich kann dein Beispiel analysieren, um zu zeigen, dass es meinen Standpunkt nicht in Frage stellt.

18. Gemeinsame Voraussetzungen/Integration

- a. Wir können unsere Standpunkte zu einer gemeinsamen Anschauung verbinden.
- b. Hier ist eine allgemeine Prämisse, die unser beider Positionen gemeinsam ist.

Die ersteren Kategorien schliessen Verhaltensweisen mit ein, in denen einfach die Konstruktionen des anderen in paraphrasierter Form repräsentiert werden. Die letzteren Kategorien beinhalten kognitive Operationen oder Transformationen betreffend der Konstruktionen des anderen i.S. beurteilender Kritik oder Integration. Die beiden Kategorien, die dazwischen liegen, stellen Mischformen dar. Höhere Formen werden durch ein in Klammern gesetztes (O) gekennzeichnet, welches für den Typ „operational“ steht, (R) für „repräsentational“ und (E) für „erhellend“ bzw. hervorlockend; Überschneidungen werden in der obigen Tabelle entsprechend gekennzeichnet (R/E und R/O).

Nach Berkowitz (1986) stimmen die operationalen Transakte mit seiner Definition von Transaktion überein, „d.h. sie sind durch eine Transformation der Argumentation von *Alter* (des Zuhörers) via Integration, logische Analyse oder irgendeine andere Operation gekennzeichnet“ (ebd., S. 102, Kursivierung). Beispielhaft sind Transakt 13 und 16 (s.o. Tabelle). Repräsentationale Transakte vergleicht Berkowitz mit Beratungsverhalten niedrigen Niveaus, d.h. die Argumentation von *Alter* wird re-präsentiert und nicht transformiert. Erhellende Transakte weichen von der Definition ab, erleichtern den Verlauf der Diskussion – z.B. Bitte um Rückmeldung, um die Argumentation besser verstehen zu können – und spiegeln sich z.B. in Transakt 1 wieder (s.o. Tabelle). Die drei Mischtypen (Transakt 6, 17 und 18) stellen mehrdeutige und komplexe Transakte dar.

Berkowitz und Gibbs (1979) haben in einem Handbuch die Form der einzelnen Transakte dargestellt, ihre Funktion definiert und Beispiele zu deren Veranschaulichung und Abgrenzung gegeben (s.u. Kapitel 9.2 Anhang I-2: Auswertungsmanual). Aus dem bisher Aufgezeigten wird deutlich, dass Berkowitz und Gibbs die Art und Weise, wie auf die Argumente anderer eingegangen wird, qualitativ unterscheiden. Sie versuchen eine Systematik zu entwerfen, welche hinsichtlich repräsentationaler, erhellender und operationaler Transakttypen, sowie Überschneidungen unterscheidet (s.o. Tabelle 8). Im erwähnten Auswertungsmanual wird ersichtlich, dass die Autoren zusätzlich hinsichtlich eines konkurrierenden und nicht-konkurrierenden Modus unterscheiden, sowie betreffend Fokus und Stil des Transaktes. Diese Systematik sieht bei genauem Hinsehen nicht klar aus (z.B. ähneln sich Transakt 3 und 11b.),

noch kann behauptet werden, sie wäre vollständig. Die vorliegende Arbeit kann nicht beantworten, wann von einer vollständigen Systematik des Diskussionsverhaltens gesprochen werden könnte.

Zur Validierung des entworfenen Schemas zur Kodierung transaktiven Diskussionsverhaltens, entnahmen Berkowitz und Gibbs (1983) derselben Studie Dialogtranskripte.

5.3.1.3 Untersuchung zur Validierung des Kategoriensystems

60 Studentinnen und Studenten nahmen an fünf Diskussionen teil, von denen die letzten vier moralische Diskussionen waren. Die dritte Diskussion wurde für jede Dyade ausgewertet. Vor jeder Dyaden-Diskussion wurde den TeilnehmerInnen ihre Entscheidungsrichtung bzgl. der Handlung des Protagonisten des Dilemmas (Vortest) in Erinnerung gerufen. Anschliessend wurden beide DiskussionsteilnehmerInnen dazu aufgefordert, sich hinsichtlich der Entscheidungsrichtung und -begründung zu einigen (in Abwesenheit des Versuchsleiters). Die Kodierung führten Berkowitz, Gibbs und zwei studentische Mitarbeiter durch. Eine Korrelation zwischen erstem und zweiten Autor (Pearson) ergab 0.89 (alle Arten von Transakten zusammengekommen für $n = 10$; die Korrelation zwischen erstem Autor und einem studentischen Mitarbeiter, welcher vom 1. Autor trainiert worden ist, ergab 0.90 ($n = 12$). Alle Werte sind signifikant. Ein dritter Student, der sich die Auswertungsmethode selbst beigebracht hat, kodierte 9 Dialoge und erbrachte eine Interraterkorrelation von 0.70 ($p < .25$).

Die beiden Autoren können anhand ihrer Forschungsarbeit Folgendes zeigen: Erstens, operationale Transaktion scheint die bedeutendste Form der transaktiven Diskussion zu sein. Zweitens, operationale Transaktionen sind mehr an Entwicklung gebunden, als repräsentationale Transaktionen. Drittens, diejenigen, die am meisten transaktiv diskutiert haben, entwickeln sich am meisten moralisch weiter (Vergleich zwischen Pre- und Posttest); diese Zusammenhänge sind nur in Bezug auf die Ebene der operationalen Transakte signifikant. Viertens, der Grad an Transaktion hängt vom Grad der Entwicklung des sozio-moralischen Urteils (auf niedrigere Stufe) ab, so dass diese Beziehung ein stärkerer und unabhängiger Prädiktor von Entwicklung ist, verglichen mit Stufendisparität zwischen Diskutierenden oder der genauen Stufe des Diskussionspartners. „We conclude that operational transaction is not only a valid measure of the developmentally relevant features of undergraduate moral dialogue, but furthermore, that it explains pretest to posttest development in a moral discussion intervention program better than the more traditional variable of relative stage mixture between discussion members” (Berkowitz 1983, S. 408).

5.3.1.4 Der Zusammenhang zwischen formal-operatorischem Denken und transaktiver Diskussion

Eine zentrale Forschungsfrage von Berkowitz richtete sich nach den Auswirkungen kognitiver Prozesse (formal-operatorisches Denken) in diskursiven Prozessen. Umgekehrt haben entwicklungspsychologische Studien seinerzeit die Auswirkungen der Diskussion auf die strukturelle Entwicklung untersucht. Seine Beschränkung auf das Stadium des formal-operatorischen Denkens bzw. auf das Studium moralischer Diskurse Adoleszenter, ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass hier erstmalig hypothetisches Denken möglich ist, welches laut Piaget „die Natur der Diskussion verändert“. Das heisst mittels der neuen Fähigkeit, welche eine „fruchtbare und konstruktive Diskussion“ bedeuten kann, „den Standpunkt des Gegners zu eigen zu machen (ohne ihm notwendigerweise Glauben zu schenken) und die logische Schlussfolgerungen ziehen können, die er impliziert“ (Berkowitz 1986, S. 101f). Der Wert der gegnerischen Aussage kann beurteilt werden, wenn die Konsequenzen überprüft worden sind. Berkowitz stimmt Miller (1981) zu, dass formal-operatorisches Denken die Natur der Diskussion beeinflussen kann, besonders wenn es um die Lösung von Differenzen und Konflikten geht. Zu diesem Schluss gelangt er, nachdem er eine Diskussion von zwei Jugendlichen im Bus niederschrieb und analysierte (vgl. Berkowitz 1986, S. 113-115). Zur strengerer Untersuchung des Zusammenhangs zwischen logischen Strukturen und Diskursverhalten haben Gibbs, Schnell, Berkowitz und Goldstein (1984) 40 Dyaden gleichen Geschlechts und Alters (College-Studenten) untersucht. Zunächst erhoben sie mittels des TOLT-Test of logical thinking (Tobin und Capie 1981) das formal-operatorische Denken, genauer gesagt, ob diese Fähigkeit vorhanden ist, dabei ist sich zu entwickeln (Übergangsphase) oder noch nicht vorhanden ist. Die Autoren beschränkten sich auf die Kodierung der operationalen Transakte. Ihre Hypothese beinhaltet, „dass operationale Transaktion mit formalen Operationen zusammenhänge und da nur bei operationaler Transaktion eine signifikante Beziehung zur Stufenentwicklung festgestellt worden ist“ hätten sie lediglich operationale Transaktion kodiert (Berkowitz 1986, S. 117). Die Autoren fanden einen signifikanten Trend: Ein hohes Niveau an transaktivem Diskursverhalten hängt mit der formal-operatorischen Denkstruktur zusammen (signifikant mehr, als wenn die Person noch nicht über diese Fähigkeit verfügt).

5.3.1.5 Schlussfolgerung und Kritik

Wie schätzt nun Berkowitz seinen Befund ein?

1. Er ist der Meinung, ein „angemessenes Verständnis“ der Variable „Stufenheterogenität“ (Variable zweiter Ordnung) erreicht zu haben, jedoch noch über ein begrenztes Verständnis der Variable „kognitiver Konflikt“ (Variable erster Ordnung), der Prozessvariable, zu verfügen:

„Ich würde behaupten, dass wir uns deutlich einer erstrangigen Prozessvariable in moralischer Diskussion genähert haben. Diese Variable scheint überdies eine grössere Vielfalt in den Entwicklungseffekten von Moraldiskussionen zu erklären als die herkömmliche Variable (zweiter Ordnung) Stufenunterschied“ (Berkowitz 1986, S. 107).

2. Schüler verfügen nicht einfach so über Fertigkeiten zur moralischen Diskussion. Diese müssen geübt werden. Es ist „aus der Literatur völlig klar, dass allgemeine Kommunikationsfähigkeiten bei Adoleszenten erfolgreich geübt werden können“ (ebd., S. 108) und es für die Lehrperson nicht reicht diese einfach vorzuführen. Nach Berkowitz müssen bei Adoleszenten die „Etappen der ‚Bereitschaft‘ für Transaktion“ (ebd., S. 118) ermittelt werden; hierfür stellt der Entwicklungsgrad des formal-operatorischen Denkens ein Indikator dar. „Wenn die Strukturen vorhanden sind, müssen wir transaktive Verhaltensweisen schulen, wenn nicht, müssen wir zunächst die Entwicklung des logischen Denkens erleichtern. Ich habe bereits begonnen, mit einigen versuchsweisen Ausbildungsverfahren zu experimentieren, aber noch nicht systematisch ein didaktisches Modell entwickelt“ (ebd.).

3. Berkowitz konnte feststellen, dass die Dyaden, die unter dem Kriterium der Meinungsdifferenz zusammengestellt worden waren (bzgl. der Entscheidung im Vortest, ob Heinz das Medikament stehlen soll oder nicht), länger diskutierten, wenn sie sich hinsichtlich der besagten Entscheidung unterschieden.

4. Berkowitz, Oser und Althof (1987) kritisieren, dass der Altersvergleich und ein differenziertes Kategoriensystem fehlen, anhand dessen ersichtlich werden würde, was sich genau hinsichtlich quantitativer und qualitativer Kriterien in der Entwicklung der Transaktivität verändert. An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass die vorliegende Arbeit nicht von einem transformatorischen Entwicklungsmodell ausgeht. Diskussionsfähigkeiten können an strukturelle Voraussetzungen wie z.B. eine bestimmte Stufe des moralischen Urteils oder der Per-

spektivenkoordination gebunden sein, jedoch entwickeln sie sich nicht strukturell (s.u. 5.3.4 Zur Definierung des Stufenbegriffs). Ich werde im Kapitel 5.4.2 aufzeigen, wie ich die Einteilung von Transakten in zwei Niveaus begründe.

5.3.2 Eine rekonstruktive Analyse bzw. eine entwicklungspsychologische Interpretation von nicht-entwicklungspsychologischen Studien

Die Autoren Berkowitz, Oser und Althof (1987) führten eine rekonstruktive Analyse über vier Studien zum Thema transaktive Diskussion durch. Diese wurden ihrer Ansicht nach nicht aus einer Entwicklungsperspektive heraus durchgeführt, doch können sie entwicklungspsychologisch interpretiert werden. So hat z.B. Powers (1982) Dialoge über ein sozio-moralisches Dilemma zwischen Vater, Mutter und Adoleszenten hinsichtlich transaktiver Diskussion analysiert. Ihr Hauptinteresse galt zwar nicht der Entwicklung transaktiver Fähigkeiten, jedoch wurde sie bei der Analyse ihrer Daten auf den Aspekt der Entwicklung aufmerksam: Es scheint eine Beziehung zwischen dem Gebrauch von transaktiven Diskussionsverhalten und der sozio-moralischen Entwicklung Erwachsener zu geben. In dieser Studie konnte der Zusammenhang nicht gleichermassen für Jugendliche gefunden werden.

In vier Studien wurde der Prozentsatz an repräsentationalen und operationalen Transakten zwischen Adoleszenten und Erwachsenen berechnet, was eine vergleichende Analyse zulässt:

- Studie von Powers (1982): Berkowitz et al. (1987) haben ausgerechnet, dass 52% der gesamten Sprechakte als transaktional kodiert werden können: 29% repräsentationale und 23% operationale Transakte
- Leadbeater (1986) konnte keinen signifikanten Unterschied zwischen 20 Schülern der Highschool (15-17jährige) und 20 Erwachsenen (20-42jährige) bezüglich des Gebrauchs von Transakten finden.
- Berkowitz und Gibbs (1983) errechneten bei College Studenten 23% Transakte, davon 7% repräsentationale und 16% operationale Transakte.
- Gibbs et al. (1983) haben ebenfalls College Studenten untersucht, sich aber auf die Kodierung von operationalen Transakten beschränkt. Strenge Kriterien der Kodierung ergaben ein auffällig niedriges kognitives Niveau der Stichprobe und ein Ergebnis von 4% Transakten.

Berkowitz, Oser und Althof (1987) schliessen aufgrund ihrer Analyse der vier erwähnten Studien, dass bei zunehmendem Alter und kognitiver Struktur (im Sinne von Piagets Stufen) transaktives Diskussionsverhalten zunimmt. Die Autoren berichten zudem von drei Studien mit Kindern. Kruger und Tomasello (1986) haben beispielsweise Mutter-Kind-Diskussionen untersucht. Diese Studie ist richtungsweisend für die Annahme, dass operationale Transaktionen mit zunehmendem Alter und kognitiver Entwicklung häufiger vorkommen. Jedoch zeigen die Daten der Studie von Kruger und Tomasello (ebd.), dass dieser Trend nicht immer aufgezeigt werden kann, was vielleicht auch daran liegt, dass Mütter ihr Verhalten nachweislich verändern bzw. auf ein niedrigeres Niveau anpassen, wenn sie mit ihren Kindern diskutieren.

Nach Meinung von Berkowitz, Oser und Althof (1987) sind all die Daten suggestiv, da sie von verschiedenen Forscherinnen und Forschern unterschiedlich gesammelt und kodiert worden sind. Aufgrund dieser empirischen Uneinheitlichkeit haben die Autoren eine kulturübergreifende Studie über die Entwicklung der transaktiven Diskussion durchgeführt, welche im anschliessenden Kapitel dargestellt wird. Die bereits erläuterten Pionierarbeiten (s.o. Kapitel 5.2) fliessen neben den Ergebnissen der USA-Schweiz-Studie in die vorläufige Formulierung von Stufen nach Berkowitz, Oser und Althof (s.u. 5.3.4) mit ein. Schildknechts Arbeit (1984), auf die ich bereits an anderen Stellen verwiesen habe, deckt die schweizerische Stichprobe ab.

5.3.3 Eine kulturübergreifende Studie zur Entwicklung der Transaktivität

In den USA und der Schweiz wurden Dyaden gleichen Alters (in fünf Altersgruppen: 6-8, 9-11, 12-14, 15-17 und 18-20jährige) und gleichen Geschlechts untersucht und verglichen. Die Untersuchung beinhaltete Dyaden-Diskussionen über sozio-moralische und religiöse Dilemmata: Für jede Altersgruppe wurden zwei Dyaden männlichen Geschlechts und zwei Dyaden weiblichen Geschlechts (N=40) erhoben. Es wurden alle Altersgruppen hinsichtlich des Prozentsatzes an Äusserungen in einer Diskussion analysiert, die 1. transaktiv, 2. spezifisch operational und 3. spezifisch repräsentational waren. Für die Kategorie „total transaction“ gab es einen signifikanten Alterseffekt. Die beiden ältesten Altersgruppen zeigten signifikant mehr Transaktion als die drei jüngeren Altersgruppen. Es liegt kein Effekt der Kultur vor. Es scheint so, als ob die transaktive Diskussion sowohl auf repräsentationalem Niveau als auch auf operationalem Niveau mit dem Alter, wenigstens im Alter von 6-20 Jahren, zunimmt. Dieser Befund zeichnet sich in der amerikanischen und der schweizerischen Stichprobe ab. Die Autoren nehmen an, dass die transaktive Diskussion eine reifere Form der argumentativen

Logik darstellt. Obwohl die Fähigkeit bereits in der Kindheit vorhanden ist, wird sie in der Adoleszenz signifikant verbreitet. Offen bleiben die Fragen, wie Jugendliche und Erwachsene transaktiv diskutieren bzw. welche qualitativen und quantitativen Unterschiede hinsichtlich bestimmter Kriterien auftreten. Trotzdem schlagen sie ein Arbeitsmodell vor – eine erstmalige Auseinandersetzung mit einer entwicklungsbezogenen Hierarchie betreffend der transaktiven Diskussion.

5.3.4 Eine vorläufige Formulierung von Stufen der soziomoralischen Diskussion

Tabelle 9: Die Stufen der sozio-moralischen Diskussion – ein vorläufiges Entwicklungsmodell (vgl. Berkowitz, Oser und Althof 1987; Übersetzung N.B.)

<i>Stufe</i>	<i>Beschreibung</i>	<i>Was macht die Stärke des Arguments aus?</i>	<i>Kern der Stufe</i>
Stufe 0 Präargumentation	Der Diskutierende sieht die Notwendigkeit des Diskurses nicht. Rechtfertigungen werden nur dann bereitgestellt, wenn sie verlangt werden; sie sind somit idiosynkratisch oder irrelevant. Die Funktion von Rechtfertigungen wird nicht verstanden, da die Fähigkeit zur Perspektivenübernahme noch nicht entwickelt worden ist. Aktuelle Konflikte werden durch Manipulation mittels Macht gelöst, entweder physisch oder verbal, aber ohne Rückgriff auf Diskurs.	<ul style="list-style-type: none"> - Der Wunsch eine bestimmte Position einzuhalten. Rechtfertigungen nur, wenn sie verlangt werden. - Der Grad an Wiederholung, Ausdehnung oder Variation des Arguments oder der Gegenargumente zur Position des Diskussionspartners, jedoch ohne Rechtfertigung. - Die Tendenz, ein Thema oder ein bestimmtes Argument schlagartig zu wechseln. - Die Tendenz zur unlogischen Rechtfertigung. - Die Tendenz der einfachen Zustimmung, Nichtübereinstimmung, Wiederholung der eigenen Position ohne Rechtfertigung; bei Nichtübereinstimmung persönliche Angriffe. 	Auf dieser Stufe wird eine Diskussion mit Durchhaltevermögen „gewonnen“, d.h. die eigene Position wird länger, als der andere es kann, eingehalten oder indem der andere verbal oder physisch attackiert wird.

<p>Stufe 1</p> <p>Ein-Grund-Argumentation</p>	<p>Die eingenommene Position ist von isolierten Rechtfertigungen gekennzeichnet. Jede wird durch wiederholte, unverbundene oder in loser Beziehung zueinanderstehenden Argumenten gestützt. Argumente werden nur dazu verwendet, um die einmal bezogene Position aufrechterhalten zu können.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Überzeugung von der Korrektheit der eigenen Position. - Isolierte Rechtfertigungen sind oftmals persönlich oder idiosynkratisch wie z.B. durch die Inanspruchnahme des persönlichen Erlebnisses mit dem Dilemma, Teile davon oder seiner Lösung. - Der Grad an Wiederholung, Ausdehnung oder Variation des Arguments oder der Gegenargumente zur Position des Diskussionspartners. - Die Tendenz, ein Thema oder ein bestimmtes Argument schlagartig zu wechseln. - Die mangelnde Differenzierung zwischen deskriptiven und normativen Aspekten der Argumentation. 	<p>Die Argumentation muss „ausen“ kraftvoll sein, d.h. Lösungen und unterstützende Argumente sind abhängig von der Fähigkeit den Gesprächspartner durch Wiederholungen, Betonung etc., überzeugen zu können. Es kann erkannt werden, dass der andere durch Rechtfertigungen überzeugt werden muss, aber die Fähigkeit zur effektvollen Rechtfertigung fehlt aufgrund der mangelnden Fähigkeit zur Perspektivenübernahme sowie einer Zentrierung auf eigene Interessen und den eigenen Standpunkt.</p>
<p>Stufe 2</p> <p>Aufrechterhaltende Beziehungen</p>	<p>Die Diskutierenden versuchen mehrere Rechtfertigungen mit etwas logischer Kohärenz auszutauschen, um</p> <p>a) eine zentrale These zu identifizieren und</p> <p>b) ihr gegenseitiges Verständnis zu steigern, indem gemeinsame Lösungen gesucht werden.</p> <p>Das Gütekriterium für Diskussionsbeiträge besteht im Einsatz und der Bewertung der gemeinsamen Sache.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Die Fähigkeit, eine Hierarchie von Argumenten zu erschaffen. - Die Tendenz und die Fähigkeit, Gegenbeweise zu antizipieren, indem Schwachpunkte in der eigenen Position identifiziert werden, ehe es dem Diskussionspartner gelingt. - Die Fähigkeit, Ähnlichkeiten zwischen der eigenen Position und der des anderen zu identifizieren (ohne diese Ähnlichkeiten für die Erzeugung einer gemeinsamen Lösung nutzen zu können). - Die Tendenz und Fähigkeit, die direkte Konfrontation mit dem Partner zu vermeiden. - Die Ansprache von persönlichen affektiven Reaktionen auf das Problem des Dilemmas. 	<p>Gerechtigkeit wird nicht generalisiert, sondern tendenziell von der Situation determiniert.</p> <p>Wahrheit und Richtigkeit können noch nicht adäquat unterschieden werden.</p> <p>Es geht weniger um das Gewinnen der Diskussion (vgl. Stufe 0 und 1), sondern um die Herstellung einer gemeinsamen Basis der Meinungen in der Lösung des Problems.</p>

<p>Stufe 3</p> <p>Gegenbeweis</p>	<p>Diese Stufe beinhaltet den Gebrauch von Gegenbeweisen, Bemühung um Falsifikation und Abwehr gegen solche Strategien, wenn sie der Partner anwendet. Neu ist die Fähigkeit logische Widersprüche aufzudecken. Auffällig ist die Fokussierung auf „negative“ Strategien.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Die Fähigkeit, einen Gegenbeweis auszuhalten und die eigene Position durch Analysen betreffend Wahrheit und Richtigkeit, auch normative Analysen, beizubehalten. - Die Fähigkeit, Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den eigenen und den Argumenten des Diskussionspartners zu identifizieren. - Die Fähigkeit, Fakten von normativen „Wahrheiten“ zu unterscheiden, aber Schwerpunktsetzung auf Letzterem. - Die Fähigkeit, über das Denken anderer nachzudenken. - Die Fähigkeit, auf schwache oder irrelevante Argumente zu verzichten. - Die Tendenz, noch immer in Begriffen der eigenen Position zu denken (Konzentration auf Richtigkeit oder Korrektheit). 	<p>Die Neigung zu konflikthaften Modi der Argumentation und einer relativ häufigen Verneinung bejahender Strategien. Gefühlsausbrüche werden als legitime Rechtfertigung hingestellt. Die meisten Argumente scheinen sich auf den Konflikt zwischen den Diskutierenden zu richten (statt auf den Konflikt zwischen Positionen).</p>
---	---	--	---

<p>Stufe 4</p> <p>Geteilte Analyse</p>	<p>Hier beginnt die Gegenseitigkeit im Diskurs. Die Logik der geteilten Analyse erscheint, als ob sie fast ohne Diskussionspartner geschaffen werden könnte, da jedes Argumente kritisch als Teil der Gegenargumentation untersucht wird und verstanden werden will. Angestrebt wird die Identifikation geteilter Bedeutung, Wahrheit und Richtigkeit.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Die Fähigkeit, eine Position aufzugeben oder sie beizubehalten, nur um die Position des anderen auszutesten („devils advocate“). - Die Fähigkeit unterstützende Rechtfertigungen für die Position des Diskussionspartners zu generieren. - Die Fähigkeit, effektiv über das Denken des anderen nachzudenken, mit dem Ziel der gemeinsamen Position. - Die Fähigkeit, akkurat zwischen normativen und beschreibenden Argumenten zu unterscheiden. - Die Fähigkeit, die verschiedenen Möglichkeiten und Konsequenzen einer Situation zu berechnen und jeweils anhand moralischer Prinzipien zu testen. 	<p>Auf dieser Stufe geht es im Kern um generalisierte Regeln. Entweder werden generalisierte Regeln auf ein bestimmtes Problem angewendet oder Lösungen zu einem bestimmten Problem werden nach und nach generalisiert. Zusätzliche Prämissen und Schlussfolgerungen werden jetzt unterschieden. Affektive Rechtfertigungen werden i.S. von limitierter Metakognition akzeptiert; das Unzureichende kann so lange bestehen, bis es von generalisierten normativen Regeln gerechtfertigt werden kann. Der generelle moralische Kontext eines Problems wird häufig diskutiert.</p>
<p>Stufe 5</p> <p>Idealer Diskurs</p>	<p>Diese Stufe beschreibt den idealen Diskurs, in Anlehnung an das gleichnamige Modell nach Habermas (1984).</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Die Forderung nach dem Testen der Validität wird in der rationalen Argumentation. - Die Bewahrung der Objektivität einer Perspektive. - Die Perspektive der Generalisierbarkeit. - Die Bewahrung der Konsistenz von Argumenten. - Die Erkennung der potentiellen Fehlbarkeit der Einsicht und der Argumente jedes Diskutierenden (inkl. der eigenen Person). 	<p>Die Diskutierenden erkennen, dass sich in einer Diskussion jeder durch den Prozess des Diskutierens in Richtung angemessenster oder bester Lösung bewegen muss.</p>

Die Autoren Berkowitz, Oser und Althof (1987) sind der Meinung, die Beschreibung der Stufen bzw. der sich verändernden sozio-moralischen Argumentation sollte verbessert und verfeinert werden. Geklärt werden müsste auch, wie sich die Entwicklungslinie genau abzeichnen lässt – spiralförmig oder stufenartig? Welche Rolle spielen die Modi interpersonaler Ori-

entierung: 1. Separation bzw. Differenzorientierung, 2. Integration, Verbindung bzw. Konsensorientierung?

An dieser Stelle soll erklärt werden, warum das eben präsentierte Entwicklungsmodell als vorläufiges Stufenmodell betrachtet wird. Der *Stufenbegriff* der Strukturgenetiker (wie z.B. Piaget, Kohlberg oder Selman) basiert auf vier basalen entwicklungspsychologischen Annahmen:

1. Die Entwicklungsstufen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Qualität.

Diese qualitative Unterscheidung bezieht sich z.B. bei den Stufen des sozialen Verstehens von Selman (z.B. 1984a, S. 147ff) auf die Art und Weise, wie die soziale Realität aufgefasst wird. Auf jeder Stufe findet hier „eine fundamentale Rekonstruktion“ (ebd., S. 71) statt. Das soziale Wissen nimmt demnach nicht einfach von Stufe zu Stufe zu, sondern beinhaltet eine andere Denkstruktur. So kann in Bezug auf die Entwicklungstheorie des sozialen Verstehens im Kindesalter, im Bereich der Freundschaft, von Stufenentwicklung gesprochen werden, wenn das kindliche Denken – „Ich mag Dich, weil Du bestimmte Spielsachen besitzt“ – verglichen wird mit dem Denkmuster einer Stufe, wo ähnliche psychologische Interessen für die Freundschaft ausschlaggebend sind. Meist werden alte Denkstrukturen neu zusammengesetzt.

2. Die Entwicklungsstufen bilden eine invariante Sequenz.

Es ist nicht möglich die Abfolge der Stufen zu verändern, höchstens zu beschleunigen aufgrund von physiologischen Faktoren und des Milieus.

3. Die Struktur der Stufe bildet ein Ganzes.

Hier geht es darum, dass jede Stufe eine gewisse Logik beinhaltet, in der Konzepte, z.B. im Fall von Selmans Theorie, über die soziale Realität miteinander verknüpft werden.

4. Die Stufen bilden in ihrer Abfolge eine Hierarchie.

Auf der nächst höheren Stufe sind die Strukturen der vorherigen integriert. So wird die Denkstruktur von Stufe zu Stufe komplexer. Konzepte niedriger Stufe können jedoch je nach Situation verwendet werden. Es gibt also zu einem gegebenen Zeitpunkt nur nach oben eine höchste Kompetenz.

Worin unterscheidet sich nun der Stufen- vom Niveaubegriff?

Der Stufenbegriff wird durch stärker formulierte formelle und inhaltliche Charakteristika festgelegt (s.o. die vier basalen Annahmen). Es muss für jede Entwicklungsstufe aufgezeigt werden könne, wie die Denkkonzepte zusammenhängen und welche Funktionsmodi verwen-

det werden. Ein „Niveau“ beinhaltet weniger, „nur eine *Entwicklungsfolge* des Denkens über ein begrenztes Gebiet sozialer Ereignisse oder Beziehungen“ (Selman 1984a, S. 75, Kursivierung).

Theoretisch wird davon ausgegangen, die Entwicklung von einer Stufe zur nächsten finde dann statt, wenn die inneren kognitiven Strukturen mit dem, was aussen wahrgenommen wird, in Konflikt geraten (z.B. in Form eines Widerspruches). Dann passiert eine Reorganisation inhaltlicher Aspekte (z.B. Persönlichkeit, Einstellungen, Überzeugungen). Mit dem Niveaubegriff geht es lediglich um konzeptuelle oder formelle Veränderungen. Es wird nun nach der Betrachtung des vorläufigen Stufenmodells deutlich, warum von einem vorläufigen Stufenmodell der sozio-moralischen Diskussion gesprochen wird. Es fehlt eben noch die Erläuterung, was sich genau hinsichtlich welcher Kriterien von Stufe zu Stufe verändert. Dies räumen die Forscher Berkowitz, Gibbs und Althof (1987) selbst ein. Nun ist die vorliegende Arbeit nicht daran interessiert ein abgesichertes Stufenmodell der sozio-moralischen Diskussion zu erarbeiten, sondern die Qualität der Form der Argumentation von Politikern und Experten in politischen TV-Diskussionssendungen zu analysieren. Die Wichtigkeit und die Relevanz der Thematik wird im Kapitel 1 und 2 dargelegt. Die Arbeit bleibt auf der Ebene der Niveaus transaktiver Diskussion und teilt das erweiterte Kategoriensystem der Transakte (ursprünglich Berkowitz und Gibbs 1986) in Niveaus ein (s.u. Kapitel 5.4.2).

5.3.5 Zur Differenzierung des Transakts: Orientierungsmodi und Argumentationsstile

Kruger (1992) hat die bereits erwähnte grobe Differenzierung der Modi interpersonaler Orientierung (Differenzorientierung/Separation vs Konsensorientierung/Integration) von Berkowitz, Oser und Althof (1987) verfeinert. In ihrer Studie zum Effekt von transaktiver Diskussion (unter Peers und Erwachsenen mit Kindern) auf das moralische Denken hat sie drei Typen von Transakten kodiert: *transaktive Aussagen, Fragen und Antworten*. Die ersten beiden Typen bedeuten aktives Diskussionsverhalten, der letzte Typ beinhaltet passives Reagieren. Alle drei Typen werden hinsichtlich Selbst- und Andere-Orientierung unterschieden. Kruger fand vier Stile interpersonaler Orientierung: Egozentrisch, sokratisch, egalitär und führend.

Der *egozentrische Stil* besteht aus einer Kombination von selbst-orientierten Aussagen beider Diskussionspartner, d.h. keiner geht auf den Partner ein, sondern ist mehr auf sich selbst konzentriert. In Diskussionen unter Gleichaltrigen kam dieser Argumentationsstil selten vor. Der *sokratische Stil* wird definiert durch andere-orientierte Fragen des Diskussionspartners, kom-

biniert mit selbst-orientierten Antworten, d.h. der Befragte Diskussionspartner ist passiv, zustimmend-unterwürfig. Dieser Stil mit einem Frage-Antwort-Muster konnte v.a. bei der Erwachsenen-Kind-Diskussion vorgefunden werden. Der *egalitäre Stil* beinhaltet eine Kombination von andere-orientierten Aussagen von beiden Diskussionspartnern, d.h. beide sind aktiv, arbeiten im transaktiven Dialog zusammen und verfügen über den gleichen Status. Dieser Stil trat v.a. in den Dyaden-Diskussionen unter Gleichaltrigen auf. Beim *führenden Stil* stellt ein Diskussionspartner ständig Fragen und das Gegenüber antwortet.

Walker und Taylor (1991) haben eine Studie zur Familieninteraktion und der Entwicklung von moralischem Denken durchgeführt. Sie fanden unterschiedliche Interaktionsstile und bildeten 6 konzeptuelle Kategorien und eine Kategorie für unklare Aussagen. In Anlehnung an Berkowitz und Gibbs (1983) unterscheiden sie zwischen operationalem und repräsentationalem Dialogverhalten. Auf der Basis von Deutschs Unterscheidung (1969) von konstruktiven (unterstützenden) und destruktiven (feindseligen) Konflikten und dem Kodierungsmanual von Powers (z.B. 1988; Powers, Hauser, Schwartz, Noam und Jacobson 1983) DECS (Developmental Environments Coding System) gruppieren Walker und Taylor das Argumentationsverhalten der Diskussionspartner in informativ, unterstützend, störend (kognitiv) oder konfliktreich (affektiv).

Nachdem nun die wichtigsten Forschungsarbeiten um die transaktive Diskussion vorgestellt und diskutiert worden sind, soll nun das Kategoriensystem von Berkowitz und Gibbs erweitert werden und das Modell von zwei Niveaus transaktiver Diskussion präsentiert werden.

5.4 Erweiterung des Kategoriensystems und Entwurf eines Modells mit zwei Niveaus transaktiver Diskussion

Die im Kapitel 5.2 (s.o.) dargestellten Pionierarbeiten haben Berkowitz, Oser und Althof (1987) hinsichtlich der Arbeit an einer Entwicklungstheorie der transaktiven Diskussion inspiriert und beeinflusst. Für den ersten Schritt der vorliegenden Arbeit war es wichtig explizit herauszuarbeiten, welche theoretischen Elemente aus den verschiedenen Forschungsansätzen nutzbar gemacht worden sind bzw. nutzbar gemacht werden können und welche Elemente noch fehlen. Diese Arbeit wurde in den vorangehenden Kapiteln geleistet. Nun wird das erweiterte Kategoriensystem dargestellt und anschliessend kurz wiederholt, woher die neuen Transakte bzw. die Verfeinerungen bereits bestehender Transakte stammen.

5.4.1 Das erweiterte Kategoriensystem

Die folgende Tabelle zeigt das erweiterte Kategoriensystem (Original Berkowitz und Gibbs 1979). Im Anschluss daran wird nochmals zusammenfassend begründet, warum Transakte hinzugefügt und andere verändert werden. Es wird dem Leser auffallen, dass die Nummerierung der Transakte ab dem 15. Transakt nicht fortlaufend ist. Das liegt daran, dass die eigens aus der Literatur entwickelten Transakte dem Kategoriensystem von Berkowitz und Gibbs hinzugefügt worden sind und dabei nicht die Reihenfolge der Darstellung der Transakte verändert werden sollte. Diese Veränderung wurde bereits einmal vorgenommen, als die Transakte nach den drei Typen – repräsentational, erhellend und operational – geordnet wurden (s.o. Tabelle 8, S. 179).

Damit der Lesefluss gegeben ist, sollen an dieser Stelle die *Definitionen der beiden Niveaus* transaktiver Diskussion eingefügt werden. Weiter unten werden sie anhand einer Tabelle dargestellt. Im Anschluss daran wird ihre Zuteilung zu je einem Niveau transaktiver Diskussion begründet (s.u. Kapitel 5.4.2, S. 198).

NIVEAU I TRANSAKTIVER DISKUSSION:

Auf diesem Niveau kann Ego über seine eigene und Alters Perspektive reziprok nachdenken und/oder verschiedene Perspektiven koordinieren. Ego kann auf Alters Standpunkt in einem konkurrierenden und nicht-konkurrierenden Modus argumentativ reagieren.

NIVEAU II TRANSAKTIVER DISKUSSION:

Das zweite Niveau beinhaltet die Fähigkeit, dass Ego und Alters Standpunkte oder einzelne Argumente integriert werden können. Integrationsleistung beinhaltet die Fähigkeit zur Synthese, Analyse und zur Schlussfolgerung. Der Modus kann konkurrierender und nicht-konkurrierender Art sein.

Tabelle 10: Das erweiterte Kategoriensystem: Überblick

NIVEAU I

Repräsentational (R)

1. Nebeneinanderstellung (Juxtaposition)

Deine Position ist X und meine Position ist Y.

2. Dyade-orientierte Paraphrase

Hier ist eine Wiedergabe eines Standpunktes, den wir teilen.

3. Konkurrierende Nebeneinanderstellung

Ich will eine Konzession an deine Position machen, aber auch Teile meines Standpunktes noch mal bekräftigen.

Erhellend (E)

4. Bitte um Rückmeldung

Verstehst du meine Position? Stimmst du ihr zu?

5. Bitte um Rechtfertigung

Warum sagst du das?

Überschneidung R und E

6. Paraphrase

a. Ich kann deinen Standpunkt oder deine Argumentation verstehen und wiedergeben.

b. Ist meine Wiedergabe deiner Argumentation richtig?

Überschneidung R und O

7. Vervollständigung

Ich kann deine nicht beendete Argumentation vervollständigen oder fortführen.

8. Konkurrierende Paraphrase

Hier ist eine Wiedergabe deiner Argumentation, die ein Licht auf deren Schwächen wirft.

Operational (O)

9. Erklärung

a. Nein, was ich sagen will, ist das Folgende...

b. Ich gebe dir eine Erklärung meines Standpunktes, um dir das Verstehen zu erleichtern.

10. Konkurrierende Erklärung

Meine Position ist nicht unbedingt so, wie du sie auffasst.

11. Verbesserung/Weiterentwicklung

a. Ich muss meinen Standpunkt oder meine Behauptung als Konzession an deinen Standpunkt/deine Behauptung verbessern (unterordnender Modus).

b. Ich kann meinen Standpunkt ausführen oder näher bestimmen, um ihn gegen deine Kritik zu verteidigen (überordnender Modus).

12. Erweiterung

a. Hier ist ein weiterer Gedanke oder eine Ausführung, die ich im Geiste deines Standpunktes anbiete.

b. Ist das Folgende in deiner Argumentation mitenthalten...?

13. Widerspruch

Es gibt eine logische Unvereinbarkeit in deiner Argumentation.

14. Destruktive¹¹ Kritik der Argumentation

- a. Deiner Argumentation fehlt eine wichtige Unterscheidung / sie enthält eine überflüssige Unterscheidung.
- b. Deine Position enthält implizit eine fragwürdige Annahme („Angriff auf die Prämisse“)
- c. Deine Argumentation führt nicht notwendigerweise zu deiner Schlussfolgerung. / Deine Meinung ist nicht ausreichend gerechtfertigt.
- d. Deine Argumentation lässt sich ebenso gut auf die gegenteilige Meinung anwenden.

15. Konkurrierende Erweiterung

- a. Würdest du deine Argumentation bis zu diesem unplausiblen Extrem treiben?
- b. Deine Argumentation kann bis zum folgenden Extrem erweitert werden, dem keiner von uns zustimmen würde...

20. Reflexive Akzeptanz (oder analytische Übereinstimmung)

Ich habe Argumente Deiner Position gewichtet und kann mit ihnen teilweise übereinstimmen.

NIVEAU II

14. Konstruktive Kritik der Argumentation

e. Ich kann deine Argumentation kritisieren (14a., b., c. oder d.) und einen positiv-konstruktiven Hinweis hinzufügen.

16. Gegen-Überlegung

Hier ist ein Gedanke oder ein Element, der/das in deine Position nicht aufgenommen werden kann.

17. Vergleichende Kritik

- a. Deine Argumentation ist weniger angemessen als meine, weil sie mit dieser wichtigen Überlegung nicht zu vereinbaren ist...
- b. Dein Standpunkt macht eine Unterscheidung, die sich im Licht meiner Position als überflüssig erweist. / Dir fehlt eine wichtige Unterscheidung, die meine Position vornimmt.
- c. Ich kann dein Beispiel analysieren, um zu zeigen, dass es meinen Standpunkt nicht in Frage stellt.

18. Gemeinsame Voraussetzungen/Integration

- a. Wir können unsere Standpunkte zu einer gemeinsamen Anschauung verbinden.
- b. Hier ist eine allgemeine Prämisse, die unser beider Positionen gemeinsam ist.

19. Korrektur / Reparatur

Deine Argumentation benötigt den Gedanken X, um kohärent zu sein.

21. Dyadische Kritik der Argumentation

Ich kann unsere geteilte Meinung verbalisieren und sie kritisieren.

Die Tabelle zeigt einen Überblick über das erweiterte Kategoriensystem transaktiver Diskussion. Das ausführlich überarbeitete Manual (Orig. Berkowitz und Gibbs 1979), inkl. Definitionen jedes Transakts, Abgrenzungen und Fallbeispiele, befinden sich im Anhang.

¹¹ Sämtliche ***kursiv fett gedruckten Wörter und Sätze*** wurden dem Manual von Berkowitz und Gibbs (1979) hinzugefügt (Begründung s.u. im selben Kapitel).

Kursiv fett gedruckte Wörter und Sätze stehen für die Erweiterung. Hier nochmals kurz die Erklärung dafür:

Betreffend des **Transaktes 14** wird unterschieden, ob die Kritik der Argumentation destruktiv oder konstruktiv formuliert wird. So ist der Transakt 14, so wie er in der Originalversion verfasst ist, lediglich destruktiv und auf einem Niveau einzuordnen, welches dadurch gekennzeichnet ist, dass Ego Alters Argumente zwar koordiniert, jedoch noch keine Integration der Argumente in die eigenen stattfindet (s.u. Kapitel 5.4.2. Beschreibung der Niveaus transaktiver Diskussion). Wenn Ego nun zwar kritisiert und anschliessend ein konstruktives Argument anfügt, werden die Perspektiven von Ego und Alter integriert. Diese wichtige Unterscheidung zwischen destruktiver, konstruktiver, koordinierender und integrierender Kritik innerhalb des Transaktes der Argumentation wurde ergänzt.

Damon und Killen (1982) zeigen in ihrer Untersuchung von Peer-Diskussionen, dass bereits ein Kind im Alter von ca. 7 Jahren über die Fähigkeit verfügt, in der Diskussion vorherige Aussagen mit anderen Ideen (inkl. der eigenen) zu integrieren. Dieser transformatorische Prozess soll aus Gründen der Vollständigkeit dem Kategoriensystem der transaktiven Diskussion nach Berkowitz und Gibbs (1979) hinzugefügt werden, was sich im neuen **Transakt 19** niederschlägt.

Der **20. Transakt** „Reflexive Akzeptanz“ (oder analytische Übereinstimmung) geht auf Millers Untersuchung der sozio-moralischen Diskussion von Kindern und deren diesbezüglichen Perspektivenerhöhung zurück (1980; 1981). Was Miller als Perspektive der „Kohärenz“ bezeichnet, nämlich „die Einigung auf Gewichtung und die Platzierung von akzeptierten Vorschlägen“, stellt einen neuen Transakt dar, welcher in der Originalversion von Berkowitz und Gibbs (1979) fehlt.

Wie bereits im Kapitel 5.2.4.4 (s.o.) ausgedrückt wird, kann in Anlehnung an Sliwka (2001) nach langer Diskussion einer der Diskussionspartner zu dem Schluss kommen, dass sich entweder er selbst oder andere Beteiligte geirrt haben. Diese Form der Argumentation steht für den **Transakt 21** ein Transakt, welcher dem zweiten Niveau transaktiver Diskussion zugeteilt wird. Die Definierung der beiden Niveaus sowie die Zuordnung der einzelnen Transakte wird im nachfolgenden Kapitel vorgenommen.

5.4.2 Die zwei Niveaus transaktiver Diskussion

Bisher liegen eine vorläufige und eine erweiterte Beschreibung von 18 bzw. in der erweiterten Version von 21 Kategorien von Transakten vor, die für die funktionale Komponente der transaktiven Diskussion stehen. Auf der Basis der Einteilung der Transakte in drei Haupttypen – repräsentationale, operationale und erhellende (die Überschneidungen stehen für Untertypen) – sowie der Analyse des Kriterien Koordination und Integration über alle Typen hinweg, kann behauptet werden, dass nicht alle Transakte als qualitativ gleichwertig betrachtet können. Die Tabelle zeigt die Grundlage für Einteilung der Transakte in zwei Niveaus.

Tabelle 11: Die zwei Niveaus transaktiver Diskussion

<i>Niveaus</i>	<i>Bezeichnung</i>	<i>Hauptmerkmale</i>
N I V E A U II : I N T E G R A T I V		
Transakte höherer Ordnung	Integrativ	<ul style="list-style-type: none"> • Kombination von Perspektiven • Analyse eigener und anderer Standpunkte • Schlussfolgerungen werden gezogen
N I V E A U I : N I C H T – I N T E G R A T I V		
Transakte niedrigerer Ordnung	Koordinativ	Berücksichtigung von anderen Perspektiven
Nicht-transaktiv	Nicht-koordinativ	Keine Operation mit den Argumenten anderer

Die Tabelle spiegelt die Analyse der Tatsache, dass bestimmte Transakte eine höhere Ordnung aufweisen und andere eine niedrigere. In der niedrigeren Ordnung der Transaktivität werden Argumente koordiniert und noch nicht integriert; in höherer Ordnung werden Argumente integriert. Das nicht-integrative Niveau I der transaktiven Diskussion kann in zwei Bereiche aufgeteilt werden: erstens in den nicht-transaktiven, d.h. nicht-koordinativen und zwei-

tens in den koordinativen. In diesem zweiten Bereich setzt das Kategoriensystem an. Transakte niedrigerer Ordnung schliessen die Fähigkeit mit ein, dass die Perspektive vom Selbst und Anderen eingenommen werden kann und in der Argumentation berücksichtigt werden können. Ein höheres Niveau II transaktiver Diskussion beinhaltet Transakte höherer Ordnung. Hier werden Argumente erstmalig i.S. von einer Analyse der Argumente vom Selbst und Anderen integriert, um Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Perspektiven werden nicht nur berücksichtigt, sondern auch kombiniert.

Transakte können auf beiden Niveaus – Koordination und Integration – in einem konstruktiven und einem destruktiven Sinn verwendet werden. Das heisst, Ego kann auch bewusst Alters Position schwächen (vgl. Transakt 13, 14 auf Ebene 1 sowie 16 und 17 auf Ebene 2) und dabei integrierend argumentieren.

Nun folgen die Definitionen der beiden Niveaus und die Liste der Transakte, die den Niveaus jeweils zugeordnet werden.

Definitionen von Niveau I und II transaktiver Diskussion

NIVEAU I TRANSAKTIVER DISKUSSION:

Auf diesem Niveau kann Ego über seine eigene und Alters Perspektive reziprok nachdenken und/oder verschiedene Perspektiven koordinieren. Ego kann auf Alters Standpunkt in einem konkurrierenden und nicht-konkurrierenden Modus argumentativ reagieren.

Die folgende Übersichtstabelle listet sämtliche Transakte auf, welche im ersten Abschnitt dem ersten und im zweiten Abschnitt dem zweiten Niveau transaktiver Diskussion zugeordnet werden. In der rechten Spalte wird der Inhalt des Transakts wiedergegeben, anhand dessen ersichtlich wird, inwiefern Ego seinen eigenen und Alters Argumente berücksichtigen kann und/oder seine Argumente mit denen von Alter koordiniert oder eben auf Niveau II integriert.

Aufstellung: Begründung der Einteilung der Transakte zu den Niveaus I und II

Transakte	Begründung
1. Nebeneinanderstellung	Ego stellt lediglich die beiden Standpunkte nebeneinander, ohne jeden Versuch sie zu integrieren. Argumente von Ego und Alter werden berücksichtigt.
2. Dyade-orientierte Paraphrase	Ego paraphrasiert eine Position, die beide teilen und über

	die sich beide einig sind.
3. <i>Konkurrierende Nebeneinanderstellung</i>	Ego anerkennt teilweise die Gültigkeit von Alters Argumentation.
4. <i>Bitte um Rückmeldung</i>	Ego möchte den Standpunkt von Alter herausfinden, d.h. Alters Perspektive wird berücksichtigt.
5. <i>Bitte um Rechtfertigung</i>	Egos Fokus liegt auf Alter. Beide Seiten der Argumentation sind Ego präsent, da Alter seinen Standpunkt bereits dargestellt hat. Ego verlangt mehr Argumente.
6. <i>Paraphrase</i>	Ego versucht sein Verständnis von Alters Position wiederzugeben, um ein gegenseitiges Einverständnis herbeizuführen oder um von Alter zu erfahren, wie weit Egos Paraphrase zu rechtfertigen ist.
7. <i>Vervollständigung</i>	Ego führt die Argumentation von Alter fort, d.h. Ego kann die Position von Alter einnehmen und sie von seiner eigenen trennen.
8. <i>Konkurrierende Paraphrase</i>	Ego verwendet seine eigene Position, um Alter zu kritisieren und geht dabei über eine Paraphrase hinaus.
9. <i>Erklärung</i>	Ego versucht sich Alter genauer zu verstehen zu geben. Ego kann Alters Perspektive einnehmen und auf seine „falsche“ Meinung von Egos Position reagieren bzw. zwischen den Positionen differenzieren und koordinieren.
10. <i>Konkurrierende Erklärung</i>	Ego reagiert darauf, dass Alter ihn noch nicht verstanden hat und versucht seine Position genauer zu rechtfertigen. Ego kann die eigene und die Perspektive von Alter voneinander trennen (hat Niveau I überschritten). Ego nimmt reziprok seine eigene und Alters Perspektive ein, wenn er auf den konkurrierenden Transakt von Alter antwortet bzw. die eigene Position nochmals klärt.
11. <i>Verbesserung/ Weiterentwicklung</i>	Ego zeigt eine Koordinationsleistung, in dem Ego Alters Position verwendet, um Teile seines Standpunkts weiter auszuführen.

<i>12. Erweiterung</i>	Ego weitet die Position von Alter aus, d.h. Ego kann die Position von Alter einnehmen und daran anknüpfen. Dieser Akt der Anknüpfung entspricht einer Koordinationsleistung.
<i>13. Widerspruch</i>	Ego greift Alters Position an, indem er ihm eine logische Inkonsistenz aufzeigt, d.h. Ego kann die Position von Alter einnehmen, jedoch integriert er sie noch nicht.
<i>14 a.-d. Destruktive Kritik der Argumentation</i>	Ego zeigt Koordinationsleistung, da Ego mit seinen Argumenten versucht Alters Position zu Fall zu bringen.
<i>15. Konkurrierende Erweiterung</i>	Ego kann Alters Position einnehmen und erweitern.
<i>20. Reflexive Akzeptanz (analytische Übereinstimmung)</i>	Ego entnimmt Alters Position einzelne Elemente und stimmt dabei dem einen oder anderen Element zu.

NIVEAU II TRANSAKTIVER DISKUSSION:

Das zweite Niveau beinhaltet die Fähigkeit, dass Ego und Alters Standpunkte oder einzelne Argumente integriert werden können. Integrationsleistung beinhaltet die Fähigkeit zur Synthese, Analyse und zur Schlussfolgerung. Der Modus kann konkurrierend und nicht-konkurrierender Art sein.

<i>Transakte</i>	<i>Inhalte</i>
<i>14 e. Konstruktive Kritik der Argumentation</i>	Ego kritisiert, analysiert Alters Position und integriert einen positiven konstruktiven Hinweis in seine Argumentation.
<i>16. Gegen-Überlegung</i>	Ego versucht Alters Position zu schwächen, indem er eine Idee oder ein Beispiel anbietet, von dem er weiss, dass Alter sie nicht integrieren kann. Egos Argumentation entspricht einer Integrationsleistung mit dem Ziel der Nicht-Integration.

17. <i>Vergleichende Kritik</i>	Ego zeigt nicht nur Koordinationsleistung, sondern die Fähigkeit zur Integration i.S. von bewusster Nicht-Integration eines Gesichtspunktes, mit dem Egos, aber nicht Alters Position zu vereinbaren ist.
18. <i>Gemeinsame Voraussetzungen/Integration</i>	Ego kann eine gemeinsame Anschauung, die für Egos und Alters Position gilt, entwerfen und dabei Positionen integrieren. Es kann nicht nur eine Paraphrase sein; der gemeinsame Standpunkt muss erarbeitet werden.
19. <i>Korrektur/Reparatur</i>	Ego bietet Alter den Gedanken X an, damit Alters Position kohärenter ist, d.h. Ego integriert Alters Position in ein plausibleres Netz der Argumentation.
21. <i>Dyadische Kritik der Argumentation</i>	Ego verbalisiert geteilte Meinungen (und kritisiert sie) leistet somit eine Integrationsleistung.

Die Übersicht der Transakte, deren Inhalt und die Einteilung in die zwei Niveaus transaktiver Diskussion sowie das erweiterte Kategoriensystem im vorangehenden Kapitel 5.4.1 stellen die grundlegenden Mess- und Analyseinstrumente des empirischen Teils der vorliegenden Arbeit dar. Das folgende Kapitel fasst den Theorieteil zusammen und leitet in den Empirieteil über.

5.4.3 Überleitung zur empirischen Analyse

Im theoretischen Teil der Arbeit wird die Notwendigkeit, den medialen politischen Diskurs in Form von politischen Diskussionssendungen zu analysieren, erörtert und diskutiert (Kapitel 1). In einem nächsten Schritt (Kapitel 2) werden die in diesem Bereich einflussreichsten (d.h. meist eingeschalteten) Sendungen der Schweiz und Deutschland – *Arena*, *Zischtigclub*, *Berlin Mitte* und *Sabine Christiansen* – hinsichtlich ihres Konzeptes beschrieben sowie deren Hintergrund, nämlich ihre jeweiligen demokratischen Systeme. Das politische System der Schweiz unterscheidet sich v.a. deshalb vom Deutschen, weil ersteres die Verfahren einer direkten Demokratie anwendet und als Konsensus- und Konkordanzdemokratie gilt.

Deutschland hingegen stellt eine Mischform zwischen Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie dar. In beiden Ländern überschneiden sich die Bereiche der Politik und der Medien derart, dass positive und negative Aspekte dieser Symbiose erklärungsbedürftig sind (s.o. Kapitel 2.3 und 2.4).

Nachdem nun die mediale Politik kritisch beleuchtet sein wird, steht es an darzulegen, wie denn der ideale politische Diskurs beschaffen sein sollte, wie er gegenwärtig beschaffen ist und wie denn ein realistisches Modell aussehen könnte. Für diese Abhandlung (im Kapitel 3) wird die Politische Philosophie von Hannah Arendt herangezogen und Thomas Meyers Gedanken über die gegenwärtige Transformation des Politischen, welche sich u.a. auch auf die politische Sprache beziehen. Um ein realistisches Modell zu beschreiben, wird das „Modell vom runden Tisch“ von Fritz Oser (1998) auf die Situation der politischen TV-Diskussionsrunde übertragen und dessen zentrale Dimensionen gedanklich durchgespielt. Dabei wird deutlich werden, dass zwar eine zukünftige Diskussionssendung erarbeitet wird, welche jedoch in dieser Form nicht zur Analyse steht.

In der Folge wird nach dem geeignetsten Instrument zur Analyse der Qualität des medialen politischen Diskurses gesucht. In Kapitel 2 wurde erörtert, wie stark dieser aufgrund der starken Überschneidung der Bereiche Politik und Medien in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Politikern wird nachgesagt, sie argumentierten nicht, sie gingen nicht auf die Argumente der Gegenüber ein, sie inszenierten sich lediglich. Nun liegen aus verschiedenen Forschungsdisziplinen unterschiedliche Definitionen zu den Begriffen Argumentation, Rhetorik und Diskurs vor sowie Forschungsansätze zu deren Analyse, welche zunächst geordnet und für das eigene Forschungsvorhaben bewertet werden müssen (Kapitel 4). Nachdem festgestellt worden ist, dass keiner der Ansätze die Analyse erlaubt, in welcher Art und Weise Politiker mit den Argumenten der Gegenüber operieren, wurde die Theorie der transaktiven Diskussion ausgewählt, um diesen so wichtigen Aspekt hinsichtlich politischer Meinungsbildung der Zuschauer zu analysieren. „Transaktiv“ steht per definitionem dafür, wie Menschen mit den Argumenten eines oder mehrerer Gegenüber operieren bzw. darauf einwirken. Berkowitz und Gibbs konnten nachweisen, dass diese Form der Argumentation bei den Beteiligten zu moralischer Entwicklung führt. Diesem als positiv einzuordnenden Nebeneffekt kann in der vorliegenden Arbeit nicht nachgegangen werden. Doch kann auf der Basis von Pionier- und weiterführenden Forschungsarbeiten zum Studium der transaktiven Diskussion (s.u. Kapitel 5.2. und 5.3) gefolgert werden, was im Kontext der Arbeit mit der Theorie der transaktiven Diskussion

möglich ist. Zunächst kann anhand der Pionierarbeiten das Kategoriensystem transaktiver Diskussion erweitert werden, um es anschliessend in zwei Niveaus einzuteilen. Wichtig erscheint es zu betonen, dass im Theorieteil der vorliegenden Arbeit verschiedene Formen des Diskurses vorgestellt werden, welche sich hinsichtlich ihrer *Ziele* unterscheiden:

- Bei der mehrfach erwähnten Diskurstheorie von Habermas (s.o. z.B. Kapitel 2.2.1, Exkurs zum deliberativen Demokratiemodell) geht es um diskursethische Prinzipien, welche zum Ziel haben in der Meta-Argumentation über die Voraussetzungen der Interaktion zu diskutieren und dadurch Bedingungen der Möglichkeit zur rationalen Begründbarkeit von Normen zu schaffen. Kurz, es geht um die Klärung des Zusammenlebens; Ziel ist die Einigung.
- Das Ziel des „Runden-Tisch-Modells“ von Oser (1998) besteht in der Koordinierung von Interessen. Ausgangspunkt stellt eine Verletzung dar, welche einem der an der Diskussion Beteiligten zugefügt worden ist (s.o. Ausführung im Kapitel 3.3).
- Das Entwicklungsmodell der Verhandlung von Gulliver (1979) zeigt: Verhandlungen haben ebenfalls zum Ziel, dass Interessen koordiniert werden (s.o. Kapitel 3.2.4). Dies beinhaltet, dass beide Seiten auf etwas verzichten müssen.
- Wird nun der Argumentationsbegriff aus sprach- und kommunikationstheoretischer Sicht betrachtet (s.o. Kapitel 4.1.2), so kann wiederholend das Ziel der Einigung festgestellt werden, denn aus der besagten Sicht zivilisiert Argumentation das gesellschaftliche Zusammenleben.

Der entscheidende Punkt ist, dass in der vorliegenden Arbeit ein Instrument, welches an Verständigung orientiert ist und bisher im Bereich der Diskussion über moralische Dilemmata verwendet wurde (s.o. Kapitel 5.2. Pionierarbeiten und Kapitel 5.3 Weiterführende Forschungsarbeiten), auf einen anderen Bereich, den der medialen Politik, übertragen wird. Im medialen politischen Diskurs wollen die Teilnehmer sich nicht einigen, sondern Gegensätze noch stärker machen. So geht es in der *Arena*-Sendung nicht um das Sich-Verstehen, im Vergleich zu den erwähnten Ansätzen.

Das folgende Kapitel präsentiert die Fragestellungen und Hypothesen, welche aus dem theoretischen Teil der Arbeit abgeleitet werden, sowie das empirische Vorgehen.

6 EMPIRIE

Im empirischen Teil der vorliegenden Arbeit geht es darum, folgende Fragestellungen zu beantworten. Wie die Fragestellungen in Zusammenhang mit dem theoretischen Teil der Arbeit stehen, wird im Anschluss an die aufgelisteten Fragen erläutert. Die im nachfolgenden Kapitel (6.2) aufgeführten Hypothesen werden ebenfalls in Bezug zum theoretischen Teil der Arbeit gestellt.

6.1 Fragestellungen

Meine Untersuchung konzentriert sich auf die folgenden Fragestellungen:

Allgemeine Fragestellung:

Wie diskutieren Politiker in Bezug auf das Kriterium der Transaktivität?

Konkrete Fragestellungen:

- 1 Welche Transakte verwenden sie überwiegend?
 - 1.1 Niveaubezogen: Diskutieren Politiker vorwiegend auf einem Niveau transaktiver Diskussion, auf dem Koordinationsleistungen erbracht werden können (Niveau I) jedoch die Argumente der Diskussionsteilnehmer noch nicht integriert werden (Niveau II)?
 - 1.2 Diskutieren sie vorwiegend konkurrierend oder nicht-konkurrierend?
- 2 Beinhaltet der politische Diskurs eine besondere Kombination von Transakten?
- 3 Welche Unterschiede bestehen zwischen dem transaktiven Diskussionsverhalten von Politikern und Experten in Bezug auf
 - 3.1 die Anzahl verwendeter Transakte? (s.u. Hypothese H1)
 - 3.2 die Häufigkeit operationaler Transakte (s.u. H2)?
 - 3.3 das Niveau transaktiver Diskussion?
 - 3.4 der Häufigkeit konkurrierender und nicht-konkurrierender Transakte (s.u. H 6)?
- 4 Wie schneiden die einzelnen Sendeformate (*Arena*, *Zischigsclub*, *Sabine Christiansen* und *Berlin Mitte*) ab bzgl.
 - 4.1 der Anzahl Transakte?
 - 4.2 dem Niveau?
 - 4.3 der Transakttypen?
 - 4.4 Vergleich konkurrierender und nicht-konkurrierender Transakte?

5	Wie viel Prozent repräsentationale, erhellende und operationale Transakte werden insgesamt verwendet
5.1	...je nach Sendungstyp?
5.2	...je Sendung bzw. diskutiertem Thema?
5.3	Vergleich Politiker und Experten (s.u. Hypothese H2)
6	Wie viele Transakte werden allgemein verwendet?
7	Wie schneiden die einzelnen Parteien ab?
8	Liegen Geschlechterunterschiede hinsichtlich der Verwendung bestimmter Transakte vor bzgl.
8.1	der Anzahl?
8.2	dem Niveau?
8.3	den Transakttypen?
8.4	dem Modus?

Nach dem im theoretischen Teil der vorliegenden Arbeit mehrfach Autoren erwähnt worden sind, welche behaupten, Politiker würden im medialen politischen Diskurs nicht argumentieren, soll dem anhand der empirischen Fragen (s.o. Kasten) nachgegangen werden. Die mediale Diskussion wird mittels des Instruments, zur Erhebung der transaktiven Diskussion analysiert. Im theoretischen Teil der Arbeit wurde das Instrument diskutiert und erweitert (s.o. Kapitel 5). Die erste empirische Frage richtet sich nur auf die Politiker und noch nicht auf den Vergleich zwischen Politikern und Experten (vgl. dritte Frage), welche zu den von mir analysierten politischen TV-Diskussionssendungen der Schweiz und Deutschlands eingeladen wurden. Nun soll aber nicht nur der allgemeinen Behauptung nachgegangen werden, Politiker würden im medialen politischen Kontext nicht argumentieren. Wenn sie denn argumentieren, d.h. auf die Argumente anderer eingehen, stellt sich die Frage: wie machen sie das genau? (vgl. erste Frage) Koordinieren sie ihre eigenen Argumente mit denen anderer oder integrieren sie diese auch (vgl. Frage 1.1) etc.

Die zweite empirische Frage kann ebenfalls mit Inhalten aus dem theoretischen Teil in Beziehung gebracht werden: Wenn der spezifische mediale Kontext (s.o. Kapitel 2.3) die Art der Diskussion von Politikern beeinflusst, kann dann nachgewiesen werden, dass der politische Diskurs durch bestimmte Formen i.S.v. Transakten zusammengesetzt ist?

Ab der dritten empirischen Frage beginnt der Vergleich zwischen Politikern und Experten. Die Qualität der Diskussion von Politikern in politischen TV-Sendung kann besser beurteilt werden, wenn es zu einem Vergleich kommt.

Nach dem im Kapitel 2.1 (s.o.) festgestellt werden konnte, dass die vier Sendeformate – *Arena*, *Zischtsclub*, *Berlin Mitte* und *Sabine Christiansen* – über unterschiedliche Konzepte verfügen (v.a. unterscheiden sich die Formate der Schweiz untereinander und von denen Deutschlands), bietet es sich an, diese hinsichtlich dem Ausmass transaktiver Diskussionen zu vergleichen.

Die Fragen fünf und sechs liefern Ergebnisse, welche den Vergleich mit früheren Studien über die transaktive Diskussion in anderen Kontexten, wie beispielsweise der Familie analysierten (s.o. Kapitel 5.3 und Kapitel 7, Tabelle 39).

Aufgrund der Tatsache, dass die Schweiz und Deutschland über unterschiedliche politische Systeme verfügen (s.o. Kapitel 2.2) liegt es nahe, nicht nur einen allgemeinen Ländervergleich durchzuführen sondern auch parteienspezifisch auszuwerten (vgl. siebte Frage). Die einzelnen Parteien und ihre unterschiedlichen Programme werden im Kapitel 6.3.2.3 beschrieben.

Frühere Studien, welche die Transaktivität in der Diskussion untersuchen, erwähnen nicht explizit, dass sie einen Geschlechtervergleich unternommen hätten. Hier wird dies aus Gründen der Vollständigkeit angefügt (vgl. achte Frage), ohne u.a. auf Theorien über geschlechtsspezifische Sozialisation zurückzugreifen.

6.2 Hypothesen

H 1

Politiker diskutieren im Vergleich zu Experten weniger häufig transaktiv.

H 2

Politiker verwenden im Vergleich zu Experten weniger häufig operationale Transakte.

H 3.1

Politiker verwenden im Vergleich zu Experten mehr Transakte der Kategoriengruppe „konkurrierend“.

H 3.2

Politiker verwenden im Vergleich zu Experten weniger Transakte der Kategoriengruppe „nicht-konkurrierend“.

H 4

Politiker der Schweiz verwenden mehr Transakte als Politiker der BRD.

H 5

Politiker der Schweiz verwenden mehr operationale Transakte als Politiker der BRD.

H 6

Schweizerische Politiker verwenden häufiger nicht-konkurrierende Transakte als deutsche Politiker

Für alle Hypothesen gilt der gleiche Kontext, dem der politischen TV-Diskussionssendung: *Arena* und der *Zischtiagsclub* für die Schweiz; *Berlin Mitte* und *Sabine Christiansen* für Deutschland.

Im Theorieteil werden (v.a. in Kapitel 2.1, 2.3 und 3.2.3) die Aussagen verschiedener Autoren aus den Bereichen der Politikwissenschaft und der Politischen Philosophie herangezogen, um die Art der Argumentation von Politikern unter besonderer Berücksichtigung des medialen Kontextes zu beleuchten. Aus diesem Einblick bzw. aus dieser Abwägung unterschiedlicher Positionen entstehen die ersten drei Hypothesen. In den erwähnten Kapiteln wird u.a. behauptet, Politiker würden im medialen Kontext nicht argumentieren, d.h. auch, dass sie nicht auf die Argumente anderer eingehen. In der Politik gehe es lediglich um Machterhalt und Konkurrenzdenken.

Der theoretische Hintergrund der Hypothese H 4 wird im Kapitel 2.2 (s.o.) erläutert: Die Schweiz, welche eine Konkordanz- und Konsensusdemokratie darstellt und Deutschland mit einer Mischform zwischen Konkurrenz- und Konsensusdemokratie. Die Abhandlung der verschiedenen politischen Systeme der beiden Länder (ebd.) sowie die Auseinandersetzung mit der spezifischen Literatur über die mediale politische Kommunikation in der Schweiz und Deutschland (s.o. Kapitel 2.3.3.3 und 2.3.3.4) führt auch zu den Hypothesen H 5 und H 6.

6.3 Methode

6.3.1 Datenerhebung

Die Datenerhebung beinhaltet die Videoaufzeichnung von vier verschiedenen politischen TV-Diskussionssendungen der Schweiz und Deutschlands, an denen entweder nur Politiker oder Politiker und Experten teilnehmen, um ein aktuelles Thema zu diskutieren. Zur Kategorie „Experten“ zählen Personen aus den Bereichen der Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Kultur, welche zum jeweiligen Thema eingeladen werden (s.u. Kapitel 6.3.2 Stichprobe). Diese sogenannten Experten können auch eine Funktion innerhalb einer politischen Partei haben, jedoch werden sie in der Funktion, in der sie zu einer bestimmten TV-Diskussionssendung eingeladen werden, kategorisiert. Diese Funktion, die einem Experten in der Sendung X zugeschrieben wird, kann zu jeder Sendung jedes der ausgewählten Sendeformate auf dem Internet nachgelesen werden.

Für die Schweiz wurden die Sendungen *Arena* und *Zischtigclub* ausgewählt, für Deutschland *Sabine Christiansen* und *Berlin Mitte*. In allen vier Sendeformaten handelt es sich um Sendungen, die einen hohen Bekanntheitsgrad und hohe Einschaltquoten aufweisen (s.u. Einschaltquoten in Tabelle 13). Bei der Auswahl dieser politischen Diskussionssendungen war das Hauptkriterium, dass regelmässig mindestens ein Politiker neben anderen Gästen eingeladen wird. Falls also nur ein Gast eingeladen war, wurde die Sendung gestrichen. Die folgende Liste zeigt sämtliche aufgezeichnete Sendungen im Zeitraum von Mitte März bis Ende Juni 2002. Diejenigen Sendungen, welche einer Analyse unterzogen werden, sind fett gedruckt. Die Gäste, die zu den ausgewählten Sendungen eingeladen waren, werden in der Tabelle 14 (s.u. Kapitel 6.3.2.2) aufgelistet.

Tabelle 12: Liste der Sendungen im Zeitraum von Mitte März bis Ende Juni 2002

<i>Arena</i>		<i>Kommentar</i>
15.03.2002	Swiss: Turbulenzen vor dem Start	
22.03.2002	Schweiz Zweiter Weltkrieg	
05.04.2002	Medien – Wie weit dürfen sie gehen?	Kein Politiker
12.04.2002	Nahost-Konflikt: Die Haltung der Schweiz	
19.04.2002	Berufliche Vorsorge auch für Kleinverdiener?	
26.04.2002	Bilaterale II in der Sackgasse	
03.05.2002	Luftverkehrsabkommen Schweiz-Deutschland	

10.05.2002	Gotthard: Rote Köpfe bei Phase Rot	Kein Politiker
17.05.2002	Schwangerschaftsabbrüche legalisieren?	Stichprobe
24.05.2002	Rezepte gegen Kostenexplosion im Gesundheitswesen	Stichprobe
31.05.2002	Wie viel Staat braucht das Land?	Fehler beim Video
07.06.2002	Wie viel Sicherheit braucht die Schweiz?	Stichprobe
14.06.2002	Welche Armee schützt uns am besten?	Stichprobe
21.06.2002	Sammelklage Südafrika	Stichprobe
28.06.2002	Thema?	Kein Politiker
Zischtingsclub		
23.04.2002	Schumachers Bauprojekt in Wolfhalden, AR: Pro-Contra	Stichprobe
11.06.2002	Fremdsprachige Kinder in Schweizer Schulen: Störfaktor oder Chance?	Stichprobe
18.06.2002	Antisemitismus-Debatte	Stichprobe
25.06.2002	Organtransplantation	Stichprobe
Berlin Mitte		
04.04.2002	Fussballgelder	
11.04.2002	K.O. für Kirch – Fernsehen, Fussball und die Folgen	
18.04.2002	Tod auf Djerba – Holt uns der Terror ein?	
25.04.2002	Duelle statt Programme – Wahlkampf in der Medienrepublik	Stichprobe
02.05.2002	Thema ?	Kein Politiker
09.05.2002	Zielgruppe Eltern – Familienplanung für die Wahl	Kein Politiker?
16.05.2002	Thema ? Guido Westerwelle	Nur 1 Gast
23.05.2002	Protest gegen Bush – Sind die Deutschen undankbar?	Stichprobe
30.05.2002	Feiertag	Keine Sendung
06.06.2002	Der kalkulierte Tabubruch – Hat die FDP sich verrechnet?	Stichprobe
13.06.2002	Der Nitrofen-Skandal – Wie sicher sind unsere Lebensmittel?	Stichprobe
20.06.2002	Thema?	Nur 1 Gast
27.06.2002	Auf den letzten Drücker – Was bringen wirklich neue Jobs?	Stichprobe
Sabine Christiansen		
24.03.2002	Bundesrat-Machtkampf; Machtspiel um die Zuwanderung	
14.04.2002	Krieg und Frieden in Nahost – Was geht uns das an?	
21.04.2002	Magdeburger Signale Testlauf für Kanzler und Kandidat	
28.04.2002	Erfurter Bluttat – Tragen wir alle Verantwortung?	
05.05.2002	Wirtschaftsflaute Streik – Bleibt Deutschland Schlusslicht?	
12.05.2002	Thema? Tony Blair	Nur 1 Gast
19.05.2002	Feiertag	Keine Sendung
26.05.2002	Wirtschaftsstandort Deutschland: Ein bisschen Aufschwung für Schröder – Zu spät(h) für Schröder?	Stichprobe
02.06.2002	Rückt Deutschland nach rechts?	Fehler beim Video

09.06.2002	Tabubrüche: Der „Fall Möllemann“ – Wie viel Provokation verträgt die Demokratie?	Stichprobe
16.06.2002	Schule in Not – Sind unsere Kinder noch zu retten?	Stichprobe
23.06.2002	Parteien ohne Profil – Wähler ohne Wahl?	Stichprobe
30.06.2002	Gradmesser Fussball: Ist Deutschland besser als wir dachten?	Stichprobe

Die Tabelle zeigt, dass für jedes Sendeformat fünf Sendungen (fett gedruckt) ausgewählt worden sind und zwar ausgehend von der aktuellsten immer die zeitlich vorher stattfindende Sendung. Die Zahl fünf kam aufgrund einer Hochrechnung zu einem N gleich 100 zustande, welches zur Überprüfung der Hypothesen der vorliegenden Arbeit ausreicht (Berufung auf ein Gespräch mit dem Statistiker des Departements Erziehungswissenschaften der Universität Freiburg, Schweiz). Tatsächlich sind es 138 Personen, die in den gezogenen Sendungen vorkommen.

Diejenigen Sendungen, bei denen kein Kommentar angefügt ist (rechte Spalte), fallen aus der Stichprobe, da eine ausreichende Stichprobengrösse vorher erreicht worden ist. Bei zwei Sendung hat das Videogerät fehlerhaft aufgezeichnet. Diese beiden Sendungen wurden fallen gelassen. In der obigen Liste befinden sich fünf Sendungen, zu denen kein Politiker eingeladen war. Diese Sendungen wurden ebenfalls gestrichen. Da beim *Zischtigclub* oftmals kein Politiker eingeladen ist, konnte für dieses Sendeformat nur aufgelistet werden, was tatsächlich auch gezogen worden ist. Die fehlende fünfte Sendung beim *Zischtigclub* geht auf die Tatsache zurück, dass im eigens definierten Zeitraum keine Sendung mit einem Politiker als Gast stattgefunden hat.

Die Auswahl der Sendungen für die Datenanalyse wurde aus dieser Liste von allen aufgezeichneten Sendungen der vier Formate folgendermassen getroffen:

Zunächst wurden diejenigen Sendungen gestrichen, welche nicht das Hauptkriterium erfüllten, wonach mindestens ein Politiker zur Sendung eingeladen sein musste. Wenn ein Politiker der einzige Gast war, so wurde die Sendung ebenfalls aus der Liste gestrichen. In einem zweiten Schritt wurden bei jedem Sendeformat mit der Ziehung der aktuellsten Sendung (Ende Juni 2002) begonnen und die nächste in Frage kommende als zweites, drittes, viertes und fünftes gezogen. Die Stichprobenziehung erfolgte also rückwärts. Da am Ende dieses Verfahrens nur vier anstelle von fünf Sendungen des Formats *Zischtigclub* vorhanden waren, wurde der Moderator, Dr. Ueli Heiniger, gebeten eine videoaufgezeichnete Sendung zuzustellen, die der letztgezogenen vom 23.04.2002 zeitlich am nächsten liegt (s.u. Tabelle), was er auch umgehend tat, wobei er grosses Interesse an den Resultaten zeigte.

6.3.2 Stichprobe

6.3.2.1 Allgemeine Angaben zu den Sendeformaten

Zur Analyse stehen die schweizerischen politischen Diskussionssendungen Arena und Zischtigclub sowie die deutschen Sendungen Sabine Christiansen und Berlin-Mitte. Diese vier Sendungen werden wöchentlich im deutschsprachigen Raum ausgestrahlt und verfügen über hohe Einschaltquoten, was hier mit einem grossen Bekanntheitsgrad gleichgesetzt wird. Die folgende Tabelle beschreibt den jeweiligen Typ Sendung in groben Zügen. Das Konzept der einzelnen Sendeformate sowie deren Geschichte kann im Kapitel 2.1 (s.o.) nachgelesen werden.

Tabelle 13: Typenbeschreibung ausgewählter politischer Diskussionssendungen

Politische Diskussionssendungen der Schweiz					
	<i>Sendebeginn</i>	<i>Dauer</i>	<i>Anzahl Gäste</i>	<i>Sender</i>	<i>Durchschnittliche Einschaltquoten</i>
<i>Arena</i>	22:20	85'	6 – 8	SF1	258 000
<i>Zischtigclub</i>	22:20	75'	6	SF1	206 000
Politische Diskussionssendungen der BRD					
<i>Berlin Mitte</i>	22:15 (plus minus 5 bis 30 Minuten später)	45'	Ca. 5	ARD	2,7 Millionen
<i>Sabine Christiansen</i>	21:40 (plus minus 5 bis 10 Minuten später)	60'	Ca. 5	ZDF	4,23 Millionen

Die Tabelle gibt einen Überblick über Sendezeit, Dauer, Anzahl der eingeladenen Gäste bzw. Diskussionspartner, Sender und Einschaltquoten. Arena, Sabine Christiansen und Berlin Mitte finden wöchentlich statt und enthalten ausschliesslich politische Themen, welche von mindestens zwei bis maximal sechs Politikern diskutiert werden. Hinzu kommen ein bis maximal drei Gäste, welche als Experten zum Thema eingeladen werden. Falls es sich hierbei um eine Person handelt, die einer Partei angehört und auch in einem nicht-politischen Arbeitsbereich tätig ist, so wird diejenige Funktion berücksichtigt, in der die Person zur Sendung eingeladen wird (wie gesagt, kann das auf dem Internet nachgelesen werden). Betreffend des *Zischtigclubs* soll nochmals betont werden, dass hier nicht wöchentlich politische Themen diskutiert werden und wenn, dass dann maximal ein Politiker eingeladen wird.

Sendungen, zu denen lediglich ein Politiker, d.h. nur ein Gast eingeladen war (z.B. Tony Blair am 12.05.02 bei Sabine Christiansen), wurden bei der Datenerhebung nicht berücksichtigt, da hier der Gast vorwiegend die Fragen des Moderators beantwortet und kaum Diskussion stattfindet. Wenn zu einer Sendung keine Politiker eingeladen waren, wurden diese ebenfalls nicht aufgezeichnet (z.B. Arena am 10.05.02 mit dem Thema, „Gotthard: Rote Köpfe bei Phase Rot“).

In einem festgelegten Zeitraum von Mitte März 2002 bis Anfangs Juni 2002 wurden die genannten politischen TV-Sendungen (s.o. Tabelle 12) auf Video aufgezeichnet und anschließend transkribiert. Die Datenaufbereitung orientiert sich an den Anleitungen von Mergenthaler (1989). Die Transkripte können im Anhang (auf CD gebrannt) nachgelesen werden.

6.3.2.2 Angaben zu den einzelnen Sendungen, Diskussionsthemen und Gästen

Die folgende Tabelle zeigt die Stichprobe der Politiker (N=64) und Experten (N=74), zugeordnet zu der TV-Sendung, zu der sie eingeladen waren, das Thema, das diskutiert wurde, sowie Name, Geschlecht und Funktion der Gäste. Aus dem bereits geschilderten Vorgang der Datenerhebung (s.o. 6.3.1) wird ersichtlich, dass die nun zustande gekommene ähnliche Anzahl von Politikern und Experten auf Zufall beruht. Nun folgt die Tabelle mit der Stichprobe:

Tabelle 14: Stichprobe: Name und Geschlecht der Politiker und Experten, geordnet nach Sendeformat und Thema der Diskussionssendung

Arena			
Datum	Thema	Code und Name der Politiker sowie deren Parteizugehörigkeit und Funktion	Code und Name der Experten sowie deren Funktion
17.05.	Schwangerschaftsabbrüche legalisieren?	1 Ruth Metzler , Bundesrätin, CVP 2 Barbara Haering , Nationalrätin SP/ZH 3 Felix Gutzwiller , Nationalrat FDP/ZH 4 Jean-Michel Cina , CVP/VS 5 J. Alexander Baumann , Nationalrat SVP/TG/GLS 902 Publikum 9: Miriam Scherschlin, Junge SVP	6 Judit Pok-Lundquist , Gynäkologin/Co-Präsidentin ExpertInnen-Komitee für Fristenregelung 7 Monika Dätwyler , Initiativkomitee „für Mutter und Kind“ 8 Daniel Albietz , SHMK / „Ja zum Leben“ 9 Publikum 1: Thomas Zeltner, Direktor des Bundesamts für Gesundheit 901 Publikum 8: Anne-Marie Rey, Schweizerische Vereinigung für Strafflosigkeit beim Schwangerschaftsabbruch 903 Publikum 19: Barbara Leutert; hat Schwangerschaft abgebrochen 904 Publikum 11: Barbara Göpfert, Hebamme

24.05.	Rezepte gegen Kostenexplosion im Gesundheitswesen?	<p>10 Ruth Dreifuss, Bundesrätin, SP</p> <p>11 Toni Bortoluzzi, Nationalrat SVP, ZH</p> <p>12 Christine Groll, Vizepräsidentin SP Schweiz</p> <p>906 Publikum 13: Herr Trepp, SP-Grossrat, GR</p> <p>907 Publikum 14: Frau Kaufmann, SVP-Stadträtin, Bülach</p>	<p>13 Uma Grob, Geschäftsführerin Spitalverband H+</p> <p>14 Marc-André Giger, Direktor Santé Suisse</p> <p>15 Hans Heinrich Brunner, Präsident FMH</p> <p>16 Serge Gaillard, Geschäftsführer Gewerkschaftsbund</p> <p>905 Publikum 12: Margrit Kessler, Prämienbezahlende, Patientin</p> <p>908 Publikum 15: Willi Winistörfer, Gesundheitsökonom</p> <p>909 Publikum 16: Josef Rohenflue, Präsident des Empowerment-Gesundheitsclubs der CH</p> <p>910 Publikum 17: Denis Nordmann, Maturand</p> <p>911 Publikum 18: Willi Oggier, Gesundheitsökonom</p>
07.06.	Wie viel Sicherheit braucht die Schweiz?	<p>17 Philipp Stähelin, Präsident CVP</p> <p>18 Christoph Mörgeli, Nationalrat SVP/ZH</p> <p>19 Hans-Jürg Fehr, Vizepräsident SP</p> <p>20 Hans-Rudolf Merz, Ständerat FDP/AR</p>	<p>21 Eva Wyss, Kriminologin</p> <p>22 Andreas Ladner, Politologe</p> <p>23 Publikum 2, Lehrer</p>
14.06.	Welche Armee schützt uns am besten?	<p>24 Pia Hollenstein (s.a. 34), Nationalrätin Grüne/SG</p> <p>25 Ulrich Schliuer (s.a. 35), Nationalrat SVP/ZH</p> <p>26 Boris Banga, Nationalrat SP/SO</p> <p>27 Josef Leu, Nationalrat CVP/LU</p> <p>28 Karl Tschuppert, Nationalrat FDP/LU</p> <p>29 Ulrich Siegrist, Nationalrat SVP/AG und Präsident der schweizerischen Offiziersgesellschaft</p> <p>32 Publikum 4, Patrick Freudiger, Junge SVP</p>	<p>30 Georg Ober-Kassebaum, Präsident IG-Metall</p> <p>31 Publikum 3, Imanuel Tanner, Milizoffizier</p> <p>33 Publikum 5, Reto Brunner, Milizoffizier</p>

21.05.	Sammelklage Südafrika	34 Pia Hollenstein (s.a. 24) , Nationalrätin Grüne/SG 35 Ulrich Schlüer (s.a. 25) , Nationalrat SVP/ZH 36 Paul Rechsteiner , National- rat SP/SG	37 Ernst Mühlemann , Aussenpolitischer Experte 38 Mascha Madörin , Öko- nomin 39 Kurt Imhof , Professor der Soziologie, Uni Zürich 40 Publikum 6 , Balz Hös- ly, CEO Osec Business Network Switzerland 912 Publikum 19 : Herr Lebai, Hilfswerk der evan- gelischen Kirche der Schweiz 913 Publikum 20 : Werner Vogt, Journalist und Histo- riker 914 Publikum 21 : Name und Beruf unbekannt
Zischtigsclub			
Da- tum	Thema	Code und Name der Politiker sowie deren Parteizugehörig- keit und Funktion	Code und Name der Ex- perten sowie deren Funk- tion
12.02.	Hohe Managerlöhne: Sta- tussymbol, Leistungsan- reiz, Abzockerei?	41 Susanne Leutenegger- Oberholzer , SP-Nationalrätin, BL, Rechtsanwältin, Ökonomin	42 Jürg Baumberger , Titu- larprofessor für Volkswirt- schaftslehre 43 Otto Ineichen , Verwal- tungspräsident; Inhaber Otto AG 44 Björn Johansson , Headhunter und Unterneh- mensberater 45 Ueli Mäder , ausseror- dentlicher Prof., Soziologe 46 Peter Hasler , Direktor vom Schweizerischen Ar- beitgeberverband
23.04.	Schumachers Bauprojekt in Wolfhalden AR: Pro und Contra	47 Ruth Tobler , SP- Kantonsrätin AR	48 Gabi Zürcher , Bäckers- frau, Wolfhalden 49 Hans Byland , Elektro- ingenieur, vor 16 Jahren aus USA nach Wolfhalden gezogen 50 Peter Hafner , leitender Kantonsangestellter 51 Werner Bucher , Verle- ger, Autor und Wirt, Wolf- halden 52 Werner Hanny , Bauin- genieur, Wolfhalden

11.06.	Fremdsprachige Kinder in Schweizer Schulen: Störfaktor oder Chance?	53 Angelika Zanolari , Präsidentin und Grossrätin SVP/BS	54 Barbara Fankhauser , mit ihrem Kind wegen schlechtem Schulniveau aus Basel weggezogen 55 Thomas Kessler , Delegierter für Migrations- und Integrationsfragen des Kantons Basel-Stadt 56 Marianne Berger , Lehrerin im Basler Dreirosen-Schulhaus mit 81% fremdsprachigen Kindern 57 Oezcan Gümüs , Tochter türkischer Immigranten, in Basel zur Schule gegangen, angehende Politologin 58 Martin Killias , Professor für Strafrecht
18.06.	Zur Antisemitismus-Debatte und zur Kritik an Israel, Sharon und jüdischen Personen	59 Franco Cavalli , Nationalrat SP/TI	60 Alfred Donath , Präsident Schweizerischer-israelitischer Gemeindebund 61 Daniel Ganzfried , Schriftsteller 62 Käthi La Roche , evangelisch-reformierte Pfarrerin 63 Margrit Sprecher , Journalistin 64 Berthold Rothschild , Psychoanalytiker
25.06.	Organtransplantation	65 Trix Heberlein , FDP-Nationalrätin, ZH, Präsidentin der Swisstransplant 66 Verena Diener , Grüne-Regierungsrätin, Gesundheitsdirektorin, ZH	67 Nicole Jäger , Organspenderin 68 Olivia Schmid , Organempfängerin 69 Ernst Zehnder , Facharzt FMH 70 Daniel Willer , Präsident der Santé Suisse

Berlin-Mitte			
Da- tum	Thema	Code und Name der Politiker sowie deren Parteizugehörig- keit und Funktion	Code und Name der Ex- perten sowie deren Funk- tion
25.04.	Duelle statt Programme – Wahlkampf in der Me- dienrepublik	71 Angela Merkel , Parteivorsit- zende, CDU 72 Peter Struck , Fraktionsvor- sitzender, SPD 73 Jürgen Trittin , Bundesum- weltminister, Die Grünen 74 Guido Westerwelle , Partei- vorsitzender, FDP	75 Dieter Roth , For- schungsgruppe „Wahlen“
23.05.	Protest gegen Bush – Sind die Deutschen undankbar?	Otto Schily , Bundesinnenminis- terium (SPD), 77 Volker Rühe , stellvertr. CDU-Vorsitzender und früherer Verteidigungsminister 78 Roland Claus (s.a. 108) , PDS-Fraktionsvorsitzender	79 Benjamin Barber , Poli- tologe und ehem. Clinton- Berater 80 Claudia Meyer , Koordi- nierungskreis des globali- sierungskritischen Netz- werks „Attac“
06.06.	Der kalkulierte Tabubruch – Hat die FDP sich ver- rechnet?	81 Herta Däubler-Gmelin , Bundesjustizministerin (SPD) 82 Wolfgang Gerhardt , FDP- Fraktionsvorsitzender 83 Michael Glos , Chef der CSU-Landesgruppe im Bundes- tag 84 Fritz Kuhn , Vorsitzender Bündnis 90/Die Grünen	85 Michel Friedman , Vize- Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland
13.06.	Der Nitrofen-Skandal - Wie sicher sind unsere Lebensmittel?	86 Renate Künast , Verbrau- cherschutzministerin, Die Grü- nen 87 Eberhard Sinner , Minister für Verbraucherschutz Bayern, CSU	88 Wilhelm Niemyer , Vize- Präsident des Dt. Bauern- verbandes, 89 Thomas Dosch , Vor- stand des Öko-Verbandes Bioland 90 Udo Pollmer , Lebens- mittel-Experte
27.06.	Auf den letzten Drücker – Was bringt wirklich neue Jobs?	91 Lothar Späth (s.a. 97) , Wirt- schaftsexperte im Wahlkampf- team der Union (CDU) 92 Franz Müntefering (s.a. 113) , SPD-Generalsekretär	93 Florian Gerster , Vor- standsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit 94 Klaus WieseHügel , Chef der Gewerkschaft IG Bau 95 Hanns-Eberhard Schleyer , Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks

Sabine Christiansen			
Datum	Thema	Code und Name der Politiker sowie deren Parteizugehörigkeit und Funktion	Code und Name der Experten sowie deren Funktion
26.05.	Ein bisschen Aufschwung – Zu spät(h) für Schröder?	96 Werner Müller , Bundeswirtschaftsminister, parteilos 97 Lothar Späth (s.a. 91) , „Schattenwirtschaftsminister“, CDU 98 Gregor Gysi , Wirtschaftssekretär Berlin, PDS 99 Oskar Lafontaine , ehem. Bundesfinanzminister, SPD	
09.06.	Tabubrüche: Der „Fall Möllemann“ – Wie viel Provokation verträgt die Demokratie?	100 Günter Rexrodt , FDP-Präsidiumsmitglied, ehem. Wirtschaftsminister 101 Heiner Geissler , ehem. CDU-Generalsekretär 102 Andrea Fischer , ehem. Bundesgesundheitsministerin, B 90/ Grüne	103 Hans-Olaf Henkel , Präsident Leibniz-Gemeinschaft 104 Ursula Engelen-Kefer , stellv. DGB-Vorsitzende 105 Henryk M. Broder , Publizist
16.06.	Schule in Not – Sind unsere Kinder noch zu retten?	106 Edelgard Buhmann , Bundesbildungsministerin, SPD 107 Annette Schavan , Kultusministerin Baden-Württemberg, CDU, Mitglied im Kompetenzteam Stoiber 108 Roland Claus (s.a. 78) , Fraktionsvorsitzender, PDS	109 Günther Jauch , Journalist und TV-Moderator 110 Stefan Appel , Schuldirektor und Bundesvorsitzender des Ganztagsschulenverbands 111 Caroline von Berghes , Absolventin der privaten Internatsschule Schloss Salem 112 Publikum 7 , Erhard Laube, Leiter einer Grundschule
23.06.	Parteien ohne Profil – Wähler ohne Wahl?	113 Franz Müntefering (s.a. 92) , SPD-Generalsekretär 114 Laurenz Meyer , CDU-Generalsekretär 115 Cornelia Pieper , FDP-Generalsekretärin 116 Reinhard Bütikofer , Bundesgeschäftsführer Bündnis 90/Die Grünen 117 Thomas Goppel , CSU-Generalsekretär 118 Dietmar Bartsch , PDS-Bundesgeschäftsführer	O

30.06.	Gradmesser Fussball: Ist Deutschland besser als wir dachten?	119 Wolfgang Thierse , Bundes- tagspräsident, SPD 120 Peter Müller , Ministerprä- sident Saarland, CDU	121 Christoph Daum , Fussballtrainer 122 Jürgen Flimm , Regis- seur 123 Claus Strunz , Chefre- dakteur „Bild am Sonntag“ 124 Christopher Pleister , Präsident Bundesverband Volks- und Raiffeisenban- ken
--------	--	---	--

Die Tabelle zeigt in der Spalte links aussen das Datum, an dem die Sendung am Fernsehen ausgestrahlt worden ist, in der zweiten Spalte das Thema der Sendung, anschliessend, in der dritten Spalte, befindet sich die Nummer des Gastes (persönlicher Code für die Auswertung mit dem SPSS-Programm), der Name des Politikers, seine Parteizugehörigkeit, sowie dessen Funktion. In der *Arena* werden in jeder Sendung Personen aus dem Publikum in die Diskussion miteinbezogen, von denen nicht gesagt wird, welche Funktion sie innerhalb der Partei haben bzw. wird in wenigen Fällen der Beruf nicht genannt, wenn es sich um Experten handelt. In diesem Fall fehlt die Angabe der Funktion. In der Spalte rechts aussen befinden sich die Angaben für diejenigen Personen, welche als Experten zu den Sendungen eingeladen werden. Die Bezeichnung bzw. Betitelung der Funktion der Politiker und Experten werden den Archiv-Internetseiten der jeweiligen Sendungen entnommen.

Anmerkung zur *Arena*-Sendung: In den hier aufgelisteten Sendungen kommen Personen aus dem Publikum zu Wort, die vom Ausmass her, in dem sie zu Wort kommen, in keiner Relation zu den geladenen Gästen stehen oder zu den anderen Personen, die aus den Publikumsreihen zu Wort kommen. Wenn eine Person weniger als dreimal zu Wort kommt und weniger als zehn Zeilen spricht (s. Transkripte im Anhang), so ist sie nicht Teil der Stichprobe. Im Anhang sind die kompletten Transkripte mit diesen Personen in eckige Klammern gesetzt.

Die folgenden Politiker kommen in der Tabelle zweimal vor: Pia Hollenstein (persönliche Codes 34 und 24), Ulrich Schlüer (35 und 25), Lothar Späth (91 und 97), Franz Müntefering (92 und 113) und Roland Claus (78 und 108). Werner Müller ist zum Zeitpunkt der Datenerhebung Bundeswirtschaftsminister und parteilos.

Betreffend der Person Ernst Mühlemann (37) muss angemerkt werden, dass er in die Spalte der Experten eingeteilt wird und nicht in die der Politiker, obwohl er langjähriger Parlamentarier war. Zur Sendung „Sammelklage Südafrika“ wurde er als aussenpolitischer Experte eingeladen. Otto Ineichen (43) wird ebenfalls als Experte eingeteilt, da er in seiner Rolle als

Verwaltungspräsident und Inhaber der Otto AG eingeladen wurde, das Thema „Hohe Managerlöhne: Statussymbol, Leistungsanreiz, Abzockerei?“ zu diskutieren. Seit den schweizerischen Wahlen im Herbst 2003 ist er Nationalrat in der FDP.

Eine Sendung des *Zischtigclubs* wurde, wie bereits erwähnt, von einem der beiden Moderatoren, Dr. Ueli Heiniger, zufällig ausgewählt. Es handelt sich um die Sendung vom 12.02.2002 „Hohe Managerlöhne: Statussymbol, Leistungsanreiz, Abzockerei?“. In den eigens definierten Zeitraum der Datenerhebung vielen keine fünf Sendungen des Zischtigclubs, zu denen mindestens einen Politiker eingeladen war. Dr. Heiniger wurde gebeten, eine videoaufgezeichnete Sendung zuzusenden, die zeitlich so nahe als möglich an den definierten Zeitraum (April bis Juni 2002) angrenzt. Die vorgesehene Analyse wurde ihm nicht mitgeteilt.

Die **Moderatoren** der Sendeformate sind bei *Arena* bei den ersten beiden Sendungen in der Tabelle Patrick Rohr, die restlichen moderierte Urs Leuthardt. Beim *Zischtigclub* moderierte Ueli Heiniger fast alle hier aufgelisteten Sendungen, bis auf eine. Am 11.06.2002 (die dritte Sendung von oben) moderierte Christine Meier. *Sabine Christiansen* wird stets von der gleichnamigen Moderatorin geleitet und *Berlin Mitte* von Maybrit Illner.

Die **Parteien**, denen die Politiker angehören, werden in der dritten Spalte in Abkürzungen aufgeführt. In der Tabelle sind die vier Bundesparteien der Schweiz enthalten – CVP, SP, FDP und SVP (diese Reihenfolge basiert auf der selben Reihenfolge, mit der sie in der obigen Tabelle erscheinen) - und eine weitere Partei, der nationale Bedeutung zugeschrieben wird, die GPS (vgl. Ladner 1999, S. 233ff). Im folgenden sollen diese Abkürzungen der Parteibezeichnung erläutert werden. Zudem wird in kurzer Form auf die Entwicklung der Partei eingegangen, um somit die Daten gründlicher verstehen zu können. Dies, i.S. einer Grundlage für den Ergebnis- und Diskussionsteil der vorliegenden Arbeit.

6.3.2.3 Beschreibung der schweizerischen und deutschen Parteien zugehörig zur Stichprobe

CVP steht für *Christlichdemokratische Volkspartei*. In der **Stichprobe** sind folgende CVP-Parteiangehörige vertreten (in Klammern wird nach dem Namen der jeweilige persönliche Code angegeben, um sie leichter in der obigen Tabelle finden zu können): Ruth Metzler (1), Jean-Michel Cina (4), Philipp Stähelin (17), Josef Leu (27). Die CVP „hält die christliche Soziallehre“ und die „soziale Marktwirtschaft“ (Ladner 1999, S. 231) hoch, bei der sie sich auch für die Arbeitnehmer, das Gewerbe und die Landwirtschaft einsetzt. Der CVP ist es ein

Anliegen die Familie zu schützen. Wenn es um Fragen der Ethik und Moral geht, vertritt sie eine konservative Position (vgl. ebd.).

Die SP setzt sich als *Sozialdemokratische Partei* für die sozial Schwachen und die Umwelt ein. Sie vertritt die Ansicht, dass in die Wirtschaft eingegriffen werden sollte, um gezielte Förderprogramme einsetzen zu können. Ebenso brauche es ein Netz, welches soziale Sicherheit verschafft. Als ab den 60er-Jahren, die Arbeiter, die diese Partei bis anhin vertraten, weniger wurden, richtete sich die Partei mehr auf „akademisch gebildete, häufig im Unterrichtswesen oder in sozialen Betrieben tätige Bevölkerungsschichten“ (ebd.). Seit den 80er Jahren betreibt die SP Realpolitik in einer Position der Mitte (weniger Gesellschaftsentwürfe), versuchte sich mit den Grünen zu verbinden, dabei nicht marktwirtschaftsablehnend zu wirken und gewann 1995 bei den Nationalratswahlen 15 Sitze und einen Wählerzuwachs von 3,3% auf 21,8%. In der **Stichprobe** ist die SP durch folgende Personen vertreten (in Klammer befinden sich die persönlichen Codes, wie bereits erwähnt zur erleichterten Lokalisierung in der obigen Tabelle): Barbara Haering (2), Ruth Dreifuss (10), Christine Groll (12), Hans-Jürg Fehr (19), Boris Bängli (26), Paul Rechsteiner (36), Susanne Leutenegger-Oberholzer (41), Ruth Tobler (47), Franco Cavalli (59) und Herr Trepp aus dem Publikum (906).

Der FDP, der *Freisinnig-Demokratischen Partei*, geht es vor allem um wirtschaftsfördernde Bedingungen, niedrige Steuersätze, so wenig Eingriffe in den Markt wie möglich und ein funktionierendes Bildungssystem. Sie ist gegen den „Ausbau des Sozialstaates“ (ebd.), jedoch nicht in qualitativer Hinsicht. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre erlebte die Partei mit dem Wahlspruch „mehr Freiheit und Eigenverantwortung – weniger Staat“ (ebd.) einen Aufschwung. Mitte der achtziger Jahre wurde dieser gebremst, da Umweltthemen und Parteien zu Konkurrenten wurden und die dadurch entstandenen Diskussionen um den Wertewandel zu innerparteilichen Problemen führten. In der **Stichprobe** sind folgende Politiker der FDP enthalten: Felix Gutzwiller (3), Hans-Rudolf Merz (20), Karl Tschuppert (28) und Trix Heberlein (65).

Die SVP, *Schweizerische Volkspartei*, ist für eine freie Marktwirtschaft und unterstützt die Landwirtschaft. Sie wehrt sich gegen (und wirbt in zunehmend auffälligen Masse für) die Ströme von Zuwanderern. Noch 1936 war sie die Schweizerische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) und musste sich aufgrund des schwindenden Bauern- und Gewerbestandes umorientieren. Zu Beginn der 70er konnte die Partei in der Mitte lokalisiert werden, die

sich als „Partei des Mittelstandes“ ausgab (Ladner 1999, S. 232). Damit und auch mit dem Einsatz für Arbeitnehmer, Frauen und Jungen waren sie nicht erfolgreich. Als in den 80er Jahren die Züricher SVP sich erfolgreich gegen den Europäischen Wirtschaftsraum ausgesprochen hatte, brachte dies der Partei Erfolge, v.a. in der Deutschschweiz. In der vorliegenden empirischen Arbeit wird sie in der **Stichprobe** durch folgende Personen vertreten: J. Alexander Baumann (5), Toni Bortoluzzi (11), Christoph Mörgeli (18), Ulrich Schlüer (25 und 35), Ulrich Siegrist (29), Patrick Freudiger (32), Angelika Zanolari (53), Miriam Scherschlin (902) und Frau Kaufmann (907, Vorname nicht bekannt). Patrick Freudiger (32) und Miriam Scherschlin gehören der Jungen SVP an. Diese Partei stellt eine Sektion der SVP dar. Das Mindestalter beträgt 16-18 Jahre und das Höchstalter 30-35 Jahre (Quelle: <http://www.jsvp.ch/partei/uu-Statuten>). Die Personen mit dem Code 32 und 902 haben sich aus dem Publikum gemeldet.

GPS steht für *Grüne Partei der Schweiz*. In der **Stichprobe** sind ihre Vertreter Pia Hollenstein (34 und 24) und Verena Diener (66). Die Anstrengungen der Partei auf nationaler Ebene haben sich 1991 ausgezahlt (im Vergleich zu den Anstrengungen der alternativen Grünen auf lokaler Ebene). 1991 gewannen sie 14 Sitze und 6.1% an Wählerstimmen. Sie werden auch von bürgerlichen Wählern unterstützt und wandelten sich zu einer „links-grünen Partei“ (ebd., S. 235). In den 90er-Jahren liess deshalb der Erfolg nach, da sich das Spektrum der Wählerschaft verkleinerte. Hinzu kam die angespannte wirtschaftliche Lage und die zunehmende Stärke der SP. 1995 verloren die Grünen fast die Hälfte ihrer Sitze im Nationalrat.

1999 war die Sitzverteilung im Nationalrat- und Ständerat folgendermassen (die Angaben in Klammern beziehen sich auf den Ständerat): SP/PSS 51 (6), SVP/UDC 44 (7), FDP/PRD 43 (17), CVP/PDC 35 (15) und 9 (0) für die GPS/PES. Die Abkürzungen hinter den Schrägstrichen stehen für die französische Bezeichnung: PS = Parti socialiste suisse; UDC = Union démocratique du centre; PRD = Parti radical suisse; PDC = Parti démocrate-chrétien; PES = Parti écologiste suisse.

Anmerkung: Die Bundesratswahlen vom 19. Oktober 2003 haben bei der FDP und bei der CVP zu einem Verlust von 7 Sitzen geführt, die SP/PS konnte einen Sitz dazugewinnen, die SVP/UDC 11 Sitze und die GPS/PES 4 Sitze. (Quellen: <http://www.parlament.ch>; <http://ch-politik.re4.ch/wahlen2003/parteien.html>).

Tabelle 15: Mitgliederzahlen der zentralen Schweizer Parteien

<i>Partei</i>	<i>Mitgliederzahl</i>
FDP	89'000
SVP	70'000
CVP	60'000
SP	39'000
GPS	5'000

Die Tabelle zeigt Angaben zu den Mitgliederzahlen, entnommen aus dem Nationalfondsprojekt über den Wandel der Schweizer Parteien (vgl. NF. 12-41891.94, Ladner/Brändle n. Ladner 1999, S. 246). Innerhalb dieses Projekts hat eine Kantonalparteienbefragung stattgefunden. Die Partei mit den meisten Mitgliedern wurde an oberste Stelle gesetzt. Dann folgt die nächst grössere Partei usw.

Zur Verortung der schweizerischen Parteien auf einer Links-Rechts-Dimension nach Ladner (1999) befindet sich die SP auf der linken Seite, die CVP, SVP und FDP auf der rechten Seite (Ladner 1999, S. 221). Das heisst, „die Struktur des Schweizer Parteiensystems (ist) klar bipolar“ (ebd.). Die Lokalisierung der Parteien ist extremer als ihre Wählerschaft, die vorwiegend der Mitte der Dimension zuzuordnen sind. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern ist das Schweizer Parteiensystem wenig polarisiert. Das Mass der Polarisierung wird aus dem Ausmass der Unterstützung extrem rechter und extrem linker politischer Parteien errechnet (vgl. Lane und Ersson 1999, S. 144ff). Lane und Ersson befinden jedoch die Polarisierung der Schweizer Parteien als wenig bedeutend (in Deutschland als nicht bedeutend).

Bei den *deutschen Sendungen* werden in der Tabelle 3 (s.o.) Vertreter aus den Parteien CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, PDS und CSU aufgelistet (diese Reihenfolge bezieht sich wie bei der Darstellung der Schweizer Parteien auch auf die Reihenfolge in der obigen Tabelle). Auch hier soll die Bedeutung der Abkürzungen in knapper Form ausgeführt werden:

CDU steht für *Christlich-Demokratische Union*. Sie ist eine heterogene Partei hinsichtlich ihrer Mitglieder und Wähler, wurde nach dem zweiten Weltkrieg als „Union“ für Christen gegründet (Sontheimer und Bleek 2002, S. 234). Mit ihr sollten überkonfessionell alle Schichten integriert werden (vgl. Sommer und Westphalen 1999, S. 205). Die CDU zeichnet sich weniger als eine Partei mit grosser Ideologie aus, sondern versucht zum einen die in den 50er Jahren geschaffene Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung aufrechtzuerhalten und zum ande-

ren, ihre Macht zu erhalten. Die Bindung an die Kirche hat zunehmend abgenommen. Heute wird sie als „Partei eines gemässigten Konservatismus“ bezeichnet (ebd., S. 235). 1982 wurde Helmut Kohl Bundeskanzler, drei weitere Wahlerfolge folgten. Durch den Kanzler der Wiedervereinigung Deutschlands hatte die CDU nach der Wiedervereinigung 790'000 Mitglieder; heute sind es 617'000 (s.u. Tabelle 16). Schliesslich wurde Kohl von Schröder abgelöst. Zudem schwächt eine Parteispendenaffäre bis heute das Image der CDU und die Kraft der Partei. Als Gründe für die Ablösung durch die SPD werden von den Politikwissenschaftlern Sontheimer und Bleek (2002) der „allgemeine Wunsch nach einer Verjüngung der Regierenden neben der Enttäuschung über anhaltende Arbeitslosigkeit“ genannt (ebd., 238). Angela Merkel (s.o. Tabelle 14, persönlicher Code 71) versucht heute als erste Frau und als erste Deutsche aus den Neuen Bundesländern in der CDU-Spitze, die CDU in eine neue Bahn zu lenken. Bisher ist noch nicht geglückt, einen die Wähler überzeugenden Gegenentwurf zur Regierung SPD-Grüne/Bündnis 90 zu entwickeln. Neben Angela Merkel (71) sind in der **Stichprobe** Volker Rühe (77), Lothar Späth (91 und 97), Heiner Geissler (101), Annette Schawan (107), Laurenz Meyer (114) und Peter Müller (120).

Die SPD, die *Sozialdemokratische Partei Deutschland*, stellt in Deutschland die älteste und grösste Partei dar. Seit dem September 1999 führt sie die Regierung in einer Koalition mit dem Bündnis 90/Die Grünen. 1863 wurde sie gegründet und begann als Arbeiterpartei und „war gleichzeitig auch international das erste Vorbild einer modernen Massen- und Mitgliederpartei“ (Sontheimer und Bleek 2002, S. 227). Die SPD bejaht die Linie der Sozialen Marktwirtschaft und betont gleichzeitig ihr Anliegen soziale Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Sie kann heute keine Arbeiterpartei mehr sein. Nach den Autoren Sontheimer und Bleek (2002) gewann die SPD 1998 den Wahlkampf aufgrund der „Verkörperung einer neuen Politikergeneration“ und nicht wegen des sich von der CDU unterscheidenden Programms (ebd., S. 233). Als die erste Legislaturperiode begann, versuchte Oskar Lafontaine (s.o. Tabelle 14, persönlicher Code 99) die ursprünglichen Ziele der SPD für die Arbeiter weiterzuverfolgen. Schröder musste sich jedoch um die „Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft“ kümmern, so entstand der Bruch zwischen den beiden. Schröder, der nicht Teil der Stichprobe ist, hat es neben vielen Zielen, die er nicht erreicht hat, geschafft, dass die SPD auch von Angestellten, Akademikern und Personen aus den freien Berufen gewählt wird. Zur **Stichprobe** gehören neben Oskar Lafontaine (99) Peter Struck (72), Otto Schily (76), Herta Däubler-Gmelin (81), Franz Müntefering (92 und 113), Edelgard Buhmann (106) und Wolfgang Thierse (119).

Bündnis 90/Die Grünen: Diese beiden Parteien, welche ursprünglich zwei soziale Bewegungen darstellten, haben sich 1993 zusammengeschlossen und bilden jetzt zusammen mit der SPD die rot-grüne Regierung in Deutschland. In den 70er-Jahren kamen die sogenannten „Bürgerinitiativen“ zustande (ein mehr oder weniger fester Zusammenschluss von Bürgern zur Erreichung öffentlicher Interessen), welche sich gegen das gängige Parteiensystem auflehnten und sich für den Umweltschutz einsetzten. Die Bürger forderten mehr politische Partizipation. So entstand die *Neue Soziale Bewegung*, keine feste Partei, sondern ein Gebilde, welches in der Grösse schwankte. Ihre Entwicklung hing von der politischen Kultur und dem politischen Bewusstsein ab. Beides verstand sie zu beeinflussen und Neuorientierung zu schaffen, ebenso wie die Partei der Grünen. 1983 konnten die Partei der Grünen die 5% übersteigen und in den Bundestag einziehen. Lange kämpften die Fundamentalisten der Partei („Fundis“) gegen diejenigen, welche mit anderen Parteien zusammenarbeiten wollten und sich auf die Spielregeln des realen politischen Systems einlassen wollten („Realos“). Dies führte zu einem unklaren Kurs und kostete sie 1990 wieder den Platz im Bundestag. Seit dem Zusammenschluss der Grünen mit dem Bündnis 90 (von 1993) steht im gemeinsamen Assoziationsvertrag, dass die Menschenrechte an erster Stelle stehen und die Ökologie danach kommt. In der Energiepolitik mussten beide Parteien Abstriche machen, als sie 5 DM pro Liter Benzin forderten. Auch ihre Forderung der Halbierung der Bundeswehr konnten sie nicht durchsetzen. 1998 wird Joseph („Joschka“) Fischer Vizekanzler und Aussenminister, als die Partei 6,7 % bei den Wahlen erreicht. Herr Fischer ist nicht Teil der **Stichprobe**. Hingegen Jürgen Trittin (73), Fritz Kuhn (84), Renate Künast (86), Andrea Fischer (102) und Reinhard Bütikofer (116). Nach Sontheimer und Bleek (2002) haben die Grünen bewiesen, „dass mit ihnen ‚Staat zu machen‘ ist“ (ebd., S. 251), doch haftet noch immer Misstrauen an ihrem Image. Vor allem aus den eigenen Reihen kritisieren Wähler, die aus der Friedensbewegung stammen, die Regierungspolitik, z.B. den Einsatz von militärischen Kräften gegen Basen von Terroristen.

Die FDP, die *Freie Demokratische Partei*, entstand 1848/49. Schon damals fehlte es ihr an innerparteilicher Übereinstimmung (vgl. ebd., S. 242). Diese kleine Partei, dessen liberales Gedankengut längst Teil der grossen Parteien war, wurde ein wichtiger Koalitionspartner für die CDU oder für die SPD. Im Laufe der Jahre konnte sie sich mal mehr, mal weniger von der CDU und SPD abgrenzen und fing Wähler aus der Mittelschicht und den kleineren Gewerbebetreibenden ein. Da die Mitglieder der FDP unterschiedliche Motive für den Beitritt zur Partei hatten, kam es immer wieder zu Unstimmigkeiten und Krisen. Teil der **Stichprobe**

sind der Parteivorsitzende Guido Westerwelle (74), Wolfgang Gerhardt (82), Günter Rexrodt (100) und Cornelia Piper (115).

Die PDS, die *Partei des Demokratischen Sozialismus*, wird in der Parteienübersicht von Sontheimer und Bleek (2002) zu den linksradikalen Parteien gezählt. In der BRD haben linksradikale Parteien weniger Anhänger als rechtsextreme Parteien (Letztere sind weder in der schweizerischen noch deutschen Stichprobe vertreten). Die PDS entstand 1990 durch die deutsche Wiedervereinigung. Ihr Entstehung geht auf die KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) zurück, welche nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet und 1956 verboten wurde. Anschliessend wurde eine neue Partei mit linksradikalem Potential gegründet, die DKP, welche der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) aus der ehemaligen DDR ähnelt. DKP steht für Deutsche Kommunistische Partei. Eines der Hauptanliegen der DKP und SED war es, eine Partei für die Arbeiterklasse zu sein. Die SED hatte in der ehemaligen DDR eine Machtposition, welche kontrollierend wirkte. Ihre Ideologie war der Marxismus-Leninismus. Diese Partei der Arbeiterklasse umfasste zuletzt 2,3 Millionen Mitglieder. In den siebziger und achtziger Jahren haben Vertreter linksradikaler Gruppierungen in Westdeutschland durch physische Gewalt versucht gegen das wirtschaftliche und politische System Deutschlands anzukämpfen. Die neue PDS grenzt sich von der SED des ehemaligen DDR im dem Sinne ab, dass sie sich zum pluralistischen demokratischen System und den Grundprinzipien der Marktwirtschaft bekennt. Sie ist gegen die „Vorherrschaft des Kapitals“ und möchte eine „ökologische, solidarische, emanzipatorische, gerechte, freie und zivile Gesellschaft schaffen“ (Sommer und Westphalen 1999, S. 676). Sie sind im Gegensatz zur alten SED gegen das Machtmonopol einer Partei. Für sie ist es wichtig, die Idee des Sozialismus zu integrieren und zu verwirklichen. Den Vorsitz der PDS übernahm von 1989 bis 1993 Gregor Gysi. In der **Stichprobe** (s.o. Tabelle mit Stichprobe) hat er die Codenummer 98. Die Nachfolger sind u.a. Gabi Zimmer und Roland Claus (ebd., persönlicher Code, 78 und 108). Zur Stichprobe gehört auch Dietmar Barsch (118). Die PDS ist vor allem in Ostdeutschland erfolgreich. Von den 84'000 Mitgliedern sind 4000 in Westdeutschland (s.u. Tabelle 16). Die Partei steht im Zwiespalt: Einerseits muss sie die Wähler aus der ehemaligen DDR (die meisten sind 60-jährig) behalten, d.h. sich gegen die westliche „Vereinnahmung“ aussprechen (Sontheimer und Bleek 2002, S. 254), sonst würde die PDS zu wenig Stimmen bekommen. Andererseits hat sie in Westdeutschland keinen Erfolg, wenn sie ihr Programm nicht überarbeitet und sich nicht kritisch von der alten DDR distanziert.

Die CSU, die *Christlich-Soziale Union* steht für eine christdemokratische Schwester-Partei der CDU in Bayern (vgl. Sommer und Westphalen 1999, S. 207). Die Organisation betreffend ist sie von der CDU „völlig unabhängig“ (Sontheimer und Bleek 2002, S. 240). Im Bundestag bildet sie mit der CDU eine Fraktionsgemeinschaft. Sie wird folgendermassen beschrieben: „selbstständig“, „eine ausgeprägte konservative Kraft“, steht für „Geschlossenheit“ und hat „ausserordentlichen Einfluss“ (ebd.). Unter Franz Josef Strauß konnte die CSU von 1949 bis 1962 über die Bundeslandgrenze hinaus auf nationaler Ebene Einfluss nehmen und sich das Bundesland Bayern zu einem modernen Industrieland entwickeln (vgl. Sommer und Westphalen 1999, S. 208). Seit Edmund Stoiber nimmt der Einfluss wieder zu. Vertreter, die zur Stichprobe gehören, sind Michael Glos (s.o. Tabelle, persönlicher Code 83), Eberhard Sinner (ebd., Code 87) und Thomas Goppel (ebd., Code 117).

Tabelle 16: Mitgliederzahlen der zentralen Deutschen Parteien

<i>Partei</i>	<i>Mitgliederzahl</i>
SPD	735'000
CDU	617'000
CSU	180'000
PDS	84'000
FDP	63'000
Bündnis 90/Die Grünen	50'000

Die Tabelle zeigt die Mitgliederzahlen der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Die Angaben sind aus dem Jahr 2002 und stimmen demnach mit dem Zeitpunkt der Datenerhebung überein. Auch hier wird die grösste Partei an die erste Stelle gesetzt. Anschliessend folgen die Parteien gemäss ihrer Grösse in abnehmender Reihenfolge.

Nach den Autoren Lane und Ersson (1999) hat die Polarisierung der deutschen Parteien keine Wichtigkeit. Die Mehrheit der Wähler gibt den extremen Parteien, auf dem Links-Rechts-Spektrum wenig Unterstützung.

Die hier aufgeführten wichtigen Parteien der Schweiz und Deutschlands können folgendermassen gruppiert werden. Zu der Gruppe „religiöse Parteien“ gehören CDU und CSU (Deutschland) und die CVP (Schweiz). Die SVP (Schweiz) wird zur Gruppe „agrarian parties“ gezählt (Lane und Ersson 1999, S. 81). Zu den sozialistischen Parteien gehört die SPD (Deutschland) und die SPS (Schweiz). Die deutsche PDS gehört zu den kommunistischen

Parteien. Zur schweizerischen Stichprobe gehört keine kommunistische Partei. In beiden Ländern zählt die gleichnamige FDP zu den liberalen Parteien. Die Grünen/Bündnis 90 und die GPS der Schweiz gehören zur (linken) Gruppe „Grüne Parteien“.

Tabelle 17: Anzahl und prozentuale Verteilung der untersuchten Personen nach Partei sowie Angaben zur Geschlechterverteilung

<i>Parteien der Schweiz</i>	<i>Anzahl Vertreter</i>	<i>Prozentualer Anteil in der Stichprobe (N=64)</i>	<i>Anzahl Frauen (w) und Männer (m)</i>
CVP	4	6.2	1 w / 3 m
SP	10	15.4	5 w / 5 m
FDP	4	6.2	1 w / 3 m
SVP	10	15.4	3 w / 7 m
GPS	3	4.6	3 w / 0 m
Total	31		13w / 18 m
Parteien Deutschlands			
CDU	8	12.3	2 w / 6 m
SPD	8	12.3	2 w / 6 m
Bündn. 90/Die Grünen	5	7.7	2 w / 3 m
FDP	4	6.2	1 w / 3 m
PDS	4	6.2	0 w / 4 m
CSU	3	4.6	0 w / 3 m
Parteiloser Politiker	1	1.5	0 w / 1 m
Total	33		7 w / 26 m

Die Verteilung der Stichprobe hinsichtlich der Kriterien Partei und Geschlecht sieht folgendermassen aus: Die Mehrheit der Politiker des schweizerischen Teils der Stichprobe gehören zu den beiden Parteien SP und SVP (mith jeweils 15.4%), die Minderheit gehört der GPS an (4.6%). Die meisten Politikerinnen gehören in der schweizerischen Stichprobe der SP an (5 Personen). Von der GPS wurden innerhalb der Stichprobe keine Politiker männlichen Geschlechts zu den politischen Diskussionssendungen eingeladen.

In der deutschen Stichprobe der Politiker sind die beiden grossen Parteien CDU und SPD am häufigsten vertreten. 12.3% der Politiker kommen jeweils aus den beiden Parteien. Nur eine Person ist parteilos (Werner Müller, persönlicher Code 96). In der deutschen Stichprobe wurde bei zwei Parteien, PDS und CSU, keine Vertreterin zu den politischen Diskussionssendungen im definierten Zeitraum der Datenerhebung eingeladen. CDU und SPD luden im Erhebungszeitraum doppelt so viele Männer ein, wie die Parteien Bündnis 90/Die Grünen und die FDP.

6.3.2.4 Geschlechterverteilung

Insgesamt – über beide Länder hinweg und unabhängig vom Beruf – enthält die Stichprobe (N=138) 41 Frauen. Der männliche Anteil beträgt mit 97 Personen demnach 70.3 %. Mit 31 Frauen enthält die schweizerische Stichprobe mehr als dreimal so viele Frauen als Deutschland mit 10 Personen. Das heisst konkreter ausgedrückt, 75.6% der Frauen (in der gesamten Stichprobe) zählen zur schweizerischen Stichprobe.

Über die Länder hinweg gerechnet und Politiker und Experten getrennt, sieht die Geschlechterverteilung so aus, dass 31.3% der Politiker weiblich sind (20 Personen) und 68.8% (44 Personen) männlich. Die ungleiche Geschlechterverteilung macht sich bei den Experten noch etwas mehr bemerkbar. Hier sind 28.4% weiblich und 71.6% männlich. Die Kategorie „Experte“ umfasst 53 Personen in der Schweiz und 21 in Deutschland. Also laden auch hier, in der Kategorie „Experte“, die schweizerischen Sendungen mehr Frauen ein als die beiden Sendungen aus Deutschland. Dasselbe haben wir für die Kategorie „Politiker“ gesehen (s.o. Tabelle 17, S. 229).

6.3.2.5 Einteilung der Funktionsbereiche der Experten

Von insgesamt 74 Experten kommen 53 aus der Schweiz und 21 aus Deutschland. Hier wird die Einteilung der Experten in ihre jeweiligen Funktionsbereiche für den schweizerischen Teil der Stichprobe und den deutschen getrennt. Es wird der Begriff der Funktion verwendet, da die Experten v.a. in einer bestimmten Funktion zu einer politischen Diskussionssendung eingeladen werden, welche nicht mit dem Beruf identisch sein muss.

Tabelle 18: Funktionsbereiche der Experten und Anzahl Vertreter der schweizerischen und deutschen Stichprobe

<i>Funktionen der Experten</i>	<i>Anzahl Vertreter in der schweizerischen Stichprobe</i>	<i>Anzahl Vertreter in der deutschen Stichprobe</i>
Wirtschaft	13	2
Vereine/Verbände	7	7
Angestellte des öffentlichen Dienstes	7	3
Professoren	4	0
Gesellschaft und Kultur	4	5

Medizin	2	0
Sonstige	16	4
TOTAL	53	21

In der Experten-Stichprobe der Schweiz sind die meisten (13 von 53) in der Wirtschaft beruflich tätig oder verfügen aus diesem Bereich über Expertenwissen; in der deutschen Stichprobe gilt kann dies für den Bereich Vereine/Verbände festgestellt werden (7 von 21). Im Bereich „Gesellschaft und Kultur“ werden z.B. eine Pfarrerin (Code 62, s.o. Tabelle 14), ein Publizist (Code 105, s. ebd.), ein Journalist (Code 109) genommen. Zu den deutschen Sendungen, die hier zur Analyse vorliegen, wurden keine Professoren und Mediziner eingeladen. Professoren, die bei einer exakten Klassifikation zum Bereich Angestellte des öffentlichen Dienstes gehören würden, werden hier separat aufgeführt.

In der schweizerischen Experten-Stichprobe enthält die Kategorie „Sonstige“ die meisten Vertreter. Hierzu gehören beispielsweise Ernst Mühlemann (Code 37; wird von der *Arena* als „ausenpolitischer Experte“ eingeladen), eine Bäckersfrau (Code 48) und zwei Milizoffiziere (Codes 31 und 33), die in dieser Rolle zur Sendung *Welche Armee schützt uns am besten* eingeladen worden sind und deren berufliche Tätigkeit nicht bekannt ist. Die deutsche Expertenstichprobe hingegen beinhaltet beispielsweise eine Absolventin der privaten Internatschule Schloss Salem (111) oder einen sogenannten Lebensmittel-Experten. Wie bereits erwähnt werden sämtliche Bezeichnungen der Funktionsbereiche der Experten den Internetseiten der jeweiligen Sendungen entnommen.

Nachdem nun die Stichprobe beschrieben wurde, soll nun die Datenauswertung geschildert werden – der qualitative Teil und das Messinstrument.

6.3.3 Datenauswertung

6.3.3.1 Qualitative Auswertung der Daten

Die politischen TV-Diskussionssendungen (N=20) bzw. die dort stattfindenden Diskussionen von Politikern mit oder ohne Experten wurden hinsichtlich ihrer Transaktivität codiert. Es lagen demnach 20 Transkripte vor, deren Auswertung darauf fokussierte, wie die Diskussionspartner mit den Argumenten der Gegenüber operieren. Im Unterschied zu älteren Untersuchungen (z.B. Kruger 1992 oder Kruger und Tomasello 1986) kann ein Transakt als solcher codiert werden, auch wenn ein Diskutant von einem anderen Diskutanten immer wieder unterbrochen wird, solange die Operation mit einem der vorher gefallen Argumente stattfindet.

den kann. Eine weitere Unterscheidung von vorangehenden Arbeiten zur transaktiven Diskussion besteht darin, dass innerhalb eines Sprechaktes mehr als ein Transakt codiert werden kann (s.u. Kapitel 6.3.3.3). In politischen Diskussionssendungen sorgt der Moderator im Normalfall dafür, dass sich jeder eingeladene Gast immer wieder zu Wort melden kann. Diese Wortmeldung beinhaltet – v.a. bei Politikern – oftmals lange Ausführungen, welche u.a. beinhalten,

- das Publikum über einen politischen Prozess zu informieren
- ein Ereignis, welches in den Medien aufgebauscht wurden ist, in ein besseres Licht zu rücken
- jemanden zu beschuldigen
- sich zu rechtfertigen
- rhetorische Mittel zu verwenden, wie z.B. die Stilfigur der Wiederholung (s.o. Kapitel 4.1.4.1)

Das heisst, der Diskutant schneidet verschiedene Themen an, um bestimmte Inhalte dem Fernsehzuschauer zu vermitteln, was zunächst nichts mit der vorherigen Diskussion zu haben muss, um dann punktuell auf das eine oder andere gefallene Argument einzugehen. Jedes „auf das eine oder andere gefallene Argument Eingehen“ wird als Transakt codiert, wenn es einer der obengenannten Definitionen (s.u. Tabelle 8, Kapitel 6.3.3.2) entspricht bzw. der Definition von Berkowitz und Gibbs (1979), welche folgende Punkte beinhaltet: 1. Es muss eine offene Argumentation von Ego über Alters Argumentation stattfinden, nicht eine Andeutung (der Kodierer darf nicht mutmassen, dass ein Transakt wahrscheinlich wäre). 2. Es sollte um den Bereich gehen, der zur Diskussion steht. 3. Falls Ego Alter falsch verstanden hat und ersterer mit den Argumenten von Alter operiert, wird dies nicht codiert. Zudem darf Ego Alter nicht einfach offen ablehnen, sondern muss argumentieren. 4. Es dürfen nicht einfach Argumente wiederholt oder „nachgeplappert“ werden. Wie bereits erwähnt, gibt es in der empirischen Untersuchung der vorliegenden Arbeit nicht nur einen „Alter“, sondern mehrere (zwischen 5 und 8). Alles, was nicht transaktiv ist, wird in dem Sinne codiert, als berücksichtigt wird, ob ein Sprechakt unterbrochen worden ist: einmal für diejenigen Sprechakte, bei denen eine Chance bestanden hat, auf die Argumente der anderen Diskutanten einzugehen und einmal für diejenigen, bei denen dazu keine Chance bestanden hat. Letzteres wird so definiert, dass die Personen nur unvollständige Aussagen machen konnten und/oder die Transkriptverfasserin einen Grossteil des Satzes nicht verstanden hat und das dementsprechende Zeichen „/“ (ein Strich pro Wort) verwendet hat. Hier besteht auch keine Chance, einen Transakt zu kodieren.

Die erste Chance, transaktiv zu diskutieren, hat die zweite Person, die zur Sprache kommt. Diese beantwortet nicht einfach eine Frage des Moderators, sondern nimmt in den meisten Fällen gleich Bezug auf das gesamte Thema und das bisher Gesagte. An dieser Stelle beginnt die Kodierung der (transaktiven) Sprechhandlungen.

Die folgende Übersicht zeigt das Messinstrument in seiner Kurzform (s.u. 6.3.3.2). Das ausführliche Manual von 35 Seiten befindet sich im Anhang. Dort können die detaillierten Definitionen der Transakte, passende Beispiele und Abgrenzungen nachgelesen werden. Die Definitionen bzw. Inhalte der Transakte werden in gekürzter Form im Kapitel 6.3.3.2 dargestellt sowie etwas ausführlicher im Kapitel 5.4.2, wo die Transakte den beiden Niveaus transaktiver Diskussion zugeteilt werden.

Die Zuordnung der Transakte zum Gesprochenen in den politischen TV-Diskussionssendungen benötigt enorme Konzentration und Reflexion, da zum einen Berkowitz und Gibbs die Transakte sehr genau bestimmen (s. Manual im Anhang) und zum anderen meine eigene Auswertung erlaubt, dass Ego nicht nur auf das kurz vorher gesagte Bezug nehmen kann, sondern auch auf Argumente, welche z.B. 10-20 Minuten (bzw. 5 Seiten Transkript) zurückliegen. Das heisst der Kodierer muss immer im Gedächtnis behalten, was innerhalb einer Diskussionssendung gesagt wird. Dank der Mithilfe von lic.phil. Daniel Bloch konnten 25% der Transkripte recodiert werden und somit eine *Interrater-Reliabilität* errechnet werden. Die Instruktion konnte sehr knapp gehalten werden, da Herr Bloch in seiner Lizentiatsarbeit das Manual von Berkowitz und Gibbs für seine empirische Untersuchung verwendet hatte (Bloch 2002) und deshalb mit dem Messinstrument vertraut war. Es wurde eine Zufallsstichprobe von fünf Transkripten von Herrn Bloch codiert. Die Übereinstimmung beträgt 90%. Bei Berkowitz (1986) beträgt die prozentuale Übereinstimmung 87%, bei Leadbeater (1988) war die Übereinstimmung 76%, welche er selbst als niedrig bezeichnet (vg. Leadbeater 1988, S. 318) und die Schwierigkeit des Kodierens betont. Er liess 12 von 40 Transkripten, also 30% rekodieren.

6.3.3.2 *Messinstrument zur Codierung der Transaktivität der politischen Diskussion*

Aus Gründen der Vollständigkeit des empirischen Teils und um den Lesefluss zu gewährleisten, wird das Messinstrument hier nochmals präsentiert. Das erste Mal kommt es im Kapitel 5.3.1.2 (s.o. S. 179) vor. Dort wird die Version von Berkowitz und Gibbs (1979) dargestellt, jedoch nicht eins zu eins, sondern die Transakte werden nach Typen geordnet und letztere

hierarchisiert. Das zweite Mal wird das erweiterte Kategoriensystem im Kapitel 5.4.1 (s.o. S. 194) dargestellt. Diesmal werden eigens entwickelte Transakte eingefügt (Begründung s.o. Kapitel 5.4.2) und sämtliche Transakte hinsichtlich der zwei Niveaus transaktiver Diskussion geordnet (ebd.) – Niveau I steht für Transakte, bei denen die eigenen Argumente mit denen anderer koordiniert werden können; auf Niveau II können diese kombiniert werden und daraus Schlussfolgerungen gezogen werden. Die hierarchische Ordnung der Typen von Transakten bleibt.

Tabelle 19: Die Kategorien transaktiver Diskussion: Überblick (Orig. Berkowitz und Gibbs 1979, erweiterte Version N.B.)

NIVEAU I	
<i>Repräsentational (R)</i>	
1. <i>Nebeneinanderstellung (Juxtaposition)</i> Deine Position ist X und meine Position ist Y.	n.k. ¹²
2. <i>Dyade-orientierte Paraphrase</i> Hier ist eine Wiedergabe eines Standpunktes, den wir teilen.	n.k.
3. <i>Konkurrierende Nebeneinanderstellung</i> Ich will eine Konzession an deine Position machen, aber auch Teile meines Standpunktes noch mal bekräftigen.	k.
<i>Erhellend (E)</i>	
4. <i>Bitte um Rückmeldung</i> Verstehst du meine Position? Stimmst du ihr zu?	n.k.
5. <i>Bitte um Rechtfertigung</i> Warum sagst du das?	n.k.
<i>Überschneidung R und E</i>	
6. <i>Paraphrase</i> a. Ich kann deinen Standpunkt oder deine Argumentation verstehen und wiedergeben. b. Ist meine Wiedergabe deiner Argumentation richtig?	n.k.
<i>Überschneidung R und O</i>	
7. <i>Vervollständigung</i> Ich kann deine nicht beendete Argumentation vervollständigen oder fortführen.	n.k.
8. <i>Konkurrierende Paraphrase</i> Hier ist eine Wiedergabe deiner Argumentation, die ein Licht auf deren Schwächen wirft.	k.
<i>Operational (O)</i>	
9. <i>Erklärung</i> a. Nein, was ich sagen will, ist das Folgende... b. Ich gebe dir eine Erklärung meines Standpunktes, um dir das Verstehen zu erleichtern.	n.k.
10. <i>Konkurrierende Erklärung</i> Meine Position ist nicht unbedingt so, wie du sie auffasst.	k.

¹² n.k. steht für nicht-konkurrierend, k für konkurrierend. Transakte werden in zwei Modi eingeteilt, welche jeweils für eine entweder konkurrierende oder nicht-konkurrierende Ausrichtung stehen (Berkowitz und Gibbs 1979).

11. Verbesserung/Weiterentwicklung a. Ich muss meinen Standpunkt oder meine Behauptung als Konzession an deinen Standpunkt/deine Behauptung verbessern (unterordnender Modus). b. Ich kann meinen Standpunkt ausführen oder näher bestimmen, um ihn gegen deine Kritik zu verteidigen (überordnender Modus).	k.
12. Erweiterung a. Hier ist ein weiterer Gedanke oder eine Ausführung, die ich im Geiste deines Standpunktes anbiete. b. Ist das Folgende in deiner Argumentation mitenthalten...?	n.k.
13. Widerspruch Es gibt eine logische Unvereinbarkeit in deiner Argumentation.	k.
¹³ 14. Destruktive Kritik der Argumentation a. Deiner Argumentation fehlt eine wichtige Unterscheidung. / Sie enthält eine überflüssige Unterscheidung. b. Deine Position enthält implizit eine fragwürdige Annahme („Angriff auf die Prämisse“) c. Deine Argumentation führt nicht notwendigerweise zu deiner Schlussfolgerung. / Deine Meinung ist nicht ausreichend gerechtfertigt. d. Deine Argumentation lässt sich ebenso gut auf die gegenteilige Meinung anwenden.	k.
15. Konkurrierende Erweiterung a. Würdest du deine Argumentation bis zu diesem unplausiblen Extrem treiben? b. Deine Argumentation kann bis zum folgenden Extrem erweitert werden, dem keiner von uns zustimmen würde.	k.
20. Reflexive Akzeptanz (oder analytische Übereinstimmung) <i>Ich habe Argumente deiner Position gewichtet und kann mit ihnen teilweise übereinstimmen.</i>	n.k.
NIVEAU II	
14. Konstruktive Kritik der Argumentation <i>e. Ich kann deine Argumentation kritisieren (14a., b., c. oder d.) und einen positiv-konstruktiven Hinweis hinzufügen.</i>	n.k.
16. Gegen-Überlegung Hier ist ein Gedanke oder ein Element, der/das in deine Position nicht aufgenommen werden kann.	k.
17. Vergleichende Kritik a. Deine Argumentation ist weniger angemessen als meine, weil sie mit dieser wichtigen Überlegung nicht zu vereinbaren ist... b. Dein Standpunkt macht eine Unterscheidung, die sich im Licht meiner Position als überflüssig erweist. / Dir fehlt eine wichtige Unterscheidung, die meine Position vornimmt. c. Ich kann dein Beispiel analysieren, um zu zeigen, dass es meinen Standpunkt nicht in Frage stellt.	k.
18. Gemeinsame Voraussetzungen/Integration (Meta-Ebene) a. Wir können unsere Standpunkte zu einer gemeinsamen Anschauung verbinden. b. Hier ist eine allgemeine Prämisse, die unser beider Positionen gemeinsam ist.	n.k.
19. Korrektur/Reparatur <i>Deine Argumentation benötigt den Gedanken X, um kohärent/stimmig/plausibel zu sein.</i>	n.k.

¹³ Sämtliche **kursiv fett gedruckten Wörter und Sätze** wurden dem Manual von Berkowitz und Gibbs (1979) hinzugefügt (zur Begründung s.o. Kapitel 5.4.1).

21. Dyadische Kritik der Argumentation <i>Ich kann unsere geteilte Meinung verbalisieren und sie kritisieren.</i>	n.k.
--	-------------

Das ausführliche Manual inklusive ausführlicher Definition der Transakte, Abgrenzungen, Beispielen und Gegenbeispielen befindet sich, wie bereits erwähnt, im Anhang. Die ***kursiv fett*** gedruckten Transakte bzw. die eigens dem Manual von Berkowitz und Gibbs (1979) hinzugefügten Transakte 14e, 19, 20 und 21 werden mit Beispielen aus dem Datensatz im Anhang veranschaulicht, insofern sie von den untersuchten Personen verwendet werden.

Inhalt der Tabelle und knapper Verweis auf die Hypothesen und empirische Fragestellungen:

Die obige Übersicht der Transakte beinhaltet die Zuordnung der einzelnen Transakte zu den Typen transaktiver Diskussion – repräsentational (R), erhellend (E), operational (O), Überschneidung zwischen R und E sowie zwischen R und O. Diese Einteilung der Typen bezieht sich auf die Hypothesen 2 und 5 (s.o. Kapitel 6.2) sowie auf die empirischen Fragestellungen 4.3, 5, 7 und 8.3 (s.o. Kapitel 6.1). Die Einteilung der Transakte hinsichtlich ihres Niveaus (I oder II) nimmt die empirischen Fragestellungen 1.1, 3.3, 4.2, 7 und 8 auf (s.o. Kapitel 5.1). Die Unterscheidung zwischen konkurrierenden und nicht-konkurrierenden Transakten in der rechten Spalte bezieht sich auf die Hypothesen 3 und 6 sowie auf die empirischen Fragen 1.2, 3.4, 4.4 und 8.4.

Allgemeine empirische Fragen wie z.B. die sechste: „Wie viele Transakte werden allgemein verwendet?“ beziehen sich nicht auf einzelne Aspekte des eben vorgestellten Messinstrumentes, sondern auf die Summierung aller codierten Transakte. Das gleiche gilt für die Hypothesen 1 und 4. Folgende Extras werden in die Untersuchung eingefügt: das Achten auf eine gewissen Kombinationen von Transakten (Fragestellung 2); die Unterscheidung der Summen aller Transakte, welche von Politikern und Experten verwendet werden (Fragestellung 3.1); die Unterscheidung der Summen aller Transakte, welche in den vier Sendeformaten verwendet werden (Fragestellung 4.1) und der transaktbezogene Geschlechtervergleich (Fragestellung 8.1).

6.3.3.3 Abhängige und unabhängige Masse

Abhängige Variablen

Tabelle 20: Liste der abhängigen Variablen und deren Bedeutung

Variablen	Bedeutung
*totallip ¹⁴	Anzahl Zeilen, die eine Person in Sendung X spricht.
Totalis	Anzahl Zeilen, die insgesamt in Sendung X gesprochen werden (inkl. Moderator).
*ratio	totallip dividiert durch totalis (Hintergedanke: Politiker sprechen in den Diskussionssendungen viel mehr als Experten; diese Tatsache sollte bei der Auswertung berücksichtigt werden).
sprakt_s	Anzahl Sprechakte pro Sendung X (codierte, nicht codierte, abgebrochene und nicht abgebrochene Paragraphen).
*sprakt_p	Anzahl Sprechakte pro Person in Sendung X (codierte, nicht codierte, abgebrochene und nicht abgebrochene Paragraphen).
notra_p	Anzahl Sprechakte pro Person, ohne Transakt (abgebrochene, nicht abgebrochene Paragraphen, mit Chance und ohne Chance auf Transakt).
sp_abgeb	Anzahl abgebrochener Sprechakte pro Person (codierte und nicht codierte Paragraphen).
sp_kompl	Anzahl kompletter Sprechakte pro Person (codierte und nicht codierte Paragraphen).
*nochance	Anzahl abgebrochener Sprechakte pro Person, bei denen es keine Chance gab, transaktiv zu sein.
*missed_p (= Basisrate)	notra_p – nochance Anzahl Sprechakte, bei denen die Person es versäumt transaktiv zu diskutieren, d.h. die Gelegenheit zu einem Transakt bestünde.
*Typ 1 –3	Typ 1: Repräsentational; Typ 2: Erhellend; Typ 3: Operational (jeweils zugehörige Transakte s.o. Tabelle 19, S. 234)
N1 und N2	Niveau I: Transakte 1. – 14d., 15., 20. und Niveau II: Transakte 14e., 16.-19. und 21 (s.o. Tabelle 19)

¹⁴ Variablen, die mit einem Stern gekennzeichnet sind, werden im Anschluss an die Tabelle näher erläutert.

Mehrkod2	Anzahl Sprechakte pro Person, in denen 2 Transakte codiert worden sind
Mehrkod3	Anzahl Sprechakte pro Person, in denen 3 Transakte codiert worden sind
*tot_t_gw	Anzahl Transakte pro Person, gewichtet (bei 2 Transakten pro Sprechakte zählt ein Transakt 0.5; bei 3 Transakten pro Sprechakt zählt ein Transakt 0.333)
*Transpro	$\text{tot_t_gw} / (\text{tot_t_gw} + \text{missed_p}) \times 100$ = prozentualer Anteil an Transaktivität pro Person
Konk	Konkurrierende Transakte (s.o. Tabelle 19)
no-konk	Nicht-konkurrierende Transakte (s.o. Tabelle 19)
*Transniv	$2 \times (\text{Niveau II}) + \text{Niveau I} / (\text{tot_t_gw} + \text{missed_p})$ Gewichtetes und integriertes Mass zur Berechnung des Anteils an Transaktivität bezogen auf die beiden Niveaus
*tranniv1 und tranniv 2	$n1 / (\text{tot_t_gw} + \text{missed_p})$ $n2 / (\text{tot_t_gw} + \text{missed_p})$ Aufgliederung des vorherigen Masses, ohne Niveau II-Transakte doppelt zu gewichten (Begründung für das Fallenlassen von transniv s.u.)
*protyp1	$\text{Typ1} / (\text{tot_t_gw} + \text{missed_p}) \times 100$ Gewichtetes und integriertes Mass zur Berechnung des Anteils an Transaktivität bezogen auf Typ 1 (repräsentational).
*protyp 2	$\text{Typ2} / (\text{tot_t_gw} + \text{missed_p}) \times 100$ Gewichtetes und integriertes Mass zur Berechnung des Anteils an Transaktivität bezogen auf Typ 2 (erhellend).
*protyp3	$\text{Typ3} / (\text{tot_t_gw} + \text{missed_p}) \times 100$ Gewichtetes und integriertes Mass zur Berechnung des Anteils an Transaktivität bezogen auf Typ 3 (operational).
*prokonk	$\text{konk} / (\text{tot_t_gw} + \text{missed_p}) \times 100$ Gewichtetes und integriertes Mass zur Berechnung des Anteils an Transaktivität bezogen auf den Modus konkurrierender Transakte.
*prono-konk	$\text{no-konk} / (\text{tot_t_gw} + \text{missed_p}) \times 100$ Gewichtetes und integriertes Mass zur Berechnung des Anteils an Transaktivität bezogen auf den Modus nicht-konkurrierender Transakte.

* Weitere Erläuterungen zu den Variablen, die in der Tabelle mit einem Sternchen gekennzeichnet sind:

totallip: Mit Hilfe eines Statistikers an der University of Missouri in St. Louis (während meines Studienaufenthaltes bei Prof. Berkowitz im Rahmen eines Nationalfondsstipendiums) konnte das qualitative Auswertungsprogramm QSR NUD*IST so programmiert werden, dass für jede Person die Anzahl von Gesprochenem, gemessen in Zeilen im Transkript, errechnet

werden konnte. Die gesprochenen Zeilen variieren zwischen 12 und 262, mit einem Durchschnitt von 107.5 Zeilen über alle Sendungen hinweg. Politiker sprechen durchschnittlich 126.6 Zeilen in einer abgetippten Sendung und Experten 90.9. Dieses Ergebnis ist hochsignifikant [$t(136) = 3.940$, $p < 0.001$]. Da sich die Transakte jedoch in den meisten Fällen über mehrere Zeilen und unterbrochene Sprechakte hinwegziehen, wird in der Datenauswertung das Mass der Sprechakte (unterbrochene und zu Ende gesprochene) als Basisrate verwendet und nicht wie anfänglich die Anzahl gesprochener Zeilen.

sprakt_p: Dadurch, dass die einzelnen Sendeformate unterschiedlich lange dauern und aufgrund der Tatsache, dass Politiker in den politischen TV-Diskussionssendungen mehr sprechen als die Experten, muss die Anzahl an Sprechakten berücksichtigt werden. Im Durchschnitt kommen 22.6 Sprechakte in den Diskussionssendungen vor. Bei einem Minimum von 3 Sprechakten bis zu einem Maximum von 79 Sprechakten. Politiker sprechen im Durchschnitt 29.6-mal und Experten 16.5-mal. Das Ergebnis ist signifikant, [$t(136) = 5.404$, $p < 0.05$]. Bei den ersten Berechnungen wurde mit der Variable *ratio* gerechnet, um die Daten zu gewichten (Anzahl gesprochener Zeilen pro Person dividiert durch die Anzahl gesprochener Zeilen innerhalb einer Sendung). Später wird diese mit der Variable *Sprechakte* ersetzt, da Letztere ein präziseres Mass für transaktives Verhalten darstellt.

nochance: Die detaillierte Definition dieser Variable befindet sich im Kapitel 6.3.3.1 Qualitative Auswertung der Daten. Nur kurz das Hauptkriterium sei hier genannt: Ein Sprechakt, der unterbrochen wird, nachdem kein vollständiger Satz gesprochen werden konnte, beinhaltet keine Gelegenheit transaktiv zu diskutieren.

Die Variable *missed-p* wird deshalb berechnet, da damit erstmalig der Tatsache Rechnung getragen wird, dass sich in manchen Sendeformaten Moderatoren, Politiker und Experten fortwährend gegenseitig beim Sprechen unterbrechen. Hier wird die Anzahl an nicht-transaktiven Sprechakten von derjenigen Anzahl Sprechakten abgezogen, bei denen es keine Chance für einen Transakt gab. Diese Korrektur macht einen Unterschied, da ein Wert von maximal 72 Sprechakten auf 21 reduziert werden kann und somit der prozentuale Anteil an Transaktivität steigt. Der Durchschnittswert beträgt 15.9; die Daten sind nicht normal verteilt.

Typ 1-3: Für die Überprüfung der zweiten Hypothese müssen Transakttypen gebildet werden. Die Tabelle 8 (s.o. 6.3.3.2) zeigt, welche Transakte zu welchem Typ – repräsentational (R),

erhellend (E) oder operational (O) – gehören. Betreffend der hybriden Transakte, R/E und R/O, wird auf einen Hinweis von Prof. Berkowitz auf seine früheren Untersuchungen hin, die Transakte auf die grösseren Kategorien (R, E und O) gleich aufgeteilt, um diese Daten nicht zu verlieren.

tot_t_gw: Wie bereits erwähnt können in einem Sprechakt mehrere Transakte codiert werden, da der Sprecher auf die Argumente von durchschnittlich ca. 5 Personen Bezug nehmen kann. Damit jedoch die Basisrate immer noch einheitlich ist, werden die Transakte in diesem Fall gewichtet. Wenn zwei Transakte in einem Sprechakt vorkommen, so zählt jeder Transakt 0.5; wenn drei vorkommen so wird jeder Transakt mit 0.333 gewertet. Drei ist bei den vorliegenden Daten das Maximum. Das bedeutet, dass die folgenden abhängigen Masse gewichtet sind und als integrierte Masse bezeichnet werden können.

Transpro: Über alle Diskussionssituationen hinweg beträgt der Anteil an Transaktivität pro Person im Durchschnitt 18%. In den Daten kommen zwei Ausreisser vor, eine Person mit 80% Transaktivität und eine Person mit 100% Transaktivität. Werden beide Extremfälle in der Datenauswertung nicht berücksichtigt, da sie die Resultate in Bezug auf das Gesamte der Stichprobe verzerren, verändern sich die Resultat geringfügig. Das heisst, beide Extremfälle bleiben in sämtlichen statistischen Berechnungen enthalten.

Die Variable *transniv* integriert Informationen aus den verschiedenen Niveaus, welche beinhaltet, dass Transakte höherer Qualität und niedrigerer Qualität vorliegen. Das heisst, diese Variable berücksichtigt die besagte Information und integriert somit Häufigkeitsangaben mit Ausprägungen der Transaktivität (Niveau 0 zählt 0; Niveau I zählt 1 und Niveau II zählt 2). So wird ein Durchschnittswert zwischen 0 und 2 über alle Diskussionssituationen pro Person berechnet. Der höchste Wert beträgt in den Daten 1.33. Das heisst, diese Person hat zu einem Drittel auf höchstem Niveau transaktiver Diskussion argumentiert und den Rest auf mittlerem. Die restlichen Personen liegen weit unter diesem Wert. 88.5% der Stichprobe verwenden keinen Transakt, der auf höchstem Niveau liegt; ein solches Ereignis ist selten. Eine Korrelation zwischen der Variable *transpro* und *transniv* ergibt einen Wert von 0.95. Da die Korrelation derart hoch ausfällt, muss die Variable *transniv* nicht weiter berücksichtigt werden, da deren Information in der Variable *transpro* weitgehend enthalten ist.

Tranniv1 und tranniv2 berücksichtigen dasselbe wie die Variable *transpro* (s.o.). Das heisst, es wird ein Mittelwert gebildet (Verwendung von Transakten auf Niveau I und II), bei dem berücksichtigt wird, wie oft jemand gesprochen hat und dabei nicht transaktiv war, obwohl er die Gelegenheit dazu hatte.

Protyp 1-3 und prokonk/prono_konk: Diese Variablen tragen der Tatsache Rechnung, dass Sprechakte für die transaktive Diskussion nicht genutzt worden sind (wie das auch die Variable *transpro* macht). Das heisst, diejenigen Situationen, in denen keine Chance auf einen Transakt bestanden hat, werden abgezogen und ein integriertes Mass für die Berechnung der entsprechenden Hypothesen und empirischen Fragen verwendet.

Unabhängige Variablen

Es werden mehrere unabhängige Variablen in die Analyse miteinbezogen, um nicht zu allgemeine Behauptungen und Aussagen über „die Politiker“ zu kommen. Es wird zwischen deutschen und schweizerischen Politikern und Experten unterschieden sowie zwischen weiblichen und männlichen Politikern, ihrer jeweiligen politischen Ausrichtung bzw. der Funktion, in der sie jeweils in die Diskussionssendung eingeladen werden und dem Sendeformat (*Arena*, *Zischtigsclub*, *Berlin Mitte* und *Sabine Christiansen*), zu dem sie eingeladen sind (s.o. 6.3.2.2).

6.3.3.4 Quantitative Auswertung der Daten: erste deskriptive Analysen

Die Sprechaktivität der Politiker, Experten und Moderatoren sieht folgendermassen aus: Politiker sprechen mit 44% aller gesprochenen Linien über alle Sendungen hinweg am meisten. Am zweithäufigsten sprechen die Experten und mit 21% sprechen die Moderatoren am wenigsten.

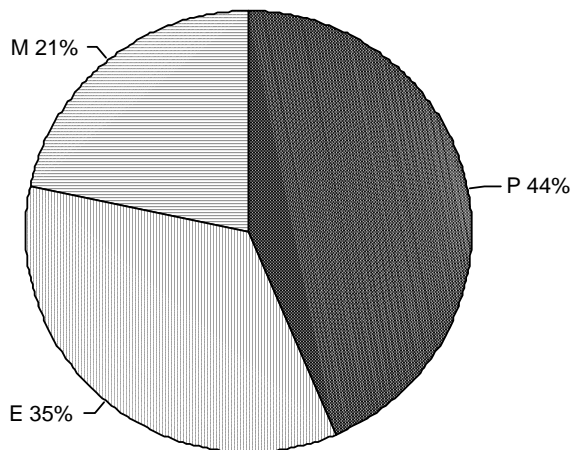


Abbildung 2: Sprechaktivität der Politiker, Experten und Moderatoren

Die folgende Abbildung zeigt die Unterschiede der Sprechaktivität der Moderatoren in den vier Sendeformaten. Format 1 steht für die *Arena*, Format 2 für den *Zischtigsclub*, Format 3 für *Berlin Mitte* und Format 4 für *Sabine Christiansen*. Es wird deutlich, dass die Moderatoren der schweizerischen Sendungen (Format 1 und 2) mehr sprechen als die der deutschen Formate. Am meisten sprechen die Moderatoren der *Arena*, mit einem Mittelwert von 267 Zeilen.

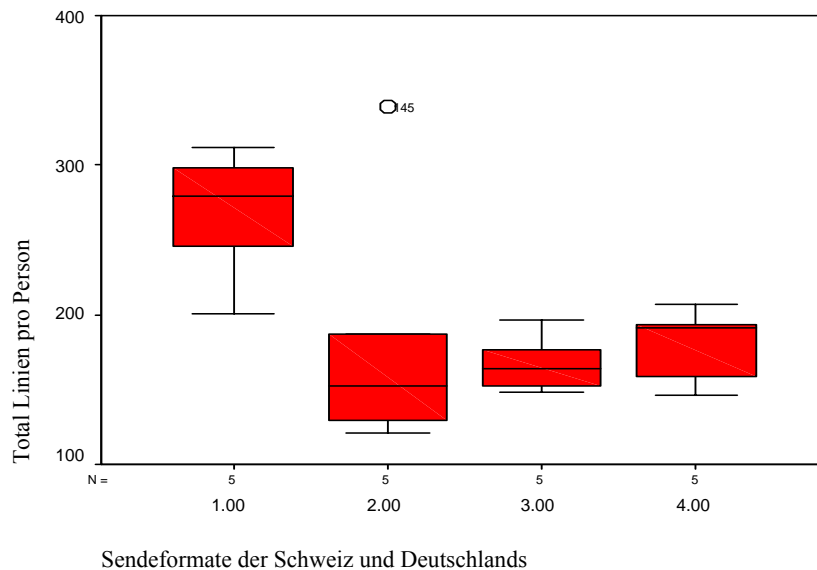


Abbildung 3: Sprechaktivität der Moderatoren der einzelnen Sendeformate

Mehr zur Sprechaktivität gemessen in Sprechakten s.o. Fragestellung 6.

Nach der Eingabe der Daten in das Auswertungsprogramm SPSS konnte festgestellt werden, dass 16 von insgesamt 138 Personen (11.6%) im Verlauf der jeweiligen Diskussionssendung, zu der sie eingeladen waren, keinmal mit den Argumenten der Diskussionspartner operieren. Es handelt sich um die Personen mit den Codes 14, 21, 75, 78, 103, 124, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 908, 909, 912 und 914. Davon sind drei Politiker (einer aus Deutschland mit dem Code 78 und zwei aus der Schweiz mit den Codes 902 und 906) und 13 Experten, zehn aus der Schweiz und drei aus Deutschland (s.o. Tabelle 14, S. 214).

Die Transakte 6a, 11a, 12b, 14d, 17b, 17c, 19 und 21 konnten in den vorliegenden Daten nicht codiert werden. Von anfänglich 33 aufgelisteten Transakten (s.o. Tabelle 8, Kapitel 6.3.3.2) werden 25 Transakte verwendet. Die Zahlen 33 und 29 errechnen sich aus der Summerierung der Transakte und ihren Unterteilungen in a., b., c. usw.

Die Datenauswertung bezieht sich auf 20 Sendungen. Von vier verschiedenen Sendeformaten werden jeweils fünf Sendungen zufällig ausgewählt. Zwei Formate – *Arena* und *Zischtigclub* – sind Sendungen des Schweizer Fernsehens und zwei weitere Formate – *Berlin Mitte* und *Sabine Christiansen* – werden im Deutschen Fernsehen ausgestrahlt. Innerhalb eben dieser 20 Sendungen sind 138 Personen eingeladen oder kommen in der Rolle des Publikums im Fernsehstudio zu Wort (v.a. in der *Arena*-Sendung). Die 138 Personen, welche an den TV-

Diskussionen beteiligt sind, können in Politiker und Experten unterteilt werden (s.o. Kapitel 6.3.2.5 Einteilung der Funktionsbereiche der Experten). Im Folgenden wird das transaktive Diskussionsverhalten von insgesamt 64 Politikern und 74 Experten ausgewertet. 84 Personen gehören zur Schweizer Stichprobe, 54 zur deutschen.

Tabelle 21: Stichprobe: Häufigkeitsverteilung der Politiker und Experten in der deutschen und schweizerischen Stichprobe

		Land		Total
		<i>Schweiz</i>	<i>Deutschland</i>	
	<i>Politiker</i>	31	33	64
	<i>Experten</i>	53	21	74
Total		84	54	138

Die Tabelle zeigt die Häufigkeitsverteilung der Politiker und Experten in der deutschen und schweizerischen Stichprobe. Demnach beinhaltet die Stichprobe 31 Politiker aus der Schweiz und 33 aus Deutschland. Die insgesamt 74 Experten teilen sich etwas unverhältnismässiger auf, im Vergleich zu der Gruppe der Politiker: 53 Experten gehören zur Schweiz und 21 zu Deutschland. Dies ist auf das Konzept der schweizerischen Sendung *Arena* zurückzuführen, bei der das Publikum, welches in der Untersuchung vorwiegend aus Experten besteht, ebenfalls in die Diskussion einbezogen wird. Wenn im Folgenden der Vorgang der Auswahl des statistischen Verfahrens zur Überprüfung der Hypothesen und Fragestellungen beschrieben wird, kann verdeutlicht werden, wie mit Fragen ungleicher Verteilung (Geschlechter und Experten und Politikern) im Weiteren umgegangen wird.

6.3.3.5 Die statistischen Verfahren der quantitativen Datenauswertung

Die ersten Ergebnisse werden mittels des statistischen Auswertungsverfahrens Chi-Quadrat erzielt. Aufgrund der Tatsache, dass viele Zellen in der SPSS-Maske mit Nullen gefüllt sind, d.h. mehr sogenannte Missings (Zellenbesetzung unter fünf) als Transakte vorkommen, wird die Auswertung mit dem Fisher's Exact Test spezifiziert (vgl. Wood 1977 Fundamentals of psychological research). Nach einer Besprechung mit einem Statistiker der Universität Freiburg kann ein präziseres Verfahren verwendet werden, indem zunächst die integrierten und gewichteten Masse (s.o. abhängige Variablen) gebildet werden, wie sie im vorangehenden Kapitel geschildert werden, um anschliessend diese in die Analysen einzubeziehen. Die Ver-

besserung der Berechnungen wird im Kapitel 6.4.2 (s.u.) unter der Fragestellung 3.3 gezeigt. In einem weiteren Schritt werden die unabhängigen Variablen in die Überprüfung der ersten und zweiten Hypothese miteinbezogen (transpro und protyp3), um Fragen der Gewichtung und des geeignetsten statistischen Verfahrens zu klären. Eine *Varianzanalyse* zur Überprüfung der ersten Hypothese (Politiker diskutieren im Vergleich zu Experten weniger häufig transaktiv), bei der die Faktoren (bzw. abhängige Variablen) „Politiker/Experte“, das Geschlecht „männlich/weiblich“ und die Sendeformate „schweizerische/deutsche“ kontrolliert werden, ergibt, dass der Unterschied zwischen dem transaktiven Diskussionsverhalten zwischen Männern und Frauen keine nennenswerten Unterschiede aufweist. Deshalb muss das Geschlecht nicht gewichtet werden. Wird die Varianzanalyse nochmals ohne das Geschlecht gerechnet, so ist die Zellenbesetzung abermals sehr klein und äusserst verschieden. Die Ergebnisse können deshalb als nicht robust bezeichnet werden. Interaktionseffekte können mit der Varianzanalyse nicht gezeigt werden, deshalb wird ein einfacheres Verfahren, der T-Test, für die weitere Datenauswertung verwendet. Die Tatsache, dass in der Stichprobe mehr Experten als Politiker vorkommen, muss nicht weiter berücksichtigt werden. Auch wird an dieser Stelle klar, die Annahme, dass sich Politiker und Experten gegenseitig beim Diskutieren beeinflussen, welche durch komplexe statistische Verfahren kontrolliert werden könnte, deshalb nicht gegen den T-Test für unabhängigen Stichproben spricht, da im letzteren einfacheren Verfahren dieselben Resultate berechnet werden als mit dem der komplexeren Varianzanalyse. Weitaus komplexere Verfahren vgl. z.B. Kenny et al. 1998.

Eine weitere Probe-Berechnung der ersten Hypothese zeigt, dass bei der Streichung der drei Personen, welche hinsichtlich ihres prozentuellen Anteils der Transaktivität Extremwerte aufweisen (Personen mit dem Code 2, 3 und 30 s.o. Tabelle 14, S. 214), die Resultate nicht nennenswert verändert werden. Das heisst, obwohl Extremfälle die Resultate verzerren könnten, können sie in der weiteren statistischen Auswertung bleiben.

6.4 Ergebnisse

6.4.1 Beispiele aus dem Datenmaterial

Im Folgenden wird jeder Transakt, soweit er im Datenmaterial vorkommt, mit einem Beispiel veranschaulicht.¹⁵ Für diejenigen Transakte, welche eine Unterteilung beinhalten (a., b. etc.) wird für die Veranschaulichung des ganzen Transakts ein Beispiel (a., b. oder c.) ausgewählt.

Folgende Abkürzungen werden in Anlehnung an Mergenthaler (1989) bei der Transkription verwendet:

Tabelle 22: Transkriptionsabkürzungen

Abgeschlossener Gedanke, meist auf dem Grundton endende Stimmführung	.
Pausen	(...)
Betonung/Frage bzw. hoch endende Stimmführung	!/ ?
Dehnung	:
Abgebrochener Gedanke	;
Unverständliches Wort	/
Vermutetes Wort	/ (?...)
Nicht-verbale Äusserung	z.B. (lacht)
Weitere Abkürzungen/Darstellungsmittel (selbst definiert)	
Unterbrechung des Satzes	...
Umgangssprachliche Wörter und Wörter, die in Dialekten verwendet werden und nicht leicht von Personen anderer Dialektzugehörigkeit verstanden werden können	(hochdeutscher Ausdruck)
Sprechen des Moderators	Kursiv gesetzt

¹⁵ Sämtliche codierten Transkripte befinden sich im Anhang II

NIVEAU I

Typ 1: Repräsentational (R)

1. Nebeneinanderstellung (Juxtaposition)

Deine Position ist X und meine Position ist Y.

Beispiel aus *Arena* vom 24.05.02/Thema „Rezepte gegen Kostenexplosion im Gesundheitswesen?“/Zeilen 289-301

Christine Groll (CG): Doch, und ich möchte Ihnen auch sagen was. Sie sind ausgegangen davon, indem Sie gesagt haben, wir haben heute eine Überversicherung. Sie haben nicht konkret gesagt, was Sie mit dieser Überversicherung meinen, Sie haben aber in Frage gestellt, dass die heutige obligatorische Versicherung, die wir heute haben in der sozialen Grundversicherung für alle Leute, dass die nicht gut ist. Und ich muss Ihnen sagen, das ist das Solidaritätsprinzip, das ich wichtig und richtig finde, dass wir ...

Toni Bortoluzzi: Das hat doch nichts mit Solidarität zu tun. Das ist ein Missbrauch der Solidarität.

CG: ... dass wir eine gute medizinische qualitativ hochstehende Versorgung haben in der Schweiz und dass mit der sozialen Krankenversicherung alle Leute in diesem Land versichert sind. Was natürlich auch Solidarität erlaubt zwischen Alten und Jungen, zwischen Kranken und Gesunden. Und das finde ich wesentlich, und wenn Sie sagen, wenn Sie sagen, Herr Bortoluzzi, wir haben eine Überversicherung, der Grundleistungskatalog, da muss man rausstreichen, dann wird das letztlich dazu führen, dass die einen Menschen sich Gesundheit...

2. Dyade-orientierte Paraphrase

Hier ist eine Wiedergabe eines Standpunkts, den wir teilen.

Beispiel aus dem *Zischtigsclub* vom 12.02.02/Thema „Hohe Managerlöhne: Statussymbol, Leistungsanreiz, Abzockerei?“/Zeilen 702-719

Otto Ineichen: Ich glaube, wir müssen mal auf den Ursprung gehen. Woher kommt das alles? Das kommt doch letztlich nur von den Finanzmärkten. Und wir sehen doch heute. Ich habe das 1998 gezeigt. Eine bessere Schweiz ist machbar. Und wir gehen doch heute in eine völlige gefährliche Einbahnstrasse hinein. Die reale Wirtschaft hat de facto gar nichts mehr zu sagen. Sie wird von den Finanzmärkten, wird sie, sei es von Annalisten, da wird ja nur noch kurzfristig gedacht, in Quartalen. Und ich gebe ihnen ein Beispiel: Ein sehr erfolgreicher Manager von den ////. Ihr müsst das Interview lesen. Der sagt doch ganz klar, es braucht nicht... Er jagt die Annalisten zum Teufel. Er schickt sie weg und kommt in einem Jahr. Wir denken in einem langen Zusammenhang. Und solange in vielen börsennotierten Unternehmen nur noch nach dem Börsenindex gefragt wird, das ist das Amen für die. Das ist doch eine so gefährliche Einbahnentwicklung. Siehe Japan. Was ist in Japan passiert. Das führt uns in den Ruin. Es kann nicht so weiter gehen. Nehmen sie das Beispiel der Banken. Vor wenigen Jahren, wechselt von der einen Bank eine Abteilung, weil sie 150 Millionen mehr verdient, die andere Bank stellt sie ein, nur um mehr Wert im Finanzbereich zu haben. Ist denn nur das Geld hin und her schieben. Ist das effektiv ein Mehrwert? Und wenn solche Machenschaften jetzt am Tag sind, wir haben es in Amerika jetzt erlebt, dann ist das für jede Volkswirtschaft und für

die weltweite Volkswirtschaft müssen da Korrekturen eingeführt werden. Ich gebe dir da absolut Recht.

3. Konkurrierende Nebeneinanderstellung

Ich will eine Konzession an deine Position machen, aber auch Teile meines Standpunkts noch mal bekräftigen.

Beispiel aus *Berlin Mitte* vom 25.04.02/Thema „Duelle statt Programme - Wahlkampf in der Medienrepublik“/Zeilen 131-149

Moderatorin (MI): Aber reden Sie erst mal zu Ende.

Guido Westerwelle (GW): Das ist lieb von Ihnen. Danke. Das wird ja nett heute Abend. Aber, mit grossem Ernst gesprochen dabei, es war bisher immer so, in der ganzen Nachkriegsgeschichte, wenn es solche Runden gegeben hat, waren es Runden, an denen alle im Parlament vertretenen Parteien teilnehmen durften. Das jetzt die anderen parlamentarischen Parteien, die eine Konkurrenz sind, ausgesperrt werden sollen, empfinde ich als ungerecht, als eine Verletzung der Chancengleichheit, und deswegen behalte ich mir auch vor, weil wir ein Grundgesetz haben, wo das meiner Meinung nach auch klar geregelt ist, dass das juristisch...

Peter Struck: Es steht im Grundgesetz nicht drin, dass die FDP einen Kanzlerkandidat...

GW: Herr Struck, wir wollen jetzt nicht das anschneiden, sondern...

MI: Also, Herr Westerwelle, wenn Sie dieses Thema anschneiden, dann müssen Sie es auch diskutieren wollen.

GW: Dass uns die grossen Parteien da nicht haben wollen, kann ich schon verstehen. Aber dass wir da auch rein wollen, das könnt ihr doch hoffentlich auch verstehen.

Typ 2: Erhellend (E)

4. Bitte um Rückmeldung

Verstehst du meine Position? Stimmst du ihr zu?

Beispiel aus dem *Zischtigsclub* vom 25.06.02/Thema „Organtransplantation“/Zeilen 850-858

Nicole Jäger: Also, ich habe nur kurz eine Frage an den Herrn Zehnder. Ich arbeite bei der Krankenversicherung und ich sehe, was täglich gezahlt wird. Und das ganze Obligatorium stelle ich sehr in Frage, was alles im Leistungskatalog drin ist. Ich weiss nicht, wie sie das sehen. Aber mit dem Fall, den wir jetzt erlebt haben, ist für mich klar, dass so lebensrettende Massnahmen, wo man so gute Lebenserwartungen hat, nachher, nach kurzer Zeit, dass das in einen Pflichtleistungskatalog hinein gehört. Aber ich, für meinen Teil, finde, es gibt im Gesetz Sachen, die ich nicht ganz verstehe, dass diese in einem Obligatorium sind. Ich weiss nicht, wie Sie das sehen, aber ich denke, wenn man das Obligatorium jedem in der Schweiz, jedem in der Bevölkerung anbietet, da finde ich, das ist ein zu grosses Band.

5. Bitte um Rechtfertigung

Warum sagst du bzw. sagt ihr das?

Beispiel aus dem *Zischtigsclub* vom 23.04.02/Thema: „Michael Schumachers Bauprojekt in Wolfhalden, AR: Pro und Contra“/Zeilen 579-595

Peter Hafner: Aber jetzt möchte ich noch was anderes sagen. Wir müssen jetzt doch endlich an diesem Tisch den gesunden Menschenverstand walten lassen. Ich bin schon manchmal dort oben gewesen, und am Pfingstmontag ging ich dort rauf, bin an den Waldrand gesessen und habe in die Geländekammer hineingeschaut, und habe überlegt, was passiert in dem Guggen-

bühl oben tatsächlich? Was wird da verändert? Es passiert Folgendes: Das Wohnhaus und der Fahrzeugunterstand der Familie Frauenknecht, der soll dem Wohnhaus der Familie Schumacher, das ein grosses, aber trotzdem noch ein heimeliges Appenzellerhaus ist, weichen. Und wenn man ein bisschen in westlicher *Richtung* geht, dann sieht man einen Gaden, in dem die landwirtschaftlichen Geräte eingestellt sind, und an der Stelle dieses Gadens soll ein Gebäudekomplex, bestehend aus einem Reitstall und einer Reithalle hin. Und dann sind dort oben einfach Pferde anstelle von Kühen. Und da muss ich jetzt eine Klammer machen. Frau Schumacher, das weiss ich nun inzwischen, die kommt aus einer Landwirtschaft, und dass sie dort oben Landwirtschaft betreibt. Und es besteht ein ökologisches Gutachten. Und daran messe ich mich, dass dort oben eine ungeheure ökologische Aufwertung passiert. Also, das sind Fakten. Also, jetzt müsst ihr mir einfach mal sagen, was so schlimm ist daran. Ich behaupte einfach, dass es euch um den Namen Schumacher geht und um nichts anderes sonst. Und sonst wird überhaupt nichts geändert! ///

Überschneidung R und E

6. Paraphrase

- a. Ich kann deinen Standpunkt oder deine Argumentation verstehen und wiedergeben.
- b. Ist meine Wiedergabe deiner Argumentation richtig?

Beispiel aus *Arena* vom 07.06.02/Thema: „Wieviel Sicherheit braucht die Schweiz?“/Zeilen 223-226

Urs Leuthard: Also, Arbeitsplatzsicherheit ist für Sie kein Problem?

Philipp Stählin: Nein, nein, aber für die SP ist das offenbar das Einzige und wenn ich richtig zugehört habe beim ersten Satz, ist die Sicherheit eigentlich kein Problem, oder?

Überschneidung R und O

7. Vervollständigung

Ich kann deine nicht beendete Argumentation vervollständigen oder fortführen.

Beispiel aus *Arena* vom 24.05.02/Thema „Rezepte gegen Kostenexplosion im Gesundheitswesen?“/Zeilen 64-78 und 635-638.

Moderator Patrick Rohr: ... angedroht. Was sagen Sie diesen Leuten, die Prämien bezahlen müssen und sagen, aber jetzt muss doch jemand die Notbremse ziehen!

Ruth Dreifuss: Ja, wenn es darum geht, wie man einen Motor gut zum Fahren bringt, dann ist die Notbremse nicht das erste, was man ziehen muss. Zuerst muss man hinter den Motor gehen und schauen, dass er auch gut funktioniert, inklusive mit Öl und so weiter, und die Notbremse heisst ja, würde ja heissen, das System ist bankrott, es läuft nichts mehr, jetzt stoppen wir mal alles und fangen alles von vorne an. Aber die Qualität des Gesundheitswesens, die Qualität von unseren Ärzten, von der Versorgung, eben kaum eine Warteschlange, all das ist zu kostbar, als dass man sagt, wegen eines ungerechten Finanzierungssystems, ich bleibe dabei, es ist nun mal so beschlossen worden, tut man all diese Errungenschaften einfach über Bord werfen. Deswegen gibt es verschiedene Probleme, die angegangen werden müssen, einerseits eben, wie sozial ist die Krankenversicherung und andererseits, wie schafft man die Anreize und, da bin ich sicher einig mit vielen in dieser Arena, welche Anreize brauchen wir, um sorgfältig und verantwortungsbewusst usw. mit dem Gesundheitswesen umzugehen?

(...)

Uma Grob: Ja, zum Beispiel. Und erst wenn man das definiert hat, also das, was Frau Dreifuss gesagt hat, es geht nicht nur drum, ob man Öl ins äh, ins Getriebe des Autos äh quasi

reingiesst, sondern man muss auch entscheiden, welches Auto will man, soll es ein Rolls Royce sein, ein Mercedes, ein VW oder oder ein Velo z.B. , das ist das gleiche Prinzip.

8. Konkurrierende Paraphrase

Hier ist eine Wiedergabe deiner Argumentation, die ein Licht auf deren Schwächen wirft.

Beispiel aus *Arena* vom 17.05.02/Thema „Schwangerschaftsabbrüche legalisieren“/Zeilen 141-147

Monika Dätwyler: Die N; Es ist ja eine Katastrophe, wenn in der Schweiz eine Frau aus einer Notlage heraus ein Kind abtreiben muss. Das kann ich nicht verstehen, Frau Haering. Sie haben das genau richtig beschrieben: Es gibt Drucksituationen, es gibt Armut, es gibt finanzielle Probleme, es gibt Beziehungsprobleme. Wir haben Probleme. Und wollen wir sie mit Gewalt lösen? Sie, Gewalt löst kein einziges Problem. Sondern Gewalt schafft ganz viele neue Probleme. Und jede Abtreibung ist eine Gewalt. Und zu dem sagen wir Nein. Wir wollen Probleme lösen ...

Typ 3: Operational (O)

9. Erklärung

a. Nein, was ich sagen will, ist das Folgende...

b. Ich gebe dir eine Erklärung meines Standpunkts, um dir das Verstehen zu erleichtern.

Beispiel aus *Sabine Christiansen* vom 23.06.02/Thema „Parteien ohne Profil – Wähler ohne Wahl“/Zeilen 1027-1044

Reinhard Bütikofer (RB): Und ich denke in der Tat, die Bemerkung, die er eben gemacht hat, aufschlussreich ist. Ich habe lange Zeit angenommen, die Union wollen einen Wirtschaftswahlkampf führen. Inzwischen glaube ich das nicht mehr so richtig. Inzwischen glaube ich, dass die Union gerade dabei ist, umzuschwenken und einen Ausländerwahlkampf führen will. Aus zwei Gründen scheint mir. Erstens, weil sie merken, dass die Leute im Land merken, dass es wieder aufwärts geht mit der Wirtschaft im Land und dass die Regierung die Sache anpackt. Und zweitens, weil sie gerade diesen rechten Rand bedienen wollen, um den sich Herr Goppel drum rum schlurfen will. Ich glaube nicht, Herr Goppel, das man verbieten müsste jemandem um diese Themen herum zu sprechen.

Thomas Goppel (TG): Aber das tun Sie doch.

RB: Da haben Sie mich auf der falschen Liste.

TG: Sie haben hier heute Abend viermal gesagt...

RB: Ich habe nie gesagt, man solle das nicht diskutieren. Es geht mir darum, wie man es diskutiert. Ob man anständig bleibt oder ob man hetzt. Das ist der Punkt.

10. Konkurrierende Erklärung

Meine Position ist nicht unbedingt so, wie du sie auffasst.

Beispiel aus *Berlin Mitte* vom 06.06.02/Thema „Der kalkulierte Tabubruch – Hat sich die FDP verrechnet?“/Zeilen 157-164 und 180-190

Michel Friedman: Aber ein Problem haben Sie, Herr Gerhardt, er ist der stellvertretende Bundesvorsitzende und nicht ein Hinterbänkler und irgendwann muss man dann doch auch Farbe bekennen und nicht auf zwei Hochzeiten tanzen.

Wolfgang Gerhardt: Herr Friedman, Herr Friedman, ja, es wird auch nicht getanzt und der Kurs der FDP ist klar, das werden Sie auch in dem Gespräch mit ihm und dem Zentralrat der

Juden ganz klar sehen! Im übrigen bin ich hier auch gegen jegliche moralische Überhöhung von Seiten der Grünen. Ich kenne ja aus den Reihen der Grünen die skurrilsten Äusserungen

...

(...)

W.G.: ... und er hat sie anders herbeigeführt. Es gibt andere, die haben sich nie so einer Entscheidung gestellt. Und deshalb verteidige ich jetzt einmal diese FDP aus der Geschichte der Bundesrepublik. Niemand aus der Führung der FDP hat das Verhalten von Herrn Möllemann für richtig gehalten. Wir haben das bedauert. Wir haben eine klare Situation im Bundesvorstand herbeigeführt, bei der er spüren musste, dass wir nicht seiner Auffassung sind. Westerwelle hat jetzt die Entscheidung korrigiert und jetzt wollen wir an der Sache arbeiten und die Brücke zum Zentralrat der Juden bauen. Jeder, der hier in der Runde sitzt, weiss, dass wir keine antisemitische Partei sind, dass wir nicht auf falschem Wege sind und deshalb wehre ich mich jetzt mal ein Stück dagegen, dass hier ein falscher Eindruck entsteht. Es ist eine überzeugte demokratische Partei, die nicht auf Abwegen ist, das muss dann auch mal gesagt werden!

11. Verbesserung/Weiterentwicklung

a. Ich muss meinen Standpunkt oder meine Behauptung als Konzession an deinen Standpunkt/deine Behauptung verbessern (unterordnender Modus).

b. Ich kann meinen Standpunkt ausführen oder näher bestimmen, um ihn gegen deine Kritik zu verteidigen (überordnender Modus).

Beispiel aus dem *Zischtigsclub* vom 12.02.02./Thema „Hohe Managerlöhne: Statussymbol, Leistungsanreiz, Abzockerei?/Zeilen 210- 219

Jürg Baumberger (JB): Ich möchte vielleicht dazu sagen. Meine Philosophie ist, ich darf von niemandem anderem verlangen, dass er ein Opfer bringt, wenn er es nicht freiwillig bringt.

Susanne Leutenegger-Oberholzer: Es geht doch nicht um Opfer.

JB: Doch, denn wenn... Die Leute sagen, ich koste 12,5 Millionen. C'est à prendre ou laissez. Man muss ihn nicht engagieren. Er hat... Und nach meiner Meinung ist das vollkommen in Ordnung. Wenn man sagt, er hätte für weniger, oder er hätte mit einem anderen Plan arbeiten müssen, dann sagt man quasi, dass er hätte ein Opfer bringen müssen, dass er etwas, das er nicht so gut gefunden hätte, akzeptieren hätte müssen.

12. Erweiterung

a. Hier ist ein weiterer Gedanke oder eine Ausführung, die ich im Geiste deines Standpunktes anbiete.

b. Ist das Folgende in deiner Argumentation mitenthalten...?

Beispiel aus dem *Zischtigsclub* vom 23.04.02./Thema „Michael Schumachers Bauprojekt in Wolfhalden, AR: Pro und Contra“/Zeilen 257-263

Peter Hafner.: Ja, wir haben jetzt da bis jetzt die wirtschaftlichen, die volkswirtschaftlichen Interessen gehört. Aber mir liegt noch was ganz anderes daran. Meine Frau und ich, wir laufen schon Jahre lang über den Guggenbühl. Wenn es unten neblig ist, ist es auf dem Guggenbühl meist strahlend schön. Und der Guggenbühl ist ja eigentlich eine ganz schöne Gegend. Aber man hat immer wieder in den Medien veröffentlicht, wie hier oben heile Welt ist. Und wenn man die Ökologie hier oben anschaut, da muss man einfach sagen, das ist absolut ungenügend. Und da verspreche ich mir etwas von der Familie Schumacher.

13. Widerspruch

Es gibt eine logische Unvereinbarkeit in deiner Argumentation.

Beispiel aus *Berlin Mitte* vom 06.06.02/Thema „Der kalkulierte Tabubruch – Hat die FDP sich verrechnet?“/Zeilen 379-402

Fritz Kuhn (FK): Nein, da war keine Klarheit drin. Und jetzt will ich zum Abschluss noch eines sagen. Wenn jemand wie Westerwelle Kanzler werden will, er hat sich mit grosser Mehrheit zum Kanzlerkandidaten ausrufen lassen, dann erwarte ich, dass er solche Missgriffe, solche; ein solches dem Antisemitismus Vorschubleistendes, was Möllemann gemacht hat, dass er das schnell und sofort und klar und eindeutig unterbindet, aber er / wie Sie es selber auch machen.

Wolfgang Gerhardt (WG): / Jetzt mischen Sie mal nicht Ihr politisches Interesse mit der Wahrheit! Er hat reagiert, da können Sie sagen, er hätte fünf Tage früher ...

F.K.: Ja, ja.

W.G.: ... er hat reagiert, Karsli gehört nicht mehr der Fraktion an. Es ist völlig klar, wie er reagiert hat, auch zur Position der FDP. Wissen Sie, wenn wir in die Diskussion einsteigen, dann bitte ohne das Geplänkel nebenbei. Sie wissen so gut wie ich, dass die FDP eine klare Position hat, Sie wissen so gut wie ich, dass ist .../

F.K.: / nicht so klar. Warum habt ihr denn drei Wochen gestritten, wenn diese Position so klar ist?

W.G.: Herr Kuhn, Herr Kuhn die Entscheidung ist sowohl zur Israelpolitik auf dem Parteitag klar gefallen ...

F.K.: Ihr habt abgemessen, ob es Stimmen bringt!

¹⁶14. Destruktive Kritik der Argumentation

a. Deiner Argumentation fehlt eine wichtige Unterscheidung. / Sie enthält eine überflüssige Unterscheidung.

b. Deine Position enthält implizit eine fragwürdige Annahme („Angriff auf die Prämisse“)

c. Deine Argumentation führt nicht notwendigerweise zu deiner Schlussfolgerung./ Sie ist nicht ausreichend gerechtfertigt.

d. Deine Argumentation lässt sich ebenso gut auf die gegenteilige Meinung anwenden.

Beispiel aus dem *Zischtigsclub* vom 23.04.02/Thema „Michael Schumachers Bauprojekt in Wolfhalden AR: Pro und Contra“/Zeilen 325-339.

Ruth Tobler: Also, dem Argument, dass es mehr Steuern geben wird, dem kann ich am meisten abgewinnen. Das ist logisch. Der Herr Schumacher wird das Vielfache von dem verbauten Geld, das er dort oben hat, versteuern, und von dem bekommen die Gemeinde, Bund und Kanton doch einen rechten Teil. Aber, von den anderen, dass es ökologisch eine grosse Aufwertung gibt, dem möchte ich doch ein Fragezeichen hinten hinstellen. Und zudem wird die Familie Schumacher ihr ganzes Grundstück einhagen. Also, dann kannst du, Peter, nicht mehr einfach querbeet laufen wie heute und geniessen, eigentlich schön differenzierte Landschaft. Und wenn man sagt ökologisch aufwerten: Sie wollen ja Pferde züchten. Und sie haben Wiesen, die wahrscheinlich mit Pferden sind. Und wenn man Wiesen anschaut, wo Pferde drin waren, dann weiss jeder Biologe, dass dort nicht mehr eine Vielfalt herrscht. Also da möchte ich auch ein Fragezeichen machen (14b). Und die Aufwertung vom Dorf. Ich bin auch nicht so sicher, das wird eine Zeit lang wahrscheinlich attraktiv sein, wie jetzt schon, den Bauplatz

¹⁶ Sämtliche **kursiv fett gedruckten Wörter und Sätze** wurden dem Manual von Berkowitz und Gibbs (1979) hinzugefügt (Begründung s.o. Kapitel 5.2; 5.4.1).

gehen sie jetzt ja schon anschauen, aber ich denke, der Herr Schumacher wird soviel nicht in Wolfhalden sein, sondern sonst irgendwo in der Welt, also ich denke, das Dorf wird wahrscheinlich direkt nicht sehr viel von ihm haben (14c).

15. Konkurrierende Erweiterung

a. Würdest du deine Argumentation bis zu diesem unplausiblen Extrem treiben?

b. Deine Argumentation kann bis zum folgenden Extrem erweitert werden, dem keiner von uns zustimmen würde...

Beispiel aus *Berlin Mitte* vom 23.05.02/Thema „Protest gegen Bush – Sind die Deutschen undankbar?“/Zeilen 558-596

Benjamin Barber (BB): Keine konkreten äh am, am; ich muss erinnern, am erst hat man gesagt, ja, Afghanistan wird eine Katastrophe sein, absolute Katastrophe, dann ist es nicht; jetzt sagt man, Irak, das wird Katastrophe sein, ich meine, man muss auch ein bisschen Mut haben, wenn man gegen Terror krieg. Und wir sind im Krieg und das vielleicht versteht man nicht so gut hier und Deutschland oder in Europa, das war ein Kriegsangriff gegen das World Trade Center, gegen das Pentagon, nicht nur 3'000 Leute tot, das von New York, das ist das erste Mal in 200 Jahren. Man kann sagen, die sind so unschuldig, die verstehen den Krieg / vielleicht, aber das war für uns den Anfang eines Krieges und wenn wir uns verteidigen möchten und wenn wir bereit sind, auch andere Länder Krieg zu machen; ja, das ist auch wichtig, ich habe auch im Kopf den 2. Weltkrieg, nicht nur den Kalten Krieg, den 2. Weltkrieg, wollen Sie ohne Krieg gegen die Nazis kommen, würden Sie sagen, ja, Krieg, das ist gefährlich, wenn man so macht, so macht man genau wie die Nazis. Das macht man gar nicht. Man musste dann auch Krieg schaffen und machen.

Moderatorin (MI): Frau Meyer, da sind Sie anderer ...

BB: Gegen Terror, gegen Terror / auch Krieg machen.

MI: Gibt es eine Alternative zu einem Krieg gegen einen terroristischen Krieg?

Claudia Meyer (CM): Also, ich frage mich erst mal, wer eigentlich der Kriegsgegner ist, sozusagen, ist das die Liste der Schurkenstaaten oder ist das die Achse des Bösen, gegen wen wird denn da eigentlich ein Krieg geführt? Ähm ...

(schwacher Applaus)

CM: ... die zweite Frage, die da natürlich dranhängt, die der Alternativen, also wir dürfen nicht vergessen, auch als Deutsche dürfen wir nicht vergessen, dass es bundesdeutsche Unternehmen waren, die sozusagen das Zubehör zu den ganzen Waffenproduktionen geliefert haben, also da ist sozusagen auch schon mal ein Kontrollmechanismus. Genauso wie das bei den Terroristen war, wird das beim Irak nicht anders sein, so etwas muss finanziert werden und da sind wir auch gleich schon wieder beim Thema der Kontrolle internationaler Finanzmärkte, der Abschaffung von Steueroasen und einfach äh in dem Sinne Transparenz.

MI: Mhm. Herr Barber.

BB: / warten bis Atomwaffen gegen Washington kommt oder Berlin oder Paris oder London? Vielleicht müssen wir doch was machen. Ich meine, man, man, man; was sind die Alternativen, das muss man auch fragen, nicht.

20. Reflexive Akzeptanz (oder analytische Übereinstimmung)

Ich habe Argumente Deiner Position gewichtet und kann mit ihnen teilweise übereinstimmen.

Beispiel aus der *Arena* vom 07.06.02/Thema „Wieviel Sicherheit braucht die Schweiz?“/Zeilen 911-931 und 951-965

Moderator (UL): Nein, ich möchte schnell zu Herrn Mörgeli gehen. Wie weit müssen sich denn die Leute; oder akzeptieren Sie es überhaupt, dass man Ausländer da haben, die sich anpassen würden oder wie weit äh kommen Sie da entgegen der Frau Wyss?

Christoph Mörgeli: Natürlich, es gibt ja sehr viele Ausländer, die da leben und die für uns und mit uns zusammen arbeiten, wir verdanken den Ausländern viel, das ist ganz unbestritten. Und gerade die Ausländer, welche sich sehr korrekt aufführen, leiden ja vielfach auch unter Landsleuten, die sich eben nicht korrekt aufführen. Und die sagen uns mehr noch als andere, warum macht ihr nichts, warum seid ihr so lasch? Sie können das nicht verstehen, wie man bei uns mit diesen Problemen umgeht. Also die Repression ist ganz sicher auch ein wichtiges Instrument, sonst bringen wir die Kriminalität und gerade die Ausländerkriminalität nie unter Kontrolle.

(...)

UL: Also Autorität heisst auch wirklich, Autorität einsetzen, auch gewisse Repressionen?

Andreas Ladner: Zeigen; also eben Repression; zeigen, dass da Autoritäten vorhanden sind und dass man auch mit diesen Autoritäten sich in einem gewissen Sinn auch in einem gewissen Mass unterziehen. Jetzt eben, es gibt Gründe für diese Zunahme, das muss man sehr detailliert anschauen und ich meine, Sie haben nicht völlig unrecht, es ist natürlich ein Problem, wenn in einem Schulhaus 90, 95% nicht in der Schweiz aufgewachsen sind, die Sprache nicht gut reden und natürlich dann auch relativ unbeaufsichtigt sind. Nur kann man das nicht mit einfachen Massnahmen lösen und man muss auch aufpassen, mit welcher, mit welcher Rhetorik man an das ganze Problem herangeht, oder. Wenn man das jetzt einfach, das ist das Ausländerproblem, Punkt, und jetzt müssen wir da endlich einmal zeigen und Fahne bekennen, dann ist das wahrscheinlich das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. , sondern wir müssen sagen, wir haben ganz punktuelle Probleme in gewisse Bereichen und die verdienen Massnahmen, welche auch Geld kosten. Und dieses Geld muss man zur Verfügung stellen, muss man auch bereit sein, dass man da auch aktiv werden kann.

(Applaus)

NIVEAU II

14. Konstruktive Kritik der Argumentation

e. Ich kann deine Argumentation kritisieren (14a., b., c. oder d.) und einen positiv-konstruktiven Hinweis hinzufügen.

Beispiel aus der *Arena* vom 07.06.02/Thema „Wieviel Sicherheit braucht die Schweiz?“/Zeilen 1518-1531

Andreas Ladner: (...) Und wir können einfach nicht, und ich möchte noch einmal auf die Angst zurück kommen, die da jetzt immer geschürt worden ist, es sind Bilder gezeichnet worden, die falsch sind. Der Schweiz geht es finanziell nicht so schlecht, dass man sich nicht gewisse Massnahmen leisten kann. Wir bezahlen nicht so viele Steuern wie in anderen Ländern

für das, was wir erhalten. Der Anstieg der Staatsquote hat nicht so viel zu bedeuten, man kann das auch ein bisschen anders anschauen. Und was auch nicht stimmt, es ist nicht so dramatisch, was die Angst in der Bevölkerung anbelangt. Weil es ist jetzt immer gesagt worden, die Kriminalität, das ist jetzt wirklich das Problem, das uns auf den Nägeln brennt. Und es gibt ein Angstbarometer, das GFS-Institut macht das jedes Jahr. Das Angstbarometer zeigt den Peak der Angst, den haben wir schon längst überschritten. Es geht wieder zurück. Und man kann nicht einfach immer solche Gefühle in die Welt setzen, am Schluss glauben alle, wir haben ein Riesenproblem. Wir haben ein Problem, das wir sehr, sehr ernst nehmen, da muss man etwas machen, aber es ist nicht so dramatisch, wie jetzt vielleicht heute Abend der Eindruck entstanden ist

(Applaus)

16. Gegen-Überlegung

Hier ist ein Gedanke oder ein Element, der/das in deine Position nicht aufgenommen werden kann.

Beispiel aus dem *Zischtigsclub* vom 12.02.02/Thema „Hohe Managerlöhne: Statussymbol, Leistungsanreiz, Abzockerei?“/Zeilen 483-492.

Björn Johannsson (BJO): Aber Herr Ineichen, in der wirklichen Welt, in der wir leben, nicht in der (von) Zürich, Bern, Genf. Der Jürg Saldo, der sehr erfolgreich die Swisscom führt, wenn er morgen ein Angebot bekommt von Amerika für fünf Millionen Dollar, das kann passieren, und der geht weg...

Ueli Mäder: Aber wissen Sie, diese Welt, das ist jetzt so die grosse, globalisierte Welt, aber irgendwo durch ist das eine sehr kleine, beschränkte Welt. Denn, wenn Sie schauen, aus welchen Kreisen sich die Leute rekrutieren, dann ist es ein sehr enger Kreis.

BJO: Das ist richtig.

17. Vergleichende Kritik

a. Deine Argumentation ist weniger angemessen als meine, weil sie mit dieser wichtigen Überlegung nicht zu vereinbaren ist...

b. Dein Standpunkt macht eine Unterscheidung, die sich im Licht meiner Position als überflüssig erweist. / Dir fehlt eine wichtige Unterscheidung, die meine Position vornimmt.

c. Ich kann dein Beispiel analysieren, um zu zeigen, dass es meinen Standpunkt nicht in Frage stellt (kein Beispiel im Datenmaterial vorhanden)

Beispiel aus der *Arena* vom 14.06.02/Thema „Welche Armee schützt uns am besten?“/Zeilen 543-563.

Moderator (UL): Die Politiker sagen, so und so laufe es. Läuft es Ihrer Meinung nach auch so?

Georg Ober-Kassebaum: Nein, es läuft nicht so. Und die Schlüsse, die gezogen werden, sind besonders eigenartig, finde ich (bezieht sich auf die vorherigen Argumente). Wenn man Terrorismus bekämpfen kann, dann weiss man, dass man den einzelnen Terrorakt nicht bekämpfen kann. Aber man weiss, dass man durch eine Ausbreitung dem Terrorismus vorbeugen kann. Und dafür braucht es Leute, und dafür braucht es viele Leute. Und ich habe kein Verständnis dafür, wenn diese Leute mit dem Begriff Widerstandsarmee, Massenarmee und so weiter lächerlich machen. Und für was ich auch kein Verständnis habe, ist, wenn sie sagen, die bisherige Armee, die Armee '95, hätte dem Terrorismus oder diesen Szenarien nicht begegnet, hätte dem nicht entsprochen. Das Gegenteil ist wahr, und Sie wissen es sehr genau.

Wir haben bis jetzt Territorialfüsiliere gehabt, das ist eine Neueinführung gewesen von der Armee '95, die man mit dem Sicherheitsbericht erkannt hatte, dass das

UL: Das ist das Fussvolk, die Territorialfüsiliere, oder?

OG: Ja, das ist eine spezielle Abteilung der Infanterie, die sich genau mit diesen Szenarien beschäftigen soll. Und was macht man mit der Armee '95? Man schafft genau die ab. Und meint dann, dass man dafür drei Wochen länger ausbildet, und dann seien sie dann auch Territorialfüsiliere. Die schlimmsten Szenarien, wo man unter Beobachtung der Medien ist selbstverständlich, wo man die Zivilbevölkerung gefährdet, wo man also sehr viel Know-how braucht, tun sie jetzt unterbinden, und dann sagen sie noch, wir wollen eine nationale Widerstandsarmee.

18. Gemeinsame Voraussetzungen/Integration

a. Wir können unsere Standpunkte zu einer gemeinsamen Anschauung verbinden.

b. Hier ist eine allgemeine Prämisse, die unser beider Positionen gemeinsam ist.

Beispiel aus der *Arena* vom 14.06.02/Thema „Welche Armee schützt uns am besten?“/Zeilen 578-611

Moderator (UL): Herr Siegrist, der Herr Ober-Kassebaum sagt, es brauche viele Leute, und jetzt geht es wieder in dieselbe Richtung, die jetzige Armee könne sich sehr gut dagegen wehren. Herr Siegrist.

Ulrich Siegrist (US): Man braucht die richtigen Leute mit der richtigen Ausbildung, die zur richtigen Zeit mit der richtigen Bereitschaft zeitgemäss mit einer angemessenen Zahl eingesetzt werden können. Und das ist grundlegend anders, wo man mit möglichst grossen Zahlen eine durchschnittliche oder eher unterdurchschnittliche Bereitschaft einfach auf eine grosse Generalmobilmachung gewartet hat. Wir müssen ganz andere Ansätze finden. Wir müssen mit Modulen, mit unterschiedlichen Bereitschaften anpacken...

UL: Heisst das, dass es die Milizarmee nicht mehr denselben Stellenwert hätte, Herr Siegrist?

US: Nein, das heisst, dass sie noch den grösseren hat. Weil gerade die Milizarmee diese Flexibilität möglich macht. Und das, was der Herr Ober-Kassebaum sagt, ist richtig, und deshalb tun wir ja auch in dieser neuen Armee alle Kampftruppen, also nicht nur die Infanterie, sondern auch die Artillerie und die Panzergrenadiere, tun wir in der sogenannten Schutzfunktion ausbilden, damit die...

UL: Das heisst konkret was?

US: ...damit sie eben die territorialdienlichen Aufgaben zusammen mit der Polizei können lösen, zusammen mit der Kampfausbildung, die sie erhalten. Und wir wollen sie auch sehr gut ausbilden, und deshalb brauchen wir auch eine sehr gute Grundausbildung. Das ist das neue Konzept der Armee und mit dem Konzept will man genau auf die Fragen antworten, die der Herr Schluer gestellt hat, aber immer, wenn man reagieren will, ist der Herr Schluer dagegen. Schau, mein lieber Kollege Ueli Schluer, der Unterschied zwischen dem Bundesrat Ogi und dem Bundesrat Schmid ist natürlich der, dass der Dölf Ogi nach 12 Jahren mal manchmal die Kutteln nicht mehr geputzt hat, und der Sämi Schmid nach zwei Jahren hat immer noch genug Nerven daran zu glauben, dass man irgendwann mal sieht, was der Sinn ist von dieser neuen Armee. Der Sinn ist, genau auf die neuen Fragen zu antworten, und dies immer im Rahmen von einer ganzheitlichen Sicherheitspolitik, wo natürlich auch die zivile Friedenspolitik, Frau Hollenstein, natürlich auch darin vorkommt. Das sind nicht Alternativen, sondern das gehört zusammen.

19. Korrektur / Reparatur

Deine Argumentation benötigt den Gedanken X, um kohärent zu sein.

Kein Beispiel im Datenmaterial vorhanden.

21. Dyadische Kritik der Argumentation

Ich kann unsere geteilte Meinung verbalisieren und sie kritisieren.

Kein Beispiel im Datenmaterial vorhanden.

Aus den Beispielen wird ersichtlich, dass mit mehr als einem Argument von mehr als einer Person operiert werden kann oder nicht nur eine Person angesprochen werden kann, sondern mehrere, die innerhalb der Diskussionsrunde, die selben Argumente geäußert haben. Die Definition des Transakts könnte deshalb von der zweiten Person Singular auf die zweite Person Plural verändert werden.

Nachdem nun ein Eindruck und ausschnittshafte Belege der Auswertung präsentiert worden sind – sämtliche codierten Transkripte befinden sich im Anhang, – geht es in einem nächsten Schritt darum, die empirischen Fragen aus dem Kapitel 6.1 (s.o. Gesamtüberblick) sowie die Forschungshypothesen (s.o. Kapitel 6.2) zu beantworten bzw. zu überprüfen.

6.4.2 Zur Beantwortung der empirischen Fragen**1. Welche Transakte verwenden Politiker überwiegend?**

Bei der Beantwortung dieser Frage erscheint es sinnvoll, die Gruppe der Experten neben die Ergebnisse der Politiker zu setzen, um einen Vergleich zu ermöglichen. Zudem sollen auch Ergebnisse über die beiden Gruppen hinweg präsentiert werden, um einen Gesamtüberblick zu gewinnen. Während der Analyse der empirischen Fragen entstanden zusätzliche Fragestellungen, welche im Kapitel „Explorative Analysen“ (s.u. Kapitel 6.4.4) nachgelesen werden können.

Politiker verwenden im Durchschnitt 3.7 Transakte, Experten 2.4. Bei beiden Gruppen reicht die Spannbreite von 0 bis 9 Transakten.

Am häufigsten, 48-mal, verwenden Politiker den Transakt 2, *Dyade-orientierte Paraphrase*, ein Transakt des ersten Niveaus, nicht-konkurrierender Modus, Typ 1 „Repräsentational“. Politiker verwenden den Transakt 14c, *Destruktive Kritik der Argumentation* mit 29-mal am zweit häufigsten. Dieser Transakt gehört dem ersten Niveau transaktiver Diskussion an, der Modus ist konkurrierend und der Typ ist operational (Typ 3). Am dritthäufigsten wird der Transakt 5, *Bitte um Rechtfertigung* verwendet (21-mal). Dieser Transakt wird dem ersten Niveau transaktiver Diskussion zugeordnet, dem nicht-konkurrierenden Modus, Typ 2 „Erhellend“. Die Transakte 14a und b, welche destruktive Kritik beinhalten, werden 18- und 20-mal

verwendet. Alle drei Transakte des Typs 14 sind vom Typ „Operational“, konkurrierend und Niveau I zugeordnet. Für die feinen Unterschiede zwischen 14a, b und c s.o. Tabelle 19, S. 234. Im Vergleich Verwendung verwenden Experten den Transakt 2 ebenfalls am häufigsten an (28-mal), gefolgt von Transakt 5, *Bitte um Rechtfertigung* (20-mal), den Transakten 14a – c (jeweils 18-mal verwendet) und die Transakte 14c und 12a, *Erweiterung* (17-mal). Transakt 12 gehört zu Niveau I, Modus nicht-konkurrierend und Typ „Operational“.

Die Transakte werden durchschnittlich insgesamt (Politiker und Experten zusammen-gerechnet) 3.03-mal verwendet. Die folgende Tabelle zeigt die Häufigkeit der Verwendung von eins bis neun Transakten beider Gruppen, Politiker und Experten zusammengerechnet.

Tabelle 23: Häufigkeit der Verwendung von 1-9 Transakten

		<i>Häufigkeit</i>	<i>Prozent</i>
<i>Häufigkeit der Ver- wendung von 1-9 Transakten</i>	1.00	35	25.4
	2.00	9	6.5
	3.00	25	18.1
	4.00	20	14.5
	5.00	13	9.4
	6.00	4	2.9
	7.00	9	6.5
	8.00	5	3.6
	9.00	2	1.4

Die Tabelle zeigt: 35-mal wird ein Transakt einmal verwendet, 9-mal werden zwei Transakte, 25-mal 3 Transakte usw. verwendet. Demnach hat die Mehrheit in der Stichprobe einmal einen Transakt verwendet. Am wenigstens werden Transakte, unabhängig von ihrer Kategorie, 9-mal verwendet. Diese Angaben beziehen sich auf die ungewichteten Daten. Wie bereits erwähnt werden diejenigen Transakte gewichtet, welche zu zweit oder zu dritt innerhalb eines Sprechaktes codiert werden können, um die Basisrate (Anzahl Transakte in Bezug zur Anzahl Sprechakten) nicht zu verzerren (s.o. Kapitel 6.3.3). Dieses Mass erhält jedoch erst bei der Berechnung von Signifikanzen eine Wichtigkeit.

16 Personen verwenden 0-mal einen Transakt, darunter drei Politiker, welche in drei verschiedenen Sendungen auftreten (zweimal *Arena*, einmal *Berlin Mitte*). Die nicht-transaktiven Experten verteilen sich über fast alle Sendeformat, ausser dem *Zischigsclub*. Am häufigsten sind sie in der *Arena* vertreten (10-mal).

Tabelle 24: Häufigkeit der Verwendung der einzelnen Transakte

<i>Transakte</i>	<i>Häufigkeit der Verwendung der einzelnen Transakte</i>				
	1	2	3	4	Total
NIVEAU I					
1. Nebeneinanderstellung	7	-	-	-	7
2. Dyade-orientierte Paraphrase	37	15	3	-	76
3. Konkurrierende Nebeneinanderstellung	19	-	-	-	19
4. Bitte um Rückmeldung	3	1	-	-	5
5. Bitte um Rechtfertigung	15	18	1	2	62
6a. Paraphrase	-	-	-	-	0
6b. Paraphrase als Frage formuliert	1	-	-	-	1
7. Vervollständigung	12	-	-	-	12
8. Konkurrierende Paraphrase	1	-	-	-	1
9a. Erklärung: Nein, was ich sagen will ist...	11	1	-	-	13
9b. Erklärung: Ich gebe Dir eine Erklärung meines Standpunktes...	19	3	-	-	25
10. Konkurrierende Erklärung	8	2	1	-	15
11a. Verbesserung/Weiterentwicklung: Unterordnend	0	-	-	-	0
11b. Verbesserung/Weiterentwicklung: Überordnend	18	1	-	-	20
12a. Erweiterung	19	4	1	-	30
12b. Erweiterung als Frage formuliert	0	-	-	-	0
13. Widerspruch	7	1	-	-	9
14a. Destruktive Kritik der Argumentation: fehlende oder überflüssige Unterscheidung	24	6	-	-	36
14b. Destruktive Kritik der Argumentation: fragwürdige Annahme	24	6	1	-	39
14c. Destruktive Kritik der Argumentation: Meinung nicht ausreichend gerechtfertigt	25	10	-	-	45
14d. Destruktive Kritik der Argumentation: Meinung lässt sich auch auf gegenteilig anwenden	-	-	-	-	0
15a. Konkurrierende Erweiterung als Frage formuliert	1	-	-	-	1
15b. Konkurrierende Erweiterung: Erweiterung bis zu einem Extrem dem keiner mehr zustimmt	1	-	-	-	1
20. Reflexive Akzeptanz	1	-	-	-	1
NIVEAU II					
14e. Konstruktive Kritik der Argumentation:	3	-	-	-	3
16. Gegenüberlegung	4	1	-	-	6
17a. Vergleichende Kritik: Unvereinbarkeit mit einer Überlegung	4	-	-	-	4
17b. Vergleichende Kritik: überflüssige oder fehlende Unterscheidung	-	-	-	-	-
17c. Vergleichende Kritik: Analyse eines Beispiels	-	-	-	-	0
18a. Gemeinsame Voraussetzungen/Integration: Verbindung der Standpunkte zu einer Anschauung	4	1	-	-	6
18b. Gemeinsame Voraussetzungen/Integration: allgemeine Prämisse, die für beide Positionen gilt	1	-	-	-	1
19. Korrektur/Reparatur	-	-	-	-	0
21. Dyadische Kritik der Argumentation	-	-	-	-	0

Die Tabelle bezieht sich auf diejenigen Personen, welche mindestens einen Transakt verwendet haben (122 von 138 Personen). Die Häufigkeit der Verwendung nimmt von oben nach unten betrachtet stetig ab. In anderen Worten, je anspruchsvoller der Typ der Transaktion (in dieser Reihenfolge: repräsentational, erhellend, operational, s.o. Tabelle 8) und je höher das Niveau der transaktiven Diskussion (s.o. Kapitel 5.4.2), desto seltener die Verwendung der zugehörigen Transakte.

Die eigens dem Manual von Berkowitz und Gibbs (1979) hinzugefügten Transakte 14e, 19, 20 und 21 bzw. die kursiv und fett gedruckten Transakte in der Tabelle 8 (s.o. 6.3.3.2) werden folgendermassen verwendet: Der Transakt 14e wird im Datensatz insgesamt dreimal verwendet, zweimal von einem Experten und einmal von einem Politiker. Der 19. Transakt wird nicht verwendet. Transakt 20 wird einmal von einem Experten (Person mit dem Code 16), welcher in der *Arena*-Sendung auftritt, angewendet. Transakt 21 kann im vorliegenden Datensatz nicht codiert werden.

1.1 Diskutieren Politiker vorwiegend auf einem Niveau transaktiver Diskussion, auf dem Koordinationsleistungen erbracht werden können (Niveau I) jedoch die Argumente der Diskussionsteilnehmer noch nicht integriert werden (Niveau II)?

Tabelle 25: Häufigkeit der Verwendung von Niveau I- und II-Transakten durch Politiker

N		<i>Niveau I</i>	<i>Niveau II</i>
	N	64	64
	Fehlende Werte	0	0
Mittelwert		3.4	0.16
Standardabweichung		1.97	0.43
Summe		180	10.5

Politiker verwenden Transakte, welche dem Niveau I transaktiver Diskussion (Koordination bzw. Berücksichtigung von eigenen und anderen Argumenten) zugehören, mit einem Durchschnitt von 3.4. Transakte des zweiten Niveaus (Integration bzw. Analyse von eigenen und anderen Argumenten) werden mit einem Mittelwert von 0.16 angewendet. Hinsichtlich der Verwendung der Transakte, zum einen auf Niveau I und zum anderen auf Niveau II, zeigen sich die in der Tabelle und Histogrammen dargestellten Unterschiede.

Politiker verwenden insgesamt 180-mal Transakte des ersten Niveaus und 10.5-mal Transakte des zweiten Niveaus. Zur Erinnerung: Im Auswertungsmanual (s.o. 6.3.3.2, Messinstrument zur Codierung der Transaktivität der politischen Diskussion) wird ersichtlich, dass mehr als doppelt so viele Transakte des ersten Niveaus (24) vorliegen als Transakte des zweiten Niveaus (9). Mit den beiden Histogrammen können die Ergebnisse zur empirischen Frage 1.1 auf einen Blick erfasst werden: Abbildung 4 zeigt, dass Niveau I-Transakte zu ca. 25% auf 3-mal verwendet werden, und zu ca. 20% 4-mal.

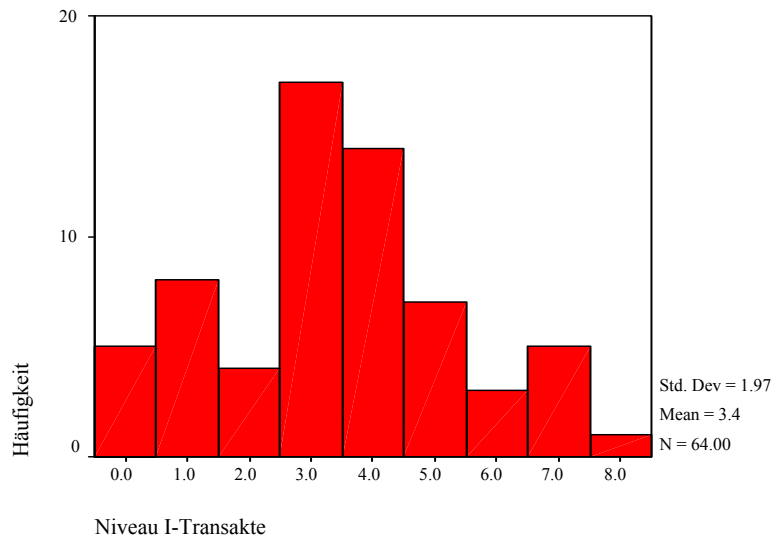


Abbildung 4: Häufigkeit der Verwendung von Niveau I-Transakten (Politiker)

Niveau II-Transakte werden von Politikern grossenteils nicht verwendet (zu knapp 90% werden Niveau II-Transakte nicht verwendet)

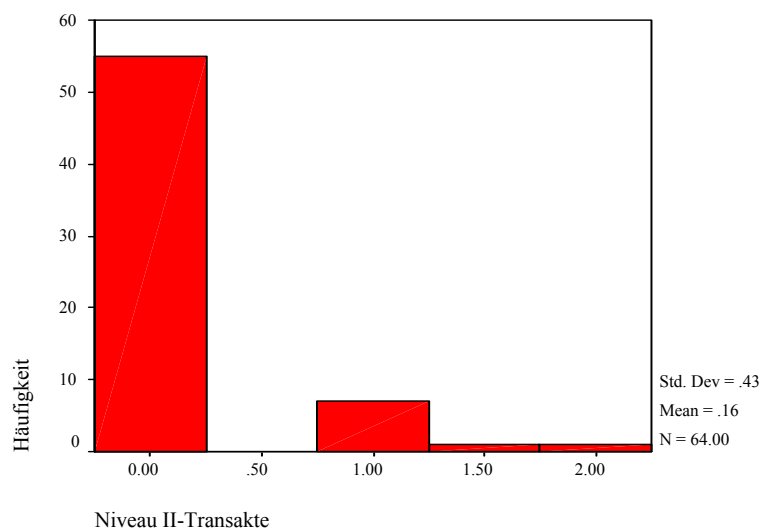


Abbildung 5: Häufigkeit der Verwendung von Niveau II-Transakten (Politiker)

Der Vergleich zwischen Politikern und Experten findet unter der empirischen Frage 3.3 (s.u.) statt. Der Vergleich zwischen schweizerischen und deutschen Politikern findet im Kapitel über explorative Analysen, Frage 1 statt (s.u. Kapitel 6.4.4).

1.2 Diskutieren Politiker vorwiegend konkurrierend oder nicht-konkurrierend?

Konkurrierende und nicht-konkurrierende Transakte werden mit einer ähnlichen Häufigkeit verwendet: Transakte des ersten Modus 112-mal und Transakte des zweiten Modus 128-mal.

Tabelle 26: Häufigkeit der Verwendung der Modi „konkurrierend“ und „nicht-konkurrierend“ (Politiker)

	<i>N</i>	<i>Minimum</i>	<i>Maximum</i>	<i>Mittelwert</i>	<i>Standardabweichung</i>
Konkurrierender Modus	65	0	6	1.7	1.31
Nicht-Konkurrierender Modus	65	0	5	1.9	1.37

Transakte beider Modi werden im Durchschnitt ebenfalls ähnlich häufig verwendet (1.72 für den konkurrierenden Modus und 1.9 beim nicht-konkurrierenden Modus). Konkurrierende Transakte werden zwischen 0- und 6-mal verwendet und nicht-konkurrierende Transakte zwischen 0- und 5-mal. Auch im Auswertungsmanual (s.o. 6.3.3.2 Messinstrument zur Codierung der Transaktivität der politischen Diskussion) kommen Transakte des konkurrierenden Modus in fast gleicher Häufigkeit vor (16-mal) wie Transakte des nicht-konkurrierenden Modus (17-mal). Die folgenden Abbildungen veranschaulichen die Ergebnisse.

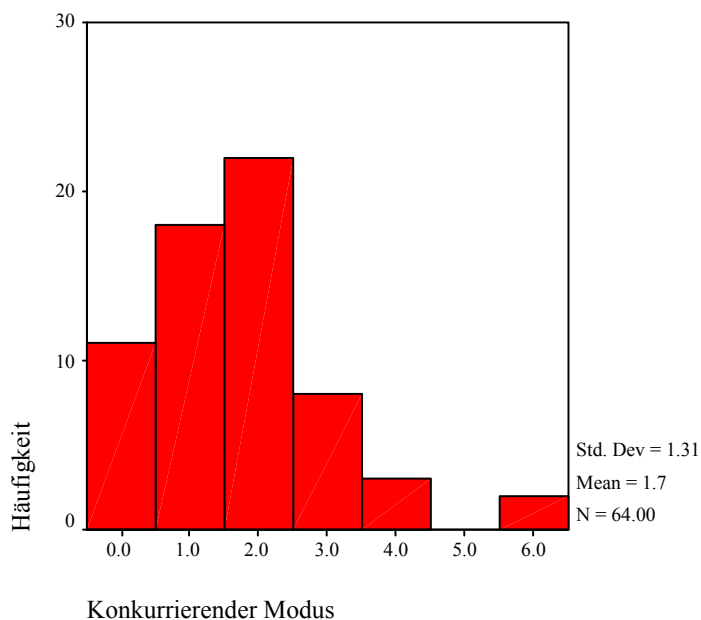


Abbildung 6: Häufigkeit der Verwendung von Transakten des konkurrierenden Modus` (Politiker)

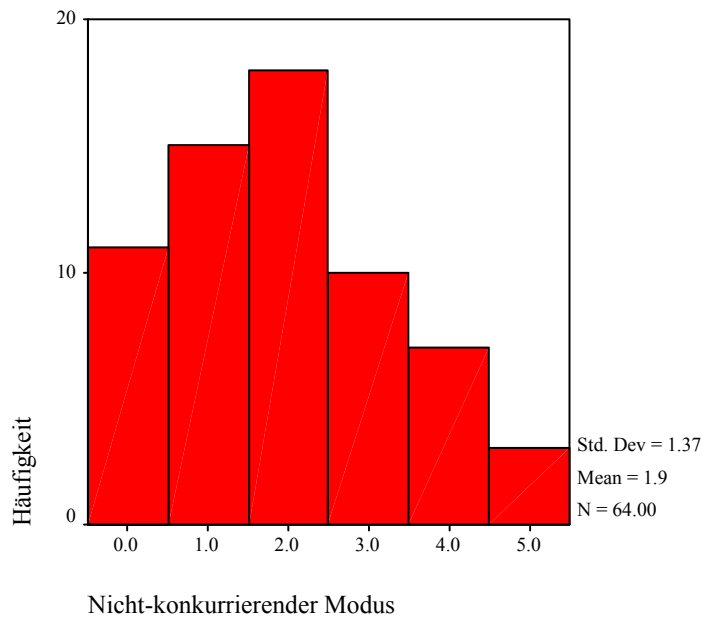


Abbildung 7: Häufigkeit der Verwendung von Transakten des nicht-konkurrierenden Modus` (Politiker)

Der Vergleich zwischen Politikern und Experten findet unter der Frage 4 statt (s.u.).

2 Beinhaltet der politische Diskurs eine besondere Kombination von Transakten?

Eine hierarchische Clusteranalyse zeigt keine Kombination von Transakten, weder im Diskurs von Politikern noch in dem der Experten. Bei der Analyse zeigt sich ein Cluster über alle Transakte hinweg.

3 Welche Unterschiede bestehen zwischen dem transaktiven Diskussionsverhalten von Politikern und Experten in Bezug auf...

3.1 die Anzahl verwendeter Transakte (s.u. Hypothese H 1)

3.2 die Häufigkeit operationaler Transakte (s.u. Hypothese H 2)

3.3 das Niveau transaktiver Diskussion

Politiker verwenden Niveau I-Transakte (Koordination bzw. Berücksichtigung von eigenen und anderen Argumenten) mit einem Mittelwert von 3.4, Experten mit einem Mittelwert von 2.2. Niveau II-Transakte (Integration bzw. Analyse von eigenen und anderen Argumenten) werden von Politikern im Durchschnitt 0.2-mal verwendet und von Experten 0.13-mal. Die Verwendung von Niveau II-Transakten ist in der Häufigkeit bei Politikern und Experten etwa gleich.

Wird ein einfacher Chi-Quadrat Test (Fisher's Exact Test, two-sided) durchgeführt, kann betreffend der niveaubezogenen Verwendung der Transakte durch Politiker und Experten ein signifikanter Unterschied auf Niveau I ($\alpha = 0.001$), nicht aber auf Niveau II gezeigt werden. Dieses statistische Verfahren bezieht jedoch nicht die Basisrate (missed_p) mit ein, welche im Kapitel 6.3.3.3 Abhängige und unabhängige Masse (s.o.) erklärt wird. Das heisst, kurz ausgedrückt, es wird noch nicht berücksichtigt, dass Politiker auch mehr sprechen und es deshalb auch mehr Möglichkeiten gibt, transaktiv zu diskutieren.

Ein T-Test (für unabhängige Stichproben), welcher die entsprechenden abhängigen Variablen (transniv1 und 2) miteinbezieht, zeigt folgendes Ergebnis: $[t(136) = -0.47, \text{n.s.}]$ für Niveau I-Transakte und $[t(126) = -0.189, \text{n.s.}]$ für Niveau II-Transakte.

Tabelle 27: Häufigkeit (%) der Verwendung von Niveau I- und II-Transakten (Politiker und Experten)

	<i>Politiker/Experten</i>	<i>N</i>	<i>Mittelwert</i>	<i>Standard-abweichung</i>
Niveau I	Politiker	64	16.7	13
	Experten	74	16.8	15
Niveau II	Politiker	64	1.2	3.7
	Experten	74	1.4	5.3

Die Tabelle zeigt, dass bei der Einbeziehung eines integrierten Masses Niveau I-Transakte von Politikern und Experten im Durchschnitt mit ca. 17% verwendet werden und Niveau II-Transakte ca. mit einem Prozent. Die Mittelwerte sind nicht mehr die gleichen, da in den Variablen transniv 1 und 2 im Nenner mitgerechnet wird, wie oft eine Chance zur Transaktivität genutzt und nicht genutzt wird.

Die folgende Abbildung veranschaulicht das Ergebnis der empirischen Frage 3.3.

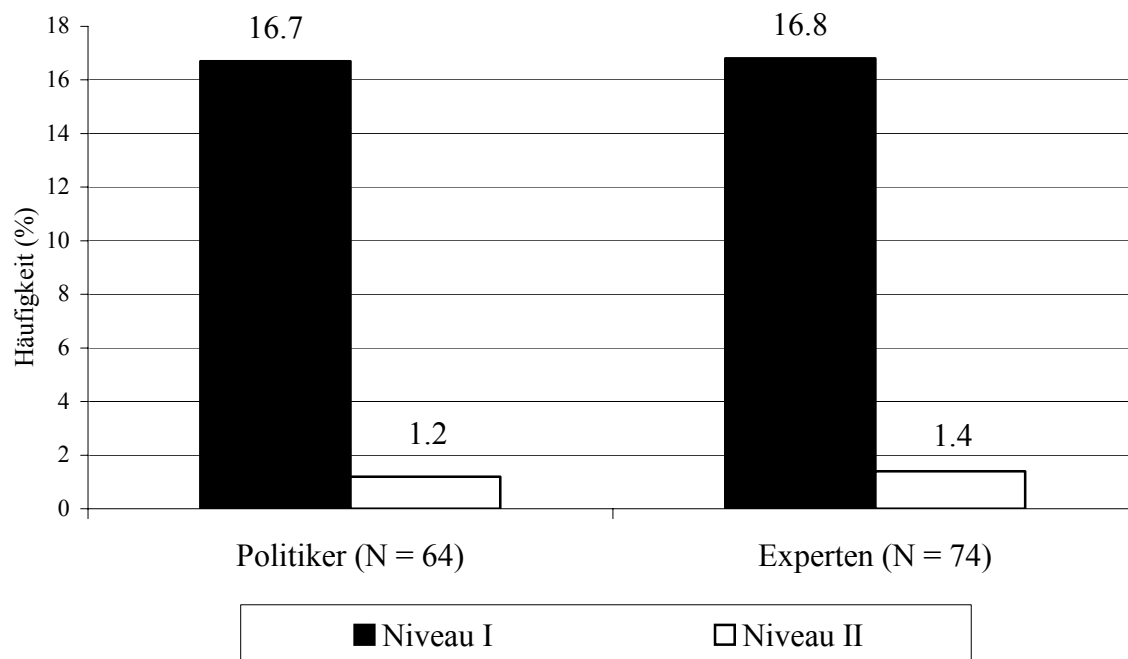


Abbildung 8: Transaktivität auf Niveau I und II von Politikern und Experten

Der Ländervergleich findet im Kapitel 6.4.4, Explorative Analysen, Frage 1 (s.u.) statt.

3.4 Welche Unterschiede bestehen zwischen der Häufigkeit, mit der konkurrierende und nicht-konkurrierende Transakte von Politikern und Experten verwendet werden (s.u. H 5)?

4 Wie schneiden die einzelnen Sendeformate (*Arena*, *Zischtigsclub*, *Sabine Christiansen* und *Berlin Mitte*) bzgl. folgender Kriterien ab?

4.1 Anzahl Transakte

Wird eine Varianzanalyse (One-Way ANOVA) mit Kontrasten gerechnet, so kann festgestellt werden, dass ein signifikanter Unterschied zwischen den Sendeformaten der Schweiz und derjenigen Deutschlands ($\alpha = 0.001$) besteht. Da zwischen den Sendeformaten der Schweiz keine Unterschiede vorliegen und bei den deutschen ebenfalls nicht, können einfachere Analyseverfahren als die der Varianzanalyse verwendet werden. Es hat sich gezeigt, dass die Unterscheidung zwischen den beiden Ländern wichtiger ist als die Unterscheidung zwischen den Sendeformaten. Die Ergebnisse sehen folgendermassen aus.

Tabelle 28: Ausmass an Transaktivität (ungewichtete und gewichtete Mittelwerte) innerhalb der Sendeformate

<i>Sendeformate</i>	<i>Anzahl Personen</i>	<i>Mittelwert für Transaktivität (ungewichtet)</i>	<i>Prozentualer Anteil an Transaktivität (gewichteter Mittelwert)</i>
Arena	54	2.3	20
Zischtigsclub	30	3.9	22.5
Berlin Mitte	25	2.96	10.8
Sabine Christiansen	29	2.7	15.8

Die Tabelle zeigt, dass im Sendeformat der Schweiz, dem *Zischtigsclub*, am meisten transaktiv diskutiert wird. An zweiter Stelle steht das ebenfalls schweizerische Format *Arena*, wenn berücksichtigt wird, dass die eingeladenen Gäste in Diskussionssendungen unterschiedlich häufig sprechen und Sprechakte nicht für das Eingehen auf die Argumente anderer nutzen. Das heisst, die rechte Spalte enthält das präziser gewichtete Mass und wird deshalb berücksichtigt. Die deutschen Sendeformate weisen im nationalen Vergleich eine grössere Differenz hinsichtlich des prozentualen Anteils an Transaktivität auf als der Vergleich der beiden Schweizerischen Sendungen ergibt. Das Format *Berlin Mitte* schneidet am schlechtesten ab.

4.2 Niveau

Tabelle 29: Häufigkeit (%) der Verwendung von Niveau I- und II-Transakten innerhalb der Sendeformate

<i>Sendeformate</i>	<i>Niveau I</i>	<i>Niveau II</i>
Arena	17.9	2.1
Zischtigsclub	21.5	1.0
Berlin Mitte	10.4	0.4
Sabine Christiansen	14.9	0.9

Hinsichtlich des prozentualen Anteils der gewichteten Mittelwerte an Transaktivität auf den beiden Niveaus transaktiver Diskussion, schneiden die Sendeformate der Schweiz deutlich besser ab. Niveau I-Transakte (Koordination bzw. Berücksichtigung von eigenen und anderen Argumenten) werden am häufigsten im *Zischtigsclub* verwendet und Niveau II-Transakte (Integration bzw. Analyse von eigenen und anderen Argumenten) in der *Arena*. Das deutsche Format *Berlin Mitte* steht bei beiden Vergleichen an letzter Stelle.

4.3 Transakttyp

Tabelle 30: Häufigkeit (%) der Verwendung der Transakttypen innerhalb der Sendeformate

<i>Sendeformate</i>	<i>Typ 1: Repräsentational</i>	<i>Typ 2: Erhellend</i>	<i>Typ 3: Operational</i>
Arena	7.1	1.3	11.6
Zischtigsclub	5.0	2.2	15.4
Berlin Mitte	2.7	2.1	6.0
Sabine Christiansen	6.9	1.0	7.9

Im schweizerischen Sendeformat des *Zischtigsclubs* werden im Vergleich zu den drei anderen Sendeformaten durchschnittlich am häufigsten erhellende und operationale Transakte verwendet (Tabelle 19 auf S. 234 zeigt, welche Transakte welchem Typ zugeteilt sind). In der *Arena* und bei *Sabine Christiansen* werden im Vergleich zu den beiden anderen Sendungen am häufigsten repräsentationale verwendet. Die Tabelle zeigt zudem, dass bei allen vier Sendeformaten operationale Transakte am häufigsten verwendet werden. An zweiter Stelle kommen die repräsentationalen, dann die erhellenden. Zur Erinnerung: Im Kategoriensystem auf

der bereits betrachteten Tabelle zählen zu den erhellenden Transakten 5 Transakte, zu den erhellenden 3 und zu den operationalen 25 (die hybriden Transakte werden, wie bereits erwähnt, gleichmässig auf die Haupttypen aufgeteilt).

4.4 Vergleich konkurrierender und nicht-konkurrierender Transakte

Tabelle 31: Häufigkeit (%) der Verwendung der beiden Modi transaktiver Diskussion innerhalb der Sendeformate

<i>Sendeformat</i>	<i>Konkurrierender Modus</i>	<i>Nicht-konkurrierender Modus</i>
Arena	9.2	10.8
Zischtigsclub	10.5	12.1
Berlin Mitte	5.3	5.5
Sabine Christiansen	6.1	9.7

Im *Zischtigsclub* werden im Vergleich zu den anderen drei Sendeformaten durchschnittlich am häufigsten Transakte des konkurrierenden und des nicht-konkurrierenden Modus verwendet. Bei *Berlin Mitte* werden am wenigsten häufig Transakte beider Modi verwendet. Im Mittelfeld schneidet die *Arena* besser ab als *Sabine Christiansen*. Insgesamt werden dem konkurrierenden Modus 16 Transakte und dem nicht-konkurrierenden Modus 17 Transakte zugeordnet. Wieder zeigt die Tabelle 19 auf S. 234 die Einteilung der Transakte. Zur Aufgliederung der einzelnen Sendungen s.u. 6.4.4, Explorative Analysen, Frage 7.

5 Wie viel Prozent repräsentationale, erhellende und operationale Transakte werden insgesamt verwendet?

Diese Berechnung bezieht sich auf die gewichteten Transakte. Zur Erinnerung: Falls mehrere Transakte innerhalb eines Sprechaktes vorkommen, werden Transakte für mathematisch exaktere Berechnungen gewichtet. Dies macht auch hinsichtlich der Vergleichbarkeit mit früheren Studien von z.B. Berkowitz Sinn, da dort ein Transakt pro Sprechakt codiert wird.

Tabelle 32: Häufigkeit (%) der Verwendung der Transakttypen

	<i>Repräsentational (Typ 1)</i>	<i>Erhellend (Typ 2)</i>	<i>Operational (Typ 3)</i>
Mittelwert	5.8	1.6	10.6
Minimum	0	0	0
Maximum	50	20	67

Die Tabelle zeigt, dass operationale Transakte mit durchschnittlich 10.6% am meisten verwendet werden. Der repräsentationale Typ wird mit 5.8% steht hinsichtlich der Häufigkeit seiner Verwendung an zweiter Stelle. Der erhellende Transakttyp wird mit einem Mittelwert von 1.6% am wenigsten verwendet.

5.1 je nach Sendungstyp (s.o. Frage 4.3)

5.2 je nach Sendung und diskutiertem Thema

Intra-Sendungsvergleich

Wird zunächst einmal nur die Verwendung des ersten Typs transaktiver Diskussion betrachtet (repräsentational), so fällt auf, dass dieser in der Sendung *Sabine Christiansen* zum Thema „Gradmesser Fussball – ist Deutschland besser als wir dachten?“ durchschnittlich am häufigsten verwendet wird (13.4%). Innerhalb dieses Sendeformats kommen in der Sendung „Tabubrüche: Der Fall Möllemann – Wie viel Provokation verträgt die Demokratie?“ Typ 1-Transakte am wenigsten häufig vor. Über alle Sendungen hinweg betrachtet, folgt an zweiter Stelle die *Arena* zum Thema „Rezepte gegen Kostenexplosion im Gesundheitswesen?“ (11,6%). Innerhalb der *Arena* werden bei der Sendung „Wieviel Sicherheit braucht die Schweiz?“ am wenigstens häufig Typ 1-Transakte verwendet. Beim *Zischtigsclub* werden mit einem Anteil von 7.5% in der Sendung zum Thema „Zur Antisemitismus-Debatte und zur Kritik an Israel, Sharon und jüdischen Personen“ am meisten Typ 1-Transakte verwendet; die

Sendung „Schumachers Bauprojekt in Wolfhalden AR: Pro und Contra“ beinhaltet mit 1.3% am wenigsten. Bei *Berlin Mitte* reicht die Spannweite nur von 0.9% (Sendung „Der Nitrofen-Skandal“) bis zu einem Maximum von 4.7% (Sendung „Duelle statt Programme – Wahlkampf in der Medienrepublik“).

Wird nun der durchschnittliche Verwendung von Typ 2 „Erhellend“ betrachtet, so ist der Wert in der *Arena*-Sendung zum Thema „Schwangerschaftsabbrüche legalisieren?“ mit 3.4% am höchsten und in der Sendung „Rezepte gegen Kostenexplosion im Gesundheitswesen?“ mit 0.2% am niedrigsten. Beim *Zischtagsclub* erreicht die Sendung über „Schumachers Bauprojekt in Wolfhalden AR: Pro und Contra“ einen Höchstwert mit 2.9% und den niedrigsten bei der Sendung „Fremdsprachige Kinder in Schweizer Schulen: Störfaktor oder Chance?“ einen Niedrigstwert von 1.2%. Die Sendung „Der kalkulierte Tabubruch – Hat die FDP sich verrechnet?“ von *Berlin Mitte* schneidet mit 3.0% am besten ab; die Sendung „Duelle statt Programme – Wahlkampf in der Medienrepublik“ schneidet mit 1.2% Transaktivität bezogen auf Typ 2-Transakte am schlechtesten ab. Bei *Sabine Christiansen* werden in der Sendung „Ein bisschen Aufschwung für Schröder – Zu spät(h) für Schröder?“ mit 3.2% am meisten Typ 2-Transakte verwendet; in den Sendungen „Schule in Not – Sind unsere Kinder noch zu retten?“, „Parteien ohne Profil – Wähler ohne Wahl?“ und „Gradmesser Fussball: Ist Deutschland besser als wir dachten?“ mit 0% am schlechtesten.

Der dritte Typ „Operational“ wird in der *Arena*-Sendung „Welche Armee schützt uns am besten?“ am häufigsten verwendet (19.6%). Dies nicht nur im Intra-Sendungsvergleich, sondern auch im Inter-Sendungsvergleich (s.u. Tabelle). Die schlechtesten Werte bei sämtlichen Sendungen der *Arena* bekommt die Sendung „Rezepte gegen Kostenexplosion im Gesundheitswesen?“. Beim *Zischtagsclub* schneidet die Sendung „Hohe Managerlöhne: Statussymbol, Leistungsanreiz oder Abzockerei?“ mit 18.2% am besten ab; die Sendung „Fremdsprachige Kinder in Schweizer Schulen: Störfaktor oder Chance?“ am schlechtesten (8.9%). Die Sendung „Protest gegen Bush – Sind die Deutschen undankbar?“ bei *Berlin Mitte* hat den höchsten Anteil an Typ 3-Transakten (8.5%); die Sendung „Duelle statt Programme – Wahlkampf in der Medienrepublik“ den niedrigsten (3.6%). Bei *Sabine Christiansen* schneidet die Sendung „Schule in Not – Sind unsere Kinder noch zu retten?“ am schlechtesten ab (4.6%) und die Sendung „Parteien ohne Profil – Wähler ohne Wahl“ (9.6%) am besten.

Intra-Sendungsvergleich

Tabelle 33: Sendungen mit höchstem und niedrigstem Anteil an Transaktivität geordnet nach Typ transaktiver Diskussion

	<i>Typ 1: Repräsentational</i>	<i>Typ 2: Erhellend</i>	<i>Typ 3: Operational</i>
„Beste“ Sendung“	<i>Sabine Christiansen</i> „Gradmesser Fussball: Ist Deutschland besser als wir dachten?“ (13.4%)	<i>Arena</i> „Schwangerschaftsabbrüche legalisieren?“ (3.4%)	<i>Arena</i> „Welche Armee schützt uns am besten?“ (19.6%)
„Schlechteste“ Sendung	<i>Berlin Mitte</i> „Nitrofen-Skandal“ (0.9%)	Drei Sendungen bei <i>Sabine Christiansen</i> mit 0% (s.o.)	<i>Arena</i> „Rezepte gegen Kostenexplosion im Gesundheitswesen?“ (3.0%)“

Die Prozentangaben in der Tabelle stellen Mittelwerte dar. Es wird für jeden Typ transaktiver Diskussion aufgezeigt, welche Sendung über alle Sendungen hinweg jeweils am besten und am schlechtesten abgeschnitten hat.

5.3 Vergleich Politiker und Nicht-Politiker (s.u. Hypothese 2)**6. Wie viele Transakte werden allgemein verwendet?**

Der Anteil an Transaktivität über alle Sendungen hinweg beträgt 13.4%, wenn die Basisrate der Berechnung sämtliche Sprechakte (3115) beinhaltet. Dies liegt im Rahmen der erwähnten Untersuchungen im Kapitel 5 im Normalbereich (mehr dazu im Kapitel 7, Interpretation der Ergebnisse, s.u.). Politiker verwenden insgesamt 1892 Sprechakt, Experten 1223. Der Anteil an Transaktivität beträgt für Politiker 12.6% und für Experten 14.6%.

Es werden insgesamt 418 Transakte von Politikern und Experten verwendet. Davon können 239 für die Politiker codiert werden und 179 für die Experten. Mit einem Transaktivitätsanteil von 43% unterscheiden sich die Experten kaum von den Politikern, die einen Transaktivitätsanteil von 57.2% haben. Wie steht das in Relation zur Anzahl Sprechakte, in denen ein Transakt möglich war? Wird der Tatsache Rechnung getragen, dass in manchen Sprechakten keine Chance auf einen Transakt bestanden hat (Definition s.o. 6.3.3.1 Qualitative Auswertung der Daten) und dieser Betrag von der Variable „Sprechakte pro Person“ abgezogen, so steigt der prozentuale Anteil an Transaktivität um ca. 4-5% auf 17.9% für Politiker und 18.1% für Ex-

perten. Die entsprechenden statistischen Berechnungen von signifikanten Unterschieden können im Kapitel 6.4.3 (s.u.) nachgelesen werden, wenn es um die Überprüfung der ersten Hypothese H1 geht. Der Ländervergleich findet im Rahmen der Hypothese H4 statt.

7. Wie schneiden die einzelnen Parteien ab?

Tabelle 34: Parteien- und Ländervergleich hinsichtlich ihrer Transaktverwendung

		<i>Mittelwert der verwendeten Transakte (%)</i>
Parteien der Schweiz	CVP	21.8
	SP	28.6
	FDP	34.4
	SVP	16.1
	Grüne	13.9
Parteien Deutschlands	FDP	11.4
	CDU	16.9
	Bündnis 90/ Die Grünen	11.9
	SPD	14.9
	PDS	10.9
	CSU	6.1

Die Tabelle zeigt die führende Position der FDP-Partei der Schweiz, was den durchschnittlichen Anteil an Transaktivität über alle Situationen hinweg betrifft. Die SP liegt an zweiter Stelle mit 28.6%. Die deutschen Parteien schneiden deutlich schlechter ab. Die deutsche CDU bringt mit 16.9 % den Höchstwert. Die „schlechteste“ Partei der Schweiz weist einen Anteil von 13.9% auf (Partei der Grünen), bei den Deutschen wird der „schlechteste“ Wert, 6.1%, von der CSU erzielt. Insgesamt haben die Schweizer Parteien einen Transaktivitätsanteil von 23% und die Deutschen einen von 12%.

Wie bereits erwähnt, liegt in der vorliegenden Untersuchung ein Ländereffekt vor. Dies konnte bereits mit einer anfänglichen Varianzanalyse gezeigt werden. Ein Mittelwertvergleich von mehr als zwei unabhängigen Stichproben (One-way ANOVA) zeigt, es liegen keine homogenen Gruppen vor. Das Ergebnis ist nicht signifikant ($p > 0.05$). Post hoc Teste können nicht durchgeführt werden, da in einigen Fällen die Zellenbesetzung unter dem Wert 2 liegt.

Es könnte noch interessant sein, die Mittelwerte der Verwendung von operationalen (Typ 3), konkurrierenden und nicht-konkurrierende Transakten zu betrachten sowie den Anteil an Transaktivität jeweils auf den beiden Niveaus.

Tabelle 35: Parteien und ihre durchschnittliche Häufigkeit (%) der Transaktverwendung, bezogen auf Typ 3, die Modi und Niveaus transaktiver Diskussion

		<i>Typ 3: Operational</i>	<i>Konkurrierender Modus</i>	<i>Nicht- konkurrierender Modus</i>	<i>Niveau I</i>	<i>Niveau II</i>
<i>Parteien der Schweiz</i>	CVP	16.3	8.4	13.4	18.9	2.9
	SP	20.6	15.3	13.3	25.5	3.1
	FDP	21.7	13.8	20.7	34.4	0
	SVP	8.7	7.3	8.8	13.9	2.2
	Grüne	9.9	6.9	7.0	13.8	0
<i>Parteien Deutschlands</i>	FDP	6.4	8.4	3.0	11.4	0
	CDU	6.2	5.5	11.4	16.9	0
	Bündnis 90/ Die Grünen	6.4	5.3	6.6	11.9	0
	SPD	6.9	6.1	8.8	14.2	0.7
	PDS	9.6	5.8	5.1	10.9	0
	CSU	6.1	2.7	3.4	3.6	2.6

Wie aus der Tabelle ersichtlich wird, schneiden die Schweizer Parteien deutlich besser ab. Sie haben in allen Sparten die höheren Werte. Der dritte Typ transaktiver Diskussion „Operational“ wird von der FDP der Schweiz im Vergleich zu allen anderen Parteien durchschnittlich am häufigsten verwendet (21.7%). Die SP verwendet die meisten Transakte des konkurrierenden Modus (15.3%), die CSU hat in beiden Kategorien den niedrigsten Wert. Dasselbe gilt für die Kategorie der Transakte des nicht-konkurrierenden Modus und der Niveau I-Transakte (Koordination bzw. Berücksichtigung von eigenen und anderen Argumenten). Nicht-konkurrierende Transakte werden von der schweizerischen FDP am häufigsten verwendet (20.7%). Niveau II-Transakte (Integration bzw. Analyse von eigenen und anderen Argumenten) werden im Allgemeinen nicht häufig verwendet. Der Höchstwert kommt der SP zu. Die FDP und die Grünen der Schweiz, die deutschen Parteien FDP, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und die PDS erreichen 0% an Transaktivität auf Niveau II. Hier wird lediglich die Verwendung von Typ 3-Transakten aufgeführt, da diese insgesamt weitaus häufiger verwendet werden im Vergleich zu Typ 2 und 1 (s.o. Tabelle 32, S. 269). Es werden nur Typ 3-Transakte signifikant häufiger verwendet ($p < 0.05$). Ein Scheffé-Test lässt darauf schliessen, dass sich die Parteien SP und CDU und SP und SPD signifikant hinsichtlich der Verwendung von operationalen Transakten unterscheiden. Bei den anderen Parteien, wo bei einem ersten Blick auf die Daten ein signifikanter Unterschied angenommen werden kann, ist die Zellenbesetzung zu klein.

8. Liegen Geschlechterunterschiede hinsichtlich der Verwendung bestimmter Transakte vor?

8.1 Anzahl

Es liegen keine signifikanten Unterschiede zwischen den Geschlechtern hinsichtlich der Häufigkeit der Verwendung von Transakten vor. Die 41 Frauen der Stichprobe verwenden im Durchschnitt 17.7% Transakte; die 97 Männern 18.4% Transakte. Der T-Test für unabhängige Stichproben ergibt: $[t(136) = -0.147, \text{n.s.}]$.

8.2 Niveau

Hinsichtlich der beiden Niveaus transaktiver Diskussion (s.o. Tabelle 11, S. 98) sieht die Verteilung folgendermassen aus: Beide Geschlechter verwenden Transakte des ersten und des zweiten Niveaus etwa gleich häufig bzw. gleich selten, $[t(136) = -0.012, \text{n.s.}]$. Die Verwendung von Niveau I-Transakten ist bei beiden mit 16.7% identisch. Niveau II-Transakte werden vom männlichen Teil der Stichprobe durchschnittlich mit 1.0% verwendet und vom weiblichen Teil der Stichprobe mit 1.4%.

8.3 Typ

Wird der Transaktivitätsanteil der Verwendung von unterschiedlichen Transakttypen betrachtet, so fällt auf, dass lediglich Typ 2-Transakte, welche zur Kategorie „Erhellend“ gehören, signifikante Unterschiede in ihrer Verwendung aufweisen. Frauen verwenden diese hoch signifikant häufiger: $[t(136) = 2.257, p < 0.001]$. Die durchschnittliche Häufigkeit der Verwendung beträgt für die Frauen 2.6% und für die Männer 1.1%. Typ 1-Transakte (repräsentationale) und Typ 3-Transakte (operationale) werden von beiden Geschlechtern etwa gleich häufig verwendet. Operationale Transakte werden von den Geschlechtern doppelt so häufig (ca. 11%) verwendet wie repräsentationale.

8.4 Modus

Transakte des konkurrierenden und des nicht-konkurrierenden Modus werden von den Geschlechtern etwa gleich häufig verwendet: $[t(136) = 0.123, \text{n.s.}]$. Beim konkurrierenden Modus kommt eine durchschnittliche Verwendung von rund 8% zustande, beim nicht-

konkurrierenden Modus, eine durchschnittliche Häufigkeit zwischen 9.4% und 10.1%. Frauen verwenden in der vorliegenden Stichprobe geringfügig weniger nicht-konkurrierende Transakte als Männer.

6.4.3 Zur Überprüfung der Hypothesen

Hypothese 1

Politiker diskutieren im Vergleich zu Experten weniger häufig transaktiv.

Politiker verwenden im Durchschnitt 17.9% Transakte, Experten 18.1%. Dieser Unterschied ist nicht signifikant: $[t(136) = -0.098, \text{n.s.}]$. **Die erste Hypothese muss verworfen werden.** Abbildung 9 verdeutlicht das Ergebnis.

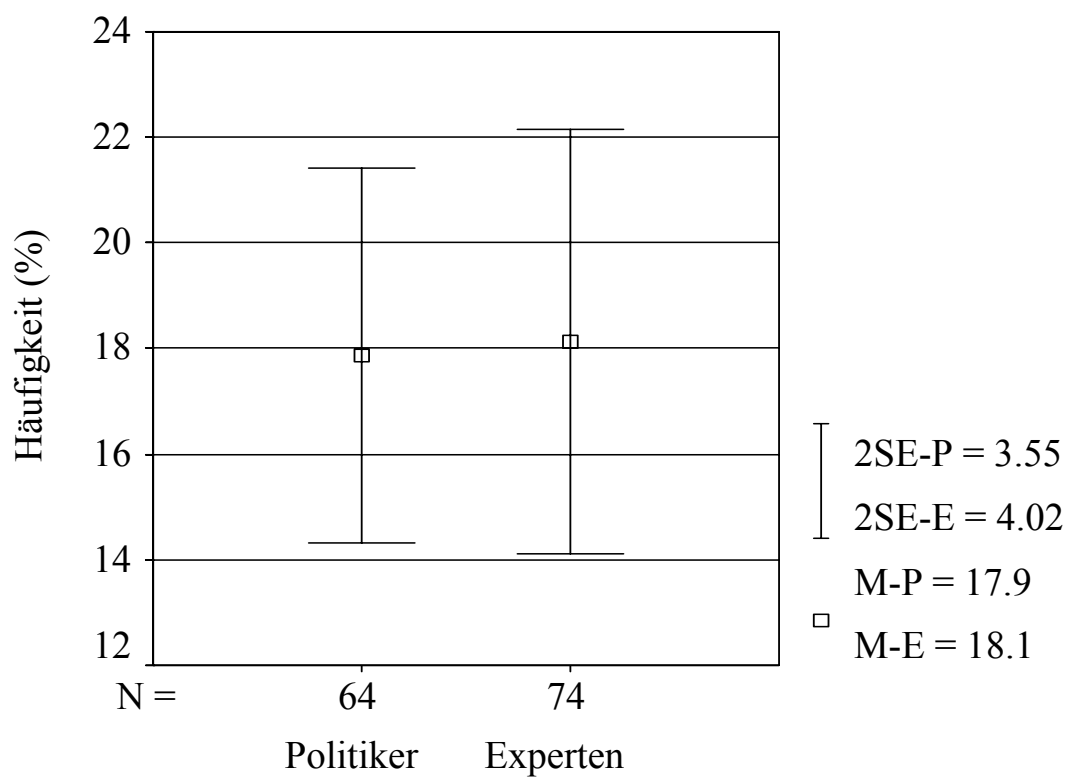


Abbildung 9: Transaktivität der Politiker im Vergleich zu den Experten

Hypothese 2

Politiker verwenden im Vergleich zu Experten weniger häufig operationale Transakte.

Politiker verwenden operationale Transakte mit einem Mittelwert von 10.9% und Experten mit einem Mittelwert von 10.4%. Demnach verwenden Politiker etwas häufiger operationale Transakte. Das Ergebnis ist nicht signifikant, [$t(136) = 0.259$, n.s.]. **Die zweite Hypothese muss verworfen werden.** Betreffend der zweiten Hypothese und den beiden folgenden (3.1 und 3.2) wird auf eine graphische Darstellung verzichtet, da diese der Abbildung 9 ähneln.

Hypothese 3.1

Politiker verwenden im Vergleich zu Experten mehr Transakte der Kategoriengruppe „konkurrierend“.

Hypothese 3.2

Politiker verwenden im Vergleich zu Experten weniger Transakte der Kategoriengruppe „nicht-konkurrierend“.

Der durchschnittliche Transaktivität in der Kategorie „konkurrierende Transakte“ beträgt für Politiker 8.14% und für Experten 8.13%. Der T-Test zeigt in der Gruppe der konkurrierenden Transakte, [$t(136) = 0.009$, n.s.]. **Die Hypothese 3.1 gilt als falsifiziert.**

Nicht-konkurrierende Transakte werden von Politikern im Durchschnitt mit 9.72% verwendet und von Experten mit 10.0%. Der T-Test ergibt kein signifikantes Ergebnis: [$t(136) = -0.152$, n.s.]. **Die Hypothese 3.2 gilt als falsifiziert.**

Hypothese 4

Politiker der Schweiz verwenden mehr Transakte als Politiker der BRD.

Politiker der Schweiz (N=31) verwenden im Durchschnitt 23.01% Transakte. Deutsche Politiker (N=33) erreichen einen Wert von 13.03%. Die Hypothese ist mit $[t(42.454) = 2.923, p < 0.05]$ signifikant. **Die Hypothese gilt als verifiziert.**

Abbildung 10 verdeutlicht das Ergebnis:

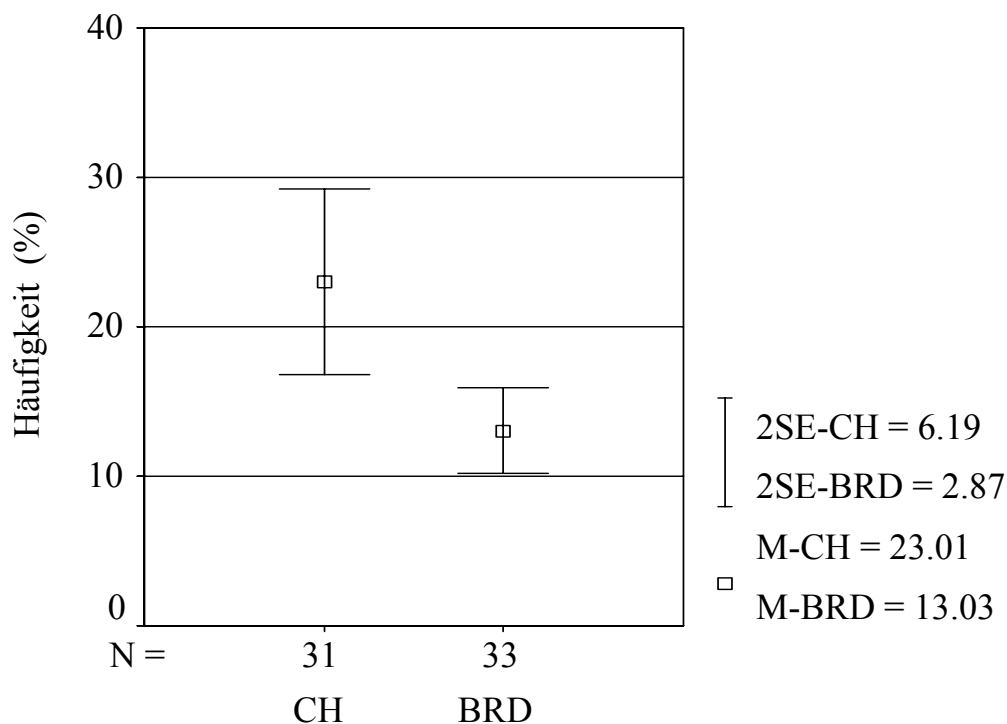


Abbildung 10: Transaktivität der Politiker der Schweiz und der BRD

Die folgende Abbildung 11 zeigt drei Extrem-Fälle (die ID kann in der Tabelle 14, S. 214 nachgesehen werden), deren Exklusion das Ergebnis nicht nennenswert verändert. Der prozentuale Anteil an Transaktivität in der schweizerischen Stichprobe zeigt eine Spannweite von 0-80% und in der deutschen Stichprobe von 0-39%.

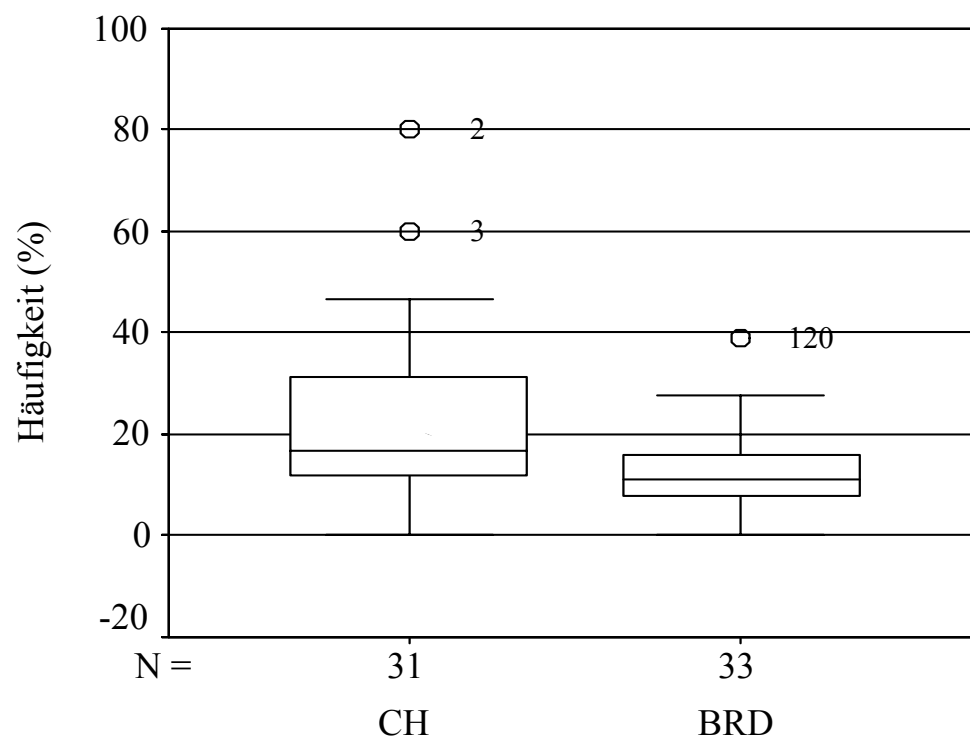


Abbildung 11: Transaktivität der Politiker der Schweiz und der BRD

Hypothese 5

Politiker der Schweiz verwenden mehr operationale Transakte als Politiker der BRD.

Politiker der Schweiz verwenden signifikant häufiger operationale Transakte als Politiker der BRD. Der T-Test ergibt $[t(37.183) = 3.404, p < 0.05]$. **Die Hypothese gilt als verifiziert.**

Die Abbildung verdeutlicht das Ergebnis: 15.3% der Transakte, welche Politiker der Schweiz durchschnittlich verwenden, gehören dem operationalen Typ an. Bei den deutschen Politikern liegt dieser Wert bei 6.7%.

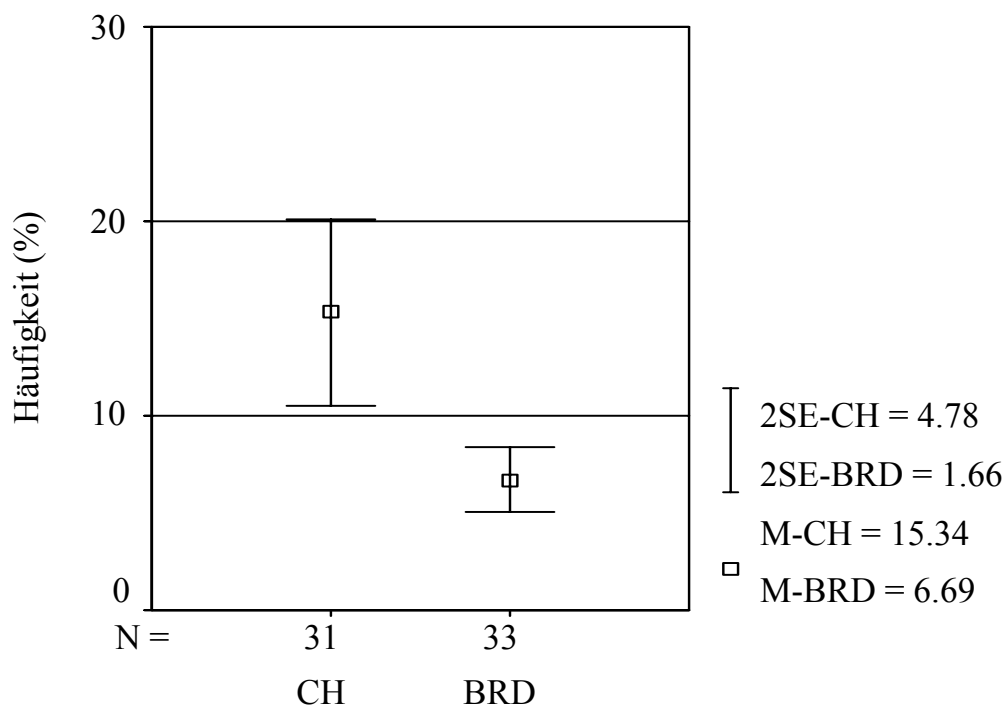


Abbildung 12: Operationale Transaktivität der Politiker der Schweiz und der BRD

Hypothese 6

Schweizerische Politiker verwenden häufiger nicht-konkurrierende Transakte als deutsche Politiker.

Politiker aus der Schweiz verwenden im Durchschnitt 12.21% Transakte des nicht-konkurrierenden Modus. Deutsche Politiker erreichen in dieser Sparte einen Wert von 7.39%. Der Unterschied ist signifikant. Der T-Test ergibt, $[t(47.401) = 2.116, p < 0.05]$. **Die Hypothese kann angenommen werden.** Die folgende Abbildung visualisiert das Ergebnis.

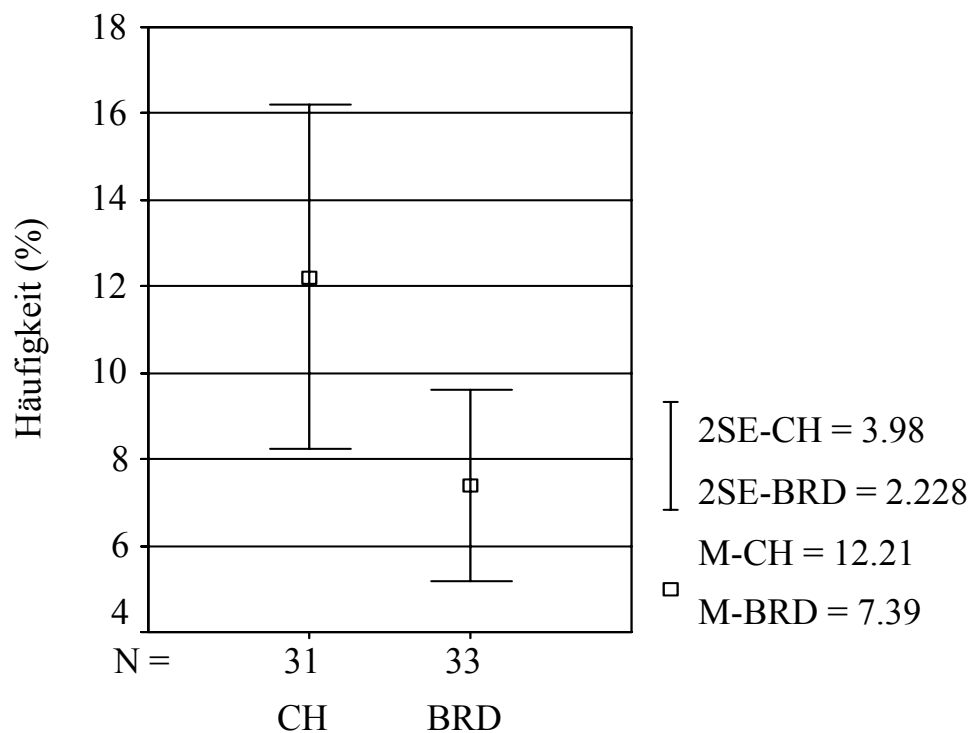


Abbildung 13: Nicht-konkurrierende Transaktivität bei Politikern der Schweiz und der BRD

6.4.4 Explorative Analysen

1. Welcher Unterschied besteht hinsichtlich der Verwendung von Niveau I-Transakten und Niveau II-Transakten: Werden Schweizer und Deutsche Politiker miteinander verglichen (Anschluss an Frage 1.1)?

Tabelle 36: Vergleich der Verwendung von Niveau I- und II-Transakten von Politikern der Schweiz und der BRD.

	<i>Land</i>	<i>N</i>	<i>Mittelwert (%)</i>
Niveau I	Schweiz	31	20.9
	Deutschland	33	12.6
Niveau II	Schweiz	31	2.1
	Deutschland	33	0.4

Die Tabelle zeigt: Politiker der Schweiz verwenden im Durchschnitt 20.9% Transakte des **Niveau I** (Koordination bzw. Berücksichtigung von eigenen und anderen Argumenten) und Politiker aus Deutschland 12.6%. **Das Ergebnis ist signifikant:** [t (45.554) = 2.597, $p < 0.05$]. Für **Niveau II**-Transakte (Integration bzw. Analyse von eigenen und anderen Argumenten) ist **das Ergebnis nicht signifikant:** [t (34.806) = 1.753, n.s.]. Die folgende Abbildung zeigt die Häufigkeiten mit der jeweils Niveau I- und II-Transakte von Politikern der Schweiz und Deutschlands durchschnittlich verwendet werden.

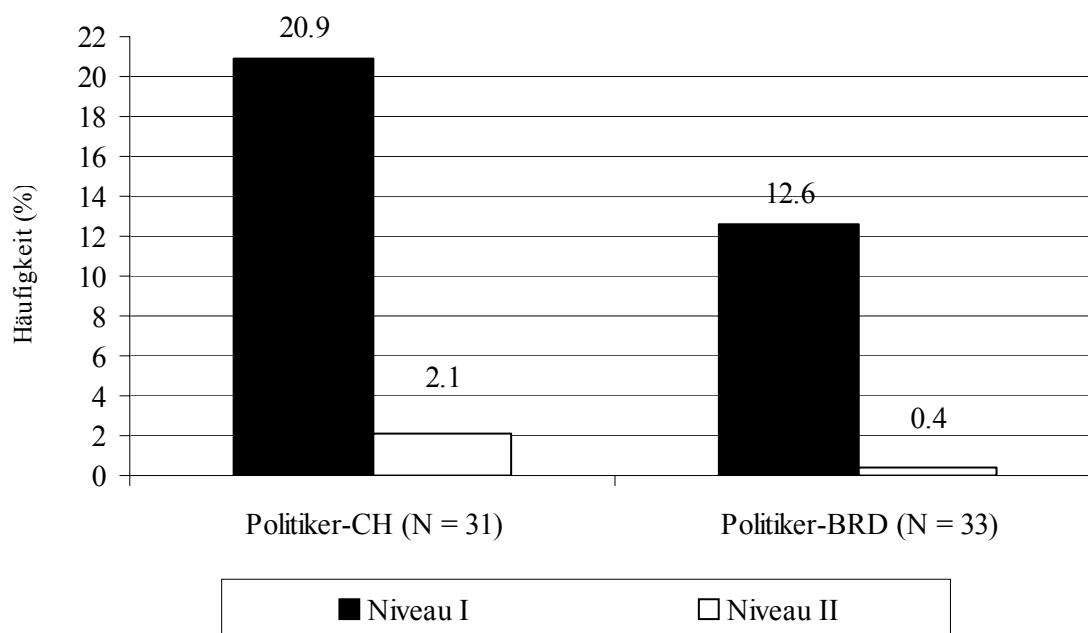


Abbildung 14: Transaktivität auf Niveau I und II der Politiker der Schweiz und der BRD

2. Verwenden Politiker im Vergleich zu Experten die Transakttypen „Repräsentational“ und „Erhellend“ unterschiedlich (Anschluss an H2)?

Tabelle 37: Häufigkeit (%) der Verwendung von Typ 1- und 2-Transakten durch Politiker und Experten

	<i>Politiker/Experten</i>	<i>N</i>	<i>Mittelwert (%)</i>
<i>Typ 1: Repräsentational</i>	Politiker	64	5.6
	Experten	74	6.0
<i>Typ : Erhellend</i>	Politiker	64	3.3
	Experten	74	4.0

Die Unterschiede zwischen der Verwendung erhellender und repräsentationaler Transakte durch Politiker und Experten ist gering. Der T-Test ergibt für *Typ 1-Transakte keine Signifikanz*: [$t(136) = -0.274$, n.s.]. Betreffend der Verwendung des zweiten Typs transaktiver Diskussion, der *erhellenden Transakte*, unterscheiden sich Politiker ebenfalls *nicht signifikant* von den Experten: [$t(136) = -0.495$, n.s.].

3. Liegen signifikante Unterschiede betreffend der Verwendung der Transakttypen 1 und 2 bei Politikern aus der Schweiz und Deutschland vor (Anschluss an H 5)?

Hinsichtlich der Verwendung von Transakten des Typs 1 „repräsentational“ und des Typs 2 „erhellend“ liegen *keine signifikanten Unterschiede* vor, wird nur die Gruppe der Politiker der beiden Länder betrachtet. Für Typ 1-Transakte lautet das Ergebnis [$t(62) = 0.658$, n.s.] und für Typ 2-Transakte [$t(62) = 0.261$, n.s.].

4. Verwenden Politiker aus Deutschland häufiger Transakte des Modus „konkurrierend“ als Politiker aus der Schweiz (Anschluss an H 6)?

Das Gegenteil trifft zu. Politiker der Schweiz verwenden signifikant häufiger Transakte des Modus „konkurrierend“ als Politiker Deutschlands, [$t(37.507) = 2.485$, $p < 0.05$].

5. Verwenden diejenigen Personen, welche häufig unterbrochen werden, mehr konkurrierende Transakte als Personen, die weniger häufiger unterbrochen werden?

Eine One-Way ANOVA Analyse ergibt einen *nicht signifikanten Zusammenhang* (bei $p = 0.714$), wenn für die Anzahl abgebrochener Sprechakte lediglich diejenigen gerechnet werden, bei denen keine Möglichkeit besteht, einen Transakt zu platzieren. Auch wenn die Anzahl aller abgebrochener Sprechakte insgesamt berechnet wird, so ist das Resultat nicht signifikant ($p = 0.892$). Bei beiden Berechnungen können keine Post hoc-Berechnungen durchgeführt werden, da in einigen Fällen die Zellenbesetzung einen kleineren Wert als 5 besitzt.

6. Hängt das Ausmass an Unterbrechungen mit der Anzahl verwendeter Transakte und dem Niveau der transaktiven Diskussion zusammen?

Nein, die Anzahl Unterbrechungen hängt nicht mit dem Ausmass an konkurrierenden Transakten zusammen ($p = 0.948$). Dasselbe gilt für die Anzahl der Verwendung für Niveau I- und II-Transakte ($p = 0.956$ und 0.975).

7. In welchen Sendungen werden am meisten konkurrierende und nicht-konkurrierende Transakte verwendet (Anschluss an Frage 4.4)? Wo wird am meisten unterbrochen?

Tabelle 38: Häufigkeit (%) der Verwendung konkurrierender und nicht-konkurrierender Transakte sowie Anzahl Unterbrechungen für jede Sendung

<i>Sendungen geordnet nach Sendeformaten</i>	<i>Konkurrierende Transakte¹⁷</i>	<i>Nicht-konkurrierende Transakte</i>	<i>Anzahl Unterbrechungen</i>
<i>Arena</i>			
Schwangerschaftsabbrüche legalisieren?	12,31¹⁸	12.64	0.69
Rezepte gegen Kostenexplosion im Gesundheitswesen	1.96	12.82	1.79
Wie viel Sicherheit braucht die Schweiz?	3.58	12.77	3.43
Welche Armee schützt uns am besten?	16.43	10.66	3.20
Sammelklage Südafrika	12.21	4.25	1.10
<i>Zischigsclub</i>			
Hohe Managerlöhne: Statussymbol, Leistungsanreiz, Abzockerei?	12.16	13.49	3.33
Schumachers Bauprojekt in Wolfhalden, AR: Pro – Contra	13.39	6.08	2.17
Fremdsprachige Kinder in Schweizer Schulen: Störfaktor oder Chance?	4.33	8.86	6.83
Antisemitismus-Debatte	15.14	17.66	1.50
Organtransplantation	7.29	14.15	0.67
<i>Berlin Mitte</i>			
Duelle statt Programme – Wahlkampf in der Medienrepublik.	4.13	5.28	6.20
Protest gegen Bush – Sind die Deutschen undankbar?	9.50	3.90	5.80
Der kalkulierte Tabubruch – Hat die FDP sich verrechnet?	6.45	5.63	8.00
Der Nitrofen-Skandal – Wie sicher sind unsere Lebensmittel?	3.32	6.33	3.60
Auf den letzten Drücker – Was bringen wirklich neue Jobs?	3.30	6.26	5.20

¹⁷ Der Wert der hier für die Anzahl konkurrierender und nicht-konkurrierender Transakte angegeben wird, stellt einen Mittelwert dar, der in Prozent dargestellt wird.

¹⁸ Einige Zahlen werden deshalb fett gedruckt, da im Anschluss an die Tabelle auf sie verwiesen wird.

<i>Sabine Christiansen</i>			
Wirtschaftsstandort Deutschland: Ein bisschen Aufschwung für Schröder – Zu spät(h) für Schröder?	6.77	9.03	11.00
Tabubrüche: Der „Fall Möllemann“ – Wie viel Provokation verträgt die Demokratie?	5.77	5.46	4.50
Schule in Not – Sind unsere Kinder noch zu retten?	9.58	10.53	4.57
Parteien ohne Profil – Wähler ohne Wahl?	2.93	6.19	1.67
Gradmesser Fussball: Ist Deutschland besser als wir dachten?	5.01	17.01	3.17

In der *Arena*-Sendung „Welche Armee schützt uns am besten?“ werden die meisten konkurrierenden Transakte verwendet. Rund 16% aller codierten Sprechakte sind konkurrierend. Am wenigsten, mit durchschnittlich 1.96%, kommen konkurrierende Transakte in der *Arena*-Sendung „Rezepte gegen Kostenexplosion im Gesundheitswesen“ vor. Die meisten nicht-konkurrierenden Transakte kommen in der *Zischtigclub*-Sendung „Antisemitismus-Debatte“ vor (18%). Die wenigsten werden für die Sendung „Protest gegen Bush – Sind die Deutschen undankbar?“ bei *Berlin Mitte* codiert (4%). In der *Arena*-Sendung „Schwangerschaftsabbrüche legalisieren?“ und in der *Zischtigclub*-Sendung „Organtransplantation“ werden die wenigsten Sprechakte der Diskutierenden unterbrochen. Die meisten Unterbrechungen finden bei *Sabine Christiansen* in der Sendung „Wirtschaftsstandort Deutschland: Ein bisschen Aufschwung für Schröder – Zu spät(h) für Schröder?“ statt. Wie bereits erwähnt, gibt es keinen Zusammenhang zwischen dem Ausmass an Transaktivität und der Anzahl Unterbrechungen.

Welche Bedeutung dem hier dargestellten Ergebnis im Zusammenhang mit dem Theorieteil der vorliegenden Arbeit und in Bezug auf einen weiteren Kontext zukommt, wird im anschliessenden Kapitel zu diskutieren sein.

7 INTERPRETATION, KRITIK UND AUSBLICK

7.1 Zur Sprechaktivität und dem Ausmass an transaktiver Diskussion

Warum Politiker mehr sprechen, jedoch weniger transaktiv sind als Experten

Politiker sprechen mit 44% aller gesprochenen bzw. im Transkript abgetippten Zeilen knapp 10% mehr als die Experten (35%). Das Ergebnis ist hoch signifikant. Wird nicht die Anzahl gesprochener Zeilen, sondern die Anzahl Sprechakte betrachtet, so kann festgestellt werden, dass Politiker signifikant häufiger zu Wort kommen als Experten, jedoch dabei nicht transaktiv sind (s.o. Kapitel 6.4.3, Hypothese 1). Das Ausmass transaktiver Diskussion ist bei Experten etwas höher als bei den Politikern (0.3%). Es scheint so, als wenn Politiker, die zu politischen TV-Diskussionssendungen eingeladen werden, mehr Sprechraum beanspruchen können oder ihnen dies ermöglicht wird, sei es vonseiten der Moderatoren oder auch von Experten. Dies hängt sicherlich mit dem Bekanntheitsgrad der Politiker zusammen, jedoch auch mit der Tatsache, dass die Zuschauer von den für politische Prozesse und Entscheidungen Verantwortlichen eine Erklärung und Informationen hören wollen. Zudem müssen die Medienverantwortlichen die Politiker in den Vordergrund stellen, damit sie mit ihnen gewisse Einschaltquoten erreichen. Wie im Kapitel 2 (s.o.) erläutert wird, muss auch der Politiker das Medium Fernsehen nutzen, um sich gewinnbringend zu präsentieren bzw. um potentielle Wählerstimmen einzufangen. Politiker und Medien stehen in einem symbiotischen Verhältnis: Die Politiker brauchen die Medien, um im Gespräch der Leute zu bleiben und die Medien brauchen den Auftritt der Politiker, um im Konkurrenzkampf bestehen zu können. Im selben zweiten Kapitel wird auch erwähnt, dass zwischen den Medienverantwortlichen der einzelnen Sender Deutschlands und der Schweiz auf nationaler und internationaler Ebene ein Konkurrenzkampf besteht, welcher dazu geführt hat, dass die Unterhaltungsdimension sich vor der derjenige Information gedrängt hat.

Experten verfügen meist über spezielles Wissen zu dem Thema, welches in der politische TV-Sendung zur Diskussion steht. Sie beleuchten das Thema aus einem Funktionsbereich heraus, der primär nicht-politische ausgeprägt ist. Experten sprechen vermutlich deshalb weniger, weil die meisten den Auftritt innerhalb der Medien weniger gewöhnt sind als die Politiker. Bemerkenswert ist, dass, wenn die Experten sprechen, diese öfter als die Politiker Bezug auf das Gesagte nehmen. Des Weiteren wird davon ausgegangen, dass die Gäste einer politischen Diskussionssendung anhand bestimmter Kriterien eingeladen werden: Entweder sie stehen mit

einem aktuellen Thema aus dem Bereich der Politik direkt oder indirekt in Zusammenhang (Politiker) oder sie wissen einiges über das zu diskutierende Thema (Experten). Nur derjenige Experte, von dem auch angenommen wird, er könne den Sachverhalt überblicken, einzelne Aspekte vernetzen und diskutieren, sollte nach rein objektiven Kriterien, zur Sendung eingeladen werden. Das bedeutet, der Experte müsste die Fähigkeit mitbringen, die es für die transaktive Diskussion braucht (wie der Politiker theoretisch auch) und es wird vermutlich vom Experten erwartet, dass er diese Fähigkeiten anwendet (vom Politiker möglicherweise nicht). Als Letztes soll angemerkt werden, dass der Experte sich in einem wichtigen Punkt vom Politiker unterscheidet – er muss nicht um Stimmen kämpfen. Dies könnte ihm ermöglichen, mehr auf die Diskussionskultur i.S.v. Vernetzung der Argumente zu achten als der Politiker. Die Zustimmung oder Ablehnung durch die Öffentlichkeit steht beim Experten meist nicht in Zusammenhang mit dem Grad des beruflichen Erfolges. Der Experte beweist sich zum Beispiel als Wirtschaftler, als Forscher oder als Verleger (s.o. Kapitel 6.3.2.5, Tabelle 7). Er unterliegt womöglich weniger den paradoxen Anforderungen, einerseits zu unterhalten, sich selbst zu offenbaren und andererseits gleichzeitig Wissen und/oder Informationen weiterzugeben (vgl. Dörner 2001).

Überflüssige Unterscheidung der beiden Gruppen?

Ein anderer Gedankengang zur Interpretation der Ergebnisse der ersten Hypothese „Politiker und Experten diskutieren beinahe gleich häufig transaktiv“ und der zweiten Hypothese „Politiker und Experten verwenden im fast gleichen Ausmass Transakte des operationalen Typs transaktiver Diskussion“ beinhaltet die Behauptung, es mache keinen Sinn, die Gruppe der Politiker mit der Gruppe der Experten hinsichtlich ihrer Fähigkeiten, auf die Argumente der Gegenüber einzugehen, zu vergleichen, da beide diese Fähigkeit, vom entwicklungspsychologischen Standpunkt aus betrachtet, mitbringen und umsetzen könnten. Wie in den Kapiteln 5.1.2.1 und 5.3.1.4 dargestellt wurde, beinhaltet das formal-operatorische Denken, welches ab dem Jugendalter möglich ist (ausgeglichener Entwicklungsstand mit 14, 15 Jahren), die Fähigkeit „den Standpunkt des Gegners zu eigen zu machen (ohne im notwendigerweise Glauben zu schenken)“ und logische Schlussfolgerungen daraus ziehen zu können (Berkowitz 1986, S. 101f). Das heisst, die Fähigkeit operationale Transakte zu verwenden, welche das Kategoriensystem v.a. ausmachen, hängt mit dem geistigen Entwicklungsstand Jugendlicher und Erwachsener zusammen (vgl. Studie von Gibbs et al. 1984).

Auch die Tatsache, dass die untersuchten Politiker und Experten Transakt 2 *Dyade-orientierte Paraphrase* am häufigsten verwenden, den Transakt 5 *Bitte um Rechtfertigung* jeweils ca.

20mal und Transakt 14 *Destruktive Kritik der Argumentation*, jeweils zwischen 17- und 20mal verwenden, weist auf ein ähnliches transaktives Diskussionsverhalten hin. Zudem werden die dem ursprünglichen Manual von Berkowitz und Gibbs (1979) eigens hinzugefügten Transakte von beiden Gruppen gleich häufig bzw. gleich selten verwendet. Dies ist auf den Befund zurückzuführen, dass die Transakte, welche dem zweiten Niveau transaktiver Diskussion (Integration bzw. Analyse eigener und anderer Argumente) zugeordnet werden, generell weder von Experten noch von Politikern häufig verwendet werden. Auch ergibt eine hierarchische Clusteranalyse kein Resultat, was darauf schliessen lässt, der mediale politische Diskurs von Politikern sei eine besondere Kombination von Transakten bzw. von dem der Experten zu unterscheiden.

Wird nun die dritte Hypothese betrachtet, bei der es darum geht, das Ausmass der Verwendung von Transakten der beiden Modi „konkurrierend“ und „nicht-konkurrierend“ zu vergleichen, deuten die Ergebnisse wiederum darauf hin, dass dieser Gruppenvergleich nicht angebracht ist. Die Ergebnisse werden erst interessant, wenn die beiden Länder – die Schweiz und Deutschland – miteinander verglichen werden. Im zweiten Kapitel zwei (s.o.) werden die politischen, insbesondere die demokratischen Systeme beider Länder dargestellt und theoretisch hergeleitet, inwiefern länderbezogene Unterschiede im Diskussionsverhalten angenommen werden können. Die Diskussion der länderspezifischen Resultate findet im nachfolgenden Abschnitt dieses Kapitel statt. An dieser Stelle soll noch erwähnt werden, das auch betreffend der Verwendung von Niveau I- und II-Transakten keine signifikanten Unterschiede zwischen Politikern und Experten bestehen (Niveau I-Transakte koordinieren eigene und andere Argumente; Niveau II Transakte s.o. vorheriger Abschnitt). Das heisst, die Verwendung von integrierenden Argumenten auf Niveau II fällt beiden Gruppen gleich schwer bzw. liegt beiden gleich fern und die Verwendung von koordinierenden Transakten entspricht beiden Gruppen etwa in gleichem Ausmass. Die Daten sprechen für die Annahme, Niveau II-Transakte seien generell äusserst anspruchsvoll und würden im öffentlichen Diskurs auch von Experten selten eingesetzt. Nun kann auch die Frage aufgeworfen werden, ob es denn in Bezug auf die politische Meinungsbildung der Zuschauer von politischen TV-Diskussionssendungen notwendig sei, integrierend zu argumentieren. Vielleicht können sich die Zuschauer eine politische Meinung bilden, wenn sie mit Argumenten konfrontiert werden, die vorwiegend Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufzeigen wie es sich in den Transakten 2 und 14 zeigt, welche vornehmlich verwendet werden. Das heisst das, die Zuschauer bekommen koordinierte Argumente zu hören und den integrierenden Part können sie vielleicht selbst vornehmen? Es könn-

te auch der Fall sein, dass die beiden Gruppen – Politiker und Experten – im Kontext des medialen politischen Diskurses nicht voneinander unterschieden werden können und müssen, da das in Kapitel 2 (s.o.) geschilderte Spektakel der Politiker u.U. den Experten keine andere Möglichkeit lässt als mitzuspielen. Das heisst, sie können sich der neuen Realität des Politischen (bestehend seit den 90er-Jahren), dem „Politainment“ (Dörner 2001) nicht entziehen, weil sie Akteure der Szene sind. Auch die Experten sind Teil der „Als-ob-Realität“ (Dörner 2001, S. 57).

Zur Behauptung, Politiker könnten in den Medien nicht argumentieren

Die im theoretischen Teil dargestellten Theorien und Annahme, Politiker könnten in der Medienwelt nicht argumentieren, da sie sich lediglich selbst inszenieren, kann mit dem verwendeten Instrument nicht verifiziert werden. Diese Behauptung findet sich z.B. im Kapitel 3.2.3 (Meyer 1994) oder im Kapitel 2.1: Nach Dörner geht es in den „wichtigsten Bühnen der Selbstdarstellung für die politische Klasse in Deutschland“ (*Sabine Christiansen und Berlin Mitte*) nicht darum, dass die Diskutanten Argumente entwickeln, die ihr Gegenüber überzeugen, sondern „in einer gelungenen visuellen Inszenierung das Image eines engagierten und glaubhaften Politikers zu konstruieren“ (Dörner 2001, S. 16). Die vorliegenden Daten sprechen deshalb noch nicht für „ernsthaft politische Diskussion“ (ebd., S. 15 n. Falter). Erstens wird lediglich ein ausgewähltes Instrument zur Analyse der medialen politischen Diskussion verwendet. Wie in den Kapiteln 4 und 5 aufgezeigt werden kann, liegen in der Forschung zahlreiche Messinstrumente und Definitionen von Argumentation und Diskussion vor. Hier, in der vorliegenden Arbeit, kann lediglich das Thema der transaktiven Diskussion abgedeckt werden. Zweitens, liegt der Anteil an Transaktivität bei den Politikern mit 17.9% (und bei den Experten mit 18.1%) unter den Ergebnissen früherer Studien, die zwar eine andere aber meist jüngere Stichprobe untersuchen. So berichten Berkowitz, Oser und Althof (1987) in ihrer kulturübergreifenden Studie mit den USA und der Schweiz (s.o. Kapitel 5.3.3), in der fünf Altersgruppen miteinander verglichen werden, dass die älteste Gruppe, die 18-20jährigen der schweizerischen Stichprobe zu 24.4% transaktiv diskutieren (die amerikanische schneidet mit 19.4% ab), die Gruppe der schweizerischen 15-17jährigen erreichen 23.4% (die amerikanischen 16.5%). In der schweizerischen Stichprobe erreichen die 12-14-jährigen 9.9% und in der amerikanischen 17.1%. Wird hier nur die schweizerische Stichprobe betrachtet, so erreichen die Politiker und Experten der vorliegenden Untersuchung so viele Transakte wie Jugendliche im Alter von ca. 15 Jahren. Wie bereits erwähnt ist dieses Ergebnis für das Ausmass transaktiver Diskussion bei Jugendlichen aus rein entwicklungspsychologischen Ge-

sichtspunkten nicht verwunderlich. Jugendliche können (wenn die Entwicklung normal verläuft), wie bereits erwähnt, ab dem Alter von 14, 15 Jahren, operational diskutieren (s.o. Abschnitt „Überflüssige Unterscheidung der beiden Gruppen“). Im Kapitel 5.3.1.4 (s.o.) kann nachgelesen werden, dass Jugendliche bereits über formal-operatorische Denkstrukturen verfügen, welche die transaktive Diskussion ermöglichen. Doch kann nicht ein besseres Ergebnis für Politiker erwartet werden, die aufgrund ihres Alters über mehr Wissen, Erfahrung und Argumente verfügen, Vorbildfunktionen einnehmen und deren Qualität der Argumentation mitbeeinflusst, wie z.B. ein Zuschauer einer politischen TV-Diskussionssendung seine politische Meinung und sein politisches Verhalten aufbaut? Diese Überlegung soll trotz des Befundes von Leadbeater (1986) erwähnt werden, der keinen signifikanten Unterschied zwischen dem transaktiven Diskussionsverhalten von Jugendlichen (15-17jährigen) und Erwachsenen (29-42jährigen) findet. Im Durchschnitt sind 20% der Aussagen beider Altersgruppen transaktiv (s.u. Tabelle 39). Es liegen keine Daten für Typ 1 (repräsentational)- und 2-Transakte (erhellend) vor.

Tabelle 39: Vergleich der Transaktivität unterschiedlicher Stichproben¹⁹

Studie	N	Alter	Transaktivität in Prozent		Total in %
			Operational	Repräsentational	
Berkowitz, Oser und Althof 1987	40	18-20	18.6	5.8	24.4
		15-17	17.2	6.2	23.4
Berkowitz & Gibbs 1983	60	21 (Mittelwert)	16	7	23
Leadbeater 1986	40	24 (Mittelwert)	-	-	20
Vorliegende Arbeit von Barske 2004 (in Vorb.)	64 ²⁰	Politiker und Experten	10.9	6	17.9

Die Tabelle gibt einen vergleichenden Überblick ausgewählter Arbeiten über das transaktive Diskussionsverhalten, um einen Eindruck zu bekommen, wie die Resultate der vorliegenden Arbeit einzuschätzen sind. In der rechten Spalte wird auf einen Blick deutlich, dass die Ergebnisse der eigenen Untersuchung am schlechtesten ausfallen.

¹⁹ Die Vorlage für diesen Vergleich befindet sich bei Berkowitz, Oser & Althof 1987, S. 328.

²⁰ Das hier aufgeführte N bezieht sich nur auf die Stichprobe der Politiker, da diese in hiesigen Abschnitt zur Diskussion stehen.

In der Datenauswertung wird die Tatsache miteinbezogen, dass Politiker signifikant häufiger sprechen und dabei Chancen, auf die Argumente der Gegenüber einzugehen, nicht nutzen wollen. Gerade weil sie mit ihrem signifikant höheren Ausmass an Sprechaktivität im Vergleich zu den Experten nicht signifikant häufiger transaktiv diskutieren, kann angenommen werden, dass sie Motive, wie beispielsweise die Selbstinszenierung haben, die sie daran hindern (s.u. Diskussion). Die im Kapitel 2.3.3 (s.o.) aufgeworfene Frage, ob das derzeitige Verhältnis zwischen Medien und Politik dazu beiträgt, dass die Transaktivität der Diskussion in der politischen TV-Diskussion darunter leidet, scheint mit „Ja“ beantwortet werden zu können. Wichtig ist die Betonung auf „scheint“, da die vorliegende Untersuchung diesen Zusammenhang nicht eindeutig überprüfen kann. Aufgrund der Ergebnisse früherer Studien (s.o. Tabelle), in denen Jugendliche im Alter von 15-17 Jahren mehr auf die Argumente der Gegenüber eingehen, kann behauptet werden, dass etwas einen Politiker daran hindert eine Kompetenz zu zeigen, über die er verfügt. Es kann erwartet werden, dass der Politiker sogar weit mehr transaktiv diskutieren kann: Erstens hat er mehr Übung im Diskutieren und zweitens diskutiert er in der politischen TV-Sendung über ein Thema, mit dem er beruflich zu tun hat. Im Gegensatz dazu diskutieren Jugendliche und Erwachsene der oben erwähnten Studien über abstrakte fiktive moralische und religiöse oder politische Dilemmata oder Situationen, mit denen sie selbst nichts zu tun haben. Kurz: Politiker und Experten wollen in politischen TV-Diskussionssendungen wie in den hier untersuchten nicht nicht auf die Argumentation der Gegenüber eingehen, doch sie könnten dies häufiger.

Wie erwartet, ein kaum interessanter Geschlechtervergleich

Aus rein entwicklungspsychologischen Überlegungen konnte bereits bei den Vorüberlegungen zur eigenen empirischen Arbeit nicht davon ausgegangen werden, dass es signifikante Unterschiede zwischen dem transaktiven Diskussionsverhalten von weiblichen und männlichen Politikern und Experten geben könnte. Denn wie Piaget mit seiner Theorie der geistigen Entwicklung, und Berkowitz mit seiner Theorie über die Entwicklung der transaktiven Diskussion aufzeigen, können Jugendliche – unabhängig vom Geschlecht – ab dem Alter von 14, 15 Jahren formal-operatorisch Denken und somit mit den Argumenten anderer operieren und Schlussfolgerungen daraus ziehen. Die im Kapitel 5 aufgeführten Studien zur Transaktivität prognostizieren ebenfalls keine Geschlechterunterschiede. Es liegen demnach keine Hypothesen über Geschlechtsunterschiede vor. Die Resultate bestätigen diese Vorannahme, welche als empirische Frage in die Arbeit eingefügt wird (s.o. Kapitel 6.4.2, Frage 8). Der Anteil an transaktiven Sprechakten ist wie erwartet bei den Geschlechtern in etwa gleich (Frauen haben

einen Anteil von 17.7% und Männer 18.4%). Männer wie Frauen diskutieren gleich häufig bzw. gleich selten auf Niveau I- und II transaktiver Diskussion (Niveau I: 16.7%; Niveau II: 1% bei den Männern und 1.4% bei den Frauen). Das Einzige, was aufgrund der vorliegenden Daten interessant erscheint, ist das Resultat, welches beinhaltet, dass Frauen im Vergleich zu Männern signifikant häufiger erhellende Transakte (Typ 2) verwenden. Zur Erinnerung, zu den erhellenden Transakten gehören Transakt 4 *Bitte um Rückmeldung*, Transakt 5 *Bitte um Rechtfertigung* und ein Transakt aus dem hybriden Transakt 6, nämlich 6a. *Paraphrase*. Es fällt auf, dass all diese Transakte nicht-konkurrierende Transakte darstellen. Doch wie die Resultate für die Modi „konkurrierend“ und „nicht-konkurrierend“ zeigen, liegen hier keine signifikanten geschlechterspezifischen Unterschiede vor (s.o. Kapitel 6.4.2, Frage 8.4). Wird nur das Resultat betrachtet, dass Frauen signifikant häufiger erhellende Transakte verwenden als Männer, so liegt die Vermutung nahe, dass sie im Vergleich zu der Stichprobe der Männer vorsichtiger und Alter-orientierter diskutieren und in einer Diskussion mehr nachfragen, d.h., dass, Verstanden-Werden, Erlangen von Zustimmung, Bitte um eine Begründung einer Behauptung und das Sich-Vergewissern mittels einer Paraphrase wichtige Schritte in der transaktiven Diskussion einer Frau darstellen. Kann diese Vermutung auf Theorien geschlechtsspezifischer Sozialisation zurückgeführt werden? Die Frage muss hier offen bleiben.

Werden die Daten lediglich mit weiblichen und männlichen Politikern gerechnet ist, keines der Resultate signifikant. Dies macht Sinn, nachdem im Theorieteil verallgemeinernd von den Politikern geschrieben wird. Es wäre im Nachhinein nicht plausibel, warum weibliche oder männliche Politiker signifikant mehr oder weniger transaktiv diskutieren sollten, denn beide sind im medialen politischen Kampf um Macht, Geld und Darstellungseffekten gleichermaßen herausgefordert.

7.2 Der Ländervergleich

Vom Vergleich der Sendeformate zum Ländervergleich

Werden die einzelnen Sendeformate verglichen, lassen sich zwar keine signifikanten Unterschiede aufzeigen, jedoch Ergebnisse, die sich in einer Art unterscheiden, dass sie i.S.v. interessanten Tendenzen interpretiert werden können.

- Im *Zischtigsclub* wird am wenigsten unterbrochen und am meisten transaktiv diskutiert, sei es generell betrachtet oder in Bezug auf das erste Niveau transaktiver Diskussion, der Verwendung erhellender, operationaler, konkurrierender und nicht-konkurrierender Transakte. Die Daten scheinen aufzuzeigen, dass in einer medialen Diskussionskultur, welche davon geprägt ist, die Teilnehmer ausreden zu lassen (auch von Seiten des Moderators), mehr auf die Argumente der Gegenüber eingegangen wird.
- Niveau II-Transakte werden am häufigsten in der *Arena*-Sendung verwendet. Warum? Könnte es sein, dass die Länge einer Sendung – die *Arena* dauert im Durchschnitt 25 Minuten länger als die anderen drei Sendeformate) dazu führt, dass ab einem gewissen Zeitpunkt Argumente integriert werden, da sonst selbst die Diskussionsteilnehmer den Überblick verlieren würden? Hinzu kommt, dass in der *Arena* auch das Publikum an der Diskussion teilnehmen kann, welches, ehe es kurz zu Worte kommt, eine Aussenspektive einnehmen kann, d.h. weniger in die Diskussion involviert ist.
- Wie bereits erwähnt, sind diese Ergebnisse nicht signifikant, jedoch fällt auf, dass bei sämtlichen gerechneten abhängigen Variablen die deutschen Sendungen meist schlechter abschneiden als die schweizerischen Sendungen.

Wenn nochmals an die Selbstpräsentation der einzelnen Sendeformate auf dem Internet erinnert wird (s.o. Kapitel 2.1), so fällt auf, dass das Format *Arena* einen grösseren Anspruch hat als *Berlin Mitte* oder *Sabine Christiansen*. Die *Arena* möchte nicht nur „das Thema der Woche diskutieren“, informieren, politische Prozesse deutlich machen und unterhalten, sondern auch die Innenpolitik auf polarisierende – multipolar anstelle von bipolar – darstellen, zur politischen Meinungsbildung beitragen und eine kontroverse Diskussion im Sinne des schweizerischen Verständnisses von Demokratie führen. Das scheint ihr annäherungsweise zu gelingen. Der *Zischtigsclub*, welcher einen Erkenntnisgewinn ermöglichen, informieren und unterhalten möchte, und zwar mit intellektuellem Anspruch und explizit erwähnter „differenzierte(r) Argumentation“ (www.sfdrs-pressedienst.ch), formuliert, wie die *Arena*, höhere Ziele als die hier untersuchten deutschen Sendeformate.

Es fällt auf, dass alle vier Sendeformate ihre explizit formulierten Anliegen zu erreichen scheinen. Die Resultate sind, wie bereits erwähnt, nicht eindeutig genug, um hier konkretere Aussagen machen zu können. Im Gegenteil, es muss davor gewarnt werden, aufgrund der Resultate wertende Rückschlüsse auf die Qualität der transaktiven Diskussion in den einzelnen Sendeformaten vorzunehmen. Es kann festgehalten werden, dass die Schweizer Sendungen eventuell deshalb besser als die deutschen Sendungen abschneiden, weil sie sich an anspruchsvolleren und weiter reichenden Zielen orientieren.

Es soll nochmals darauf hingewiesen werden, dass die politischen TV-Diskussionssendungen sehr positive Aspekte aufweisen, welche im Kapitel 2.3.3.3 (s.o.) beschrieben werden. Die Medienunterhaltung, generell, übernimmt demokratisierende Funktionen wie beispielsweise die Herstellung von Öffentlichkeit. So befinden sich Menschen unterschiedlicher Bereiche der Gesellschaft in Interdiskursen, es wird grossenteils Anschlusskommunikation auf Internetplattformen ermöglicht usw. (s. ebd.).

Wenn im Folgenden das Ausmass transaktiver Diskussion der schweizerischen und deutschen Parteien miteinander verglichen wird, zeigt sich, dass die Schweizer auch hier wieder besser abschneiden.

Von den Parteien zum Ländereffekt

Werden die einzelnen Parteien der Schweiz und Deutschlands hinsichtlich des Ausmasses an Transaktivität miteinander verglichen, so fällt auch auf, dass die CVP, SP und FDP der Schweiz weitaus besser abschneiden als alle Parteien Deutschlands.²¹ Die schweizerischen Parteien verwenden mehr operationale Transakte, mehr konkurrierende und nicht-konkurrierende Transakte sowie mehr Niveau I- und II-Transakte. Dieser bereits erwähnte Ländereffekt soll im Folgenden erklärt werden, denn die Berechnung der vierten Hypothese „Politiker der Schweiz verwenden mehr Transakte als Politiker der BRD“ sowie die fünfte Hypothese „Politiker der Schweiz verwenden mehr operationale Transakte als Politiker der BRD“ und die sechste Hypothese „Schweizerische Politiker verwenden häufiger nicht-konkurrierende Transakte als deutsche Politiker“ zeigen signifikante Ergebnisse. Die Schweizer Politiker schneiden gemäss den Erwartungen ab, welche im Kapitel 2 (s.o.) theoretisch hergeleitet werden. Auch die explorative Analyse zeigt: Schweizer Politiker diskutieren signi-

²¹ Da die Zellenbesetzung bei den einzelnen Parteien, unter statistischen Gesichtspunkten betrachtet, sehr niedrig ausfällt, wird auf eine Diskussion der parteispezifischen Ergebnisse verzichtet.

fikant häufiger auf Niveau I im Vergleich zu deutschen Politikern (aber nicht auf Niveau II). Auch verwenden Schweizer Politiker signifikant häufiger Transakte des Modus „konkurrierend“, was jedoch kein überraschendes Ergebnis darstellt, da sie insgesamt transaktiver sind und somit Transakte beider Modi, in denen sämtliche Transakte enthalten sind, signifikant häufiger verwenden. Zur Erklärung der empirischen Resultate dient v.a. die Beschaffenheit des politischen Systems der Schweiz. Die zentralen Stichwörter sind: die *reine Konsensusdemokratie*, die *(halb-)direkte Demokratie* und der *Föderalismus* (diese Begriffe werden im Kapitel 2.2.2 erläutert). Die Daten der vorliegenden Arbeit weisen darauf hin, dass ein demokratisches System, welches durch eben diese Elemente gekennzeichnet ist, mehr transaktives Diskussionsverhalten in den medialen politischen Diskurs einbringt als bei einem politischen System wie das Deutschlands, welches eine Mischform zwischen Konkurrenz- und Konsensusdemokratie darstellt, sowie bei einer repräsentative Demokratie. An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass die Hypothesen 4-6 sowie die entsprechenden (explorativen) Fragen auch signifikante Ergebnisse zeigen, wenn nicht nur Schweizer Politiker mit den deutschen Politikern verglichen werden sondern *Schweizer und Deutsche generell*. Der T-Test zeigt: Die 85 Schweizer meiner Stichprobe diskutieren signifikant häufiger transaktiv als die 54 Deutschen; sie diskutieren hochsignifikant häufiger operational und verwenden signifikant häufiger Niveau I-Transakte. Die Unterschiede zwischen den beiden Ländern sind betreffend des Modus „nicht-konkurrierend“ und Niveau II-Transakten nicht signifikant. Signifikante Ergebnisse können nicht darauf zurückgeführt werden, dass mehr Schweizer als Deutsche Teil der Stichprobe sind. Ein komplexes statistisches Analyseverfahren (Varianzanalyse), welches unterschiedliche Stichprobengrößen kontrollieren kann, zeigt die Unerheblichkeit dieses Größenunterschieds.

Die Befunde weisen darauf hin, dass,

- wenn das Volk mittels Abstimmungen und bei den Wahlen von Parteien politisch mitentscheiden kann und somit mehr in den politischen Prozess und Dialog einbezogen ist (halbdirekte Demokratie),
- wenn der Zwang zum Konsens besteht und bei der Konsensfindung alle wichtigen Gruppen beteiligt werden (Konkordanzprinzip)
- wenn die Macht der Exekutive in breiten Koalitionen geteilt wird und auch von der Legislative getrennt wird,
- wenn viele verschiedene Parteien regieren, ohne einen Mehrheitsanteil zu haben,
- wenn die Regierung durch Föderalismus und Dezentralisierung gekennzeichnet ist, in dem Sinne, dass erstens die zentrale Regierung die Macht mit den Kantonen und Halbkantonen teilt und zweitens die föderalistischen Ebenen – Bund, Kantone und Gemeinden – eine eigene Verfassung haben,
- wenn ein starkes Zwei-Kammernsystem auch Minoritäten eine Stimme gibt,

dass dann der mediale politische Diskurs mehr dadurch gekennzeichnet ist, dass die am Diskurs Beteiligten auf die Argumente der Gegenüber eingehen. Die hier aufgelisteten Elemente sind Lijparts Abhandlung über eine typische Konsensdemokratie, wie die der Schweiz, entnommen. Für eine genauere Ausführung s.o. Kapitel 2.2.2.2. Es muss jedoch nochmals darauf hingewiesen werden, dass weder die Politiker der schweizerischen noch der deutschen Stichprobe ausreichend auf die Argumente der Diskussionsteilnehmer in den untersuchten politischen TV-Sendungen eingehen. Das Vorbeiarargumentieren, welches Wuerth an den Diskussionen in der *Arena* kritisiert (Wuerth 1999 n. Schneider und Hess 1995, S. 99ff), trifft weitgehend zu (Einzelheiten s.o. Kapitel 2.3.3.2). Demnach werden auch die in der Schweiz tätigen Medienverantwortlichen politischer TV-Diskurse aufgrund der „rudimentären politischen Argumentation“ (Wuerth 1999, S. 358) dazu aufgerufen, die Qualität der Argumentation zu verbessern. Das bedeutet auch, dass es Medienverantwortliche braucht, die Politiker dazu bringen, dies zu tun und auch bereit sind, die komplexen politischen Prozesse für den Bürger zu reduzieren.

Für die Schweiz und Deutschland gilt zusätzlich die Aufforderung Sarcinellis (1998), die Parteien müssten ihre Präsentation und Kommunikation nach aussen verbessern (s.o. ausführlicher Kapitel 2.3.3.3). Wie an dieser Stelle bereits erwähnt, gehen die Mitgliederzahlen der Parteien in beiden Ländern in hohem Ausmass zurück. Wenige Bürger nehmen am öffentlichen politischen Diskurs teil. Schweizspezifische Kritik am politischen System soll hier am

Rande erwähnt werden, um auch Nachteile aufzuzeigen. Hanspeter Kriesi, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Zürich kritisiert das Direktorialsystem der Schweiz (im Gegensatz zu Schmidt s.o. Kapitel 2.2.3.1 ist bei Kriesi die Schweiz nicht dem Präsidialsystem zuzuordnen, sondern stellt ein hybrides System dar, das des Direktorialsystems). Auf kantonaler Ebene kann das Volk direkt die Regierung wählen. Ein Volk, welches wie bereits erwähnt stark durch die Medien beeinflusst wird, kann demnach auch Personen wählen, die sich in den Medien gewinnbringend verkaufen, jedoch nicht durch Parteien gestützt werden. „Mit anderen Worten: Die Wahrscheinlichkeit nimmt zu, dass populistische Aussenseiter zu Präsidenten gewählt werden, denen, einmal gewählt, mangels parlamentarischer Mehrheiten die Hände gebunden sind und die sich dann mit zum Teil fragwürdigen Mitteln über den Widerstand der Parlamente hinwegzusetzen versuchen“ (Kriesi 2003).²² Es besteht demnach die Gefahr des Immobilismus und die Personen in die Regierung zu wählen, welche nicht kompromissfähig sind. Diese Gefahr und Kritik kann für das parlamentarische System Deutschlands gleichermassen formuliert werden. Obwohl hier das Volk die Parteien wählt, stehen vor Wahlen meist zwei Personen im Vordergrund, welche über Mittel für teure Wahlkampagnen verfügen und nach amerikanischem Vorbild an Fernsehduellen teilnehmen. Dies als Randbemerkung, ehe die Befunde der Studie hinsichtlich ihrer pädagogischen Implikation betrachtet werden.

7.3 Pädagogische Implikationen

Forderung aus der Sicht der Pädagogik

Im Kapitel 2.3.1 (s.o.) wird auf die sogenannte „Wissenskluffthese“ hingewiesen, wonach das Fernsehverhalten mit dem Grad der Bildung zusammenhängt: Höhere Bildungsschichten suchen am Fernsehen Informationen und wollen sich aktiv auseinandersetzen; niedrigere Bildungsschichten suchen Unterhaltung und zeigen Passivität. Da, wie die Befunde zeigen, das Ausmass qualitativer Argumentation im medialen politischen Diskurs im Vergleich zum nicht-medialen Diskurs in früheren Studien geringer ausfällt, kann von einer unzureichenden medialen politischen Argumentation gesprochen werden, wird das Kriterium der Transaktivität untersucht. Dieser Befund, im Hintergrund der Wissenskluffthese betrachtet, ist alarmierend. Teilnehmer der politischen TV-Diskussionssendungen und die entsprechenden Medien-

²² Kriesi, H. (12.11.2003) Zur Volkswahl des Bundesrats. Mehr demokratische Legitimation oder Gefahr des Immobilismus? *Neue Züricher Zeitung*, internationale Ausgabe, staatspolitisches Forum, Nr. 263, S. 12.

verantwortlichen müssen dazu aufgerufen werden, die Qualität der Argumentation zu verbessern, wenn sie sich nicht selbst in naher Zukunft dafür verantwortlich machen wollen, dazu beigetragen zu haben, die Wissensschere auszuweiten. Vielseher, welche in den meisten Fällen der unteren Bildungsschicht angehören, müssen wieder das Vertrauen in die Politik bekommen. Da Politikvermittlung weitgehend über das Fernsehen stattfindet, kann hier die Herausforderung formuliert werden, politische Inhalte sachlich darzustellen, verschiedene Standpunkte so zu diskutieren, dass Gemeinsamkeiten und Unterschiede deutlich werden und dabei zu unterhalten. Unterhaltung muss ja nicht ein verbaler Schlagabtausch sein, bei dem es z.T. auch unter die Gürtellinie geht, sondern kann auch z.B. Satire oder rhetorische Elemente beinhalten (s.o. Kapitel 4). Dies als Vorschlag, mit dem nicht gesagt sein soll, dass Politiker heutzutage v.a. wieder rhetorische Fertigkeiten erlernen sollten, so wie einst im antiken Griechenland (s.o. Kapitel 4). In ihrer Rolle als Vorbilder würde es schon ausreichen, wenn sie kommunikative Kompetenzen zeigen würden, von denen der Zuschauer in Bezug auf Form und Inhalt etwas lernen kann. Dies als Herausforderung an die Politiker, aber auch an die Experten, welche zu den politischen TV-Diskussionssendungen eingeladen werden.

Medienverantwortliche inkl. Moderatoren haben auch die Möglichkeit, Bedingungen zu schaffen, welche eine qualitativ bessere Argumentation ermöglichen. Vorschläge hierzu befinden sich im Kapitel 3.3, in dem das „realistische Diskursmodell“ (Oser 1998) auf den Bereich der medialen politischen Diskussionssendungen übertragen wird. Die Einschränkungen des Modells wurden ebenfalls erwähnt. Kurz, das „Runde-Tisch-Modell“ wird dann verwendet, wenn jemand eine Verletzung erlebt hat. In der Politik passieren sicherlich zahlreiche Verletzungen (z.B. wenn Versprechen nicht gehalten werden), zu denen der „Runde Tisch“ zusammen mit allen Beteiligten einberufen werden könnte. Doch hat das Modell zum Ziel, Interessen zu koordinieren. Im Gegensatz dazu möchte der mediale politische Diskurs Divergenzen aufzeigen und Argumente v.a. für die eigenen Position aufzeigen, ohne sie mit anderen Positionen zu koordinieren. Das heisst, vielleicht braucht es nicht das „Runde-Tisch-Modell“ für den medialen politischen Diskurs.

In eben diesem Modell wird aufgezeigt, wie ein bestimmtes professionelles Diskursverhalten moralische Entwicklung hervorrufen kann. Berkowitz (z.B. 1983) kann anhand von Untersuchungsergebnissen aufzeigen, dass transaktives Diskussionsverhalten moralische Entwicklung i.S. von Kohlbergs Stufen des moralischen Urteils bewirkt. Je mehr transaktiv diskutiert wird, desto mehr entwickeln sich die kognitiven Strukturen des moralischen Urteils. Die morali-

schen Denkstrukturen von Politikern – und auch Nicht-Politikern können gar nicht differenziert genug sein, da sie ein komplexeres Verständnis für Probleme und Fragen u.a. der Politik ermöglichen.

Forderungen an Pädagogen

Nun kann aber die Verantwortung nicht alleine auf die Gäste der Sendungen abgegeben werden. Es können auch Forderungen an Pädagogen formuliert werden: Stichwörter wie Medienpädagogik, insbesondere Medienkompetenz, liegen sehr nahe. Im Kapitel 2.4 (s.o.) wird dieses Thema angeschnitten und Begriffe wie „visuelle Kompetenz“ und „kommunikative Kompetenz“ werden aufgeführt. Die „visuelle Kompetenz“, d.h. visuelle Reize angemessen verarbeiten, einordnen und bewerten zu können, kann bereits mit Kindern geübt werden. Eltern und Lehrer können das (ausgewählt) Gesehene und Gehörte zusammen mit den Kindern hinterfragen und kritisch diskutieren. Dadurch würde zum einen eine Kompetenz entwickelt, welche dem Zuschauer ermöglicht, die „Als-ob-Welt“ kritischer zu betrachten, sie nicht einfach hinzunehmen, die Wortinflation zu bewältigen, und es würde zum anderen die „kommunikative Kompetenz“ angesprochen werden. Wie im Kapitel 2.4 (s.o.) bereits erwähnt wird, beinhaltet „kommunikative Kompetenz“ auch soziale Entwicklungsfaktoren, wonach Erziehungsverantwortliche beispielsweise die „offene Konfrontation mit sozialen Problemen und Konflikten“ ermöglichen sollten, die „Chance zur Teilnahme an Kommunikationsprozessen“ und die „Möglichkeit der Mitwirkung an kooperativen Entscheidungen und Verantwortung für die Gestaltung des eigenen Lebens sowie für andere Personen“ (Lempert 1988, S. 29).

Erziehung, welche geprägt ist, durch das Mitdiskutieren, Mitentscheiden, das Durchschauen von Echem und Gespieltem, kann zur politischen Urteilskraft führen. Erst eine entwickelte politische Urteilskraft ermöglicht die Einmischung in das Politische, welche z.B. die Form von „Foren“ der „Zivilgesellschaft“ (Habermas 1990 s.o. Kapitel 2.4) annehmen kann. Hier werden politische Ziele diskutiert und es könnte eine bestimmte Qualität der Argumentation eingefordert werden (vgl. Meyer 2001a, S. 202). Doch nun im folgenden Abschnitt konkreter – zur Medienpädagogik und der Medienkompetenz. Hier können die bisher formulierten Forderungen an Pädagogen eingebettet werden.

Medienpädagogik, ein Begriff der ca. 30 Jahre alt ist, bedeutet im Allgemeinen das Lernen, die Medien zu beherrschen, mit dem Ziel, entscheiden zu können, wo sie nützlich sind und wann auf sie verzichtet werden kann. Ziel kann und muss es sein, dass Menschen nicht nur zum Objekt der Medien degradiert werden, sondern auch als Subjekte mitwirken, d.h. über

Medienkompetenz verfügen. Medienkompetenz umfasst nach Baake folgende Dimensionen: *Medienkritik*, *Medienkunde*, *Mediennutzung* und *Mediengestaltung* (vgl. Baake 1999). Die Dimensionen werden im nachfolgenden Abschnitt genauer erklärt. Da Medienkompetenz prozesshaft erlernt wird, braucht es lernbegleitende Projekte (Beispiele bei Baake et al. 1999). Medienkompetenz umfasst mehr als Medienerziehung, da Letzteres „intentionale Akte in organisierten Kontexten (etwa den der Schule) meint“ (ebd.). Medienkompetenz kann beispielsweise auch intentional auf der Basis von Lernzielen vermittelt werden, geht jedoch auch darüber hinaus. Nach Baake können drei Bereiche – Handlung, Kommunikation und Reflexion – unterschieden werden, welche in das Erlernen von Medienkompetenz einfließen. Diese gilt es auf die bestehende Informationsflut und den Unterhaltungsmarkt anzuwenden sowie auf das erzieherische Prinzip, verantwortungsvoll über Werte nachzudenken. Baake handhabt den Begriff der „Medienpädagogik“ folgendermassen: Sie „ist die Disziplin, die sich (...) als Teil von Erziehungs- und Bildungsprozessen versteht, und zwar in Bezug auf den Handlungs- und Objektbereich „Medien“ (ebd.).

Die oben erwähnte Wissensklufthese zeigt, dass die Entwicklung von Medienkompetenz abhängig von Fördermassnahmen durch Erziehungs- und Bildungsinstitutionen ist. Baake fordert in diesem Zusammenhang Interdisziplinarität, da das Wissen von Linguisten (Spracherwerb, Syntax etc.), Kognitionspsychologen, Entwicklungspsychologen und Soziologen verlangt ist, um „theoretische Konzepte (über den „kompetenten Menschen“) durchzudeklinieren (ebd., S. 34). Das Erlangen von Medienkompetenz kann zu sozialem Wandel beitragen und ist nicht auf organisierte Akte der Erziehung reduziert. Es bieten sich in Bezug auf Baakes Dimensionen von Medienkompetenz folgende Qualifikationsmöglichkeiten:

- ❖ *Medienkritik* kann analytisch (z.B. betreffend gesellschaftlicher Prozesse), reflexiv (Anwendung des analytischen Wissens auf die eigene Person und das eigene Handeln) und ethisch sein.
- ❖ *Medienkunde* über die Medien und das Mediensysteme kann aufgespaltet werden in sein informatives und instrumentell-qualifikatorisches Element. Das informative Element beinhaltet Wissen, z.B. über die Arbeit von Journalisten, die Sender etc. Das instrumentell-qualifikatorische Element steht für das Know-how des Bedienens z.B. des sich Einloggens in eine Internetplattform im Anschluss an eine TV-Diskussionsendung, um dort mit anderen weiterzudiskutieren.

- ❖ *Mediennutzung* bedeutet zum einen, die individuelle Kompetenz, das Programm zu nutzen und zum anderen, interaktiv die Angebote, beispielsweise des Tele-Banking zu bedienen.
- ❖ Mediengestaltung kann innovativ und kreativ sein. Mit Innovationen sind Weiterentwicklungen innerhalb der bestehenden Strukturen gemeint, mit Kreationen auch weitreichendere Veränderungen.

Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang Baakes Überlegung, dass sich die vier Dimensionen nicht nur auf die individuelle Ebene beziehen, sondern auf einen Diskurs, den die Gesellschaft zu führen hat. „Ein solcher Diskurs würde alle wirtschaftlichen, technischen, sozialen, kulturellen und ästhetischen Probleme einbeziehen, um so die „Medienkompetenz“ auf dem laufenden zu halten“ (ebd., S. 35). Medienkompetenz kann deshalb ausschliesslich in Projektarbeit erlangt werden, und nicht innerhalb eines „normalen“ Unterrichtsprogramms. Die Inhalte müssen im Prozess der Projektarbeit abgeleitet werden. Hier besteht eine Chance, Lernen in und ausserhalb der Schule zu verändern und zu ermöglichen. Aufenanger (1999) spricht in Zusammenhang mit medienpädagogischen Prozessen von der Initiierung von Handeln, Erleben und von Reflexion, welche das Erleben in die Erfahrung überführt (vgl. Aufenanger in Baake et al. 1999, S. 94). Da bisher wenige Forschungsergebnisse aus medienpädagogischen Projekten vorliegen, besteht die Notwendigkeit, Ziele medienpädagogischen Handelns zu bearbeiten. Es braucht die Vergewisserung, ob ohne den Einsatz bestimmter Medien das Ziel nicht auch erreicht werden könnte. „Wenn es darum geht, kooperatives Denken zu fördern, sind Medienprojekte sehr gut geeignet, aber auch andere pädagogische Methoden können dieses Ziel erfolgreich verfolgen“ (ebd.; s.o. erster Abschnitt unter *Forderungen an Pädagogen*, die aufgezeigte Umsetzung von Lemperts sozialen Entwicklungsfaktoren). Als abstraktes Ziel bezeichnet Aufenanger Medienkompetenz, welche folgende Dimensionen beinhaltet: die kognitive, die soziale, affektive, ästhetische und die Handlungsdimension. Ein medienpädagogisches Projekt kann sich auch nur auf eine dieser Dimensionen konzentrieren.

Bei der Vermittlung von Medienkompetenz ist es unabdingbar, dass die Vermittler über „medienpädagogische Kompetenz“ (ebd., S. 95) verfügen, d.h. über Kenntnisse von Didaktik, insbesondere Mediendidaktik, Kenntnisse über die Medienwelt von beispielsweise Jugendlichen und Erwachsenen, Sensibilität für die Intention gewisser Medieninhalte wie z.B. der politischen TV-Diskussionssendung. Was ist das Besondere an Medienpädagogik? Nach Aufenanger soll die Passivität in Aktivität transformiert werden, Handeln in Denken, Erleben in Erfahrung und Information in Wissen (ebd., S. 96). Innerhalb dieser polaren Dimensionen

spiegeln sich die Inhalte von Medienkompetenz wieder: Der Handlungsaspekt in der Transformation von Handeln zum Denken, der soziale Aspekt in der Transformation von Passivität zur Aktivität, der affektive Aspekt in der Transformation vom Erleben in die Erfahrung, der kognitive Aspekt in der Transformation von Information in Wissen. Wie auch Baake betont Aufenanger die Ganzheitlichkeit beim Erlernen von Medienkompetenz und die Wichtigkeit der Reflexion (bei allen Transformationen) i.S. des „pädagogischen Moment(s)“ (ebd.). Dieses fehlt bei zahlreichen medienpädagogischen Projekten (für weitere Anregungen medienpädagogischen Arbeitens s. Baake et al. 1999). Im folgenden Kapitel soll dieses Manko im Ausblick auf zukünftige Forschungsarbeiten mitgedacht werden. Doch zunächst einige positive und negative Kritik an der eigenen Untersuchung.

7.4 Kritik an der eigenen Untersuchung und Ausblick auf zukünftige Forschungsarbeiten

Bei der Betrachtung der Ergebnisse wird deutlich, dass sie nicht auf die Politiker und die Experten generalisierbar sind.

1. Die vier untersuchten Sendeformate – *Arena*, *Zischtagsclub*, *Berlin Mitte* und *Sabine Christiansen* haben zwar das gleiche Anliegen, den Zuschauer über politische Inhalte, Prozesse und Entscheidungen auf dem Laufenden zu halten, jedoch sind sie nicht identisch. So wird z.B. nur bei der *Arena* in jeder Sendung vorgesehen, das Publikum in die Diskussion mit einzubeziehen. Zudem fällt auf, dass sich die Verhaltensweisen der Moderatoren unterscheiden, welche in der vorliegenden Untersuchung nicht untersucht werden. Manche Moderatoren fassen lediglich das Gesagte zusammen und geben das Wort an die Gäste weiter; andere geben ihre Meinung zum Thema preis und nehmen ab und zu an der Diskussion teil. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich ein zurückhaltendes Moderatorenverhalten und ein offensives Verhalten unterschiedlich auf das Argumentationsverhalten der Diskussionsteilnehmer auswirken. Zudem ist es der Autorin der vorliegenden Arbeit nicht bekannt, welche Instruktionen die eingeladenen Gäste vor der Diskussionssendung bekommen. Auch hier hätte eine Instruktion, wie beispielsweise einen Konsens anzustreben, sicherlich ein anderes Argumentationsverhalten zu Folge, als wenn der Moderator lediglich die Anleitung gibt, die jeweiligen Standpunkte darzulegen. Das heisst: Werden Politiker und Experten jemals dazu aufgefordert, auf die Argumente der Gegenüber einzugehen?
2. Die Ergebnisse beziehen sich auf 20 politische TV-Diskussionssendungen, an denen insgesamt 138 Personen (Politiker und Experten) teilnehmen. Die Grösse der Stichprobe ist betreffend der Anzahl Personen aus theoretisch-statistischen Gründen nicht problematisch. Was jedoch in der Auswertung Probleme bereitet, ist die Tatsache, dass die meisten Zellen mit einer Null besetzt sind, da Transakte von den hier untersuchten Personen maximal 9mal verwendet werden. Bei insgesamt 33 Transakten werden demnach die meisten Zellen mit einer Null besetzt.
3. Die relativ kleine Zellenbesetzung erlaubt keine Aussagen in Bezug auf das transaktive Diskussionsverhalten bestimmter Parteien oder Ableitungen betreffend primär nicht-politischen Funktionsbereichen, denen die Experten zugeordnet sind (s.o. Kapi-

tel 6, S. 30). Die Funktionsbereiche sind zwar im Bereich der Wirtschaft und der Vereine für die schweizerische Stichprobe gut besetzt, jedoch nicht in den restlichen Bereichen wie z.B. Gesellschaft und Kultur oder Medizin (s.o. Tabelle 7, S. 33). Die meisten nicht-politischen Funktionen fallen unter die Kategorie „Sonstiges“. Die schweizerische und die deutsche Stichprobe weisen hier grosse Unterschiede auf, welche nicht vereinheitlicht werden.

4. Es werden Personengruppen untersucht, von denen es die eine gewöhnt ist, in der Öffentlichkeit zu sprechen und ggf. Teil einer (politischen) TV-Sendung zu sein und die andere nicht. Es kann vermutet werden, dass die erste Gruppe, welche sich aus Politikern und Experten zusammensetzen kann, weniger nervös ist und auch weniger Hemmungen hat, das Wort an sich zu reissen. Es konnte bei der Datenauswertung werden zwischen Personen mit mehr oder weniger Fernseherfahrung nicht differenziert, da entsprechende Informationen für die Expertengruppen fehlen.

An der vorliegenden Untersuchung ist in Bezug auf Präzisierung der Ergebnisse gut gelungen ist, dass im Zuge von forschungslogischen und mathematischen Überlegungen ausgezählt wurde, innerhalb welcher Sprechakte tatsächlich eine Chance bestanden hätte, transaktiv zu diskutieren und nicht einfach alle Sprechakte als Basisrate verwendet wurden. Diese Differenzierung verkleinert den Nenner, wenn die Anzahl platzierter Transakte (Zähler) durch die Anzahl platzierter Transakte plus die Anzahl verpasster Chancen auf einen Transakt gerechnet wird. Somit wird der prozentuale Anteil an Transakten geringer, als wenn alle (nicht-) unterbrochenen Sprechakte im Nenner stehen. Hier wird demnach ein integriertes Mass gebildet, was in vorherigen Studien über die transaktive Diskussion nicht verwendet wird. Die eingeschränkte Vergleichbarkeit der Resultate liegt auf der Hand. Dies steht jedoch der Überprüfung der Hypothesen nicht im Wege. Das transaktive Diskussionsverhalten der untersuchten Politiker kann immer noch mit dem der Experten verglichen werden; der Vergleich zwischen Deutschland und der Schweiz ist ebenfalls möglich.

Einen weiteren Grund, der die Vergleichbarkeit mit früheren Studien zum Thema transaktiver Diskussion erschwert, liegt darin begründet, dass erstens der mediale Kontext neu ist, zweitens bisher keine Daten zur Transaktivität in einer Gruppendiskussion von mehr als zwei Personen vorliegen und sich drittens noch keine Untersuchung auf Politiker sowie Experten konzentriert hat. Hier wird ein positiver Aspekt der Arbeit angesprochen. Ein wichtiges Thema wird analysiert, welches ermöglicht den medialen politischen Diskurs zu kritisieren. Kritik ist

deshalb so wichtig, weil das, was Millionen von Menschen²³ jede Woche zu sehen und hören bekommen, von politischer Inszenierung (z.B. Meyer 2000) und unzureichender Diskussionsqualität gekennzeichnet ist und trotzdem zur politischen Meinungsbildung beiträgt.

Ein weiterer positiver Kritikpunkt, der der vorliegenden Arbeit zugeschrieben werden kann, besteht in der Möglichkeit, Rückschlüsse auf einen Ausschnitt politischer Bildung und Erziehung zu ziehen. Im vorangehenden Kapitel werden auf der Basis der Befunde der empirischen Arbeit Aspekte angesprochen, die mit Medienpädagogik und insbesondere mit dem Schlüsselbegriff der Medienpädagogik, dem der „Medienkompetenz“ zusammenhängen.

Der folgende Kritikpunkt ermöglicht eine Überleitung zum nächsten Absatz, in dem es um zukünftige Forschungsarbeiten in diesem Bereich geht: Die anfänglich aufgeworfene Frage (s.o. Kapitel 1 Einleitung), ob Politiker vornehmlich konkurrierend diskutieren um beispielsweise ihre eigenen Interessen zu wahren, kann mit dem in der vorliegenden Arbeit verwendeten Instrument nicht überprüft werden. Auch sind die Grundvoraussetzungen für das weitere Verfolgen dieser Frage nicht gegeben. Das liegt zum einen daran, dass der konkurrierende Modus – und auch der nicht-konkurrierende – von Politikern und Experten etwa gleich häufig verwendet wird und v.a. von der Verwendung beider Modi nicht auf bestimmte Motive geschlossen werden kann. Dies bleibt offen für zukünftige Forschung. Wie können Motive und Beweggründe wie die Wahrung eigener Interessen untersucht werden? Wie diese abgegrenzt werden von Motiven der Verständigungsorientierung? Wie könnte ein Messinstrument beschaffen sein, welches auf zuverlässige Weise erlaubt, Dimensionen wie Interessen- und Erfolgsorientierung versus Verständigungsorientierung zu erheben?

Welche Fragen bleiben für zukünftige Forschungsarbeiten innerhalb des untersuchten Bereichs offen?

- 1) Wie schneiden Politiker in nicht-medialen Diskursen hinsichtlich des Kriteriums der Transaktivität ab? Operieren sie dann mehr mit den Argumenten der Gegenüber, koordinieren und integrieren das Gesagte?

²³ Diese Zahl bezieht sich auf die deutschen Sendeformate *Berlin Mitte* und *Sabine Christiansen*. Die Schweizer Sendeformate *Arena* und *Zischigclub* werden von ca. 200 000 – 250 000 Zuschauern wöchentlich zugeschaltet.

- 2) Wie gross ist die Diskrepanz zwischen der Dimension *Politics*, dem Prozess des Politischen und dessen Darstellung innerhalb politischer TV-Diskussionssendungen? Hier wäre die Einschätzung von Politikern und Experten gefragt.
- 3) Inwieweit nimmt das Publikum wahr, wenn die Dimension *Policy* zum einen Element der Dimension *Politics* wird? Hintergedanke: Manche politischen Prozesse werden inszeniert, dort wo Probleme bestehen, während in Wirklichkeit in der Politik noch nicht gehandelt wird (vgl. Meyer 2001a, S. 31).
- 4) Ist es für den Zuschauer möglich anhand bestehender politischer TV-Diskussionssendungen eine politische Meinung zu entwickeln?
- 5) Wie müssten politische TV-Diskussionssendungen beschaffen sein, damit die Zuschauer sich informieren können und ein politisches Urteil konstruieren können? Welches wären die optimalen Voraussetzungen? Inwieweit kann das „Runde-Tisch-Modell“ von Oser (1998) eingebracht werden (s.o. Kapitel 3)?
- 6) Inwieweit sind die dargestellten medienpädagogischen Überlegungen (s.o. 7.3 Pädagogische Implikationen, Forderungen an Pädagogen) in Bezug auf den kompetenten Umgang mit politischen TV-Diskussionssendungen durchführbar und umsetzbar?
- 7) Spielt das Fernsehen im Vergleich zu den Meinungen von Verwandten, Freunden und Kollegen überhaupt eine so wichtige Rolle, wenn es um politische Meinungsbildung und politisches Verhalten geht?
- 8) Wie hat sich die Qualität der politischen Argumentation über die letzten Jahre verändert? Hintergedanke: Die meisten Studien, von denen in diesem Kapitel berichtet wird, sind aus den 80er-Jahren. Die Resultate weisen einen höheren Anteil an Transaktivität vor. Könnte es sein, dass das Thema „Politiker aus der Schweiz versus Politiker aus Deutschland“ nicht dasjenige ist, was es weiterhin zu bearbeiten gilt, sondern vielmehr das generelle Abnehmen des Eingehens auf die Argumente anderer Menschen?

8 LITERATURVERZEICHNIS

Alemann, U. von (1994) *Grundlagen der Politikwissenschaft. Ein Wegweiser*. Opladen: Leske und Budrich.

Alemann, U. von (2000) *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Leske und Budrich.

Abromeit, H. (1993) *Interessenvermittlung zwischen Konkurrenz und Konkordanz*. Opladen: Leske und Budrich.

Alexy, R. (1978) Eine Theorie des praktischen Diskurses. In: Oelmüller, W. (Hg) *Materialien zur Normendiskussion, Bd. 2: Normenbegründung, Normendurchsetzung*. Paderborn: Schöningh, S. 22-58.

Almond, G. and Powell, G.B. jr. (1966) *Comparative Politics. A developmental approach*. Boston, Toronto: Little, Brown and company.

Althof, W.; Garz, D. und Zutavern, M. (1988) Heilige im Urteilen, Halunken im Handeln? Lebensbereiche, Biographie und Alltagsmoral. In: *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie*, 8. Jahrgang, Heft 3, S. 162-181.

Althof, W. (1990) *Moralische Entwicklung, sozial-kognitive Entwicklung, Ich-Entwicklung. Theorieelemente zur Ontogenese menschlicher Handlungsfähigkeit*. Unveröffentlichte Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Universität Freiburg, Schweiz, Band 2.

Althof, W. (1997²) *Lawrence Kohlberg. Die Psychologie der Moralentwicklung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Antaki, Ch.; Billig, M.; Edwards, D. and Potter, J. (2002) *Discourse Analysis Means Doing Analysis: A Critique of Six Analytic Shortcomings*.
<http://www.shu.ac.uk/daol/articles/open/2002/002/antaki2002002-paper>.

Apel, K.-O. (1992) Diskursethik vor der Problematik von Recht und Politik: Können die Rationalitätsdifferenzen zwischen Moralität, Recht und Politik selbst noch durch die Diskursethik normativ-rational gerechtfertigt werden? In: Apel, K.-O. und Kettner, M. (Hg.) *Zur Anwendung der Diskursethik in Politik, Recht und Wissenschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 29-61.

Apel, K.-O. und Kettner, M. (1992a) *Zur Anwendung der Diskursethik in Politik, Recht und Wissenschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Apel, K.-O. und Kettner, M. (1996) *Die eine Vernunft und die vielen Rationalitäten*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Arendt, H. (1998) *Vom Leben des Geistes. Das Denken – Das Wollen*. München, Zürich: Piper.

Arendt, H. (1999¹¹) *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München, Zürich: Piper.

Aristoteles (1976) *Topics*. Trans. E.S. Forster. London: Loeb Classical Library.

Aristoteles (1980) *Rhetorik*. Übersetzt, mit einer Bibliographie, Erläuterungen und einem Nachwort von Franz G. Sivecke. München: Fink.

Arnold, S.R.; Fuhrmeister, Ch. und Schiller, D. (1998) Hüllen und Masken der Politik. Ein Aufriß. In: Arnold, S.R.; Fuhrmeister, Ch. und Schiller, D. (Hg.) *Politische Inszenierung im 20. Jahrhundert: Zur Sinnlichkeit der Macht*. Wien, Köln, Weimar: Böhlau, S. 7-24.

Baake, D. (1999) Medienkompetenz als zentrales Operationsfeld von Projekten. In: Baake, D. et al. (Hg.) *Handbuch Medienkompetenz. Modelle und Projekte*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 31-35.

Baker-Brown, G; Ballard, E.J.; Bluck, S.; de Vries, B.; Suedfeld, P. and Tetlock, P.E. (1986) *Scoring manual for integrative complexity*. Unpublished Manuscript, University of British Columbia, Vancouver, B.C.

Barber, B. (1994) *Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen*. Hamburg: Rotbuch Verlag.

Bächtiger, A.; Spörndli, M. and Steiner, J. (2001) The Consociational Theory and Deliberative Politics. A Conceptual Framework for a Cross-National Analysis. In: Books, S. (Ed.) *Conflict and Compromise in Pluralistic Democracies. Essays in Honour of Kenneth D. McRae*. Westport, Connecticut: Praeger.

Beck, U. (1986) *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Beck, U. und Beck-Gernsheim, E. (1994) *Risikante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften*. Frankfurt a.M. : Suhrkamp.

Bellers, J. und Kipke, R. (1999³) *Einführung in die Politikwissenschaft*. München, Wien: R. Oldenbourg Verlag.

Berkowitz, M.W. und Gibbs, J.C. (1979) *A preliminary manual for coding transactive features of dyadic discussion*. Unpublished manuscript. Marquette University: Milwaukee/Wiscon.

Berkowitz, M.W.; Gibbs, J.C. and Broughton, J.M. (1980) The relation of moral judgment stage disparity to developmental effects of peer dialogues. *Merrill-Palmer Quarterly*, Vol. 26, S. 341-357.

Berkowitz, M.W. (1981) A critical appraisal of the educational and psychological perspectives on moral discussion. *Journal of Educational Thought*, Vol. 15. S. 20-33.

Berkowitz, M.W. (1982) *The role of discussion in moral education*. Paper presented at the International Symposium on Moral Education. Freiburg (Switzerland).

Berkowitz, M.W. und Gibbs, J.C. (1983) Measuring the Developmental Features of Moral Discussion. *Merrill-Palmer Quarterly*, Vol. 29, No. 4, 399-410.

Berkowitz, M.W. (1984) *The development of transactive discourse in two cultures*. Proposal. Marquette University: Milwaukee, Wisconsin.

Berkowitz, M.W. and Gibbs, J.C. (1985) The Process of Moral Conflict Resolution and Moral Development. In: Berkowitz, M.G. (Ed.) *Peer Conflict and Psychological Growth*. New Directions for Child Development, 29. San Francisco: Jossey Bass.

Berkowitz, M.G. (1986) Die Rolle der Diskussion in der Moralerziehung. In: Oser, F., Fatke, R. und Höffe, O. (Hg.) *Transformation und Entwicklung. Grundlagen der Moralerziehung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 89-123.

Berkowitz, M.G., Oser, F. und Althof, W. (1987) Stages of Adolescent Interactive Logic. *Paper Presented at the Conference of the Society for Research in Child Development*, Baltimore.

Billig, M. (1991) *Arguing and thinking. A rhetorical approach to social psychology*. Cambridge: Cambridge University Press.

Billig, M. (1996²) *Arguing and thinking. A rhetorical approach to social psychology*. Cambridge: Cambridge University Press.

Billig, M. (1997) Rhetoric and discursive analysis: How families talk about the royal families. In: Hayes, N. (Ed.) *Introduction to Qualitative Methods*. Sussex: Lawrence Erlbaum, S. 39-54.

Blatt, M. und Kohlberg, L. (1975) The effects of classroom moral discussion upon children's level of moral judgment. *Journal of Moral Education*, Vol. 4, S. 129-161.

Bloch, Daniel (2002) *Transaktive Diskussion zwischen altershomogenen Peers. Empirische Untersuchung über den Einfluss von Altersunterschieden auf die Transaktivität in dyadischen Diskussionen zwischen Grundschulkindern*. Lizentiatsarbeit, eingereicht an der philosophischen Fakultät der Universität Freiburg, Schweiz. Unveröffentlichtes Manuskript.

Blum, R. (2003) Politik als permanentes Bilderbuch. In: Bardet, R. (Hg.) *50 Jahre Schweizer Fernsehen. Zum Fernseh'n drängt, am Fernsehen hängt doch alles...*. Baden: Hier und Jetzt, Verlag für Kultur und Geschichte, S. 122-134.

Boner, M.S. und Fontana, Ph.G. (1994) *Brot und Spiele. Der Bundesrat in der Arena. Neue Formen der politischen Kommunikation: Ein Fallbeispiel aus der aktuellen Medienlandschaft*. Unveröffentlichte Facharbeit, eingereicht am Institut für Medienwissenschaften der Universität Bern.

Bonfadelli, H. (1994) Mehr Programme = mehr Unterhaltung? In: Bosshart, L. und Hoffmann-Riem, W. (Hg.) *Medienlust und Mediennutz: Unterhaltung als öffentliche Kommunikation*. München: Oelschläger, S. 248-266.

Bosshart, L. (1996) Kommunikationswissenschaftliche Aspekte. In: UNESCO-Schweiz (Hg.) *Mehr Medien-Spektakel – weniger Polit-Kultur?* Kolloquium Bern: Schlussbericht, S. 57-70.

Brettschneider, F. (1997) Massenmedien und politische Kommunikation. In: Gabriel, O.W. und Holtmann, E. (Hg.) *Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland*. München Wien: R. Oldenbourg, S. 557-595.

Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (Stand am 15. Juli 2003). Bezogen vom Bundesamt für Bauten und Logistik BBL. Materialnummer 862502500101.4.D.

Cantor, N.; Mischel, W. and Schwartz, J. (1982) Social knowledge: structure, content, use and abuse. In: Hastorf, A.H. and Isen, A.M. (Eds.) *Cognitive Social Psychology*. New York : Elsevier.

Cap, P. (2002) *Explorations in Political Discourse. Methodological and Critical Perspectives*. Frankfurt a.M.: Peter Lang.

Carbó, T. (1992) Towards an Interpretation of Interruptions in Mexican Parliamentary Discourse (1920-1960). *Discourse and Society*, Vol. 3 (1), pp. 25-45.

Casson, R.W. (1983) Schemata in cognitive anthropology. *Annual Review of Anthropology*, 12, p. 429–462.

Cicero (1942) *De Oratore*. Translation E.W. Sutton. London: Loeb Classical Library.

Cicero (1959) *De Inventione*. Translation H.M. Hubbell. London: Loeb Classical Library.

Chambers, S. (1995) Discourse and Democratic Practices. In: White, S.K. (ed.) *The Cambridge Companion to Habermas*. Cambridge: Cambridge University Press.

Chambers, S. (1999) Reasonable Democracy. Jürgen Habermas and the Politics of Discourse. Ithaca: Cornell University Press.

Chilton, P.A. and Schäffner, Ch. (2002) *Politics as Text and Talk. Analytic approaches to political discourse*. Amsterdam, Philadelphia: John Benjamins Publishing Company.

Colby, A.; Kohlberg, L.; Fenton, E.; Speicher-Dubin, B. and Liebermann, M. (1977) Secondary school moral education discussion programmes led by social studies teachers. *Journal of Moral Education*, Vol. 6, S. 90-111.

Conroy, J.C. (2003) “What rough beast...”. On reading Arendt after the Twin Towers. In: Peters, M.; Lankshear, C. and Olssen, M. (Eds.) *Critical theory and the human condition: founders and praxis*. New York: Peter Lang. Paper delivered to the 27th annual conference of the Association of Moral Education, UBC/Simon-Fraser University-Vancouver.

Dahlgreen, P. (1995) *Television and the Public Sphere. Citizenship, Democracy and the Media*. London: Sage.

Damon, W. (1980) Pattern of change in children’s social reasoning: A two-year longitudinal study. *Child Development*, 51, pp. 1089-1102.

Damon, W. and Killen, M. (1982) Peer Interaction and the Process of Change in Children’s Moral Reasoning. *Merrill-Palmer Quarterly*, Vol. 28, No. 3, pp. 347-367.

Deutsch, M. (1969) Conflicts: Productive and destructive. *Journal of Social Issues*, 25, pp. 7-41.

- Dewey J. und Bentley, A.F. (1949) *Knowing and the known*. Boston: Beacon Press.
- Dichanz (1998) *Medienforschung. Konzepte, Themen, Ergebnisse*. Bonn : Bundeszentrale für Politische Bildung.
- van Dijk, T.A. and Kintch, W. (1983) *Strategies of Discourse Comprehension*. London: Academic Press.
- van Dijk, T.A. (1989) Structures of Discourse and Structures of Power. In: Anderson, J.A. (Ed.) *Communication Yearbook 12*. Newbury Park, CA: Sage, pp. 18-59.
- Doise, W. et Mugny, G. (1981) *Le développement social de l'intelligence*. Paris: Inter-Editions.
- Dörner, A. (2001) *Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Drosdowski, G.; Müller, W.; Scholze-Stubenrecht und Wermke, M. (1990⁵) *Duden. Das Fremdwörterbuch*. Band 5. Mannheim, Wien, Zürich: Dudenverlag.
- Dyer, R. (1981) Entertainment and Utopia. In: Altman, R. (Ed.) *Genre: The Musical. A Reader*. London: Routledge, pp. 175-189.
- Easton, D. (1965) *A systems analysis of political life*. New York: Wiley.
- Edelman, M. (1977) *Political Language*. New York: Academic Press.
- Edwards, D. (1997) *Discourse and cognition*. London: Sage.
- Festinger, L. (1957) *A Theory of Cognitive Dissonance*. Stanford: Stanford University Press.
- Fisher, A. (1997) *Jugend '97. Zukunftsperspektiven, Gesellschaftliches Engagement, Politische Orientierungen*. Opladen: Leske und Budrich.
- Fiske, J. (1996) *Media Matters, Race and Gender in U.S. Politics*. Überarbeitete Auflage. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Flick, U. (2002) *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung*. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 293-295.
- Flick, U.; von Kardorff, E. und Steinke, I. (Hg.) *Qualitative Sozialforschung. Ein Handbuch*. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Flusser, V. (1992) *Die Schrift. Hat Schreiben Zukunft?* Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Fölsch, (1988) Verblasst die Lehrerpersönlichkeit? *DOS 3*, S. 290-298.
- Foucault, M. (1972) *The Archaeology of Knowledge*. London: Travistock.
- Fraenkel, J.R. (1977) *How to teach about values*. Prentice-Hall: Englewood Cliffs, N.J.

Friedrich, C.J. (1966) *Demokratie als Herrschafts- und Lebensform*. Heidelberg: Quelle und Meyer.

Früh, W. (1994) *Realitätsvermittlung durch Massenmedien: Die permanente Transformation der Wirklichkeit*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Gadamer, H.-G. (1975) *Truth and Method*. London: Sheed and Ward.

Gage, N.L. und Berliner, D.C. (1986⁴) *Pädagogische Psychologie*. Beltz: Psychologie Verlags Union.

Gamson, W.A. (1992) *Talking Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.

Garz, D. (1999) *Moralisches Urteil und Handeln*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Gastil, J. (1992) Undemocratic discourse: a review of theory and research on political discourse. *Discourse and Society*, Vol. 3(4), pp. 469-500.

Geis, M.L. (1987) *The Language of Politics*. New York : Springer.

Gendron, B. (1986) Theodor Adorno Meets the Cadillacs. In: Modleski, T. (Ed.) *Studies on Entertainment. Critical Approaches to Mass Culture*. Bloomington/Indianapolis, pp. 18-36.

Genette, G. (1966) *Figures*. Paris: Seuil.

Gibbs, J.C.; Schnell, S.V.; Berkowitz, M.W. and Goldstein, D.S. (1984) *Relations Between Formal-operational Reasoning and Logical Modes of Social Conflict Resolution*. Unveröffentlichtes Manuskript, Ohio State University, Columbus, Ohio.

Giegel, H.-J. (1992) *Kommunikation und Konsens in modernen Gesellschaften*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Gilbert, G.N. and Mulkay, M. (1984) *Opening Pandora's Box: A Sociological Analysis of Scientist's Discourse*. Cambridge: Cambridge University Press.

Giles, H. (1977) *Language, Ethnicity and Intergroup Relations*. London: Academic Press.

Gleichauf, I. (2000) *Hannah Arendt*. München: Dtv.

Graber, D.A. (1981) 'Political languages'. In: Nimmo, D. and Sanders, K. (Eds.) *Handbook of Political Communication*. Beverly Hills, CA: Sage, pp. 195-224.

Grimm, D. (1987) Die Parteien im Verfassungsrecht: Doppelrolle zwischen Gesellschaft und Staat. In: Haungs, P. und Jesse, E. (Hg.) *Parteien in der Krise?* Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S. 132f.

Gross, P. (1994) *Die Multioptionsgesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Gulliver, P.H. (1979) *Disputes and negotiations. A cross-cultural perspective*. New York: Academic Press.

Gutmann, D. und Thompson, A. (1996) *Democracy and Disagreement*. Cambridge, MA and London: The Belknap Press of Harvard University Press.

Gutmann, A. und Thompson, D. (1999) Democratic Disagreement. In: Macedo, S. (Ed.) *Deliberative Politics. Essays on Democracy and Disagreement*. New York, Oxford: Oxford University Press, pp. 243-279.

Gripp, S. (1984) *Jürgen Habermas. Und es gibt sie doch – Zur kommunikationstheoretischen Begründung von Vernunft bei Jürgen Habermas*. Paderborn: UTB Schöningh.

Habermas, J. und Luhmann, N. (1971) *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie: Was leistet die Systemforschung?* Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Habermas, J. (1972) Wahrheitstheorien. In: Habermas, J. (Hg.) *Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 127ff.

Habermas, J. (1974) Zur Logik des theoretischen und praktischen Diskurses. In: Riedel, M. (Hg.) *Rehabilitierung der praktischen Philosophie*, Bd. II. Freiburg i.Br.: Rombach, S. 381-402.

Habermas, J. (1981) *Theorie des kommunikativen Handelns* (Bd. 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung; Bd. 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Habermas, J. (1983) *Moralbewußtsein und kommunikatives Handeln*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Habermas, J. (1984) *Theory of communicative action*. Vol. 1. Reason and Rationality in Society. (McCarthy, T., Trans.) Boston: Beacon.

Habermas, J. (1986) Moralität und Sittlichkeit. Treffen Hegels Einwände gegen Kant auch auf die Diskursethik zu? In: Kuhlmann, W. (Hg.) *Moralität und Sittlichkeit. Das Problem Hegels und die Diskursethik*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S.16-37.

Habermas, J. (1990) Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchung zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft (Neuaufgabe mit aktualisiertem Vorwort). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Habermas, J. (1992) *Faktizität und Geltung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Habermas, J. (1996) *Die Einbeziehung des Anderen: Studien zur politischen Theorie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Hall, St. (1980) Encoding/Decoding. In: Hall, St. et al. (ed.) *Culture, Media, Language. Working papers in Cultural Studies, 1972-1979*. London. Hutchinson.

Harris, R. (1980) *The Language Makers*. London: Methuen.

Harré, Rom (1979) *Social Being*. Oxford: Basil Blackwell.

Harvey, O.J.; Hunt, D.E.; Schroder, H.M. (1961) *Conceptual systems and personality organization*. New York: Wiley.

Heid, H. (1991) Problematik einer Erziehung zur Verantwortungsbereitschaft. *Neue Sammlung*, 31 (3), S. 459-481.

Henrich, R. (1993) Politik und Memesis. Von der medialen Ästhetik der Erlebnisgesellschaft. *Die Drei*, 9, S. 671-694.

Heringer, H.J. (1990) „Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort“. Politik, Sprache, Moral. München: Beck'sche. Reihe.

Hoffmann, J. (1998) Glossar. In: Sarcinelli, U. (Hg.) *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur*. Opladen, Wiesbaden: Westdeutschverlag, S. 431-439.

Höffe, O. (1979) *Ethik und Politik. Grundmodelle und -probleme der praktischen Philosophie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Honneth, A. (1998²) *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 146f.

Horkheimer, M. und Adorno, Th.W. (1947) *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Frankfurt a.M. 1971: Fischer Taschenbuch Verlag.

Hösle, V. (1997) *Moral und Politik. Grundlagen einer politischen Ethik für das 21. Jahrhundert*. München: Verlag C.H. Beck.

Jarren, O. et al. (1994²) Parteiintern – Medien und innerparteiliche Entscheidungsprozesse. Die Nachfolge Genschers und die Kür Engholms zum SPD-Kanzlerkandidaten. In: Donsbach, W. et al. (Hg.) *Beziehungsspiele – Medien und Politik in der öffentlichen Diskussion: Fallstudien und Analysen*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, S. 159-200.

Jarren, O. und Arlt, H.-J. (1997) Kommunikation – Macht – Politik. Konsequenzen der Modernisierungsprozesse für die politische Öffentlichkeitsarbeit. In: *WSI Mitteilungen*, 7/1997, S. 480-486.

Jarren, O. und Donges, P. (2000) *Medienregulierung durch die Gesellschaft? Eine steuerungstheoretische Studie mit Schwerpunkt Schweiz*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Johnson, S. and Suhr, S. (2003a) From 'politically correct councillors' to 'Blairite nonsense': discourse of 'political correctness' in three British newspapers. *Discourse and Society*, 14, 1, pp. 29-48.

Johnson, S. and Suhr, S. (2003b) From 'political correctness' to 'politische Korrektheit': discourse of 'PC' in the German newspaper Die Welt. *Discourse and Society*, 14, 1, pp. 49-68.

Johnston, A. (1990) Selective bibliography of political communication., 1982-1988. In: Swanson, D.L. and Nimmo, D. (Eds.) *New directions in political communication – a resource book*, Newbury Park: Sage, pp.363-389.

Kant, I. (1968) *Abhandlungen nach 1781*. Akademie-Textausgabe, Band VIII. Berlin: De Gruyter.

Keller, M. (1976) *Kognitive Entwicklung und soziale Kompetenz. Zur Entstehung der Rollenübernahme in der Familie und ihre Bedeutung für den Schulerfolg*. Stuttgart: Klett.

Keller, M. and Reuss, S. (1985) The process of moral decision-making. Normative and empirical conditions of participation in moral discourse. In: Berkowitz, M.W. and Oser, F. (Eds.) *Moral education: Theory and application*. Hillsdale, NJ: Erlbaum.

Keller, R.; Hirsland, A.; Schneider, W. und Viehöver, W. (2001) Zur Aktualität sozialwissenschaftlicher Diskursanalyse – Eine Einführung. In: Keller, R.; Hirsland, A.; Schneider, W. und Viehöver, W. (Hg.) *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden*. Opladen: Leske und Budrich, S. 7-27.

Kenny, D.A.; Kashy, D.A. and Bolger, N. (1998⁴) Data analysis in social psychology. In: Gilbert, D.T.; Fiske, S.T. and Lindzey, G. (ed.) *The handbook of social psychology*. New York and Oxford: Oxford University Press, Chapter Six, p. 233-265.

Kepplinger, H.M. (1985) Systemtheoretische Aspekte politischer Kommunikation. *Publizistik* 30, S. 247-264.

Kepplinger, H.M. (1987) *Darstellungseffekte. Experimentelle Untersuchung zur Wirkung von Pressefotos und Fernsehfilmen*. Freiburg i.B.: Alber.

Kettner, M. (1992) Einleitung: Drei Dilemmata angewandter Ethik - Die Beiträge im Kontext. In: Apel, K.-O. und Kettner, M. (Hg.) *Zur Anwendung der Diskursethik in Politik, Recht und Wissenschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 9-28.

Kiefer, M.L. (1999) Hörfunk- und Fernsehnutzung. In: Wilke, J. (Hg.) *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn u.a.: Böhlau, S. 426-447.

Klages, H. (1984) *Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen*. Frankfurt a.M., New York u.a.: Campus Verlag.

Kohlberg, L.; Lewine, Ch. und Hower, A. (1997²) Zum gegenwärtigen Stand der Moralstufen (zuerst in 1984) In: Kohlberg, L. (Ed.) *Die Psychologie der Moralentwicklung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 217-372.

Kopperschmidt, J. (2000) *Argumentationstheorie zur Einführung*. Hamburg: Junius.

Krappmann, L. (1975⁴) *Soziologische Dimension der Identität*. Stuttgart: Klett.

Krettenauer, T. (1999) *Epistemische Entwicklung und moralisches Commitment*. Vortrag gehalten auf der 14. Tagung Entwicklungspsychologie, 12.-16. September, Fribourg, Schweiz.

Kriesi, H. (1980) *Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse in der Schweizer Politik*. Frankfurt a.M., New York: Campus Verlag.

- Kriesi, H. et al. (1995) *Le clivage linguistic: Problèmes de compréhension entre les communautés linguistique en Suisse*. Rapport pour la Chancellerie fédérale, l'Office fédérale de la statistique et l'Office fédérale de la culture. Genf : Département de science politique, Université de Genève.
- Kriz, J. ; Nohlen, J. und Schultze, R.-O. (1994) *Politikwissenschaftliche Methoden*. Lexikon der Politik, Band 2. München: Beck.
- Kruger, A. and Tomasello, M. (1986) Transactive Discussion with Peers and Adults. *Developmental Psychology*, Vol. 22, No. 5, pp. 681-685.
- Kruger, A. C. (1992) The Effect of Peer and Adult-Child-Transactive Discussions on Moral Reasoning. *Merrill-Palmer Quarterly*, Vol. 38, No. 2, pp.191-211.
- Kuhn, D. (1991) *The skills of argument*. New York: Cambridge University Press.
- Ladner, A. (1999) Das Schweizer Parteiensystem und seine Parteien. In: Klöti, U.; Knoepfel, P.; Kriesi, H. und Linder, W. Papadopoulos (Hg.) *Handbuch der Schweizer Politik. Manuel de la politique suisse*. Zürich : NZZ Verlag, S. 213-259.
- Lafitte, P. (1987) *Les institutions de démocratie directe en Suisse au niveau local*. Lausanne: Cahiers de l'IDHEAP no 34.
- Lane, J.-E. and Ersson, S. (1999⁴) *Politics and Society in Western Europe*. London, Thousand Okas, New Delhi: Sage.
- Lasswell, H.D. (1948) The structure and function of communication in society. In: Bryson, L. (Ed.) *The communication of ideas: a series of addresses*. New York: Institut for religious and social studies, pp. 37-51.
- Lasswell, H.D. (1949) The Language of Power. In: Lasswell, H.; Leites, N. and Associates (Eds.) *Language of Politics*. Cambridge: Cambridge University Press, pp. 3-19.
- Leadbeater, B. (1986) *Qualitative and developmental differences in the relational process of adolescent and adult dialogues: The dialectic of intersubjectivity*. Unpublished dissertation, Columbia Teachers College, New York.
- Leadbeater, B.J. (1988) Relational Processes in Adolescent and Adult Dialogues: Assessing the Intersubjective Context of Conversation. *Human Development* 31, pp. 313-326.
- Lehmbruch, G. (1992) Konkordanzdemokratie. In: Schmidt, M.G. (Hg.) *Lexikon der Politik*, Bd. 3: Die westlichen Länder. München: C.H. Beck, S. 206-211.
- Lehmbruch, G. (1993) Consociational Democracy and Corporatism in Switzerland. *The Journal of Federalism*, Vol. 23, Nr. 2, pp. 43-60.
- Lempert, W. (1988) *Moralisches Denken. Seine Entwicklung jenseits der Kindheit und seine Beeinflubarkeit in der Sekundarstufe II*. Essen: Neue Deutsche Schule.
- Levinson, S. (1983) *Pragmatics*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Lijphart, A. (1989) Democratic Political Systems, Types, Cases, Causes, and Consequences. *Journal of Theoretical Politics*, 1, pp. 33-48.
- Lijphart, A. (1991) Constitutional Choices for new Democracies. *Journal of Democracy*, 2, Nr. 1, pp. 72-84.
- Lijphart, A. (1993) Consensual Democracy. In: Krieger, J. (Ed.) *Parliamentary versus Presidential Government*. Oxford, pp. 188-189.
- Lijphart, A. (1999) *Patterns of democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. New Haven, London: Yale University Press.
- Linder, Wolf (2003³) Das politische System der Schweiz. In: Ismayr, W. (Hg.) *Die politischen Systeme Westeuropas*. Opladen: Leske und Budrich.
- Ludz, U. und Sontheimer, K. (1993) *Hannah Arendt. Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlaß*. München, Zürich: Piper.
- Luhmann, N. (1988²) *Ökologische Kommunikation*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Lukes, S. (1990) Die Prinzipien von 1989. *Frankfurter Hefte*, 5, S. 438-448.
- Lyotard (1989²) *Der Widerstreit*. München: Fink.
- MacIntyre, A. (1987) Der Verlust der Tugend. Zur moralischen Krise der Gegenwart. Frankfurt u.a.: Campus Verlag.
- Maitland, K.A. und Goldman, J.R. (1974) Moral judgment as a function of peer group interaction. *Journal of Personality and Social Psychology*, Vol. 30, pp. 699-704.
- Manin, B. (1987) On Legitimacy and Deliberation. *Political Theory* 15, pp. 338-368.
- Mead, G.H. (1934) *Mind, Self and Society*. Chicago: University of Chicago Press.
- Meier, Ch.; Maier, H.; Koselleck, R. (1972) Demokratie. In: Brunner, O.; Conze, W. und Koselleck, R. (Hg.) *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 1*. Stuttgart: Klett-Cotta, S. 821-899.
- Mead, G.H. (1968) *Geist, Identität und Gesellschaft*. Frankfurt: Suhrkamp (Original:1934)
- Mead, G.H. (1973) *Geist, Identität und Gesellschaft*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Meier, Ch. (1989²) *Die Entstehung des Politischen bei den Griechen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Mergenthaler, E. (1989²) *Die Transkription im Gespräch. Eine Zusammenstellung von Regeln mit einem Beispieltranskript*. Ulm: Ulmer Textbank.
- Meyer, Th. (1992) *Die Inszenierung des Scheins. Voraussetzungen und Folgen symbolischer Politik. Essay-Montage*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Meyer, Th. (1994) *Die Transformation des Politischen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Meyer, Th.; Ontrup, R. und Schicha, Ch. (2000) *Die Inszenierung des Politischen. Zur Theatralität von Mediendiskursen*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Meyer, Th. (2001a) *Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch das Mediensystem*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Meyer, Th. (2001b) Inszenierte Politik und politische Rationalität. In: Korte, K.-R. und Weidenfeld, W. (Hg.) *Deutschland-Trend Buch. Fakten und Orientierungen*. Opladen: Leske und Budrich.
- Miller, M. (1980a) Zur Ontogenese moralischer Argumentationen. *Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik*, 38/39, S. 58-97.
- Miller, M. (1980b) *Argumentationen als moralische Lernprozesse*. Manuskript des Vortrages auf dem 20. Soziologentag, Bremen: 16.-20. September.
- Miller, M. (1981a) *Interpretatives Paradigma und die empirische Untersuchung der Ontogenese kollektiver moralischer Denkmuster*. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Miller, S.A. (1981b) Conceptions of numbers. *The Genetic Epistemologist*, Vol. 10, pp. 1-3.
- Miller, M. (1984a) *Kollektive Lernprozesse – Studien zur Ontogenese kommunikativen Handelns*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Miller, M. (1984b) Die Ontogenese koordinierten Dissens. In: Edelstein, W. und Habermas, J. (Hg.) *Soziale Interaktion und soziales Verstehen. Beiträge zur Entwicklung der Interaktionskompetenz*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 220-250.
- Montada, L. (1995³) Die geistige Entwicklung aus der Sicht Jean Piagets. In: Oerter, R. und Montada, L. (Hg.) *Entwicklungspsychologie. Ein Lehrbuch*. Weinheim: Beltz, S. 518-560.
- Moss, P. (1985) Rhetoric of Defence in the United States: Language, Myth, and Ideology. In: Chilton, P. (Ed.) *Language and the Nuclear Arms Debate: Nukespeak Today*. London: Frances Pitter, pp. 45-64.
- Müller, A.W. (1995) Demokratie – ein pädagogischer Leitbegriff? In: Koch, L.; Marotzki, W. und Peukert, H. (Hg.) *Erziehung und Demokratie*. Weinheim: Deutscher Studien Verlag, S. 123-168.
- Münch, R. (1992²) *Dialektik in der Kommunikationsgesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Münch, R. (1995) *Dynamik der Kommunikationsgesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Nabholz, R. (1998) Das Wahlverhalten in der Schweiz: Stabilität oder Wandel? Eine Trendanalyse von 1971-1995. In: Kriesi, H.; Linder, W. und Klöti, U. (Hg.) *Schweizer Wahlen 1995. Ergebnisse der Wahlstudie Selects*. Bern: Haupt, S. 17-43.

- Neidhardt, F. (1994) Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegung. In: Ders. (Hg.) *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegung*. (= Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34). Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 7-41.
- Nohlen, D.; Schulze, R.-O. und Schüttemeyer, S.S. (1998) *Lexikon der Politik. Band 7, Politische Begriffe*. München: Verlag C.H. Beck.
- Nohlen, D. (2001) *Kleines Lexikon der Politik*. München: C.H. Beck.
- Oser, F. (1981) *Moralisches Urteil in Gruppen. Soziales Handeln. Verteilungsgerechtigkeit*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Oser, F. (1983) Strukturen und Ebenen des moralischen Diskurses. In: Lind, G., Hartmann, H. und Wakenhut, R. (Hg.) *Moralisches Urteilen und soziale Umwelt. Theoretische, methodologische und empirische Untersuchungen*. Basel: Beltz, S. 137-151.
- Oser, F. (1987) Das Wollen, das gegen den eigenen Willen gerichtet ist: Über das Verhältnis von Urteil und Handeln im Bereich Moral. In: Heckhausen, H.; Gollwitzer, P.M. und Weinert, F. E. (Hg.) *Jenseits des Rubikon. Der Wille in den Humanwissenschaften*. Berlin: Springer Verlag.
- Oser, F. (1998) *Ethos – die Vermenschlichung des Erfolgs. Zur Psychologie der Berufsmoral von Lehrpersonen*. Opladen: Leske und Budrich.
- Pancer, S.M. ; Hunsberger, B. Pratt, M.W. ; Boisvert, S. and Roth, D. (1992) Political Roles and the Complexity of Political Rhetoric. *Political Psychology*, Vol.13, No. 1, pp. 31- 43.
- Papadopoulos, Y. (1991) Quel rôle pour les petits partis dans la démocratie directe ?, *Annuaire suisse de science politique*, 31, p. 131-150.
- Parker, I. (2000) Die diskursanalytische Methode. In: Flick, U.; von Kardorff, E. und Steinke, I. (Hg.) *Qualitative Sozialforschung. Ein Handbuch*. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 546-556.
- Perelman, Ch. (1979) *The New Rhetoric and the Humanities*. Dordrecht: D. Reidel.
- Perelman, Ch. (1980) *Das Reich der Rhetorik: Rhetorik und Argumentation*. München: Beck.
- Perret-Clermont, A. (1980) Social interaction and cognitive development in children. *European Monographs in Social Psychology*. London: Academic Press.
- Perry, W.G. (1970) *Form of intellectual and ethical development in the college years: A scheme*. New York: Holt, Rinehart and Winston.
- Petty, R.E. und Krosnick, J.A. (1995) *Attitude Strength. Antecedents and Consequences*. Mahwah: Erlbaum.
- Piaget, J. (1924) *Le jugement et le raisonnement chez l'enfant* (auf Deutsch: *Urteil und Denkprozeß des Kindes*. Frankfurt a.M.: Ullstein, 1981)
- Piaget, J. (1965; orig.1932) *The moral judgement of the child*. New York: Free Press.

Piaget, J. und Inhelder, B. (1977) *Von der Logik des Kindes zur Logik des Heranwachsenden. Essay über die Ausformung der formalen operativen Strukturen.* Olten: Walter-Verlag.

Piaget, J. (1983 orig. 1923) *Sprechen und Denken des Kindes.* Frankfurt a.M.: Ullstein.

Plasser, F. (1985) Elektronische Politik und politische Technostruktur reifer Industriegesellschaften. Ein Orientierungsversuch. In: Plasser, F.; Ultram, P.A. und Welan, M. (Hg.) *Demokratierituale.* Wien u.a.: VERLAG.

Postmann, N. (1985) *Wir amüsieren uns zu Tode. Urteilsbildung im Zeitalter der Unterhaltungsindustrie.* Frankfurt a.M.: S.Fischer.

Potter, J. und Wetherell, M. (1987) *Discourse and Social Psychology. Beyond attitudes and Behaviour.* London: Sage Publications.

Potter, J. (1998) Discursive social psychology: From attitudes to evaluations. *European Review of Social Psychology*, 9, pp. 233-266.

Potter, J. (2001) Diskursive Psychologie und Diskursanalyse. In: Keller, R.; Hirsland, A.; Schneider, W. und Viehöver, W. (Hg.) *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden.* Opladen: Leske und Budrich, S. 313-334.

Powers, S.I. (1982) *Family Interaction and Parental Moral Development as a Context for Adolescent Moral Development.* Unveröffentlichte Dissertation, Harvard University, Cambridge.

Powers, S.I.; Hauser, S.T.; Schwartz, J.M.; Noam, G.G. and Jacobson, A.M. (1983) Adolescent ego development and family interaction: A structural-developmental perspective. In: Grotevant, H.D. und Cooper, C.R. (Eds.) *New Directions for child development: Adolescent development in the family*, No.22, pp. 5-25. San Francisco: Jossey-Bass.

Powers, S.I. (1988) Moral judgement development within family. *Journal of Moral Education*, 17, pp. 209-219.

Reese-Schäfer, W. (1994²) *Jürgen Habermas.* Frankfurt a.M.: Campus.

Rest, J. (1980) Developmental psychology and value education. In: Munsey, B. (Ed.) *Moral development, moral education, and Kohlberg: Basic issues in philosophy, psychology, religion, and education.* Birmingham, Ala.: Religious Education Press.

Reichenbach, R. (1994) *Moral, Diskurs und Einigung. Zur Bedeutung von Diskurs und Konsens für das Ethos des Lehrerberufs.* Frankfurt a.M.: Lang.

Reichenbach, R. (2000) „Es gibt Dinge, über die man sich einigen kann, und wichtige Dinge.“ Zur pädagogischen Bedeutung des Dissenses, *Zeitschrift für Pädagogik*, 46. Jg., Nr.6, S. 796-807.

Reichenbach, R. (2001a) *Demokratisches Selbst und dilettantisches Subjekt. Demokratische Bildung und Erziehung in der Spätmoderne.* Münster u.a.: Waxman.

Reichenbach, R. (2001b) Die Arena der Weltlichkeit: Hannah Arendt als Pädagogin des Öffentlichen. *Vierteljahresschrift für wissenschaftliche Pädagogik*. 77. JG., 2. Quartal. Kamp GMBH: Wien.

Ritzel, W. (1973) *Pädagogik als praktische Wissenschaft*. Heidelberg: Quelle und Meyer.

Sartori, G. (1992) *Demokratietheorie*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Santolupo, S. und Pratt, M. (1994) Age, Gender, and Parenting Style Variations in Mother-Adolescent Dialogues and Adolescent Reasoning about Political Issues. *Journal of Adolescent Research*, Vol. 29, No. 2, pp. 241-261.

Sarcinelli, U. (1998) Parteien- und Politikvermittlung: Von der Parteien- zur Mediendemokratie? In: Sarcinelli, U. (Hg.) *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur*. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 273-296.

Sartori, G. (1976) *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis*, Vol. I. Cambridge: Cambridge University Press.

Saxer, U. (1998) Zur Sozialisationswirkung von Zeitungen: Wirkungstheoretische Bemerkungen anstelle einer Einleitung. In: Imhof, K. et al. (Hg.) *Vom Kalten Krieg zur Kulturrevolution: Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der 50er und 60er Jahre*. Zürich: Seismo, S. 5-23.

Schank, R.C. (1981) Language and memory. In: Norman, D.A. (Ed.) *Perspectives on Cognitive Theory*. New Jersey: Lawrence Erlbaum.

Schauer, F. (1999) Talking as a Decision Procedure. In: Macedo, S. (Ed.) *Deliberative Politics. Essays on Democracy and Disagreement*. New York, Oxford: Oxford University Press, pp. 17-27.

Schildknecht, Sr. Madeleine (1984) *Entwicklung von Argumentationsstrategien in moralischen und religiösen Diskussionen*. Schriftliche Arbeit zur Erlangung des Grades eines Lizentiats der philosophischen Fakultät der Universität Freiburg (Schweiz). Unveröffentlichtes Manuskript.

Schmidt, M.G. (1997) *Demokratietheorien. Eine Einführung*. Opladen: Leske und Budrich.

Schmidt, M.G. (2000³) *Demokratietheorien*. Opladen: Leske und Budrich.

Schneider, G. und Hess, C. (1995) Die innenpolitische Manipulation der Außenpolitik: Die Logik von Ratifikationsdebatten in der Demokratie, *Schweizerische Zeitschrift für politische Wissenschaft*, 1(2-3), S. 93-111.

Schütz, A. (1971) *Gesammelte Aufsätze, Band 1: Das Problem der sozialen Wirklichkeit*. Den Haag: Nijhoff.

Schütz, A. (1999) Selbstdarstellung in der Politik: Techniken und ihre Wirkung. In: Winterhoff-Spurk, P. und Jäckel, M. (Hg.) *Politische Eliten. Rekrutierung – Darstellung – Wirkung*. München: Fischer, S. 105-120.

Schulz, W. (1997) *Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung zur Rolle der Massenmedien in der Politik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Schulze, G. (1992) *Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart*. Frankfurt a.M. u.a.: Campus Verlag.

Schulz von Thun, F. (1981) *Miteinander reden 1: Störungen und Klärungen. Allgemeine Psychologie der Kommunikation*. Reinbeck: Rowohlt.

Shapiro, I. (1999) Enough of Deliberation. Politics is about Interests and Power. In: Macedo, S. (Ed.) *Deliberative Politics. Essays on Democracy and Disagreement*. New York, Oxford: Oxford University Press, pp. 28-38.

Shapiro, M.J. (1981) *Language and Political Understanding*. New Haven, CT: Yale University Press.

Selman, R. L. (1980) *The growth of interpersonal understanding. Developmental and clinical analyses*. New York: Academic.

Selman, R. L. (1984a) *Die Entwicklung des sozialen Verstehens. Entwicklungspsychologische und klinische Untersuchungen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Selman, R. L. (1984b) Interpersonale Verhandlungen. Eine entwicklungstheoretische Analyse. In: Edelstein, W. und Habermas, J. (Hg.) *Soziale Interaktion und soziales Verstehen. Beiträge zur Entwicklung der Interaktionskompetenz*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 113-166.

Sennett, R. (1983) *Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität*. Frankfurt a.M.: Fischer.

Shapiro, M.J. (1981) *Language and Political Understanding*. New Haven, CT: Yale University Press.

Sinclair, J. McH. und Coulthard, M. (1975) *Towards an Analysis of Discourse*. London: Oxford University Press.

Sliwka, A. (2001) *Demokratie Lernen und Leben – Eine Initiative gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Band II. Das anglo-amerikanische Beispiel. Civic Education – Bildung für die Zivilgesellschaft: Ansätze und Methoden aus dem anglo-amerikanischen Raum*. Freudenberg Stiftung: Weinheim.

Sommer, G. und Graf von Westphalen (1999) *Staatsbürgerlexikon. Staat, Politik, Recht und Verwaltung in Deutschland und der Europäischen Union*. München, Wien: R. Oldenbourg.

Sontheimer, K. und Bleek, W. (2002) *Grundzüge des politischen Systems Deutschlands*. Aktualisierte Neuauflage. München: Piper.

Steiner, J.; Bächtiger, A. und Spörndli, M. (2001) *The Real World of Deliberation: Favourable Conditions and Substantive Outcomes*. Paper to be presented at the 1st ECPR General Conference, Canterbury, September 6-8 2001.

Sternberger, D. (1984) *Drei Wurzeln der Politik*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp (und Insel Verlag).

Steinert, H. (1972) *Die Strategien sozialen Handelns: Zur Soziologie der Persönlichkeit und der Sozialisation*. München: Juventa-Verlag.

Studer, P. (2003) Fernsehjournalisten und ihre Bilder von der Wirklichkeit. In: Bardet, R. (Hg.) *50 Jahre Schweizer Fernsehen. Zum Fernseh'n drängt, am Fernsehen hängt doch alles...* Baden: Hier und Jetzt, Verlag für Kultur und Geschichte, S. 55-88.

Stumm, M.-M.(1996) *Unterhaltungstheoreme bei Platon und Aristoteles. Eine Rückkehr zu den Ursprüngen der Diskussion um Funktionen und Wirkungen von Unterhaltungen und der Versuch einer Auswertung fachfremder Literatur als Beitrag zur Klärung des kommunikationswissenschaftlichen Unterhaltungsbegriffs*. Berlin: Vistas-Verlag.

Suedfeld, P.; Tetlock, P.E. and Ramirez, C. (1977) War, Peace, and Integrative Complexity: United Nation Speeches on the Middle East. *Journal of Conflict Resolution*, Vol. 21, pp. 427-442.

Suedfeld, P.; Bluck, S.; Ballard, E.J. and Baker-Brown, G. (1990) Canadian federal elections: Motive profiles and integrative complexity in political speeches and popular media. *Canadian Journal of Behavioural Science*, 22, pp. 26-36.

Taylor, Ch. (1996) *Quellen des Selbst. Die Entstehung der neuzeitlichen Identität*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Tercheck; R.J. and Moore, D.K. (2000) Recovering the Political Aristotle: A Critical Response to Smith. *American Political Science Review*, 94, pp. 905-911.

Tetlock, P.E. (1984) Cognitive style and political belief system in the British House of Commons. *Journal of Personality and Social Psychology*, 46, pp. 365- 375.

Tetlock, P.E.; Bernzweig, J. and Gallant, J.L. (1985) Supreme court decision making: Cognitive style as a predictor of ideological consistency of voting. *Journal of Personality and Social Psychology*, 48, pp. 1227-1239.

Tetlock, P.E. (1988) Monitoring the integrative complexity of American and Soviet policy rhetoric: What can be learned? *Journal of Social Issues*, 44, pp. 101-131.

Tobin, K.G. and Capie, W. (1981) The Development and Validation of a Group Test of Logical Thinking. *Educational and Psychological Measurement*, Vol. 41, pp. 413-423.

Treichler, H.P. (2003) 50 Jahre Schweizer Fernsehen. In: Bardet, R. (Hg.) *50 Jahre Schweizer Fernsehen. Zum Fernseh'n drängt, am Fernsehen hängt doch alles...* Baden: Hier und Jetzt, Verlag für Kultur und Geschichte, S. 11-42.

Veen, H.J. und Neu, V. (1995) *Politische Beteiligung in der Volkspartei – Erste Ergebnisse einer repräsentativen Untersuchung unter CDU-Mitgliedern*. Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, Bereich Forschung und Beratung, interne Studien, 113.

Wachbroit, R. (1983) Ethis and professionalism. In: Bradie, Attig, Rescher (Ed.) *Ethics and professionalism*, pp. 59-72.

Walker, L.J. und Taylor, J.H. (1991) Family Interactions and the Development of Moral Reasoning. *Child Development*, 62, 264-283.

Waudag (1990) 'The Rhetorical Construction of a President'. *Discourse and Society*, Vol. 1(2), pp. 189-200.

Weber, M. (1988) Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland. Gesammelte politische Schriften. Tübingen: Mohr, S. 245-291.

Wellmer (1992) Konsens als Telos der sprachlichen Kommunikation? In: Giegel, H.-J. (Hg) *Kommunikation und Konsens in modernen Gesellschaften*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 18-30.

Welsch, W. (1988²) Unsere postmoderne Moderne. Weinheim: VCH, Acta humaniora.

Weltmann, D. (2003) The pragmatics of peremptory assertion: an ideological analysis of the use of the word "just" in local politicians. *Discourse and Society*, 14, 3, S. 349-373.

Werner, H. und Kaplan, B. (1963) *Symbol formation*. New York: Wiley.

Weischenberg, S. (1990) Gladiatoren und Propagandisten? Die Akteure politischer Kommunikation in einer medialen Streitkultur. In: Sarcinelli, U. (Hg.) *Demokratische Streitkultur. Theoretische Grundpositionen und Handlungsalternativen in Politikfeldern*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 101-120.

Widmer, J. (1998) *Langues et espace public: Une analyse sociologique de l'identité collective*. Kapitel aus der Habilitation. Freiburg (Schweiz): Universität Freiburg.

Wieder, D. L. (1974) *Language and Social Reality*. The Hague: Mouton.

Wood, G. (1977²) *Fundamentals of psychological research*. Boston, MA: Little, Brown and Company.

Wright, Ch.R. (1974) Functional analysis and mass communication revisited. In: Blumler, J.G. and Katz, E. (Eds.) *The uses of mass communication*. Beverly Hills: Sage, pp. 197-212.

Wuerth, A. (1999²) Mediensystem und politische Kommunikation. In: Klöti, U.; Knoepfel, P; Kriesi, H. und Linder, W. Papadopoulos (Hg.) *Handbuch der Schweizer Politik. Manuel de la politique suisse*. Zürich : NZZ Verlag, S. 337-386.

<http://www.sfdrs-pressdienst.ch>

<http://www.shu.ac.uk/daol/articles/open/2002/002/antaki2002002-paper>

<http://www.parlament.ch>

<http://ch-politik.re4.ch/wahlen2003/parteien.html>

<http://www.jsvp.ch/partei/uu-Statuten>

<http://www.zdf.de>

9. ANHANG I: AUSWERTUNGSMANUAL

9.1 Anhang I-1: Überblick des Auswertungsmanuals

Tabelle 1: Die Kategorien transaktiver Diskussion: Überblick (Orig. Berkowitz 1979, erweiterte Version N.B.)

NIVEAU I	
<i>Repräsentational (R)</i>	
1. <i>Nebeneinanderstellung (Juxtaposition)</i> Deine Position ist X und meine Position ist Y.	n.k. ¹
2. <i>Dyade-orientierte Paraphrase</i> Hier ist eine Wiedergabe eines Standpunkts, den wir teilen.	n.k.
3. <i>Konkurrierende Nebeneinanderstellung</i> Ich will eine Konzession an deine Position machen, aber auch Teile meines Standpunkts noch mal bekräftigen.	k.
<i>Erhellend (E)</i>	
4. <i>Bitte um Rückmeldung</i> Verstehst du meine Position? Stimmst du ihr zu?	n.k.
5. <i>Bitte um Rechtfertigung</i> Warum sagst du das?	n.k.
<i>Überschneidung R und E</i>	
6. <i>Paraphrase</i> a. Ich kann deinen Standpunkt oder deine Argumentation verstehen und wiedergeben. b. Ist meine Wiedergabe deiner Argumentation richtig?	n.k.
<i>Überschneidung R und O</i>	
7. <i>Vervollständigung</i> Ich kann deine nicht beendete Argumentation vervollständigen oder fortführen.	n.k.
8. <i>Konkurrierende Paraphrase</i> Hier ist eine Wiedergabe deiner Argumentation, die ein Licht auf deren Schwächen wirft.	k.
<i>Operational</i>	
9. <i>Erklärung</i> a. Nein, was ich sagen will, ist das Folgende... b. Ich gebe dir eine Erklärung meines Standpunktes, um dir das Verstehen zu erleichtern.	n.k.
10. <i>Konkurrierende Erklärung</i> Meine Position ist nicht unbedingt so, wie du sie auffasst.	k.
11. <i>Verbesserung/Weiterentwicklung</i> a. Ich muss meinen Standpunkt oder meine Behauptung als Konzession an deinen Standpunkt/deine Behauptung verbessern (unterordnender Modus). b. Ich kann meinen Standpunkt ausführen oder näher bestimmen, um ihn gegen deine Kritik zu verteidigen (überordnender Modus).	k.

¹ n.k. steht für nicht-konkurrierend, k für konkurrierend. Transakte werden in zwei Modi eingeteilt, welche jeweils für eine entweder konkurrierende oder nicht-konkurrierende Ausrichtung stehen (Berkowitz 1979).

12. <i>Erweiterung</i> a. Hier ist ein weiterer Gedanke oder eine Ausführung, die ich im Geiste deines Standpunktes anbiete. b. Ist das Folgende in deiner Argumentation mitenthalten...?	n.k.
13. <i>Widerspruch</i> Es gibt eine logische Unvereinbarkeit in deiner Argumentation.	k.
² 14. <i>Destruktive Kritik der Argumentation</i> a. Deiner Argumentation fehlt eine wichtige Unterscheidung. / Sie enthält eine überflüssige Unterscheidung. b. Deine Position enthält implizit eine fragwürdige Annahme („Angriff auf die Prämisse“) c. Deine Argumentation führt nicht notwendigerweise zu deiner Schlussfolgerung. / Deine Meinung ist nicht ausreichend gerechtfertigt. d. Deine Argumentation lässt sich ebenso gut auf die gegenteilige Meinung anwenden.	k.
15. <i>Konkurrierende Erweiterung</i> a. Würdest du deine Argumentation bis zu diesem unplausiblen Extrem treiben? b. Deine Argumentation kann bis zum folgenden Extrem erweitert werden, dem keiner von uns zustimmen würde...	k.
³ 20. <i>Reflexive Akzeptanz (oder analytische Übereinstimmung)</i> Ich habe Argumente deiner Position gewichtet und kann mit ihnen teilweise übereinstimmen.	n.k.
NIVEAU II	
14. <i>Konstruktive Kritik der Argumentation</i> e. Ego kritisiert (a., b., c. oder d.) und fügt einen positiv-konstruktiven Hinweis hinzu.	n.k.
16. <i>Gegen-Überlegung</i> Hier ist ein Gedanke oder ein Element, der/das in deine Position nicht aufgenommen werden kann.	k.
17. <i>Vergleichende Kritik</i> a. Deine Argumentation ist weniger angemessen als meine, weil sie mit dieser wichtigen Überlegung nicht zu vereinbaren ist... b. Dein Standpunkt macht eine Unterscheidung, die sich im Licht meiner Position als überflüssig erweist. / Dir fehlt eine wichtige Unterscheidung, die meine Position vornimmt. c. Ich kann dein Beispiel analysieren, um zu zeigen, dass es meinen Standpunkt nicht in Frage stellt.	k.
18. <i>Gemeinsame Voraussetzungen/Integration</i> a. Wir können unsere Standpunkte zu einer gemeinsamen Anschauung verbinden. b. Hier ist eine allgemeine Prämisse, die unser beider Positionen gemeinsam ist.	n.k.
19. <i>Korrektur / Reparatur</i> Deine Argumentation benötigt den Gedanken X, um kohärent/stimmig/plausibel zu sein.	n.k.
21. <i>Dyadische Kritik der Argumentation</i> Ich kann unsere geteilte Meinung verbalisieren und sie kritisieren.	n.k.

² Sämtliche ***kursiv fett gedruckten Wörter und Sätze*** wurden dem Manual von Berkowitz und Gibbs (1979) hinzugefügt (zur Begründung s.o. Kapitel 5.4.1).

³ Die Nummerierung der Transakte ist nicht fortlaufend (vgl. Fussnote Nr. 4).

9.2 Anhang I-2: Auswertungsmanual

Tabelle 2: Abkürzungen für die Transkription der politischen TV-Diskussionssendungen

Abgeschlossener Gedanke, meist auf dem Grundton endende Stimmführung	.
Pausen	(...)
Betonung/Frage bzw. hoch endende Stimmführung	!/ ?
Dehnung	:
Abgebrochener Gedanke	;
Unverständliches Wort	/
Vermutetes Wort	/ (?...)
Nicht-verbale Äusserung	z.B. (lacht)

Weitere Abkürzungen/Darstellungsmittel

Unterbrechung	...
Umgangssprachliche Wörter und Wörter, die in Dialekten verwendet werden und nicht leicht von Personen anderer Dialektzugehörigkeit verstanden werden können	(hochdeutscher oder englischer Ausdruck)
Sprechen des Moderators	Kursiv gedruckt

NIVEAU I

1. NEBENEINANDERSTELLUNG⁴

Modus	Nicht-konkurrierend
Fokus	Ego/Alter
Typus	Repräsentational
Stil	Erläuternd

Formaler Transakt

Deine Position ist X und meine Position ist Y.

Funktionale Definition

Ego stellt einfach beide Standpunkte nebeneinander ohne jeden Versuch, sie zu integrieren. Ego und Alter sind im Fokus, weil beide Positionen genau gleich behandelt werden.

Abgrenzungen

1. Nicht verwechseln mit operationalen Integrationen der beiden Standpunkte (s. GEMEINSAME VORAUSSETZUNGEN).
2. Nicht verwechseln mit konkurrierenden Vergleichen, die dazu dienen, Egos Position zu verteidigen oder Alter ein Zugeständnis zu machen.(s. VERGLEICHENDE KRITIK)

Bemerkung

Die Wiedergabe von Alters Position darf nicht nur eine wörtliche Wiederholung sein.

Passendes Beispiel

1. A. Ich finde in diesem Fall, in dem ein Leben auf dem Spiel steht, sollte er einbrechen und das Medikament stehlen.

B. Ich denke ja, ich weiss nicht. Auf der einen Seite sagte ich Ja zum Stehlen. Aber dann, wenn es um ein Leben geht, aber es ist immerhin ein Fremder, den er nicht kennt; warum soll er da sein Leben riskieren?

⁴ Das Manual von Berkowitz (1979) wurde von Prof. Dr. Wolfgang Althof vom Englischen ins Deutsche übersetzt. Die Verfasserin der vorliegenden Arbeit hat in einem ersten Schritt die Reihenfolge der Transakte verändert und nach Typen geordnet. Der erste Typ – repräsentational – stellt die einfachste Form der Argumentation dar, anschliessend kommt der erhellende, dann der operationale Typ. In einem zweiten Schritt werden Transakte ergänzt, differenziert und in zwei Niveaus eingeteilt. Die Erläuterungen befinden sich im theoretischen Teil der Arbeit (s.o. Kapitel 5). Die Nummerierung der Transakte ist deshalb nicht fortlaufend, da die Reihenfolge der Transakte beim zweiten Schritt nicht nochmals verändert wurde.

2. DYADE-ORIENTIERTE PARAPHRASE

Modus	Nicht-konkurrierend
Fokus	Dyade
Typus	Repräsentational
Stil	Erläuternd

Formaler Transakt

Hier ist eine Umschreibung eines Standpunktes, den wir teilen.

Funktionale Definition

Ego paraphrasiert (repräsentationaler Typus) eine Position, die beide teilen und über die sich beide einig sind. Die fokussierte Position ist gemeinsam.

Abgrenzung

Nicht verwechseln mit Paraphrasierung von Alters Argumentation (s. PARAPHRASE, KONKURRIERENDE PARAPHRASE), oder mit nebeneinandergestellten Paraphrasen von Ego und Alter (s. NEBENEINANDERSTELLUNG und KONKURRIERENDE NEBENEINANDERSTELLUNG)

Passende Beispiele

1. A. Ja, ich bin mit dir einverstanden. Ich stimme dir zu, dass wenn sich mehr Menschen gegen die falschen Gesetze der Gesellschaft wehrten, würde das die Gesellschaft ändern. Doch, jetzt sehe ich es auch, diese Leute opfern sich selber um die Gesellschaft zu verbessern, da bin ich mit dir einverstanden.

2. A. Klar, von der Gesellschaft her gesehen, warum sollten Leute die das Gesetz brechen, bestraft werden? Wir sind uns ja einig, dass es falsch ist. Gesetze zu brechen, denn wir benötigen solche Einschränkungen in der Gesellschaft. Man muss auch schauen, warum ein Gesetz aufgestellt wurde. Im Fall von Heinz war es um ein Leben zu retten und nicht, um ein Auto für Spritzfahrten zu haben.

B. Genau.

Unzutreffendes Beispiel

3. A. Persönlicher Profit. Wie weißt du denn, wenn du eine wirklich gute moralische Entscheidung getroffen hast; gut, wir spüren es; wir waren uns doch einig, dass es eine moralische Entscheidung ist, wenn du niemandem Schaden zufügst.

B. Gut, du musst mir dir selber in Frieden leben. Und wenn du eben doch jemanden schädigst, wenn du keine andere Wahl hast und du siehst keinen andern Weg, um Frieden zu haben, dann musst du es eben doch wagen und ausführen.

In diesem Beispiel beansprucht Ego zwar, eine gemeinsame Position wiederzugeben, aber in Wirklichkeit repräsentiert Ego nur seine eigene Position.

3. KONKURRIERENDE NEBENEINANDERSTELLUNG

Modus	Konkurrierend
Fokus	Ego/Alter
Typus	Repräsentational
Stil	Erläuternd

Formaler Transakt

Ich will ein Zugeständnis an deine Position machen, bekräftige aber auch noch einmal Teile meines Standpunktes.

Funktionale Definition

Ego anerkennt wenigstens teilweise die Gültigkeit von Alters Argumentation, fährt aber fort, auch auf Teilen seines eigenen Standpunktes zu beharren. Es handelt sich nicht klar um Kritik oder Transformation an einer der Positionen, deshalb der repräsentationale Typus. Weil beide Positionen wiedergegeben werden, liegt der Fokus bei Ego/Alter.

Abgrenzungen

1. Nicht verwechseln mit einem kritisch operationalen Kontrastieren der beiden Positionen (s. VERGLEICHENDE KRITIK)
2. Nicht verwechseln mit nicht-konkurrierenden Vergleichen beider Positionen, sei es der repräsentationale (s. NEBENEINANDERSTELLUNG), sei es ein operationaler Typus (s. GEMEINSAME VORAUSSETZUNGEN).

Bemerkung

Mindestens eine gekürzte Paraphrase jeder Position muss enthalten sein.

Passende Beispiele

1. A. Weil ich so erzogen wurde, weisst du, das darf man nicht, man nimmt nichts, was nicht einem gehört. Sicher, er hat angeboten, es zu bezahlen. Der Apotheker ist ein Gauner, und ich sehe deine Gründe schon, aber dir zustimmen, nein.

2. A. Schon, aber warum soll er ins Gefängnis für irgendjemand. Ich meine, wenn er dieser Person nicht hilft, wenn er das Medikament nicht stiehlt und die Person stirbt! das würde ihm auf dem Gewissen lasten. Aber trotzdem, er würde für sich selber stehen, er hat kein Geld, um das Medikament zu kaufen, dann hat er auch kein Geld, um aus dem Gefängnis zu kommen.

3. A. Ich würde nicht, auch wenn ich wüsste, es geht um ein Leben, und ich finde es scheusslich, Menschen sterben zu sehen, aber mein Leben ist auch wichtig. Ich könnte nie ins Gefängnis gehen für jemanden, den man nicht kennt, weisst Du...

B. Ja, ich weiss, was du sagen willst.

A. Irgendwie ist das fast wie sein eigenes Leben hergeben für jemanden, den man nicht kennt.

4. A. Soll er stehlen?

B. Und ich sage ja, und du sagst Nein. Gut, ich verstehe, warum du Nein sagst. Ich meine, ich glaube, es ist schwierig für mich, Stehlen zu rechtfertigen. Aber was ich versuche, ist, die beiden moralisch falschen Dinge gegeneinander abzuwägen, und ich finde, der Apotheker habe moralisch falsch (gehandelt).

A. Ich verurteile ihn nicht, ich kann nicht über eine andere Person richten.

Ich weiss nicht, aus welchen Gründen er das tut. Aber mich kann ich beurteilen.

B. Also ich kann jemanden für Diebstahl verurteilen. Ich weiss, dass du Angst hast vor sozialer Anarchie, und du hast Angst, wenn Leute das Gesetz in ihre Hand nehmen. Aber ich glaube, dass es Zeiten gibt, wo alles drunter und drüber geht wie ... Das gibt viele Probleme, wie zum Beispiel während der Sklaverei. Das verursachte Anarchie, und es gab sogar Krieg. Es war nicht nur die Sklaverei, aber der Bürgerkrieg war ... es ging wirklich schlecht.

5. A. Es ist falsch im Bereich der Gesellschaft, wie die Gesellschaft aufgebaut ist durch Gesetze. Es ist richtig, dass er einen geliebten Menschen rettet. Also, wie die Gesellschaft ist, weisst du, du brichst ein Gesetz, das ist falsch. Ob das Falsche ein Recht ist, oder ob das Gesetz richtig ist, ob es dir passt oder nicht, es ist falsch. Es ist falsch, ein Gesetz zu brechen, weil die Gesellschaft so aufgebaut ist.

B. Also, was bedeutet jetzt das, ich meine, wenn du glaubst, das sei wirklich so, was ist dann mit den Gesetzen, nach denen bestimmte Menschen nicht an die Urne gehen dürfen? Was machen wir dort? Sollen diese Leute wählen? Sollen sie einfach das Gesetz brechen? Was können sie denn tun mit falschen Gesetzen? In Wirklichkeit sollte es doch so sein, wenn das Gesetz falsch ist, sollte man es brechen, eben weil es falsch ist. Wer macht denn Gesetze? Wir, Die Gesetze haben nicht uns gemacht. Wir haben die Gesetze gemacht. Ich meine, kontrollieren sie uns oder sollten wir sie kontrollieren?

6. A. Was jetzt? Die Frau stirbt einfach.

B. Nein, halt. Gut, es ist falsch, weil er das Gesetz bricht. Das ist aber auch alles, was hier falsch ist. Und ich bin nicht Heinz, darum ist ein Gesetz brechen falsch. Darum soll er nicht stehlen. Ich sehe sein Pech schon. Wenn das meine Frau wäre, ich würde nicht, aber ich weiss nicht, ob ich nicht doch würde, wenn ich wirklich in dieser Situation wäre.

Unzutreffende Beispiele

7. A. Ja, aber warum ist das falsch für ihn, das Medikament zu stehlen?

B. Weil er ein Gesetz bricht?

A. Aber was dann? Die Frau wird sterben.

8. A. Ich finde einfach, der Apotheker ist zu gierig.

B. Ja, das ist er schon, aber ich finde, Heinz sollte einen Weg finden, sich mit ihm zu einigen.

Ego operiert auf einem Lösungsvorschlag, nicht auf Alters Argumentation.

4. BITTE UM RÜCKMELDUNG

Modus	Nicht konkurrierend
Fokus	Ego
Typus	Hervorlockend
Stil	Fragend

Formaler Transakt

Verstehst du, was ich meine? / Stimmst du mir zu?

Funktionale Definition

Ego versucht herauszufinden, ob Alter ihn versteht oder ihm zustimmt, indem er Alters Auffassung oder Übereinstimmung mit Egos Position hervorlockt. Da Ego keine Operation auf Alters Argumentation vornimmt, sie auch nicht wiedergibt, sondern sie nur herauszubekommen versucht, ist der Typus hervorlockend. Der Stil ist explizit oder implizit fragend. Der Fokus ist auf Ego, da es um seinen Standpunkt geht.

Passende Beispiele

1. A. Er sollte, du weisst, was ich meine, wenn er es kaufen kann, und er liebt seine Frau nicht mehr, dann sollte er es dennoch kaufen, finde ich, weisst du, wie ich es meine?

2. A. Ich weiss einfach nicht, ich glaube aber doch, man sollte versuchen, moralisch zu leben. Und überhaupt gibt es sonst nur Probleme. Ich weiss nicht, was du da für ein Gefühl hast.

B. Ja, genau das gleiche.

3. A. Richtig. Ich würde eigentlich Ja und Nein sagen. Ich finde Stehlen ist nicht richtig, aber es wäre moralisch nicht falsch, auch wenn er erwischt wird. Verstehst du, was ich sagen will? Man dürfte ihn nicht für 50 Jahre einsperren.

B. Genau. Bei seiner Motivation sollte man.

5. BITTE UM RECHTFERTIGUNG

Modus	Nicht-konkurrierend
Fokus	Alter
Typus	Erhellend
Stil	Fragend

Formaler Transakt

Warum sagst du das?

Funktionale Definition

Ego erfragt Alters Rechtfertigung seines Standpunktes, den dieser bereits dargestellt hat. Die Frage muss darauf gerichtet sein, bisher noch nicht geäußerte Argumente von Alter herauszubekommen. Typischerweise ist es eine Warum-Frage, da sie ausdrücklich eine Rechtfertigung fordert. Der Modus ist nicht-konkurrierend, da es unmöglich ist, konkurrierende Formen dieses Transaktes zu unterscheiden ohne Bezug auf paraverbale Hinweise. Der Fokus ist Alter, weil dessen Argumentation hervorgehoben werden soll. Die Funktion ist auf das Herauslocken neuer Information gerichtet; der Stil ist deshalb wenigstens implizit fragend.

Passende Beispiele

1. A. Aber Heinz ist ein ganz gewöhnlicher Mensch von der Strasse. Darum sage ich, er sollte nicht stehlen.
B. Gut, ich sagte, er soll stehlen. Warum hast du gesagt, wenn du in seiner Situation wärest, würdest du Stehlen vielleicht richtig finden?
2. B. Ja, aber warum ist das nicht richtig, wenn er stiehlt?

Unklares Beispiel

3. A. Gut, du hast einen Punkt hier. Ich bin, aber, von seinen eigenen Werten her, ist Stehlen richtig oder falsch?
B. Ich weiss nicht, was du meinst?

Dieses Beispiel ist nicht eindeutig, da nicht klar wird, ob Ego nur Verwirrung ausdrückt oder erhellende Information möchte.

6. PARAPHRASE

Modus	Nicht-konkurrierend
Fokus	Alter
Typus	Repräsentational/erhellend
Stil	Erläuternd oder fragend

Formale Transakte

- a) Ich kann deinen Standpunkt verstehen und wiedergeben.
- b) Ist meine Wiedergabe deiner Argumentation richtig?

Funktionale Definition

Ego versucht, ein gegenseitiges Einverständnis herbeizuführen, indem er Alters Argumentation paraphrasiert oder indem er von Alter erfahren will, wie weit Egos Paraphrase zutrifft. In diesem Prozess zeigt Ego sein Verständnis, indem er Alters Argumentation mit eigenen Worten wiedergibt. Der Typus ist daher repräsentational, und Alters Position ist im Fokus.

Bemerkungen

1. Reines „Papageien“ ist nicht kodierbar, es sei denn ein Versuch, einen speziellen gedanklichen Aspekt wiederzugeben.
2. PARAPHRASE wird nicht kodiert, wenn sie in einen andern kodierbaren Transakt eingebettet ist.
3. Zeitliche Kontiguität oder ein expliziter Ausdruck der Absicht zu paraphrasieren muss gegeben sein.

Abgrenzungen

1. In der hervorlockenden Form muss eine PARAPHRASE enthalten sein. Wenn nicht, s. BITTE UM RECHTFERTIGUNG.
2. Ego darf nur eine Wiedergabe einer bereits geäußerten Argumentation Alters überprüfen oder anbieten. Zieht Ego eine Schlussfolgerung, wäre der Modus operational, s. ERWEITERUNG.

Passende Beispiele

1. A. Er sollte vermutlich noch mehr Geld zusammenbekommen, stehlen sollte er nicht. Er wird sicher erwischt, dann kann er es sowieso nicht behalten; er sollte nicht stehlen.
B. Du findest, er sollte sich noch um mehr Geld bemühen, oder?
2. A. Er sollte nicht stehlen, weil er ja nicht sicher ist, ob das Medikament wirklich hilft, und er ist immer noch ...
B. Gut, ich ..
A. Und er sollte nach dem Gesetz gehen. Darum bin ich eher dafür, dass er es nicht stiehlt.
B. Er sollte nicht stehlen, weil Stehlen falsch ist und weil es nicht 100%-ig sicher ist, oder?
A. Ja.
3. A. Wie wir schon sagten, wird Heinz schon dieses Gesetz kennen, dass man nicht stehlen soll, aber, ja, er hat es im Hinblick auf einen andern Menschen getan,

B. Er hat es nicht für sich selber getan.

Unzutreffende Beispiele

4. A. Der Mann ist fein raus, er weiss, dass Heinz sich das Medikament nicht leisten kann, er will ja seine Frau retten. Darum soll er es stehlen, auch gegen das Gesetz...

B. Ich finde es ziemlich gemein vom Apotheker.

Ego zeigt nicht explizit seine Absicht zu paraphrasieren, und in diesem Fall ist Egos Äusserung mit der Alters zeitlich nicht kontingent.

5. A. Was dann? Du würdest wirklich ein Gesetz brechen, wenn du findest, es sei falsch? Wer macht denn Gesetze? Wir doch. Wir machen die Gesetze, nicht die Gesetze uns. Ich meine, kontrollieren w i r sie oder s i e uns?

B. Die Gesetze?

A. Ja, sollen Gesetze uns kontrollieren?

Diese Äusserung ist eher ein wörtliches Nachsprechen denn eine PARAPHRASE.

6. A. Solange es dir wohl ist dabei. Solange ...

B. So lange dir deine Entscheidung nicht Leid tut.

A. Ja, ja.

Diese Äusserung ist in eine VERVOLLSTÄNDIGUNG eingebettet.

7. VERVOLLSTÄNDIGUNG

Modus	Nicht-konkurrierend
Fokus	Alter
Typus	Repräsentational / operational
Stil	Erläuternd

Formaler Transakt

Ich kann deine nicht beendete Argumentation vervollständigen.

Funktionale Definition

Ego bietet eine Ergänzung oder Fortsetzung von Alters unfertigem Statement. Der Fokus ist auf Alter gerichtet, weil dessen Begründung vervollständigt wird. Der Typus ist nicht streng operational, weil die Ergänzung oft nur wenig über die Paraphrase hinausgeht. Aber sie ist definitionsgemäss mehr als eine einfache Repräsentation von Alters Argumentation.

Bemerkungen

1. Die ergänzte Argumentation darf nicht im Grunde genommen Egos eigene sein.
2. Die Ergänzung darf von Alter nicht verworfen werden.

Abgrenzung

Dieser Transakt ist leicht zu verwechseln mit Fällen, in denen Ego Alters schon vollendeten Gedanken ausweitet, oder in denen Ego Alters Argumentation paraphrasiert (s. ERWEITERUNG/PARAPHRASE.)

Passende Beispiele

1. A. Genau, denn es fragt sich, warum... Der Mann handelt so aus Verzweiflung. Er war wirklich verzweifelt. Er unternahm den Diebstahl nicht, weil...

B. Das stimmt. Für ihn persönlich schaute überhaupt nichts heraus.

A. Ja, das stimmt.

2. A. Nehmen wir an, der Sterbende da sei nicht seine Frau sondern ein Fremder. Sollte Heinz auch für einen Fremden stehlen? Ich würde immer noch ja sagen.

B. Und ich...

A. Und du sagst immer noch nein, er soll nicht stehlen, es kommt nicht darauf an, für wen.

A. Ja, genau.

3. A. Die Frage ist jetzt, warum sollte man alles tun, was man kann. Darüber sind wir uns einig, dass man alles tun sollte, was man kann.

B. Weil es menschlich ist.

A. Menschliches Leben kann man nicht ersetzen.

B. Ja, das Leben ist... (unverständlich)

4. A. Du musst wirklich überzeugt sein von deiner Entscheidung. Wenn du nur depressiv wirst...

B. Dann machst du alle Menschen um dich herum depressiv.

A. Ja.

6. A. Er stiehlt es für...

B. Ein menschliches Leben.

A. Ja, um es zu retten.

B. Um jemanden zu retten.

7. A. Nun, im Fall von Heinz, der bricht das Gesetz ja nicht, weil er davon profitieren will. Sicher, er hat sich am Eigentum des Apothekers vergriffen, aber...

B. Er hat...

A. Ja...

B. ...es getan für ein Menschenleben

A. Stimmt.

Unzutreffende Beispiele

8. A. War das eines, das dem Wohl aller Menschen diente?

B. Nein.

A. Dann ist...

B. Dann ist es kein Gesetz?

A. Nein, es ist ein Gesetz (unverständlich)

9. A. Aber nun sagst du, ich meine, ein Fremder hängt doch genauso am Leben wie, ähm

B. Wie irgendjemand sonst.

A. Wie die Frau von Heinz, ja. Wie seine Frau.

In diesen Beispielen verwirft Alter die von Ego angebotene Vervollständigung.

10. A. Wir waren uns beide einig, dass er stehlen soll, weil...

B. Weil seine Frau zur Familie gehört.

A. Weil sie ihm viel bedeutet. Das ist ein menschliches Wesen, du möchtest ein menschliches Leben retten. Wir sollten immer versuchen, Leben zu retten.

In diesem Beispiel vervollständigt Ego seine eigene ursprüngliche Argumentation.

8. KONKURRIERENDE PARAPHRASE

Modus	Konkurrierend
Fokus	Alter
Typus	Repräsentational / operational
Stil	Erläuternd

Formaler Transakt

Hier ist eine Wiedergabe deiner Argumentation, die ein Licht auf deren Schwächen wirft.

Funktionale Definition

Ego paraphrasiert Alter in einer sarkastischen oder übertriebenen Art, um Alters Argumentation zu entwerfen. Alters Argumentation ist ein Fokus. Der Typus ist gemischt repräsentational/operational, da Ego über eine eigentliche Paraphrase hinausgeht und eine verzerrte Version von Alters Argumentation anbietet, was eine Art operationaler Transformation bedeutet.

Abgrenzung

Nicht verwechseln mit nicht-konkurrierenden Paraphrasen von Alter (s. PARAPHRASE), von Ego und Alter (NEBENEINANDERSTELLUNG) oder von der Dyade (DYADE-ORIENTIERTE PARAPHRASE).

Passende Beispiele

1. A. Das möchte ich dann sehen, wie fünfzigtausend, eine Billion, fünf Millionen Leute in die Apotheke einbrechen, um das Zeug zu stehlen. Um das Medikament zu stehlen, um ihre Haustiere zu retten, ihre Ehemänner, ihre Ehefrauen, ihre Kinder. Egal, wie viele, fünf Millionen, - lass die alle einbrechen.

B. Das ist...

A. Alle zusammen oder einer nach dem andern, egal wie.

B. Du, das ist die Herrschaft des Pöbels. Der wurde wahrscheinlich Polizist, um das Gesetz durchzuführen. Wenn er jetzt an Heinz gerät, dann bringt ihn das in einen Widerspruch zwischen Zielen in seinem Leben. Wenn er ihn nicht anzeigt, tut er nicht das, was er in seinem Job eigentlich wollte. Ich weiss, was für ein Mensch er ist, aber das muss er selber verantworten.

B. Ja, so denken wahrscheinlich die meisten Polizisten. Ich finde es falsch. Ich meine, die Leute sollten nicht wie Automaten und Roboter sein, nur weil sie bei der Polizei sind.

9. ERKLÄRUNG

Modus	Nicht-konkurrierend
Fokus	Ego
Typus	Operational
Stil	Erläuternd

Formale Transakte

- a) Nein, was ich sagen will, ist das Folgende.
- b) Ich gebe dir eine Erklärung meines Standpunktes, um dir das Verstehen zu erleichtern.

Funktionale Definition

Ego versucht, sich Alter genauer zu verstehen zu geben. Ego hat seinen eigenen Standpunkt im Fokus. Der Typus ist operational, denn Ego wirkt auf Alters Auffassung von Egos Position ein.

Abgrenzungen

Alters vorausgehende Äusserung darf kein konkurrierender Transakt sein, andernfalls s. KONKURRIERENDE ERKLÄRUNG oder VERBESSERUNG.

Passende Beispiele

1. A. Also, ich sagte, er soll das Medikament stehlen. Warum hast du gesagt, in seiner Situation würdest du Stehlen vielleicht auch richtig finden?
 B. Nein, das sagte ich nicht.
 A. Du hast doch gesagt.... gut, gut.
 B. Es wäre wirklich falsch.
2. A. Das schaut schlimm aus für Heinz.
 B. Nein. Es schaut schlimm aus für den Apotheker. Er ist doch eigentlich jener, der das Gesetz bricht, nicht Heinz.
3. A. Du findest, ein Gesetz zu brechen sei immer falsch?
 B. Es geht mir eigentlich nicht ums Gesetz. Es ist die Tat des Stehlens.
4. A. Ob ich stehlen würde?
 B. Ja.
 A. Wahrscheinlich schon, wenn ich finde, dass die Preise zu hoch sind, dann würde ich. Schau der Heinz da, hier geht es ja nicht einfach um ein Kleid, deswegen...
5. A. Ich weiss nicht, was du meinst?
 B. Schau, ich bin überzeugt, dass Stehlen falsch ist, moralisch falsch. Also manchmal ist die Gesellschaft... Meine Antwort ist mehr mit moralischen Werten als mit der Gesellschaft. Die haben für mich mehr Wert.

Unzutreffendes Beispiel

6. A. Ja, gut, aber warum sollte es falsch sein, dass er das Medikament stiehlt?
 B. Weil er ein Gesetz bricht.

Dieses Beispiel ist unzutreffend, weil Ego mehr einen fehlenden Sachverhalt des Dilemmas nennt und weniger seine eigene Argumentation klärt.

10. KONKURRIERENDE ERKLÄRUNG

Modus	Konkurrierend
Fokus	Ego
Typus	Operational
Stil	Erläuternd

Formaler Transakt

Meine Auffassung ist nicht unbedingt so, wie du sie siehst.

Funktionale Definition

Ego führt seinen Standpunkt weiter aus, um Alter deutlich zu machen, wie weit Egos Position zu rechtfertigen ist. Der Fokus liegt auf Ego, weil Egos Position erklärt wird. Der Typus ist operational, weil Egos Standpunkt nicht nur wiedergegeben, sondern erläutert wird als Antwort auf einen konkurrierenden Transakt vom Alter.

Abgrenzung

1. Nicht verwechseln mit NICHT-KONKURRIERENDER ERKLÄRUNG des eigenen Standpunktes (s. Erklärung), der kein konkurrierender Transakt Alters vorausgeht.
2. Nicht verwechseln mit VERBESSERUNG der eigenen Position als Verteidigung oder Zugeständnis.
3. Nicht verwechseln mit ERLÄUTERUNGEN von Egos Position im expliziten Kontext von Alters Argumentation, d.h. Ego/Alter im Fokus (s. Vergleichende Kritik.).

Bemerkungen

1. Ego darf sich nicht unangemessen gegen ein ungenaues Verständnis von Alters Standpunkt verteidigen.
2. Egos Äusserung muss eine Antwort auf Alters konkurrierenden Transakt sein. Alters Äusserung kann einer unklaren Kategorie zugehören.
3. Ego kann einen Aspekt von Alter (Angriff, Transakt) in seine Antwort integrieren, aber nicht Alters Standpunkt. In diesem zweiten Fall liegt der Fokus auf Ego/Alter, codiert wird dann VERGLEICHENDE KRITIK.
4. Egos Äusserung darf nicht die erste Darstellung seiner eigenen Position sein, sie sei denn explizit eine Antwort an Alter.

Passende Beispiele

1. A. Nein, halt, halt. Wie kannst du daraus schliessen, dass es uns ins Chaos führt, wenn Heinz das Medikament stiehlt? Ich finde, Jesus, was ist das für eine Verallgemeinerung? B. Weil... A. Das ist jetzt doch die grösste Verallgemeinerung, die ich je gehört habe.	KRITIK DER ARGUMENTATION
B. <u>Ich sagte nicht, dass es uns ins Chaos führt.</u> A. Wenn... B. <u>Wenn jedermann es so sehen würde.</u>	
2. A. Du musst auch auf die Implikationen seiner Tat schauen. B. Ja, und welche sind das? Nämlich keine. Die einzige Implikation, die ... A. Gut, du willst jetzt sagen, dass Heinz der Einzige in der	KRITIK DER ARGUMENTATION

<p>Gesellschaft ist, der bereit ist, ein Gesetz zu brechen und das zu tun, was er als richtig empfindet? Niemand sonst wird das tun?</p> <p>B. <u>Nein, das ist nicht der Fall. Wenn Gesetze falsch sind, dann soll man sie brechen. Wenn die Gesetze falsch sind, ist hier das egal. Auch wenn uns das dann ein wenig ins Chaos führt, ist es sogar gut.</u></p>	
---	--

Unzutreffendes Beispiel

<p>3. A. Aber er kann ja die Situation nicht verändern. So wie das Land organisiert ist, kann er das Gesetz nicht selber in die Hand nehmen.</p> <p>B. <u>Sicher, in dieser Situation. Er hat zwei Möglichkeiten: Stehlen und die Frau leben lassen nicht stehlen und die Frau sterben lassen. Nur die zwei Möglichkeiten hat er, keine andern. Beten hilft nicht, Gott kommt nicht und gibt der Frau das Medikament. Eine Möglichkeit rettet die Frau vor dem Tod und die andere lässt sie sterben. Ich meine, welche Möglichkeit ist richtig?</u></p>	<p>KRITIK DER ARGUMENTATION</p>

Dieses Beispiel ist nicht kodierbar, weil sich Ego noch einmal wiederholt, ohne an Alters Kritik zu akkomodieren.

11. VERBESSERUNG/ WEITERENTWICKLUNG

Modus	Konkurrierend
Fokus	Ego
Typus	Operational
Stil	Erläuternd

Formale Transakte

- a) Ich muss meinen Standpunkt oder meine Behauptung als Zugeständnis an deine Behauptung verbessern.
- b) Ich kann meinen Standpunkt ausführen, um ihn gegen deine Kritik zu verteidigen.

Funktionale Definition

Ego differenziert seinen Standpunkt, um ihn an Alters Argumentation zu akkomodieren, die mit der seinen unvereinbar ist. Egos Verbesserung kann die Form eines Zugeständnisses oder einer unterstützenden Verteidigung annehmen. Gegenstand der Weiterentwicklung ist Egos Position, der Fokus liegt also auf Ego. Der Typus ist operational, denn Ego repräsentiert nicht bloss Alters Argumentation, sondern er benutzt sie, um den eigenen Standpunkt stärker zu differenzieren als Antwort auf einen konkurrierenden Transakt von Alter.

Abgrenzungen

1. Nicht verwechseln mit nicht-konkurrierender Erklärung der eigenen Position (s. ERKLÄRUNG), die nie auf einen konkurrierenden Transakt folgt.
2. Nicht verwechseln mit Erklärungen von Egos Standpunkt, die den expliziten Kontext von Alters Argumentation einbeziehen, d.h. die Ego/Alter im Fokus haben (s. VERGLEICHENDE KRITIK).

Bemerkungen

1. Ego darf sich nicht in übertriebenem Masse gegen eine ungenaue Auffassung von Alters Standpunkt verteidigen.
2. Egos Äusserung muss eine Antwort auf einen konkurrierenden Transakt von Alter sein, dieser kann auch einer nicht eindeutigen Kategorie angehören.
3. Ego kann einen Aspekt von Alter (Angriff, Transakt) in seine Antwort integrieren, aber nicht Alters Standpunkt. In diesem zweiten Fall liegt der Fokus auf Ego/Alter, codiert wird dann VERGLEICHENDE KRITIK.
4. Egos Äusserung darf nicht die erste Darstellung seiner eigenen Position sein, sie sei denn explizit eine Antwort an Alter.
5. Für Transakt a) muss der zugestandene Aspekt einer expliziten Absicht Egos entspringen.

Passende Beispiele

<p>1. A. Das verstehe ich nicht. Du sagst, es wäre falsch, aber mir ist nicht klar, was da falsch sein soll. Nur weil es gegen das Gesetz ist, heisst es doch noch lange nicht, dass es falsch ist.</p> <p>B. <u>Es ist falsch von der Gesellschaft her gesehen. Wie die Gesellschaft funktioniert mit Gesetzen, das ist falsch. Es ist richtig, dass er die geliebte Frau rettet. Aber so, wie die Gesellschaft aufgebaut ist, da brichst du ein Gesetz, und das ist falsch. Ob dieses Falsche ein Recht ist, oder das Gesetz ist</u></p>	KRITIK DER ARGUMENTATION
--	--------------------------

<u>richtig, gilt es jetzt auch für dich oder nicht, es ist falsch. Wenn du das Ganze anschaust, ist es falsch ein Gesetz zu brechen, denn so ist die Gesellschaft aufgebaut.</u>	
--	--

<p>2. A. Das macht gar nichts, auch wenn das Gesetz sagt, es sei falsch. Das spielt keine Rolle. Schau, Gesetze können falsch sein. Du musst einfach unterscheiden zwischen richtigen und falschen Gesetzen. Einige Gesetze sind bestimmt falsch.</p> <p>B. Aber der Zweck der Gesetze ist richtig oder falsch.</p> <p>A. <u>Der Zweck des Gesetzes ist doch uns zu helfen, die Gesellschaft zu kontrollieren. Das heisst nicht dass alle Gesetze, die wir machen richtig sind. Es könnte ja sein, dass wir falsche Gesetze aufstellen.</u></p>	VERGLEICHENDE KRITIK
---	----------------------

<p>3. A. Wenn du gesagt hast, man müsse alles tun, was man kann, dann kannst du doch nicht sagen, Heinz könne das Medikament stehlen.</p> <p>B. <u>Alles tun was man kann, heisst nicht auch Unmoralisches. Dort hört es auf. Nicht gar alles, sondern das Äusserste, was man kann.</u></p>	WIDERSPRUCH
---	-------------

Unzutreffende Beispiele

<p>4. A. Was, wenn die Gesetze falsch sind? Was, wenn das Gesetz sagt, wir müssten alle Schwarzen umbringen? Was würde dann ein vernünftiger Mensch tun? Würde der das Gesetz brechen?</p> <p><u>Das ist doch unrealistisch. Das ist eine Situation, die überhaupt nichts mit dem zu tun hat, was wir hier diskutieren. Das ist eine sinnlose Behauptung.</u></p>	GEGEN-ÜBERLEGUNG
---	------------------

Egos Absicht - Zugeständnis oder Verteidigung - wird aus der Antwort an Alter nicht klar.

<p>5. A. Dann sind wir uns also einig, dass unsere Entscheidung danach getroffen werden soll, was besser für die Menschheit ist!</p> <p>B. <u>Ich glaube, der Unterschied ist, dass ich Vertrauen in persönliche Entscheidungen von Menschen habe. Das denke ich oft, dass doch viele wissen, was geschieht, und informiert sind. Meistens können sich doch die Leute ein gutes Urteil bilden, ich selber bin davon überzeugt. Ich weiss schon, dass wir häufig Fehler machen, aber irgendwie glaube ich an meine Fähigkeit, moralische Urteile zu treffen. Ich habe nicht das Gefühl, dass ich so abhängig bin.</u></p>	GEMEINSAME VORAUSSETZUNG
--	--------------------------

Ego umreisst noch einmal seinen eigenen Standpunkt.

12. ERWEITERUNG

Modus	Nicht-konkurrierend
Fokus	Alter
Typus	Operational
Stil	Fragend oder erläuternd

Formale Transakte

- a) Hier ist ein weiterer Gedanke, den ich dir im Geiste deines Standpunktes anbie-
te.
- b) Ist das Folgende in deiner Argumentation mitenthalten?

Funktionale Definition

Ego zeigt, dass er Alter verstanden hat, indem er dessen Argumentation ausweitet in einer nicht kritisierenden Art. Der Fokus wird auf Alter gerichtet. Der Typus ist operational, weil der Transakt über eine bloße Wiedergabe hinausgeht und in eine Schlussfolgerung im Sinn von Alters Position mündet. Ego sollte stärker auf Alters Begründung und weniger auf seiner Meinung operieren.

Abgrenzung

1. Nicht verwechseln mit VERVOLLSTÄNDIGUNG, in der Ego eine noch unvollendete Äusserung Alters ausweitet.
2. Transakt b) nicht verwechseln mit einer PARAPHRASE in Frageform. Erweiterung geht über ein reines Paraphrasieren - einem repräsentationalen Typus - hinaus und besteht in einer kreativen Ausweitung - einem operationalen Typus.

Bemerkungen

1. Nicht codieren, wenn es Egos erste Äusserung zum Gesprächsgegenstand ist, es sei denn, Ego drücke seine Absicht auszuweiten aus.
2. Die ERWEITERUNG darf nicht offensichtlich unvereinbar mit Alters Argumentation sein, d.h. Ego muss ein gewisses Ausmass an Genauigkeit zeigen.

Passende Beispiele

1. A. Ich sehe das schon ein, aber dennoch, ich bleibe bei meiner Meinung, weil ich nicht, ich finde...
B. Sogar wenn du jetzt all das in Betracht ziehst findest du immer noch, er sollte nicht stehlen.
A. Genau. Denn erstens wird er erwischt...

2. A. Schau, wir machen uns hier zum Richter über die Moral der Person, die das Medikament besitzt. Ob das für sie richtig oder falsch ist, der würde sich schuldig fühlen, wenn er gestohlen hat.
B. Du meinst, es ist immer falsch ein Gesetz zu brechen.
A. Ich denke nicht eigentlich ans Gesetz. Es ist die Handlung des Stehlens.

3. A. Ich kann die Haltung des Apothekers nicht rechtfertigen, aber ich kann auch Stehlen nicht rechtfertigen.
B. Ja.
A. Deshalb...
B. Deshalb spielt es keine Rolle, ob er seine Frau liebt.

Unzutreffende Beispiele

4. A. Was hat das mit dem zu tun, wie Heinz handeln sollte?

B. Soll der Polizist....Ich sagte, der Polizist sollte ihn anzeigen.

A. Ich sagte auch, er sollte. Schliesslich ist das sein Job, und...

B. Ja, und wenn du der Polizei in die Hände läufst und wenn die in diese Scheisse kommen....Dann ist es ihrem Gutdünken überlassen; dann müssen sie richten, und das ist nicht ihre Aufgabe.

Egos Äusserung ist seine erste Ausführung zu diesem Thema.

5. (Dilemma, ob ein Militärhauptmann einem Soldaten befehlen darf, eine potentiell selbstmörderische, aber notwendige Mission auszuführen.)

A. Ja, denn es ist vor allem seine Aufgabe, den Leuten Befehle zu geben.

B. Stimmt. Wir können so eine Spitzenmannschaft nicht einfach dem Feind überlassen.

Keine Erweiterung, weil Ego Alters Äusserung eindeutig falsch interpretiert.

13. WIDERSPRUCH

Modus	Konkurrierend
Fokus	Alter
Typus	Operational
Stil	Erläuternd oder fragend

Formaler Transakt

Es gibt eine logische Unvereinbarkeit in deiner Argumentation.

Funktionale Definition

Ego greift Alters Standpunkt an, indem er ihm darin eine logische Inkonsistenz aufzeigt. Ego kann direkt oder indirekt vorgehen, indem er „sokratische“ Fragen stellt oder verunsichernde, in Frage stellende Information anbietet. Der Fokus ist Alter, weil der Gegenstand des Widerspruchs Alters Position ist. Der Typus ist operational, weil Ego Alters Standpunkt analysiert.

Unterscheidungen

1. Nicht verwechseln mit Analysen von Alters Argumentation, die sie nur ausweiten (s. ERWEITERUNG UND KONKURRIERENDE ERWEITERUNG) oder die sie anders kritisieren als durch den Hinweis auf einen innern Widerspruch (s. KRITIK DER ARGUMENTATION)
2. Nicht verwechseln mit Egos Versuch, Überlegungen anzustellen, die Alters Argumentation widersprechen (s. GEGENÜBERSTELLUNG)

Passende Beispiele

1. A. Aber, es scheint mir einfach, aus humanitären Gründen sollte er das Medikament stehlen.

B. Gut, aber vorher hast du gesagt, für einen Fremden soll er nicht stehlen und jetzt sagst du „aus humanitären Gründen.“

2. A. Ich finde, Heinz sollte nicht stehlen, weil er ein Gesetz bricht. Er wird die Konsequenzen tragen müssen, wenn er stiehlt. Das ist ja das Dilemma, natürlich sollte er versuchen, seiner Frau das Leben zu retten.

B. Aber kann er sie retten ohne zu stehlen?

A. Ich weiss nicht. Vermutlich nicht.

B. Aber wenn jetzt Stehlen einfach notwendig ist, um sie zu retten, soll er dann immer noch stehlen?

3. A. Ich finde, man sollte alles tun, um das Leben eines Menschen zu retten. Wenn wir uns in die Lage der Person versetzen, die gerettet werden soll, dann würden wir doch auch wünschen, dass es jemand für uns wagt.

B. Aber schau, das Dilemma... Zuerst bist du nicht dafür gewesen, dass man gar alles tun sollte, um einen Menschen zu retten. Wenn du sagst, dass Heinz nicht hätte stehlen dürfen, und wenn du sagst, man sollte alles tun, was man kann, dann kannst du auch sagen, Heinz sollte das Medikament stehlen.

Unzutreffendes Beispiel

4. A. Ich finde, er sollte verurteilt werden.
- B. Die ganze Strafe?

A. Eine Strafe. Ich sage mir, wenn ich der Richter wäre, würde ich ihm ein Urteil geben, das ihn nicht für den Rest seines Lebens fertig macht, weil er...

B. Warum, er hat ein Gesetz gebrochen?

A. Ich sehe auch, warum er es gemacht hat.

B. Er verdient die volle Strafe.

Ego deutet nur implizit auf einen Widerspruch in Alters Argumentation hin.

14. ⁵**DESTRUKTIVE KRITIK DER ARGUMENTATION**

Modus	Konkurrierend
Fokus	Alter
Typus	Operational
Stil	Erläuternd

Formale Transakte

- a) Deiner Argumentation fehlt eine wichtige Unterscheidung. / Sie enthält eine überflüssige Unterscheidung.
- b) Deine Position enthält implizit eine fragliche Annahme („Angriff auf die Prämissen“)
- c) Deine Argumentation führt nicht unbedingt zu deiner Schlussfolgerung. / Deine Meinung ist nicht ausreichend gerechtfertigt.
- d) Deine Argumentation lässt sich ebenso gut auf die gegenteilige Meinung anwenden.

Funktionale Definition

Ego versucht, Alters Standpunkt zu Fall zu bringen, indem er Alters Argumentation angreift. Ego hat verschiedene Möglichkeiten:

- 1. Hinweis auf eine zentrale Unterscheidung innerhalb von Alters Argumentation;
- 2. Auf die Beziehung zwischen Alters Argumentation und seiner Meinung fokussieren;
- 3. Ablehnung einer Annahme, auf der Alters Standpunkt beruht.

Der Typus ist operational und der Fokus auf Alter gerichtet, weil Ego Alters Begründung aktiv kritisiert und analysiert.

Abgrenzungen

- 1. Nicht verwechseln mit Ausweitungen von Alters Argumentation (s. PARAPHRASE, ERWEITERUNG, KONKURRIERENDE ERWEITERUNG)
- 2. Nicht verwechseln mit Fällen, in denen Ego in Frage stellende Überlegungen ausserhalb von Alters Position anbietet (s. GEGENÜBERLEGUNG)
- 3. Nicht verwechseln mit Fällen, in denen sich Ego auf einen logischen Widerspruch innerhalb von Alters Argumentation beruft (s. WIDERSPRUCH).
- 4. Darauf achten, ob Egos Position nicht in die Kritik integriert wird (s. VERGLEICHENDE KRITIK)

Bemerkung

Egos Kritik muss sich explizit und direkt auf Alters Argumentation beziehen.

⁵ Sämtliche Transakte, die **fett und kursiv** gedruckt sind (bzw. Unter-Transakte a., b. etc.) hat die Verfasserin eigens hinzugefügt. Die Begründung befindet sich im Theorieteil (Kapitel 5). Neue Transakte werden mit Beispielen aus dem neuen Datenmaterial belegt, sofern sie im Datenmaterial vorkommen.

Passende Beispiele

1. A. Wir machen uns hier zum Richter, zum Richter über die Moral der Person, die das Medikament besitzt, ob es richtig ist oder falsch. Ob falsch oder richtig, er würde sich schuldig fühlen, wenn er das Medikament gestohlen hätte.
B. Du meinst, es sei immer falsch ein Gesetz zu brechen?
A. Ich denke jetzt nicht in erster Linie ans Gesetz, ich denke an das Stehlen selber.
B. Aber findest du nicht, der Apotheker stehle eigentlich, indem er verlangt... Ich finde, wenn die Leute so überrissene Preise verlangen, ist das auch gestohlen. Du ziehst den Leuten das Geld aus der Tasche, genauso, wie wenn dich jemand auf den Kopf schlägt.
2. A. Halt, halt. Es ist falsch, weil er das Gesetz bricht. Das ist falsch dabei. Und da ich nicht Heinz bin, ist es falsch, gegen das Gesetz zu verstossen; so bleibe ich dabei, dass er nicht stehlen soll.
B. Also, das verstehe ich nicht. Du sagst es sei falsch, aber von mir aus gesehen nicht. Ich weiss nicht, was da falsch sein soll. Nur weil es gegen das Gesetz ist, heisst noch lange nicht, dass es deswegen falsch ist.
3. A. Er sollte versuchen, seine Frau zu retten, aber wenn er das Richtige für sie macht, ist es falsch für die Gesellschaft.
B. Aber wie ist die Gesellschaft...
A. Weil dann jedermann stehlen würde.
B. Nein, halt, halt.
A. Gesetze, hei...
B. Nein, halt, halt. Wie kommst du so weit zu sagen, dass uns das ins Chaos führt, wenn Heinz das Medikament stiehlt. Ich finde, Jesses, was für eine Übertreibung ist denn das?
A. Weil...
B. Das ist doch die ärgste Übertreibung, die ich je gehört habe.
4. A. Ich finde halt einfach, der Apotheker ist geldgierig.
B. Ja, das ist er, aber Heinz sollte doch versuchen, sich irgendwie mit ihm zu einigen.
A. Aber dann setztest du voraus, dass der Apotheker ein vernünftiger Mensch ist.
5. A. Stehlen, stehlen, es geht schliesslich um ein Leben. Klar, aber auch wenn es um ein Leben geht, wenn er es stiehlt, wird das auskommen, dass er gestohlen hat. Er wird erwischt und er wird eingelocht, und die andere Person, die kennt er nicht einmal, aber er muss darunter leiden, obwohl er es für eine andere Person getan hat. Und ein Fremder, ich weiss nicht, der wird nachher bestimmt nichts sagen, nachdem sein Leben gerettet wurde, aber ähm.
A. Aber doch, vielleicht lohnt es sich für Heinz doch. Nur zu wissen, dass, weisst du, dass du etwas getan hast, nur ein Leben rettet, das... weisst du...
6. A. Also wenn er seine Frau ehrlich gern hat, weisst du, wenn er sie nicht liebt. Ich finde, das ist doch der einzige Grund, es zu tun, dass er sie liebt. Ich glaube, dass er das wirklich nur aus Liebe tun kann.
B. Aber nur, weil er sie nicht liebt. Das heisst doch nicht, dass er sich überhaupt nicht um sie sorgt.
A. Meinst du? Ich weiss nicht, da bin ich nicht einverstanden. Wenn du jemanden nicht gern hast, wie kannst du dich um ihn sorgen?

Unzutreffende Beispiele

7. A. Ich denke, das muss wirklich ein scheussliches Gefühl sein, wenn er weiss, der Mensch dort stirbt gleich. Ich weiss nicht, er wird doch sicher etwas tun wollen, alles tun, was er kann, alles versuchen, das Leben zu retten. Ja, du lebst ja auch nur einmal. Ich würde es nicht aushalten, zu...

B. Ja..

A. Schau, wie jemand das vergeudet...

B. Ja, das schon, aber ein fremder Mensch. Er kennt ihn überhaupt nicht.. Gut, Heinz könnte das Leben dieses Menschen retten und dieser würde nachher, wenn er gesund ist, der würde sich nichts daraus machen... Weisst du, Heinz helfen aus dem Gefängnis zu kommen. Nein, er sollte nicht stehlen. Oder er könnte versuchen, das Geld aufzutreiben und alles versuchen, das Medikament zu bekommen. Aber stehlen sollte er nicht, denn schliesslich muss es doch er selbst büssen.

Ego hat Alters Argumentation nicht richtig verstanden.

8. A. Gesetze werden vor allem für jene Leute gemacht, die Gesetze brechen, und das ist eine Minderheit. 75% würden sie nicht brechen und 25% würden.

B. Denn wenn das wirklich so ist, dann ist das, was du sagst, dann haben die Gesetze keine Wirkung, ich meine, die Tat geschieht auf jeden Fall. Es spielt keine Rolle, was das Gesetz...

Ego verwirft lediglich Alters Argumentation, ohne sie aktiv zu kritisieren.

15. KONKURRIERENDE ERWEITERUNG

Modus	Konkurrierend
Fokus	Alter
Typus	Operational
Stil	Fragend oder erläuternd

Formale Transakte

- a) Würdest du deine Argumentation bis zu diesem unplausiblen Extrem treiben...?
- b) Deine Argumentation kann bis zum folgenden Extrem erweitert werden, dem keiner von uns zustimmen würde.

Funktionale Definition

Ego versucht Alters Position zu schwächen, indem er dessen Argumentation ausweitet bis zu einem Extrem, das Ego zum vorneherein als unplausibel betrachtet. Der Fokus liegt auf Alter und der Typus ist operational, weil Ego Alters Argumentation ausweitet. Bei c. versucht Ego auch zu stärken.

Abgrenzungen

1. Nicht verwechseln mit Egos Versuch, verunsichernde Beispiele anzubieten von ausserhalb von Alters Argumentation (s. GEGENÜBERLEGUNG), die sich nicht direkt aus Alters Position ergeben.
2. Nicht verwechseln mit Kritik an Alters Argumentation, die nicht unbedingt eine Erweiterung bedeutet (s. WIDERSPRUCH, KRITIK DER ARGUMENTATION).
3. Nicht verwechseln mit Kritik an Alters Argumentation, die in den Kontext von Egos eigener Position eingebettet ist (s. VERGLEICHENDE KRITIK).

Bemerkung

Ego selber muss die angebotene Erweiterung wenigstens andeutungsweise ablehnen.

Passende Beispiele

1. A. Wenn man sieht, was für ein Gauner dieser Apotheker ist, der zehnmal mehr verlangt, als was es ihn gekostet hat...Mir scheint, es gibt doch Leute, die sehr an ihrem Haustier hängen. Tiere sind aber nicht so wichtig wie Menschen, aber dennoch.

B. Gut, wenn du jetzt noch all die Leute in Betracht ziehst, die ein Haustier haben, und das sind nicht wenige, denkst du, es sei so ganz normal, auf der Strasse zu spazieren und fünfzigtausend Leuten zuzuschauen, wie die in die Apotheke einbrechen und Medikamente für ihre Hunde und Katzen stehlen?

A. Das ist eine grosse Frage, das ist wirklich die grosse Frage.

2. A. Das sind schliesslich nicht alles dumme Hühner. Wenn du sagst, wehe, diesem Gesetz habt ihr zu gehorchen, dann antwortet sie nicht einfach, gut, wir gehorchen. Ich finde jeder vernünftige Mensch wird sagen, komm, ich sehe ein, warum ich da gehorchen soll, deswegen.

B. Was, wenn das Gesetz falsch ist? Wenn das Gesetz sagt, alle Schwarzen müssten umgebracht werden? Was würde ein vernünftiger Mensch dann tun? Würde er gegen das Gesetz verstossen?

Unklare Beispiele

3. A. Gut, ich weiss nicht. Ich glaube nicht, dass es so etwas gibt wie moralische Gesetze, Dinge, die immer existieren, die immer richtig und die immer falsch waren. Aber ich sage nicht, ob das richtig ist. Mir scheint, einen Menschen töten ist immer falsch.

B. Sogar, wenn dieser Mensch deine Frau umgebracht hat?

Die konkurrierende Absicht Egos kommt nicht klar zum Ausdruck.

4. A. Er hat das Gesetz gegen sich. Sogar, wenn ihm seine Moral sagt, es ist richtig für mich zu stehlen, dann verstösst er gegen das Gesetz für die Gesellschaft und er muss verurteilt werden. Aber ich glaube, dass der Richter das bedenkt beim Urteil. Er verdient sicher nicht die Todesstrafe. Der Richter muss alle Umstände in Betracht ziehen und ihn anständig verurteilen.

B. Gut, ich denke jetzt nicht in erster Linie daran, wie er verurteilt werden soll. Denn was er tat, ist nicht falsch. Es ist egal, ob er gegen das Gesetz versties...Warum...ich möchte. Also Heinz hat das Gesetz gebrochen. Ich möchte, dass du mir eine Antwort gibst. Was meinst du, ist es falsch, Gesetze zu brechen? Und dass man es unterstützen soll. Sag mir, warum soll der Richter Heinz nicht verurteilen und ein Exempel statuieren?

Es ist unklar, in welcher Art Ego Alters Argumentation in dieser Kritik ausweitet.

20. ⁶**REFLEXIVE AKZEPTANZ (BZW. ANALYTISCHE ÜBEREINSTIMMUNG)**

Modus	<i>Nicht-konkurrierend</i>
Fokus	<i>Ego/Alter</i>
Typus	<i>Operational</i>
Stil	<i>Erläuternd</i>

Formaler Transakt

Ich habe die Argumente deiner Position gewichtet und kann mit ihnen teilweise übereinstimmen.

Funktionale Definition

Ego argumentiert nicht völlig gegen Alters Positionen, sondern nimmt einzelne Aspekte heraus und stimmt dem einen oder anderen Aspekt zu. Hierbei passiert eine Gewichtung von Alters Argumentation.

Abgrenzung

Keine Integration bzw. analysierende Generierung neuer Gedanken. Das wäre Transakt 19.

Passendes Beispiel (besser verständlich im Kontext der Diskussion in der Sendung *Arena* vom 24.05.02 „Gesundheitskosten: Notbremse nötig?):

A.... nein, darum glaube ich, gibt es schon ein paar Punkte, die man, die man draus sich ziehen /(?...) müsste und das waren auch die Vorschläge des Departements teilweise, von der Frau Ruth Dreifuss. Zuerst in der Spitzenmedizin eine nationale Planung. Das zweite, die Ärzte, man will ja immer sagen, man will ja immer die Versicherten plagen usw. Aber die können relativ wenig beeinflussen, wenn sie krank sind, dann wollen sie gesund werden, sie haben auch weniger Kenntnisse, sie sind auf den Rat des Arztes angewiesen. Aber das zweite, es geht wahrscheinlich nicht anders, als dass die Ärzte irgendeiner Qualitäts- und Kostenkontrolle unterstehen. Jetzt will das Herr Giger von der Krankenkasse noch so gerne machen, aber das Problem ist eben, wenn es Herr Giger macht, weil Herr Giger hat auch eigene Interessen. Wenn Herr Giger nachher merkt, von allen Patienten Daten hat, dann kann er die teuren Patienten; nicht er, aber einzelne Kassen können versuchen, denen das Leben ein bisschen schwer zu machen, damit sie in eine andere Kasse gehen, sie können ihnen eine Zusatzversicherung anbieten. Und darum braucht es im Prinzip eine nationale Stelle, das muss bei Ruth Dreifuss sein, bei Herrn Britt, dort müssen die Daten sein über die Diagnosen und über die Kosten und dann kann man schauen, welcher Arzt produziert wie viele Kosten. Das ist unangenehm, Herr Brunner, aber jeder Beschäftigte in der Schweiz hat einen Chef und hat jemanden, der die Kosten kontrolliert. Die Anwälte und die Ärzte nicht, und da haben wir ein bisschen ein Problem.

⁶ Die Nummerierung der Transakte ist nicht fortlaufend (vgl. Fussnote Nr. 4)

NIVEAU II

14e. KONSTRUKTIVE KRITIK DER ARGUMENTATION

Modus	<i>Nicht-konkurrierend</i>
Fokus	<i>Alter</i>
Typus	<i>Operational</i>
Stil	<i>Erläuternd</i>

Formale Transakte

Ich kann deine Position analysieren und kritisieren (vgl. 14a. – d.), indem ich auf ein Problem (oder einen Fehler) hinweise. Ich möchte deine Argumentation verbessern.

Funktionale Definition

Ego analysiert und kritisiert Alters Argumentation. Wie bei Transakt 14 a-d greift Ego Alters Argumentation an und versucht das Problem zu lösen bzw. den Fehler zu verbessern. Kritik nimmt die gleichen Formen an wie bei Transakt 14 auf Niveau I: Ego hat verschiedene Möglichkeiten:

1. Hinweis auf eine zentrale Unterscheidung innerhalb von Alters Argumentation;
2. Fokussierung auf die Beziehung zwischen Alters Argumentation und seiner Meinung;
3. Ablehnung einer Annahme, auf der Alters Standpunkt beruht.

Der Typus ist operational und der Fokus auf Alter gerichtet, weil Ego Alters Begründung aktiv kritisiert und analysiert.

Unterscheidung

1. Nicht verwechseln mit Ausweitungen von Alters Argumentation (s. PARAPHRASE, ERWEITERUNG, KONKURRIERENDE ERWEITERUNG)
2. Nicht verwechseln mit Fällen, in denen Ego in Frage stellende Überlegungen ausserhalb von Alters Position anbietet s. GEGENÜBERLEGUNG)
3. Nicht verwechseln mit Fällen, in denen sich Ego auf einen logischen Widerspruch innerhalb von Alters Argumentation beruft s. WIDERSPRUCH.
4. Darauf achten, ob Egos Position nicht in die Kritik integriert wird (s. VERGLEICHENDE KRITIK)

Bemerkung

Egos Kritik muss sich explizit und direkt auf Alters Argumentation beziehen.

Passendes Beispiel (aus Sabine Christiansen 16.06.02 Zeilen 490-504)

1. A. Also, es wird ja hier immer von Geld geredet, als ob man oben irgendwo fünf Euro rein schmeissen würde, und dann kämen die entsprechenden im europäischen Vergleich hochgebildeten Schüler heraus. Ich glaube, ja, dass es nicht so ist, ich glaube, dass es nicht einfach heissen kann, wir brauchen jetzt Geld für Reformen, sondern wir brauchen; : sondern : wir müssen zusehen, dass wir : mit dem Geld, das wir haben, möglicherweise die Reformen hinkriegen. Wir brauchen Reformen für das

Geld, das da ist. Dass wir immer an die Politiker hier in der Runde glauben, ich glaube, das müssen wir uns zum guten Teil abschnicken. Die haben kein Geld. Was machen sie mit Lehrern, die zum Beispiel unwillig oder unlustig sind? Oder nur ihre Pensionierung; nur 6% aller Lehrer erreichen das Pensionsalter. Alle andern gehen schon früher der Pensionierung entgegen. Die werden sie auch nicht...

A. ///das Pensionsalter.

A.....die werden sie auch nicht mit 200 Euro mehr dann irgendwie rumkriegen. Das heisst, es kommt letztlich darauf an, was der Einzelne zu leisten bereit ist...

Weiteres Beispiel (aus der *Arena* vom 07.06.02/Thema „Wieviel Sicherheit braucht die Schweiz?“/Zeilen 1548-1561.

Andreas Ladner: (...) Und wir können einfach nicht, und ich möchte noch einmal auf die Angst zurückkommen, die da jetzt immer geschürt worden ist, es sind Bilder gezeichnet worden, die falsch sind. Der Schweiz geht es finanziell nicht so schlecht, dass man sich nicht gewisse Massnahmen leisten kann. Wir bezahlen nicht so viele Steuern wie in anderen Ländern für das, was wir erhalten. Der Anstieg der Staatsquote hat nicht so viel zu bedeuten, man kann das auch ein bisschen anders anschauen. Und was auch nicht stimmt, es ist nicht so dramatisch, was die Angst in der Bevölkerung anbelangt. Weil es ist jetzt immer gesagt worden, die Kriminalität, das ist jetzt wirklich das Problem, das uns auf den Nägeln brennt. Und es gibt ein Angstbarometer, das GFS-Institut macht das jedes Jahr. Das Angstbarometer zeigt, den Peak der Angst, den haben wir schon längst überschritten. Es geht wieder zurück. Und man kann nicht einfach immer solche Gefühle in die Welt setzen, am Schluss glauben alle, wir haben ein Riesenproblem. Wir haben ein Problem, das wir sehr, sehr ernst nehmen, da muss man etwas machen, aber es ist nicht so dramatisch, wie jetzt vielleicht heute Abend der Eindruck entstanden ist
(Applaus)

16. GEGEN-ÜBERLEGUNG

Modus	Konkurrierend
Fokus	Alter
Typus	Operational
Stil	Erläuternd

Formaler Transakt

Hier ist ein Gedanke/ein Element, der/das in deine Position nicht aufgenommen werden kann.

Funktionale Definition

Ego versucht, Alters Position zu schwächen, indem er eine Idee oder ein Beispiel anbietet, von dem er spürt, dass Alter sie nicht wird in seine Argumentation integrieren können. Der Fokus ist auf Alter gerichtet, weil dessen Standpunkt ein Hindernis in den Weg gelegt wird. Der Typus ist operational, weil Ego implizit Alters Position analysiert und als Grundlage für die Gegenüberlegung benutzt.

Abgrenzungen

1. Nicht verwechseln mit Egos Versuch, Alters Argumentation auf ein absurdes Extrem hin auszuweiten (s. KONKURRIERENDE ERWEITERUNG)
2. Nicht verwechseln mit Kritik an Alters Argumentation, die nicht auf einem Argument beruht, das Alter nicht integrieren könnte (s. WIDERSPRUCH, KRITIK DER ARGUMENTATION)

Passende Beispiele

1. A. Gut, einverstanden; aber warum. Ich meine, man sollte so viel als möglich tun, um ein Leben zu retten. Aber dich selber solltest du nicht ins Elend stürzen, um einem Fremden zu helfen. Das Leben riskieren für einen Fremden, das geht zu weit.

B. Aber weißt du das wirklich? Du sagst, dass...Ich finde, ein Fremder hat genauso gute Gründe, am Leben zu sein, wie..

A. Wie irgendjemand sonst.

B. Wie die Ehefrau von Heinz, ja, wie seine Frau.

2. A. Ein Diktator machte das Gesetz. So einer kann sagen, in dieser Stellung kann er sagen, was immer er will, weil er ein Diktator ist.

B. Aber der oberste Gerichtshof macht genau das gleiche.

3. A. Die müssen sich sagen, nun, es wird Situationen geben, in denen ich Dinge tun muss, die gegen meine Vorstellungen sind, weil ich eben das Gesetz vertrete. Also ich finde, wenn du genau weißt, das wird dich verrückt machen, wirst du eben nicht Polizist. Aber wenn ich weiss, dass das vorkommen wird, und ich will mich für das Gesetz einsetzen, dann werde ich Polizist.

B. Gut, was jetzt in dieser Situation? Jetzt ist einer Polizist, und ein Gesetz wird angenommen, das dem Polizist Unrecht tut. Sagen wir, im Nazi-Deutschland. Sagen wir, das Gesetz bestimmt, Juden seien auszurotten, und der Polizist ist selber ein Jude. Und das Gesetz sagt, alle Juden müssen sich registrieren lassen. Soll jetzt der Polizist seine Familie eintragen lassen? Um Gottes Willen, Nein.

17. VERGLEICHENDE KRITIK

Modus	Konkurrierend
Fokus	Ego/ Alter
Typus	Operational
Stil	Erläuternd

Formale Transakte

- a) Deine Argumentation ist weniger angemessen als meine, weil sie mit diesem wichtigen Gesichtspunkt nicht vereinbar ist.
- b) Deine Position macht eine Unterscheidung, die von mir her überflüssig erscheint./ Bei dir fehlt eine wichtige Unterscheidung, die meine Position vornimmt.
- c) Ich kann dein Beispiel analysieren, um dir zu zeigen, dass es meinen Standpunkt nicht in Frage stellt.

Funktionale Definition

Ego verwirft Alters Position, indem er sie analysiert/wiedergibt, und die eigene, damit nicht vereinbare, Position darstellt. Ego muss als Antwort ablehnen oder Nicht-Übereinstimmung ausdrücken, es darf nicht nur eine Feststellung der Verschiedenheit sein. Beide Positionen werden dargestellt, der Fokus ist zweideutig. Der Typus ist operational, weil die Äusserung eine Antwort sein muss.

Abgrenzungen

1. Nicht verwechseln mit nicht-operationalen, konkurrierenden Vergleichen (s. KONKURRIERENDE NEBENEINANDERSTELLUNG) oder mit nicht-konkurrierenden Vergleichen (s. NEBENEINANDERSTELLUNG, DYADE-ORIENTIERTE PARAPHRASE, GEMEINSAME VORAUSSETZUNGEN).
2. Nicht verwechseln mit Kritik an Alter, die keinen Positionsvergleich einschliesst (WIDERSPRUCH, KRITIK oder ARGUMENTATION, KONKURRIERENDE ERWEITERUNG, KONKURRIERENDE PARAPHRASE).
3. Nicht verwechseln mit Egos fokussierenden Antworten an Alter, die keinen expliziten Vergleich mit Alters Standpunkt umfassen (s. KONKURRIERENDE ERKLÄRUNG, VERBESSERUNG/WEITERENTWICKLUNG).

Bemerkungen

1. Der Fokus von Vergleich und Kritik muss die Begründung sein, nicht nur Lösungsvorschläge oder Meinung.
2. Die Äusserung, dass die Positionen unvereinbar sind, muss explizit sein.
3. Der Einbezug von Alters Argumentation muss über einen rein repräsentationalen Typus hinausgehen.
4. Diese Kategorie kann alle auf Ego oder die Dyade fokussierenden Transakte aufnehmen.
5. Egos Äusserung kann nicht die erste Darlegung der Position zu einem Thema sein, ausser, Ego gebe explizite Absicht kund, Alter zu kritisieren.

18. GEMEINSAME VORAUSSETZUNGEN / INTEGRATION

Modus	Nicht-konkurrierend
Fokus	Dyade
Typus	Operational
Stil	Erläuternd oder fragend

Formale Transakte

- a) Wir können unsere beiden Standpunkte zu einer gemeinsamen Anschauung verbinden.
- b) Hier ist eine Prämisse, die für uns beide gilt.

Funktionale Definition

Ego koordiniert entweder beide Positionen, so dass die resultierende Position beide integrierend einschliesst oder Ego bemerkt schlussfolgernd einen Teil-Standpunkt oder eine Voraussetzung, die beiden Positionen gemeinsam ist. Der integrierte oder erschlossene Aspekt stellt einen operationalen Typus dar. Die dyadische Position ist der Gegenstand dieses Transaktes, weshalb die Dyade im Fokus ist. Der Stil kann tragend sein, wenn Ego Alters Einverständnis überprüft. (s. PARAPHRASE b))

Abgrenzungen

1. Nicht verwechseln mit Fällen, in denen Ego beide Positionen wiedergibt und sie nicht deutlich operational koordiniert (s. NEBENEINANDERSTELLUNG, DYADE-ORIENTIERTE PARAPHRASE)
2. Nicht verwechseln mit konkurrierenden Vergleichen der beiden Positionen (s. VERGLEICHENDE KRITIK)

Bemerkung

Ego muss wirklich Standpunkte oder begründende Komponenten der Standpunkte koordinieren, nicht nur Meinungen.

Passende Beispiele

1. A. Das ist genau der Punkt. Also ich finde es sehr wichtig, nicht etwas Falsches zu tun. Aber was ist nun das Richtige und was das Falsche. Wenn du findest, es sei falsch, dann tust du es nicht. Du erlaubst ihm zu stehlen, weil du findest, dass es richtig ist so. Es ist nicht, dass du findest, es sei falsch; und du erlaubst es zu tun. Unsere Vorstellungen von richtig und falsch sind verschieden.

B. Aha, du meinst dich und mich. Ja.

2. A. Ich bin tatsächlich einig mit dir, warum ich solchen religiösen Geboten vertraue ist, dass ich glaube, dass Gott meiner Menschlichkeit mit Liebe begegnet und Er ... Es gibt Normen und moralische Vorschriften, die das Beste für die Menschen wollen. Wir sind uns irgendwie einig, dass unsere Entscheidung davon geleitet sein soll, was im Allgemeinen für die Menschheit besser ist.

3. A. Klar ist es gegen das Gesetz zu stehlen. Aber ist es deswegen moralisch falsch? Ich sage nein, moralisch ist es nicht falsch.

B. Das hängt doch von deiner Moral ab. Es gibt Leute, die können stehlen, und es macht ihnen überhaupt nichts aus. Aber m i r würde es etwas ausmachen zu stehlen.

A. Gut, Gesetze sind nicht immer Moral, ja?

B. Richtig.

Unzutreffende Beispiele

4. A. Er würde es eher tun, wenn er seine Frau liebt. Es sollte nichts ausmachen.

B. Nein, es sollte nichts ausmachen. Wenn ich in der ersten Frage Ja gesagt hätte, wäre es auch ein Ja in der zweiten, ob er sie liebt oder nicht. So finde ich, können wir jetzt unsere Meinungen zusammenfassen.

Ego bezieht sich nur auf Meinungen, nicht auf Begründungen.

5. A. Ja, einverstanden damit. Ich finde auch, beim Gericht müssten sie auch die Umstände der Tat berücksichtigen, dass man ein Gesetz aus einem guten Grund gebrochen hat. Gerichte sollten fähig sein, das zu beurteilen.

B. Also, dann sind wir uns aus den gleichen Gründen einig.

Ego beansprucht nur gemeinsame Voraussetzungen, aber er benennt sie nicht.

19. KORREKTUR / REPARATUR

<i>Modus</i>	<i>Nicht-konkurrierend</i>
<i>Fokus</i>	<i>Alter</i>
<i>Typus</i>	<i>Operational</i>
<i>Stil</i>	<i>Erläuternd</i>

Formaler Transakt

Deine Argumentation benötigt den Gedanken X, um kohärent bzw. plausibel zu sein.

Funktionale Definition

Ego analysiert Alters Position und findet einen Fehler oder eine Unstimmigkeit. Ego generiert einen neuen Gedanken, der Alter dabei helfen kann, seine Argumentation plausibler zu machen.

Beispiel

Dieser Transakt wird im Datensatz nicht verwendet.

21. DYADISCHE KRITIK DER ARGUMENTATION

<i>Modus</i>	<i>Nicht-konkurrierend</i>
<i>Fokus</i>	<i>Dyade</i>
<i>Typus</i>	<i>Operational</i>
<i>Stil</i>	<i>Erläuternd</i>

Formaler Transakt

Ich kann unsere geteilte Meinung verbalisieren und sie kritisieren.

Funktionale Definition

Ego kann eine geteilte Position identifizieren und artikulieren, um diese Position dann zu analysieren und kritisieren.

Beispiel

Es können aus dem vorliegenden Datenmaterial präsentiert werden, da keine der untersuchten Personen diesen Transakt verwendet hat.

10 ANHANG II: KODIERTE TRANSKRIPTE DER POLITISCHEN TV-DISKUSSIONSENDUNGEN: INHALTSVERZEICHNIS

Sämtliche kodierte Transkripte befinden sich in einem gesonderten Band, der bei der Verfasserin der vorliegenden Arbeit eingesehen werden kann. An dieser Stelle wird das Inhaltsverzeichnis des Anhangs II eingefügt.

10.1 Anhang II-1: Arena

- 10.1.1 A/17.05.02: Schwangerschaftsabbrüche legalisieren?
- 10.1.2 A/24.05.02: Rezepte gegen Kostenexplosion im Gesundheitswesen?
- 10.1.3 A/07.06.02: Wie viel Sicherheit braucht die Schweiz?
- 10.1.4 A/14.06.02: Welche Armee schützt uns am besten?
- 10.1.5 A/21.05.02: Sammelklage Südafrika

10.2 Anhang II-2: Zischtigsclub

- 10.2.1 ZC/12.02.02: Hohe Managerlöhne: Statussymbol, Leistungsanreiz, Abzockerei?
- 10.2.2 ZC/23.04.02: Schumachers Bauprojekt in Wolfhalden, AR: Pro und Contra
- 10.2.3 ZC/11.06.02: Fremdsprachige Kinder in Schweizer Schulen: Störfaktor oder Chance?
- 10.2.4 ZC/18.06.02: Antisemitismus-Debatte
- 10.2.5 ZC/25.06.02: Organtransplantation

10.3 Anhang II-3: Berlin Mitte

- 10.3.1 BM/25.04.02: Duelle statt Programme – Wahlkampf in der Medienrepublik
- 10.3.2 BM/23.05.02: Protest gegen Bush – Sind die Deutschen undankbar?
- 10.3.3 BM/06.06.02: Der kalkulierte Tabubruch – Hat die FDP sich verrechnet?
- 10.3.4 BM/13.06.02: Der Nitrofen-Skandal – Wie sicher sind unsere Lebensmittel?
- 10.3.5 BM/27.06.02: Auf den letzten Drücker – Was bringt wirklich neue Jobs?

10.4 Anhang II-4: Sabine Christiansen

- 10.4.1 SC/26.05.02: Wirtschaftsstandort Deutschland: Ein bisschen Aufschwung für Schröder – Zu spät(h) für Schröder?
- 10.4.2 SC/09.06.02: Tabubrüche: Der „Fall Möllemann“ – Wie viel Provokation verträgt die Demokratie?
- 10.4.3 SC/16.06.02: Schule in Not – Sind unsere Kinder noch zu retten?
- 10.4.4 SC/23.06.02: Parteien ohne Profil – Wähler ohne Wahl?
- 10.4.5 SC/30.06.02: Gradmesser Fussball: Ist Deutschland besser als wir dachten?